

L 70000

Ostdeutsche

Rundschau

1917-1918

4. X. 1917

4. X. 20. X.

Volkswirtschaft

A
allgemeines

8

Das Vermögensopfer fürs Vaterland.

Auch im Deutschen Reiche wird viel von der Schaffung einer Vermögenssteuer gesprochen. Professor Dr. J. Jastrow der Universität Berlin befürwortet sie in einer umfangreichen Schrift unter dem Titel „Gut und Blut fürs Vaterland“ (Verlag von Georg Reimer, Berlin). Das über 300 Seiten starke Buch zerfällt in drei Teile: Vermögensopfer, Steuerfragen und Erhöhung der Volkswirtschaft und ist in einer äußerst lebendigen Weise geschrieben. Es geht überall von den tatsächlichen Verhältnissen aus, läßt von dem Theorienwust, der sich häufig in volkswirtschaftlichen Schriften breitmacht, nichts merken und geht in allen drei Teilen auf das innerste Wesen der Dinge ein, so daß man reiche Anregung daraus schöpft.

Im ersten Teile befürwortet der Verfasser ein Vermögensopfer von einem Viertel des Volkseinkommens. Für eine neue Sache ziemt sich ein neuer Name, sagt er. Das Opfer eines Viertels des Einkommens für das Vaterland mit dem Namen einer Steuer zu belegen, wäre irreführend. Aber die Sache wolle wohl überlegt sein, und deshalb bespricht er sie in allen Einzelheiten, ihre schonende Anwendung auf kleine Vermögen, bei denen man auf ein Sechstel, ein Achtel oder gar ein Zehntel herabgehen könne, die aber nicht auszunehmen seien, da das Opfer an Gut wie das an Blut ein allgemeines sein soll. „Schon mancher“, sagt er, „der mit gutem Herzen für eine Befreiung kleiner Vermögen gestimmt hat, hat nachher zum Ersatz für Steuern gestimmt, welche die kleinsten Leute belasteten, auch wenn sie nicht einmal Vermögen besaßen.“ Auch den Besitz an Möbeln und Hausrat will er in das Vermögensopfer einbezogen wissen, weist aber darauf hin, wie verschieden dieser Begriff zu fassen sei. Sehr eingehend behandelt er das Vermögen der Aktiengesellschaften, dann der Vereine, die oft ein bedeutendes Vermögen angesammelt hätten, das keineswegs ganz verschont werden könnte, der Stiftungen, die ihren Zweck häufig überleben, der Fideikommissen, in die er scharf hineinkleuchtet, der Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften und der Versicherungen. In allen diesen Richtungen erfährt man sehr viel Neues und Wissenswertes, ebenso zum Schluß über Privilegien. In einem Rückblick, der noch einmal das ganze Gebiet beleuchtet, heißt es: „Nach den erschütternden Erlebnissen des Krieges, nach der Bedrohung unserer Besitztümer durch eine Koalition fast aller Völker der Erde, ist das Bemerkenswerte nicht, daß unsere Habe sich um ein Viertel vermindern soll, sondern daß drei Viertel in der Tat unverbleiben, auch diese nicht durch unser Verdienst, sondern durch die gewaltigen Leistungen des Reiches, welche die Schreden des Krieges und seiner Bewältigung von unserer Habe ferngehalten haben.“

Im zweiten Teile behandelt er die Steuerfragen und geht hier geschichtlich vor. Es ist ungemein ergötzlich, rückblickend zu verfolgen, in wie unlogischer Weise die Steuern entstanden sind und wie allmählich eine auf der anderen aufgebaut hat, was z. B. alles unter dem Begriff der Stempel untergebracht wurde. Es handelt sich zunächst nur um die Reichssteuern, doch erfährt man auch wie die ein-

zelnen Steuern in den größeren Staaten des Deutschen Reiches entstanden sind. Es herrscht hier in den verschiedenen Staaten durchaus keine Gleichheit. Daneben wird uns aber auch viel Erfreuliches und Erbauliches aus dem Deutschen Reiche mitgeteilt, das die beste Arbeiterversicherung der Welt und die am wenigsten drückenden Steuern hat. Und bezüglich des guten Verhältnisses zwischen Reich und Staaten heißt es: „Es gibt zu beiden Seiten des Ozeans keinen Bundesstaat, der für die Erstredung der oberstaatlichen Befugnisse so wenig verfassungsmäßige Erschwerungen kennt und dessen Glieder auch in der Praxis sich stets so unterordnungsfähig gezeigt haben, wie das Deutsche Reich.“ In fesselnder Weise werden verschiedene Steuerfragen wie die Steuerergiebigkeit, die Erbschaftsteuer, die Einkommensteuer und die Zukunft des Stempels, besprochen. Im letzten Abschnitt der Steuerfragen, da die Monopole und die öffentlichen Betriebe behandelt, wird gezeigt, wie die öffentliche Meinung sich in vergangener Zeit von den Staatsbetrieben abwendete und die schrankenlose Freiheit begrüßte, dann aber gerade durch die Mißbräuche, die Vorrechte und Uebergriffe der privaten Monopole, die durch sie begünstigt wurden, wieder ein Wandel der Anschauungen eintrat, der durch die wachsenden Geldbedürfnisse des Staates unterstützt wurde.

Im dritten Teile, der „Erhöhung der Volkswirtschaft“, erblickt Dr. Jastrow das wichtigste Heilmittel unserer Volkswirtschaft in den beiden Schlagworten: „Mehr arbeiten!“ und „Weniger genießen!“ und führt sie in höchst anregender Weise durch. Trotzdem glaube ich, daß er sich hier auf einem Irrwege befindet, der übrigens von den meisten Volkswirten unentwegt gewandelt wird. Man vergißt ganz, daß die größten Wirtschaftskrisen aus der „Ueberproduktion“ entsprangen und daß kaum zwei Jahre nach dem Deutsch-französischen Kriege der Krach an der Wiener Börse erfolgte, der eine derartige Krise einleitete. Sobald nach dem jetzigen Kriege genügend Rohstoffe vorhanden sein werden — fürs erste wird ja die Rohstoffnot die Arbeit sehr behindern — wird alsbald die Erzeugung ihren vollen Aufschwung nehmen und nicht der Mangel an Waren, sondern der Mangel an Absatz wird das drohende Gespenst der Zukunft sein und das wird durch Einschränkungen nicht gebannt. Sparen ist das Anliegen des einzelnen, um sich zu sichern und emporzuarbeiten. Dies aber oben stehen, sündigen, wenn sie sparen — nicht jetzt, sondern im Frieden — denn ihr Sparen geschieht fast immer am unrechten Orte, bei den Angestellten und den kleinen Geschäftsleuten. Aber trotzdem wird man auch aus diesen Betrachtungen Jastrows manches lernen, mehr aber noch aus den ihnen folgenden: „Bessere Rücksicht nehmen!“ Da trifft er noch jeder Richtung den Nagel auf den Kopf. Und im Schlußkapitel „Klarstellungen und Begrenzungen“ wird manches erklärt und begrenzt, was unbeschränkt Ausstoß erregen würde. So will der Verfasser unter äußerster Arbeitsanspannung doch nicht die Hintanzetzung des Arbeiterschutzes verstanden wissen. Wenn er die Bedeutung des inneren Marktes betont, so will er damit nicht den Außenhandel ganz ausschließen, er soll nur in seiner richtigen Bedeutung gewürdigt werden. Der Verfasser möchte auch nicht in den Ruf kommen, daß er für sein Volk ein auf Ersparen und Entrichten berechnetes Leben als Ideal betrachte. Jede Kleinlichkeit liegt ihm fern.

Das Buch, das in einem Anhang noch wertvolle Bemerkungen und statistische Tabellen verschiedener Art bringt, kann jedem, der sich um reichsdeutsche Verhältnisse kümmert oder an ihnen für unsere Verhältnisse lernen will, aufs beste empfohlen werden.

H. Gerbers.

Die Genehmigung der Ausgleichsvorlagen und das Programm des Ackerbauministers Grafen Silva-Tarouca.

Wien, 6. Dezember.

Die Vorlagen über die provisorische Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Ungarn, die Verlängerung des Privilegiums der Oesterreichisch-ungarischen Bank sowie des Münz- und Währungsvertrages und über die Kriegsteuer der Bank sind gestern vom Abgeordnetenhaus erledigt worden. Für zwei Jahre bleiben die bisherigen Vereinbarungen in Kraft. Die Ausgleichsprovisorien, an die sich so oft die heftigsten parlamentarischen Kämpfe knüpften und die wiederholt auf Grund des Notverordnungsrechtes in Kraft treten mußten, erhalten nun, da die Zustimmung des Herrenhauses zweifellos ist, auf verfassungsmäßigem Wege Gesetzeskraft. Das Parlament hat auch den Erfolg, daß es, wie der Berichterstatter Abgeordneter Miklas hervorhob, gelungen ist, im Gesetze das Mitbestimmungsrecht des Reichsrates an der Regelung des definitiven Ausgleiches festzulegen. Im Art. 1 des Vertrages heißt es nun ausdrücklich, daß das Provisorium bis zu dem Zeitpunkte gilt, in dem die zwischen den beiden Regierungen vereinbarte Neuregelung „mit Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften beider Staaten“ in Kraft tritt.

Die Abstimmung war dem Hause durch eine Rede des Ministerpräsidenten Ritter v. Seidler erleichtert worden, der zu den im Laufe der Debatte gestellten Anträgen noch einmal Stellung nahm. Er erklärte vor allem, daß unter dem Worte „vereinbarte Neuregelung“ nicht dasjenige gemeint sei, was heute vereinbart ist, und insbesondere auch nicht das, was am 27. Februar 1917 vereinbart worden ist, sondern dasjenige, was in dem Augenblick vereinbart sein wird, in dem der neue Ausgleich in Kraft treten soll. Der Ministerpräsident fügte hinzu, daß zwischen dem österreichischen und ungarischen Text der Gesetzesvorlage kein Unterschied bestehen und daß das Parlament unter allen Umständen in der Lage sein werde, den neuen Ausgleich anzunehmen oder abzulehnen. Der Ministerpräsident befaßte sich auch mit den Anträgen, die sich auf die Einfuhr von Vieh und Fleisch aus dem Ausland bezogen, und mit den Anträgen über die Wiederintraffsetzung der Getreidezölle. Dr. v. Seidler erklärte, daß diese Angelegenheiten gegenwärtig keine praktische Bedeutung hätten, denn niemand denke an Beschränkungen unserer Nahrungs-

mittelversorgung. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten hatten die Wirkung, daß die von ihm besprochenen Abänderungs- und Zusatzanträge zurückgezogen wurden. Die Annahme des § 1 des Ausgleichsprovisoriums erfolgte in namentlicher Abstimmung mit 188 gegen 166 Stimmen.

Die Ausgleichsdebatte, die gestern nach dreitägiger Dauer beendet wurde, stand im Zeichen der heftigen czechischen und südslawischen Angriffe auf Ungarn. Auch die Tschechen, die gestern zum Worte kamen, insbesondere der Abgeordnete Tuzar, sprachen in dem bekannten Sinne. Ein Gegengewicht erhielten alle diese Reden in den Ausführungen des Abgeordneten Pachner, der in eindringlicher Weise für einen langfristigen Ausgleich eintrat und betonte, daß gegenüber dem Verlangen nach Umsturz der ganzen Verhältnisse Deutsche und Ungarn auf derselben Seite stünden; darin seien sie Bundesgenossen, wollen es sein und würden es auch bleiben. Mit den Deutschen sei das königlich böhmisch-mährisch-schlesisch-slowakische Geschäft nicht zu machen. Ungarn, erklärte er weiter, habe Oesterreich und Oesterreich habe Ungarn im Kampfe um die Aufrechterhaltung der bisherigen Grenzen zu unterstützen. Er gab dem Wunsche Ausdruck, daß die Auseinandersetzungen zwischen Oesterreich und Ungarn sich in einer Form bewegen, die nicht entzweit, sondern sie als gute Freunde aus den Ausgleichsverhandlungen hervorgehen läßt. Neben die Freundschaft im Kampfe gegen den äußeren Feind möge eine neue Bundesgenossenschaft im Kampfe gegen die czechischen und südslawischen Versuche treten.

Am Schlusse der gestrigen Sitzung erbat sich Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca das Wort, um dem Hause sein Programm zu unterbreiten. Der Minister hatte hierzu bisher noch keine Gelegenheit gefunden, wollte mit der Bekanntmachung seiner Absichten aber nicht länger zögern, weil die Vorarbeiten für die Durchführung seiner Pläne nicht weiter hinausgeschoben werden sollen. Es war ein verlockendes Zukunftsbild, das Graf Silva-Tarouca in seiner Rede entwarf. Er hat die Entwicklungsmöglichkeiten unserer landwirtschaftlichen Produktion in gewaltigen Ziffern vorgeführt und dem Hause ein weit gestecktes Ziel gezeigt. In der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erblickt Graf Silva-Tarouca die unerläßliche Voraussetzung für den Wiederaufbau unseres gesamten Wirtschaftslebens. Er will nicht nur den Ersatz der großen Kriegsverluste erreichen, er will nicht nur, daß wir uns im ausreißendstem Maße mit eigenen Lebensmitteln versorgen können, er will auch Ueberflüsse erzielen, die unsere Handels- und Zahlungsbilanz wohlthätig beeinflussen. Damit Hand in Hand würden der Abbau der Steuerlast und die wesentliche Hebung der Steuerkraft gehen. Dieses Ziel soll durch eine großzügige Meliorationsaktion und durch eine intensivste Düngewirtschaft erreicht werden. Von der Durchführung der Meliorationen verspricht sich der Minister eine Steigerung unserer Gesamtproduktion um mehr als 25 Prozent. Die Wertsteigerung der meliorationsbedürftigen Flächen schätzt er mit 54 Milliarden ein. Die Kosten dieser Meliorationen veranschlagt Graf Silva-Tarouca auf 32 Milliarden. Diesen Geldbedarf möchte er, auf 25 bis 30 Jahre verteilt, in der Hauptsache durch eine neu zu schaffende Kreditorganisation ausbringen, mit deren Hilfe die reinen Baukosten von den Interessenten selbst zu tragen wären. Durch die intensive Anwendung künstlicher Düngemittel, die im Inland zu erzeugen wären, würde sich nach den Berechnungen des Ministers eine jährliche Ertragssteigerung von 309 Millionen Meterzentner Bodenprodukten ergeben. Der durch die künstliche Düngung erzielbare Mehrwert der Ernte Oesterreichs würde mindestens zwei Milliarden Kronen betragen. Wenn man überdies für eine bessere Bodenbearbeitung und Anwendung erstklassigen Saatgutes Sorge trage, könnte der Gesamtwert der österreichischen Ernte um rund vier Milliarden gesteigert werden. Es wäre dann auch möglich 3 $\frac{1}{4}$ Millionen Stück Vieh im Werte von 18 Milliarden mehr zu halten. Die Ertragssteigerung von vier Milliarden bezeichnete der Minister, der sich dagegen verwahrte, ein leichtsinniger Optimist zu sein, als die untere Grenze des Erreichbaren. Mit einem Appell an die Mithilfe der Volksvertretung schloß Graf Silva-Tarouca seine Rede, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde.

Das Abgeordnetenhaus hat mit der Annahme der Ausgleichsvorlagen die Arbeiten beendet, die es bis zur Delegationstagung erledigen wollte. Es werden in diesem Jahre nur noch ein oder zwei Sitzungen zur Beratung der Quotenvorlage nötig werden.

7. XII. 1917

Die staatliche Wirtschaftspolitik. In der am 4. d. abgehaltenen Monatsversammlung des Industriellen-Klubs eröffnete der Vorsitzende Herr v. Gutmann die Sitzung mit wirtschaftspolitischen Ausführungen, in denen er folgendes sagte: Seit unserem letzten Beisammensein hat sich ein Wechsel in der Regierung vollzogen. Wir gehören naturgemäß als politische Minorität, deren politischer Einfluß im umgekehrten Verhältnisse steht zu ihrem wirtschaftlichen Gewicht, zu einer zwar nicht immer einbelannten, aber doch allerersten Opposition einer jeden Regierung. Immerhin rechnen wir es der gegenwärtigen Regierung als hohes Verdienst an, daß sie, Irrwege der Vergangenheit vermeidend, Startnotwendigkeiten und wirtschaftliche Arbeit dem innerpolitischen und nationalen Streite voranstellte und dadurch mit Gefährdung ihres eigenen Bestandes die Arbeitsfähigkeit des Parlaments wieder herstellte. Besonders warm berührte es die Industrie, daß sowohl der Ministerpräsident in seinem großzügigen, das gesamte Wirtschaftsgebiet umfassenden Programm, als auch der Finanzminister in seinem Exposé die „systematische und zielbewußte Förderung und Belebung der industriellen Produktion“ als ein Hauptziel unserer Wirtschaftspolitik bezeichneten. Bei aller Zustimmung, mit welcher die Industrie das Regierungsprogramm aufnahm, konnte sie sich eines gewissen Bedauerns nicht erwehren über das Anklagen an staatssoziale Reigungen, die sie aus einigen Worten beider Minister herauszuhören glaubte. Ich meine damit den Hinweis auf eine nicht näher umschriebene „neue zu schaffende Form staatlicher Beteiligung an wirtschaftlichen Assoziationen“. Der Staat, das Land und die Gemeinden waren bereits zur Friedenszeit stille Gesellschafter einer jeden Industrie, ohne Kapital-einlage, ohne Verlustrisiko, mit einer hohen Gewinnbeteiligung, die bei Aktiengesellschaften oft 40 Prozent von der Dividenden-summe und auch darüber betrug. Eine für den Staat vorteilhaftere Form der Beteiligung können wir uns gar nicht vorstellen. Völlends als eine Gefährdung der künftigen Gewinnbeteiligung des Staates erscheint uns der in der diesbezüglichen Äußerung des Ministerpräsidenten enthaltene Nachsatz, welcher lautet: „wobei auch eine wirklich wirksame Beaufsichtigung und gemeinwirtschaftliche Beeinflussung dieser Vereinigungen von selber sich ergeben wird.“ Wir beanspruchen dort, wo wir die volle Verantwortung und das Risiko tragen, die volle Selbständigkeit des Vermögens. Das Gelingen des industriellen Erfolges liegt in der Hand der Entscheidung und seiner Durchführung und dies erfordert die uneingeschränkte Freiheit der Bewegung, soll nicht der erzielte Gewinn, sondern auch der Gewinnanteil des Staates, sich verringern oder ganz schwinden. Sollen mit „wirtschaftlichen Assoziationen“ Kartelle gemeint sein, so birgt ihre Interessengemeinschaft mit dem Staate doch gewisse Gefahren, nicht nur, weil der allzuenge Zusammenschluß kapitalistischer mit kapitalistischen Interessen leicht zu Gegen-sätzen mit den Interessen des Konsums führt, sondern auch mit Bezug auf den industriellen Fortschritt, der nur durch das äußerste Anspannen aller technischen und kommerziellen Fähigkeiten und Arbeitskräfte auf Grund der in ihrem Wirtschaftsgebiet gegebenen Produktions- und Absatzbedingungen gedeihen kann, ohne künstliche Forderung, ohne Verletzung in eine Treibhausatmosphäre. Dieselben Gründe lassen uns die sonst als großzügig und weitblickend anzuerkennenden Vorbereitungen der Regierung für den Übergang in die Friedenswirtschaft mit einiger Besorgnis verfolgen. Geben wir auch zu, daß das während des Krieges bezahlte, enorme Lehrgeld für staatliche Bewirtschaftung den Wunsch nach einer praktischen Verwertung der kostspielig gewonnenen Erfahrungen rechtfertigt, so steht doch zuviel auf dem Spiele, um

neue Experimente zu wagen. Eine verschiedenartige Auslegung erfährt auch die Äußerung des Ministerpräsidenten über die dem Bergbau zu gewährenden Entlastungen, weil sie wenig im Einklang steht mit dem gleichzeitig angekündigten Rohle-n-gesetz, das die Bergbaureiheit für wohl grundsätzlich aufhebt und durch die Einleitung der Verstaatlichung nicht nur die Betätigung des Privatunternehmers schon gegenwärtig ein-schränkt, sondern in Zukunft teilweise wohl vollkommen aus-schalten dürfte. Nach Darlegung des Regierungsprogramms erfolgt im Parlament die Behandlung des Budgets. Was die Finanzlage des Staates, die der Finanzminister mit der ihm eigenen Wahrhaftigkeit schilderte, anlangt, so erscheint uns die schwindelnde Höhe der Ziffern, abgesehen von den 41 Milliarden Kriegsschulden per Ende Juni 1917, nicht so erschreckend, wenn man von 222 Milliarden Gesamtausgaben pro 1917/18 die 16 Milliarden durch den Krieg bedingten, vorübergehenden Auslagen in Abzug bringt und für die Deckung des Defizits die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten von Produktion und Konsum des Kaiserreiches, selbstverständlich in seinem heutigen, unverletzten Bestand, ohne Abtrennung irgendeines Gebietes, in Rücksicht zieht. Das Rezept für die Regelung des Staatshaushaltes ist theoretisch ein sehr einfaches: Verminderung der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen. Leider haben sich die legislativen Maßnahmen bisher weniger mit Ersparnissen, als mit Me-ß-ausgaben, darunter auch dauernden, befaßt, und wenn es auch an gutem Willen zur Besteuerung nicht fehlte, so war doch das hierbei angewandte System mehr auf den momentan erzielbaren Höchstbetrag bedacht, als auf die Sicherung dauernder, künftig steigender Einnahmen durch Vorkehrungen für die Erhaltung und Kräftigung der Steuerquellen. Hierbei ist es naturgemäß, daß die Majorität des Abgeordnetenhauses in pflichtgemäßer Wahrung der Interessen der von ihr zu vertretenden Be-völkerung, die das größere Maß an Opferwilligkeit mit Vor-lichte der politisch schwächeren Minorität der Staatsangehörigen zubilligt. Und doch widerspricht es dem demokratischen Geiste der Zeit, gleichen Rechten für alle eine Ungleichheit der Pflichten gegenüberzustellen und mit direkten, resp. indirekten Steuern vorzugsweise Industrie, Handel und Gewerbe, beziehungsweise die Stadtbevölkerung und die Industriearbeiter zu belasten, um so mehr, als die Deckung unserer Verbind-lichkeiten die gleichmäßige, wenn auch im Verhältnis zur Tragkraft progressive Heranziehung Mann für Mann der Ge-samtheit erfordert. Mit Bezugnahme auf künftige Staatsaus-gaben wollen wir nicht bei einer Ersparnispost vorübergehen, die uns, wenn auch in unbestimmter Ferne, von autoritativer Seite in Aussicht gestellt wurde. Es ist eine Post, die uns vom Grafen Czernin verkündet wurde, ein Friedenszeitalter verheißend, eine Post, die durch allmähliche Herabsetzung der Rüstungen aller Staaten sich dadurch verviel-fältigt, daß sie nicht nur eine Ersparnis darstellt an ins-tensivsten anwachsenden baren Auslagen, nicht nur die Ein-schränkung des Bergendens von Werten und Kräften für An-lagen, die unverzinslich sind und gleichzeitig den Notenumlauf vermehren, sondern den alljährlichen Zuwachs von Hundert-ausenden von Menschenhänden, von vielen Tausenden Waggons von Rohstoffen, von Millionen Kronen für Anlage- und Be-ziebskapitalien, zur produktiven Arbeit und für die Schaffung von dem Staate und der Allgemeinheit nutzbringenden Werken.

(weiterer Beifall.)

Das Wien von heute.

Eine Rede des M. Kunschak in einer Siebinger Wählerversammlung.

Die Bezirksorganisation der christlichsozialen Arbeiter des 13. Bezirkes hielt am 3. d. in Sauer's Gasthof auf der Lingerstraße ihre massenhaft besuchte Hauptversammlung ab, in der M. Kunschak über das Thema „Krieg und Volkswirtschaft“ sprach. Redner betonte eingangs seiner Ausführungen, daß die durch den Krieg eingetretene Verelendung nicht allein die Arbeiterschaft, sondern auch den gesamten Mittelstand, die Gewerbetreibenden, die meisten Angestellten usw. ergriffen habe und verglich dann das Wien vor dem Kriege mit dem Wien unserer Tage. Das Wien unter Dr. Duxer war ein schönes, herrliches und lebensfrohes, umgeben vom Wald- und Wiefengürtel, gesäumt mit herrlichen Parkanlagen, getaucht in ein Meer von Licht war es eine Stadt, in der die Bewohner glücklich, sorgenlos und zufrieden dahinglebten. Unter der Sonne des Friedens konnte das Wienertum seine schönsten Eigenschaften entfalten, das goldene Wienerherz, der köstliche Wiener Humor kam damals so recht zur Geltung. (Beifall.) Was ist aus diesem Wien heute geworden? Eine Elendsstadt im wahrsten Sinne des Wortes! Die vielen, bleichen, abgezehrten Kindergepärtchen sagen es uns, ihre verwilderten Sitten, die Frauen sagen es uns, die sich frühmorgens stundenlang bei den Geschäften anstellen müssen, um dann sofort in die Fabrik zu eilen, aus der sie erst spät abends abgespant heimkehren, und die abgerackerten Männer, alle bilden ein fürchtbares Symptom dafür, daß aus Wien, dieser so glücklichen und herrlichen Stadt, heute eine Stätte des Elends geworden ist. (Beifall.)

Auch äußerlich zeigt es sich. Die Straßen, deren Pflaster arg vernachlässigt ist, befinden sich in einem grauenhaften Zustand, der Straßenbahnverkehr ist ein jämmerlicher, die Zustände der Wiener Stadtbahn mit ihren schon monatelang nicht gereinigten und gepulzten Waggons spotten jeder Beschreibung. Das Verkehrsweien Wiens, seine Beleuchtung, seine Straßen, kurz alles zeigt, daß vor unsern Augen eine Elendsstadt im wahrsten Sinne des Wortes liegt. Aber trotzdem ist für eine kleine Anzahl von Menschen Wien noch immer eine reiche Stadt. Die Varietés, Theaters, kurz alle Vergnügungsorte haben noch niemals solche Geschäfte gemacht wie jetzt. In den Auslagen der großen Modenhäuser kann man Toiletten um fabelhaften Preis bekommen, man braucht keine Angst zu haben, daß sie vielleicht infolge dieser Preise nicht gekauft werden dürften. Für wen aber ist Wien noch immer die glückliche, die reiche Stadt? Für die Kriegsgewinner, für die Kriegsverdiener, für eine Anzahl galizischer Flüchtlinge, die zu einer wahren Stadtplage geworden sind, die unser gesundes wirtschaftliches Leben vergiften und untergraben. In den Gerichtsaktenberichten können wir fast nur die Namen der galizischen Juden lesen, welche wegen der unglaublichsten Preistreibereien angeklagt sind. So konnte am 24. November das Kriegswunderamt berichten, daß die Jüdin Julie Wiener Kaffeesurrogate in Verkauf brachte, die sie um 12 Kronen per Kilogramm verkaufte. Der Inhalt dieser mit einem 60prozentigen Gewinne verkauften Surrogate bestand aus K e h r i c h t. (Entwöhnungstafel.) Für diese Jüdin ist Wien die reiche Stadt geblieben, denn hier hat sie auf Kosten der gesamten notleidenden Bevölkerung ein Vermögen erworben. Am 26. November gab die Wiener Polizeidirektion mit einer geradezu erstaunlichen Offenherzigkeit bekannt, daß der galizische Flüchtling Jakob Rabinowitsch, der im Jahre 1914 mit einem Paarvermögen von kaum 200 Kronen von Galizien nach Wien kam, für das Jahr 1916 eine Kriegsgewinnsteuer von sage und schreibe 615.000 Kronen vorgeschrieben erhielt. Rechnen man noch dazu die Personaleinkommensteuer, die dieser jüdische Kriegsverdiener zahlen muß, so kann man die Summe mit einer Million Kronen beziffern.

Nachdem noch Stadtrat kaiserl. Rat Boner an die vor 25 Jahren erfolgte Gründung des christlichsozialen Arbeitervereines erinnert hatte und Vorsitzender L a w b e c k zur regsten Verarbeitung für die christliche Presse aufgefordert hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

8. XII. 1914

7

Wirtschaftliche Wochenchronik.

1. Dezember. Ein neuer Kriegskredit von 15 Milliarden Mark vom deutschen Reichstage bewilligt.

2. Dezember. Die türkischen Kriegskosten seit Kriegsbeginn offiziell mit 111 Millionen Pfund beziffert. Eine neue türkische Anleihe von 56 Millionen Pfund in Deutschland abgeschlossen.

3. Dezember. Nach einer den Delegationen gemachten Vorlage betragen die Kriegskosten Oesterreich-Ungarns seit Ausbruch des Krieges bis 1. Juli 1914 45 Milliarden Kronen. — Fortgesetzte Besserung der österreichisch-ungarischen und deutschen Valuta an den neutralen Börsen. — An der Budapester Börse tritt nach Klärung der Reform die alte Ordnung in Kraft.

4. Dezember. Beginn des amtlichen Handels in Dividendenpapieren an der Berliner Börse. Sprunghafte, an den folgenden Tagen fortgesetzte Steigerung der österreichischen und ungarischen Renten in Berlin und Wien.

5. Dezember. Das Exposé des Kriegsministers in den Delegationen hebt die außerordentlichen Leistungen der österreichischen und ungarischen Industrie und Landwirtschaft im Kriege hervor und bezeichnet als leitenden Gedanken nach Wiederherstellung des Friedens: Wiederaufbau der Volkswirtschaft auf allen Linien und Hebung der Produktion.

6. Dezember. Erklärungen des Finanzministers Freiherr v. Wimmer über das Steuerprogramm. — Forderung Wilsons, daß an Oesterreich-Ungarn der Krieg erklärt werde.

7. Dezember. Konferenz der Wiener Reichsratsabgeordneten und des Bürgermeisters mit der Regierung über die Ernährungsfrage in Wien.

Demobilisierung und Volkswirtschaft.

Für die zukünftige Demobilisierung werden nach den jüngsten Erklärungen des Kriegsministers, schon jetzt gewisse Vorbereitungen getroffen. Sie sollten in einer sehr gründlichen Weise und in einem beschleunigten Zeitmaß vor sich gehen, damit zumindest auf diesem Gebiete Improvisationen vermieden werden können. Denn von der Gestaltung der Demobilisierung, die die erste Phase der Ubergangswirtschaft darstellt, wird ungemein viel abhängen. Handelt es sich doch dabei nicht etwa, wie häufig angenommen wird, gleichsam um eine umgekehrte Mobilmachung. Die richtet sich beinahe ausschließlich nach militärischen Erwägungen und Notwendigkeiten, so daß selbst erhebliche wirtschaftliche Schädigungen, wie sie sich zum Beispiel schon aus der mehrwöchigen fast vollständigen Stilllegung des Verkehrs ergeben, mit in den Kauf genommen werden müssen. Bei der Demobilisierung ist es anders. Sie ist viel weniger dringlich als die Mobilmachung und kann schon aus diesem Grunde in erster Linie den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung tragen. Mit dem Ausnahmezustand des Krieges ist es dann vorbei, und die Friedenswirtschaft tritt in ihre vollen Rechte.

Die Demobilisierung ist hauptsächlich eine Transportfrage. Sofort nach Beendigung des Feldzuges wird der Verkehr, der schon jetzt den der letzten Friedensjahre übersteigt, ins Riesengroße anschwellen. Neben den gewaltigen Truppenbeförderungen werden im Personenverkehr noch folgende Transporte in Betracht kommen: Die Beförderung der Kriegsgefangenen vom Inland ins Ausland und vom Ausland ins Inland, die Beförderung der Kriegsflichtlinge, die Reisen der auf bestimmte Gebiete angewiesenen Personen (der „Konjinierten“ und „Internierten“), das Wiederaufleben des Reiseverkehrs im Inland, mit dem Ausland und im Durchzugsverkehr, das für die erste Zeit nach dem Fallenlassen der Verkehrsstrahlen sprunghaft in die Höhe gehen wird. Auch im Güterverkehr wird zu den ungeheuren Transporten der Militärbehörden die Wiedereröffnung des Auslandsverkehrs hinzukommen, wobei besonders des während des Krieges brachgelegten Güterverkehrs über die inländischen und ausländischen Hafenorte sowie auch des Durchzugsgüterverkehrs gedacht werden soll. Eine gewisse Entlastung wird sich jedoch dadurch ergeben, daß der Militärgüterverkehr noch weniger dringlich ist und daher auf einen längeren Zeitraum verteilt werden kann als der Militärpersonenverkehr. Trotzdem werden die Leistungsanforderungen so groß sein, daß ihnen die Bahnen mit ihren außerordentlich abgenutzten Anlagen, Lokomotiven, Wagen usw. kaum werden entsprechen können. Wir dürfen uns sonach während der Demobilisierung auf ernste Verkehrsschwierigkeiten gefaßt machen.

Von den beiden Arten der Demobilisierung, der persönlichen und der sachlichen, ist die erste bei weitem wichtiger, und zwar sowohl im positiven als auch im negativen Sinne. Vor allem handelt es sich darum, der Wirtschaft wieder diejenigen Heeresangehörigen zuzuführen, die am dringlichsten benötigt werden. Das sind beispielsweise, nach den Worten des Kriegsministers, Angestellte der Transportanstalten, der Schiffswerften, der Lokomotiv- und Wagenschiffen, dann Bergarbeiter, Angestellte der Arbeitsvermittlungsorganisationen u. dal. Diese Maßregel ist leicht durchzuführen. Dagegen dürfte es schwer fallen, den nachteiligen Folgen der persönlichen Demobilisie-

runge, das ist der Ueberflutung des Arbeitsmarktes, vorzubeugen. Zu dem vorgeschlagenen Auskunftsmittel, wonach die Entlassung aus dem Heeresverband auf einen möglichst langen Zeitraum zu erstrecken wäre und derart zu erfolgen hätte, daß nach und nach die überschüssige Arbeitskraft von der Wirtschaft aufgefangen werden könnte, wird wohl kaum gegriffen werden können. Dies wäre im Grunde genommen ein Gewaltakt sondergleichen. Wie kämen, nach harten Kriegsjahren, viele Soldaten dazu, daß sie der strengen militärischen Disziplin ausgesetzt, ihrer bürgerlichen Freiheit bloß deswegen entzogen werden, weil dadurch die Lage des Arbeitsmarktes unangünstig beeinflusst würde? Vielleicht könnte gerade der unter den Rahmen Zurückgehaltene leicht eine lohnende Beschäftigung finden. Soll er nur aus Rücksicht auf andere weiterdienen müssen und wirtschaftlich geschädigt werden? Es ist sehr notwendig, daß die Frage der persönlichen Demobilisierung noch eingehend studiert und so rasch als nur möglich gelöst werde; auf diesem Gebiet ist noch viel zu wenig geschehen.

Die sachliche Demobilisierung hat lange nicht jene Bedeutung, die ihr von mancher Seite in übertriebenem Optimismus beigegeben wird. Von den der Militärverwaltung gehörigen Sachgütern werden hauptsächlich doch nur Verkehrsmittel der Friedenswirtschaft zur Verfügung gestellt werden können, also Wagen, Pferde, Automobile usw. Aber nach den furchtbaren Strapazen des Krieges wird das lebende Material nicht untadelig und das tote zumeist beschädigt und abgenutzt sein. Um so bedauerlicher ist es, daß in bezug auf die Verbesserung der Verkehrsmittel bei uns, im Gegensatz zum Deutschen Reich, noch gar nicht vorgesorgt worden ist. Wir haben zum Beispiel der Deutschen Feldkraftwagen-Aktiengesellschaft (auf die die „Zeit“ wiederholt aufmerksam gemacht hat) noch immer nichts Ähnliches an die Seite zu stellen. Und doch wird den Lastkraftwagen nach dem Kriege bei dem Mangel an tierischem Zugmaterial und bei der Höhe der Futtermittelpreise eine gewichtige Rolle zufallen. Das bisher Versäumte kann nicht rasch genug nachgeholt werden.

Der schwache Lichtstrahl aus dem Osten zeigt vielleicht schon den kommenden Friedenstaa an.

Die Demobilisierung wird möglicherweise früher durchzuführen sein, als allgem. vermutet wird. Sollen wir von den Ereignissen überrascht werden?

8. VII. 1917

— (Die Vermögensabgabe.) In dem letzten in der Gesellschaft der Volkswirte abgehaltenen Diskussionsabend über die Vermögensabgabe, erörterte Dr. Michael Sainisch die Gründe, die für die „Abbürdung“ der Schulden durch eine Vermögensabgabe sprechen. Für eine Vermögensabgabe treten deshalb alle jene ein, die eine sofortige Herstellung der Valuta wünschen. Eine solche aber sei bedenklich, weil durch sie der relative Wert der Kriegsschulden ungeheuer erhöht würde. Auch für die Unternehmer wäre sie bedenklich, da der Herabsetzung der Preise nicht eine solche der Löhne folgen würde. Der Abbau der Löhne werde überhaupt eine sehr schwierige Aufgabe sein. Die Vermögensabgabe auf das Ergebnis der Einkommensteuerfession zu basieren, sei bedenklich. Zunächst sei man genötigt, einen Schluß aus der Vergangenheit auf die Zukunft zu ziehen, der bei der Ungewißheit der Verhältnisse jetzt weniger zulässig sei als sonst. Sodann müsse man überhaupt den Einkommensteuerfessionen mit Mißtrauen begegnen. Noch immer entzögen sich erhebliche Teile des Volkseinkommens der Besteuerung. Auf dem Lande und in nicht deutschen Gegenden dürfte das versteuerte Einkommen mit dem wirklichen nicht übereinstimmen. Es bestünde die Gefahr, daß die Verteilung der Vermögensabgabe ungleich erfolgen würde und daß die Deutschen, die an sich schon unverhältnismäßig große Opfer gebracht hätten, die Hauptlast übernehmen müßten. Insbesondere würden Galizien und die Bukowina zu einer Vermögensabgabe nur in geringem Maße herangezogen werden können. Beiden Ländern, die etwa ein Drittel der Einwohner ganz Oesterreichs herbergen, stünde aber angesichts ihrer natürlichen Hilfsquellen eine schöne Zukunft bevor. Für einen Hauptnachteil der Vermögensabgabe hält es der Redner, daß man in ihr bevölkerungspolitische Gesichtspunkte nicht vertreten könne. Eine Differenzierung der Besteuerung nach dem Familienstande sei aber angesichts des Sinkens der Geburtsziffer dringend geboten. Von einer hohen Vermögensabgabe befürchtet Redner eine Schädigung des aufstrebenden, mit fremdem Kapital arbeitenden Mittelstandes. Er glaubt, daß durch sie die Abhängigkeit von den Banken und die Konzentration der Betriebe gefördert werden würde. Es sei fraglich, ob die Forderung nach einer Vermögensabgabe gerade in jenen Preisen erhoben werde, die den Kampf gegen das große Kapital auf ihre Fahne geschrieben haben. An Stelle der Vermögensabgabe empfiehlt Dr. Sainisch eine stark progressive Vermögenszuwachssteuer, in die man alle neu ankaufte Vermögensbestandteile, insbesondere auch Kunstgegenstände und Schmuck, zum Anschaffungswert einbeziehen könne.

— Freie industrielle Vereine als Kriegsverbände.) Heute wird eine Verordnung des Handelsministers verlautbart, durch die der Wirkungskreis der provisorisch mit den Aufgaben eines Kriegs- oder Wirtschaftsverbandes betrauten Körperschaften umschrieben wird. Da im Laufe der nächsten Zeit auf Wunsch der interessierten Kreise eine größere Anzahl solcher Körperschaften mit den Aufgaben eines Kriegs- oder Wirtschaftsverbandes betraut werden soll, mußten nun die Rechte und Pflichten, die den Verbänden und ihren Angehörigen hierdurch erwachsen, festgelegt werden. Dies ist durch die neue Verordnung einerseits unter Beachtung auf die den freien Vereinigungen zuerkannten weitgehenden Verfügungsrechte und andererseits unter Berücksichtigung des Umstandes geschehen, daß durch die Betrauung mit den Aufgaben eines Kriegsverbandes die Tätigkeit der betreffenden Körperschaft als freier Verein nicht behindert werden darf. Gewisse Funktionen werden die betrauten Vereine nicht nach freiem Ermessen, sondern nur über besondere Weisung oder mit Genehmigung des Handelsministers ausüben haben, so zum Beispiel die Führung von Uebersichten über die Arbeitsverhältnisse und Betriebs-einrichtungen der ihnen angehörenden Unternehmungen, ferner die Durchführung von Erhebungen über Vorräte, Erzeugung und Absatz und endlich die Zuweisung von Roh-, Hilfs- und Brennstoffen an ihre Mitglieder. In allen anderen Fragen der wirtschaftlichen Verwaltung, insbesondere bei Maßnahmen zur Regelung und Förderung der Erzeugung, der Ein- und Ausfuhr, der Handelspolitik und der sozialen Fürsorge, bei der Festsetzung von Preisen und der Vergabung von Lieferungen kommt ihnen ein Beratungs- und Mitwirkungsrecht zu. Sie können aber vom Handelsminister auch zur Durchführung hierauf sich erstreckender Verfügungen berufen werden. Der Grundsatz, daß neben den Verbandsfunktionen auch die Tätigkeit der Körperschaften als freie Vereine ungehindert bestehen bleiben soll, ist in den Paragraphen der Verordnung, die sich auf die Pflichten der Mitglieder, der Funktionäre und Angestellten und auf die staatliche Aufsicht beziehen, streng festgehalten.

Rußlands Volkswirtschaft und der Frieden.

Mit dem Eintritt der Waffenruhe an der Ostfront ist auch das Problem in die Nähe gerückt, wie sich Rußlands Handelsbeziehungen zu den Mittelmächten nach dem Kriege gestalten werden. Es ist dies eine Frage, die nicht zuletzt davon abhängt, ob es den Russen gelingt, die finanziellen Fesseln, mit denen sie an den Vielverbund gekettet sind, völlig zu sprengen. Rußland schuldet heute den Westmächten und den Amerikanern rund 40 Milliarden Franken. Davon entfallen über 20 Milliarden auf Frankreich. In seiner Rolle als Geldgeberin wurde nach Kriegsausbruch Frankreich abgelöst von dem angelsächsischen Bundesgenossen, der den Russen bisher insgesamt 15 Milliarden Kronen geborgt hat. Nur der geringste Teil dieses Geldes ist nach Rußland gekommen; das meiste blieb in England selbst, das dafür Munition, Automobile und anderes Kriegsmaterial über Archangelsk an die russische Armeeverwaltung ablieferte. Als Pfand hierfür erhielten die Engländer mehr als eine Milliarde Rubel in Gold,

die der russischen Staatsbank entnommen wurden. Damit war der erste Schritt getan zur finanziellen Unterjochung Rußlands, die in der Folgezeit rasche Fortschritte machte. Der Angehache war eben nicht so töricht wie der Franzose, der seine zwanzig Milliarden einzig und allein auf die Karte der zaristischen Regierung gesetzt hatte. Bald wurde das russische Reich von der Nawa angefangen bis hinten zum Amur von englischen Kapitalisten und Prospektoren überzogen, die sich um Konzessionen betwarben und diese auch erhielten. In der russischen Industrie erhoben sich zwar bald Stimmen des Mißtrauens und wurden noch verstärkt, als die Amerikaner auf dem Plan erschienen und im Wettbewerb mit England halbe Provinzen aufkauften und aus Sibirien eine amerikanische Domäne zu machen versuchten. Was der anglo-amerikanische Kapitalismus dort im Verlauf von wenig mehr als zwei Jahren erreicht hat, das hat erst vor kurzem Professor Dujo Brentano eingehend dargelegt, und selbst für den Fall, daß nur die Hälfte dessen, was der bekannte Münchner Gelehrte an Projekten und Konzessionen anführt, auch verwirklicht wird, so genügt dies vollkommen, um den gewaltigen russisch-sibirischen Landkomplex dem angelsächsischen Kapitalismus für unabsehbare Zeiten dienstbar zu machen. Für Rußland ist es also eine Lebensfrage, ob und in welchem Maße es gelingt, sich von den goldenen Fesseln seiner jetzigen Verbündeten loszumachen. Vor dem Krieg war es beinahe zu einem Glaubenssatz für den Russen geworden, daß die mitteleuropäische, vornehmlich die deutsche Industrie jedem national-russischen Großunternehmen die Lebensader unterbinde. Der Krieg hat das Fehlerhafte dieses Axioms dargetan und bewiesen, daß Rußland ohne die Einfuhr fremder gewerblicher Erzeugnisse nicht leben kann. Dies hängt zum Teil mit der Eigenart des Russen, noch mehr aber mit der raschen Zunahme des russischen Volkes zusammen, dessen Bedürfnisse die junge national-russische Industrie nicht vollkommen befriedigen kann. Der angebliche Wettbewerb der mitteleuropäischen Industrie kann also allein nicht Grund genug sein, im Falle der Beseitigung des Kriegsstandes eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Wien, Berlin und Petersburg zu verhindern. Dafür ist die Zahl der Berührungspunkte für ein friedliches Zusammenarbeiten viel zu groß. Rußland ist ein Agrarland, dessen Bevölkerung zu mehr als 80 Prozent aus Bauern besteht und das daher vornehmlich landwirtschaftliche Erzeugnisse zur Ausfuhr bringt. Augenblicklich mag zwar auch in den russischen Städten des Nordens Knappheit an Lebensmitteln bestehen. Doch dies ist mehr eine Folge der Unordnung im Verkehrsweisen, und in dem Augenblick, wo der Frieden unendliche Arbeitskräfte zum bebauen des Bodens frei macht und den Bahnen eine Entlastung bringt, kann auch mit einer baldigen Wiederaufnahme der russischen Getreide-, Butter-, Fleisch- und Lederexporte gerechnet werden. Wenn diese Ausfuhr wieder einsetzt, das ist lediglich eine Frage des Transportes und der Kapazität unserer Industrie, und zwar, so weit sich diese mit der Herstellung landwirtschaftlicher und anderer augenblicklich in Rußland dringend benötigter Maschinen befaßt. In dem Maße, wie es gelänge, die russische Nachfrage nach diesen Maschinen zu decken, würde auch sofort der Warenverkehr zwischen Rußland und Mitteleuropa einsetzen. Wenn wir dann imstande wären, den Russen materielle Güter zu liefern, könnte mit einem regen Austauschverkehr gerechnet werden, denn die ersten Zeiten des Verkehrs mit Rußland würden aller Voraussicht nach völlig im Zeichen des primitiven Tauschgeschäftes stehen. In London und New-York wittert man bereits die Gefahr, die im Anzug ist; daher die plötzliche Angst, es könnten zum Schluß noch alle Weltbankrottierungspläne an einem mitteleuropäisch-russischen Wirtschaftsblock scheitern.

11./XII. 1917

(Bürgermeister Dr. Weiskirchner über aktuelle Fragen.) In einer Versammlung des christlichsozialen Wählervereines in Dornals sprach gestern Bürgermeister Dr. Weiskirchner über aktuelle Angelegenheiten, von denen die Ausführungen über die Gestaltung des Verkehrsproblems in Wien von besonderem Interesse sind. Zunächst verwies der Bürgermeister auf die Ernährungskonferenz und besprach die Versorgung der Stadt Wien, insbesondere mit Kohle und Kartoffeln, welche letztere verhältnismäßig befriedigend sei, so daß mit einer Ropquote von einhalb Kilogramm während des Winters sicher gerechnet werden könne. Das Programm Dr. Zuegers hinsichtlich der Kommunalisierung der Betriebe zur Erzeugung von Licht und Kraft habe sich in jeder Hinsicht bewährt und bis zum Kriege die Bevölkerung vor der Erhöhung der städtischen Steuerzuschläge bewahrt. Im Kriege seien die Kohlepreise und die Frachttarife gestiegen und im Parlament werden Steuervorschläge erörtert, welche die von den städtischen Werken zu entrichtende Steuer von 800.000 Kronen auf drei Millionen Kronen hinausschrauben sollen. In Deutschland sei bereits eine Kohlensteuer eingeführt, welches Beispiel in Oesterreich vielleicht nachgeahmt werden wird. Er wolle daher heute schon gegen eine Besteuerung der zur Gaszerzeugung dienenden Kohle Stellung nehmen. Sozialpolitische Gründe fordern die Ausdehnung des Gasverbrauches im Haushalt und in den gewerblichen Betrieben. Das Kochen mit Gas verbilligt die Kosten des Haushaltes, spare Zeit und sei viel reinlicher als die Kohlenfeuerung. In gewerblichen Betrieben werde die Arbeit durch die Gasmotoren erleichtert, die Arbeitsmethode und das Erzeugnis verbessert. In hygienischer Beziehung bedeute jede Steigerung der Gasverwendung die wirksamste Bekämpfung der Rauch- und Rußplage und damit die Beseitigung der Gesundheits- und Sachschäden der Großstadt. Wenn aus diesen so wichtigen Gründen die Erhöhung des Gasverbrauches angestrebt werde, so sei eine namhafte Erhöhung der Gaspreise damit nicht vereinbar. Die Regierung sollte daher im eminenten volkswirtschaftlichen Interesse die Gaszerzeugung in den Gemeinbetriebes fördern und dies könnte durch eine begünstigende Ausnahmestellung im Falle der Kohlensteuer geschehen, was in Deutschland verabsäumt wurde. Ähnlich liegen die Verhältnisse im städtischen Elektrizitätswerk. Die Erhöhung der Strompreise müßte naturgemäß eine Erhöhung der Straßenbahntarife nach sich ziehen. Der Bürgermeister bezeichnete in seinen weiteren Ausführungen die Elektrifizierung der Stadtbahn und die Uebernahme des Betriebes in die Verwaltung der Stadt als unerlässlich, dann müsse der Bau von Untergrundbahnen zur Unterstützung einer weltausgreifenden Wohnungs- und Beschäftigungspolitik in Angriff genommen werden. Der Bürgermeister erklärte, er strebe ein städtisches Verkehrsmonopol an, das den Interessen der Stadt und ihrer Bevölkerung zu dienen habe. Auch die Untergrundbahnen werden am Anfang nicht rentabel sein, sie werden aber die Größe der Stadt und ihrer Weiterentwicklung dienen. Er wisse sehr wohl, daß diese Pläne nicht von heute auf morgen erfüllt werden können, aber jetzt schon vorbereitet werden müssen, soll nicht wieder zu spät gekommen werden. Mit einem Appell, der Gemeindeverwaltung auch weiterhin das volle Vertrauen zu schenken, schloß der Bürgermeister seine Rede.

Die Uebergangswirtschaft.

Berlin, 13. Dez. (Telegr.) Die Zerlegung des Reichsamts des Innern in mehrere Behörden ist nunmehr endgültig erfolgt. Das Reichswirtschaftsamt besteht und hat seinen Sitz nicht mehr im Palast des Reichsamts des Innern in der Wilhelmstraße, einem der größten und schönsten Amtssitze der Reichshauptstadt, sondern in dem ebenfalls architektonisch bemerkenswerten ehemaligen Bau des Patentamts in der Luisenstraße. Das Reichswirtschaftsamt ist aus der vierten Abteilung des Reichsamts des Innern, die alle wirtschaftlichen Fragen behandelte, entstanden, und es ist eine weitere Trennung in zwei Abteilungen, die sozialpolitische und die wirtschaftspolitische, erfolgt. An der Spitze des Reichswirtschaftsamts steht bekanntlich als Staatssekretär Freiherr v. Stein; ihm sind zwei Unterstaatssekretäre unterstellt, der eine, Dr. Caspar, leitet die sozialpolitische Abteilung, als Unterstaatssekretär für die wirtschaftliche Abteilung ist der Unterstaatssekretär im Handelsministerium, Dr. Göpper, bestimmt worden, der seit 1909 Staatskommissar an der Berliner Börse war. Für die Bearbeitung der Uebergangswirtschaft war bekanntlich seinerzeit ein Reichskommissar einzusetzen und das Amt dem Senator Sthamer aus Hamburg übertragen worden. Nunmehr ist diese Reichsstelle für Uebergangswirtschaft im Reichswirtschaftsamt, und zwar dessen wirtschaftspolitischer Abteilung, ausgegangen. Es liegt auf der Hand, daß beim organisatorischen Aufbau der Uebergangswirtschaft die einzelnen Wirtschaftsruppen getrennt sein, und ihre Zweige wieder in Untergruppen bearbeitet werden müssen. Nicht ganz einfach wird es sein, die Mitwirkung der Sachverständigen, die bei der ehemaligen Reichsstelle für Uebergangswirtschaft als Beiräte tätig sein sollten, bei der neuen Organisation zweckmäßig festzusetzen. Aber auch das wird in aller Kürze endgültig festgesetzt sein.

Man kann sich ungefähr denken, welcher Strom von Wünschen, Anfragen, Ratsschlägen und Forderungen aller Art aus den Interessentkreisen auf das neue Amt bzw. die Leitungen der einzelnen Wirtschaftsgruppen sich ergießen wird. Sind es doch mit den Fragen unsers wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der Erholung und Kräftigung unsers Wirtschaftslebens und seiner Anpassung an die neuen Bedingungen in Europa und Übersee unzählige geschäftliche Einzelinteressen, die von der Wirksamkeit des neuen Amtes abhängen. Jedenfalls wird man Mittel und Wege finden müssen, den Einzelverkehr zwischen Interessenten und Amt so zu gestalten, daß er keine Hemmung für dessen Betrieb darstellt und doch sowohl die Interessen zu ihrem Recht kommen als auch den Austausch von Anfragen und Hinweisen für die wirtschaftliche Gesamtarbeit fruchtbar werden läßt. Das Reichswirtschaftsamt wird, je mehr wir uns dem Ende des Kriegeres nähern, eine der wichtigsten Reichsbehörden werden. Je weniger bürokratisch es geleitet und je mehr es von dem Grundprinzip durchdrungen sein wird, daß unsre wirtschaftliche Erholung und unser wirtschaftlicher Wiederaufbau möglicher Freiheit bedürfen, um so mehr wird das neue Amt den deutschen Interessen dienen.

1./I. 1918.

18

Groß-Berlin an der vierten Kriegsjahreswende.

In den fast 3 1/2 Jahren des Krieges, die hinter uns liegen, sind die Groß-Berliner Gemeinden immer tiefer in die Aufgaben der Kriegszeit hineingewachsen, und das Jahr 1918, das nun vor uns liegt und von dem wir nicht wissen, ob es schon das Friedensjahr sein wird, dürfte auf dem Wege dieser Entwicklung eine Fülle weiterer Aufgaben für Groß-Berlin bringen. Wie gewaltig, umfangreich und vielfältig sind die Kriegseinstellungen Groß-Berlins geworden! Nicht in die Millionen — in die Milliarden gehen die Werte, die die Gemeinden und Kreise Groß-Berlins bis jetzt an Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen für die 4 Millionen Einwohner Groß-Berlins umgesetzt haben, viele Tausende zählen die Beamten, Angestellten und Hilfskräfte, die für die Ernährung, Bekleidung und Fürsorge der Bevölkerung unermüdlich tätig sind! Wenn man an der Jahreswende 1917/18 diese riesige Arbeit Groß-Berlins zum Wohle des Vaterlandes rückschauend betrachtet, so zeigt sich, daß die Kriegszeit sie in drei Schichten aufgebaut hat: Kriegsfürsorge — Kriegsernährung — Kriegswirtschaft.

Das erste Kriegsjahr war in wirtschaftlicher Hinsicht fast noch ein kaltes Friedensjahr. Die Hauptarbeit der Gemeinden galt der Fürsorge für die Kriegerfamilien. Im zweiten Jahr des Weltkrieges, da die Nahrungsmittelquellen der Friedenszeit versiegten und der Hungerkrieg der Briten uns vom Weltmarkt absperrte, kam die von Monat zu Monat vielgestaltiger und dringender werdende Arbeit der Kriegsernährung hinzu, daneben verdoppelte und verdreifachte sich aber die Kriegsfürsorge infolge der vermehrten Speiseeinziehungen und der Erhöhung der Unterstützungssätze. Und das letzte, das dritte Kriegsjahr, hat zu diesen beiden großen Arbeitsgebieten noch die Aufgaben der Kriegswirtschaft gebracht: der kommunalen Fürsorge für die Bekleidung und Beschuhung der Bevölkerung, die Versorgung mit Kohlen und Brennholz, die Regelung der Sammelheizung und Warmwasserversorgung und zuletzt die Vorarbeiten für die Möbelbeschaffung, die Vorarbeiten für die kommunale Uebergangswirtschaft zum Besten der heimkehrenden Feldgrauen. Schon zeigt sich im Hintergrund riesengroß eine neue gewaltige Aufgabe: die Lösung der Wohnungsfrage und die Behebung der Kleinwohnungsnot, deren Kommen nun wohl keine Streitfrage mehr ist.

Die alles umfassende Siedlungsfrage ist die eigentliche Groß-Berliner Frage, die Aufgabe, die von keiner einzelnen Gemeinde allein, insbesondere auch nicht von Berlin, gelöst werden kann, zu deren Erfüllung sich vielmehr alle Kräfte einträchtiglich zusammenmenten müssen. Von hier aus wird der Groß-Berliner Gedanke einen mächtigen Anstoß bekommen. Viele Kräfte sind schon jetzt am Werk, um diesem erstrebenswerten Ziel näher zu kommen. Der Bürgerschaftsrat Groß-Berlin sucht den Groß-Berliner Gedanken durch das Aufrütteln der Bürgerschaft selbst in Fluß zu bringen, daneben rühren sich die städtischen und Gemeindeverwaltungen, um für die kommenden Aufgaben gerüstet zu sein.

Dem Beobachter des Groß-Berliner Gemeindelebens zeigt sich nun eine merkwürdige Folge der hinter uns liegenden drei Kriegsjahre auf die Groß-Berliner Verfassungsfrage: Auf der einen Seite ist der Groß-Berliner Gedanke, das heißt die Einsicht, daß die Groß-Berliner Gemeinden sich zu einem leistungsfähigen Ganzen zusammenfinden müssen, stark gewachsen. Das Groß-Berliner Gemeinheitsbewußtsein ist da. Auf der anderen Seite aber darf der Eingemeindungsgebante, die sogenannte „glatte Eingemeindung“, als abgeitan gelten. Die Kriegszeit und der gesteigerte Wettbewerb, das Gefühl der eigenen Arbeit und Leistungsfähigkeit auch in den Stürmen des Weltkrieges hat in den Stadtgemeinden wie in den großen Vorortlandgemeinden das Gefühl der Selbständigkeit beträchtlich gehoben. Als Ausfluß dieses Gefühls kann die Berliner Vorortgemeinschaft im Kreise Teltow angesehen werden.

Die Lösung der Groß-Berliner Frage wird in der gemeinsamen Lösung zweier Aufgaben zu erblicken sein: in der Einheitlichkeit und Zusammenfassung der Verwaltung gemeinsamer Aufgaben wie in der gleichzeitigen Selbständigkeit der Einzelgemeinde in örtlichen Fragen. Der Verband Groß-Berlin kann nur als erster tappender Versuch in dieser Richtung angesehen werden. In seiner jetzigen Gestalt hat er die Groß-Berliner Aufgabe nicht lösen können.

Möge das neue Jahr 1918 für das Vaterland den deutschen Sieg und deutschen Frieden bringen — für Groß-Berlin aber die ersten erfolgreichen Arbeiten zur Errichtung des neuen, gemeinsamen, kommunalen Oberbaus als einer weiteren Stufe in der Entwicklung der durch den Krieg mächtig geförderten und ihrer Leistungen bewußt gewordenen Selbstverwaltung der Groß-Berliner Bürgerschaft.

1. I. 1918.

Staatssozialismus.

Sozialismus ist der Wille zur Lebenssicherung auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit. Wie du mir, so ich dir: das ist gar nicht ideal, aber sehr geschickt gedacht und gerechnet. Ein solcher gesunder, sehr unsentimentaler und nüchterner Sozialismus, der alle Tiefen des

Lebens auf sich beruhen läßt und sein Genüge daran findet, die Gefahren abzuwenden, die diesem von den großen Mächten der Oberfläche drohen, ein solcher Sozialismus, das Selbstschutzmittel des modernen Daseins, kann von zwei Mächten ausgehen: von der Gesellschaft und vom Staat. Die Oberflächlichkeit gewisser Parteimeinungen glaubt beide in eins setzen zu können. Insbesondere ist es seit der französischen Revolution die Uebereinkunft der westeuropäischen Zivilisation, daß der Staat lediglich ein Instrument der Gesellschaft sei. Deutsches Empfinden urteilt hier anders. Es erkennt den Staat als selbständigen, seinen eigenen Gesetzen folgenden Organismus an, der mit der Gesellschaft immer in einer gewissen Spannung lebt. Der Staat ist mehr als die Summe seiner einzelnen Bürger. Diese leben und sterben. Der Staat besteht. Auch die Gesellschaft freilich ist ein solches überpersönliches Gebilde, aber die Einzelindividuen sind in ihr anders geschichtet als im Staat. Der Staat zerfällt in Regierung und Bürger, die sich noch so sehr durchdringen mögen: eine unauflösbliche Zweifelt und ihre Spannung bleibt bestehen. Die Gesellschaft ist in Gruppen und Schichten geordnet, die sich heute vielfach überlagern und durchkreuzen. Der Sozialismus als Mittel zur Lebenssicherung ist aus der Gesellschaft heraus geboren worden. Hier zuerst schlossen sich aus freiem Willen größere Gruppen von Einzelgliedern zu Organisationen zusammen, die dem Schwachen einzelnen den Schutz des Ganzen in den Fällen gewährleistete, wo ein hereinbrechendes Unglück ihn zu ruinieren droht. Je vielfältiger diese Gefahren wurden, desto mannigfaltiger wurden die Versicherungsgesellschaften, Konsumvereine usw., die in den letzten Jahrzehnten dem einzelnen im Kampf mit der Notdurft des Lebens beistanden. Es wird ein Ehrenmal des jungen Deutschen Reiches bleiben, daß es mit am frühesten die Zukunftsbedeutung des Sozialismus erkannte und ihn in seinen Willen einbezog. Mit den überkommenen Mitteln obrigkeitlich-autoritären Zwanges führte das Deutsche Reich ein großzügiges System sozialer Versicherung ein, welches das sozialistische Prinzip der Alterspensionen über den engen Kreis der Staatsbeamten auf die frei arbeitenden Schichten des Volkes ausdehnte und die staatliche Beihilfe auch auf Krankheit und Erwerbsunfähigkeit erweiterte. Dabei aber wurde diese Sicherung nicht einfach als Geschenk dem Arbeiter dargebracht. Der Anspruch auf sie wurde auf gewisse pflichtmäßige, zwischen Unternehmer und Arbeiter geteilte Leistungen, auf einen Sparzwang gewissermaßen gegründet, so daß der sozialistische Charakter der neuartigen Maßnahmen ganz klar zur Lage trat.

Diese große staatssozialistische Reform, die die Regierung des jungen Reiches auf Bismarcks genialen Antrieb ohne Mitwirkung der internationalen Sozialdemokratie durchsetzte, war eine Anerkennung der Tatsache, daß das junge Reich entschlossen war, mit der Zeit zu gehen, daß es die überkommenen staatlichen Ueberlieferungen befruchten wollte und daß es trotz aller Sprödigkeit einer Arbeiterschaft, die sich international gehärdete, seinen Fortbestand gerade auf die Schichten mitfügen wollte, die den Typus des neudeutschen Menschen am entschiedensten in sich verkörperten: auf die deutsche Arbeiterschaft. Das gebildete Bürgertum hatte das neue Reich durch die Romantik gefühlsmäßiger Lieblingsvorstellungen für sich gewonnen, die Arbeiterschaft sollte durch nüchterne Interessengemeinschaft in den Reichsgedanken hineinwachsen, um im Frieden wie im Krieg, der schon damals drohend am Horizont aufzog, eine feste ver-

lässliche Stütze des jungen Reiches zu werden. Ein internationaler Staatssozialismus, der dem internationalen drapierten Gesellschaftssozialismus der „Klassenbewußten“ Arbeiterschaft zur Seite trat, sollte diese durch die Gewalt gerade wirtschaftlicher Notwendigkeiten dem Irrwahn internationaler Klassensolidarität entreißen und zugleich dem Klassenkampf den Stachel abbrehen.

Indem so eine feste Wohlfahrtsgemeinschaft zwischen Staat, Gesamtindustrie und Arbeiterschaft geschaffen war, mußte nun auch die Behauptung des „Internationalismus der Arbeiterinteressen“ ebenso hinfällig werden wie die Meinung von der bürgerlichen Ausgeschlossenheit des deutschen „Proletariats“. Wie weit die Daseinsinteressen des Großkapitalismus, zumal seiner nicht produzierenden, sondern seiner mißkündenden Kreise einzelstaatlich oder international verankert waren, das war vor dem Krieg nicht leicht zu entscheiden. Der Krieg hat jedenfalls insofern eine eindeutige Lage geschaffen, als die Verbundenheit staatlichen Blühens und industrieller Hochkonjunktur für die nächsten Jahrzehnte sichergestellt ist. Dem letzten unserer Arbeiter ist es heute klar, daß eine Niederlage in diesem Krieg einen namenlosen wirtschaftlichen Zusammenbruch unserer Todzeit und damit die wahre Verelendung der deutschen Arbeiterschaft zur Folge haben müßte. Ebenso klar freilich sollte sein, daß auch ein bloßer Friede ohne Sieger wenn nicht geradezu den Ruin, so doch überaus ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten für die Industrie und damit auch für die Arbeiterschaft zur Folge haben müßte. Eine Politik also, die allen Amerikanern und Entschädigungen aus lehrhafter Ver-

bohrtheit von vornherein widerstrebt, kann die Interessen der Arbeiterschaft nicht für sich ins Feld führen. Auch mit Sozialismus hat eine Theorie, wie die Unentwegten der Sozialdemokratie sie vertreten, nicht das mindeste zu tun, vielmehr ist sie eigentlich liberalen Ursprungs und gehört in den Rahmen der westlich-demokratischen Ideen, die auch Amerika sich zu eigen gemacht hat, wie seinerzeit Wilsons famose Friedensbotschaft zeigte. Heute freilich ist aus diesem liberalen Saulus längst ein imperialistischer Paulus geworden.

Gerade am Verhältnis zum Liberalismus nun läßt sich aufzeigen, daß sich hier sehr merkwürdige Umkehrungen der Verhältnisse anbahnen. So widersinnig es klingt, es läßt sich mit gutem Grunde behaupten: der Liberalismus ist heute im Begriffe, reaktionär zu werden, wie man an den Kriegszielen der Westmächte, die auf Wiederherstellung dringen, ganz deutlich sehen kann. Konservatismus und Sozialismus aber, die bei uns in mancher Hinsicht vermandter sind, als sie selber wissen, können heute, wenn sie die Stunde recht begreifen, gerade zu Trägern echten Fortschrittes werden, wie sie es schon in Bismarcks vorbildlicher Person waren. Die Gefahr für beide ist es einerseits einer Verhärtung in unfruchtbarem Radikalismus zu verfallen, andererseits vom Liberalismus, der gerade den Höhepunkt seiner geistigen und politischen Macht überschreitet, angezehnt und in seinen Niedergang mit hineingerissen zu werden.

Einkommensverschiebungen während des Krieges.

Von Professor Dr. Franz Eulenburg (Nachen).

Daß durch den Krieg in den Vermögens- und Einkommensverhältnissen allenthalben sehr starke Verschiebungen eingetreten sind, kann keinem Zweifel unterliegen. Im allgemeinen geht die Meinung dahin, daß die mittleren Einkommensklassen wesentlich geschwächt seien und dafür eine erhebliche Stärkung des großen Besitzes Platz gegriffen, daß also der plutokratische Charakter unjener Wirtschaftsordnung sich bedeutend verschärft habe. Man pflegt nicht selten sogar von einer Vermalmung der Mittelklassen zu sprechen. Dem könnte man auf der anderen Seite durch geeignete Vermögens- und Einkommenssteuer entgegenzutreten versuchen. Eine Aufgabe der künftigen Finanzwirtschaft wird ohnedies nicht nur das Ausbringen der Mittel an sich sein, sondern ein sozialer Lastenausgleich, eventl. sogar eine Neuordnung der Vermögensverteilung überhaupt. Dem scheint gerade die Vermögensabgabe Rechnung zu tragen, die schon aus diesem Grunde viele Anhänger gefunden hat. Man darf sich jedoch nicht von bloßen Stimmungen und Gefühlen leiten lassen. Vielmehr wird es notwendig sein, Rechenschaft über die eingetretenen Veränderungen selbst zu erhalten vor allem, wie weit der Besitz sich wirklich in wenigen Händen angehäuft und insolgedessen auch das Besteinkommen sich im Verhältnis zum Arbeitseinkommen verschoben hat.

Einen Einblick in die Verhältnisse gewährt die Preussische Einkommens- und Vermögensstatistik. Mitteilungen für die Jahre 1914/16 liegen jetzt vor. Allerdings können die Einkommensverschiebungen noch nicht völlig zum Ausdruck gelangen. Denn da das Einkommen z. T. nach dem dreijährigen Durchschnitt deklariert wird, so gleichen sich dadurch die Veränderungen der beiden letzten Jahre teilweise aus. Die Tendenzen der Kriegswirtschaft haben sich aber im laufenden Jahre weiter fortgesetzt und werden erst nach deren Beendigung ganz erkennbar sein. Immerhin treten gewisse Veränderungen auch so deutlich genug zu Tage.

Zunächst hat in Preußen die Zahl der physischen Zensiten in diesen drei Jahren etwas abgenommen (um 2,2 v. H.), die der juristischen Personen (der „nichtphysischen Zensiten“) sogar um 5,3 v. H. Das letztere ist wohl darauf zurückzuführen, daß nicht wenige der erwerbenden Gesellschaften ganz haben schließen müssen, sodaß die Zahl der steuerpflichtigen Betriebe sich von 12 132 auf 11 838 verminderte. Bei den physischen Zensiten bildete dagegen nach dem Fortgang des Mannes die Haushaltung auch weiter den Steuerträger. Anders steht es nun aber mit dem Reineinkommen selbst. Es ist innerhalb der drei Jahre von 18,6 Milliarden auf 19,4 d. i. also um 4 v. H. gestiegen. Da die Zahl der Zensiten sich gleichzeitig verminderte, so muß das Durchschnittseinkommen entsprechend noch mehr gewachsen sein. Das ist wirklich der Fall: von 2430 auf 2504 M. Nach der gleichen Richtung weist ein anderes Ergebnis: Von der Gesamtbevölkerung (Haushaltungsvorstände und Einzelwirtschaftler nebst Angehörigen) entfiel im letzten Jahre ein größerer Anteil auf die niederen Einkommen bis 900 M. als vor dem Kriege (37,5 statt 36,7 v. H.) Entsprechend haben die mittleren und höheren Einkommensgruppen in diesem Zeitraum etwas abgenommen (zusammen von 63,3 v. H. auf 62,5 v. H.). Jene oben gekennzeichnete Einkommensvermehrung von 4 v. H. ist mithin einer verfeinerten Zahl von physischen Zensiten zu gute gekommen!

Deutlicher tritt diese Verschiebung zutage, wenn man die sogenannten „besseren Einkommen“ über 3000 M. allein in Betracht zieht. Zwar hat die Zahl dieser versteuerten Personen ebenfalls abgenommen, von 888 000 auf 842 000, also um 5 v. H. Aber ihr Gesamteinkommen selbst ist bereits von 7,8 auf 8,4 Milliarden, d. i. um 7,4 v. H. ge-

Während also die Einkommensklassen des besseren Mittelstandes bis etwa 10 000 M. sich um 6,5 v. H. vermindert haben, die wohlhabenden Klassen annähernd gleich geblieben sind, zeigen die Bezieger der höheren Einkommen eine beträchtliche Zunahme! Ja die Einkommensgruppe über 100 000 Mark ist um mehr als den vierten Teil gewachsen: von 5215 ist die Zahl dieser Steuerträger auf 6685 gestiegen! Das ist mithin ein charakteristischer Zug der letzten Jahre: Abnahme der Zensitenzahl in allen Steuerklassen und nur Zunahme auf den obersten Stufen mit Einkommen über 30 000 Mark.

Diese Entwicklung setzt sich in den höchsten Einkommensklassen noch weiter fort. Unterscheiden wir die Einkommensgruppen von 100 000 bis 500 000 Mark, von hier bis zu 1 Million und über 1 Million, so zeigt sich eine Vermehrung um 27, dann um 40 bzw. 47 v. H. Mit anderen Worten: die höchsten Einkommensgruppen haben sich am meisten vermehrt! Die Zahl der Millionäre, d. h. der Zensiten mit einem jährlichen Millioneneinkommen, hat um die Hälfte zugenommen. Sie betrug 1896 erst 27, im letzten Friedensjahre 91 und im vorletzten Jahre bereits 134. Etoben Personen hatten in Preußen jährlich mehr als 5 Millionen Mark zu verzehren. Es geht deutlich daraus die Wirkung der Kriegsgewinne hervor — hatte doch der Höchstbesteuerte in Preußen ein Einkommen von 29,4 Millionen, während es vor dem Kriege „erst“ 23,8 betrug.

Wie steht es mit der Einkommensverteilung selbst? Wir geben die folgende kleine Uebersicht. Es fielen in Preußen von den steuerpflichtigen Einkommen auf die einzelne Steuergruppe:

	1914	1916	AbsoL. Zunahme in %
900— 3 000 M.	55,5	54,2	1,1
3 000— 9 500 „	20,1	18,9	2,5
9 500— 30 500 „	10,2	10,2	3,1
30 500—100 000 „	7,0	7,7	14,9
über 100 000 „	7,3	9,0	32,9
100.—	100.—	13,4	

Die Einkommensverschiebung tritt daraus deutlich zutage. Das Einkommen der beiden höchsten Steuergruppen hat sich auf Kosten der beiden unteren absolut und relativ erhöht, während die mittlere Gruppe gerade gleich geblieben ist. Es hat also tatsächlich eine nicht unerhebliche Einkommenshäufung stattgefunden. Die Einkommen der beiden höchsten Gruppen über 30 000 Mark haben weit über den Durchschnitt zugenommen, ja die über 100 000 Mark sich um rund den dritten Teil vermehrt! Da aber die Zahl dieser glücklichen Zensiten ebenfalls beträchtlich wuchs, so ist der durchschnittliche Einkommensbetrag in den höchsten Steuergruppen nur unbedeutend gestiegen. Dadurch, daß die Spitze sich verbreitert hat, ist eine ungesunde Zusammenballung noch unterblieben. Es sind eben mehr Personen in die höchste Klasse eingetreten, ohne daß deren Einzeleinkommen selbst schon zu stark angewachsen ist. Auch jetzt bleibt noch rund drei Viertel des preussischen Gesamteinkommens in den Händen der Mittelklasse bis etwa 10 000 Mark. Davan wird auch nicht viel geändert, wenn einzelne Personen dieser Gruppe sich weiter bereichert haben; dadurch dürfte das Gesamtbild kaum wesentlich verschoben werden.

So scheint also bis jetzt wenigstens die Befürchtung, daß die Mittelklassen aufgerieben seien, nicht begründet. Zwar weisen gerade die Mittelgruppen eine Abnahme und die höchsten Einkommen eine starke Zunahme auf; auch hat sich das Gesamteinkommen jener mittleren Gruppe entsprechend vermindert, das der letzteren wesentlich erhöht. Auf der anderen Seite ist aber zu bedenken, daß es sich hierbei um relativ wenig Personen handelt; die Zahl der Zensiten über 100 000 Mark macht nur 0,04 v. H. der Gesamtzahl aus und umfaßt nur 9 v. H. des Gesamteinkommens. Von der Einkommensverteilung Englands, wo bekanntlich die Mittelklassen zu Gunsten der ganz großen Zensiten wesentlich zurückgedrängt wurden, sind wir auch jetzt noch weit entfernt. Gleichwohl wird man diese Entwicklung aufmerksam verfolgen müssen, um danach die Steuerreform der Zukunft einzurichten. Die steuerliche Belastung wird in erster Linie auf diese Einkommensverschiebungen Rücksicht nehmen; eine Begrenzung der Entfaltung nach oben wie bisher ist dann nicht mehr am Platze.

möglichen lassen. Die Holsteinsch-Hannoversche Erdölbohrgesellschaft m. b. H. in Hamburg will also nicht nur dem Publikum höchst fragwürdige Bohranläufe aufhängen, sondern will damit gleichzeitig eine Schenkung des Steuerfiskus verbinden. In diesem Bezugsartikel wird übrigens auch ausgesprochen, was aus dem eigentlichen Zirkularen nicht ersichtlich ist, daß der Kapitalist, der jetzt für 50 000 Oelaktien kauft, bei Fälligkeit sofort weitere 50 000 Zinbe zu leisten hat. Vor jeder Beteiligung an dem Unternehmen ist entsechieden zu warnen.

Bank für Bergbau und Industrie, Berlin. In der letzten Generalversammlung wurde zu der beantragten Satzungsänderung, wonach in Zukunft keine neuen Dividendenbesitzer mehr anwesend werden sollen, ausgetreten, die Bank sei mit der Aktionäre der Interbilanz beschickt. Wie lange das noch dauern wird, ist das hiesige „heller“ Durchschnittseinkommen der Interbilanz beschickt. Wie lange das noch dauern wird, ist das hiesige „heller“ Durchschnittseinkommen der Interbilanz beschickt. Wie lange das noch dauern wird, ist das hiesige „heller“ Durchschnittseinkommen der Interbilanz beschickt.

6. 11. 1918

(Die Reform des Meliorationswesens in Oesterreich.) Unter dem Vorsitze des Ackerbau-ministers Grafen Silva-Tarouca wird Donnerstag die im Einbernehmen mit dem Minister-präsidenten Dr. v. Seidler einberufene Enquete der Landesverwaltungen Oesterreichs über die geplante Reform des Meliorationswesens beginnen. Es soll in möglichst kurzer Frist eine Steigerung der Bodenproduktion und der Erträge der Landwirtschaft in weitestgehendem Maße vorgekehrt werden. Diesem Ziele soll unter anderm eine durchgreifende Reform des Meliorationswesens dienen sowie die Schaffung eines einheitlichen, auf das ganze Reich sich erstreckenden Wasserrechtsgesetzes. Bis jetzt ist das Wasserrecht der Zuständigkeit der Landtage überwiesen, allein es erscheint als ein Gebot der Notwendigkeit, hier eine Aenderung eintreten zu lassen, um mit der erwünschten Raschheit die ganze Reformarbeit beginnen zu können. Nach einer verlässlichen Berechnung sind in Oesterreich 2,731,000 Hektar Flächen meliorationsbedürftig, hiervon ent-

fallen 1,187,000 Hektar auf Ackerland, 1,544,000 Hektar auf Wiesen, Alpen und Sümpfe. Der erforderliche Bauaufwand wird auf 328 Milliarden Kronen, die reine Wertsteigerung, die nach Abzug des Bauaufwandes zu erzielen ist, auf 218 Milliarden geschätzt, so daß mit der Durchführung der Aktion ein Ertragsgewinn von 60 Prozent zu erreichen wäre. Die öffentlichen Faktoren würden von dem gesamten Bauaufwand den fünften Teil, also 656 Millionen tragen, während etwa 25 Milliarden von den Grundeigentümern, und zwar mit Hilfe der schon bestehenden oder einer neuen Kreditorganisation, getragen werden müßten. Die Enquete die mehrere Tage in Anspruch nehmen wird, wird, wie wir erfahren, das nachstehende Beratungsprogramm zur Grundlage haben.

1. Allgemeine Erörterung; 2. Grundsätze der geplanten Reform: a) Einbernehmen der Staatsverwaltung mit den Ländern, Verordnungsweg, b) Beiträge der öffentlichen Faktoren: Beistellung der Projekte und Begleichung der Regiekosten, c) Beschaffung der sonst notwendigen Mittel durch eine Kreditorganisation, d) Hypothekarische Sicherstellung der für die Meliorationen zu gewährenden Kredite auf den meliorierten Flächen, e) Durchführung der Meliorationen von Amts wegen (Zwangsgenossenschaften); 3. Grundsätze für die Durchführung der Reform: a) Beschaffung der Projekte, b) Ueberprüfung der Projekte und administratives Verfahren, c) Bauleitung, Kontrolle der Ausführung und der Erhaltung der Bauten, d) finanzielle Sicherstellung der einzelnen Unternehmen; 4. Regelung der ganzen Materie durch ein Reichsgesetz bei Aufhebung, beziehungsweise Abänderung des Meliorationsgesetzes vom 4. Jänner 1909, RGV. Nr. 4, Uebergangsbestimmungen; 5. Allfällige Anträge.

(Die wirtschaftliche Demobilisierung.)
 Im Ackerbauministerium fand heute — wie bereits im
 Abendblatte kurz erwähnt wurde — eine Konferenz in
 Angelegenheit der wirtschaftlichen Demobilisierung aus dem
 Gesichtspunkte der Landwirtschaft statt. Ueber diese Beratung
 wurde folgendes halbamtliche Communiqué ausgegeben:
 „Unter dem Vorsitze des Staatssekretärs Jwan v. Dilliz
 wurde heute im Ackerbauministerium eine Konferenz ge-
 halten, die sich mit der Frage der Aufteilung und der
 Art der Verwertung der im Laufe der De-
 mobilisierung der ungarischen Land- und
 Forstwirtschaft zu überlassenden Kriegs-
 materialien und Kriegsmittel beschäftigte. In
 der Konferenz, der von Seiten des Uebergangsministeriums
 Staatssekretär Gustav v. Emich anwohnte, konstatierte der
 Vorsitzende, daß die entsprechende Aufteilung der Mate-
 rialien unter die verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft
 Aufgabe des Ministeriums für Uebergangswirtschaft bilde.
 Die Konferenz sei berufen, dem Ackerbauminister von Seiten
 der Landwirte Orientierung darüber zu bieten, welches Vor-
 gehen zur Ergänzung dieser Verfügungen von Seiten des
 Ackerbauministeriums befolgt werden soll.“ Da aus dieser
 knappen halbamtlichen Meldung weder hervorgeht, wie sich
 die Regierung die Aufteilung und Verwertung der Kriegs-
 materialien vorstellt, noch auch zu ersehen ist, welche Wünsche
 die Vertreter der Landwirtschaft aus diesem Anlasse geäußert
 haben, sehen wir uns bemüht, die allzu kurz bemessene offi-
 ziöse Mitteilung auf Grund unserer eigenen Informationen
 im nachstehenden zu ergänzen: Wie wir vernahmen, wurde
 der Konferenz ein fertiger Verteilungsplan für alle
 diejenigen landwirtschaftlichen Ausrüstungen und Einrichtun-
 gen der Heeresverwaltung vorgelegt, die bei der Demobilisie-
 rung für das Heer überflüssig werden und demnach wieder
 der Zivilbevölkerung überlassen werden können. Dabei kom-
 men u. a. in Betracht: Zugpferde, Fuhrwerke, Automobile,
 Motoren, landwirtschaftliche Maschinen, Werkstatteinrich-
 tungen, Gelbbahnen, Holzverarbeitungsanlagen usw. Die Ver-
 teilung all dieser von der Heeresverwaltung nicht mehr be-
 nötigten Ausrüstungen und Einrichtungen werden drei ver-
 schiedene Stellen besorgen. Als oberstes Forum wird das
 k. u. k. Kriegsministerium feststellen, was von diesen Gütern
 überhaupt zurückgestellt und in welcher Weise die quoten-
 mäßige Verteilung zwischen Ungarn und Oesterreich vorge-
 nommen werden soll. Als zweites Forum wird das Ministe-
 rium für Uebergangswirtschaft fungieren, das im Vereine
 mit den drei wirtschaftlichen Ministerien (Finanzen, Handel
 und Ackerbau) die Aufteilung der erwähnten Materialien
 unter diese drei Fachministerien vornehmen wird. Als letztes
 Forum endlich werden die erwähnten Ministerien die Auftei-
 lung unter die einzelnen ihnen unterstehenden Erwerbsgruppen
 besorgen. Ueber diesen Verteilungsplan entspann sich eine
 lebhafte Debatte, in deren Verlauf darauf verwiesen wurde,
 wie sehr er geeignet erscheint, die wirtschaftlichen Interessen
 Oesterreichs zu bevorzugen, und jene Ungarns zu benachteiligen.
 Als jüngst die Frage der Rohstoffbeschaffung und -ver-
 teilung in der Uebergangswirtschaft zur Sprache kam, bean-
 standete man von österreichischer Seite die Beteiligung Un-
 garns im Maßstabe des Quotenschlüssels mit der Motivie-
 rung, daß die viel leistungsfähigere Industrie Oesterreichs
 eine über das Quotenverhältnis hinausgehende Beteiligung
 an der Rohstoffverteilung fordern müsse. Trotzdem nun bei
 Kriegsausbruch unsere Landwirtschaft der Heeresverwaltung
 bei den Requisitionen an Pferden und Fuhrwerken weit mehr
 Ausrüstungsmaterial zur Verfügung gestellt hat als die mün-
 der entwickelte Landwirtschaft Oesterreichs, sollen bei der Rück-
 stellung diese Mobilien jetzt nicht dorthin zurückgelangen, wo-
 her sie seinerzeit requiriert wurden, das heißt in der Mehr-
 zahl nach Ungarn, sondern das Material soll im Verhältnis
 der Quote zwischen Ungarn und Oesterreich aufgeteilt werden,
 wobei Oesterreich erheblich mehr erhalten würde als ihm
 der Natur der Sache nach gebührt. Die landwirtschaft-
 lichen Interessenvertretungen werden sich daher neuerdings
 dafür einsetzen, daß bei der Aufteilung der überflüssig werden-
 den Heeresausrüstungen und -einrichtungen unsere Landwirt-
 schaft in solcher Weise beteiligt werde, wie dies dem Maße
 ihrer bei Kriegsausbruch und auch seither erfolgten Aufwen-
 dungen entspricht.

(Enquete über das Meliorationswesen in Oesterreich.) In der gestern abgehaltenen ersten Sitzung der Enquete über die Regelung des Meliorationswesens, über deren Eröffnung wir schon berichtet haben, wurde eine allgemeine Debatte eingeleitet und zu Ende geführt. In der allgemeinen Debatte, in welcher die Vertreter der einzelnen Landesvertretungen das Wort ergriffen, wurden von den Rednern alle Bestrebungen, den Bodenertrag zu steigern, auf das lebhafteste begrüßt, jedoch einzelne Bedenken gegen die Art der Durchführung des Regierungsprogramms geltend gemacht. Seitens der Vertreter Böhmens wurde zunächst betont, die Kompetenz des Landtages müsse streng beachtet bleiben. Mit Zwangsmaßnahmen habe man in Böhmen bisher nicht besonders erfreuliche Erfahrungen gemacht. Man müsse sich daher gegen die beabsichtigten Zwangsgenossenschaften aussprechen. Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca möchte von vornherein das Mißverständnis beseitigen, das hinsichtlich der geplanten Zwangsgenossenschaften und des leisen Drucks, den die Regierung auf die Interessenten behufs Durchführung der Bodenverbesserungen auszuüben wünsche, Platz gegriffen habe. Man könne unmöglich eine so große Aktion, deren Wichtigkeit nachgewiesen ist, an dem Widerstand einzelner böswilliger oder verständnisloser Unrainer scheitern lassen. Die ungeheuren finanziellen Lasten, welche der Weltkrieg für den Staat und für jeden einzelnen mit sich gebracht habe, machen es doppelt nötig, die Produktion mit allen Mitteln zu heben, lassen es aber zugleich unmöglich erscheinen, mit der bisherigen Weise fortzufahren. Von mehreren Rednern wurde aus verfassungsrrechtlichen und Gründen praktischer Natur die möglichste Dezentralisierung des Meliorationswesens sowie des Meliorationsfonds und die Wahrung der Kompetenz der Landesgesetzgebung und Landesverwaltung in Meliorationsfachen auch für die Zukunft verlangt; die Vertreter der engeren Kriegsggebiete wiesen namentlich auf die Notwendigkeit hin, in diesen Gebieten die Meliorationen im Zusammenhang mit der Wiederaufbauaktion durchzuführen und hierbei auf die durch die Kriegsverhältnisse eingetretene Verarmung des Grundbesitzes in den durch die Invasionen betroffenen Gebieten durch ausreichende Subventionierung seitens des Staates Rücksicht zu nehmen. Die Geltendmachung verschärfster Zwangsmaßnahmen begegnete, wie erwähnt, vielfach Bedenken, dagegen wurde die Normierung von Zwangsbestimmungen für jene Fälle als

zweckmäßig erachtet, in denen der Widerstand einzelner die Durchführung von Meliorationen oder Kommassationen zu verhindern geeignet wäre. Hinsichtlich der Kreditbeschaffung wurde die Veranziehung der in den einzelnen Ländern bestehenden Landesbanken, eventuell der Raiffeisenkassen empfohlen. Von einem Redner wurde die Frage aufgeworfen, ob es auch nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse möglich sein werde, das für eine auf einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum zusammengedrückte großzügige Aktion notwendige Personal und Material anzubringen, weshalb vielleicht die ganze Aktion erst nach Ablauf einer gewissen Zeit nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse in Angriff zu nehmen wäre. Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca bittet mit Bezug auf mehrere in der Debatte gefallene Äußerungen davon überzeugt zu sein, daß es der Regierung vollständig fern liege, irgendwie ein Attentat gegen die Autonomie der Länder zu unternehmen. Daß dies nicht der Fall sei, beweise am besten die Einberufung der heutigen aus Vertretern der Landesverwaltungen bestehenden Enquete als erster Schritt in der Verfolgung des vom Minister aufgestellten Programms. Sektionschef Dr. Deutsch und Hofrat Ingenieur Marcus erteilten nähere Aufklärungen. Damit ist die allgemeine Erörterung beendet. In der nächsten heute stattfindenden Sitzung wird in die Spezialberatung eingegangen werden.

13./I. 1918

Wirtschaftliche Wochenchronik.

6. Jänner. Nach den bisher vorliegenden Meldungen der Zeichenstellen auf die siebente österreichische Kriegsanleihe wurden 6,044,182,800 K. gezeichnet, darunter 2,888,286,800 K. vierzigjährige amortisierbar.

7. Jänner. Die englische Regierung untersagt die Einfuhr von Wertpapieren und die Sinausföndung von Dividenden zur Bezeichnung ausländischer Anleihen.

8. Jänner. Kredit- und währungs politische Besprechungen in Berlin zwischen dem österreichischen und ungarischen Finanzminister einerseits und der deutschen Regierung anderseits. Neues Uebereinkommen über Markdarlehen. — Begebung französischer Schatzscheine durch die Bank von England.

9. Jänner. Sperre der Zellulosevorräte in Ungarn.

10. Jänner. Enquete über die Regelung des Meliorationswesens. — Verbot der Dividendenzahlungen und des Aktienhandels in Rußland bis zur Regelung verschiedener wirtschaftlicher Fragen. — Herabsetzung des Zinsfußes der italienischen Notenbanken von 5½ auf 5 Prozent infolge Anordnung der Regierung.

11. Jänner. Neuerliche Meldungen über bevorstehende Ungültigkeitserklärung der russischen Staatswerte. — Der Budapester Magistrat beschließt die Aufnahme einer städtischen Investitionsanleihe von 300 Millionen Kronen.

12. Jänner. Wiederaufnahme des Stöckgutverkehrs auf den österreichischen Staatseisenbahnen.

Schlussitzung der Enquete über die Regelung des Meliorationswesens.

Wien, 12. Januar.

Unter dem Vorsitz des Ackerbauministers Grafen Silva-Tarouca fand heute die Schlussitzung der Enquete statt. Zur Verhandlung gelangten zunächst die Grundzüge für die Durchführung der Reform, wobei die Fragen der Beschaffung der Projekte, der Ueberprüfung derselben und des administrativen Verfahrens, der Bauleitung, der Kontrolle der Ausführung und der Erhaltung der Bauten sowie der finanziellen Sicherstellung der einzelnen Unternehmen den Gegenstand der Erörterung bildeten.

Zur Frage der finanziellen Sicherstellung der einzelnen Unternehmen wurde von mehreren Rednern der Ueberschauung ausgedrückt, daß die Erfüllung der Meliorations-Kreditbedürfnisse wie bisher auch in Zukunft am besten durch die bestehenden Landesreditinstitute zu erfolgen hätte, und gewünscht, daß diese Institute bei der Gewährung von Meliorationskrediten seitens des Staates die möglichste Unterstützung fänden. An der öffentlich-rechtlichen Struktur der bisherigen Ausführungsform möge nichts geändert werden. Die Erteilung einer Staatsgarantie wurde als entbehrlich bezeichnet.

Finanzrat Dr. v. Rosing führt reflektierend auf die Ausführungen einiger Redner aus, daß das Finanzministerium die glatte Deckung des Gelddarfs für Meliorationszwecke durchaus nicht für unmöglich hält, vorausgesetzt, daß ein tunlichst großer Teil der Kosten durch bare Beiträge der Interessenten aufgebracht und die Forderungsauszahlung des Gelddarlehens auf einen längeren Zeitraum aufgeteilt wird. Von dem ursprünglichen Projekte der Errichtung eines zentralen Meliorations-Kreditinstitutes in Wien wurde Abstand genommen, um den bestehenden Instituten keine Konkurrenz zu bereiten, um nicht den Forderungen der Placierung eines neuen Landesaussehens zu sein und um nicht große Massen eines solchen neuen Titels bei eventuellen Kurschwankungen stiften zu müssen. Gegenwärtig besteht der Plan, im Finanzministerium eine Kreditvermittlungsstelle einzurichten, welche — wie es schon bisher in zahlreichen Fällen gehalten wurde — ihre guten Dienste den Meliorations-Kreditverbernen zur Verfügung stellen könnte. Sie würde die bei ihr angemeldeten Kredite zu möglichst günstigen Bedingungen bei den bestehenden Hypothek- und Kommunalreditanstalten placieren. An der öffentlich-rechtlichen Struktur der bisherigen Ausführungsform für Kommunalredite wird kaum etwas geändert werden. Die Erteilung einer besonderen Staatsgarantie für Meliorationspfandbriefe oder Meliorations-Schuldverschreibungen erscheint überflüssig, da sich der Kurs derartiger ersparnisreicher Papiere ohnehin jeweils auf die günstigste Höhe stellen dürfte.

In der Nachmittagsitzung gelangte die Frage, ob die ganze Materie durch ein Reichsgesetz bei Aufhebung, beziehungsweise Abänderung des Meliorationsgesetzes vom 4. Januar 1909 geregelt werden soll, ferner die Frage der Uebergangsbestimmungen zur Erörterung.

Sektionschef Dr. Deutsch verweist auf die Notwendigkeit der Abänderung des § 8 des Meliorationsgesetzes und bittet um Aeußerung eventueller Wünsche in bezug auf Abänderung anderer Bestimmungen des Meliorationsgesetzes aus dieem Anlaß, wobei er betont, daß die materiell-rechtlichen Bestimmungen bezüglich der Förderung der Requalifikationen und Wiltbachverbauungen und bezüglich des Meliorationsfonds keine Aenderung erfahren sollen.

Sektionsrat Dr. Freiherr v. Alter gibt Aufklärungen über die geplanten Aenderungen des Wasserrechtes, zu welchen sich die Regierung im Interesse der rascheren Durchführung ihres Wirtschaftsprogramms gedrängt erachte.

In der Debatte wurde die Notwendigkeit einer Abänderung des Meliorationsgesetzes anerkannt und von einer Seite angeregt, die Wünsche der Landesauschüsse in dieser Richtung dem Ackerbauministerium schriftlich bekanntzugeben. Weiter wurde der Wunsch ausgesprochen, daß auf bereits genehmigte Projekte in den Uebergangsbestimmungen besondere Rücksicht zu nehmen sei. Allgemein wurde den von der Regierung geplanten Aenderungen der Vereinfachung des Wasserrechtsverfahrens zugestimmt. Weiter wurde die dringende Notwendigkeit der Schaffung eines Elektrizitätsgesetzes, der Vereinfachung des Verfahrens und der rascheren Durchführung agrarischer Operationen hervorgehoben.

Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca dankt den Mitgliedern der Enquete für ihre an den Tag gelegte Ausdauer sowie für die wohlwollende Aufnahme der Absichten der Regierung, aus welcher der Minister nicht nur persönlichen, sondern auch sachlichen Nutzen zu schöpfen in der Lage war. Wenn auch anfangs eine gewisse Unentschiedenheit, vielleicht sogar ein gewisses Misstrauen zum Ausdruck gelangte, könne der Minister mit Freude konstatieren, daß dies im weiteren Verlaufe der Debatte nicht der Fall war, daß vielmehr alle Redner das Produktionsprogramm der Regierung aufwärmte und freundlichste begrüßt haben. Er könne daraus die Hoffnung schöpfen, daß diejenigen, welche des Programms gutgeheißen haben, auch nicht davor zurückzureden werden, den Weg zu betreten, der zum Ziele führt. In Uebereinstimmung mit vielfachen Anregungen sehe auch er die Reform des landwirtschaftlichen Unterrichtes als eine ebenso dringende als wichtige Angelegenheit an. Wenn benütze er diese Gelegenheit, seine Absicht anzukündigen, die Reform des landwirtschaftlichen Unterrichtes im Einvernehmen mit der Unterrichtsverwaltung und unter Mitwirkung der berufenen landwirtschaftlichen Faktoren und Organisationen in die Wege zu leiten. Die Regierung halte es auch für ihre Pflicht, den vom Feinde zerstörten Gebieten der Monarchie in betreff des

Meliorationswesens eine nachhaltige Unterstützung zu gewähren. Die Regierung wird, schließt der Minister, bestrebt sein, auf dem Gebiete der Steigerung der Produktion ihre Pflicht voll und ganz zu erfüllen. Tun auch Sie Ihre Pflicht, helfen Sie der Regierung, daß sie den betretenen Weg mit Erfolg weitererschreite.

Abg. Dr. Schoepfer dankt dem Ackerbauminister und seinen Mitarbeitern, daß sie den großzügigen Plan der Steigerung der Bodenproduktion der Verwirklichung zuführen wollen, insbesondere auch dafür, daß die Vertreter der Landesverwaltungen eingeladen wurden, über diese Fragen ihre Meinung abzugeben. Dem vom Ackerbauministerium geplanten großen Unternehmen komme nicht nur eine hervorragende wirtschaftliche, sondern auch große politische Bedeutung zu, weil dadurch der Deffentlichkeit gezeigt werde, daß es in Oesterreich wichtige Aufgaben gibt, deren Erfüllung alle zu rieblicher Mitarbeit zusammenschließt. Er dürfe wohl namens aller Anwesenden die Hoffnung aussprechen, daß das vom Ackerbauministerium geplante Werk möglichst bald greifbare Formen annehme.

Die Enquete wird sodann geschlossen.

Die Wiederaufrichtung des Mittelstandes

Ein Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde von der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei folgender Antrag eingebracht:

„Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, zur Wiederaufrichtung des durch den Krieg schwer geschädigten gewerblichen Mittelstandes folgende Grundsätze zur Durchführung zu bringen:

I. Den durch den Krieg geschädigten Handwerkern ist von den zur Verfügung stehenden Rohstoffen ein angemessener Teil zu überweisen. Hierbei sind die Rohstoff-Organisationen des Handwerks seitens der die Rohstoffe vergebenden Zentralen auch dann zu berücksichtigen, wenn diese Organisationen erst während des Krieges ins Leben gerufen wurden. Den Handwerkern, die nicht imstande sind, aus eigenen Mitteln oder mit Hilfe des Kredits ihren Anteil an den Rohstoffen zu bezahlen, ist unter Bürgschaft von Reich und Staat ausreichender Kredit zu eröffnen. Die Bürgschaft soll solchen Gewerbetreibenden zugute kommen, deren gewerbliche Vergangenheit erwarten läßt, daß sie ihre wirtschaftliche Selbständigkeit wieder erlangen können.

II. Den Lieferungs-genossenschaften des Handwerks sind nach Möglichkeit Staats- und Gemeindeaufträge zuzuwenden. Das Submissionswesen ist so zu regeln, daß den Handwerkern die Beteiligung an Submissionen erleichtert und ein angemessener Preis gesichert wird.

III. Ausbildung und Fortbildung des Handwerks sind nach der technischen wie kaufmännischen Seite den neuzeitlichen Verhältnissen anzupassen. Die Lehrpläne sind daraufhin zu prüfen, ob und inwieweit sie den zukünftigen Berufsaufgaben entsprechen. Der Förderung des Kunstgewerbes ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

IV. Bei der Demobilisierung des Heeres ist auf die Verhältnisse des gewerblichen Mittelstandes weitestgehende Rücksicht zu nehmen. Ein störloses Netz von Arbeitsvermittlungstellen ist in der ganzen Monarchie zu schaffen. Ebenso ist eine Lehrstellenvermittlung einzurichten. Dem Handwerk ist dabei eine entsprechende Mitwirkung einzuräumen.

V. Die Fürsorgemaßnahmen für die aus dem Felde heimkehrenden Handwerker und Gewerbetreibenden müssen im Einvernehmen mit den Organisationen des Handwerks durchgeführt werden. Die Kriegshilfskassen sind auch den durch den Krieg geschädigten Handwerkern, die nicht Kriegsteilnehmer sind, zugänglich zu machen.

VI. Die Einsetzung von Beratungsstellen möglichst in Verbindung mit den Handwerkskammern erscheint dringend geboten. Es empfiehlt sich hierbei, den Beratungsstellen eine Auskunftsstelle über alle dem Handwerk des betreffenden Bezirkes zur Verfügung stehenden Kreditorganisationen anzugliedern.

VII. Handwerk und Kleinhandel sind zum Beitrag für Ubergangswirtschaft in stärkerem Maße heranzuziehen. Ihre Vertreter müssen bei der Erörterung der für die Einfuhr der Rohstoffe und für die Verteilung des Frachtraumes zutreffenden Maßnahmen gehört werden.

VIII. Insoweit nach dem Kriege die königliche Bewirtschaftung von Rohstoffen und Halbfabrikaten noch fort dauert, ist für die Warenverteilung die Mitwirkung des Handels in möglichst weitem Umfange geboten.

IX. Die zur Wiederaufnahme der Bautätigkeit erforderlichen Maßnahmen sind mit tunlichster Beschleunigung zu treffen. Zur Verbesserung der Lage des Hausbesitzes sind Organisationen zur Gewährung von Realcredit zu fördern und Erleichterungen auf dem Gebiet der Real- und Umsatzsteuern anzustreben.

X. Zu den Arbeiten des Landesgewerbeamts sind die Vertreter des gewerblichen Mittelstandes und des Genossenschaftswesens mehr, als es bisher geschehen ist, heranzuziehen.

XI. Das in Aussicht genommene Arbeitsprogramm der königlichen Staatsregierung für die Wiederaufrichtung des gewerblichen Mittelstandes ist sobald als möglich vorzulegen.

Die Wiederaufrichtung des Mittelstandes.

i Berlin, Ende Januar.

Wahrlich keiner kleinen Aufgabe hat die Fortschrittliche Volkspartei in Preußen ihr Augenmerk zugewendet, indem sie im preussischen Abgeordnetenhaus einen aus vielen wirtschaftlichen Forderungen zusammengesetzten Antrag zur Wiederaufrichtung des Mittelstandes einbrachte. Schon die Wahl des Wortes „Wiederaufrichtung“ kennzeichnet das ganze durch den Krieg geschaffene Elend des Mittelstandes. Wirtschaftlich und sozial ist er einer der allerhöchsten Leidtragenden des Krieges. Kriegslieferantentum, Kriegsspekulation und Arbeiterschaft haben ihn in die Mitte genommen, zermürbt, zerrieben und proletariisiert. Alle Opfer, die der Krieg dem inneren Leben der Völker, dem häuslichen sozusagen, brachte, waren zum schwersten Teil dem Mittelstand auferlegt und werden noch weiter und weiter von ihm gefordert. Zum völligen Zusammenbruch dieser Staatsbürgerklasse fehlt nicht mehr viel. Wenn es durchhalten bis zu dem heute noch unabsehbaren Ende des Krieges heißt, so richtet sich dieser Mahnruf in allererster Linie an die Willigkeit, Vaterlandsliebe und durch lange Übung erworbene Demut des Mittelstandes. Die ungeheure Teuerung, die Knappheit der Lebensmittel, die Unerreichbarkeit in Material und Arbeit minderwertiger Kleidung und das Schwinden jeder Bequemlichkeit fühlt fast nur der Mittelstand allein.

So ist es denn recht und billig, wenn wenigstens nach dem Kriege der Staat diesem Stiefkinde seiner Bevölkerung eine Pflege besonderer Art angedeihen lassen wird, um die auf das Tiefstmaß gesunkenen Kräfte neu zu beleben. Der Entwurf der Fortschrittlichen Volkspartei so begrüßenswert er ist und so rasch seine Durchführung unmittelbar nach Friedensschluß gefordert werden muß, ist freilich nur ein halbes Werk im Dienste des Mittelstandes, denn er wendet seine Sorge nur den Gewerbetreibenden und dem Kleinhandel zu, und bedarf somit einer wichtigen Ergänzung, die den gesamten Mittelstand umfaßt. Die Wege, die der Allgemeinheit die Möglichkeit bieten sollen, wieder auf sicherem Boden zu marschieren, sind zu suchen und zu finden. Der Mittelstand in seiner sozialpolitischen Zusammenfassung muß so gestärkt werden, daß er inmitten der Berufsstände, die über ihn hinwegzuschreiten drohen, wieder festen Tritt faßt und das Los des Untergehens im Proletariat nicht zu befürchten braucht. Diese Gefahr liegt näher, als man augenscheinlich in den das Schicksal des Staates bestimmenden Kreisen wirklich glaubt oder zugeben will. Die Spareinlagen der Stadt Berlin sind um viele

Millionen gestiegen. Das wird in der Presse für das untrügliche Zeichen der Gebung des öffentlichen Wohlstandes erklärt und ist unabweislich richtig. Was aber verschwiegen oder in seiner wirklichen Bedeutung nicht erkannt wird, ist die Tatsache, daß der größte Teil der Erhebungen von Sparfahrgeldern aus den Kreisen des Mittelstandes erfolgt, der nach und nach in einem gleichmäßig zu verfolgenden Tempo die in der Friedenszeit ersparten Gelder hebebt, um das Defizit unsagbar verteuerter und erschwerter Lebensführung im Kriege decken zu können und den Sturz ins Proletariat im Glauben und in der Hoffnung auf bessere Zeiten so lange wie möglich zu verhüten. Wer solche Vorspeisung nicht zur Verfügung hat, führt schon jetzt das Dasein eines Proleten mit allen nur denkbaren Widrigkeiten des Existenzkampfes. An großen Wohnungen ist noch kein Mangel in Berlin, aber die kleinen, die Zwei-, Drei- und Vierzimmerwohnungen, sind nicht zu haben. Tausende und tausende Festbesoldeter zwang der Krieg, die gewohnten Friedensverhältnisse aufzugeben und die erste und nächstliegende Einschränkung in der Wahl einer kleineren Wohnung zu treffen. Im Norden und Osten jowie an der Peripherie der Stadt herrscht Wohnungsnot. Dorthin hat sich der Mittelstand aus den teuren Stadtvierteln geflüchtet, um die Zinnersparnis anderen dringenden und in ihren Kosten von der Beschneidung der eigenen Bequemlichkeit unabhängigen Bedürfnissen zuwenden zu können.

In großen Zügen wiedergegeben, fordert die Fortschrittliche Volkspartei von der preussischen Regierung zur Wiederaufrichtung des gewerblichen Mittelstandes dessen ausreichende Versorgung mit Rohstoffen, Eröffnung des notwendigen Kredits unter Bürgschaft von Reich und Staat, Zuzwendung von staatlichen und kommunalen Lieferungen, Ausbau und Fortbildung des Handwerks in Anpassung an die neuzeitlichen Verhältnisse und zukünftigen Berufsaufgaben, Förderung des Kunstgewerbes, lückenlose Arbeits- und Lehrstellenvermittlung nach Demobilisierung des Heeres und unter Mitwirkung der Fachkreise, Fürsorgemaßnahmen zugunsten der aus dem Felde heimkehrenden Handwerker, Gewerbetreibenden und Kleinhändler im Einvernehmen mit den Organisationen des Handwerks, weitestehende Zugänglichmachung der Kriegshilfskassen, auch für Handwerker, die wohl nicht Kriegsteilnehmer, aber durch den Krieg geschädigt sind, Schaffung von Beratungsstellen in durchaus genügender Zahl, rascheste Anordnung von Maßnahmen für die Wiederaufnahme der Baufähigkeit und tunlichste Steuerentlastungen auf dem Gebiet der Real- und Umsatzsteuern.

Der Plan der Volkspartei fordert eher zu wenig als zu viel. Der Mittelstand hat von jeher in Parlament und Regierung die wenigsten Fürsprecher gehabt. Er ist immer nur das Bastardkind im Staat gewesen. Er war keine politische Sonderklasse und keine wirtschaftliche Machtgruppe, um deren Gunst zu buhlen irgendwelcher Lohn verhielt. Nach dem Kriege aber wird da ein durchgreifender Wandel eintreten müssen. Da wird man sich zur Beantwortung der Frage zu bequemen haben, ob man eine der bisher stärksten und treuesten Stützen des Staates in unheilbare Brüche gehen lassen will. Dieses Schicksal steht dem deutschen Mittelstand bevor, wenn ihm nicht rasch, sachkundig und ausgiebig Hilfe zuteil wird. Er trägt Wunden, die ein langes, bedächtiges Herumdoktern nicht vertragen.

1011111111 101111

2011111111

1011111111 1011111111

1011111111 1011111111

Mittel-Osteuropa als Weltwirtschaftsgebiet.

In der gemeinsam vom Deutschen Auslandsmuseum und von der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft veranstalteten Vortragsreihe sprach gestern abend im Abgeordnetenhaus Geh. Oberregierungsrat Prof. Dr. Zoepfl über „Mittel-Osteuropa als Weltwirtschaftsgebiet“. Es waren sehr eingehende gründliche Untersuchungen, Darlegungen und Ergebnisse, die er vorlegte und die bei ihm nicht allein aus theoretischen Studien, sondern auch aus praktischen Erfahrungen erwachsen sind, die er als russischer Konsul gesammelt hat. Er untersuchte, welches die wirtschaftlichen Beziehungen und Beziehungsmöglichkeiten der Volkswirtschaft von Mittel- und Osteuropa sind und welche Bedeutung sie haben für die auswärtige Politik. Dabei verweilte er eingehend bei den Grundlagen der Beziehungen, nämlich den natürlichen, völkerpsychologischen, gesellschaftlichen, rechtlichen, geschichtlichen, wirtschaftlichen und politischen. Die natürlichen beurteilte er günstig, die völkerpsychologischen bedeutend zurückhaltender. Er fand im Großrussentum Eigenschaften, die vom wirtschaftlichen Standpunkte aus sehr ungünstig sind. Die Befähigung der Russen für wirtschaftliche Tätigkeit ist sehr beschränkt. Dafür spricht die außerordentliche Beteiligung des Auslandes an der wirtschaftlichen Tätigkeit in Rußland. Die Russen kommen ohne diese Beteiligung einfach nicht aus. Trotzdem hassen sie die Fremden, die Deutschen am meisten, weil sie am tüchtigsten sind.

Prof. Zoepfl hält diese Eigenschaften der Russen nicht für unabänderlich, meint vielmehr, daß man es mit einer Art von Kinderkrankheit zu tun habe. Bei großer wirtschaftlicher Bedrängnis werde schließlich der Russe einsehen, daß er nicht ohne ein wirtschaftliches Hilfswolk auskommt, einsehen, daß die Deutschen das idealste wirtschaftliche Hilfswolk sind. Würde das z. B. der Japaner sein, so würde Rußland von Japan, das solche Hilfe politisch außerordentlich ausnützen würde, etwas erleben können. Aber die Deutschen haben durchaus schon die Achtung der Russen, wenn auch freilich nicht die Liebe. Vielleicht werden die Randvölker in der Vermittlung zwischen dem Großrussentum und Deutschland eine besondere Aufgabe haben. z. B. auch die Ukrainer, die ja keinen direkten Gegensatz zu Deutschland haben. — In den gesellschaftlichen und rechtlichen Grundlagen der wirtschaftlichen Beziehungen muß Rußland außerordentlich viel bessern. Mittel-Osteuropa als Erzeugungsgebiet könnte nach Zoepfls Meinung sich völlig wirtschaftlich unabhängig machen. — Der Vortrag hatte über 2 Stunden gedauert.

* Die Sommerzeit. Ueber die Sommerzeit hat der Bundesrat in diesem Jahre bis jetzt noch keinen Beschluß gefaßt, wenn es auch nicht zu bezweifeln ist, daß diese so wohl bewährte Einrichtung beibehalten werden wird. Schon im ersten Jahre hat man aber die Erfahrung gemacht, daß der gleichzeitige Uebergang zur Sommerzeit und zum neuen Fahrplan den Eisenbahnverwaltungen überflüssige Schwierigkeiten macht. Man hat deshalb die beiden Wechsel auseinander gelegt. Dies wird auch heuer der Fall sein. Der Sommerfahrplan wird am 1. Mai eingeführt. Zu erwarten ist auch, daß der Winterfahrplan wieder am 1. Oktober kommen wird. Diese beiden Tage eignen sich demnach nicht für die Einführung der Sommerzeit, und man hat deshalb und um die Vorteile der Sommerzeit länger auszunutzen, ihren Beginn im vorigen Jahre schon auf den 15. April festgesetzt, was wohl auch in diesem Jahre geschehen wird. Da in letzter Zeit Gerüchte verbreitet wurden, man wolle von der Sommerzeit wieder absehen, so würde es wünschenswert sein, wenn darüber bald eine amtliche Erklärung erfolgte.

Die gemeinsame Ministerkonferenz.

(Telegramm der Neuen Freien Presse.)

Budapest, 15. Februar.

Der gemeinsame Finanzminister Baron Burian hat heute abend die Rückreise nach Wien angetreten. Die übrigen Teilnehmer an der gemeinsamen Ministerkonferenz werden teils heute abend, teils morgen früh nach Wien zurückkehren. Der gemeinsame Ministerrat dauerte bis 2 Uhr nachmittags. Die Teilnehmer an der Konferenz waren nach deren Schluß Gäste des Ministerpräsidenten Dr. Wekerle.

In der heute abgehaltenen gemeinsamen Ministerkonferenz ist auch die Frage der Zurückführung der durch die Demobilisierung freiverdenden Güter in die Privatwirtschaft erörtert worden.

Morgen findet im Handelsministerium unter Vorsitz des Handelsministers Szterenyi eine Fachkonferenz statt, an welcher die Vertreter der Zentralen sowie Delegierte der wirtschaftlichen Interessensvertretungen teilnehmen werden. Der Hauptgegenstand der Beratungen ist die Schaffung einer Einkaufsorganisation für die aus der Ukraine einzuführenden Waren. In der morgigen Konferenz werden die ungarischen Interessensvertretungen darüber ihre Ansichten und Wünsche darlegen. Der Schlüssel, nach welchem die Verteilung in Oesterreich, Ungarn und Deutschland erfolgen soll, wird in den Berliner Beratungen festgestellt werden.

Die Reise des Handels- und Ernährungsministers nach Berlin ist auf Sonntag verschoben worden.

Beratungen über die Uebergangswirtschaft.

Minister Bela Földes hat sich heute abend nach Wien begeben, wo er in Angelegenheit der Uebergangswirtschaft mit den österreichischen offiziellen Stellen Verhandlungen führen wird. Der Minister wird voraussichtlich zwei Tage in Wien bleiben.

17. II. 1918

Wochenchau.

H. A.—r. Der erste Friedensrausch über den Abschluß des Friedens mit der Ukraine und über die Beendigung des Kriegszustandes in Rußland ist vorüber und die ruhige, nüchterne Ueberlegung des Alltags ist wieder eingelehrt. Bei uns und noch weit mehr in Deutschland, das sich die Selbständigkeit der Entscheidung über die Erklärung Trojks vorbehalten hat. Zur endgiltigen Klärung des Verhältnisses zur Ukraine soll aber, wie es vielfach heißt, die Entscheidung auch über die rumänische Frage kommen. Man muß gar kein Fanatiker der Magenpolitik in der Kriegführung sein, um die letzten Ereignisse mit Genugtuung zu begrüßen. Die Möglichkeiten, die der Ukrainer Frieden für die Lebensmittelversorgung der Zentralmächte eröffnet, sind gewiß von hoher Bedeutung, aber mindestens so wichtig ist die Entlastung des gesamten Verkehrs, wie sie sich aus dieser umfangreichen Frontverkürzung, aus dieser Einengung des Kriegsgebietes ergeben dürfte. Entlastung des Verkehrs zur Front und von der Front, das bedeutet in demselben Maße Verringerung des Kriegsverbrauches an Kohle und des Kriegsbedarfes an Fahrbetriebsmitteln. Und was das heißt, das wird so recht klar, wenn man in Erinnerung bringt, daß man während dieser vier Kriegsjahre gelegentlich gezwungen war, den großen Hüttenwerken die Kohle, die sie für ihren Betrieb häufig nur unter größten Schwierigkeiten aufgebracht hatten, wieder wegzunehmen, um mit ihr den Fortbetrieb der nächstgelegenen Bahnunternehmung zu ermöglichen.

Die Knappheit an Kohle, der Mangel an Waggons und die Abnahme der Leistungsfähigkeit der Arbeiter bei fortwährendem Hinausschnellen der Lohnansprüche und der Forderungen nach Teuerungszulagen ist ja unstrittig kennzeichnend für die jetzige Lage der Montanunternehmungen. Das neue Jahr hat darin noch keine Besserung gebracht, im Monate Jänner sollen die Ergebnisse vielmehr bei einzelnen großen Unternehmungen einen früher nie verzeichneten Tiefstand erreicht haben. Und dies trotz der zweimaligen Preiserhöhung, die gerade der Jänner gebracht hatte!

Zum Jahresbeginn wurde der Stabeisenpreis um etwa 5 K und am 20. Jänner wieder um rund 10 K erhöht. Stabeisen und Träger notieren jetzt ab Werk 65 bis 75 K, ebenso Grobbleche, Feinbleche 80 bis 90 K, während die Preise vor dem Kriege 19 bis 20 K, für Grobbleche 22 K und für Feinbleche 26 K betragen. Kommt es zur Feststellung von Richtpreisen, so werden diese den jetzigen Produktionschwierigkeiten ganz so gerecht werden müssen, wie dies schon bei der bisherigen Preisfeststellung beabsichtigt war. Und von diesem Standpunkte aus werden die Preiserhöhungen der letzten Monate gewiß auch bei der Bemessung der Richtpreise zu werten sein. Daß die Entscheidung über die Frage der Richtpreise bei uns so viel schwerer als in Deutschland ist, kann nicht verkannt werden. Unsere Werke haben mit immer schwankenden Gestehungskosten zu rechnen, während dies in Deutschland schon dadurch wesentlich vereinfacht ist, daß dort so viele gemischte Betriebe bestehen, Betriebe, die als Selbstversorger von den Schwankungen des Kohlenpreises unabhängig sind. Unsere Eisenwerke aber sind vom Kohlenpreise abhängig, weil sie die Kohle kaufen müssen. Wenn wirklich Richtpreise — andere sprechen übrigens auch von Höchstpreisen — festgesetzt werden sollten und hierbei zugunsten dreimonatiger Geltung entschieden werden sollte, so würden dann wohl jedesmal auch die jeweiligen Schwankungen der Gestehungskosten in die Erscheinung treten.

Dieses Schwanken der Gestehungskosten wird ja übrigens nicht nur durch den Preis, sondern auch durch den Vorrat oder Mangel der Kohle hervorgerufen. Im letzten Jahre hat das Ausbleiben der Kohlenzufuhren mehrfach die zeitweilige Einstellung des Betriebes veranlaßt und wenn dies einige Wochen andauert hatte, sahen sich die Werke schon dadurch zu entsprechenden Preiserhöhungen gezwungen, Preiserhöhungen, mit deren Erlös sie sich für den aus der vorherigen Betriebseinstellung entstandenen Verlust einigermaßen schadlos hielten. Zu der Schwierigkeit und Teuerung der Kohlenversorgung kommt aber auch der Arbeiteraufwand. Die Lohnsätze und Teuerungszulagen steigen andauernd — neuestens spricht man auch von einer allgemeinen Erhöhung der Lohnsätze um zwanzig Prozent für alle unter dem Kriegsleistungsgesetz stehenden Betriebe. Dazu wird späterhin noch die Kohlensteuer kommen. Alles das läßt voraussehen, daß die Zeit der kompensationsmäßigen Preiserhöhungen keineswegs schon als abgeschlossen gelten kann, geschweige denn, daß schon die Zeit des Abbaues der Preise so bald einsetzen dürfte. Und insofern es sich hierbei, wie versichert wird, tatsächlich nur darum handelt, die Verteuerung der Gestehungskosten einigermaßen zu kompensieren, so wird eine Entscheidung zugunsten der Erstellung von Richtpreisen darin auch nicht viel ändern können.

Von diesem Standpunkte aus begreift man die Ertragsausfälle, die sich, sieht man von der Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft, sowie von Wiltkowitz ab, wo übrigens wieder manche Schwierigkeiten in der Lohnfrage herrschen, bei der Mehrzahl der großen und kleinen Montanunternehmungen eingestellt haben. Eine Besserung wäre zu erwarten, wenn die Klärung der Kriegslage im Osten den Verkehr dauernd wirklich so entlasten würde, wie man dies jetzt vielfach erhofft. Eine Erleichterung der jetzigen Schwierigkeiten wird sich übrigens doch wohl für den Beginn des Frühjahres, schon für den März erwarten lassen, da dann für den Hausbrand weit kleinere Mengen Kohle als jetzt erforderlich sein werden. Wenn da nicht neue Störungen eintreten sollten, wäre also schon für März oder April mit einer Entspannung auf dem Kohlen- und damit auch auf dem

Eisenmarkte zu rechnen. Und in den folgenden Monaten könnte dann wohl so manches eingeholt und hereingebracht werden, was bis dahin unter dem Drucke der außerordentlichen Verhältnisse dieses Winters eingebüßt worden ist.

17. II. 1918

Wirtschaftliche Wochenchronik.

10. Februar. Rußland erklärt unter Verzicht auf einen formellen Friedensvertrag den Kriegszustand für beendet und ordnet die sofortige Demobilisierung an. Die wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen sollen durch direkten Verkehr mit den in Petersburg befindlichen Kommissionen des Vierbundes geregelt werden. — Betreffs der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Ukraine tritt provisorisch der russische Handelsvertrag von 1906 in Kraft. Oesterreich-Ungarn und die Ukraine verpflichten sich vorläufig bis 31. Juli einander ihre Ueberschüsse von landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen zu liefern.

11. Februar. Infolge des Friedens mit der Ukraine und der Beendigung des Krieges mit Rußland stürmische hausse an der Wiener und Budapester Börse, die sich an den folgenden Tagen teilweise wieder abschwächt.

12. Februar. Einsetzung einer interministeriellen Kommission in Ungarn zur Verwertung und Verteilung der nach dem Kriege frei werdenden militärischen Güter.

13. Februar. Die Annullierung der russischen Staatsschulden wird durch ein Dekret der Volkskommissäre bestätigt. Gleichzeitig wird die bevorstehende Konfiskation des Vermögens der Privatbanken angekündigt.

14. Februar. Erweiterung des Notemissionsrechtes der Bank von Frankreich auf 27 Milliarden.

23. / II. 1918 26. / II. 1918

Gegen ein Wirtschaftsbandnis.

Die Verhandlungen über das zwischen Deutschland und Osterreich-Ungarn abzuschließende Wirtschaftsbandnis, die man bereits Ende Januar wieder aufzunehmen gedachte, hat man mit Rücksicht auf die schon getroffenen, teils noch zu treffenden wirtschaftlichen Abmachungen mit der Ukraine, mit Groß-Rußland und Rumänien bis auf weiteres vertagt. Wenn sie wieder beginnen werden, läßt sich gegenwärtig nicht sagen. Inzwischen nimmt, wie wir erfahren, der Widerstand gegen ein solches Wirtschaftsbandnis in den beteiligten deutschen Kreisen immer mehr zu. Vor einigen Monaten hat der ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle gelegentlich bemerkt, es sei die deutsche Schwerindustrie, die von einem solchen Wirtschaftsbandnis nichts wissen wolle. Das mag damals ziemlich zutreffend gewesen sein, seitdem aber haben sich außer der deutschen Schwerindustrie auch alle anderen Zweige des deutschen Gewerbetreibes gegen das geplante Wirtschaftsbandnis erklärt, und mit der Industrie wetteifert in dem Widerstreben gegen ein solches Bandnis die deutsche Landwirtschaft, nicht nur die süddeutsche, deren Haltung in dieser Frage bekannt ist, sondern auch die norddeutsche. Angesichts dieses nachdrücklichen und allgemeinen Widerstandes erscheint es einigermaßen fraglich, ob es zu dem Wirtschaftsbandnis kommen wird. Für den Fall, daß es scheitern sollte, würde zwischen Deutschland und Osterreich-Ungarn ein Handelsvertrag abgeschlossen werden. Die umfangreichen und langwierigen Vorarbeiten, die für das Wirtschaftsbandnis geschehen sind, würden den Beratungen für den Handelsvertrag zugute kommen.

Deutsch-österreichisch-ungarischer Wirtschaftsverband.

Berlin, 25. Februar.

Der deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsverband trat heute unter Vorsitz des Vizepräsidenten des Reichstages Paasche zu einer Vollsitzung zusammen, in der außer überaus zahlreichen Mitgliedsfirmen aus allen Kreisen des Handels und der Industrie Deutschlands auch eine Reihe von dem Verbands angeschlossenen Handelskammern sowie eine größere Zahl von Fachverbänden vertreten waren. Auch Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, darunter des Reichswirtschaftsamtes, des Reichsschatzamtes, des Handelsministeriums, des Finanzministeriums und des Kriegsministeriums nahmen an der Versammlung teil.

In der Versammlung wurden die durch den Friedensvertrag mit der Ukraine geschaffenen rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse einer eingehenden Erörterung unterzogen. Nach einem einleitenden ausführlichen Bericht des Mitgliedes der Zweiten sächsischen Ständekammer, Kommerzienrates Claus, und nach einer ausführlichen Besprechung, an der unter andern der frühere Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern

Dr. Richter, Professor Dr. van Kammen (deutscher Forstwirtschaftsrat), Kommerzienrat Gauthsch (Handelskammer München) und Landtagsabgeordneter Professor Dr. Bredt (Marburg) sich beteiligten, billigte die Versammlung vollständig die einschlägigen Bestimmungen des ukrainischen Friedensvertrages, durch welche für die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu Oesterreich-Ungarn völlig freie Bahn geschaffen wurde.

Im Sinne der bei den früheren gemeinsamen Tagungen mit dem Oesterreichisch-deutschen Wirtschaftsverband und dem Ungarisch-deutschen Wirtschaftsverband gefaßten Beschlüssen sprach sich der Verband erneut für ein Wirtschaftsbündnis der beiden Centralmächte und für eine vertragsmäßig auf lange Dauer gesicherte Gemeinsamkeit der Handelspolitik aus. Es solle auf Grund eines einheitlichen Zolltariffschemas ein einheitlicher Zolltarif vereinbart werden, dessen Zollsätze nicht durchwegs die gleichen für beide Gebiete zu sein brauchen. Es wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß eine wesentlich vermehrte Freiliste für den wechselseitigen Verkehr in Aussicht genommen werde, doch sei dem bei den wirtschaftlichen Verschiedenheiten der zwei Gebiete sich ergebenden besonderen Schutzbedürfnisse einzelner Warengruppen durch Ausgleichszölle Rechnung zu tragen.

Aus den Kreisen der Mitglieder des Verbandes wurde ferner wiederholt dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Reichsregierung den Interessenten Gelegenheit geben möge, vor der Festsetzung wirtschaftlicher Abmachungen mit der Nachbarmonarchie ihre Wünsche bekanntzugeben.

Die Sommerzeit.

Der Bundesrat wird nächstens über die Sommerzeit beschließen. Sie wird, wie wir schon gemeldet haben, vom 1. April bis zum 1. Oktober — also das ganze Sommerhalbjahr hindurch — währen. Gegen die Sommerzeit des vorigen Jahres ist die diesjährige um rund 4 Wochen länger. Diese Verlängerung ist, wie wir hören, lediglich aus dem Grunde geschehen, um noch mehr Beleuchtung als bisher zu sparen. Im übrigen wird zugunsten der Sommerzeit nach wie vor geltend gemacht, daß sie auf die Gesundheit förderlich wirke. Im vorigen Jahre hatten die deutschen Eisenbahnverwaltungen den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß der Beginn der Sommerzeit nicht mit dem Inkrafttreten des Sommerfahrplans zusammenreffe und sich, wenn irgend möglich, mit Rücksicht auf den Verkehr in der Nacht zum Montag vollziehen möchte. Dieser Wunsch wird auch in diesem Jahre voll erfüllt. Die Sommerzeit wird in der Nacht vom Oster Sonntag zum Oster Montag anfangen.

Tagung der Steuer- und Wirtschaftsreformer.

Die „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer“ trat gestern zu ihrer 40. Hauptversammlung im Rheingold zusammen. Graf v. Mirbach-Sorquitten berührte in seiner Eröffnungsansprache auch einige politische Fragen. Er wies auf die gegenwärtige demokratische Strömung, die alles über Bord werfen möchte, was uns zu unseren Waffenerfolgen befähigt hat. Konjunktivismus, Liberalismus, Sozialismus seien politische Prinzipien, nicht aber der Begriff der Demokratie. Die Bewegung, von internationalen Kräften gefördert, wolle ausschließlich den internationalen Sozialismus zur Herrschaft bringen, was in Rußland gelungen sei, um Deutschland und namentlich Preußen das Rückgrat zu brechen. Damit wurde der Burgfrieden gebrochen, auch durch die Regierung mit der Vorlage des Reichstagswahlrechts für Preußen. Daß die Parteien der Rechten sich durch die sachliche und berechtigte Abwehr an dem Burgfriedensbruch beteiligt hätten, sei eine unverantwortliche Verleumdung. Für die Landwirtschaft würde das allgemeine Wahlrecht, das der Mehrheit der Kopfzahl, der Arbeiterklasse, die Herrschaft gibt, die politische Knechtschaft bedeuten. Das wäre ihr Kriegslohn für ihre schweren Opfer, die nach der Zahl Beherpflichtigen die größten seien.

Die weitere Folge des gleichen Wahlrechts würde sein eine vermögenskonfiszierende Steuerpolitik, die Gefährdung der Einzelstaaten und schließlich des Eigentums — wie in Rußland. Dann wendete sich Graf v. Mirbach zur Landwirtschaft und ihrem Wiederaufbau und sprach einen Dank gegen Heer und Flotte aus und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, die Bundesfürsten und freien Städte.

Hauptgegenstand der Beratungen war

die Wiederherstellung der Friedensleistungsfähigkeit der deutschen Erzeugung.

Der erste Berichterstatter, Präsident a. D. Prof. van der Borght sprach über die Wiederherstellung von Industrie, Gewerbe und Handel und vertrat dabei folgende Gedanken, die er in Form einer Entschliebung der Versammlung vorlegte: 1) Die Wiederherstellung der Friedensleistungsfähigkeit der gewerblichen Gütererzeugung und des Handels ist ohne Rückkehr zu den bewährten Grundsätzen selbstverantwortlicher und selbständiger Wirtschaftsführung nicht möglich. Die im Kriege geschaffenen staatssozialistischen Einrichtungen sind deshalb in der Übergangszeit nicht nur nicht zu erweitern, sondern abzubauen in dem Maße, wie es den Verhältnissen entspricht. 2) Eine Vermögenswegnahme zugunsten der Reichskasse würde den wirtschaftlichen Wiederaufbau zum Schaden des Gesamtwohls erschweren und verzögern, selbst gefährden. 3) Von einer amtlichen Verteilung des Kapitals, der Rohstoffe und des Schiffsraumes, sowie von einer amtlichen Regelung der Ein- und Ausfuhr nach Menge und Art der Waren ist abzusehen, da keine staatliche Behörde dieser Aufgabe gewachsen sein würde. Die Kreditanstalten und die Organisationen der beteiligten Kreise sind hierzu allein imstande. 4) Der Sicherung unseres Eisenbedarfs sind die Erzgebiete von Longwy und Briey beim Friedensschluß dienstbar zu machen. 5) Die baldige Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsmittel ist eine unentbehrliche Voraussetzung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues. 6) Zur Sicherung des inländischen Marktes für die inländische Gütererzeugung sind auf die Dauer die bisherigen Grundsätze der deutschen Zollpolitik unentbehrlich. 7) Die Grundlagen eines gesunden wirtschaftlichen Verkehrs mit dem Auslande müssen in den Friedensverträgen gesichert werden. Zu dem Zwecke haben sie ihre handelspolitischen Abmachungen den Grundsätzen der deutschen Zollpolitik anzupassen, eine Schädigung in bezug auf die deutschen Auslandsforderungen und Auslandswerte abzuwehren und die Tatsache zu verwerten, daß Deutschland als Abnehmer und Lieferer wichtiger Waren für das Ausland von besonderer Bedeutung und zum Teil unersehlich ist. 8) Zur Förderung gesunder wirtschaftlicher Beziehungen mit dem Auslande bedarf der deutsche Aufklärungs-, Nachrichten- und Pressedienst im Auslande einer wesentlichen Verbesserung. 9) Außenhandel und Wirtschaftspolitik müssen durch Vermittlung der großen Organisationen der Beteiligten in engere Fühlung miteinander gebracht werden. 10) Die Valuta kann erst nach dem Kriege allmählich wiederhergestellt werden. Eine Kriegsschädigung würde auch hierbei die wertvollste Hilfe leisten.

Sodann sprach Professor Dr. Dade über die

Wiederherstellung der Friedensleistungsfähigkeit der Landwirtschaft.

Er betonte die Notwendigkeit einer möglichst weitgehenden Eigenversorgung. Erst nachdem die Landwirtschaft die Nahrungsmittel (auch für den Kriegsfall) unbedingt gesichert hat, darf sie unentbehrliche Rohstoffe, wie Faserstoffe, Wolle usw., erzeugen. Die bisherige Schutzollpolitik müsse nach dem Kriege wieder aufgenommen werden. Die grundlegende Sicherstellung unserer Volksernährung müssen wir in eigener Hand behalten und uns in keiner Weise vom Auslande, auch nicht von befreundeten Nachbarstaaten, abhängig machen. Zur wirtschaftlichen Sicherung verlangte Prof. Dr. Dade die Einverleibung von Kurland, Livland, Estland und Litauen in das deutsche Wirtschaftsgebiet, was auch das deutsche Bevölkerungsproblem lösen würde, und sprach sich gegen Monopole, besonders gegen ein durch fiskalische Rücksichten bestimmtes Getreidemonopol aus. Durch die Notwendigkeit immer wiederholter Preisfestsetzungen würde sich eine unheilvolle Quelle fortwährender Parteikämpfe bilden. Weiter würde das Monopol Erhaltung und Steigerung der inländischen Getreideproduktion beeinträchtigen, da sein fiskalischer Charakter den inländischen Getreidepreis voraussichtlich selbst unter die Erzeugungskosten herabdrücken würde. Darin würde aber auch eine unverantwortliche Schwächung unserer militärischen Verteidigungsfähigkeit liegen, wie der Krieg dies zur Genüge erwiesen hat. Weiter verlangte der Redner eine zielbewusste Vorratswirtschaft. Die Vorräte würden auch für die deutsche Valuta im In- und Auslande eine ebenso gute oder vielleicht noch bessere Fundierung als Gold bilden. — Einen Antrag in diesem Sinne legte der Redner vor.

Hieran schloß sich eine längere Aussprache.

Ministerialdirektor a. D. Graf v. Kerserlingk bemerkte: a. Er sei auch kein Freund der Monopole; aber die gegenwärtige Lage sei leider der Einführung der Monopole günstig. Man dürfe sich ja doch nicht darüber täuschen, daß durch die Haltung des deutschen Reichstages wenig Aussicht auf eine Kriegsschädigung ist. Die Folge davon würde sein, daß, wenn der Krieg noch bis zum Herbst dauert, das deutsche Volk jährlich eine Last von 9 Milliarden oder noch mehr auf seine Schultern nehmen müssen. Dann aber wird man zweifellos auch zu dem Mittel der Monopole greifen. Räme das, dann mühten wir für ein Getreidemonopol unbedingt die maßgebende Beteiligung der Landwirtschaft fordern.

Graf Mirbach-Sorquitten war unbedingt gegen das Getreidemonopol.

Prof. Dr. Dade erklärte, daß er nicht gegen Monopole an sich sei; er würde z. B. solche für Branntwein, Bier, Kohle, Stickstoff in Erwägung ziehen.

Graf v. Tiele-Windler wies darauf hin, daß die Kriegserfahrungen doch den Gedanken nahegelegt haben, ob denn künftig überhaupt das Gold die Grundlage der Zahlung sein werde und nicht vielmehr für uns z. B. Kupfer und Kali.

Die vorgelegten Anträge wurden mit geringen Änderungen angenommen, dabei die Erwerbung von Longwy und Briey noch ausdrücklich gefordert und dann durch Graf Mirbach-Sorquitten die Versammlung geschlossen.

1./III. 1918

Die Sommerzeit.**Vom 1. April bis 29. September.**

Wie erinnerlich, feste die Sommerzeit im vorigen Jahr mit 15. April ein und dauerte bis 15. September. Im heurigen Jahr wird nun in dieser Hinsicht eine wichtige Terminverschiebung Platz greifen. Die Sommerzeit wird heuer bereits in der Nacht vom 30. März zum 1. April zur Einführung gelangen und sie wird erst am 29. September ihr Ende finden. Wir erfahren hierzu von kompetenter Stelle:

„Nach wochenlangen Verhandlungen zwischen den maßgebenden Kontrollstellen in Oesterreich, Ungarn und Deutschland ist nunmehr in der Frage des diesjährigen Beginnes der Sommerzeit eine erfreuliche Uebereinstimmung erzielt worden. Sie wird um 14 Tage früher einsetzen als im Vorjahr und wird nahezu um zwei Wochen länger in Kraft bleiben. Der eigentliche Zweck, Kohlenersparnis zu erzielen, wird hierdurch natürlich wesentlich gefördert. Die Wahl der Nacht vom 31. März auf den 1. April hat ihre besonderen Gründe. Es ist dies die Nacht vom Ostersonntag zum Ostermontag, in der sich die Durchführung der Maßnahme viel leichter bewerkstelligen läßt als im unmittelbaren Anschluß an einen Werktag. Ursprünglich war auch geplant, die Sommerzeit bis zum 14. Oktober in diesem Jahre beizubehalten, man kam aber wegen der allzu früh im Herbst eintretenden Dämmerung von diesem Projekt wieder ab. Da eine sachliche Uebereinstimmung zwischen Oesterreich, Ungarn und Deutschland bereits erzielt wurde, und da es sich lediglich noch um die Erleichterung formaler Durchführungsvorbereitungen handelt, die aber binnen wenigen Tagen beendet sein werden, ist die amtliche Verlautbarung schon in nächster Zeit zu gewärtigen.

Bei diesem Anlaß sei übrigens darauf hingewiesen, daß der bekannte Widerstand der ländlichen Bevölkerung gegen die Sommerzeit jeder sachlichen Berechtigung entbehrt. Seitens der Bahnverwaltungen wird der am Bande üblichen Arbeitseinteilung ohnehin nach Möglichkeit Rechnung getragen. So werden, um nur ein Beispiel anzuführen, die Milchzüge auch heuer wieder ab 1. April entsprechend verlegt werden, um die landwirtschaftlichen Betriebe nicht zu einer Verschiebung in ihrer Arbeitseinteilung zu nötigen. Alle anderen, sonst üblichen agrarischen Einwendungen gegen die Zweckmäßigkeit der Sommerzeit sind hinfällig. Im städtischen Wirtschaftsleben hat sich die Zeitverschiebung im Sommerhalbjahr jedenfalls ausgezeichnet bewährt und ein Gleiches ist auch heuer zu erwarten.“

Die Sommerzeit in Deutschland.

Aus Berlin, 28. Februar, wird uns telegraphiert: Die Sommerzeit in Deutschland wird am 1. April beginnen und heuer um zwei Wochen länger sein als im Vorjahre, um noch mehr Beleuchtungsstoff zu ersparen.

9. / III. 1918.

57

Die Bilanz der Zwangswirtschaft.

Syndikus Dr. jur. Heinrich Weides (Köln) schreibt uns dazu:
So unklar die Verhältnisse im Ostey einstweilen auch noch sind, soviel ist doch sicher, daß die drückende Kette, die unser Wirtschaftsleben bisher einschränkte, geprengt ist. Damit sind wir in die Übergangswirtschaft hinein und gleichzeitig der Hoffnung nähergekommen, vorerst mindestens eine Milderung des starren Staatssozialismus erwarten zu können. Zu Anfang des Krieges wurde zur Bekämpfung der zuerst sich ganz allmählich einstellenden Schwierigkeiten die Formel geprägt: „Möglichst die bisherige Wirtschaftsform beibehalten“. Der unausgesprochene Grundgedanke des ganzen Systems war im Grunde genommen der, vor der zwar vorerst noch in erträglichem Maße aber doch immerhin schon deutlich erkennbar werdenden Warenknappheit auf vielen Gebieten die Augen zu schließen und sie künftig hinwegzuschauen zu wollen. Zunächst folgte hierauf ein Zurückhalten von Waren, und dann allmählich, etwa von Herbst 1915 an, eine die Öffentlichkeit meidende Form des Warenmangels, die man in dieser ersten Zeit vielleicht am besten mit dem Worte Kulissenhandel — denn die spätern Schiebe- und Schleichformen waren einstweilen noch nicht erfunden — bezeichnen kann. Obschon dessen Umfang vorerst recht mäßig war, begann doch schon damals gegen den ganzen Handelsstand als solchen, trotzdem dessen meiste Teile in der ersten Zeit nach Kriegsausbruch unbestritten erhebliche Einbußen erlitten hatten, ein allgemeiner Sturm- lauf. Je mehr sich der Krieg in die Länge zog und je niederträchtiger und gemeiner die Handlungsweise Englands, je vollständiger die Vergewaltigung der Neutralen und mit diesen Maßnahmen unsere Ab- schnürung von der Weltwirtschaft wurde, desto mehr verschärfte sich naturgemäß die ganze Lage für uns. Das hatte aber nur die eine Folge, daß der Hilferuf nach dem Allwater Staat immer stärker und dringender wurde. Die ehrlichen Mahnungen erfahrener Volkswirte verhallten ungehört. Kriegsgesellschaften über Kriegsgesellschaften ent- standen, und eine Verordnung jagte die andre. Der Eintritt Amerikas in direkten Kriegszustand mit uns — verfohlen hatte er schon lange bestanden — tat dann noch den Rest. Ein schwerer Fehler war es auch, daß man lange Zeit hindurch in der trügerischen Hoffnung, unsere Wirtschaftsnöte dem Feinde verbergen zu können, jede ernste und aufrichtige Kritik an diesen in der Öffentlichkeit unterband. Gerade das hat den Schleichhandel zu solcher Blüte sich entwickeln und den Staatssozialismus zu seinem jetzt erreichten Riesenniveau heran- wachsen lassen. Spät kam die Erkenntnis, daß wir auf irrigen Wegen wandelten. Man hat Milderungen versucht, z. B. in der Weise, daß man der Kaufmannschaft in den Kriegsgesellschaften auch einfluss- reiche Stellen einräumte, nennenswerte Erfolge aber nicht damit er- zielt. Überblickt man die Folgen dieser etwa 2½ Jahre Zwangswirt- schaft, so sieht man ein Trümmerfeld. Unser blühender Außenhandel ist vernichtet; das würde nun zwar auch bei jeder andern Wirtschafts- form der Fall gewesen sein, aber durch die durchgeführten Zwangsmah- regeln sind die Fäden doch viel gründlicher zerrissen, und namentlich ist ihre Wiederanknüpfung in höherem Maße erschwert worden als es auf andern Wege hätte der Fall sein müssen. Eine der vornehmsten Aufgaben, die sich der Staatssozialismus gestellt hatte, der Schutz des Mittelstandes, den man von vornherein als besonders bedroht ansah, ist geradezu täglich mißlungen. Die Einkommengruppen zwischen 3000. M und 9500. M weisen einen Rückgang von fast 7 v. H. auf. Dieser Rückgang ist zunächst, an dem gesunkenen Geldwert ge- messen, mindestens mit der doppelten Ziffer einzusehen. Man wollte die Preise niedrig halten; genau das Gegenteil ist ein- getreten. Man behauptete, der Handel nähme zu hohe Gewinnauf- schläge, arbeite auch sonst zu umständlich und verlängere durch ein Zuviel an Zwischenstellen den Weg vom Erzeuger zum Verbraucher in ganz unnötiger Weise. Nun, der Staatssozialismus hat es ver- standen, diesen Weg aufs vielfache der Handelslänge auszudehnen, und braucht zur Bewältigung der Verteilungsarbeit trotz der bedeutend verringerten Warenmengen ein Heer von Angestellten, das der Handel, ohne unrentabel zu werden, niemals hätte besolden können. Wir haben erfahren, daß schon im zweiten Kriegsjahre der Eisenbahngüter- verkehr den Friedensstand wieder erreichte; seitdem ist er ganz erheblich darüber hinaus gewachsen. Sicher ist das zum erheblichen Teil auf die riesenhaften Bedürfnisse der Kriegsindustrie zurückzuführen; ebenso sicher ist aber auch, daß hierbei die oft unbegreiflich ver- schlungenen Wege, die der Staatssozialismus ein- schlug, um die Überschuß- und die Bedarfsgebiete miteinander zu ver- binden, ihren gewichtigen Anteil haben. Die Folgen der staats- sozialistischen Zwangsherrschaft haben aber auch, unbeschadet der be- deutenden absoluten Zunahme des Steueraufkommens, einen erheblichen Steuerausfall verursacht. Denn die ganz außerordentliche Steigerung des Arbeitereinkommens ist nur teilweise ersetzt worden, während die wucherischen Schiebergewinne wohl zum weitaus größten Teile über- haupt freigeblieben sind. Diese Entwicklung drängt zu einer durch- greifenden Änderung des jetzt geltenden Wirtschaftssystems. Die nüt- zliche, nahrungschaffende und werterzeugende Arbeit eines Unternehmers, das in Jahrzehntelangen glänzenden Aufwärtstreben eine vollwichtige Probe seiner Tüchtigkeit und damit gleich- zeitig seiner Anpassungsfähigkeit abgelegt hat, darf nicht länger ausgeschaltet bleiben. Je schneller und gründlicher man sich entschließt, Wandel zu schaffen, desto besser wird es für die Zukunft unsers Volkes sein.

Die Sommerzeit 1918.

Wien, 9. März.

Die heutige „Wiener Zeitung“ verlautbart eine Verordnung des Gesamtministeriums, betreffend die Einführung der Sommerzeit für das Jahr 1918.

Für die Zeit vom Montag den 1. April 1918 bis Sonntag, den 29. September 1918 wird durch Verlegung der Zeit um eine Stunde die Sommerzeit auch in diesem Jahre eingeführt.

Kommission für Kriegs- und Ubergangswirtschaft.

Die vom Parteivorstand, der Gewerkschaftskommission und dem Zentralverband der Konsumvereine eingesetzte Kommission für Kriegs- und Ubergangswirtschaft wurde

durch Vertreter des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten ergänzt. Auf Anregung der Kommission haben sich die Vertreter der Arbeiterschaft in dem Hauptausschuß für Kriegs- und Ubergangswirtschaft als besondere Fraktion konstituiert, die ihre Sitzungen gemeinsam mit der Kommission hält. In der heutigen Sitzung wurde die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Hauptausschusses vorberaten. Es wurde beschlossen, eine strengere Abgrenzung der Zuständigkeit des Generalkommissariats und des Hauptausschusses für Kriegs- und Ubergangswirtschaft zu fordern. Da die Vorberatung allgemeiner sozialpolitischer Fragen keinesfalls in den Aufgabekreis des Hauptausschusses für Kriegs- und Ubergangswirtschaft fällt, wurde beschlossen, den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten zu ersuchen, im Einvernehmen mit der Gewerkschaftskommission einen Gesetzentwurf über die Reform des Arbeitsbeirates auszuarbeiten und im Abgeordnetenhaus einzubringen.

Die Kommission beschäftigte sich sodann mit der Organisation der Kriegsverbände der einzelnen Industriezweige. Da die Kriegsverbände Selbstverwaltungsorgane der Industrie sind und da ihre Verwaltungstätigkeit die Interessen der Industriearbeiter auf das stärkste berührt, beschloß die Kommission, zu verlangen, daß in jedem Kriegsverband der zuständigen Gewerkschaft eine Vertretung eingeräumt werde. In denjenigen Kriegsverbänden, deren Tätigkeit auch starke Interessen der Konsumenten beeinflusst, sei überdies auch dem Zentralverband der Konsumvereine eine Vertretung zu sichern. Ueber die Entsendung von Vertretern der Arbeiterschaft in die Leitung und die Aufsichtsräte von Zentralen behält sich die Kommission ihre Entscheidung von Fall zu Fall vor; ohne ihre Zustimmung sollen Arbeitervertreter in diese Körperchaften nicht eintreten.

Die wirtschaftlichen Kriegsereignisse.

Hauptausschuß für Kriegs- und Uebergangswirtschaft.

Schutz gegen irreführende Warenbezeichnungen. — Kohlensteuer. — Rohstoffvorkäufe.

Wien, 22. März.

In fortgesetzter Beratung erstattete namens des Arbeitsausschusses Mitglied Geheimer Rat Dr. Franz Klein den Bericht über die Verordnung zum Schutze der Käufer gegen irreführende Warenbezeichnung. Er beleuchtete die bei der Beratung der Verordnung im Arbeitsausschusse zutage getretenen Ansichten und Anregungen, die bei der endgültigen Textierung von der Regierung berücksichtigt worden sind. Der Bericht Dr. Kleins wurde vom Hauptausschusse genehmigend zur Kenntnis genommen.

Zum nächsten Punkte der Tagesordnung, der das Gesetz über die Einführung einer Kohlensteuer betraf, erstattete Mitglied Generaldirektor Doktor

Georg Günther ein ausführliches Referat. Er führte aus, daß die Kohlensteuer in Oesterreich durch die Besteuerung der Kohle im Deutschen Reiche eine Notwendigkeit geworden sei. Die Abgabe von der Kohle müsse als Konsumsteuer aufgefaßt werden. Fraglich sei hierbei die Besteuerungsgrundlage gewesen, da die Abgabe entweder vom Werte oder von der Menge oder aber vom Kaloriengehalt bemessen werden könnte. Als gerechte Grundlage sei vom Arbeitsausschusse die Bemessung der Steuer vom Werte der Kohle anerkannt worden. Analog dem Vorgange Deutschlands werde die inländische Produktion mit 20 Prozent vom Werte der Kohle ab Produktionsstätte, die eingeführte Kohle mit 20 Prozent vom Werte an der Grenzstation besteuert werden. Bei Annahme eines Quantum von 428 Millionen Meterzentner im Schätzungswerte von 1280 bis 1300 Millionen Kronen würde diese Steuer ein Erträgnis von 200 bis 300 Millionen Kronen jährlich abwerfen. Dabei sind die im Gesetze vorgesehenen Befreiungen von der Steuer (Betriebskohle der ein- und ausfahrenden Lokomotiven und Schiffe, Briquets usw.) bereits in Anrechnung gebracht. Die Befürchtung, daß die Exportfähigkeit unserer Industrie unter der Kohlensteuer leiden könnte, sei nicht am Platze, da das Kohlensteuergesetz nur bis zum Ende des Jahres 1919 in Geltung bleiben soll und kaum angenommen werden könne, daß in diesem Zeitraume die Industrie zu ihrer vollen Leistungsfähigkeit im Exporte gelangt werde. In diesem Sinne habe sich der Arbeitsausschuß dem Generalkommissariate und dem Finanzministerium gegenüber geäußert. Der Hauptausschuß nahm auch dieses Referat ohne Debatte zur Kenntnis.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Frage des Rohstoffbezuges referierte namens des Rohstoffausschusses das Mitglied Sektionschef Dr. Brosche. Seine Ausführungen befaßten sich zunächst mit jenen Grundlagen, die für die Behandlung der Rohstoffvorkäufe in Erwägung gestanden waren. In dieser Frage sei der Rohstoffausschuß von der Erwägung ausgegangen, daß die Sicherung der von privaten Interessenten im Auslande bereits gekauften Rohstoffe für die heimische Industrie dringend geboten sei, wobei aber von den Erfordernissen eines in der Uebergangszeit festzuhaltenden Wirtschaftsplanes nicht abgesehen werden könne. Dies mache es daher notwendig, die Rohstoffvorkäufe unter Beobachtung auf die allgemeine Rohstoffversorgung einer besonderen Regelung zu unterziehen. Auf Grund dieser Stellungnahme des Rohstoffausschusses habe sich das Generalkommissariat mit den Kriegsverbänden und den Handelskammern in Verbindung gesetzt und deren Gutachten eingeholt. Die hiedurch zutage geförderten Ansichten haben bei einer neuerlichen Beratung des Rohstoffausschusses zu der Ueberzeugung geführt, daß eine abgeordnete Behandlung der Frage der Rohstoffvorkäufe doch nicht zweckmäßig wäre, daß vielmehr diese Angelegenheit im Komplex der Fragen der Rohstoffversorgung überhaupt ihre Lösung finden müsse. Da über Antrag des Mitgliedes Dr. Franz Klein eine prinzipielle Aussprache über die Richtlinien und Aufgaben der Uebergangswirtschaft innerhalb der verschiedenen Wirtschaftsgruppen des Hauptausschusses in allernächster Zeit abgehalten werden soll, vertrete der Rohstoffausschuß die Meinung, daß diese Enquete auch ein Gutachten in der Rohstofffrage abzugeben hätte. Auf diesem Wege würden alle Branchen Gelegenheit haben, ihre besonderen Wünsche hinsichtlich dieser für die Neugestaltung unseres Wirtschaftslebens nach dem Kriege besonders wichtigen Angelegenheit zu äußern. Angesichts dieser Sachlage entsolle der Anlaß zu einer meritorischen Beratung über diesen Punkt in der heutigen Sitzung des Hauptausschusses.

In der sich daran anschließenden Debatte, an der sich die Mitglieder Dr. Arens, v. Penzig-Franz, Kuffler und Pamberger beteiligten, wurde auf die besondere Wichtigkeit der Rohstofffrage nachdrücklich hingewiesen. Hierbei wurde auch des Umstandes Erwähnung getan, daß im Laufe der Zeit verschiedene Mitteilungen über Absichten der Regierung auf diesem Gebiete in die Öffentlichkeit gelangt seien, die dem vom Referenten dargelegten tatsächlichen Stand der Frage nicht entsprechen. In diesem Zusammenhange wurde auch der Wunsch geäußert, es mögen die Mitglieder des Hauptausschusses über Fragen von besonderer Bedeutung fortlaufend und einläßlich informiert werden. Mitglied Generaldirektor v. Penzig-Franz stellte den Antrag, der Arbeitsausschuß möge ehestens zu der Frage der Zulassung aller Mitglieder des Hauptausschusses zu den Sitzungen der Unterausschüsse Stellung nehmen und hierüber dem Ausschusse berichten.

22. III. 1918

(Der Reichsverband der Industrie über die wirtschaftlichen Tagesfragen.) Vorgestern fand die erste Sitzung des leitenden Ausschusses des Reichsverbandes der österreichischen Industrie unter dem Vorsitz des Sektionschefs Dr. Brosche statt. Zunächst stellte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand des Reichsverbandes sich mit dem Gesetzentwurf über die allgemeine Arbeitspflicht beschäftigen und in entsprechender Weise zu demselben Stellung nehmen werde, daß ferner die vom Abgeordnetenhaus angenommenen Abänderungen der Rentensteuer und Zuschläge zu den direkten Steuern pro 1918 und 1919 ebenfalls einem eingehenden Studium unterzogen werden, um die erforderlichen Schritte unternehmen zu können. Ein Referat in der Versammlung zu erstatten erschiene derzeit nicht tunlich. In der darauf folgenden Debatte, an welcher sich die Herren Dr. Viktor Gräß, Dr. Friedrich Ebner, Alfred Löw-Beer, Fritz Spohn, Richard Lind und Emil Mayer beteiligten, wurde insbesondere auch die Anregung gegeben, daß auch auf die Durchführungsvorordnung zur Kriegsteuer Einfluß genommen werde. Sektionschef Dr. Brosche erstattete hierauf einen eingehenden Bericht über die Frage der Aufteilung der gemeinsamen Rohstoffbezüge auf Oesterreich und Ungarn. Das Referat gelangt zu dem Schlusse, daß ein einheitliches Vorgehen mit Ungarn nach Möglichkeit anzustreben sei, insoweit nicht der Bezug von Rohstoffen aus dem Auslande überhaupt dem freien Verkehr überlassen bleibe. Die Aufteilung dürfe aber unter allen Umständen nur nach der jeweiligen Leistungsfähigkeit der Industrie der beiden Staaten erfolgen. Nach längerer Debatte, in welcher die Herren Artur Ruffler, Otto Bed, Alfred Löw-Beer, Doktor Heinrich Friesz, Generaldirektor Dr. Friedrich Schuster, Heinrich Schicht jun., Baron Eugen v. Rubinzky das Wort ergriffen, stimmte der leitende Ausschuss mit Stimmeneinhelligkeit dem Antrage des Referenten zu und beauftragte gleichzeitig das Präsidium, die in demselben enthaltenen Grundzüge der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften gegenüber auf das energischste zu vertreten. Generaldirektor Dr. Günther besprach hierauf die Antwort des Ministerpräsidenten an die sozialdemokratischen Abgeordneten, in welcher er angeklagt zu haben soll, die Einführung der Nachtstundenschicht in kontinuierlichen Betrieben während

der Kriegszeit in Erwägung zu ziehen, und beantragte eine von der Versammlung einstimmig angenommene Resolution, in welcher erklärt wird, daß die Einführung der Nachtstundenschicht in kontinuierlichen Betrieben, insbesondere während des Krieges und der folgenden Zeit, in letzter Linie eine Unterbindung der Erzeugung der für die Fortführung des Krieges und den Wiederaufbau unserer Wirtschaft nach dem Kriege wichtigsten Güter bedeuten würde, da es ausgeschlossen ist, daß die Zahl der für die Durchführung der kontinuierlichen Erzeugungsprozesse erforderlichen, durch langjährige Heranbildung geschulten und geübten Arbeiter sich um 50 Prozent vermehrt. Die Versammlung des Reichsverbandes müsse daher annehmen, daß die Regierung die Verantwortung für eine solche Maßnahme übernehmen wird. Generaldirektor Dr. Günther berichtete weiter über den Elektrizitätsgesetzentwurf, ferner über die Novelle zum Berggesetz und begründete die Forderung der Verlängerung der Uebergangsfrist für die zur Verleihung gelangenden Feischürfe unter Hervorhebung der prinzipiellen Gegnerschaft gegen die beabsichtigte zukünftige Monopolstellung des Staates im Kohlenbergbau. Die Referate fanden die einstimmige Zustimmung der Versammlung. Schließlich referierte Generaldirektor Dr. Günther über den Kohlensteuergesetzentwurf, wobei er zu dem Resultat gelangte, daß eine prinzipielle Einwendung der Industrie gegen den Gesetzentwurf nicht zu erheben sei, zumal zur Deckung des außerordentlichen Staatserfordernisses in der Kriegs- und Uebergangszeit auch indirekte Steuern herangezogen werden müßten.

23. / 11. 1918

[Die Kriegs- und Uebergangswirtschaft.]
 Heute hat der Hauptausschuß für Kriegs- und Uebergangswirtschaft seine Beratungen beendet. In der Nachmittags-sitzung am 21. d. berichtete namens des sozialpolitischen Ausschusses Mitglied **Arthur Stuller** über die jenerzeitige personelle Demobilisierung. Er legte die Bemühungen dar, zwischen dem Grundgedanke der Entlassung der Armee nach Altersklassen und den Ansprüchen der Volkswirtschaft, die zu ihrem Wiederaufbau nötigen Personen so schnell als möglich aus dem Heeresverbande zu entlassen, einen Ausgleich zu finden. Im Sinne der abgeführten Beratungen würde die Demobilisierung nach Altersklassen vorgenommen werden, doch sollen die Angehörigen jener Ständen bei der Entlassung bevorzugt werden, die zum Aufbaue der Volkswirtschaft besonders wichtig sind (zum Beispiel Verkehrsunternehmungen zu Wasser und zu Lande, Lokomotiv- und Waggoubau, Glanzwerken, Bergbau). Das Kriegsministerium habe überdies zugestimmt, bei der Demobilisierung 200.000 Heeresangehörige vorzeitig zu entlassen, die als besonders qualifizierte Arbeiter, Betriebsleiter, Ingenieure und Unternehmer sozusagen den Wirtschaftsstab der normalen Volkswirtschaft bilden. Innerhalb dieser Zahl werden die Ansprüche der einzelnen Berufsgruppen abzustufen sein. Die sachgemäße Auswahl der betreffenden Personen werde von paritätisch zusammengesetzten Berufskommissionen getroffen werden, über denen eine ebenso gebildete Reichskommission stehen soll. In der Diskussion wurde von den Mitgliedern Abgeordneter **Einspinner** und **Präsident Kirchhof** die Notwendigkeit betont, bei der Auswahl der vorzeitig zu demobilisierenden Personen das Wort der Handels- und Gewerbekammern einzuzuholen; Abgeordneter **Einspinner** betonte ferner die Notwendigkeit, diejenigen Gewerbetreibenden schleunigst abzurufen, die für den Bedarf der Landbevölkerung arbeiten, da deren Betriebsgeräte dringender Reparaturen und Erneuerungen bedürfen. Mitglied Abgeordneter **Hueber** (Salzburg) forderte beschleunigte Demobilisierung der Lehrer. Der Bericht des sozialpolitischen Ausschusses wurde vom Hauptausschuße genehmigt. Im Auftrage des Finanzausschusses berichtete sodann dessen Mitglied Direktor **Dr. Hammerschlag** über die Sperre österreichischer Guthaben im Deutschen Reich. Seit Oktober vorigen Jahres mache die Deutsche Reichsbank die Bewilligung zum Ankauf österreichischer Waren und Wertpapiere von der Bedingung abhängig, daß der Gegenwert im Deutschen Reich unter Sperre bleibe. Diese ungerechtfertigte Maßregel lähme unseren Export nach Deutschland und schädige unsere Valuta. Andererseits reiche die zum Schutze unserer Valuta bestimmte Disposition nicht hin,

um das Einstromen deutscher Luxuswaren verschiedenster Art nach Oesterreich und die hiemit für unsere Währung verbundenen Folgen zu verhindern. Durch solche überflüssige Importe belastet und ohne Verfügung über die in Deutschland gesperrten Guthaben, müsse unsere Volkswirtschaft um so größeres Gewicht auf den Warenabsatz im neutralen Ausland legen und empfinde daher die formalen und sachlichen Schwierigkeiten doppelt, die unserer Durchfuhr in Deutschland auferlegt werden. Dr. Hammerschlag stellte namens des Finanzausschusses den Antrag, die Regierung zu ersuchen, durch geeignete Verhandlungen durchzusetzen, daß die Sperre der österreichischen Guthaben im Deutschen Reich fallen gelassen, daß wirksame Schranken gegen die Einfuhr entbehrlicher Luxusgegenstände deutscher Probenienz aufgerichtet werden und daß unsere Durchfuhr nach dem neutralen Ausland von den formalen und materiellen Erschwerungen des deutschen Bewilligungsverfahrens befreit werde. Der Hauptausschuß stimmte diesem Antrage einhellig und ohne Debatte zu. Der Hauptausschuß beschäftigte sich sodann mit der Frage der Organisation des Handelsverkehrs mit der Ukraine, worüber namens des Rohstoffausschusses Mitglied **Präsident Schicht** das Referat erstattete. Dieses wurde nach einer eingehenden Debatte, an der sich außer Generalkommissär **Sektionsschef Riebl** insbesondere die Mitglieder Abgeordneten **Doktor Kolejsa**, **Dr. Kolischer** und **Dr. Renner**, ferner die Mitglieder **Dr. Granichstädten**, **Fritz Mendl** und **Dr. Kovarik** beteiligten, zur Kenntnis genommen. Heute erstattete Mitglied **Brosche** den Bericht über die Aufteilung der Rohstoffbezüge zwischen Oesterreich und Ungarn. Mit der Vornahme der Wahlen schloß die Sitzung des Hauptausschusses.

Hauptauschuß für Kriegs- und Uebergangswirtschaft.

In der Nachmittagsitzung des Hauptauschusses am 21. d. berichtete namens des sozialpolitischen Ausschusses Mitglied Artur Kuffler über die seinerzeitige

personelle Demobilisierung.

Er legte die Bemühungen dar, zwischen dem Grundsatz der Entlassung der Armee nach Altersklassen und den Ansprüchen der Volkswirtschaft, die zu ihrem Wiederaufbau nötigen Personen so schnell als möglich aus dem Heeresverbande zu entlassen, einen Ausgleich zu finden. Im Sinne der abgeführten Beratungen würde die Demobilisierung nach Altersklassen vorgenommen werden, doch sollen die Angehörigen jener Branchen bei der Entlassung bevorzugt werden, die zum Aufbau der Volkswirtschaft besonders wichtig sind (zum Beispiel Verkehrsunternehmungen zu Wasser und zu Lande, Lokomotiv- und Wagonbau, Schiffswerften, Bergbau). Das Kriegsministerium habe überdies zugestimmt, bei der Demobilisierung 200.000 Heeresangehörige vorzeitig zu entlassen, die als besonders qualifizierte Arbeiter, Betriebsleiter, Ingenieure und Unternehmer sozusagen den Wirtschaftsstab der normalen Volkswirtschaft bilden. Innerhalb dieser Zahl werden die Ansprüche der einzelnen Berufsgruppen abzustufen sein. Die sachgemäße Auswahl der betreffenden Personen werde von paritätisch zusammengesetzten Berufskommissionen getroffen werden, über welchen eine ebenso gebildete Reichskommission stehen soll.

In der Diskussion wurde von den Mitgliedern Abg. Einspinner und Präsident Kirchof die Notwendigkeit betont, bei der Auswahl der vorzeitig zu demobilisierenden Personen das Votum der Handels- und Gewerbelammern einzuholen; Abgeordneter Einspinner betonte ferner die Notwendigkeit, diejenigen Gewerbetreibenden schleunigst abzurüsten, die für den Bedarf der Landbevölkerung arbeiten, da deren Betriebsgeräte dringender Reparaturen und Erneuerungen bedürfen. Mitglied Abg. Hueber (Salzburg) forderte beschleunigte Demobilisierung der Lehrer. Der Bericht des sozialpolitischen Ausschusses wurde vom Hauptauschusse genehmigt.

Im Auftrage des Finanzausschusses berichtete sodann dessen Mitglied Direktor Dr. Hammer-
schlag über

die Sperre österreichischer Guthaben im Deutschen Reich

Seit Oktober vorigen Jahres mache die Deutsche Reichsbank die Bewilligung zum Ankauf österreichischer Waren und Wertpapiere von der Bedingung abhängig, daß der Gegenwert im Deutschen Reich unter Sperre bleibe. Diese ungerechtfertigte Maßregel lähme unsere Export nach Deutschland und schädige unsere Valuta. Andererseits reiche die zum Schutz unserer Valuta bestimmte Devisenordnung nicht hin, um das Einströmen deutscher Luxuswaren verschiedenster Art nach Oesterreich und die Hiemit für unsre Währung verbundenen Folgen zu verhindern. Durch solche überflüssige Importe belastet und ohne Verfügung über die in Deutschland gesperrten Guthaben müsse unsre Volkswirtschaft um so größeres Gewicht auf den Warenabsatz im neutralen Auslande legen, und empfinde daher die formalen und sachlichen Schwierigkeiten doppelt, die unsrer Durchführung in Deutschland auferlegt werden. Dr. Hamerschlag stellte namens des Finanzausschusses den Antrag, die Regierung zu ersuchen, durch geeignete Verhandlungen durchzusetzen, daß die Sperre der österreichischen Guthaben im Deutschen Reich fallen gelassen, daß wirksame Schranken gegen die Einfuhr entbehrlicher Luxusgegenstände deutscher Probenienz aufgerichtet werden und daß unsre Durchführung nach dem neutralen Auslande von den formalen und materiellen Erschwerungen des deutschen Bewilligungsverfahrens befreit werde. Der Hauptauschuß stimmte diesem Antrag einhellig und ohne Debatte zu.

Der Hauptauschuß beschäftigte sich sodann mit der Frage der

Organisation des Handelsverkehrs mit der Ukraine, worüber namens des Rohstoffauschusses Mitglied Präsident Schicht das Referat erstattete. Dieses wurde nach einer eingehenden Debatte, an der sich außer Generalkommissär Sektionschef Riedl, insbesondere die Mitglieder Abgeordneten Doktor Koleska, Dr. Kolischer und Dr. Renner, ferner die Mitglieder Dr. Granichstädten, Fritz Mendl und Dr. Kovarik beteiligten, zur Kenntnis genommen.

26./III. 1918

Verlegung der diesjährigen Sommerzeit.

Beginn erst am 15. April.

Bekanntlich sollte nach einer Verordnung die Sommerzeit heuer am 1. April beginnen und am 29. September enden. Mittlerweile wurde im deutschen Reiche, abweichend von der ursprünglichen Absicht, die Sommerzeit für die Zeit vom 15. April bis 16. September eingeführt. Eine morgen zur Veröffentlichung kommende Verordnung verlegt infolgedessen den Beginn der Sommerzeit auch in Oesterreich auf den 15. April und ihr Ende auf den 16. September. Dieselben Bestimmungen über die Sommerzeit wurden auch von der ungarischen Regierung getroffen.

Kriegsgewinner als Enteigner des christlichen Hausbesitzes.

Die Geschäfte des Herrn Sachsel.

Die Verschiebungen, die sich infolge der wirtschaftlichen Ummwälzungen des Krieges in den Besitzverhältnissen in Oesterreich, namentlich in den Städten und an deren Rändern zeigen, sind bedrohlich. Insbesondere im Hausbesitz vollziehen sich Veränderungen von allgemeiner wirtschaftlicher und sozialer Tragweite. Was für Kräfte da am Werke sind, zeigen einige Vorfälle der jüngsten Zeit.

Wiener Blätter vom 21. d. berichteten lakonisch: die 65jährige Private Anna W. hat sich am 19. d. nachts in ihrer Wohnung in Piesing durch Einatmung von Leuchtgas vergiftet. Kränkung wegen des Verkaufes ihres Hauses wurde als Ursache des Selbstmordes angegeben. — Wie wir erfahren, handelt es sich hier um Frau Anna Weiß geb. Hauck, die tatsächlich aus Kränkung über den ihr abgetrohten Kauf ihres Hauses, Wenzgasse 24, in den Tod gegangen ist. Die Vorgeschichte dieses Hausverkaufes ist kurz folgende:

Vor mehreren Wochen erschienen an einem Sonntag-Nachmittag bei Frau Weiß Herr und Frau Sachsel in Begleitung eines Vermittlers, um mit ihr wegen des Abschlusses des Verkaufes des Hauses zu verhandeln. Nachdem Frau Weiß schon vorher durch Agenten bearbeitet worden war, das Haus um den angeblich hohen Preis von 160.000 Kr. zu verkaufen. Die alte Frau wurde solange überredet, bis sie endlich in den Verkauf einwilligte. Als die Käufer sich entfernt hatten, kam sie erst allmählich wieder zur Besinnung dessen, was sie eben getan hatte und empfand über den Verkauf bittere Reue. Nach einer schlaflosen Nacht verständigte sie das Ehepaar Sachsel hiervon und bemerkte, man hätte ihr zu wenig Zeit zur Ueberlegung gelassen. Der Verkauf müsse rückgängig gemacht werden, widrigenfalls sie sich aus Kränkung hierüber das Leben nehmen würde. Die unglückliche alte Frau war über den drohenden Verlust trübsinnig geworden und alles zeigte, daß ihr schrecklicher Entschluß ernst sei. Das Ehepaar Sachsel blieb jedoch ungerührt und erklärte, daß es den Kauf auf keinen Fall rückgängig mache und ließ der alten Frau später sagen, daß es ihr noch 15.000 Kr. weiter gäbe, wenn der Verkauf aufrecht bliebe. Das traurige Ende der Geschichte war dann so, wie es im Tagesbericht der Blätter geschildert wurde.

Das Ehepaar Sachsel hatte aber auch der Frau Baronin Berger-Hohenfels, der bekannten gewesenen Hofschauspielerin, kurz vorher die ihr gehörige schöne, große Villa mit großem Garten in Piesing, Kops-gasse 1, um den bei den heutigen Verhältnissen Spottpreis von 580.000 Kr. abgenommen. Auch sie bereute gleich den Verkauf, zu dem sie gewissermaßen gegen ihren Willen durch Vermittler gedrängt wurde und wollte ihn auch rückgängig machen. Ueber ihre Fürbitte ersuchte Erzellenz Graf Wilczek persönlich, den Verkauf rückgängig zu machen, doch blieben alle Versuche erfolglos. Letztere Intervention hatte vielleicht nur den einen Erfolg, daß man ihr das Zugeständnis (!) machen wollte, daß sie noch weitere vier Jahre in ihrer Villa bleiben könnte, wo hingegen sie laut eines sehr unsäueren Vertrages hierfür Kr. 200.000 hätte zahlen müssen, bzw. um so viel weniger hätte herausbekommen, so daß sie, da auch Schulden auf der Villa hätten, nach Ablauf dieser Zeit die Villa verlassen hätte müssen, ohne irgend mehr etwas Nennenswertes zu erhalten. Das Vorgehen der Käufer und ihrer Agenten ist dadurch beleuchtet, daß der Grundallein den Wert des Kaufschillings repräsentiert.

Wer ist nun dieser Herr Sachsel, der, wie Sichel auf seinem Schein bestehend, eine Wiener Künstlerin an ihrem Lebensabend aus ihrem Heim vertreiben will? Herr Sachsel — mit dem Vornamen heißt er, wie aus dem Grundbuch, in dem der Uebergang des Hauses Wenzgasse 24 in seinen Besitz bereits verzeichnet ist, hervorgeht, Siegmund. Er ist kais. Rat, Ingenieur und Chemiker, beedeter Sachverständiger und Schlichter für Metallwaren, ist Inhaber der Firma Phosphor-bronze-Industrie, Gießerei und Maschinenbauanstalt August Negegly Nachfolger und Inhaber der Firma Lehmann & Leyrer in der Hütteldorferstraße; ist Kriegslieferant (Geschosse usw.) und — Kriegsgewinner. Er ist einer von denen, die sich heute in einem wahren Goldausch befinden und jede ihrer Launen und Wünsche nun befriedigen zu dürfen glauben, unge die Möglichkeit der Erfüllung dieser Wünsche auch über das Glück anderer hinweg. Mit Vorliebe werfen sie sich auf den Ankauf von Häusern, wobei ihnen stets hilfsbereite und reddegewandte, meist aus dem Osten stammende Agenten zur Seite stehen. Diese Geschäftskundigen wissen besonders Frauen gegenüber solche Schliche anzuwenden, daß ihre Opfer meist zu spät erst erkennen, daß sie diesen Leuten zum Opfer geworden sind.

Diese Vorgänge sind eine ernste Mahnung, wessen sich das christliche Wien zu versehen hat. Die Enteignung der Christen durch das riesenhaft angewachsene jüdische Kapittel ist auf dem Marsche, wenn sie sich nicht wehren.

Ukrainische Studienfahrten.

Berichte unſers nach der ukrainiſchen Republik erſandten Kriegsberichterſtatters Wiſſel im Conrad Gomoll.

1. Erste Einbrüche.

z Als wir in Litauisch-Brest mit den Abgeordneten der neuen ruffiſchen Republik über den Frieden verhandelten und trotz aller Strömungen und Gegenströmungen, die von der andern Seite kamen, unſer Schiſſ in einen ſicheren Hafen zu führen ſuchten, hat es eines weißſchenden Auges und einer ſicheren, ruſſigen Hand am Steuer bedurft. Was vor uns lag, war eine zum Chaos durcheinandergeworfene Welt, die rieſige, im Kampfe beſiegte und im völligen Niedertrock zerſplitterte Macht des vor dem Kriege großen Rußlands. Die deutſchen Waffen hatten im Oſten erſiegt. Sie hatten nach einem Ringen von dreieinhalb Jahren den Sieg erſtritten. Einen Sieg, wie er nach dem gewaltigen Kampfe gegen die in Europa und Aſien mobilgemachten Millionen des ruſſiſchen Reiches nicht klarer, nicht augenſälliger erſtritten werden konnte. Großes war an der Meſſenfront zwiſchen Oſtee und Schwarzem Meer in Angriff, Abwehr und neuem Angriff gelöſtet worden, und als der Gegner, deſſen Heer in der Erkenntnis der Dynamik und Untertugend um den Frieden bat, ſich trotzdem ſelbſtvertheidigt, mußte der letzte Schlag, der Vor- und Einwurf in Oſtland, die Abtrennung des Nordbaſſins von Rußland, und Oſtland vollenden, was uns ſchle: die Ruhe im Oſten. Die Arbeit, die als Fortſetzung des Waffenwertes in Oſtland-Brest angeſehen worden war, wurde durch die Trümmer zu ihrem Ende geführt. Zwiſchen dem ehemaligen Zarenreich und Rußlands noch mehr; der Süden des ehemaligen Zarenreiches ſollte ſich ab von den in den Revolutionsſtrömungen wie in wüſtenden, ſtrudelnden Waſſern ziellos treibenden Roſten und ſchloß ſich unter alten Ideen, die ſeit langen nach Oſtung ſtreben, zu einem neuen Staat zuſammen. Die Republik Ukraine erſtand, und das junge Staatsgebilde, das an die reiche und bewegte Geſchichte des alten Kiewer Staates neue Wunden knüpfte, ſtellte ſich an die Seite Rußlands und der Mittelmacht, indem es ſich durch ſeine führenden Männer bereiterklärte, vom Auf- und Ausbau einer neuen, friedlichen, koſtengemeinſchaft mitzuarbeiten. Der erſte Friedensſchluß des Weltkrieges, der durch die Delegation der Ukraine in Witaniſch-Brest zuſtande kam und auch einen mitentſcheidenden Druck auf Groß-Rußland ausübte, iſt ein Verdienst des zur Selbſtändigkeit gekommenen Staates, das von deutſcher Seite nicht ohne Anerkennung worden iſt. Als ſich in den letzten Verhältniſſen der Ukraine durch das Aufſetzen einer unter groß-ruffiſcher Agitation eingeleiteten koſtengemeinſchaftlichen Gegenregierung Pervertierungen und Schwereſtetzen ergaben, ſtellte Rußland die von der Kiewer Zeitraträde erbetene Hilfe. Deutſche

Truppenverbände marſchieren in das Land ein, und Kiew, das ſchon in die Hände der Weißruten gefallen war, wurde erſetzt. Kiew, die materielle Stadt am Dnepr, wurde wieder, wie in der alten Zeit, die Hauptſtadt Südrußlands. Gegen Oſten drängen die deutſchen Waffen vor, ſie ſchoben ſich an Charlow heran, das Zentrum der Polſchewikenbewegung. Sie drängen, nachdem im Süden Odeſſa, Cherson und Nikolajew genommen worden ſind, auf Poltawa und die wichtige Handelsſtadt am Dnepr, auf Sekaterinſlaw, um die Trümmer des Friedens zu ſichern, die der Wankende der Polſchewiken erſtlich bedroht. Was der ukrainiſche Staat allein noch nicht kann, geſchieht unter dem Druck der deutſchen Waffen. Es muß Ordnung geſchaffen werden, damit die Schätze des Landes erſetzt und dem Handel nutzbar gemacht werden können. Die Aufgaben ſind lohnend, aber ſchwerwiegend zu löſen; denn aus der gegenwärtigen Lage ſtellen ſich Schwierigkeiten vielfältiger Art entgegen, die nur langſam überwunden werden können. In die deutſche Heimat ſind bald nach dem Friedensſchluß Nachrichten gekommen, die von ganz ungemein aufgelpertem Reichthum zu berichten wußten. Danach ſchien es, daß man nur zuzupacken haben würde, um mit Bahn und Schiſſ die goldenen Laſten zu bergen, die in der Ukraine warteten. Von ſabelhaften Vorräten an Getreide wurde erzählt, von den noch vorhanden Ernten aus dieſem und dem vorigen Jahre, und dazu meldete man Preiſe, die in ihrer lächerlichen Niedrigkeit den Gedanken aufkommen ließen, daß die Ukraine ein neu entdecktes ſchwarzes Goldfeld ſei. Sedoch wurde vergeſſen, zu ſagen, wie die Wirklichkeit einer dreieinhalbjährigen Kriegszeit aufgeprägt hat. Es ſind Hoffnungen erweckt worden, die ſich nach allem, was ſich bis jetzt in Erfahrung bringen konnte, wohl auch erfüllen können, die ſich aber nicht ſoſort als Segensſtröme über Rußland ergießen werden, ſondern erſt zu ſuchen anfangen können, wenn die Kanäle dazu geſchaffen worden ſind. Die erſte wichtige Arbeit haben unſre Waffen geleistet, und ſie wirken fort, indem ſie die Regierung des neuen Staates ſtützen und das Land von den Unruhen und Unſicherheit ſtützenden Elementen ſäubern. Hand in Hand mit der ukrainiſchen Regierung haben die deutſchen Delegationen eine rege Arbeit begonnen, durch die in die vorläufig noch wirren Verhältniſſe Ordnung und Ueberſicht gebracht werden. Vollständig neue Organisationen müſſen in das Leben geuſen werden; denn das Kriegschaos, das im ganzen Gebiet des ehemaligen Zarenreiches herrſcht, warf auch hier im Süden alles durcheinander. Auch das Chaos Rußlands iſt ein Zeichen unſers überlegenen Sieges. Deht, da Rußlands Kraft, die Kraft des monarchiſchen Rußlands, die Kraft der Republik Ukraine beim Aufbau ſtützt, bringen wir den weiteren Beweis unſrer Stärke. So eigenartig der Fall durch das Ru-

ſammengehen des monarchiſchen mit dem republikaniſchen Staate auch liegen mag, er iſt eine Beweisführung, durch die nur klar dargelegt wird, wie frei zu handeln wir imſtande ſind. Deutſchland ſiegt eine Einmiſchung in die innerpolitischen Verhältniſſe der Ukraine ſern. Zu Hilfe gerufen, wie es von der ukrainiſchen Regierung gerade wieder officiell betont worden iſt, beugt unſre mißläufige Macht allein, den neuen Staat und ſeine Führung zu ſtützen. Wir haben ein lebendiges Intereſſe an einer reichen Lebensmittel- einfuhr nach Rußland, und nach den bisher eingelaufenen und immer weiter eintreffenden Meldungen aus den hinter unſern Linien kommenden ukrainiſchen Gebieten ſind auch Vorräte in reichem, ſtückweiſe ſogar außerordentlicher Menge gefunden worden. Die Volkswirtschaft im Lande hat aber eine Neubverteilung eingeſührt, durch die die Bekände, ſoweit ſie ſchon zentraliſiert worden waren oder ſich in großen Lagern befanden, von der Bauernſchaft wieder auseinandergeriſſen worden ſind. In großen Mengen kommen Zucker, Fette und auch Getreide gemeldet werden. Weitens größere Maſſen werden von der Landbevölkerung, von der Kleinbauernſchaft, die unter ſich das Eigentum des Großgrundbeſizes aufſtelle, verborgen gehalten. Es kommt nun darauf an, dieſe wertvollen Vorräte von neuem zu erlöſen und durch das in weiten Strecken nur mit ſehr ſchlechten Wegen aufgeloſene Land zu den Transportmittelpunkten, Bahnhauptpunkten oder Häfen zu führen. Neben der ſchweren Aufgabe iſt es dann aber noch eine andre, und ſogar weit wichtigere, durch die der Arbeit entzogene Bauer wieder zur Landbeſetzung gebracht werden ſoll. Die Frühjahrsausſaat ſteht vor nicht nur die verborgen gehaltenen Schätze der Ukraine zu Handelsobjekten werden, ſondern das Land wird die neuauftretende Arbeit lohnen. Die Hoffnungen zerſtören ſo nicht. Man ſoll nicht glauben, daß ſchon heute oder morgen der Ernteſegen der Ukraine ſich über unſre Grenzen drängen kann, ſondern man muß mit unſicherem Blick erlaſſen, welche ungeheuren Schwierigkeiten zu überwinden ſind. Die Ukraine, das reiche Kornland Rußlands, ſcheidet ja ſelbſt unter den Verhältniſſen der Gegenwart. Es herrſcht eine Teuerung, die beſpielloſ iſt. Durch das Kriegschaos hat Kiew ebenfalls wie andre Städte den bitterſten Brotmangel. Ja trotz der vorhanbenen Güter, die unbeweglich in ihren Verſtecken liegen, kam über die Mitteluraine das Hungerelend. Dazu kommt, daß der Geſch eine Entwertung durchmachte, wie ſie ſchlummer nicht gedacht werden kann. Es kam also nur ein ſolcher Aufbau von unten dem durch den langen Krieg und die Revolution ſtark zerrütteten Land helfen, und dazu iſt die Aufhebung der Volkswirtschaft die Grundlage. Die deutſchen Waffen wirtſchaftlich das ſchwere dazu tun. Die Hilfe, die ſie dem neuen Staat gewähren, fördert zugleich eigenmächtig Rußlands Wirtschaftsintereſſen im Oſten.

* Wirtschaftliche Wochenschau.

Köln, 6. April. Die Insel Utopien ist in der Mitte 200 000 Schritt breit. Nach den Enden zu nimmt diese Breite symmetrisch ab, so daß Utopien die Gestalt eines Mondviertels zeigt, dessen Hörner nur 11 000 Schritt voneinander entfernt sind. Die Insel zählt 54 ganz gleichmäßig erbaute Städte. Wer eine Stadt gesehen hat, kennt alle. Um jedem Gedanken an persönlichen Besitz vorzubeugen, wechseln die Utopier alle zehn Jahre ihre Häuser nach Bestimmung durch das Los. Alle Utopier arbeiten, Männer und Frauen. Außer dem Ackerbau hat jeder noch ein Handwerk zu erlernen. Alljährlich kehren zwanzig Ackerbauer, die zwei Jahre Ackerbau getrieben haben, in die Stadt zurück und werden durch zwanzig andere ersetzt. Alle arbeiten sechs Stunden täglich. Die Trompete verkündigt die Stunde der Mahlzeit, die gemeinsam eingenommen wird. Das Reisen ist in diesem Lande sehr erschwert. Der Bürger, der eine Reise machen möchte, bedarf der Genehmigung der Beamten. Dann erhält er einen Paß vom Fürsten. Das und noch vieles andre erzählt uns Thomas Morus in glänzendem Latein von seinem Land Utopia.

Aehnlich sieht's in Campanellas Sonnenstaat aus. Auch seine Grundlage ist die Gemeinschaft. Eigne Wohnung, eigne Weiber, eigne Kinder zu haben, das ist die Wurzel alles Übels. Darum ist die Gemeinschaft durchaus durchgeführt, das gemeinschaftliche Leben aufs genaueste geregelt. Ein erweitertes Kloster. Landbau, Arbeit in den Werkstätten, kriegerische Übungen wechseln miteinander ab. Jeder arbeitet nur vier Stunden. Die Erzeugnisse werden in die gemeinsamen Vorrathshäuser abgeliefert. Die Mahlzeiten sind gemeinsam in großen Refektorien. Der Oberarzt macht den Küchenszettel. Überall findet die strengste Leitung durch die Beamten statt. Sie sind mit der größten Gewalt ausgestattet und üben eine summarische Strafrechtspflege (Zivilrechtspflege gibt es selbstverständlich nicht), wobei jeder Fall binnen drei Tagen in allen Instanzen erledigt ist. Die Beamten sind zugleich Beichtväter.

Bacon hat in seiner Nova Atlantis gleichfalls auf sozialistisch-kommunistischen Grundmauern ein jenen Gebilden nahe verwandtes Gebäude aufgeführt. Fourier und Considérant haben Ähnliches geträumt und in ihren Phalansterien in Wirklichkeit umzusetzen gesucht. Das war die Zeit, wo man Sozialismus und Kommunismus auf Aktien gründen zu können wähnte und schließlich, als man in Frankreich nicht zum Ziele kam, nach dem heutigen Dollarland auswanderte, um dort das Erträumte zu verwirklichen. Etwa 80 solcher Gemeinschaften entstanden und verschwanden im Laufe der Zeit. Alle scheiterten, und viele nahmen ein recht übles Ende.

Jetzt ist man in dem Petrograd von gestern, das vielleicht morgen wieder Petersburg heißen wird, aufs neue an sozialistisch-kommunistischer Arbeit. Man hat nicht etwa die vielgepriesenen allgemeinen Menschenrechte, sondern nur Rechte des Arbeiterproletariats verkündet. Hat das Privateigentum aufgehoben, von Grund und Boden ausgefangen bis zu allen beweglichen Dingen, hat Fabriken und Werkzeuge, Rohstoffe mit Beschlag belegt. Man hat Arbeiterräte eingesetzt, welche die Leitung der Unternehmungen in die Hand genommen haben. Sie haben die Direktoren und Angestellten zur Handarbeit in die Fabriken geschickt und sich selbst auf den Schreibesseln niedergelassen, obwohl die meisten von ihnen weder zu lesen noch zu schreiben verstehen. Trotzdem regnet's auch von dort her Verordnungen über Verordnungen. In der russischen Wirtschaft aber geht alles drunter und drüber. Die Gütererzeugung sinkt, die Güterverteilung stockt, der Verbrauch kann nicht befriedigt werden, die Bevölkerung hungert und wird sich schwerlich mit dem Gedanken trösten, daß nun angeblich Freiheit und Gleichheit die alte Zarentyrannie ersetzt haben.

Daß wir im neuesten Rußland nicht leben und Ähnliches nicht zu fürchten haben, wissen wir. Immerhin mag mancher heute fragen, ob wir etwa in Utopia, in Nova Atlantis oder im Sonnenstaat zu Hause sind. Denn gar vieles von dem, was dort als luftiges Phantasiegebilde vorschwebte, ist bei uns heute greifbare Wirklichkeit geworden. Beschlagnahme und Enteignung, amtliche Preisfestsetzungen, amtliche Verteilung der Gütererzeugung sind an der Tagesordnung. Was wir trinken und essen sollen, wird uns Tag für Tag vorgeschrieben. Wie wir uns zu kleiden haben, wird uns gleichfalls gesagt und wird uns wohl noch mehr und noch öfter gesagt werden. Eine Wirtschaftsbürokratie, zahllos wie der Sand am Meer, ist über uns gekommen, mit ungeheuren Vollmachten ausgestattet und zu jedem Eingriff in persönliche und wirtschaftliche Freiheit jeden Augenblick bereit. Lange hat man das als unvermeidliche Folgen des Krieges in Ruhe hingenommen. Lange die regierenden Theoretiker ertragen, die unendlich viel Unheil über uns gebracht haben. Allmählich droht aber auch der stärkste Geduldfaden zu reißen, zumal wenn man sieht, daß die Eingriffe immer stärker werden und immer tiefer gehen. Jetzt hat man an den Bundesrat das Verlangen gerichtet, die gesamte Kriegsindustrie unter Geschäftsaufsicht zu stellen. Das ist eine der Folgen des Falles Daimler. Dieselbe, durch keine Gewissenshemmung behinderte auri sacra fames, die dort zu bemerken war, schiebt man ohne weiteres der gesamten Industrie in die Schuhe, bezeichnet sie kurz als verdächtig und möchte sie gleichsam unter Polizeiaufsicht stellen. Der Industrie soll's also ähnlich gehen wie dem Handel, den man von Anfang des Krieges an aufs heftigste bekämpft hat, gleich, als ob er der größte Schädling unsrer Wirtschaft wäre, und nicht sich im Gegenteil die größten Verdienste um deren geordneten Gang erworben hätte. Schritt für Schritt hat man ihn ausgeschaltet und durch alle

möglichen meist recht unvollkommenen Einrichtungen zu ersetzen gesucht. So rief man, weil man unfähig war, den Bedürfnissen des Verbrauchs zu genügen, den Schleichhandel hervor, und züchtete ihn künstlich groß, bis er bedenklichen Umfang annahm. Nun rückt man ihm wieder mit Gefängnis und Zuchthaus zu Leibe, weiß aber nicht, wie man das, was auch er an nützlicher, wirtschaftlicher Arbeit immerhin noch verrichtet hat, ersetzen soll. So folgen sich Verordnungen und Gesetze. Aber Besserung bringen sie nicht. Wo man ein Loch zustopft, bricht ein anderes auf. Das weiß man oder könnte es doch wissen, trotzdem wurstelt man unverdrossen weiter. Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft!

Von ihres Wesens Art erlebt man eigentlich täglich neue Beispiele. Im Kriegsjahr 1916 wurde die Reglementierung der Zementindustrie in Angriff genommen. Im folgenden Jahr mit mehr oder weniger starkem Druck der Syndizierung zustande gebracht. Die Preise wurden amtlich festgesetzt. Sie werden vom Reichskommissar für Zement geregelt und überwacht. Die Wirkung davon ist in entsprechender Erhöhung der Zementdividenden wahrzunehmen. Jetzt aber kommt, wie vorauszu sehen war, der hinkende Bote in der Form der Besteuerung nach. Die Staatshilfe fordert ihre Bezahlung. Und noch anderes erlebt die Zementindustrie oder wird sie erleben. Der Zementbedarf hat nachgelassen. Seit die große Ostfront mit ihrem Stellungskrieg weggefallen ist, wird weit weniger Zement verbraucht als früher. Auch die Bauten der Kriegsindustrie sind zum weitaus größten Teil abgeschlossen, sodaß auch von dort her der Verbrauch nachgelassen hat. Wo die Zementfabriken ausreichend Kohle haben und weiterarbeiten können, mehren sich daher die Vorräte. So erklärt sich, daß der Rheinisch-Westfälische Zementverband kürzlich seinen Abnehmern mitgeteilt hat, daß er wieder größere Zementmengen für verschiedene Zwecke zur Verfügung stellen könne. So erklärt sich auch, daß er wieder um Ueberweisung von Aufträgen bittet und deren pünktliche Ausführung vorbehaltlich ausreichender Wagenstellung zusichert. Aber nicht jeder Zementbedarf kann heute ohne weiteres befriedigt werden. Und mancher Bedarf wird planmäßig getötet. Die Hauptabnehmerin von Zement, die private Bautätigkeit, ist unterbunden und liegt seit langem still. Man arbeitet also in der Zementindustrie einseitigen auf Vorrat, harret auf bessere Zeiten und tröstet sich einigermaßen mit dem Gedanken, daß man durch Bundesratsverordnung einstweilen vor dem Entstehen neuer Zementfabriken sicher ist. Minder tröstlich erscheint, daß von unsrer Wirtschaftsbürokratie auch die belgischen Unternehmungen ausgebaut und in den Stand gesetzt werden, nach Friedensschluß den Wettbewerb mit den deutschen zu übernehmen. Auch hier heißt's: Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft! Außerhalb der Zementindustrie aber spricht man immer lebhafter von dringender Wohnungsnot. Hier und da schickt man sich auch an, Abhilfe zu schaffen. Das Baugewerbe aber wird planmäßig ausgeschaltet. Auf private Rechnung darf nicht gebaut werden. Einstweilen gründet man gemeinnützige Bauunternehmungen. Die sind sicherlich wünschenswert und verdienen alle Förderung, können aber ebenso gewiß für sich allein den allgemeinen Uebelstand der Knappheit an Wohnungsraum nicht heben. Die private Bautätigkeit, die früher am Werk war, wird auch in der Folge nicht entbehrt werden können. Wenn man deshalb jetzt mit zunehmender Lebhaftigkeit von der Ueberleitung in die Friedenswirtschaft spricht, sollte man ihr vor allem mehr Aufmerksamkeit zuwenden. Nicht etwa nur deshalb, weil sie Zement verbraucht und der Wohnungsnot entgegenarbeitet, sondern auch aus der Erwägung, daß sie ihrer Natur nach der Hauptfaktor für die Neubelebung unsrer gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit im Inland sein wird. Alle Gewerbezweige sozusagen wissen davon zu erzählen, in welchem Umfang sie auf den Verbrauch des Baugewerbes angewiesen sind. Wo also irgendwie Arbeitskräfte frei werden oder Rohstoffe freigegeben werden können, sollte man auf langsame Wiederingangsetzung des Baugewerbes Bedacht nehmen.

Die Wirtschaftsbeziehungen mit Oesterreich.

Ueber die Grundlagen künftiger Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn sprach gestern abend in einer Sitzung der Reichsdeutschen Waffenbrüderlichen Vereinigung im Abgeordnetenhaus der Präsident der österreichischen Landwirtschaftsgesellschaft Freiherr v. Ehrenfels.

Der Redner gab ein Bild der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einerseits und Oesterreich und Ungarn andererseits und streifte dabei die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu den übrigen Nachbarländern. Freiherr v. Ehrenfels betonte auch vom österreichischen Standpunkt aus, daß es Deutschlands Aufgabe jetzt sein müsse, seine Weltmachtstellung für die Zukunft dauernd festzulegen, sich ebenso die Rohmaterialien zu sichern, denn Oesterreich ist an der Weltmachtstellung Deutschlands im gleichen Maße interessiert, wie Deutschland an den gesicherten Verhältnissen in Oesterreich, da über Oesterreich-Ungarn der Weg nach dem Orient gehe. Ein wirtschaftliches Zusammengehen zwischen den beiden Ländern ist um so notwendiger, als England es Deutschland nie vergessen werde, daß das Reich Großbritannien an seinem Raubzuge gestört habe und auch die Verhältnisse in Frankreich werden sich nach dem Kriege Deutschland gegenüber nicht günstiger gestalten als vordem. Das liegt im Wesen begründet, und als Beispiel hierfür führte der Redner ein Dokument an, das sich in den Archiven der Wiener Hofburg befindet und wonach Ludwig XIV. schon die Aeußerung getan hat, er stehe dem deutschen Volke keineswegs feindlich gegenüber, vielmehr liebe er es, aber die Kriegsführung sei notwendig, weil die Habsburger die Völler unterdrückten. Also dieselben Redensarten, die auch heute unsere Gegner, namentlich die Franzosen, anwenden. Auch die Italiener und Serben werden in Zukunft Oesterreich-Ungarn gegenüber nicht freundlicher gegenüberstehen als vor dem Kriege; wenn es auch zu keinem Zollkriege kommen wird, so dürften doch die politischen Verhältnisse unsicher bleiben und daraus ergebe sich die Notwendigkeit der gegenseitigen wirtschaftlichen Ergänzung. Die Auswanderung darf in Zukunft nicht mehr über See gehen, muß vielmehr nach den befreundeten Ländern abgelenkt werden.

Der Redner charakterisierte dann die hüben und drüben bestehenden Strömungen, die einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn abgeneigt sind, sie sind in Oesterreich einmal in politischen Bedenken begründet, die sich aus der Abgeneigtheit gegen das Bündnis überhaupt ergeben, andererseits aus der Sorge, der wirtschaftliche Zusammenschluß würde auch den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Feinde zur Folge haben und damit den Zollkrieg. Manche Leute berufen sich auch auf Bismarck, der handelspolitische Bündnisse nicht als Folge politischer Bündnisse ansehen wollte, aber der Krieg hat doch gerade die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenschlusses gegeben. Andere Strömungen in Oesterreich-Ungarn tragen Bedenken gegen das wirtschaftliche Bündnis, weil Industrie und Landwirtschaft durch die deutsche Konkurrenz benachteiligt werden könnten und ähnliche Gesichtspunkte machen sich auch in Deutschland bemerkbar. Aber, meinte der Redner, alle diese Bedenken müssen in den Hintergrund treten angesichts der dringenden Notwendigkeit, die sich für den Zusammenschluß als Behre aus dem Kriege ergeben hat; Opfer müßten auf beiden Seiten gebracht werden. In seiner Schilderung der Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn legt der Redner dar, daß in der Donaumonarchie die Dinge den umgekehrten Weg gegangen sind als in Deutschland, wo sich die Staaten zum festen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhalt zusammengefunden hätten, während in Oesterreich-Ungarn trotz der anfänglichen Wünsche, die Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn immer enger zu gestalten, die Wege auseinandergegangen sind. Der Zusammenhalt ist nur vorhanden durch die Dynastie, die gemeinsame auswärtige Politik und das Heer, während in wirtschaftlichen Fragen Ungarn vollständig auf eigene Füße gestellt ist. Hier eine Einigung zu finden, ist eine Notwendigkeit. Der Redner besprach die Grundlagen dieser Wirtschaftspolitik und betonte das dringende Interesse, das Oesterreich und Ungarn an der Adria hätten, wo später starke Kriegshäfen ausgebaut werden müßten. Es müsse der Weg Berlin—Ofen—Pest—Agram gefunden werden, zur Hebung des wirtschaftlichen Aueaus; durch die Förderung des Imports müsse die Passivität der Handelsbilanz beseitigt werden. Schließlich erörterte der Redner die Möglichkeiten der Hebung der Produktion in Oesterreich und Ungarn.

Das Lob der „Sommerzeit“.

In der Nacht zum Montag, 15. April, tritt bekanntlich wieder die „Sommerzeit“ in ihre Rechte, d. h. die Uhren werden um eine Stunde vorgestellt. Die weitesten Volkstriebe sind mit der Einrichtung zufrieden, und stellenweise wird sie sogar ganz besonders gelobt. Gegen einige Einwendungen richten sich die folgenden Darlegungen von amtlicher Stelle:

Die Landwirtschaft, namentlich die süddeutsche, hat gegen die Sommerzeit eingewendet, daß die Verschiebung der Zeit um eine Stunde früher einen Zeitverlust bedeute, weil während der Heu- und Halmernte wegen des Wartens auf das Verdunsten des Taus der Arbeitsbeginn bis tief in den Morgen hinein verzögert werden müsse. Ferner hat die Landwirtschaft daran erinnert, daß infolge der Sommerzeit die sogenannten Milchzüge früher gingen, als die Milch auf den Bahnhöfen sein könne. Aber aus landwirtschaftlichen Kreisen selber wird vielfach betont, daß ein großer Teil der landwirtschaftlichen Arbeiten überhaupt nicht nach der gesetzlichen Zeit eingerichtet, sondern nur in den durch die natürlichen Verhältnisse (Stand der Sonne, Laufall u. dgl.) gegebenen Zeiten begonnen und beendet wird. Wo sich tatsächlich Schwierigkeiten ergeben haben, wie z. B. infolge des frühzeitigen Abgangs der Milchzüge, ist bereits im Jahre 1916 seitens der Eisenbahnverwaltung Abhilfe geschaffen worden.

Zweck der Sommerzeit ist bekanntlich Ersparung von Kohle und anderen Beleuchtungsrohstoffen. Dieser Zweck wird voll erreicht. Hauptsächlich in der Industrie und in den Städten. Zu dieser wertvollen Ersparnis tritt eine erhebliche Förderung der Volksgesundheit. Die Sommerzeit hat in den Städten die breiten Schichten der gewerblichen Arbeiter und Angestellten aller Art um eine Stunde früher frei gemacht. Ganz allgemein kommt es der Gesundheit zugute, daß die abendliche Erholungszeit um eine Stunde länger vom Tageslicht erhellt wird. Das fördert besonders die körperliche Spannkraft der Arbeiter und Angestellten, die über ein Gärtchen oder ein Stück Land verfügen, dessen Bebauung ihnen nach anstrengender Arbeit in den Fabriken, Werkstätten und Schreibstuben eine nützbringende und gesunde Beschäftigung in frischer Luft ermöglicht. Der Jugend hat die Sommerzeit nichts geschadet. Sie braucht nicht früher aufzustehen als sonst während des Sommers, denn nach Hebereinkunft mit den Regierungen erfolgt der Schulbeginn während der Sommerzeit überall zu einer entsprechend späteren Stunde. Somit bleibt nur der Vorteil übrig.

14./IV. 1918

Die Wiederkehr der Sommerzeit.**Beginn morgen Montag den 15. April.**

Von morgen, den 15. d. an, ist in ganz Mitteleuropa, in Oesterreich, Ungarn und Deutschland, wieder die Sommerzeit, die bis zum 30. September dauert. Eine Einrichtung, die im zweiten Kriegsjahr getroffen wurde, hat sich die Sommerzeit im allgemeinen so gut bewährt, daß sie voraussichtlich auch über den Krieg hinaus erhalten bleiben dürfte. Die neue Zeiteinteilung, die dem kalendrischen Sommerbeginn um einige Wochen voraussetzt, ist aus wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Erwägungen geschaffen worden. Im Jahre 1916 stand man ihr noch vielfach mit einem von Unkenntnis beeinflussten Mißtrauen gegenüber; doch wurde dieses besiegt, als die Vorteile der „Sommerzeit“ greifbar deutlich in die Erscheinung traten, gegenüber denen die kleinen Nachteile fast verschwanden. Denn tatsächlich machen sich nur der Tag ihres Beginnes und der ihres Endes äußerlich fühlbar. Zu Beginn müssen die Uhren auf die Sommerzeit eingestellt werden, und auch die Menschen, die schließlich feiner organisiert sind als das kunstreichste Uhrwerk, haben ihre Arbeitseinteilung ihr anzupassen. Die Uhren müssen also vorgerückt werden, eine Stunde wird gleichsam übersprungen, und auch die Arbeitsmenschen sind genötigt, eine Stunde Schlaf in jener Nacht zu opfern, in der die Sommerzeit einsetzt. Daß diesmal diese Nacht von Sonntag auf Montag fällt, dürfte das Opfer wesentlich mildern. In der Zeit von 2 bis 3 Uhr morgens wird sich der Uebergang voll-

ziehen, der eigentlich nur von den Eisenbahnen mitgemacht wird, deren Zugseinteilung, wie schon vor zwei Jahren und im Vorjahre, der überschlagenen Stunde angepaßt vorgenommen wurde. Am Schluß der Sommerzeit wird diese Stunde wieder eingebracht, also „zurückgestellt“.

So ist diese aus der Zweckmäßigkeit geborne „Sommerzeit“ in Wirklichkeit eine mathematische Selbsttäuschung, denn wenn die Uhr 7 Uhr morgens anzeigt, so ist doch der Stand der Sonne astronomischen Begriffen nach jener von 6 Uhr früh. Aber was will das bedeuten, wenn man die Vorteile erwägt, die auf verschiedenen Gebieten durch die Sommerzeit beschieden werden. Zunächst ist in wirtschaftlicher Beziehung daran zu erinnern, daß alle öffentlichen Verwaltungen, Banken, Schulen, viele Kanzleien, Fabriken und andre Arbeitsräume bei dieser Zeiteinteilung täglich die durch die lange Nachmittagsarbeit erhöhten Ausgaben für Licht, Heizung und Dampferzeugung nicht unwesentlich verringern, daß also Ersparnisse mit dem für diese Zwecke verfügbaren Rohstoffe, der Kohle, erzielt werden. In gesundheitlicher Hinsicht ist die Tätigkeit in den Morgenstunden weitans zuträglich, wozu sich noch der Umstand gesellt, daß man bei vollem Tageslicht einige Stunden der Erholung zu widmen vermag. Es werden daher durch die Sommerzeit Ersparnisse an Heizstoffen und an Arbeitstätigkeit erzielt, und der Krieg, der uns so viele außerordentliche Ausgaben und Widerwärtigkeiten bringt, gibt auf diese Weise Anlaß zu wertvollen Änderungen unserer Lebensgewohnheiten.

Von morgen an können, wie im Vorjahre, die Gast- und Kaffeehäuser um eine Stunde länger als in den Wintermonaten offen halten, die Gasthäuser bis 11 Uhr und die Kaffeehäuser bis 12 Uhr nachts. Auch einige Theater werden, wie im vorigen Jahre, den Beginn der Vorstellungen um eine Viertelstunde später ansetzen. Damit wird in den Sommermonaten wieder ein wenig Geselligkeit geschaffen, an der es in den Wintermonaten so sehr mangelte. Hener, da die Lebensmittelversorgung den Landaufenthalt erschwert, ja nahezu unmöglich macht, ist diese Tatsache keineswegs ohne Bedeutung, denn viele Familien werden die Abende in der Sommerzeit zu kleinen Ausflügen in die allernächste Umgebung ausnützen wollen, weil sie in der Großstadt verbleiben müssen. Unverändert bleibt nur der Fahrplan der Elektrischen. Sie ändert ihre Zeiteinteilung nicht, und die Direktion hält an dem Betriebschluß um 11 Uhr nachts fest. Wenn auch diese Verfügung der Bevölkerung nicht angenehm ist, so muß man anderseits doch auch die Begründung derselben in Betracht ziehen: Eine Betriebsstunde täglich mehr durch fünfzehn Monate, also während der Dauer der Sommerzeit, verbraucht viel Kohle, an der es im Winter fehlen könnte. Die Sommerzeit soll uns aber zum Sparen helfen.

14. IV. 1918

Wiedereinführung der Sommerzeit

Durch Verordnung des Gesamtministeriums vom 25. März 1918 wird für die Zeit vom 15. April 1918 bis 16. September 1918 die Sommerzeit wieder eingeführt.

Danach wird die Uhr am Montag den 15. April morgens um 2 Uhr der bisherigen Zeitrechnung um eine Stunde vorgestellt und am Montag den 16. September morgens um 3 Uhr der in dieser Verordnung festgesetzten besonderen Zeitrechnung (Sommerzeit) um eine Stunde zurückgestellt. Morgens am 16. September 1918 erhält die erste Stunde von 2 bis 3 den Zusatz A und die zweite Stunde von 2 bis 3 den Zusatz B.

Belanntlich sollte die Sommerzeit heuer am 1. April (Ostermontag) beginnen und am 29. September enden. Hierauf wurde im Deutschen Reiche, abweichend von der ursprünglichen Absicht, die Sommerzeit für die Zeit vom 15. April bis 16. September eingeführt. Infolge dessen wurde der Beginn der Sommerzeit auch in Oesterreich auf den 15. April und ihr Ende auf den 16. September verlegt. Dieselben Bestimmungen über die Sommerzeit wurden von der ungarischen Regierung getroffen.

Die Sommerzeit war bei ihrer ersten Einführung im Jahre 1916 für die Zeit vom 1. Mai bis 30. September, für das vorige Jahr — wie für das laufende — vom 15. April bis 16. September festgesetzt.

15./4. 1918.

84

Unsere Ubergangswirtschaft.

Drahtbericht unſ. Korreſpondenten.

L. Frankfurt (Main), 14. April. In einer Verſammlung des Verbandes Mitteldeutſcher Induſtrieller in Frankfurt a. M. ſchilderte Dr. Weber (Berlin), Vortragender Rat im Reichskommiſſariat für Ubergangswirtſchaft, die auf dieſem Gebiete getroffenen Maßnahmen und Vorbereitungen. Man will danach keine Zwangsſynbikate von Dauer ſchaffen, glaubt aber, namentlich bei der Volksernährung, die Mitwirkung des Reiches nicht entbehren zu können, ebenſowenig eine gewiſſe Organisation bei einzelnen Induſtrien, wie bei der Textil-, der Leder-, der Oel- und Fettwaren-Induſtrie. Die wichtigſte Frage bei der Ubergangswirtſchaft ſei die Valuta. Das Problem des Frachtraums habe bereits durch den Zuſammenschluß der Reedereien ſeine Lösung gefunden. Für einzelne Erwerbszweige ſei die Schaffung von Wirtſchaftsſtellen unter Mitwirkung von Handel, Induſtrie und Handwerk geplant. Es ſollten nicht Zwangsſynbikate im Rathenausſehen Sinne geſchaffen werden, ſondern Selbſtverwaltungskörper mit behördlicher Stütze. Daraus wird keine Vertruſtung und keine Zentraliſierung der Induſtrie erwachſen. Hauptaufgabe dieſer Organisation ſei die Kontingentierung der einzelnen Werke bei der Rohſtoffverteilung und die Verteilung der bei der Geeresverwaltung frei werdenden Vorräte aller Art, deren Wert ſich nach Millionen beziffere. Der Handel ſolle in vollem Umfange in ſeine frühere Tätigkeit wieder eingefeßt werden. Indeſſen ſei eine gewiſſe Kontrolle im Hinblick auf unſere Bedarf nicht zu umgehen. Auch ſiehe es dem Handel frei, ſchon jetzt Vorkäufe im Ausland vorzunehmen, namentlich wenn ſie auf Kredit erfolgten. Wenn ſich ſpäter eine Beſchlaanahme ſolcher vorgekauften Waren als notwendig erweiſe, ſollen die Interellen der Käufer voll berückſichtigt werden, inbeſondere würden die vollen Selbſtkoſten zuſätzlich aller Ebenen und einer dem Risiko entſprechenden Prämie dafür bezahlt. Was die Steuerpolitik betrifft, ſo ſollten ſämtliche Erwerbsſtände gleichmäßig erfaßt werden. Die Rohſtoffbeſteuerung ſorge in ihrem Aufbau große Gefahren für die Export-Induſtrie in ſich. Hier ſeien Fabrikſteuern oder der Ausbau der Warenumſatzsteuer vorzuziehen. Überall ſei die Mitwirkung von Sachverſtändigen geplant. In der Erörterung wandte man ſich gegen die offenſichtliche Tendenz der Zentraliſierung in Berlin. Man ſolle rechtzeitig dafür ſorgen, daß die Induſtrie Süddeutſchlands nicht ausgeſchaltet und daß für Süddeutſchland die Ubergangswirtſchaft nicht zu einer Untergangswirtſchaft werde.

25/4. 1918.

* Ein Wirtschaftsinstitut für den Orient in Berlin. Die im August 1915 gegründete „Zentralgeschäftsstelle für Deutsch-Türkische Wirtschaftsfragen“ ist jüngst aus einer Kriegsorganisation in eine dauernde Einrichtung mit dem Namen „Wirtschaftsinstitut für den Orient“ umgewandelt worden. Das Institut soll als Verein eingetragen werden, der satzungsgemäß den Zweck verfolgt, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und dem nahen Orient, insbesondere der Türkei, zu heben, indem er die Kenntnis der Wirtschaftsverhältnisse des nahen Orients und alle Bestrebungen zur wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland fördert. Der Verein verfolgt keine eigenen wirtschaftlichen Zwecke und wird nur gemeinnützig tätig sein. Zur Erreichung seiner Ziele wird er in zwei selbständigen, aber in enger Führung miteinander arbeitenden Abteilungen die Aufklärung und Beratung der praktischen Wirtschaftskreise mit wissenschaftlicher Forschung und Belehrung verbinden. Das Institut wird durch einen Beirat beaufsichtigt, der aus den Herren Dr. Alexander, Direktor der Deutschen Orientbank, Freiherr E. v. Bodenhausen-Degener, H. v. Hohenborn, Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, Konsul C. A. Jacobi, in Firma Engelhardt u. Co., Bremen, Excellenz Roschdau, Kaiserlicher Gesandter a. D. Professor Dr. M. Gobernheim, sowie zwei Vertretern der Deutsch-Türkischen Vereinigung gebildet ist. Zu den Beiratsitzungen müssen außerdem satzungsgemäß eingeladen werden: Das Auswärtige Amt, das Reichschatzamt, das Reichswirtschaftsamt und das preussische Kultusministerium. Die Reichsregierung, die preussische Regierung und die Deutsch-Türkische Vereinigung sind an der laufenden Finanzierung des Instituts beteiligt. Die Geschäftsräume befinden sich nach wie vor Potsdamer Str. 111. Die Benutzung der in Deutschland einzigartigen Spezialbibliothek sowie des Zeitungsarchivs steht in einem besonderen Arbeitsraume jedermann frei zur Verfügung. 1918.

Volkswirtschaft.

Konsumentschub.

Das Generalkommissariat für Kriegs- und Uebergangswirtschaft hat kürzlich im Einvernehmen mit dem Handelsministerium und dem Amt für Volksernährung einen Wirtschaftsausschuß gegründet, „der zum ersten Male eine reine Interessensvertretung der Konsumenten darstellt“. Der Ausschuß wird „die zur Erkenntnis ihrer Interessen erwachten Konsumenten vereinigen, denen endlich auch von der staatlichen Verwaltung jene Bedeutung beigegeben wird, die früher nur den Produzenten zuobillig wurde“. Die Gründung liegt im Geiste der Zeit. Wird doch der Uragrund aller wirtschaftlichen Uebel, unter denen wir Tag für Tag leiden, darin erblickt, daß sich vordem der Staat zu wenig um die Interessen der Verbraucher gekümmert hat. Es ist daher zu befürchten, daß er in Sinkunft dazu gezwängt werden wird, das vermeintlich Versäumte in allzu eifriger Weise nachzuholen, was den Verbrauchern schwerlich zum Heile gereichen dürfte. Je mehr sich der Staat mit irgendeiner Bevölkerungsklasse befaßt, je größere Armeen von Gesetzesparagrafen er in ihren Dienst stellt, desto schlechter pflegt es den Schutzbefohlenen zu ergehen. Wir sehen dies im Kriege bei den Verbrauchern, und wir machten dieselbe Erfahrung auch in Friedenszeiten zum Beispiel bei den Meingewerbtreibenden, denen der umfangreiche Rettungsapparat den goldenen Boden des Handwerkes nicht wiedergeben konnte. Aber wenn der Nutzen neuartiger Schutzmahnahmen fragwürdig ist, so kann der Schaden, den sie verursachen, sehr groß sein. Er besteht vor allem darin, daß die wirkliche Sachlage verhehelt, deren volle Erkenntnis erschwert wird. Die Leiden der Verbraucher sind auch jetzt zum geringsten Teil auf den Mangel an gesetzlichen Schutz, sondern hauptsächlich auf die bekannten Erschwernisse der Produktion und auf die feindliche Absperrung zurückzuführen. Und im Frieden hatte sich der Verbraucher, obwohl nicht er, sondern der Produzent den Gegenstand der gesetzlichen Fürsorge bildete, im großen und ganzen nicht zu beklagen. Man darf nämlich niemals außer acht lassen, daß es gar keinen rechten Sinn hat, die Bevölkerung in zwei große Klassen zu sondern: in Produzenten und in Konsumenten. Wenn wir von dem im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung geringen Prozentsatz der öffentlichen Angestellten und der Angehörigen der liberalen Berufe absehen, so finden wir, daß jeder Konsument zugleich in irgendeiner Weise, mittelbar oder unmittelbar, an der Produktion mitwirkt, somit auch Produzent ist. Zwei Seelen wohnen in seiner Brust.

Bei näherer Betrachtung finden wir aber auch, daß in der Mischung der Produzenten- und Konsumenteninteressen in jedem einzelnen Falle die ersteren überwiegen. Es ist viel wichtiger für jeden, daß der Geschäftszweig, in dem er tätig ist, blüht, daß sein Erwerb und sein Einkommen zunimmt, als daß das Steigen der Preise für irgendwelche Gegenstände, die er benötigt, öffentlich reguliert oder gar verhindert wird. Was nützt es ihm, daß alle Artikel seines Lebensbedarfes wohlfeil sind, wenn er infolge seiner geringen Verdienstmöglichkeiten nicht imstande ist, sie zu kaufen? Wirtschaftliche Notlage, Arbeitslosigkeit und Armut sind in normalen Zeitaltern sehr häufig gerade da zu Hause, wo man verhältnismäßig sehr billig leben kann.

Aber selbst wenn man darauf ausgehen wollte, vornehmlich die Herabsetzung der Preise zu erwirken, was sicherlich im Interesse der Allgemeinheit liegt, so darf man sich keineswegs lediglich auf den Standpunkt des Konsumenten stellen und von Schutzmahnahmen, die zu seinen Gunsten getroffen werden, irgendwelchen greifbaren Erfolg erwarten. Preisermäßigungen lassen sich, wie wir jetzt genugsam zu erfahren Gelegenheit haben, keineswegs dekretieren, und Preisvereinbarungen der Erzeuger können, nach der Lehre der Wirtschaftsgeschichte, nicht wirksam verhindert werden. Dieses Ziel ist vielmehr nur auf dem Wege der Produktionspolitik zu erreichen, zum Beispiel durch eine entsprechende Zoll- und Tarifpolitik, durch eine zweckmäßige Steuerergänzung, dann dadurch, daß man das Entstehen neuer Produktionsstätten ermöglicht. Je größer die Konkurrenz, je leichter sie hervorgerufen werden kann, desto mehr zeigen die Preise eine Tendenz zum Sinken. Daß sie aber einen Tiefstand erlangen, der die Produktion nicht mehr lohnend erscheinen läßt — dies erreicht weder der Allgemeinheit zum Vorteil noch liegt es im besonderen Interesse des Konsumenten. Der ist doch, wie dargetan, zugleich auch an der Produktion beteiligt. Geschieht dies in abhängiger Stellung, so wird er sich den ihm gebührenden Produktionsanteil schon zu verschaffen, eine angemessene Steigerung der Löhne und Gehalte zu erzielen verstehen. Bei diesen Bestrebungen darf ihm freilich der Staat nicht in den Arm fallen, er muß ihn vielmehr durch seine Gesetzgebung und durch sozialpolitische Vorkehrungen unterstützen. Das Hervorkehren einseitiger Konsumenteninteressen mag in Kriegszeiten, wo auf dem Gebiete der Industrie, des Handels, des Gewerbes und der Landwirtschaft unnatürliche Verhältnisse herrschen, wo die Konjunktur viele Zweige der Produktion mit unverdienter Gunst überschüttet, durchaus am Platze sein. Auch in der Uebergangswirtschaft wollen wir sie nicht mißsen, in dem Zeitraum, in dem sich die unmittelbaren Wirkungen des Krieges noch fühlbar machen werden. Und schließlich ist die besondere Rücksichtnahme auf die Interessen jener Minderheit, die nur Verbraucher, aber keine Produzenten sind, ein Gebot der Selbstverständlichkeit. Aber was darüber hinausgeht, wird von Uebel sein. Der beste Konsumentenschub ist die Erleichterung der Produktion.

Für die Freiheit der Uebergangswirtschaft.

Rundgebung des Hansabundes.

Im großen Saale der Philharmonie wies der seit kurzem an der Spitze der Geschäftsleitung des Hansabundes stehende Dr. Köhler in einer Ansprache, die die gestrige Versammlung einleitete, darauf hin, daß der Krieg nicht den Abschluß, sondern erst den Beginn des Ringens um die wirtschaftliche und politische Weltmachtstellung des deutschen Volkes bedeutet.

Die drei Grundpfeiler der Theorie einer Uebergangswirtschaft sind, worauf Geheimrat Kießer in seinen mehrfachen Ansprachen darlegte, der Glaube an eine Valutanot, eine Schiffsraumnot und eine Rohstoffnot. Das waren folgerichtig die Gegenstände, auf die sich die Ausführungen der drei Redner des Tages bezogen.

Georg Bernhard sprach über die Valutafrage. Er hielt, wie den Lesern der „Vossischen Zeitung“ ja bekannt ist, auf dem Standpunkt der Notwendigkeit einer Organisation unserer Wirtschaft für eine gewisse Zeit nach dem Kriege. Der schlechte Stand unserer Valuta im Kriege ist zunächst einmal dadurch hervorgerufen worden, daß die französischen Banken sich gewisse Zeit vor dem Kriege auf ihn vorbereitet haben, indem sie ihre Forderungen auf Deutschland geltend machten, während Deutschland als Gläubiger des Auslandes sich von dem Ausbruch des Krieges überraschen ließ und dann seine Guthaben nicht mehr flüssig machen konnte. Während des Krieges stieg unsere Ausfuhr, während wir bestrebt waren, soviel Waren wie möglich hereinzubekommen. Unsere Einzahlungen aus dem Auslande fielen ganz weg. Die starke Nachfrage Deutschlands nach Zahlungsmitteln mußte auf den beschränkten Märkten der Rebendevisen Zürich, Amsterdam und Stockholm ein starkes Emporschnellen des Preises hervorrufen. Diese Tendenz wurde noch durch spekulative Wachsenschaften unserer Gegner verstärkt. Schon jetzt, unter dem Eindruck der jüngsten Waffenerfolge, ist eine erhebliche Besserung unserer Valuta festzustellen. Wir werden bei Friedensschluß zweifellos nicht so ungünstig zu den Devisen London—Paris und New York stehen, wie das lange Zeit den Anschein hatte.

Trotzdem wird eine Zentralisation des Devisenverkehrs notwendig sein. Die Bestände an ausländischen Papieren werden anmeldspflichtig sein müssen. Indessen ist es nicht notwendig, für diese Zentralisation ein neues Amt zu schaffen. Es spricht alles dafür, der Reichsbank für die Uebergangswirtschaft den Schutz unserer Valuta zu überlassen. Da es nun aber vorhängsweise wäre, wenn Valuta, Export, Import und Schiffsraum von den verschiedensten Stellen überwacht werden, so empfiehlt es sich, die Reichsbank nicht mehr dem Reichsamt des Innern, sondern dem Reichswirtschaftsamt zu unterstellen.

Der Direktor der Hamburg—Amerika-Linie, Huldermann, Mitglied des Beirates für Uebergangswirtschaft, sprach dann über die Schiffsraumfrage. Er betonte, daß die heute schon bestehenden Vorschriften und Gesetze auf diesem Gebiete völlig genügen, und daß weitere Beaufestigungen und Beschränkungen nur schädlich sein kann. Schon heute ist die Verfügung über den Schiffsraum beschränkt.

Das Interessanteste an den Ausführungen Huldermanns war seine Behauptung, daß es nach dem Kriege eine Schiffsraumnot für uns nicht geben werde. Das Lonnungsverhältnis von 20 zu 5 zu 3, wie es Geltung hat für England, Deutschland und Amerika, stellt nicht das Verhältnis des Seehandels dieser drei Länder dar, vielmehr sind sowohl von England wie von Deutschland zu einem großen Teil Fahrten für fremde Rechnung ausgeführt worden. 40 v. H. der Reisen deutscher Schiffe entfallen auf solche zwischen außerdeutschen Häfen. Diese Außenlinien sind aber für uns vorläufig gänzlich verloren. Wenn wir vor dem Kriege einen Schiffsraum von 5 Millionen Brutto-

Tonnen und 7 Millionen Tonnen Tragfähigkeit gehabt haben, so werden wir in spätestens drei Jahren wieder auf 6 Millionen Tonnen Tragfähigkeit gekommen sein. Denkt man an den Mangel an Rohstoffen, so kann man den Ausspruch eines skandinavischen Reeders verstehen, der besagt, daß wir mit einer viel zu großen Handelsflotte in einer ruinierten Welt dastehen werden. Aus diesem Grunde ist obrigkeitlicher Zwang zu vermeiden. Er würde die Bewegungsfreiheit der deutschen Schifffahrt, die doch viel zur deutschen Weltgeltung beigetragen hat, in einer für die weltpolitischen Aufgaben Deutschlands nach Friedensschluß gefährlichen Weise lähmen.

Zu demselben Schluß kommt Dr. Behnsen hinsichtlich der Rohstoffverhältnisse im Textilgewerbe. Auch er glaubt nicht an eine empfindliche Knappheit an Textilrohstoffen nach dem Kriege.

Abg. Dr. Stresemann über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft.

Zum Besten der Wohlfahrtsarbeit der verbündeten Vereine für Mittelstandsfürsorge hielt gestern abend Abg. Dr. Stresemann einen zweistündigen Vortrag über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft. Eine sehr zahlreiche und dankbare Zuhörerschaft füllte dabei den großen Beethoven-Saal in der Köthener Straße.

Dr. Stresemanns Ausführungen waren von dem Geiste einer starken Zukunftshoffnung für Deutschlands wirtschaftliche Stellung nach dem Kriege getragen. Er führte im Hauptteile den Nachweis, daß zu einer Einschränkung unserer wirtschaftlichen Betätigung und zu einer Beschränkung auf Mitteleuropa sachlich keinerlei Anlaß vorliegt, geschweige, daß solche Beschränkung etwa gar für uns erstrebenswert wäre, vielmehr stellte er es als Ziel auf, daß wir unsere Wirtschaft allmählich wieder auf die alte weltwirtschaftlich weite Basis führen müßten, was uns auch — woran er nicht zweifelt — gelingen wird, wenn auch natürlich zunächst noch unter Schwierigkeiten.

Eingehend setzte er sich mit den Befürwortern jener Beschränkung auseinander. Sie weisen vor allem darauf hin, daß unsere volkswirtschaftliche Selbstgenügsamkeit sich doch bewährt habe, indem wir es trotz unserer Abschließung doch ausgehalten hätten. Diese Voraussetzung aber sei gänzlich irrtümlich. Unsere Beziehungen zu gewissen anderen Ländern seien vielmehr trotz der Abschließung sehr reger gewesen und seien es bis heute, und die Form der Wirtschaftsabkommen habe sogar eine höchst eigenartige Gestalt angenommen, seien es doch richtige Warentausch-Abkommen, die das Gold als Zahlungsmittel nicht mehr bringen. Wir waren, zeigte Dr. Stresemann weiter, nicht nur nicht abgeschlossen, sondern hatten doch außerdem noch die besetzten Gebiete zur Ausnutzung. Bei dieser Gelegenheit

stellte er unter Beifall fest, daß es recht leicht sei, Anklagen gegen die Beauftragten unserer Heeresleitung zu erheben, daß sie sich in den besetzten Gebieten Antipathien zuziehen. Stotgouverneure, die die Gebiete für uns nutzbar machen müßten, würden doch dasselbe Schicksal haben. Erst müssen wir leben, und dann können wir an die künftigen Beziehungen gehen! (Lebh. Zustimmung.)

Wer uns zur Beschränkung rät, würde aber auch helfen, das englische Kriegsziel zu verwirklichen (Sehr richtig), die wirtschaftliche Ausschließung Deutschlands. Wir dürfen uns auch durch den Blick auf den „Wirtschaftskrieg“ nicht an der vollen Entfaltung unserer wirtschaftlichen Ausdehnungskraft hindern lassen. Wenn Lloyd George und die Franzosen den Mund voll nehmen über den Wirtschaftskrieg, so versteht man das; aber in der deutschen Presse sollte man seine Bedeutung wahrlich nicht übertreiben. (Sehr richtig!) Das kann höchstens dazu führen, daß wir uns die Erreichung wichtiger Friedensbedingungen erschweren: Der Gegner würde versuchen, seine ganz selbstverständliche Abstandnahme wirtschaftlicher Maßnahmen gegen uns sich ablaufen zu lassen durch die Opferung wichtiger deutscher Lebensbedingungen! (Zustimmung.) Eine zwangsmäßige Beschränkung unserer Weltwirtschaft durch Vorenthaltung von Rohstoffen und andere Maßregeln wäre ja nur dann möglich, wenn England der restlose Sieger wäre — und selbst dann würde die City von London in ihrem eigensten Interesse Einspruch dagegen erheben, daß Deutschland, der beste Kunde, wirtschaftlich erwürgt werde. Es fehlen auch sonst die Voraussetzungen für den großen Wirtschaftskampf; die

Länder brauchen doch auch uns. Eine Reihe von Bedingungen zum Wiederaufbau unseres überseeischen Handels, die Dr. Stresemann einzeln anführte, müssen freilich erfüllt werden (Kolonialreich usw.). Dr. Stresemann meint, daß wir allerdings einem geldlich stärkeren Amerika gegenüberstehen werden, ist aber überzeugt, daß Deutschland im Vergleich zu seinen übrigen Feinden finanziell immer noch am stärksten aus dem Kriege hervorgehen wird, wenn auch selbstverständlich geschwächt gegenüber unserer Friedensstellung. Hoffentlich wird keine blöde Doktrin uns von der Forderung einer Kriegsentzähmung abhalten! (Lebhafte Zustimmung.) Zusammenfassend forderte Dr. Stresemann die Einsetzung unserer vollen Kräfte, um die alte Stellung in der Weltwirtschaft wiederzugewinnen. Daß wir Schwierigkeiten zu überwinden haben werden, ist selbstverständlich; aber wir dürfen vertrauensvoll in die Zukunft blicken.

Im zweiten Teile besprach Dr. Stresemann die Frage, ob wir — im Interesse unserer künftigen wirtschaftlichen Stellung — etwa den Kriegsozialismus in den Frieden hinübernehmen sollten. Unter ausführlicher Auseinandersetzung mit Rathenau verneinte er diese Frage auf das entschiedenste. Rathenaus Vorschläge verwirklicht würden eine Zerstörung des Mittelstandes, ja geradezu Anis Germanias bedeuten. (Lebh. Zustimmung.) Im Gegenteil forderte Stresemann einige Milliarden für die Kreditorganisation zum Wiederaufbau auch des Mittelstandes. Im ganzen will er unter Zugestehung einer Uebergangszeit mit gewissen Beschränkungen in der Wirtschaft wieder zur Freiheit des einzelnen zurückkehren.

Der Vortrag fand lebhaften, anhaltenden Beifall.

Staatssekretär Frhr. v. Stein über die Uebergangswirtschaft.

Reichstagsitzung vom 3. Mai.

An der Spitze der Tagesordnung der gestrigen Reichstagsitzung standen Anfragen, die teilweise von recht erheblichem Interesse waren. So die des konservativen Abg. v. Graefe, die sich auf die brutale Behandlung deutscher Gefangener in Rumänien bezog. Legationsrat v. Keller stellte fest, daß gegen schuldige Offiziere, die sich in unserer Hand befinden, nach Maßgabe des Gesetzes vorgegangen werden wird und daß wegen der andern einwandfrei bewiesenen Fälle ein unverzügliches Einschreiten der rumänischen Regierung gegen die Schuldigen verlangt worden sei. Der fortschrittliche Abg. Heflicher brachte zur Sprache, daß nach deutschen Meldungen die Czurländer in jüngster Zeit Dumdum-Geschosse verwendet hätten. General v. Wisberg erwiderte, das englische Geschöß, äußerlich ein normales Vollmantelgeschöß, habe einen zweifachen Gehalt, der an der Spitze früher aus Aluminium bestanden, jetzt aber aus Blei mit einer Papierenlage bestehe. Könne eine solche Konstruktion an sich schon gegebenenfalls tödliche Verletzungen verursachen, so seien die von der Papierenlage hervorgerufenen Wunden besonders gefährlich, da sie zahlreiche Krankheitskeime enthalte und so ausgedehnte Eiterungen und andere Wundkrankheiten herbeiführe. Der Redner erklärte unter allseitiger Zustimmung, daß von der britischen Regierung die Einstellung der Verwendung dieser Geschosse unter Androhung von Gegenmaßnahmen verlangt werden würde. Die Gegenstände dieser beiden Anfragen sind wieder einmal häßliche Zeugnisse für die Kriegskultur unserer Feinde!

Auf eine Klage des fortschrittlichen Abg. Dr. Struve, daß die ärztliche Versorgung auf dem Lande durch den Mangel an Fuhrwerk beeinträchtigt werde, antwortete General v. Wisberg, daß man den Wünschen der Landärzte nach Möglichkeit Rechnung zu tragen suche. Dem konservativen Abg. Bogt-Galle gegenüber, der Maßnahmen gegen die drohende Verdrängung unserer Pferde und Viehbestände forderte, sprach er die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, die Krankheit auszurotten.

Nach Erledigung einiger weiterer Anfragen wurde die Beratung über den Haushalt des Reichswirtschaftsamts fortgesetzt. Es ist seit das neue Amt aus dem ursprünglichen Gebilde des alten Reichsamts des Innern herausgeholt worden, zum erstenmal, daß es bei der Staatsberatung erscheint. Dieser Umstand, in Verbindung mit dem anderen, daß der Krieg eine so gewaltige Umstellung unseres ganzen Wirtschaftslebens gebracht hat und die zukünftige Entwicklung noch von Schleiern verhüllt ist, lud dazu ein, sich in allgemein-theoretischen Betrachtungen zu ergen.

Abg. Dr. v. Schulze-Gaevernitz von der Fortschrittlichen Volkspartei bezeichnete als das für die neue deutsche Wirtschaft gebotene System eine weise Mischung der gebundenen und freien Wirtschaft. Als ein Vorbild dafür stellte er unser Bankwesen hin, in dem wirtschaftliche Freiheit und Beaufsichtigung durch eine staatliche Zentrale sich miteinander verknüpfen; so legte er dem Staatssekretär ans Herz, aus dem Reichswirtschaftsamt für das deutsche Wirtschaftsleben das zu machen, was die Reichsbank für das deutsche Bankwesen kurz vor dem Kriege gewesen sei. Er mahnte ihn, den verschiedensten Industrieunternehmen gegenüber volkswirtschaftliche Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen. Drei Beiträge empfahl er ihm: Im Zweifel möge er sich für freie Unternehmen entscheiden; wo die freie Wirtschaft zu Monopolen führt, möge er eine staatliche Regelung und Beaufsichtigung als das geringere Übel betrachten; er möge ein erstes Wort mit dem Reichsfinanzminister sprechen, damit auch unsere Steuerpolitik sich auf volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aufbaue. Dann kam Herr v. Schulze-Gaevernitz auf die Uebergangswirtschaft zu sprechen, in der es ohne staatliches Eingreifen nicht werde abgehen können: nur dürfe es nicht länger als notwendig dauern und in den möglichsten engen Grenzen gehalten werden.

Der nationalliberale Abg. Dr. Nießer wandte sich gegen den vom Abg. Dr. Siedekum ausgesprochenen Satz, daß das Zeitalter der freien Produktion abgeschlossen sei. Er gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Schaffensfreudigkeit der freien, selbstverantwortlichen Persönlichkeit nicht vernichtet werden dürfe durch eine staatssozialistische Zwangswirtschaft. Dann erörterte er die Notwendigkeit, mit dem Ermächtigungsgesetz für die Zeit nach dem Kriege nicht mehr hinter dem Berge zu halten, und betonte, daß die Regierung bis zur Genehmigung dieses Gesetzes durch den Reichstag für die Uebergangswirtschaft nur vorbereitende Maßnahmen treffen dürfe, ja, daß auch vorbereitende Maßnahmen schon bedenklich genug seien, da es, wenn sich die Beteiligten erst einmal mit ihnen abgefunden hätten, schwer sein werde, Änderungen vorzunehmen.

Nach Darlegungen des konservativen Abg. Dr. Bildgrube, der sich auch gegen die gebundene Wirtschaft erklärte, eine Umgestaltung des Auswärtigen Amtes wünschte, das Erabeden von Longwy und Briey für unsere Eisenindustrie forderte und meinte, daß der Geist eines Walter Rathenau vom Reichswirtschaftsamt mit Pech und Schwefel ausgebrannt werden müsse, nahm das Wort:

Staatssekretär Frhr. von Stein:

Dr. Nießer hat den Untergang kleiner und mittlerer Betriebe im Kriege auf den Kriegssozialismus geschoben. Das ist falsch. Der Zwang des Krieges hat das mit sich gebracht. Wäre der Staat nicht rechtzeitig eingeschritten, die Benachteiligung dieser Betriebe wäre noch größer. Die Rohstoffe waren knapp geworden. Bei der stürzenden Nachfrage wären ohne Eingreifen des Staates die Schwächeren zu kurz gekommen. In der Uebergangswirtschaft wird sich der Mangel an Auslandsprodukten und Arbeitskräften allmählich vermindern, und mit den zunehmenden Mengen an Rohstoffen können nach und nach die Einschränkungen gemildert werden. Solange wir aber mit wenigen Rohstoffen rechnen müssen, als zu einer auskömmlichen Versorgung der mittleren und kleineren Betriebe nötig ist, wäre es nicht zu verantworten, die Dinge ihren Gang gehen zu lassen. Ein Wirtschaftsprogramm gebe ich nicht. Ich halte mich an das Programm des Staatssekretärs des Reichsamtes. Die Uebergangswirtschaft werde ich so führen, daß nach Möglichkeit alle freien Kräfte arbeiten können, daß aber, solange die Knappheit besteht, der Schwache durch die Willkür des Staates nicht unterdrückt wird. Wie lange das dauert, kann niemand sagen. Wir wollen tun, was der Tag verlangt, aber nicht in den Tag hineinleben. Das neue Ermächtigungsgesetz für die Uebergangszeit ist in einer vertraulichen Besprechung mit den Führern der Parteien bereits durchgesprochen. Es wird in Ablehnung an das Hilfsdienstgesetz einen besonderen Reichstagsausschuß bringen, der die Mitwirkung des Parlaments sichert. Dr. Nießer hat von der Bürokratie gesprochen. Aber irgend jemand muß doch entscheiden können, was unnötig ist und was zuerst gemacht werden muß. Die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz müssen ernst genommen werden. Deshalb müssen wir uns für die Uebergangszeit mit allem Nützlichen versehen. Ausfuhr und Einfuhr müssen in einer Hand, und das kann nur die des Staates sein. Wir werden alles tun müssen, um unseren Mann zu sehen. Aber wir werden auch hier oben bleiben. Freilich wird sich das deutsche Wirtschaftsleben Einschränkungen noch lange aussetzen müssen. (Beifall.)

Der letzte Redner war der fortschrittliche Abg. Carstens. Er bemerkte zunächst die Rohstoffversorgung und gab dann der Ansicht Ausdruck, daß die erste Zeit des Friedens wirtschaftlich

der Kriegszeit so ähnlich sehen werde wie ein Ei dem andern. Eine erreichbare Kriegsentschädigung lehnte er nicht ab, meinte aber, daß wir nicht für Milliarden kämpften, sondern für die wirtschaftliche Freiheit Deutschlands. Auch er bekämpfte das Eintreten Radenhaus für die Beseitigung der Privatwirtschaft; er verlangte vielmehr Ellenbogenfreiheit für den Handel. Des ferneren beschäftigte er sich mit dem Problem der Verbesserung des Standes unserer Baluta, wünschte eine Regelung des Arbeitsnachweises für das ganze Reich und Inangriffnahme der Arbeitslosenversicherung, genügende Unterstützung für die aus dem Kriege Heimkehrenden, fragte, wie es mit den vielen weiblichen Hilfskräften werden solle. Er forderte auf, zur deutschen Industrie und zum deutschen Handel das Vertrauen zu haben, daß sie die schwere Zeit der Uebergangswirtschaft bestehen werden.

Sonnabend 2 Uhr Weiterberatung; vorher Aufhebung des § 153.

5. IV. 1918

**Wirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz
und den Alliierten.**

B. Bern, 3. Mai. (Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur.) Eine amtliche Mitteilung besagt: Zwischen der Schweiz und den Vertretern der alliierten Regierungen ist ein weiteres Wirtschaftsabkommen getroffen worden, wonach die Schweiz an die alliierten Regierungen im Verlaufe von acht Monaten bestimmte Lieferungen von Holz bewerkstelligt und sich anderseits gewisse für ihre Lebensmittelversorgung wichtige Zugeständnisse sichert. Das Abkommen unterliegt noch der Ratifikation seitens der beteiligten Regierungen.

Das Reichswirtschaftsamt über seine Grundsätze.

Die Absichten in der Uebergangswirtschaft.

Die Besprechungen über die vorbereitenden Maßnahmen des Reichswirtschaftsamtes, die kürzlich im Hauptausschusse des Reichstages stattgefunden haben, die Angriffe, die diesen Vorbereitungen in den Interessentenverbänden, so z. B. kürzlich in der großen Versammlung des Hansabundes begegnet sind, mögen beim Reichswirtschaftsamt das Bedürfnis erweckt haben, die bei ihm herrschenden Gedanken über die Gestaltung der Uebergangswirtschaft vor der Öffentlichkeit darzulegen. Dieser Absicht kamen gestern fünf Vorträge nach, die von Vertretern der Presse gehalten wurden.

Eine Organisation der Uebergangswirtschaft unter staatlicher Aufsicht wird für notwendig gehalten, und zwar in der Hauptsache wegen der Gestaltung der Valuta und der Knappheit des bei Friedensschlusse zur Verfügung stehenden Schiffsraumes. Nicht alle Gebiete bedürfen einer solchen Organisation. Gefordert wird sie in der Hauptsache für die Webstoffindustrie, für gewisse Kolonialwaren, Gummi, Fett, Oele, Häute und Leder und für den Schiffsraum.

Grundsätzlich soll der Handel nicht ausgeschaltet sein, vielmehr ist beabsichtigt, die Regelung der damit zusammenhängenden Fragen der Selbstverwaltung der beteiligten Kreise zu übertragen. Es werden eine Reihe von Wirtschaftsstellen gebildet werden, in die die Vertreter des betreffenden Wirtschaftszweiges entsendet werden und die über die Zuteilung der Valuta und des Schiffsraumes eine Kontrolle ausüben. Dabei liegt dem Reichswirtschaftsamt die Absicht fern, Zwangsindikate zu schaffen. Die Wirtschaftsstellen werden behördlichen Charakter tragen; zur Deckung ihrer Unkosten erheben sie Gebühren und Abgaben. Indessen soll ihnen die Möglichkeit vorbehalten bleiben, Geschäftsabteilungen anzugliedern, soweit sich das — wie z. B. gegenwärtig im Verkehr mit dem Osten — als zweckmäßig erweist. Ohne in die Entwicklungstendenzen der Volkswirtschaft eingreifen zu wollen, will doch das Reichswirtschaftsamt bestrebt sein, durch seine für die Uebergangswirtschaft zu treffenden Maßnahmen den durch den Krieg am schwersten betroffenen, den Mittelstand, wieder lebenskräftig zu machen.

Hinsichtlich der Valuta besteht die Absicht, die Devisenordnung aufrecht zu erhalten. Das ist eine unbedingte Voraussetzung, um für wichtige Einfuhrzwecke ausländische Zahlungsmittel mit Sicherheit zuteilen zu können. Uebrigens sind auch im feindlichen Ausland, insbesondere England ähnliche Maßnahmen geplant. Dagegen wird man bestrebt sein, die Erschwernisse der heutigen Ordnung nach Möglichkeit abzubauen, vor allen Dingen in einer Vereinheitlichung der Kontrollen. Die Reichsbank wird deshalb mit dem Reichswirtschaftsamt zusammenarbeiten.

Über die Lage des Schiffsraums bei Friedensschlusse haben Reedereikreise vor kurzem äußerst hoffnungsvolle Ansichten bekundet. Im Reichswirtschaftsamt kann man sich dieser Meinung unbedingt anverwandeln. Schiffsraums nicht annehmen. Wenn aber auch nur die Möglichkeit besteht, daß der Schiffsraum für die an und für sich erfüllbaren Bedürfnisse der deutschen Einfuhr nicht zureichend sein könnte, so entsteht die Pflicht, eine Organisation rechtzeitig vorzubereiten. Es soll auch hier keine Behörde mit dieser Aufgabe betraut werden, vielmehr wird die Organisation die Reederei selbst übernehmen. Die in Aussicht genommene Frachtraumverteilungsstelle der deutschen Reederei wird lediglich Fragen schiffahrtstechnischer Natur entscheiden. Und sie wird nur in allgemeinen Grundzügen festzusetzen haben, welche Güter für den vorhandenen Raum zu bevorzugen sind. Der Interessenausgleich zwischen den Reedern einerseits und den Verfrachtern und dem Konsum andererseits erfordert die staatliche Kontrolle der Frachtraumverteilungsstelle. Der kontrollierende Reichskommissar soll jedoch Sachkreise entnommen werden. Zwischen den Vertretern der Reederei und dem Reichswirtschaftsamt besteht, wie gestern versichert wurde, Einigkeit über die in Aussicht genommene Organisation. Lediglich gegen die geplante Aufsicht wendet sich die Kritik der Reeder.

In der Webstoffindustrie wird die Lage nach Kriegeschlusse veranlaßt sein, daß auf der einen Seite die Erzeugung wesentlich vermindert ist, die vorhandenen Vorräte darum aufgezehrt sind, während andererseits die Zahl der Spindeln und Webstühle im Auslande — das gilt insbesondere für die Vereinigten Staaten hinsichtlich der Baumwolle — nennenswert vermehrt ist. Vielfach hat auch England — so z. B. für ägyptische Baumwolle und australische Wolle —, den Ertrag von mehreren Jahren nach dem Kriege bereits aufgebraucht. Trotzdem wird die Lage für die deutsche Industrie nicht so überaus schwierig sein, vor allen Dingen deshalb nicht, weil die im Kriege gefundenen Ersatzstoffe eine von Jahr zu Jahr größere Bedeutung bekommen. Jedenfalls werden auch hier aus Interessenten gebildete Wirtschaftsstellen für die verschiedenen Zweige der Webstoffindustrie für erforderlich gehalten. Ueber ihnen steht als Behörde, von Beamten gebildet, eine Reichsstelle, deren Aufgabe der Ausgleich unter den Interessen der einzelnen Wirtschaftsstellen ist. So wird es z. B. vielleicht erforderlich sein, bestimmte Wollfaserforten als Ersatz für Baumwolle den Baumwollspinnereien zuzuteilen. Die Wirtschaftsstellen haben ihren Sitz sämtlich in Berlin, können jedoch in den örtlichen Bezirken ihrer Industrie Zweigstellen errichten.

Nicht angenehm klingen die Ausführungen über das letzte Gebiet der Bewirtschaftung, über Kolonialwaren. Hier wird nach dem Kriege keine Knappheit, sondern ein Ueberfluß herrschen, und die Organisation wird im wesentlichen gegen eine Ueberflutung des deutschen Marktes, gegen eine Verdrängung von Schiffsraum und Valuta anzukämpfen haben.

6./V. 1918.

95

Fragen der Ubergangswirtschaft.

✦ Berlin, 4. Mai. (Telegr.)

Die Fragen der Ubergangswirtschaft stehen zurzeit im Vordergrund des Interesses, und es sind sowohl im Plenum des Reichstags wie in seinen Ausschüssen weitgehende Erörterungen darüber gepflogen worden. Im allgemeinen hält, wie wir mitteilen können, das Reichswirtschaftsamt, was die allgemeinen Fragen der Ubergangswirtschaft anlangt, folgende Richtlinie inne:

Die Ubergangswirtschaft ist bedingt durch die Fragen der deutschen Valuta und des zur Verfügung stehenden Schiffsraums. Nicht alle Gebiete bedürfen der Bewirtschaftung; doch ist eine Organisation nötig auf dem Gebiet der Textilindustrie, gewisser Kolonialwaren, Gummi (Kautschuk), Fette und Öle, Häute und Leder sowie Schiffsraum. Der Handel soll nach Möglichkeit wieder eingeschaltet und in seiner Betätigung nicht beengt werden, allerdings nur, soweit Valuta und Schiffsraum dies zulassen. Doch wird eine Beschränkung des Handels in Einfuhrware mit Rücksicht auf die Ernährung eventuell nötig sein. Die Art der Organisation ist auf den verschiedenen Gebieten verschieden. Sie ist im wesentlichen als Selbstverwaltung gedacht, unter behördlicher Kontrolle, mit einem Verwaltungsrecht der Regierung da, wo dies erforderlich ist. Es besteht nach keiner Richtung hin die Absicht, irgendwie hinten herum Zwangshandels zu schaffen. Andererseits hat man sich in gewissen Industrien, z. B. in der Schuhindustrie, auch mit diesen Spindeln abgefunden. Vornehmlich sollen alle an einem Artikel beteiligten Kreise nach Möglichkeit an seiner Bewirtschaftung beteiligt sein, ohne daß, wo die Verhältnisse es nicht verlangen, eine materielle Beteiligung erfolgt. Das Reichswirtschaftsamt verkennt nicht, daß der Krieg die wirtschaftlichen Verhältnisse stark zuungunsten des Mittelstandes verschoben hat. Das Amt ist aber bestrebt, leidendes wieder aufzuheben und namentlich die stillgelegten Betriebe wieder in Gang zu setzen.

Was insbesondere die Textilindustrie anlangt, so ist für Textilien nach dem Kriege Knappheit zu befürchten, weil das Ergebnis an Weltbaumwolle sinkt. Die Produktion in Amerika ist von 18 Millionen auf 13 Millionen Ballen heruntergegangen, der Bedarf Amerikas dagegen von 5,8 Millionen Ballen auf 7,6 Millionen Ballen gestiegen. Dazu fehlt es den Vereinigten Staaten an Koll. Die Wolle steht zum großen Teil unter der Kontrolle Englands, da es die Ernte von Südafrika und Australien aufgekauft hat. Gute steht ganz unter der Kontrolle Englands. Für andre Spinnstoffe bestehen etwas bessere Aussichten. Eine wesentliche Bedeutung für die Ubergangswirtschaft werden die Ersatzstoffe gewinnen, vor allem aus Papier. Eine Organisation der Textilindustrie ist recht schwierig bei der Zersplitterung der Betriebe und den auseinanderstrebenden Interessen der einzelnen Fabrikationsstufen. Da ohne strikte behördliche Zusammenfassung ein fruchtbares, enges Zusammenarbeiten unmöglich sein würde, werden für die Textilindustrie Wirtschaftsstellen errichtet werden für die einzelnen Gespinntstoffe. Diese Wirtschaftsstellen sollen zusammengesetzt sein aus den Interessenten der verschiedenen Gruppen. Sie sollen ihre eignen Vorstehenden und Geschäftsführer wählen. Aber ihnen ist eine Reichsstelle in Aussicht genommen mit behördlichem Charakter und einem Beamten an der Spitze. Die Wirtschaftsstellen sollen nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten. Die Reichsstelle soll ihren Sitz in Berlin haben. Um örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, sollen Zweigstellen errichtet werden, die aus örtlichen und bundesstaatlichen Herren zusammengesetzt sind, unabhängig von der Zentralstelle, den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen sollen. Die Befugnisse der Zentralstelle bestehen neben der Kontrolle und Kontingentierung in der gleichmäßigen Verteilung der Rohstoffe; sie sollen auch stillgelegte Betriebe wieder in Gang setzen. Die Wirtschaftsstellen werden sich erübrigen, wenn wir wieder genügend Rohstoffe haben. In der auch im Reichstag besprochenen Bundesratsverordnung sind ziemlich scharfe Maßnahmen vorgesehen. Der Sturm auf gegen die Verordnung ist aber nach Ansicht des Reichswirtschaftsamtes ungerechtfertigt. Denn das freie Spiel der Kräfte kann in der Textilwirtschaft nicht ohne weiteres einsetzen. Das Amt ist davon überzeugt, daß besonders in der Textilindustrie es für eine mehr oder weniger kurze Ubergangszeit ohne eine gewisse staatliche Bewirtschaftung im Interesse der gesamten Bevölkerung und deren Textilbedürfnissen nicht gehen kann. Auch der Vorwurf, die Interessenten seien nicht genügend gehört worden, ist hinfällig. Es war von vornherein ausgeschlossen, mit sämtlichen Industrien auch nur mit sämtlichen Verbänden sich's Nehmen zu setzen, da allein in der Baumwollindustrie 183 Verbände bestehen, die die verschiedensten Interessen verfolgen. Es ist aber in monatelangen Verhandlungen mit allen möglichen Kreisen der Textilindustrie Fühlung genommen worden. Wie sich im Textilgewerbe alles gestalten wird, kann mit Sicherheit nicht vorausgesagt werden. Deshalb mußte die Behörde für die schlimmsten Fälle Vorsorge treffen und weitgehende Vollmachten sich sichern, um die Interessen der Allgemeinheit wahren zu können. Deshalb klingen nach Ansicht des Amtes die Bestimmungen der Verordnung härter, als sie wohl je in der Praxis zur Anwendung kommen würden.

Was die Regelung der Einfuhr und Verteilung von Kolonialwaren anlangt, die bereits in einem Ausschuss des Reichstags besprochen worden ist, so ist von vornherein zu bemerken, daß im Gegensatz zu Textilien auf dem Weltmarkt Überfluß an Kolonialwaren herrscht. Also sind die Zufuhren nach Deutschland mit Rücksicht auf Schiffsraum und Devisen zu begrenzen. Es ist eine Regelung in Aussicht genommen durch Selbstverwaltungskörper der Interessenten unter staatlicher Aufsicht mittels Gewährung von Einfuhrerlaubnis. Nur vor dem Kriege in diesen Artikeln tätig gewesene Firmen sollen grundsätzlich zum Handel zugelassen werden. Eine Kontingentierung ist nur für Tee vorgesehen, wird dagegen für Kaffee nicht für ratsam erachtet. Für Kaffee ist die Gründung eines Kaffee-Einfuhrvereins mit dem Sitz in Hamburg geplant, für Tee eine Teewirtschaftsstelle in Hamburg, für Kakao eine Wirtschaftsstelle mit einem Ausschuss zur Regelung der Einfuhr, und einem andern Ausschuss zur Regelung von Fabrikation und Absatz. Eine strikte Organisation ist für Reis geplant, da die holländischen Mühlen sich zusammenschließen haben, auch ein engerer Zusammenschluß der Händler in den Produktionsländern zu erwarten ist. Die Interessenten werden sich zu einer Reiseinkaufsgesellschaft zusammenschließen. Die gesetzliche Grundlage soll eine Bundesratsverordnung abgeben, die den Reichskanzler ermächtigt, alle für Zwecke der Ubergangswirtschaft erforderlichen Maßnahmen für die Versorgung Deutschlands mit Kolonialwaren zu treffen. Die Aufsicht über die Wirtschaftsstellen wird durch einen Kommissar geführt. Die getroffenen Maßnahmen sind mit den Interessenten durchberaten worden, und diese haben sich mit ihnen einverstanden erklärt.

7./V. 1918

Volkswirtschaft.

Die Organisation der Uebergangswirtschaft in Ungarn.

Ein Projekt des Handelsministers Szterenyi.

Handelsminister Szterenyi hat, wie uns aus Budapest, 6. d., telegraphiert wird, zur Vorbereitung der Uebergangswirtschaft ein Projekt ausgearbeitet welches er dem Landesindustrierate unterbreitete, und dessen Wesen dahin geht, es möge für die ungarische Industrie eine neue Organisation geschaffen werden, die auf Grundlage der Zwangsvereinigung die Interessen der einzelnen gewerblichen Industriezweige hauptsächlich auf dem Gebiete der Rohmaterialbeschaffung, Aufteilung für die Produktion, Preisregelung und Arbeitsvermittlung bewerkstelligen soll.

Diese Organisation soll dafür Sorge tragen, daß alle Unternehmungen unter gleichen Bedingungen in den Besitz ausländischer Zahlungsmittel gelangen, daß bei Beschaffung der Rohmaterialien einzelne Industriezweige nicht zugunsten der übrigen bevorzugt werden, daß die Rohproduktion eine gerechte Aufteilung innerhalb der verschiedenen gewerblichen Zweige erfahre, daß ein entsprechender Teil dem Kleingewerbe zugewiesen werde und schließlich die Einfuhr von fertigen Industrieartikeln einer scharfen Kontrolle unterstellt werde. Dies soll dermaßen durchgeführt werden, daß einzelne Betriebe konzentriert, andere aber spezialisiert werden durch Einführung eines Normaltypus bei der gewerblichen Massenproduktion und entsprechend der Aufteilung der Erzeugnisse.

In dem Elaborat des Handelsministers Szterenyi heißt es, daß zur Lösung dieser wichtigen Aufgabe die Kriegswirtschaftsorganisationen ungeeignet erscheinen und deswegen ein neues Instrument geschaffen werden müsse, das als Vertrauensorgan der Interessengemeinschaften und der Regierungsbehörden zu fungieren hätte. Die unter staatlicher Leitung und Kontrolle stehenden autonomen Organe würden den Charakter von industriellen Verbänden tragen, um einen teils beratenden, teils durchführenden Charakter zu haben, ohne sich mit Waren- und Geldgeschäften zu befassen.

Volkswirtschaft.

Das Wirtschaftsleben der Ukraina.

— Telegramm unseres Kriegsberichterstatters. —
(Vom Kriegspressequartier genehmigt.)

Odessa, Anfang Mai.

Der glatte Verlauf der ukrainischen Bewegung hat deutlich gezeigt, wie gering die Anhängerzahl der gestürzten Rada im Lande war. Schon der erste Umsturz in Odessa Mitte Januar, der die Bolschewiki aus Ruder brachte, hatte dort wenig Betrübnis hervorgerufen und erst der Terror, den die maximalistischen Matrosen der Schwarzen-See-Flotte ausübten, ließ den Wunsch nach einer neuerlichen Aenderung der Verhältnisse und dem Einmarsch verbündeter Truppen rege werden. Der Rada wurde damals vorgeworfen, daß sie im alten Schlandrian fortfahre und an Stelle der Intoleranz des Parentums kleinrussische Intoleranz setze, auch verübte man ihr, daß sie bei ihrem Projekt der völkischen Selbstverwaltung zwar Weißrussen, Moldauer, Tataren, Juden, ja selbst Tschechen berücksichtige, nicht aber die Großrussen und die zahlreichen, sehr tätigen deutschen Kolonisten. Große Unregung rief an manchen Orten auch der Versuch hervor, unter allen Umständen die ukrainische Sprache einzuführen. In Odessa lehnte man rundweg ab, sich ihrer zu bedienen. Nachdem anfänglich die amtlichen Kundmachungen in kleinrussischer Sprache erschienen waren, trat an ihre Stelle bald wieder das Russische. Auch die Presse weigerte sich, die sprachlichen Befehle der Rada zu befolgen.

Das rasche Ende der jetzt gestürzten Rada aber war von allen politisch informierten Kreisen unmittelbar nach dem Erlaß des ukrainischen Landgesetzes prophezeit worden, das nun durch die Beschlüsse des Bauernkongresses so völlig umgestoßen wurde. Die Mehrzahl der nicht sozialrevolutionär gesinnten Blätter nahm dieses Gesetz, das von der Rada erst Ende März den Landkomitees übermittleit worden war, mit Hohn auf, selbst die vorläufigen Odessaer deutschen Zeitungen nannten den Erlaß eine Kuriosität, kein Gesetz. Der Annahme durch die Rada gingen sehr lebhaft Debatten voraus. Schon vorher war auf der Basis des dritten Universalis von dem sozialdemokratischen Ministerium Winitshenko ein Agrargesetzentwurf vorgelegt worden. Dieser fand aber keine Gnade und brachte das Ministerium zu Fall. Die Regierung Holubowitsch arbeitete dann das neue Landgesetz aus, das von der Rada gutgeheißen worden ist. Bemerkenswert an diesem Gesetz ist namentlich der Umstand, daß es unendlich viel weiter geht als die in dem dritten Universalis festgesetzten Grundzüge. Das Universalis hatte die Aufhebung des Eigentumsrechtes nur an solchen Ländereien ausgesprochen, die durch gemietete Arbeitskräfte bewirtschaftet wurden. Alle anderen sogenannten Arbeitswirtschaften sollten Eigentum ihrer Besitzer bleiben. Von der Enteignung sollten auch die im Besitze von Kommunen befindlichen Ländereien, desgleichen die zu Villen, Fabriken usw. gehörenden Landstücke, Gemüsegärten ausgenommen sein. Ganz anders das Agrargesetz. Es hob vorbehaltlos jegliches Eigentumsrecht an allen Ländereien, ohne Rücksicht auf Größe und Besitzer, auf. Es wurde also nicht nur der Großgrundbesitz verstaatlicht, sondern auch öffentliches Bauernanteilland, nicht nur Land, das mit Hilfe von Mietkräften bebaut, sondern auch solches, das mit eigener Kraft bewirtschaftet wurde. Auch städtischer Grundbesitz, Fabrikeigentum wurde ohne jegliche Entschädigung als Eigentum der ukrainischen Volksrepublik erklärt und den Organen der städtischen Selbstverwaltung, den Dorfgemeinden und den Landkomitees zur Arbeitsnutznutzung übergeben. Ausnahmen galten nur in sehr beschränktem Umfang für Besitzer von Gärten, Weinbergen und Hopfenanlagen, soweit sie ihre Grundstücke mit eigenen Händen bearbeiten konnten. Gleichzeitig mit dem Land wurde auch das tote und lebende Inventar samt den Gebäuden nationalisiert, mit Ausnahme dessen, was den Besitzern zum Lebensunterhalt, zur privaten Arbeitswirtschaft, beziehungsweise zu kommerziellen und industriellen Unternehmungen unumgänglich notwendig war. Die gleichen Prinzipien sollten für den Hausbesitz in den Städten gelten. Es kam aber nicht zur Durchführung dieser Maßregel. Hier war der Widerstand gegen die Verfügungen der Rada von Anfang an sehr groß. Hatte die städtische Selbstverwaltung von Odessa es abgelehnt, im Sinne der Kiewer Zentralregierung zu wirtschaften, so hielten sich auch

große Interessentengruppen nicht an deren Weisungen. Das mußte naturgemäß zu einem Chaos im Wirtschaftsleben führen.

Nur fähbarsten zeigte sich dies in Bank- und Geldwesen, das ohnehin schon recht eigenlich anarchoische Zustände aufgewiesen hatte. Beispielsweise löst seit Mitte April die Odessaer Staatsbankfiliale wieder die Kupons der inneren Anleihen Großrusslands ein, und zwar auch diejenigen der verschiedenen Kriegsanleihen und der Kerensistischen Freiheitsanleihe. Dagegen ist es für Leute, die ein Guthaben bei den Banken besitzen, infolge des Geldmangels sehr schwer, Abhebungen vorzunehmen. Sie müssen zu diesem Zweck akzeptierte Schecks der Staatsbank entgegennehmen, die aber höchstens auf tausend Rubel lauten dürfen und nur unter Abzug von einem Prozent eingelöst werden. Eine der Hauptaufgaben des neuen Regimes wird es sein müssen, das Geldwesen, das im Vereine mit einer alle Schranken niederreißenden wilden Spekulation und einer enormen Steigerung der Löhne zu einer unerhörten Zerstörung geführt hat, irgendwie zu regulieren. Es ist heute absolut unmöglich, sich in dem Wirrwarr von Zahlungsmitteln, d. h. Papiergeld auszukennen. Obgleich vierzig Milliarden Rubel in Umlauf sind, sieht man nur äußerlich den Rubel, die fast alle in den Besitz der Bauern übergegangen sind und von diesen nicht mehr in den Verkehr gebracht werden. Als Ersatz dienen alle möglichen Behelfe. Da sind die kleinen unscheinbaren Kerenskirubel, die vielfach gefälscht wurden, dann die Karbonanken der Rada, die neben ukrainischer, russischer und polnischer Aufschrift auch jüdische Zeichen tragen, aber sehr wenig geschätzt sind; dann städtische Banknoten, die aber immer nur im Umkreis der betreffenden Kommune angenommen werden. Daneben wird auch mit allerlei Kupons und Briefmarken bezahlt. Seltener tauchen in der Ukraina die neuen Petersburger Noten auf, die in ungeheuren Mengen gedruckt werden und damit zur Entwertung des Rubels wesentlich beitragen. Es wurde der Vorschlag gemacht, als Ausweg aus dem Papiergeldchaos zur Devaluation, das heißt der Herabsetzung des Nennwertes der Geldsorten zu schreiten. Ob es aber dazu kommen wird und ob dieses Mittel angesichts der völligen Kontrolllosigkeit zu einem Ziel führen würde, ist völlig ungewiß.

Die Schweizer Wirtschaftsfragen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

aus Bern, 10. Mai.

Die deutsche Gesandtschaft in Bern nimmt in einer längeren Mitteilung Stellung gegen das Telegramm des amerikanischen Staatssekretärs, in dem die amerikanische Regierung es ablehnt, die auf Grund des deutschen Entgegenkommens bereits sichergestellte Getreideversorgung der Schweiz durchzuführen. Die deutsche Gesandtschaft folgt in ihren Darlegungen dem sich von selbst ergebenden Gedankengang, wie er bereits in meinem (Mittwoch abend veröffentlichten) Kommentar zitiert worden ist. Die deutsche Gesandtschaft fasst ihre Ausführungen zum Schluß folgendermaßen zusammen:

„Die amerikanische Mitteilung entfällt also den Sinn der deutschen Forderung, die von der schweizerischen Regierung ausdrücklich als ein „Entgegenkommen“ bezeichnet wurde, das die Getreideversorgung der Schweiz erleichtere. Nach dieser Entstellung aber gelangt die amerikanische Mitteilung zu dem Schlusse, daß sie die deutsch-schweizerischen Abmachungen ablehnt und daß das Schweizer Getreide unter amerikanischer Flagge, ohne schweizerische Abzeichen, ohne Geleitschein, begleitet von Kriegsschiffen durch die Sperrzone transportiert wird, und zwar nicht nach Cette, sondern nach einem atlantischen Hafen. Der nüchterne Tatbestand, der aus dem Telegramm des amerikanischen Staatssekretärs hervorgeht, ist, außer der Ablehnung der von der Schweiz gewünschten und von Deutschland zugesagten Erleichterung des Transportes, die mutwillige Gefährdung der Schweizer Getreidetransporte, mit anderen Worten: die Weigerung, die Schweiz wirksam mit Getreide zu versorgen.“

Wie die „Neue Korrespondenz“ aus guter Quelle erfährt, hat die französische Regierung im Einverständnis mit ihren Verbündeten vor einigen Tagen dem Schweizer Bundesrat zur Kenntnis gebracht, sie sei bereit, der Schweiz monatlich 85 000 Tonnen Kohle zur Verfügung zu stellen, und zwar pro Tonne zu 150 Franken in schweizerischer Währung. Man ist der Auffassung, daß dieses Quantum zur Versorgung des Landes genügen werde, wenn die 75 000 Tonnen dazu kommen, deren Lieferung Deutschland laut Vertrag vom 20. August 1917 auf dem Kompensationswege zugesprochen hat. Erkundigungen der schweizerischen Depeschagentur haben ergeben, daß diese Nachricht sich bestätigt. Die anderen Modalitäten über diese Kohlenlieferung, insbesondere die damit zusammenhängende Transportfrage, scheinen noch nicht ganz vollständig geklärt zu sein. Die alliierten Regierungen gehen bei diesem Angebot, wie verlautet, davon aus, daß die Verwendung der von der Entente gelieferten Kohle nach Maßgabe der bisher bestandenen Vorschriften frei sein soll, daß aber andererseits die Schweiz gegenüber Deutschland keine weiteren einschränkenden Bestimmungen über den Kohlenverbrauch, als die, die bis jetzt bestanden haben, übernimmt.

Auch der „Temps“ brüskt sich bereits mit dem der Schweiz (erst noch zu erwartenden) Entgegenkommen und schreibt: „Zwischen unserm Nachbarn und uns herrscht eine zu alte Freundschaft und zu tiefe Interessengemeinschaft, als daß wir ohne Teilnahme der Drohung einer schweren Krisis zusehen könnten. Deshalb hat die französische Regierung Anfang dieser Woche zu Bern einen wichtigen Schritt unternehmen lassen. Sie offeriert der Schweiz jene Kohlenzufuhr, die Deutschland ihr zu stellen sich weigert. In Frankreich wird die Initiative der französischen Regierung große Befriedigung hervorrufen. Das Land wird gern das Opfer an Geld und Anstrengungen bringen. Unsere Schweizer Freunde werden auch erkennen, daß unsere Hilfsmittel der Elastizität nicht entbehren, trotz aller Behauptungen der deutschen Admiralität über die Wirkung des Tauchbootkrieges. Unsere Schweizer Freunde können weiter aus unserem Verhalten entnehmen, daß unsere Freundschaft eine tätige ist.“

Wie die schweizerische Depesch-Agentur vernimmt, sind die in die Schweizer Presse gelangten Nachrichten über die angeblich von Deutschland anlässlich der Wirtschaftsverhandlungen gestellten Begehren teils unrichtig, teils mißverstanden worden, teils überholt. Der tägliche Fortgang der Verhandlungen hat zur Folge, daß das Bild stets wechselt. Deshalb ist es auch schwierig, die Öffentlichkeit über den Stand der Verhandlungen fortlaufend zu unterrichten, da, was heute richtig ist, morgen schon wieder überholt sein kann. Der derzeitige Gang der Verhandlungen läßt dem Vernehmen nach erhoffen, daß eine Einigung zustande kommen kann, da eine Reihe aufgetauchter Schwierigkeiten beseitigt ist und auch seitens Deutschlands in verschiedenen Punkten Entgegenkommen bewiesen wurde.

Zwang und freie Wirtschaft.

W. Essen, 10. Mai. (Priv.-Tel.) Die Vereinigung der Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks und die Vereinigung der südwestfälischen Handelskammern haben folgende Entschliessung gefasst:

Das kriegssozialistische System verringert durch seine ungünstige Rückwirkung auf die Erzeugung und Erhaltung der Güter die Summe der verfügbaren Lebensmittel und beeinträchtigt damit die Ernährung der breiten Massen der Bevölkerung. Sie vergeudet Arbeitskräfte und Intelligenzen, sie beraubt den Handel seiner hergebrachten Arbeit und Verdienstmöglichkeit und stellt die Behörden vor unlösbare Aufgaben, deren naturgemäß mangelhafte Erfüllung ihr Ansehen und das Ansehen des Staates bei der Bevölkerung herabsetzt. Es legt der ohnehin durch den Krieg beeinträchtigten Erzeugung nachgerade unerträgliche Fesseln auf. Die bäuerliche Wirtschaft leidet darunter ebenso wie Handwerk und Industrie, dagegen werden alle diejenigen Elemente des Volkes dadurch in den Vordergrund geschoben und in ihrem Treiben begünstigt, die in der rücksichts- und strupellosen Umgehung und Verreichung der Massen dieses unmöglichen Systems ihren Verdienst suchen. Die Unerschlichkeit nimmt auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens in erschreckender Weise zu, und es entsteht die Gefahr der Vernichtung eines der größten Güter unseres Volkes, seiner sittlichen Integrität.

Es ist notwendig, dieses falsche System so schnell wie möglich und mit starker Hand abzubauen. Da ein neues Erntejahr bevorsteht, ist diese Aufgabe der Lebensmittelbewirtschaftung besonders dringend. Die öffentliche Bewirtschaftung sollte vorläufig auf die Hauptwaren: Getreide, Fleisch und Fett beschränkt werden. Auch für sie wird zu erwägen sein, ob nicht das wohlbewährte, mildere System des Generalgouverneurs von Berlin vorzuziehen ist, nach dem zur Deckung von Mindestrationen nur ein Teil der ländlichen Erzeugnisse beschlagnahmt, der Rest aber unter Abnahme von Höchstpreisen billig frei gegeben wird. Das würde neben anderen wohlthätigen Folgen den Handel wieder ehrlich machen und das Volk zur Wiederkehr einer gesunden Friedenswirtschaft erziehen, ohne die es seine wirtschaftliche Stellung in der Welt nicht wieder erlangen kann.

Was die Kartoffel angeht, so wird die Art ihrer Bewirtschaftung von den Ernteaussichten abhängig sein müssen. Bei einer normalen Ernte liegt die Hauptfrage in der Lösung der Ernte- und Versand Schwierigkeiten. Alle übrigen Erzeugnisse der ländlichen Wirtschaft, wie Obst, Gemüse, Eier, Geflügel, Milch usw., sollten im Interesse sowohl der erzeugenden wie der verzehrenden Bevölkerung umgehend freigegeben und von der taktisch überall gesicherten Festsetzung von Höchstpreisen befreit werden.

Die Absicht, die dieser in ihren Gedankengängen nicht eben neuartigen Kundgebung zu Grunde liegt, mag recht loblich sein, einzelne der gegebenen Anregungen: wie die Beschränkung der öffentlichen Bewirtschaftung auf den Kreis der dazu zweifellos geeigneten Ernährungszweige sind auch gewiß beachtenswert, die Anregung im ganzen und die Art ihrer Begründung bewegt sich aber in Gedankengängen, die vor der Kritik nicht stand zu halten vermögen. Daß die öffentliche Bewirtschaftung ihre schweren Mängel hat, wird von keinem Menschen bestritten, die Erfahrung hat aber gezeigt, daß sie immer noch erträglicher ist und das Durchhalten in stärkerem Maße sichert als die „freie“ Wirtschaft, auf die die Kundgebung im Grunde ja hinausläuft. Die alsbaldige Wiederherstellung der freien Wirtschaft muß das Ziel bleiben, aber um dieses Zieles willen dürfen wir nicht unser wirtschaftliches Durchhalten jetzt mitten im Kriege aufs Spiel setzen.

Die Gesundung unserer Wirtschaft.

Eine Rede des württembergischen Finanzministers.

* Stuttgart, 11. Mai.

Bei der Beratung des Etats 1918 in der Württembergischen Zweiten Kammer sprach Finanzminister v. Bistorius die Hoffnung aus, daß dies der letzte Kriegsetat sei. Die gewaltigen Waffentaten unserer Truppen an der Westfront schaffen für diese Hoffnung eine sichere Grundlage.

Die eingetretene Geldentwertung prägt sich aus in der Teuerung. Diese ist nicht durch eine im Voll gesteigerte Gütererzeugung und höhere Lebenshaltung entstanden, sondern wesentlich durch die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft auf Grund des Reiches-Kredits. Diese zusätzliche Kaufkraft des Reiches muß und wird wieder verschwinden, und zwar allmählich und in dem Maße, wie das Reich seinen Kredit abbaut. Beim gegenwärtigen Stand sei eine Gesundung unserer Volkswirtschaft nicht möglich. Die hohen Preise überhaupt und die darauf aufgebaute Lebenshaltung müssen nach dem Kriege zusammenfallen, weil die Hochkonjunktur etwas von einer schillenden Seifenblase an sich hat, die zerplattend, wieder zum Tropfen Wasser wird. Je länger dies geschieht, je besser. Sonst ist zu befürchten, daß wir in eine Spekulation und Schwindelzeit hineinkommen, die später in einem Krach enden müßte, der schwerer wäre als der von 1873. Und das kann auch eine Kriegsentwöhnung nicht ändern.

Es geschieht das durch Tilgung der Reichsschuld im Wege eines allmählich aber bald in Angriff zu nehmenden Wegbesteuerung. Damit wird nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die soziale Gesundung erfolgen. Schon vor dem Kriege ließ die Einkommen- und Vermögensbesteuerung manches zu wünschen übrig. Durch den Krieg ist eine weitere Schwächung des Mittelstandes eingetreten, die dem deutschen Volk verhängnisvoll werden kann. Die Schuldentilgung durch Wegbesteuerung ist nur zum kleinsten Teil möglich aus dem Vorhandenen. In der Hauptsache muß sie erfolgen aus dem Ueberschuß der künftigen Jahre. Zur Erzielung solcher Ueberschüsse ist es aber nötig, daß unsere Volkswirtschaft mehr erzeugt und weniger verbraucht als bisher. Arbeiten und sparen muß die Lösung sein. Vor allem muß die Erzeugungskraft der Arbeit möglichst gesteigert werden, und zwar so, daß die im Krieg vermehrte Gütererzeugung nicht nur die stärkere Steuerbelastung zu ertragen vermag, sondern daß die vermehrte Gütererzeugung womöglich auch noch der Arbeit selbst eine bessere durchschnittliche Entlohnung sichert als bisher, wobei es natürlich nicht auf den zahlenmäßigen Betrag, sondern auf die dem Lohn innewohnende Kaufkraft ankommt. Solcherweise muß versucht werden, die künstlich geschaffene zusätzliche Kaufkraft zu ergänzen. Damit wird auch ein normaler Preisgang und im Zusammenhang damit eine Verbesserung unserer Voluta erreicht.

Der Redner ging dann auf Einzelheiten des württembergischen Etats ein und führte zum Schluß aus:

Der Plan unserer Feinde, uns militärisch und wirtschaftlich zu vernichten, wird nicht gelingen. Wir werden tun, was wir können, um die Gefahr, und es ist eine ernste Gefahr, abzuwenden. Außerste Anstrengung, große Selbstucht und ernsteste Arbeit unserer und vielleicht mehrerer Generationen wird nötig sein, um unseren wirtschaftlichen Wiederaufbau zu vervollständigen. Eine stärkere Eigenwirtschaft als vor dem Kriege ist nötig, aber eine ausschließliche Eigenwirtschaft ist für Deutschland unmöglich, sie würde einen Stillstand, ja einen Niedergang für unsere Industrie bedeuten. Wir müssen nicht Rohprodukte, sondern Fertigprodukte ausführen und möglichst viel Güter einführen. Im ganzen werden wir mit sehr großen Schwierigkeiten besonders in der Textil- und Konfektionsindustrie zu kämpfen haben. Unsere Fertigindustrie wieder exportfähig zu machen, ist so gut wie unmöglich bei gleichermaßen hohen Löhnen und teurem Kapital.

Im neunzehnten Jahrhundert wurde die Forderung erhoben des Rechts auf Arbeit, das zwanzigste Jahrhundert wird eine höhere sittliche Forderung aufstellen und zu verwirklichen suchen: die Pflicht zur Arbeit.

Volkswirtschaft.

Die SMS.

— Von unserem Berichterstatter. —

Braila, im Mai.

Hatte der Ausbruch des rumänischen Krieges die führende Rolle, die Braila in der Getreideausfuhr inne gehabt hatte, jäh gestrichen, so brachte es der Verlauf des Feldzuges mit sich, daß Braila, in den unmittelbaren Frontbereich gerückt, über ein Jahr hindurch völlig vom kommerziellen Leben am Wasser abgeschnitten war. Die großen Hafenanlagen dienten ausschließlich kriegerischen Zwecken. Der Abschluß des Vorfriedens mit Rumänien gab indessen der einst so blühenden Handelsstadt sogleich einen Teil ihrer kommerziellen Attribute zurück. Abgesehen von den kriegerischen Bewegungen, die nun Braila unbehindert zum Ausgang für Vormarsch wie Abzügen nehmen konnten, war dieser Fluß- und Seehafen dazu wie geschaffen, den neuerschlossenen Handelsverkehr mit der Ukraina wirksam aufzunehmen.

In Voraussicht kommender Entwicklungen wurde in Braila eine Zentrale für den Schiffsverkehr im Schwarzen Meer und auf der Donau errichtet. Sie führt den Namen Schwarze-Meer-Stelle und ist ein Transportunternehmen großen Stils. Sie umfaßt unter militärischer und sachlicher Leitung eine Vereinigung österreichisch-ungarischer und deutscher Reederei, die ihre Schiffe für Rechnung und im Auftrag der Seeresverwaltung laufen lassen. Hierzu kommen noch gecharterte Schiffe (Ukrainer), die ebenfalls ihre Weisungen von der Leitung erhalten und die Waren vom Einlieferungsort am Schwarzen Meere nach Braila bringen. Die SMS trifft Vorsorge, daß genügend Fahrzeuge zur Stelle seien, sorgt für rasches Beladen, Ausladen oder Umschlagen und leitet nach Weisungen der Obersten Seeresleitung und der Obersten Ernährungsstellen den Eisenbahn- oder den Donautransport der eingeführten Güter ein. Die SMS ist naturgemäß in ihrem Aufbau engstens an die bestehenden Schiffsfahrtsorganisationen angelehnt. Straß angegliedert an die SMS sind ihrerseits wieder die unterschiedlichen Ernährungs- und Rohstoffkartelle, wobei deutsche wie österreichisch-ungarische Interessen paritätisch vertreten sind.

Obwohl die ganze Organisation erst von junger Herkunft ist, nimmt sie raschen Aufschwung. Fachleute versichern, daß bereits nicht unbeträchtliche Mengen an Vorräten eingetroffen und auch abgeschoben worden seien. So an Weizen, Delfischen, Gerste, Mais, Hirse, geräucherter Fische usw. Sie betonen aber auch, daß zuweilen Nachrichten von phantastischer Aufmachung die Öffentlichkeit irreführten. Die Ukraina sei reich und die Organisatoren des Ausbringungsdienstes — österreichisch-ungarischerseits Generalmajor v. Sandler — seien bewährte Kräfte, immerhin sei zu berücksichtigen, daß die Ukraina mit Vorliebe Tauschgeschäfte abschließe und daß die Frachtsätze hoch verblieben. Die Reederei, die das Kriegsrisiko berücksichtigen müssen, sind gezwungen, hohe Versicherungsprämien zu bezahlen. Dieser Zustand wird noch sehr lange anhalten. Bezüglich der Ausfuhr, für die in Braila ebenfalls die erforderlichen Vorbereitungen getroffen sind, ist zu bemerken, daß sie wohl in nächster Zeit nachhaltiger einsehen wird. Sie kräftig zu fördern, liegt im Interesse der Mittelmächte. An Schiffsraum ist kein Mangel, umso weniger, als nach und nach die beträchtlichen Lonnagen der seinerzeit von Rußland beschlagnahmten Schiffe des Vierbundes verfügbar werden. Chef der SMS ist der Oberst im k. u. k. Generalstabskorps König Schmidt, früher Quartiermeister der IV. Armee, zuletzt Brigadier an der italienischen Front.

Kirchlechner.

**Anfrage des Grafen Apponyi über
die wirtschaftlichen Vereinbarungen
mit Deutschland.**

Budapest, 16. Mai. Am Schluß der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wird Graf Albert Apponyi folgende dringliche Interpellation einbringen:

Indem ich unter Vorbehalt der Kritik der Einzelheiten die Tatsache mit Genugtuung begrüße, daß anlässlich der letzten Monarchenbegegnung bezüglich der Verlängerung und Festigung des Bündnisses mit Deutschland eine prinzipielle Vereinbarung zustande gekommen ist, frage ich den Ministerpräsidenten: Hält die ungarische Regierung an dem von dem früheren Kabinett Weterle vertretenen Standpunkte fest, wonach die mit Deutschland getroffenen wirtschaftlichen Vereinbarungen weder rechtlich noch tatsächlich durch Schaffung einer Zwangslage die Entschließungsfreiheit des künftigen Reichstages in Angelegenheit des mit Oesterreich abzuschließenden Ausgleiches präjudizieren? Ist die Regierung entschlossen, Deutschland gegenüber nur solchen Vereinbarungen zuzustimmen, welche dieser Anforderung entsprechen?

16./11. 1918

(Wirtschaftliche Verhandlungen der verbündeten Centralmächte.) Zu den wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich ist im Oktober vorigen Jahres eine Unterbrechung eingetreten, die länger dauerte, als ursprünglich beabsichtigt war. Bestimmend hierfür waren jedoch Gründe besonderer Art, die eine Verschiebung der weiteren Verhandlungen auch aus sachlichen Erwägungen notwendig machten. In die Reihe fielen nämlich die Friedensverhandlungen in ~~Bruch~~ ~~Schloss~~ und dann jene in Bukarest, und es

musste abgewartet werden, zu welchen Ergebnissen man in handelspolitischer Beziehung gelangen werde. Die einschlägigen Abmachungen mit der Ukraine, Großrußland und Rumänien liegen nun abgeschlossen vor, sie enthalten durchweg Beziehungen auf die Vertiefung des wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich, indem festgelegt wird, daß die gewährte Meistbegünstigung keinen Anspruch auf Zollbegünstigungen in sich schließt, die sich Oesterreich-Ungarn und Deutschland gegenseitig in einem Zollbündnis einräumen. Wie nun in einer amtlichen Berliner Meldung, die im gestrigen Abendblatt veröffentlicht wurde, angekündigt wird, sollen in naher Zeit in Berlin die Verhandlungen für den Ausbau des Bündnisvertrages der Centralmächte aufgenommen werden, und neben den politischen und militärischen Gesichtspunkten sollen auch die wirtschaftlichen Fragen ihre Lösung und ihren Abschluß finden. In letzterer Beziehung wurde schon, wie erwähnt, vorgearbeitet, allein die Wiederaufnahme der handelspolitischen Auseinandersetzungen dürfte sich nicht lediglich als eine Fortsetzung früherer Verhandlungen darstellen, bei welchen das Verhältnis zu dem Königreich Polen noch nicht berücksichtigt wurde. Jetzt dürfte dieses Moment eine besondere Betonung finden und in den Verhandlungen eine Rolle spielen. Die letzten Konferenzen zwischen den österreichisch-ungarischen und deutschen Delegierten sind im Herbst vorigen Jahres in Wien abgehalten worden. Man war bis dahin zu einem gemeinsamen Tariffschema gelangt, welches eine größere Spezialisierung als das bisherige Schema enthielt, und hatte gewissermaßen die erste Lösung über das gegenseitige wirtschaftliche Verhältnis in den hauptsächlichsten Fragen absolviert. Man war auch bereits in Verhandlungen über die Zollfrage eingetreten. Nunmehr werden, ohne die Grundlage zu verändern, unter Berücksichtigung neuer Gesichtspunkte, wie jener, die sich aus dem Verhältnis zu Polen ergeben, die Verhandlungen wieder in Angriff genommen werden und eine österreichisch-ungarische Vertragsdelegation unter Führung des Geheimen Rates Sektionschef Dr. Graf sich zu einem noch zu vereinbarenden Zeitpunkt nach Berlin begeben.

Die Tagung der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Wien.

Wien, 21. Mai.

Am 23. und 24. d. werden in Wien die mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Oesterreich, Ungarn und Deutschland zu Beratungen zusammentreten, welche diesmal hauptsächlich die Mittel und Wege zur Hebung der Produktivität der Landwirtschaft in den drei Staaten zum Gegenstand haben. Offenbar wird, und zwar mit Recht, von der Annahme ausgegangen, daß die Vertreter der drei Staaten sich im Hinblick auf diese Möglichkeiten und Notwendigkeiten Einiges zu sagen wissen und der Gedankenaustausch von ersten Fachmännern der Volkswirtschaft der drei Ländergebiete bedeutenden Nutzen zu stiften vermag. Die großen handelspolitischen Fragen haben die mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine rechtzeitig genug bereinigt, so daß ihr Verhandlungsergebnis bereits zum Teile in die abgeschlossenen Friedensverträge mit der Ukraine, Rußland, Finnland und wohl auch Rumänien, eingehen konnte, insofern überall Vorbehalte angebracht worden sind, die eine gegenseitig bevorzugte Behandlung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands gestatten, ohne daß aus dem Titel der Meistbegünstigung von den anderen Kontrahenten dagegen Einspruch erhoben werden darf. Es ist anzunehmen, daß, nachdem der Möglichkeit bevorzugter Behandlung damit die Bahn gebrochen ist, sie auch Wirklichkeit werden wird, wenn auch so manche von außen kommende Widerstände noch zu überwinden sein mögen.

Mit der Frage der Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft schneiden die drei Vereine eine Aufgabe an, die sie sich bisher nicht gestellt haben, die aber nicht minder bedeutsam ist als alle jene, die sie bisher gefördert haben. Sie nehmen sich nach dem Maßstab der ihnen zur Verfügung stehenden Kräfte auch der Programme an, welche Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler und Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca in Oesterreich entwickelt haben.

Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die kommenden Wiener Konferenzen der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine auf der Höhe ihrer Vorgänger stehen werden. Die Teilnehmer können des herzlichsten Empfanges in Wien sicher sein. An der Spitze der Deutschen steht die sympathische Persönlichkeit des Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, Bruder der deutschen Kaiserin. Ferner hat Geheimrat Julius Wolf eine leitende Rolle, der sich als Organisator der gemeinsamen Sache große Verdienste erworben. Die ungarischen Herren stehen unter der Führung des Ministerpräsidenten Doktor Wekerle, der, wie gelegentlich seiner letzten Ministerpräsidentschaft, es sich auch diesmal nicht hat nehmen lassen, trotz der Fülle von Geschäften, die ihn bedrängen, an der Spitze des Vereines zu bleiben. Als erster seiner Helfer hat im Verein in den letzten Jahren vor allem unermüdet der jetzige Handelsminister Josef Szterenyi gewirkt. Auch der ungarische Ackerbauminister Graf Szerenyi hat an den Konferenzen der Vereine mehrfach teilgenommen. Dem österreichischen Verein ist es gelungen, seinen Präsidenten Freiherrn v. Klener, der vor einigen Jahren infolge eines Vorstoßes, der auf Veranlassung des Grafen Stürgkh gegen den Verein unternommen wurde, von der Leitung zurücktreten wollte, mit seinem wohlabgewogenen Urteil und seiner tief eindringenden Kenntnis wirtschaftlicher Dinge, an der Spitze der österreichischen Organisation zu erhalten. Neben diesen Männern sind die Führer von Industrie und Landwirtschaft, Handel und Finanz in den leitenden Gremien der Vereine tätig, fast durchwegs erste Namen in der Volkswirtschaft. Auch von der diesmaligen Tagung der Vereine wird danach sicher eine starke Wirkung ausgehen. Neben der besonderen Aufgabe, welche er sich stellt, verspricht man sich von der Wiener Tagung eine neuerliche Stärkung des Gemeinsamkeitsgedankens.

Wiederholt ist auf den Konferenzen der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine betont worden, daß das von ihnen seit fast einem Vierteljahrhundert propagierte „Mittleuropa“ frei von jeder aggressiven Spitze, aber auch frei von jeder Absonderungstendenz ist. Keinem Staate, der direkt oder — über einen Grenzstaat — indirekt an die Zentralstaaten stößt, soll die Vorzugsbehandlung vorenthalten werden, wenn er sich dem „Zollbündnis“ anschließt. Der Bildung einer weiteren und weitesten Gemeinschaft sind sonach keine Grenzen gezogen.

Hoffentlich kommt das handelspolitische Programm der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine zur Verwirklichung. Jedenfalls eröffnet das verkehrs-, tarif- und rechtspolitische Programm — auch auf diesem Gebiete haben die Vereine Erkleckliches geleistet — und nunmehr jenes, das die Produktionspolitik zum Gegenstand hat, die Aussicht auf großzügige gemeinsame Arbeit der Zukunft. Alle Nationen können sich einem Ziele anschließen, wie es der jetzigen Tagung vorschwebt. Es gilt, die Ergiebigkeit der Landwirtschaft und dadurch die Ernährungsmöglichkeiten wie die Kaufkraft der Massen zu steigern!

Tagung der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine.

Die Beratungen der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine wurden gestern nach einer eingehenden Debatte, deren Ergebnisse der Vorsitzende Dr. Freiherr v. Plener in seinem Schlussworte zusammenfaßte, geschlossen.

Sektionschef Dr. v. Krahn wies auf die große Bedeutung hin, die die Anwendung der elektrischen Energie für die Hebung der Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft hat, insbesondere für die Urbarmachung von brachliegenden Ländereien, für die Erzeugung künstlicher Düngemittel und für die unmittelbare Beeinflussung des Pflanzenwachstums durch die Elektrokultur. Gerade für die Landwirtschaft sei der in dem kürzlich eingebrachten Gesetze über die Elektrizitätswirtschaft entworfene Plan einer systematischen und vollständigen Elektrizitätsversorgung des gesamten Wirtschaftsgebietes durch eine Kette von zusammenarbeitenden Zentralen eine Lebensfrage. Es sei zu hoffen, daß diesen Bestrebungen in den Kreisen der Landwirtschaft das entsprechende Verständnis entgegengebracht werde.

Hofrat Dr. v. Daserl betonte, daß eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gedeihen der mitteleuropäischen Landwirtschaft die Vorkehrungen sind, die eine Wiederkehr der jetzigen Verhältnisse auf dem Düngemarkte ausschließen. Man werde trachten müssen, die Düngererzeugung so zu gestalten, daß die mitteleuropäische Landwirtschaft möglichst unabhängig vom Auslande ist.

Generaldirektor Bacher (Budapest) wandte sich gegen die Aufrechterhaltung des deutschen Prohibitivzolles auf Mehl und andere landwirtschaftliche Industrieprodukte.

Das Schlusswort des Vorsitzenden.

Vorsitzender Präsident Freiherr v. Plener führte zum Schlusse aus: Der Gedanke, der uns eigentlich von jeder Zusammengeführt hat und der auch den Ausgangspunkt dieser Beratung bildet, ist, zu untersuchen, ob es möglich ist — und das hat der Präsident des deutschen Vereines Herzog von Schleswig-Holstein sehr gut formuliert — Mittel zu finden, durch die sich das Zusammenwirken der Staatsgebiete durch gegenseitige Unterstützung, Kompensationen, Arbeitssteilung, tätige Mitwirkung, Austausch von verschiedenen Artikeln praktisch übersehen läßt, und ob es unter den vielen allgemeinen Mitteln zur Hebung der Produktivität der Landwirtschaft, die jedes Land in erster Linie für sich selbst beistellen muß, auch internationale Mittel gibt, durch die die Hebung der Landwirtschaft bewerkstelligt werden kann. Als solche Mittel werden u. a. die Saatgutbeschaffung zwischen den verschiedenen Gebieten und die Lösung der Arbeiterfrage bezeichnet, welche letztere tatsächlich eine sehr schwierige ist und eine wirtschaftliche Notwendigkeit für Deutschland bildet. Die staatliche Zwangswirtschaft, dessen ist sich die Konferenz klar: mußte im Laufe des Krieges eingeführt werden, sie erscheint als Notwendigkeit. Die Auffassung, daß das Heil der künftigen Produktion — nicht allein der landwirtschaftlichen — nur in der Zwangswirtschaft zu suchen sei, hat in diesen Kreisen keinen Vertreter gefunden. (Lebhafte Zustimmung.)

1. VII. 1918

Aufruf des Vereins „Volksberatung“ an alle Mitbürger!

Immer furchtbarer wird die Not, welche der Krieg über ganz Europa und besonders über unser Vaterland bringt.

Errungenschaften der Kultur, deren Besitz uns im Frieden zur Selbstverständlichkeit geworden war, werden Tag für Tag zugrunde gerichtet und müssen nach dem Kriege neu geschaffen werden; die Sorge um das tägliche Brot auf der einen, eine durch den Krieg großgezogene rücksichtslose Habgier auf der anderen Seite scheinen alle Gerechtigkeit und allen Altruismus früherer Zeiten zu zerstören; die Verteilung des Vermögens wird immer ungleichmäßiger; der auf ein fixes Einkommen angewiesene Mittelstand verelendet, während die Zahl der Kriegsgewinnmillionäre unheilvoll steigt. Nur durch grundlegende Umwälzungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, namentlich auf dem der Verwaltung, nur durch das Zusammenwirken aller verfügbaren Kräfte kann unser schwergeprüftes Volk nach dem Kriege wieder erstarren.

Im Bewußtsein seiner völligen politischen Einflußlosigkeit und unter dem überwältigenden Druck der Alltags Sorge steht der weitaus größte Teil unserer Bevölkerung dem Wohl und Wehe des Vaterlandes nur passiv gegenüber. Die wenigen, die sich am öffentlichen Leben beteiligen, sind durch parteipolitische Zersplitterung ohne ausschlaggebenden Einfluß. Da die offizielle Volksvertretung in dieser schweren Zeit versagt, so muß eine neue, inoffizielle geschaffen werden. Bei dieser soll jeder Staatsbürger zu Worte kommen können, von ihr sollen die dringlichsten Fragen in sachkundiger, unparteiischer, nur dem Volkswohle dienender Weise beraten werden.

Zur Erreichung dieses Zieles haben sich einige Männer zusammengefunden und mit bedingungsloser Verwerfung aller eiteln Sonderbestrebungen und jeglichen materiellen Vorteiles den wirtschaftlichen und politischen Verein „Volksberatung“ gegründet.

Die Mittel, deren sich der Verein „Volksberatung“ zur Erreichung des angeführten Zweckes bedienen wird, sind:

1. Öffentliche Diskussionen über wirtschaftliche und politische Angelegenheiten, zu welchen jeder volljährige österreichische Staatsbürger freien Zutritt haben wird. Die Diskussionen werden durch Informationsvorträge von Kapazitäten der Theorie und Praxis des jeweils behandelten Gebietes eingeleitet; an der darauf folgenden Wechselrede kann sich jedermann beteiligen. Die Ergebnisse dieser Beratungen werden nach Möglichkeit praktisch verwertet. Derartige politische und wirtschaftliche Diskussionen sollen auch außerhalb Wiens abgehalten werden.

2. Die Gründung von Volksberatungsstellen in und außerhalb Wiens. Die Leitung jeder Volksberatungsstelle wird ein als Volksrat bezeichneter Obmann innehaben. Der Volksrat hat die Aufgabe, a) in seinem Bezirke öffentliche politische und wirtschaftliche Diskussionen abzuhalten, b) Anfragen, Beschwerden und Vorschläge, welche das Volkswohl betreffen, von jedermann entgegenzunehmen. Die für den Einbringer kostenlose Beantwortung und Erledigung seiner Eingabe an die Volksberatungsstelle wird entweder von dieser oder von der Zentrale der Volksberatung in Wien sachkundigen Experten zugewiesen.

Ergebnisse der Volksberatung, die für die Wiederaufrichtung der Wohlfahrt unseres Volkes und Vaterlandes von ausschlaggebender Bedeutung zu sein versprechen, werden durch die Zentrale des Vereins „Volksberatung“ in Wien der Regierung vorgelegt werden. Ein praktischer Erfolg ist hiervon natürlich nur dann zu erwarten, wenn die Regierung die Ueberzeugung gewinnt, daß die ihr vorgelegten Vorschläge des Vereins „Volksberatung“ wirklich den Ausdruck des Volkswillens darstellen, und dazu ist die Teilnahme einer möglichst großen Anzahl zielbewusster Männer ohne Unterschied ihrer Partei an der „Volksberatung“ erforderlich.

Gestützt auf eine große Zahl Gleichgesinnter, werden wir die Maßnahmen, die wir als erforderlich und richtig erkannt haben, mit aller Energie durchzusetzen trachten.

Deshalb rufen wir hiermit alle volljährigen Mitbürger auf, ohne Zögern dem Vereine „Volksberatung“ beizutreten.

Ganz besonders bitten wir jene Mitbürger, welche sich dazu geeignet fühlen, die Gründung einer „Volksberatungsstelle“ in ihrem Sprengel durchzuführen, sich beim Verein „Volksberatung“ schriftlich oder mündlich zu melden.

Der Verein „Volksberatung“ hat seinen Sitz in Wien, 9., Spitalgasse 31, der Mitgliedsbeitrag ist der Selbsteinschätzung jedes einzelnen überlassen, der Mindestbeitrag ist 2 K. jährlich.

Kein Mitbürger trete aus Gleichgültigkeit oder falscher Bescheidenheit zur Seite! Jeder bedenke, daß auch ihn die Not des Vaterlandes ruft!

Der Verein „Volksberatung“ wird in nächster Zeit drei Reihen öffentlicher Diskussionen einleiten, und zwar über:

1. Vermögensabgabe (einführender Redner Hofrat Professor Dr. Hans Sperl);

2. Freie oder gebundene Wirtschaft? (Einführender Redner Handelskammersekretär Doktor Otto Conrad).

3. Die Wohnungsnot (Einführender Redner Dr. Siegmund Schilder, Privatdozent für Nationalökonomie.)

Der Beginn der Diskussionen wird bekanntgegeben werden.

Für das Präsidium des Vereins „Volksberatung“:

Univ.-Staatsprofessor Dr. R. Stigler, m. p.

Dr. Franz Stöhr, m. p. Josef Roggler, m. p.

Dr. J. A. Zibert, m. p.

Der Economist.

Tagung der Wirtschaftsverbände Oesterreichs, Ungarns und Deutschlands.

Baden, 31. Mai.

Den ersten Gegenstand der meritorischen Beratungen bildete das Thema: „Die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Ostfriedens für die Mittelmächte.“ Die Referate erstatteten Reichstagsabgeordneter Geheimrat v. Nagy für Ungarn, Reichsratsabgeordneter Friedmann für Oesterreich und Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann für Deutschland.

Geheimrat Franz v. Nagy zieht eine Parallele zwischen unserem politischen Verhältnis zu Rußland vor dem Kriege und jener Situation, die sich infolge des Friedensschlusses in Brest-Litowsk ergeben hat. Durch den Friedensschluß hat der feste Druck von Rußland aufgehört und eine neue politische Perspektive ergibt sich nach Osten hin. Es kam nicht nur ein Friede zustande, sondern es wurde eine neue politische Situation geschaffen, die einerseits aber nicht die volle Sicherung im Osten bedeutet, weil das durch Beharabien vergrößerte Rumänien und die serbischen und südslawischen Bestrebungen zur größten Vorsicht gemahnen. Wir sind entschlossen, mit der Republik, die an Stelle des alten Rußland entstand, ein freundliches wirtschaftspolitisches Verhältnis zu schaffen. Es darf jedoch nicht geleugnet werden, daß das gemeinsame Austreten unserer Monarchie mit Deutschland gewisse Schwierigkeiten im Gefolge hat. Ungarn ist ebenso wie die Ukraine und Rußland ein Agrarstaat, daher bestehen zwischen uns und Deutschland hinsichtlich der Einfuhr aus dem Osten immerhin gewisse Interessengegensätze, die aber überbrückt werden können. Für Ungarn bedeutet es in gewisser Hinsicht eine Gefahr, wenn wir die Rohprodukte aus dem Osten tollfrei einführen lassen und Deutschland dagegen uns gegenüber die bisher bekundete Zollpolitik aufrecht erhalten sollte. Zur Vermeidung dieser Schwierigkeiten ist eine Vorbedingung, daß Deutschland seine Zollschranken unseren Produkten öffne, in welchem Falle wir im Wirtschaftsverkehr mit Deutschland, betreffend die Ukraine und Rußland, leicht zu einem Uebereinkommen gelangen werden. Der ungarische Standpunkt kann nur dahin gehen, daß eine gemeinsame Aktion im Osten bloß für den Fall eingeleitet werde, wenn diese Fragen zwischen uns und Deutschland vollständig geklärt sind.

Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann hob in der Einleitung seines wirkungsvoll vorgetragenen, wiederholt mit lebhaften Beifallskundgebungen aufgenommenen Referates die Gesichtspunkte hervor, die für einen siegreichen Frieden in Betracht kommen: Die Erkenntnis unserer Feinde, uns niemals besiegen zu können — die Unmöglichkeit, uns wirtschaftlich niederzuringen, die Hoffnung auf den Frieden, die sich angesichts mannigfacher Bersehungsercheinungen als nichtig erweisen, die ersten Friedensschlüsse in diesem Weltkriege haben die Mittelmächte vom russischen Apdruck befreit. Für die politische Neuorientierung im Osten sei die Tatsache des Zerfalls des alten Rußland von Bedeutung. Der Ablösungsprozeß, der sich im Osten vollzogen, wird zum mindesten die Zusammengehörigkeit in alter Form nicht wieder herstellen. Der Referent wendet sich gegen jene, welche im Ostfrieden den Schlüssel für einen Annexionsfrieden erblicken und von der irrigen Ansicht ausgehen, daß ein annexionsloser Frieden Sicherheit für die Zukunft verbürge. Diesem Standpunkt gegenüber sei die Frage berechtigt, ob auch nur einer der Gegner, wenn ihm der Sieg beschieden gewesen wäre, auf dem Standpunkt des annexionslosen Friedens gestanden wäre. Abg. Stresemann streifte die Frage der Gestaltung des künftigen Verhältnisses zu Rußland. Dem Keim zu seinem Zerfall habe die Idee des Selbstbestimmungsrechtes gelegt, die von den russischen Gewalthabern selbst ausgeht. Diesen Zerfall aufzuhalten haben die Mittelmächte keinen Anlaß. Auf dem Balkan bereite sich eine Neuordnung vor. Bulgarien schwinde sich zur Balkanvormacht auf. Rumänien werde den Anschluß an die Mittelmächte suchen, in positiver Hinsicht sei es an sie durch Vertrag gebunden, negativ durch die Erfahrungen des Krieges. Es sei ein unumstößlicher Erfahrungssatz: Wer sich mit England verbündet, stirbt daran. Der Ostfrieden habe Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu praktischer gemeinsamer Arbeit gezwungen. Deutschland und Oesterreich-Ungarn als Kern Mitteleuropas müssen enger als je verbunden in die neue Situation hineingehen. Bei Besprechung des Ukrainer Problems, das in der Brotversorgung der Völker beider verbündeten Reiche gipfe, wandte sich der Redner gegen die Kritik des Vorgehens des Militärs, das dafür Sorge, daß die getroffenen Vereinbarungen aufrecht gehalten werden. Er bekannte sich im Gegensatz zu seinem früher eingenommenen Standpunkte als Anhänger einer gemeinsamen Handelspolitik zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. In entschiedener Weise trat Abg. Stresemann für ein Schutzbündnis mit der Tendenz völliger Vereinheitlichung mit dem Abbau der Zölle ein.

Abg. Friedmann weist auf die ungeklärten Verhältnisse hin und warnt vor zu optimistischer Auffassung. Die Randstaaten wollen zum Teil ihre Selbständigkeit, aber nicht den völligen Bruch mit Rußland. Wir werden ihnen in allen Beziehungen behilflich sein, aber ihre Freiheit wahren müssen und dürfen nicht den Verdacht aufkommen lassen, als ob wir sie um die Errungenschaften der Revolution bringen wollten.

Redner erörtert die Bedeutung des ukrainischen Problems, besonders mit Rücksicht auf Oesterreich, und wendet sich sodann der polnischen Frage zu. Keine Lösung wird vollständig befriedigend sein. Aber sie muß unter entsprechender Beobachtung auf die besonderen innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Oesterreichs erfolgen. Wie immer der Zusammenhang zwischen Polen und Galizien, beziehungsweise Oesterreich sein wird, auch wirtschaftlich drängt dieses Problem zur dauernden Gemeinsamkeit Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Abgeordneter Friedmann führt aus, daß hauptsächlich auf dem Wege des wirtschaftlichen Verkehrs die westliche Orientierung der Oststaaten angestrebt werden muß.

Wir wissen, daß wir der Bezüge aus Uebersee nicht werden entraten können, wie wir auch auf der Wiederanknüpfung weltwirtschaftlicher Beziehungen bestehen müssen, aber wir können soweit als möglich Abnehmer unserer östlichen Nachbarn werden. In der Ernährung müssen wir uns von Uebersee dauernd unabhängig machen und auch deshalb ist der innigste Zusammenschluß, wie er durch die bedeutsamen Beratungen im Großen Hauptquartier angebahnt wurde, unerlässlich. Damit kann ein neues Zwischen Europa in Anlehnung an Mitteleuropa und in weiterer Folge ein großes Gebiet vom Norden und Nordosten bis zum Süden und Südosten entstehen. Nicht um den Kampf fortzuspinnen, müssen wir uns vereinigen, sondern als sicherster Hort des Friedens für ganz Europa, aber auch stark genug, zu bestehen, falls unsere Feinde versuchen sollten, nach diesem Kriege den Wirtschaftskampf fortzusetzen.

**Die Tagung der drei Wirtschaftsverbände.
Audienz der drei Präsidenten beim Kaiser.**

Wien, 1. Juni.

Gestern empfing der Kaiser in seinem Aufenthaltsorte die drei Präsidenten der Wirtschaftsverbände in besonderer Audienz. Die Herren teilten dem Monarchen die begeistert aufgenommene Huldigungskundgebung der Tagung mit und Abgeordneter Friedmann berichtete über die Verhandlungsgegenstände der Tagung. Der Kaiser stellte eine Reihe konkreter Fragen über die Arbeiten der Verbände und nahm mit Freude zur Kenntnis, daß die wichtigsten Probleme des Ostfriedens und der gemeinsamen Sozialpolitik den Gegenstand der Beratung bilden. Er versicherte

dem Abgeordneten Friedmann gegenüber, daß er mit großem Interesse und mit Sympathie die Tätigkeit der Verbände verfolge, und gab die Versicherung der nachhaltigen Unterstützung ihrer Bestrebungen. Der Monarch sprach hierauf mit Geheimrat Paasche über dessen jüngste Reise nach Bulgarien und äußerte auch sein Bedauern über das Hinscheiden des Präsidenten Kaempf. Er wandte sich hierauf an Abgeordneten Baron Madarassy-Beck, erkundigte sich über dessen Tätigkeit als Abgeordneter und versicherte, daß er über die nützliche Arbeit der Verbände sich aufrichtig freue. Der Kaiser entließ hierauf die drei Präsidenten äußerst huldvoll.

Die mitteleuropäischen Wirtschaftsverbände über die zukünftige Sozialpolitik.

Wien, 1. Juni. Die letzte Verhandlung der Tagung der mitteleuropäischen Wirtschaftsverbände war der Beratung über die Richtlinien für die zukünftige Sozialpolitik der Mittelmächte gewidmet. Ministerpräsident Dr. v. Seidler hielt eine mit stürmischem Beifall aufgenommene Ansprache. Der Gedanke einer über einen normalen Handelsvertrag hinausgehenden wirtschaftlichen Annäherung sei nicht neu. Der Krieg habe ihn aber gefestigt und vertieft, so daß er aus dem Bewußtsein der Völker nicht verschwinden könne. Die Wirtschaftsverbände hätten diesen Gedanken stets gepflegt und sich dadurch ein wesentliches Verdienst erworben. Keiner der Beteiligten werde Herr oder Diener des anderen sein, sondern jeder dem anderen ein ehrlicher und aufrichtiger Bundesgenosse, nicht bloß auf dem Gebiete der Handelspolitik, sondern auch auf manchen anderen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens werde ein Zusammenarbeiten erfolgen.

Hierauf wurde ein Beschlusantrag betreffend Erleichterungen im Reiseverkehr zwischen den verbündeten Staaten angenommen, in dem die verbündeten Regierungen ersucht werden, den Passzwang zwischen den beiden Reichen ehestens aufzuheben.

Professor Dr. Alfred Manes (Berlin) besprach die Richtlinien für die zukünftige Sozialpolitik der Mittelmächte, besonders in bezug auf die Bevölkerungspolitik, die zweckmäßige Ernährung der Arbeiter.

Minister a. D. Franz Klein trat für weitere Annäherung der beiden Reiche auf sozialpolitischem Gebiete ein. Nach längerer Debatte wurde eine

Entschlebung

angenommen, in der darauf verwiesen wird, daß das Friedenswerk der Sozialpolitik von Deutschland, Oesterreich und Ungarn sich auch im Kriege als eine so starke Stütze erwiesen habe, daß ein Stillstand oder eine grundsätzliche Aenderung in der Sozialpolitik nicht in Betracht kommen könne. Es werde ein gleichmäßiges Vorgehen in der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern in Deutschland, Oesterreich und Ungarn gewünscht und auf die Notwendigkeit einer fortgesetzten Fürsorge für die Gesundheit, Lichtheit und Wohlfahrt der Arbeiterschaft hingewiesen, die Fortführung der künftigen Sozialpolitik Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns in Anlehnung an die bisher mit Erfolg betätigten sozialpolitischen Grundsätze und Ziele verlangt und ein gegenseitiges Annähern der in den drei Ländern vorhandenen Sozialgesetze und Einrichtungen als geboten angesehen. Eine einverständliche Regelung der Wanderbewegung und der Wander-gesetzgebung werde als notwendig hingestellt, ebenso wie die baldige Abschließung von gegenseitigen Abkommen zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn in Sachen der Kranken- und Unfallversicherung. Schließlich werde als ansrebenswert bezeichnet, daß in die mit den feindlichen Staaten abzuschließenden Friedensverträge die Bestimmung aufgenommen werde, daß diese Staaten im Gebiete der Sozialgesetzgebung und insbesondere der Sozialversicherung den Einrichtungen der Mittelmächte gleichkommende Anstalten schaffen.

Die Sozialpolitik der Mittelmächte.

⊠ Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Wien, 1. Juni.

Die heutige Tagung der Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbände befaßte sich mit der Aufstellung von Richtlinien für die Sozialpolitik der Mittelmächte. Ministerpräsident v. Seidler hielt eine längere Ansprache, deren Kernsatz war, daß es nach dem gemeinsamen Erleben von vier Kriegsjahren undenkbar sei, daß die drei Länder nicht noch viel enger und fester als bisher zusammengehen. Unter den Anwesenden befanden sich der deutsche Botschafter Graf Wedel, der Minister für soziale Fürsorge v. Mataja, Finanzminister Spitzmüller und Prinz Erbach vom deutschen Auswärtigen Amt. Den Vorsitz führten Reichsratsabgeordneter Friedmann und der Vizepräsident des Deutschen Reichstags Dr. Paasche.

Der deutsche Referent, Professor Dr. Alfred Manes, führte u. a. aus: Das Friedenswert der Sozialpolitik hat sich auch im Kriege als eine so starke Stütze erwiesen, daß ein Stillstand oder eine grundsätzliche Wendung nicht in Betracht kommen kann. Vor allem müsse man in der Fürsorge für Kriegsbeschädigte und für die Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern möglichst weitgehend und gleichmäßig vorgehen. Die deutsche soziale Gesetzgebung habe ihren Erfolge durch die Leistungen der deutschen Arbeiter bei den Sturmtruppen, wie in den Kriegsbetrieben auf das schlagendste bewiesen. Die Sozialpolitik sei ein untrennbarer Bestandteil moderner Wirtschafts- und Staatspolitik, ein Barometer für den Grad der Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit, zum Besten der Arbeiterschaft und Stärkung ihrer Widerstandskraft. Zwischen den Denkweisen der Arbeitgeber und Gewerkschaften bestehe eine weitgehende Übereinstimmung. Den erweiterten sozialen Rechten der Arbeiter muß die Erkenntnis ihrer sozialen Pflichten entsprechen. Zu der Sozialpolitik des Geldes muß eine solche des Verzens treten. Der Schillingengrabengeist muß der Fabrikgeist werden.

Der Dozent der Universität Budapest und Städt. Vizepräsident Dr. Ferencz sagte u. a.: Die sozialpolitische Annäherung kann nur den Ausgleich auf der Stufe des jeweils fortschrittlichsten Landes bedeuten. Die möglichste Erhaltung und Entfaltung der Wehrkraft und Arbeitskraft der drei Länder machen eine Regelung der Wanderarbeiter-Verhältnisse erforderlich, um ungarische Landarbeiter nach Deutschland anstatt nach Amerika zu bringen.

Der österreichische Referent Justizminister a. D. Dr. Klein sagte: Der Unterschied zwischen Krieg und Frieden dürfe sozialpolitisch nicht zu grell sein. Was recht und billig war, als man mit Erfolg Krieg führen wollte, müsse auch dann weiterbestehen, wenn Staat und Gesellschaft vor dem schweren Werk stehen, sich aus Blut und Verwüstung wieder aufzuraffen. Ein allzu starkes Hervorheben des Gedankens der staatlichen Selbständigkeit durch die Regierungen enthalte eine Gefahr für die Annäherung der drei Länder. Wo eine Annäherung möglich ist, setzt das zwischenstaatliche Ausgleichen einen Verzicht auf staatliche Selbständigkeit voraus. Man kann nicht zugleich eine Annäherung wollen und unter Berufung auf die Selbständigkeit des Staates die Wirkung der Annäherung verringern.

Die Tagung der drei Wirtschaftsverbände.

Wien, 4. Juni.

Geheimrat Baasche, der Präsident des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes und der Vizepräsident dieses Verbandes Direktor Sobernheim versammelten Samstag abend nach der Tagung die offiziellen Persönlichkeiten und die Mitglieder der Ausschüsse zu einer geselligen Zusammenkunft im Hotel Imperial, in welcher erschienen waren: Ministerpräsident Dr. v. Seidler, die Minister Freiherr v. Bießer, Dr. Mataja, v. Homan und v. Ewarsowski, der sächsische Gesandte Graf Kostig, die Geheimen Räte Dr. Exner, Dr. Klein, Dr. v. Spitzmüller, Kiehl, v. Nagh, Dr. Pattai und Bizegouverneur der Oesterreichisch-ungarischen Bank v. Gruber; der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor v. Landwehr, Oberstleutnant v. Hoffmann, Major Frömmel und andere deutsche Vertreter beim Kriegsministerium und sonstigen Behörden; Herrenhausmitglied Simsky, Präsident v. Landesberger, Generalsekretär v. Schmid, Direktor v. Neurath, Direktor Hammerichlag, Präsident Dotter, Präsident Schiel, die Abgeordneten Dr. Stresemann, v. Langenhau, Oberbaurat Heine, die Professoren Maues, Dr. Ferenczy und Stein, Syndikus Brandt des Deutsch-Oesterreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes

sowie die Sekretäre des ungarischen und des österreichischen Verbandes S. Vanji und Professor Kobatch u. a.

Direktor Sobernheim begrüßte die Anwesenden, dankte insbesondere der österreichischen Regierung für das hohe Interesse und die wertvolle Unterstützung der Tagung, dem Handelsminister für den den Wirtschaftsverbänden gegebenen Nachmittagsempfang sowie dem österreichischen Verbande für die gastfreundliche Aufnahme und hieraus gelungene Durchführung der Veranstaltung. Abg. Friedmann dankte ebenfalls der Regierung für die Unterstützung sowie den Veranstalter des Abends und begrüßte die Gäste aus Ungarn und Deutschland. Der Bündnisgedanke sei wohl dank außerordentlich günstiger Ereignisse nunmehr von allen maßgebenden Stellen anerkannt worden, aber hauptsächlich deshalb, weil dieser Gedanke, den die Wirtschaftsverbände seit ihrem Bestande mit so großem Erfolge vertreten, sich als ein richtiger erwies.

Der Präsident des ungarisch-deutschen Wirtschaftsverbandes Abg. Baron Madarassy-Bock dankte dem österreichischen Verband für die außerordentlich gelungene Veranstaltung, die allen Gästen den diesmaligen Aufenthalt in Wien unergötzlich machen werde, und hob die Verdienste der Referenten hervor, die eine denkwürdige Arbeit geleistet haben, wobei er insbesondere des Abg. Stresemann gedachte, der durch die Kraft seiner Ueberzeugung auf alle Anwesenden so positiv wirkte und sich als der würdige Vertreter deutscher Energie und Stärke erwies. Geheimrat Dr. Pattai feierte die großen Triumphe der deutschen Waffen und erhoffte von ihnen die endgültige und glorreiche Beendigung des Krieges, was zweifellos auch den Sieg des Bündnisgedankens in wirtschaftlicher Hinsicht nach sich ziehen würde. Die Gesellschaft blieb lange in angeregter Stimmung beisammen und unterhielt sich über wirtschaftliche und politische Tagesfragen.

Ein neues Ermächtigungsgesetz für Ubergangswirtschaft.

Wiedereinrichtung des freien Handels.

Das Reichswirtschaftsamt bereitet einen Entwurf für ein neues Ermächtigungsgesetz über die Ubergangswirtschaft vor. Bis zum Erlaß dieses Gesetzes werden die dringlichsten organisatorischen Maßnahmen durch Verordnungen des Bundesrats getroffen. Der Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe wird fortlaufend durch Vorlage der Entwürfe zu den Verordnungen unterrichtet. Diese Verordnungen unterliegen dann der Entscheidung des Bundesrats und gehen nach dessen Zustimmung dem Reichstage auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 zu, der dann in der Lage ist, Beschluß zu fassen, ob er die Aufhebung dieser Verordnungen verlangen will oder nicht.

Dem Reichstag ist ein stehender Teilbericht des Ausschusses für Handel und Industrie über die Ueberführung der Krieges- in die Friedenswirtschaft zugegangen. Aus einer Rede, die der Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt Dr. Göppert vor diesem Ausschuss gehalten hat, verdienen einzelne Ausführungen allgemeines Interesse: Ein rücksichtslos nach Schluß des Krieges einsehender Kampf ums Dasein würde vielleicht dem Wirtschaftsleben noch größere Umwälzungen bringen als der Krieg. Auf gewissen Gebieten werden nach Ansicht Göpperts sogar Produktionsvorschriften nicht zu umgehen sein. Denn die Arbeiterhose wird uns wichtiger sein als der leichte Damenstrumpf und die Mullgardine weniger wichtig als das grobe Hemd, und solange das Leder nicht ausreicht, uns mit Schuhwerk zu versorgen, und ausreichende Gehäute für Lastfuhrwerke herzustellen, werden wir wohl auf die Fabrikation von leichten englischen Rennmätteln und eleganten Lederkoffern kein Gewicht legen dürfen. So rät der Grundsatze der gleichmäßigen Beschäftigung aller Betriebe möglicherweise eine Einschränkung erfahren müssen.

Die Gebiete, in denen besondere Maßnahmen nicht erforderlich sein dürften, seien jene, die allein oder so gut wie allein auf inländischen Rohstoffen basieren, insbesondere die Kohle, und vielleicht werde der Kohlenkommissar am ehesten verschwinden können. Für Porzellan und Glas, ferner Eisen, weitere große Teile der chemischen Industrie, Kalk, auch Zucker und Spiritus, Zement, Kalk, auch die Ziegelfabrikation werden dann eine Überwachung und Kontrolle, eine Kontingentierung nicht erforderlich sein.

Anders liegt es bei den industriellen Gebieten, die basieren auf ausländischen Rohstoffen und Waren. Es handelt sich um zwei Gruppen. Die eine ist die, in der zurzeit in den Produktionsländern großer Ueberschuß herrschte infolge der Knappheit der Tomago. Bei der handelt es sich dabei um recht unbedenkliche Waren, bei deren Zulassung zur Einfuhr die Minderheit auf unsere Valuta voraussichtlich zu einer Einschränkung zwingen wird. So ist eine gewisse Überwachung in Aussicht genommen für die Einfuhr von Kaffee und Tee. Ein großer Teil der Rohstoffe aber, die wir vom Ausland beziehen müssen, befindet sich in einer Lage, daß wir mit Sicherheit mit der Notwendigkeit einer Regelung der inneren Wirtschaft rechnen müssen. Dr. Göppert nannte hier Leder, Oel und Fette, die unedlen Metalle, Schwefelkies, Phosphate und vor allem unser Sorgenkind die Zellulose.

Der Unterstaatssekretär fügte hinzu, es sei in Aussicht genommen, bei der Lieferung der Rohstoffe, mögen sie in großen Mengen vorhanden oder knapp sein, grundsätzlich den freien Handel einzuschalten, und nur da, wo es die Interessenten selbst als unerlässlich erklären, einen zentralisierten Einkauf einzutreten zu lassen. Zur Regelung der Produktion, soweit sie erforderlich ist, sollen möglichst die bestehenden Organisationen bemüht werden. Allerdings geht Dr. Göppert zu, daß die meisten dieser Kriegsorganismen sich nicht ohne weiteres zur Verwendung in der Ubergangswirtschaft eignen, weil sie zum Teil in der Not, in großer Eile geschaffen, zum Teil auf etwas schmaler Basis errichtet sind. Es besteht die Absicht, diese Organe in voller Uebereinstimmung mit der Kriegesrohstoffabteilung zu Selbstverwaltungskörpern der Industrie umzugestalten, in der die beteiligten Kreise zunächst vertreten sind.

5. / 11. 1918

Der Bürgermeister über Wirtschaftsfragen.

In Hopfners Parkhotel sprach gestern Bürgermeister Dr. Weiskirchner vor christlichsozialen Parteigenossen über politische Fragen und Wirtschaftsprobleme. Der Bürgermeister bezeichnete die Höchstpreispolitik der Regierung als „Tragödie“, die zentrale Bewirtschaftung als unzulänglich. Konsumentenvertreter fordern daher die größte Straffheit im staatlichen Aufbringungsdienste, halten die bisherigen Zwangsmaßnahmen der Regierung für unzureichend und fordern als Krönung des bisherigen Systems die Ausgestaltung der Zentralenwirtschaft als Monopolwirtschaft. Mit schlagenden, aus der Praxis geschöpften Argumenten und jäher Leidenschaft fordert eine neue Schule der Freihändler die sofortige Beseitigung der Zentralen und Wiedereinsetzung des Kaufmannstandes in seine langentzogenen Rechte. Nach meiner Meinung wäre die sofortige radikale Beseitigung der Zentralen ein Sprung ins Dunkle. Mit einem Gefühl der Sicherheit wird aber eine ihrer Verantwortung bewusste Regierung nur einen Weg betreten können: mit dem Abbau der zentralen Bewirtschaftung unter Heranziehung und Einschaltung des legitimen Handels sofort zu beginnen. Versuche, den legitimen Handel unter ähnlichen Vor-sichten wenigstens in den Verteilungsapparat großer Konsumplätze einzugliedern, sind bereits von Erfolg begleitet gewesen. Einem Konzern von Großkaufleuten wurde von der Gemeinde Wien die Aufgabe übertragen, die von der Behörde bestimmten Teilmengen von Mahlprodukten von den Lagerstellen an die Detailabgabestellen zuzustreifen, zur Detailabgabe wurden die Kleinverschleifer in einer der räumlichen Ausdehnung Wiens einerseits und der nötigen Kontrolle anderseits entsprechenden Zahl herangezogen. Da sich dieses Verteilungssystem nach Ueberwindung einiger Anfangsschwierigkeiten voll bewährte, hat die Gemeinde Wien sich auch bei der Verteilung der anderen nach und nach der staatlichen Bewirtschaftung unterworfenen Artikeln (Petroleum, Marmelade, Gemüse, Fett, Kartoffeln, Zucker, Kaffee etc.) unter ähnlichen Vor-sichten dieses Apparates mit Erfolg bedient. Vielleicht weist dieser gelungene Versuch den Weg zu einer Lösung des schwierigen Problems. Ebenso wie im Verteilungsdienste kann unter den erforderlichen Vor-sichten auch im Aufbringungsdienste von Lebensmitteln die sukzessive Einschaltung des Handels versucht werden. Diese Gelegenheit wird sich voraussichtlich in der Uebergangswirtschaft ergeben.

Der Bürgermeister schloß mit der Versicherung, daß die Gemeinde Wien ihre Kriegspflicht erfüllt habe.

Tauschhandel.

Er bedeutet eine Art Selbsthilfe kluger Leute gegen den schier nicht einzudämmenden Kettenhandel. Trotz aller Ermahnungen und Verordnungen blüht dieser wie eh und je. Er ist eine feste Einrichtung geworden, die derart verankert erscheint, daß die Entwurzelung, ein Ausrotten nunmehr unmöglich geworden ist. Die Geizigen, die Erbsosten von früher haben sich daran gewöhnt, die ständige Nebenart zu gebrauchen: Mein Kettenhändler . . . Es ist so weit gekommen, daß man froh ist, wenn man einen gefunden hat. Die Bischöfe der Nahrungsmittelknappheit, die ebenfalls unheilbar erscheint, begünstigt die Existenz solcher Erscheinungen und man muß leider feststellen, daß es immer mehr Leute gibt, die imstande sind, die ungerechtfertigtesten und exorbitanten Preise zu bezahlen. Wie die Leute das machen, das ist nicht nur den anderen, sondern auch ihnen selbst ein Rätsel. Diese Zustände einerseits, die damit im Zusammenhange befindliche Tatsache der weiter schreitenden Entwertung des Geldes haben die Rückkehr zum Tauschhandel veranlaßt. Es ist eigentlich noch nicht ganz klar, was die Folge, was die Ursache gewesen ist: ob die Steigerung der Warenpreise infolge der Geldentwertung eingetreten ist oder ob diese die Voraussetzung für jene Folgen gewesen ist. Kurz und gut. Es gibt Leute, die bemüht sind, wenn es irgendwo angeht, das Geld als Mittler vollständig auszuscheiden. Sie tauschen Ware gegen Ware und halten es bei aller Ausnutzung der Konjunktur mit einer anerkennenswerten Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit.

Es ist leicht verständlich, daß zur Eröffnung solchen Tauschverkehrs wieder eine bestimmte Voraussetzung nötig ist: man muß sich im Besitz eines Objekts befinden, das sich verlohnt, veräußert zu werden. Nun wird man allerdings behaupten dürfen, daß heute alles Erdendliche irgendwie in Betracht kommt. Was der Eine entbehren kann, bedeutet für den Partner das Notwendige. Nun zeigt es sich, daß sich der Tauschhandel vorläufig in den Provinzstädten immer größerer Beliebtheit erfreut. In Wien ist man noch nicht zu jener Stufe der Primitivität zurückgekehrt, auf der sich etwa die Neger der Goldküste noch vor ganz kurzer Zeit befunden haben, zu denen die Kulturvölker, die einander gegenwärtig den Garaus machen, die Missionäre geschickt haben, die den Fortschritt zugleich mit den bei den Schwarzen so sehr beliebten Glasperlen in der Tasche mit sich führten. In Wien hört man eben nur von vereinzelten Fällen von Tauschhandel. Wer glücklicher Eigentümer irgend einer Sache ist, der erfreut sich dieses Besitzes und läßt sich von den weniger Glücklichen darum beneiden.

Auf dem Lande, in der Nähe des Landes ist dem nicht mehr so. Da wird getauscht, daß es eine Freude ist. Ein Blick in die Grazer Zeitungen beispielsweise erfährt eine Fülle von Material. Zwei Meter schwarzer Hutfant wird da gegen zwei Spulen Zwirn ausgedoten. Allerdings muß jede von ihnen 1000 Yards enthalten und außerdem wird Friedensware — ausdrücklich — verlangt. Ein anderer ist bereit, für ein Kilo Würfelzucker sechs Kilogramm Kartoffel auszufolgen. In Wien besorgt beides der Preistreiber. Bequemer zwar, aber teurer. In Graz vertauscht ein Dritter Petroleum gegen Schlinggarn Nummer 30, ein Viertel ist bereit, Zement, Soda, Touristengürtel, Sitzbadewanne, Herrenglacéhandschuhe ebenfalls gegen Kartoffel abzugeben. Es kommt diesem nicht darauf an. Am Ende tauscht er auch eine Ziehharmonika gegen die kostbare Knollenfrucht ein, denn was bedeutet die herrlichste Musik — die nicht imstande ist, den knurrenden Magen zu über-tönen — gegen die volle, dampfende Schüssel . . .

Wer gibt 10 Kilo Mehl gegen eine Begehene? fragt ein anderer kategorisch. Er gibt seine Sprechstunde an, er ist bereit, täglich eineinhalb Stunden seiner kostbaren Zeit der Erledigung dieses wichtigen Themas zu widmen. Schließlich steht es ja da für. Wieder ein anderer gibt Laugenstein für frische Eier. So auf dem Lande. Und man muß sich wirklich fragen, ob dieses System nicht viel praktischer und gesünder ist? Das ist eben der Ausgleich, der immer vorhanden ist. Auf der einen Seite der weiter ausgreifende Fortschritt, die geradezu mit Siebzigmeilenstiefeln vorwärtsjagende Entwicklung, Unterseekreuzer mit märchenhaftem Aktionsradius, Riesengeschütz von Julaß Bernesehen Möglichkeiten . . . Und auf der anderen Seite die friedlichen Tauschhandel treibenden Völker, die demnach auf eine Kulturstufe zurückgefunden haben, die sich sozusagen im Partierre befindet und mit der verglichen, jene, die die Hautmuschel verwendete, im ersten Stockwerk gelegen war!

Uebergangswirtschaft.

Als im vorigen Jahre die Reichsregierung durch Schaffung der Stelle eines Kommissars für Uebergangswirtschaft in weite Kreise der Industrie und des Handels die Idee einer Fortsetzung der Wirtschaftsbindung nach Friedensschluß warf, und die Kämpfe und Gruppierungen um diese Idee einsetzten, hat Georg Bernhard die hierdurch aufgeworfenen Fragen in einer größeren Reihe von Aufsätzen in der von ihm herausgegebenen Finanzwochenschrift „Plutus“ behandelt. Diese Abhandlungen sind jetzt in einem Heft unter dem Titel: „Uebergangswirtschaft“ im Verlage von Karl Siegmund (Berlin) erschienen. Inzwischen ist das Reichswirtschaftsamt gegründet worden und hat bereits ein gut Stück Arbeit zur Organisation der Uebergangswirtschaft geleistet; inzwischen ist auch der Widerstand gegen diese Pläne organisiert worden (so z. B. im Hansabund) und der Kampf der Geister ist in vollem Gange. Das Buch kommt also gerade zur rechten Zeit für alle die, die Stellung hierzu nehmen und sich über die grundlegenden Gedanken des Problems unterrichten wollen.

Die Darlegungen haben trotz der seitdem vollzogenen Entwicklung nichts von ihrem zeitgemäßen Wert eingebüßt. Manches, was Bernhard damals gefordert hat, ist schon heute verwirklicht, so z. B. die Vereinheitlichung der Organisation unter Leitung des Reichswirtschaftsamts. Manches, was der Verfasser vorausgesagt hat, ist eingetroffen. So hatte er s. Z. behauptet, daß der ungünstige Stand der deutschen Devisen zu einem guten Teil auf Baisse-Manöver unserer Gegner zurückzuführen ist, und daß schon beginnende Friedensverhandlungen den Stand der Marknotierungen auf den ausländischen Plätzen heben werde. Schon die Friedensverhandlungen mit Deutschland östlichen Feinden haben diese für uns günstige Bewegung, wie bekannt und wie in dem Buch durch einige beachtenswerte Zahlenzusammenstellungen nachgewiesen wird, eingeleitet. Ferner wird die Verbindung der Reeder zum Zwecke der Frachtraumverfügung vom Reichswirtschaftsamt ziemlich genau in den Formen vollzogen, die Bernhards Feder vorgezeichnet hat. Das meiste seiner Planungen aber ist naturgemäß noch unerfüllt, andererseits indessen durchaus nicht aufgegeben; die Zeit der Erfüllung wird erst mit dem Friedensschluß, zum Teil erst in Jahrzehnten herangerückt sein; die Gedankengänge handeln eben „von kommenden Dingen“.

Eine Befreiung der Wirtschaft von allen staatlichen Fesseln, eine sofortige Wiedereinsetzung des Grundsatzes der freien Konkurrenz wird von Bernhard für unmöglich gehalten. Die Arbeiter müssen bei der Demobilisierung der Rohstoffe, solange sie nicht in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, den Unternehmungen je nach ihrer Wichtigkeit für das Ganze des Wirtschaftskörpers planmäßig zugeführt werden. Der Frachtraum muß für die wichtigsten Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden. Die Rederei darf deshalb die Wiedereinrichtung ihrer Linienschiffahrt nicht als das Wichtigste ansehen, jedes Schiff muß dorthin fahren, wo es im Augenblicke am dringendsten gebraucht wird. Die Ausnutzung des Frachtraums hat nach inländischen Bedürfnissen, nicht nach ausländischen Aufträgen zu erfolgen. Die Umstellung der Gütererzeugung muß nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen geleitet werden. Unternehmungen, die nur im Kriege ihre Berechtigung hatten, später aber wegen ihrer frachtlichen Lage oder der Unvollkommenheit ihrer Einrichtungen unrentabel werden, dürfen nicht künstlich gehalten werden. Bei dieser Umstellung wird die Ernährung des Wirtschaftslebens voranstehen müssen; die Fabriken, die Kohlen und Eisen, Träger, Schienen, Lokomotiven, Wagen, Schiffe usw. erzeugen, sind in der Rohstoffversorgung zu bevorzugen. Die Träume unserer Feinde, uns dauernd von den Rohstoffmärkten der Welt abzuschließen, werden zwar beim Erwachen aus dem Kriegsrorschuss zerfließen, aber die Gefahr eines festeren Zusammenschlusses des englischen Imperiums, die Wiederaufnahme Cromwellscher markantillistischer Ideen und damit das Versagen aller aus englischen Kolonien stammenden Rohstoffe bleibt bestehen. Ein großer Teil der in der Kriegsnot gefundenen, als wertvoll erwiesenen Ersatzmittel muß durch die Einfuhrpolitik geschützt werden.

Recht eingehende Einzelausführungen sind der Gestaltung der Einfuhrgesellschaften gewidmet. Sie sollen durchweg privatrechtlich und privatwirtschaftlich aufgezogen werden. Wo Einkauf mit Auktionen und Börsen in Betracht kommt, ist die zentralisierte Zusammenfassung erwünscht, wo jedoch die notwendige Warenmenge nur durch eine Vielheit der Käufer gesichert werden kann, ist Dezentralisation und weitgehende Freiheit des Einkaufs vorzuziehen. Schlußschemenzwang, Anmeldepflicht und Vorkaufsrecht des Reiches kann hier das allgemeine Interesse schützen.

Die Stützung unserer Valuta fordert eine Devisenkontrolle ähnlich, wie sie während des Krieges durch die Reichsbank bereits ausgeübt wird. Darüber hinaus soll jeder Geschäftsmann gehalten sein, an jedem Ultimo eine Aufstellung aller seiner Forderungen ans Ausland der Reichsbank einzureichen. Für Kapitalanlagen im Ausland, für den Besitz ausländischer Wertpapiere wird eine Anmeldepflicht eingeführt werden müssen. Aber auch der Kapitalbedarf der inländischen Unternehmungen muß rationiert werden. Das geschieht in einer am wenigsten lästigen und zugleich rechtzeitig wirksamen Art dadurch, daß

die Banken vertraulich der Reichsbank regelmäßig Auskunft über Höhe und Frist der von ihnen gewährten Kredite geben.

Das sind in groben Umrissen die Grundsätze, die Bernhard für die Uebergangswirtschaft aufstellt. Grundsätze ruhen letzten Endes auf Glaubenssätzen. So auch hier. Der Verfasser glaubt nicht an eine kurze Dauer der Uebergangswirtschaft; schon unwillkürlich nicht, weil sie nicht die Aufgabe hat, die gegenwärtige Kriegswirtschaft zu der Verfassung zurückzuführen, die am 2. August 1914 verlassen worden ist. Sie ist vielmehr die Ueberleitung zu dauernd neuen Wirtschaftsformen, für die Entwicklungsansätze schon in den letzten Friedensjahrzehnten deutlich sichtbar waren. Der Krieg hat die notwendige Entwicklung nur beschleunigt. Die Kartellierungen der Unternehmer, die Vertrustungen in wichtigen Industriezweigen, die Organisationen der Arbeiter zeigen, daß dies Streben der Wirtschaftsgestaltung fortführt vom freien Spiel der Kräfte, von der Anarchie der Produktion zu einer gebundenen Wirtschaft. Der Organisationsgedanke wird leitend für alle Zukunftsgebilde des Wirtschaftskörpers sein. Die Organisation ist die Trägerin einer neuen und höheren Wirtschaftsethik. Darum wird der Staat auch zu einer Zwangsorganisation schreiten. Ein Staatssozialismus muß nicht aus dieser Entwicklung hervorgehen, namentlich dann nicht, wenn die Unternehmung, anstatt sich dem neuen Gestaltungswillen entgegenzustellen, mit an seiner Durchsetzung arbeitet. Das Ziel ist die staatlich kontrollierte Wirtschaft, innerhalb deren das Erwerbsinteresse der Unternehmer, Wagemut und Tatkraft noch durchaus sich entfalten können. Die Volkswirtschaft als Ganzes ist dann gleichsam eine „gemischt-wirtschaftliche Unternehmung“. Diese Wirtschaft wird zugleich — Bernhard zeigt das an vielen Einzelheiten — die produktive Kraft aufs höchste Maß steigern und sie ist somit schon um dessen willen notwendig, weil nur sie die ungeheuren Wertverluste durch den Krieg ersetzen kann. Das Bernhardsche Buch ist eine Umgeißelung der an den großen Neugestaltungen arbeitenden, heimlichen Kraft in die Formen des Gedankens; gleichzeitig aber auch ein Teil von seiner Kraft selbst.

A. D.

Die Banken in den ersten vier Kriegsjahren.

Die nachstehenden Ausführungen bilden den wichtigsten Teil einer Denkschrift, die vor einiger Zeit einer hochstehenden Persönlichkeit überreicht wurde. Da durch die Schaffung des „Neuen Abend“ nun wieder die Möglichkeit geboten ist, kritische Gedanken über das Bankwesen nicht nur einem geistvollen und vorurteilslosen Manne, sondern der Öffentlichkeit mitzuteilen, so sei von der lang entbehrten Gelegenheit Gebrauch gemacht, ohne Angst, die Pflicht der Diskretion zu verletzen, denn der Empfänger der Denkschrift hatte die Güte, zu bedauern, daß es — damals — unmöglich war, die Ziffern und was sie lehren, vor die Öffentlichkeit zu bringen. Seine tiefe Einsicht ließ ihn erkennen, daß es für das öffentliche Wohl, aber auch für die Banken notwendig ist, das Übermaß der Ausschreitungen durch offene Erörterung einzudämmen. Indem sich die Banken das Lob oder zumindest das Schweigen der Presse sichern, erkaufen sie das augenblickliche Wohlbehagen ihrer Leiter mit den schwersten Schädigungen ihrer Grundlagen und der ernstesten Bedrohung ihrer Zukunft; die unabhängige Kritik mag unbequem sein, das bezahlte Lob ist schädlich.

Mit Weglassung der Stellen, die sich auf die Unterdrückung der Kritik bezogen haben, lauteten die Ausführungen wie folgt:

Tiefgehende soziale Unruhe hat nicht nur die Kreise erfasst, die man mit einer nicht mehr zutreffenden Einschränkung „proletarisch“ zu nennen pflegt, sondern reicht bis weit hinauf in den Mittelstand, sowohl in die selbstständig erwerbenden Schichten wie zu den Festangestellten ohne Ausnahme. Nicht nur das Mißverhältnis zwischen dem Einkommen und den Kosten der Lebenshaltung ist daran Schuld; unter den Ursachen dieses Zustandes eine der wichtigsten ist die steigende, anscheinend durch nichts eingeschränkte Macht des Finanzkapitals. Zusehen zu müssen, wie diese Macht durch die unheimliche Vermehrung der eigenen und fremden Geldmittel in den Bankkassen und die Umgestaltung und Vermehrung einflussreicher Beziehungen unaufhaltsam gesteigert wird, trägt vielleicht mehr als die schwersten Entbehrungen dazu bei, die Gemüter zu bedrücken und das Durchhalten schwer zu machen. Nicht Neid bewirkt dies, sondern Angst, denn zufolge der wachsenden Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge mit den politischen und sozialen, weiß man, daß das Finanzkapital, indem es immer mehr und mehr die Hand auf die großen und mittleren Industrien legt, die Erhöhung der Preise der Industrieerzeugnisse fast schrankenlos in der Hand hat. Und da jede Preissteigerung der Industrieerzeugnisse mittelbar oder unmittelbar auch zur Sinauffegung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und somit zur weiteren Verschärfung der Daseinsbedingungen führen muß, ist mehrfach und fast unerträglich der Tribut, den der Staat und jeder einzelne dem Finanzkapital entrichten muß.

Die von den Wiener Banken (mit Ausnahme der Oesterreichisch-ungarischen Bank) verwalteten eigenen und fremden Gelder betragen Ende des Jahres 1917 vierzehntausend Millionen (genau 14.560,050.922) Kronen.

Über diesen gewaltigen Betrag und damit über den Geldbedarf im Staatswesen und im Erwerbsleben, sohin auch über das wirtschaftliche Wohl und Wehe der Monarchie verfügen etwa sechzig Verwaltungsräte und Direktoren, ohne daß sie irgendwelcher anderen Verantwortlichkeit als der ihres eigenen Gewissens unterständen; ein solcher Zustand muß wohl in einer Zeit, die für jede öffentliche Gewalt bis zu den höchsten hinauf den Grundsatz der Kontrolle und Verantwortlichkeit verwirklicht hat, als befremdender Ausnahmezustand empfunden werde und Besorgnis erregen. Es ist bezeichnend, daß in einer der letzten Sitzungen des Wiener Gemeinderates ein angesehenes konservatives Mitglied der Mehrheit unter Zustimmung seiner Parteigenossen sagen durfte: „Die Geduld der Bevölkerung geht über das menschliche Begreifen und wenn die Regierung will, daß die Bevölkerung durchhält, so muß sie den Beweis liefern, daß in diesem Staate Gerechtigkeit herrscht, daß sich nicht auf der einen Seite nur Reichtümer ansammeln, auf der anderen Seite Not und Elend und nichts anderes entstehen könne.“

Sucht man Beweise für die Richtigkeit dieses Empfindens, so findet man sie durch Vergleichung des Zustandes der Banken unmittelbar vor dem Kriege und wie er sich aus den Rechnungsabzählungen für 1917 im Höhepunkte der Kriegsgelegenheiten ergibt.

Die Zusammenstellung bezieht sich auf folgende Banken: A. K. priv. österr. Kreditanstalt für Handel und Gernerbe; K. K. priv. allgemeine österr. Bodenkreditanstalt; Anglo-österreichische Bank; Wiener Bankverein; K. K. priv. österr. Länderbank; Unionbank; Niederösterreichische Eskomptegesellschaft; K. K. priv. allgemeine Verkehrsbank; Bank- und Wechselstubengeschäft „Merkur“; Depositenbank; Wiener Kommerzbank; Industrie- und Handelsbank; Lombard- und Eskomptebank; Zentralbank österreichischer Sparkassen.

Das Aktienkapital dieser vierzehn Banken hat im Jahre 1913 884 Millionen Kronen betragen; im Jahre 1917 war es 1119 Millionen Kronen; es ist sohin um 235 Millionen, auf 126½ v. S. gestiegen.

Die Reserven stiegen von 395.197 Millionen auf 598.480 Millionen, sohin um 201.283 Millionen, auf 150,6 v. S.

Das gesamte eigene Vermögen der vierzehn Banken ist sohin von 1.281.197 auf 1.617.481 Millionen, das ist um 436.283 Millionen, auf 141,7 v. S. gewachsen.

Daß die unausgesetzte und übermäßige Verstärkung der offenen und heimlichen Rücklagen schon längst nicht mehr der Sicherung der Dividenden, sondern der Mehrung des Bankvermögens und dadurch des Einflusses dient, zeigt mit zwingender Klarheit die Tatsache, daß die offenen Rücklagen bei der K. K. priv. Bodenkreditanstalt bei einem Aktienkapital von 60 Millionen 156¾ Millionen = 261¼ v. S., bei der Kreditanstalt bei einem Aktienkapital von 170 Millionen 120 Millionen = 70 v. S. betragen, also sicherlich weit mehr, als was sachungs- und erfahrungsgemäß zur Ergänzung der Dividende auf 5 v. S. jemals erforderlich werden könnte.

(Fortsetzung folgt.)

Vierteljähr. Bezugspreis: in Köln 8. 25 $\frac{1}{2}$, einschl. Bestellgeld, bei den auswärtigen Vertretungen 10. 50 $\frac{1}{2}$, einschl. Bestellgeld, bei den deutschen Postanstalten 9. 80 $\frac{1}{2}$, ausschließl. Bestellgeld.

Preis für die Anzeigenzeile oder deren Raum 70 $\frac{1}{2}$ } zusätzlich 20%
für die Reklamazeile oder deren Raum 3 $\frac{1}{2}$ } Kriegszuschlag

Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.

Vertretungen im Auslande: Madrid E. Dossat, Plaza de S. Ana 9. Rotterdam H. Nijgh & van Dittmar. Wien M. Dukas Nachl. A.-G., Wollzeile 16; H. Goldschmidt, L. Wollzeile 11.

Deutsch-österreichische Wirtschaftspolitik.

(Bergl. die Ausführungen unter „Politik und Wirtschaft“ in Nr. 506 der Kölnischen Zeitung)

Als der Deutsche Zollverein im Jahre 1833 zustande kam und zu Beginn des folgenden Jahres ins Leben trat, hatte Österreich-Ungarn den Anschluß verpasst. Sein damaliges Zollsystem war arg veraltet und entsprach den Anforderungen jener Zeit nicht mehr, vor allem aber entbehrte die Doppelmonarchie der völligen zollpolitischen Einheit. Eine Verständigung mit dem Zollverein war infolgedessen nicht möglich, und so geriet schon damals Österreich-Ungarn gegenüber den andern deutschen Staaten wirtschaftlich in die Sonderstellung, die es geruime Zeit später auch politisch durch die Ereignisse des Jahres 1866 erhielt. Trotzdem hat es zu wiederholten Malen den Versuch unternommen, Anschluß an den Zollverein zu finden, und damit zur Handelseinheit mit den andern deutschen Staaten zu gelangen. So in den Jahren 1836, 1847, 1851 und 1862. Im letztgenannten Jahr machte die österreichische Regierung geradezu den Vorschlag einer vollständigen Zollunion unter Wegfall aller Zwischenzölle. Allen diesen Versuchen blieb indes der Erfolg versagt; der zuletzt genannte scheiterte insbesondere an dem Widerstande Preußens. Mittlerweile war aber zu Anfang der fünfziger Jahre doch wenigstens ein Handelsvertrag zwischen Österreich und Preußen zustande gekommen, dem im Jahre 1865 ein Handelsvertrag mit dem Deutschen Zollverein folgte. Er wurde drei Jahre später unter Berücksichtigung der Ereignisse des Jahres 1866 einer Neuregelung unterworfen und blieb in der so veränderten Form bis Ende der siebziger Jahre in Kraft.

Die zu dieser Zeit einkehrende Schutzollbewegung zog auch Österreich in ihre Kreise und führte zur Aufstellung eines autonomen Zolltarifs. Nach mehrfachen vorläufigen Verhandlungen und Abkommen kam es dann endlich im Jahre 1881 zum Abschluß eines neuen Handelsvertrages, der bis 1891 in Kraft blieb und den Charakter eines Meistbegünstigungsvertrages trug. Der hierin niedergelegten Erhöhung der österreichischen Schutzzölle entsprach in Deutschland eine Steigerung der Getreidezölle, verschiedener Industriezölle und schärfster Handhabung der Veterinärpolizei im Viehverkehr an den Grenzen.

Zugleich fällt in diese Zeit ein neuer interessanter Versuch Österreichs, wiederum in ein engeres, wirtschaftspolitisches Verhältnis zu Deutschland zu gelangen. Es kam im Jahre 1882 auf Anregung der ungarischen Regierung zu Verhandlungen der Regierungen von Deutschland und Österreich-Ungarn, in deren Verlauf sich Bismarck anfangs bereit erklärte, die deutschen Zölle gegenüber Österreich nicht zu erhöhen. Österreich-Ungarn sollte eine Vorzugsbehandlung durch Bindung der geltenden Zollsätze erhalten. Umgekehrt wollte Österreich dem Deutschen Reich eine entsprechende Vorzugsbehandlung zustehen. Selbstverständlich entstand mit diesem Gedanken aber zugleich die Frage, wie sich die übrigen Länder, die mit Deutschland im Verhältnis der Meistbegünstigung standen, hierzu stellen würden. Hieran und an der Haltung, die damals die Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland einnahmen, scheiterte schließlich auch dieser Plan.

Es kam dann die Wirtschaftswende zu Beginn der neunziger Jahre, die Zeit, in der von den Vereinigten Staaten her McKinley mit seiner Abschließungspolitik drohte und in der unter den mitteleuropäischen Staaten angesichts der amerikanischen Gefahr der Gedanke handelspolitischer Zusammenschlüsse an Boden gewann. Bei uns war Caprivi an Bismarcks Stelle getreten, und der Gedanke des Abschlusses von langfristigen Handelsverträgen mit möglichster Herabsetzung und Bindung der Zölle beherrschte nunmehr die Lage. Eine Zwei-Kaiser-Zusammenkunft im Sommer des Jahres 1890 hatte zu dem Ergebnis geführt, daß Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien in ein engeres handelspolitisches Einvernehmen treten sollten, um sich wechselseitig den Absatz ihrer Erzeugnisse zu sichern. So kam im Mai des Jahres 1891 der neue Handelsvertrag zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zustande. Deutschland gewährte darin Herabsetzung des Zolls für die wichtigsten Getreidearten auf 3,50 Mark, ferner Ermäßigungen für eine Anzahl Rohstoffe, Halberzeugnisse, Papier, Porzellan usw. Dazu kamen Erleichterungen in der Behandlung des Viehverkehrs. Auf der andern Seite setzte Österreich seine Zölle auf Weibwaren durchschnittlich um 20 v. H. herunter und machte Zugeständnisse in den Zöllen für Glas, Ton und Eisenwaren, Maschinen, Instrumente usw. Noch im selben Jahr schlossen Italien, die Schweiz und Belgien Handelsverträge auf gleicher Grundlage mit uns ab. Die Verträge mit diesen Staaten liefen bis zum 31. Dezember 1903. Ab 1. Januar 1903 waren sie mit einjähriger Frist kündbar.

Ihr Ablauf bedeutete einen neuen Wendepunkt in der mitteleuropäischen Handelspolitik. In Deutschland war die Unzufriedenheit mit der neuen Lage außerordentlich groß, namentlich die Landwirtschaft erhob ständig Einspruch dagegen. Aber auch in der Industrie war die Gegnerschaft groß. Schon im Jahre 1897 begannen unter dem Druck lebhafter Agitation die Vorbereitungen für den Abschluß neuer Verträge, denn darüber, daß es Verträge sein müßten, mit möglichst langer Geltungsdauer, war man sich einig. Aber nunmehr wurde eine autonomer Zolltarif mit wesentlich höheren Zollsätzen aufgestellt und auf seiner Grundlage kam es dann zu sogenannten „Zusatzverträgen“ zu den noch laufenden Handelsverträgen. Der Zusatzvertrag mit Österreich-Ungarn wurde am 25. Januar 1905 unterzeichnet und ab 15. Februar 1906 in Kraft gesetzt. Er lief bis zum 31. Dezember 1915. Zugleich aber war bei seinem Abschluß ausbedungen, daß er bis Ende 1917 weiterlaufen solle, wenn seine Kündigung nicht bis zum 31. Dezember 1914 erfolgt sei. Ab 1917 sollte dann für beide Teile einjährige Kündigungsfrist gelten. Der Weltkrieg hat bisher nicht die Möglichkeit gegeben, den Abschluß eines neuen Handelsvertrags in Angriff zu nehmen, der alte läuft sonach immer noch weiter.

Er ist, wie gesagt, ein „Zusatzvertrag“ zu dem alten Vertrag von 1891, von dem aber ist eigentlich nur das Kleid übriggeblieben, der Inhalt ist dagegen ein ganz anderer geworden. Die Zollsätze sind von beiden Parteien durchgreifenden Änderungen unterzogen worden, sie sind ganz andere als früher. Auf deutscher Seite ist insbesondere eine Erhöhung der Getreidezölle eingetreten, für die man in dem ursprünglich aufgestellten autonomen Zolltarif Höchst- und Mindestzölle vorgesehen hatte. Aber auch auf österreichischer Seite sind zahlreiche und wesentlich höhere Zollsätze eingeführt worden. Selbstverständlich hat es in den Kreisen von Industrie und Handel wie auch der Landwirtschaft auch an lebhaften Klagen über diesen Vertrag nicht gefehlt. Um so mehr gewinnt die Frage an Bedeutung, wie sich unter seiner Herrschaft der Handelsverkehr zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn entwickelt hat. Wie bekannt, hat der deutsche Außenhandel Einfuhr und Ausfuhr zusammengerchnet im letzten Jahre vor dem Krieg 20,8 Milliarden Mark betragen. Davon sind 1932 Millionen oder rund 9,2 Prozent des Gesamthandels auf den Verkehr mit Österreich-Ungarn entfallen. Im einzelnen haben sich unsere Ausfuhr nach und unsere Einfuhr von Österreich-Ungarn, um nur einiges wenigens anzuführen, in den letzten Jahren vor dem Krieg wie folgt entwickelt:

	Ausfuhr		Einfuhr	
	Wert in Mill. Mk.	Wert in % der Ges.-Ausf.	Wert in Mill. Mk.	Wert in % der Ges.-Einf.
1910	821,6	11,0	759,2	8,5
1911	917,7	11,3	739,1	7,6
1912	1035,3	11,6	830,0	7,8
1913	1104,8	10,9	827,3	7,7

Daraus ergibt sich, daß die deutsche Ausfuhr nach Österreich-Ungarn in absoluten Zahlen gemessen, ständig gestiegen ist. Ihr prozentualer Anteil an unserer Gesamtausfuhr ist dagegen prozentual nur wenig verändert, er hatte im Jahre 1913 sogar noch etwas abgenommen. Immerhin war Österreich-Ungarn mit 10,9 v. H. unserer Ausfuhr dasjenige Land, das nächst Großbritannien (14,2 v. H.) den prozentual höchsten Anteil an unserer Ausfuhr hatte. Die deutsche Einfuhr aus Österreich-Ungarn zeigt für die angeführten Jahre eine ähnliche Bewegung, gleichfalls mit einem mäßigen Rückgang im Jahre 1913. Sie schwankt zwischen 7,7 und 8,5 v. H. unserer Gesamteinfuhr. Stellt man dem die österreichische Handelsstatistik gegenüber, so ergibt sich für den Verkehr Österreich-Ungarns mit Deutschland folgendes:

	Ausfuhr		Einfuhr	
	Wert in Mill. Kr.	Wert in % der Ges.-Ausf.	Wert in Mill. Kr.	Wert in % der Ges.-Einf.
1910	969	40,4	1153	40,4
1911	954	39,7	1263	39,6
1912	1114	40,8	1405	39,5
1913	1111	40,1	1866	40,1

Ein Vergleich beider Übersichten zeigt auf den ersten Blick, daß der Anteil des deutsch-österreichischen Handelsverkehrs an dem

Deutsch-österreichische Wirtschaftspolitik.)

* Wien, 15. Juni.

Auf der Grundlage eines Tarifvertrags mit unbeschränkter Meistbegünstigung vollzieht sich zurzeit der deutsch-österreichische Handelsverkehr. Selbstverständlich nicht durchweg zu voller Befriedigung der daran beteiligten Kreise. Auf beiden Seiten ist wiederholt darüber geklagt worden, daß die Zölle des Nachbarlandes zu hoch seien und die Ausfuhr dorthin erschweren, daß umgekehrt die eignen Zölle keinen genügenden Schutz gegen die Einfuhr der wettbewerbenden Industrie böten oder auch daß die Zollabfertigung zu wünschen übrig lasse. Alle diese wirklichen oder vermeintlichen Mängel und Übelstände hätten sich aber bei Abschluß eines neuen Handelsvertrags wohl beseitigen lassen. Hierin lag also kaum ein Grund, zu einer völlig neuen Regelung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen auf durchaus veränderter Grundlage überzugehen: zu einer „zollpolitischen Annäherung“, einem „Wirtschaftsbund“, einer wechselseitigen Vorzugsbehandlung oder, wie man es sonst nennen will.

Daß dieser Gedanke trotzdem und seit etwa zwei Jahren auch amtlich weiterverfolgt wird, erklärt sich denn auch aus ganz andern Ursachen. Der alte Wunsch Österreichs nach engem wirtschaftlichen Anschluß an das Deutsche Reich ist, wie gezeigt wurde, seit der Begründung des Zollvereins eigentlich immer lebendig geblieben und immer wieder vorgebracht worden. Unter dem Einfluß des Krieges ist er mit erneuter Stärke erwacht und zieht zugleich Nahrung aus der allgemeinen, von Politikern und Theoretikern seit Jahren geschaffenen Stimmung für einen mitteleuropäischen Wirtschaftsbund oder eine mitteleuropäische Zollunion, deren Kern natürlich nur Deutschland und Österreich-Ungarn sein könnten. Die wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen unserer Feinde, ihre Ab-sperrungspolitik haben dazu den naheliegenden Gedanken entstehen lassen, für ähnliche Fälle unsere Selbstversorgung mit den unentbehrlichsten Lebensbedürfnissen unter allen Umständen sicherzustellen, uns unabhängig zu machen von den Zufuhren aus dem überseeischen Ausland und aus den uns jetzt feindlichen Ländern. Als geeignetes Mittel hierzu erscheint vielen der engste Zusammenschluß mit Österreich-Ungarn, dessen Landwirtschaft angeblich imstande sein soll, uns wie dem eignen Lande alles das zu liefern, was wir brauchen. Endlich aber hat die Pariser Wirtschaftskonferenz mit der Drohung dauernder künftigen Wirtschaftskriege gegen die Mittelmächte und ihrer ständigen Blockadierung einen neuen, starken Anstoß zu dem Plan gegeben, diese Mächte auch wirtschaftlich eng aneinanderzufetten, um so, wie man sagt, ihre „wirtschaftliche Stoßkraft“ zu erhöhen. Auf die politischen Beweggründe, die in demselben Sinne wirken, soll hier nicht näher eingegangen werden.

Was aber soll zum Zweck des wirtschaftlichen Zusammenschlusses geschehen? Gegenseitige Vorzugsbehandlung im Handelsverkehr der beiden Mächte gegenüber andern Ländern sei das Ziel, dem zugestrebte werden müsse. Vorzugszölle hätten sich beide Reiche wechselseitig zuzugestehen. So sagen die einen. Schade nur, daß diesem Gedanken der Grundsatz der Meistbegünstigung, der in fast allen neuzeitlichen Handelsverträgen zur Anerkennung gekommen ist, im Wege steht. Er bedeutet für die Einfuhr die Übernahme der Verpflichtung, die Waren des andern Teils nicht ungünstiger zu behandeln als die Waren des am vorteilhaftesten behandelten Staates. Nach der allgemeinen Rechtsauffassung wird das dahin ausgelegt, daß Zugeständnisse, die einem Staat gegenüber durch Zollermäßigungen oder andre Verkehrsleichterungen gemacht werden, einem meistbegünstigten dritten Staat ohne weiteres und ohne besondere Gegenleistung zufallen. Was also Deutschland Österreich an Zollherabsetzungen zugestehen würde, das könnte in demselben Augenblick auch von allen denjenigen Staaten in Anspruch genommen werden, die mit Deutschland im Meistbegünstigungsverhältnis stehen. Das könnte und würde selbstverständlich zu empfindlichen Schädigungen unsrer Industrie und unsers Handels führen, würde aber auch auf der andern Seite die „Vorzugsbehandlung“ Österreichs schließlich illusorisch machen, und in derselben Lage befände sich wiederum Österreich.

Damit ist es also nichts; einen derart gefährlichen Versuch wird niemand machen wollen. Deshalb hat man auch die Einführung der „bedingten Meistbegünstigung“ an Stelle der unbeschränkten oder unbedingten empfohlen. Sie besteht darin, daß besondere Begünstigungen, die einem andern Staat eingeräumt werden, zwar auch dritten Staaten zugute kommen sollen, jedoch nur dann ohne weiteres und ohne Gegenleistung, wenn das Zugeständnis an den dritten Staat unentgeltlich gemacht wurde. Ist das nicht der Fall, so würde jeder Staat, der auf die fragliche Begünstigung Anspruch macht, dafür seinerseits entsprechende Gegenleistungen zu gewähren haben. Es ist das die sogenannte Reziprozitätsklausel, wie sie in dem Handelsvertrag der Vereinigten Staaten mit Preußen zur Anwendung kam. Aber auch ihre Anwendung auf das künftige deutsch-österreichische Verhältnis hat schwere Bedenken gegen sich. Sie würde eine grundsätzliche Abkehr von der bisherigen unbeschränkten Meistbegünstigung, also eine völlige Änderung unsrer ganzen Handelspolitik bedeuten. Ihre praktische Folge wäre nicht nur eine unendliche Kette von Auseinandersetzungen und Verhandlungen über die von uns zu machenden Zugeständnisse und zu erhebenden Forderungen gegenüber andern Staaten, sondern auch die umfassende Einführung von Ursprungsnachweisen in den gesamten internationalen Warenverkehr. Damit aber kämen große Erschwerungen und Anzuträglichkeiten in unsern ganzen Außenhandel hinein, die wir um so weniger auf uns nehmen können, als nicht abzusehen ist, inwieweit die innigere Ausgestaltung

unsrer Handelsbeziehung zu Österreich uns einen Ersatz für diese Schwierigkeiten und die daraus vermutlich entstehenden Ausfälle zu bieten vermöchte.

Alle diese Gefahren hat man in den Verträgen mit Großrußland, Finnland, der Ukraine und Rumänien dadurch abzuwenden geglaubt, daß man in sie eine Bestimmung aufnahm, wonach die betreffenden Länder sich verpflichten, keinen Anspruch zu erheben auf die Begünstigungen, die Deutschland an Österreich-Ungarn oder an ein andres mit ihm durch ein Zollbündnis verbundenes Land gewährt, das an Deutschland unmittelbar oder durch ein andres mit ihm oder Österreich-Ungarn Zollverbündetes Land mittelbar angrenzt. In diesen Bestimmungen der erwähnten Friedensverträge wird also ganz deutlich die Absicht der Reichsregierung ausgesprochen, mit Österreich-Ungarn ein „Zollbündnis“ einzugehen. Ihr Geheimnis bleibt jedoch vorläufig, wie es beschaffen sein soll. Der Gedanke einer völligen „Zollunion“, der zeitweise lebhaft erörtert und zur Durchführung empfohlen wurde, ist in den Hintergrund getreten. Seine Verwirklichung würde erfordern, daß eine einheitliche gemeinsame Außenzollgrenze geschaffen würde, und daß die Zwischenzölle zwischen beiden Ländern, vielleicht abgesehen von den Finanzzöllen, völlig wegfielen. Gemeinsame Zollverwaltung, wohl gar auch ein Zollparlament, wären die nächste Folge. Eine Zollunion würde allerdings den Vorteil haben, daß ihr gegenüber von dritten Staaten der Anspruch auf unbeschränkte oder beschränkte Meistbegünstigung nicht mehr erhoben werden könnte. Andererseits würde sie aber politisch eine starke Beeinträchtigung der Handlungsfreiheit und Selbstständigkeit der daran beteiligten Staaten in sich schließen, die mindestens vorläufig auch Österreich-Ungarn trotz seiner Neigung zur Zollunion nicht auf sich nehmen möchte. Wenigstens ist das Wort „Zollunion“ vollständig von der Bildfläche verschwunden und durch den Begriff „Zollbündnis“ oder „Wirtschaftsbund“ ersetzt worden. Was man sich darunter vorstellt, ist bisher noch nicht klar erkennbar hervorgetreten, läßt sich aber aus den verschiedenen Verlautbarungen der neuesten Zeit wenigstens in groben Umrissen erraten.

Die Grundlagen eines deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsbündnisses.

Von Geza Zulacs.

Die amtlichen Verhandlungen, deren Zweck die Herbeiführung eines engeren wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist, dürften bald wieder aufgeworren werden.

Bei diesen Besprechungen weittragendster Bedeutung werden sicherlich nicht nur diejenigen Gründe der Annäherungsnotwendigkeit erörtert werden, die sich aus dem engen politischen Bündnis von selbst ergeben, sondern man wird auch die Bestrebungen beachten müssen, die sich in den handelspolitischen Vorbereitungsmaßnahmen unserer Feinde wahrnehmen lassen. England hat die Handelsverträge, in denen die Meistbegünstigungsbestimmung enthalten ist, gekündigt. Der letzte Rest des Viktorianischen Zeitalters scheint also zu verschwinden. Die Formel von der Meistbegünstigung, die einem vertragsschließenden Teile zusichert, daß er nicht ungünstiger behandelt werden kann als eine andere Macht, und daß ihm jede Begünstigung zufällt, welche diese erhält, ist von England, obgleich in der letzten Zeit viel angefochten, stets als großes Verdienst um die Kultur gepriesen worden. Cobden hat diese Formel in dem berühmten Handelsvertrage, den er mit Napoleon III. im Jahre 1860 in Paris geschlossen hat, angewendet. Die Kündigung der Handelsverträge mit der Formel der Meistbegünstigung zeigt, daß England sich mit dem Plan trägt, seine Zollpolitik zu ändern. Vermutlich wird es den Kolonien einen Vorzug einräumen wollen, der unmöglich wäre, wenn es nicht Zölle im Verkehr mit anderen Staaten einheben würde. Ob es nicht gleichzeitig das Meistbegünstigungsrecht gegen Zollerleichterungen auf den fremden Märkten verkaufen, ob es nicht die Formel, die nach der Ansicht Cobdens den ewigen Frieden vorbereiten sollte, zu einer Waffe im wirtschaftlichen Kampfe umschieden will, wird von den Bestimmungen des allgemeinen Friedensvertrages abhängen.

So manche Zeichen sprechen vom Standpunkte auch der internationalen Handelspolitik für die Notwendigkeit eines engeren deutsch-österreichisch-ungarischen wirtschaftlichen Verhältnisses. Diese wirtschaftliche Annäherung hat keine Spitze gegen andere Staaten, sondern bezweckt lediglich eine engere Verbindung auf jenem Gebiete, auf dem diese Verbindung unter Wahrnehmung der Bedingungen der eigenen Produktion beiden Teilen gegenseitige Vorteile gewährt, ohne die Interessen dritter Staaten zu schädigen, mit denen sowohl Deutschland wie auch Oesterreich-Ungarn in Zukunft die freundschaftlichen Handelsbeziehungen der Vergangenheit aufrechtzuerhalten wünschen.

Hier könnte man nun drei Richtungen ins Auge fassen. Das System der allgemeinen (unbedingten) Meistbegünstigung, das der Vorzugsbehandlung und schließlich eine geänderte Form des Vorzugssystems, jene der bedingten Meistbegünstigung. Alle drei Systeme dürften besprochen werden.

Eine Grundbedingung für die Beibehaltung der alten Form der Meistbegünstigung wäre, daß die für uns von handelspolitischem Standpunkte aus wichtigeren Staaten dieses System beibehalten, womit man aber in Zukunft kaum wird rechnen können. Außerdem wäre eine spezielle Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn für den Fall der Beibehaltung der unbedingten Meistbegünstigung gar nicht möglich, da in diesem Falle alle Begünstigungen, die zwischen uns bestehen, automatisch auch anderen Staaten gewährt werden müßten. An diesem System scheiterten ja ähnliche Bestrebungen der siebziger Jahre durch die Meistbegünstigungspolitik Rudolf Delbrücks. Im allgemeinen sind die Meinungen auch bezüglich der Wirkung des Meistbegünstigungssystems sehr verschie-

den. Meistens bedeutet die Anwendung dieser Formel einen Sprung ins Dunkle, da man nicht von vornherein wissen kann, für welche Gegenleistungen die Zugeständnisse bei dem Abschluß von Verträgen mit Meistbegünstigung gemacht wurden. Auf diese Weise kam es ziemlich oft, daß meistbegünstigten Ländern Vorteile kostenlos in den Schoß fielen. Es würde zu weit führen, all diejenigen Maßnahmen zu berücksichtigen, die oft angewendet wurden, um die Wirkung der allgemeinen Meistbegünstigung zu schwächen oder gar das ganze System durchbrechen. Einen grundlegenden Meistbegünstigungsvertrag hatte Deutschland mit Frankreich im Jahre 1871 im bekannten Artikel 11 des Frankfurter Friedens geschlossen. Wie oft hat Frankreich aber dann durch zolltechnische Maßnahmen das Meistbegünstigungsrecht Deutschlands verletzt?

Die schwerwiegenden Gründe, die gegen die Anwendung der allgemeinen Meistbegünstigung ins Treffen geführt werden können, bestehen in viel geringerem Maße gegenüber dem Vorzugssystem (Präferenz). Zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn sollten Begünstigungen vereinbart werden, die andere Staaten nicht kostenlos genießen dürfen. Das reine Vorzugssystem würde andere Staaten von dem Genusse der zwischen uns vereinbarten Vorteile ausschließen; demnach erscheint diese Tendenz etwas bedenklich und bedarf der erwähnten Korrektur, wodurch auch andere Staaten sich die zwischen den Mittelmächten eingeräumten Vorteile durch Gewährung gleichwertiger Begünstigungen sowohl an Deutschland als auch an Oesterreich-Ungarn erkaufen könnten. Dieses handelspolitische Prinzip entspricht einer geänderten Form des Präferenzsystems und kann als bedingte Meistbegünstigung betrachtet werden.

Die neu zu treffenden handelspolitischen Vereinbarungen müssen geeignet sein, den Verteidigungsblock der Mittelmächte auch nach diesem Kriege unerschütterlich aufrechtzuerhalten und mit allen Werkzeugen der Abwehr gegen wirtschaftliche Ueberfälle auszurüsten. Wir beweisen

nichts als die so nötige Vorsicht, wenn wir uns enger einanderschließen. Das wirtschaftliche Verteidigungsbündnis der Mittelmächte ist nach keiner Seite eine Drohung.

Deutschland.

Dr. Hugenberg zur Übergangswirtschaft.

(*) Essen, 22. Juni. In der Hauptversammlung des Zechenverbandes und der Generalversammlung des Bergbaulichen Vereins, die heute hier stattfanden, ging nach Erledigung der Tagesordnung der Erste Vorsitzende, Geheimrat Dr. Hugenberg, u. a. noch kurz auf die Fragen der Übergangswirtschaft ein und brachte die Auffassung der Versammlung über diesen Gegenstand etwa wie folgt zum Ausdruck:

Von der Wasserlante ist in diesen Tagen ein Warnungsruf durch das Land gegangen, der an das Wort Übergangswirtschaft anknüpft. Sein Inhalt ist kurz die Ablehnung der Theorie, daß unser Wirtschaftsleben nach dem Kriege auf einer andern Grundlage ruhen könne und müsse als auf der bisherigen der Wirtschaftsfreiheit und des Individualismus. Handel, Schifffahrt, Reederei, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft — alle sind hierin einig. Auch bei uns findet der Hamburger Ruf Widerhall. Wir haben seit Beginn des Krieges an den verfehlten Bestimmungen der Ermächtigungsgesetze vom August 1914 und der daran anknüpfenden Höchstpreispolitik Kritik geübt, von der aus hernach alles in das verkehrte Geleise geschoben ist. Wir haben in den Höchstpreisen von vornherein eine Gefahr für die freie Wirtschaft erblickt. Nun sind wir glücklich so weit, daß auf unsre politische Bühne über die Notleitern Höchstpreise, Beschlagnahme, Kriegsgesellschaften usw. eine angeblickt neue Lehre geslettert ist, die ihre Ausrichtung zum Teil einem verblühten Lager mehrfach abgelochter sozialistischer Gedanken, zum Teil der freien praktischen Entwicklung entnommen hat, die wir hier im Revier besonders gut kennen, und die man früher als großkapitalistische Konzentrationsbewegung grimmig bekämpfte. Diese Entwicklung, die, als Glied des Ganzen, in Freiheit langsam sich vollziehend und, wo sie entartet, sich auch selbst wieder auflösend, unsrer Volkswirtschaft große Vorteile gebracht hat, soll nun mit einem Male allgemein gültiges Organisationsprinzip geworden sein, geeignet für eine Handhabung durch den Staat. Und der Übergang dazu — soll die Übergangswirtschaft sein. Unse leitenden staatlichen Stellen haben wiederholt erklärt, daß sie so bald wie möglich zur freien Wirtschaft zurücksteuern wollen. Es wäre unangebracht, den Ernst dieses Willens zu bezweifeln. Die Entscheidung wird aber schließlich beim Reichstag liegen, an den sich deshalb die Hamburger auch mit Recht gewandt haben. Schon liest man, das Reichswirtschaftsamt bereite einen Entwurf für ein neues Ermächtigungsgesetz über die Übergangswirtschaft vor. Wenn dieser Entwurf Gesetz wird, so mögen Hamburg und was sonst für Mittelpunkte wirtschaftlichen Lebens vorhanden sein mögen, — Handel, Schifffahrt, Reederei, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft —, nur alle ruhig mit ihrem Widerstand gegen die „Übergangswirtschaft“ aufhören. Aus der Wechselwirkung des im Kriege gelernten Schiebens und Sich-Schieben-Lassens wird dann genau die Übergangswirtschaft hervorgehen, die jetzt niemand will. Von „Ermächtigungsgesetzen“ sollten alle wirtschaftenden Menschen nach den Erfahrungen dieses Krieges genug haben —, aber eigentlich auch die Beamtenchaft, die doch bisher immer noch eine Macht in Deutschland ist und es hoffentlich bleiben wird und will! Denn sie ist es schließlich, auf die alle Flüche für die Auswirkungen solcher Ermächtigungsgesetze herniederfallen, obwohl sie dabei im Grunde nur unter dem Zwange der „Schiebenden“ handelt. Sie ist es auch, die sich selbst unmöglich macht, indem sie dem Scheine nach wirtschaftliche Macht in ihre Hände nimmt, die ihr dann doch wie Sand unter den Fingern zerrinnen muß.

Dr. Eugen Berg zur Uebergangswirtschaft

Gegen neue Ermächtigungsgesetze.

Essen, 24. Juni.

In der letzten Generalversammlung des Vereins für die bergbaulichen Interessen ging der Vorsitzende Geh. Finanzrat Dr. Eugen Berg u. a. auf die Fragen der Uebergangswirtschaft ein und brachte die Auffassung der Versammlung über diesen Gegenstand etwa wie folgt zum Ausdruck:

„Von der Wasserlante ist in diesen Tagen ein Warnungsruf durch das Land gegangen, der an das Wort Uebergangswirtschaft anknüpft. Sein Inhalt ist kurz die Ablehnung der Theorie, daß unser Wirtschaftsleben nach dem Kriege auf einer anderen Grundlage ruhen könne und müsse als auf der bisherigen der Wirtschaftsfreiheit und des Individualismus. Handel, Schifffahrt, Reederei, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft — alles ist hierin einig.

Auch bei uns findet der Hamburger Ruf Wiederhall. Wir haben seit Beginn des Krieges an den verfehlten Bestimmungen der Ermächtigungsgesetze vom August 1914 und der daran anknüpfenden Höchstpreispolitik Kritik geübt, von der aus hernach alles in das verkehrte Geleise geschoben ist. Wir haben in den Höchstpreisen von vornherein eine Gefahr für die freie Wirtschaft erblickt. Nun sind wir glücklich so weit, daß auf unsere politische Bühne über die Notleitern Höchstpreise, Beschlagnahme, Kriegsgesellschaften usw. eine angeblich neue Lehre geleitet ist, die ihre Ausrüstung zum Teil einem verbliebenen Lager mehrfach abgetochter sozialistischer Gedanken entnommen hat.

Schon liest man: „Das Reichswirtschaftsamt bereitet einen Entwurf für ein neues Ermächtigungsgesetz über die Uebergangswirtschaft vor.“ Wenn dieser Entwurf Gesetz wird, so mögen Hamburg und was sonst für Mittelpunkte wirtschaftlichen Lebens vorhanden sein mögen, — Handel, Schifffahrt, Reederei, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft nur alle ruhig mit ihrem Widerstande gegen die „Uebergangswirtschaft“ einpacken. Aus der Wechselwirkung des im Kriege gelernten Schießens und Sich-Schießen-Lassens wird dann genau die Uebergangswirtschaft hervorgehen, die jetzt niemand will.

Von „Ermächtigungsgesetzen“ sollten alle wirtschaftenden Menschen nach den Erfahrungen dieses Krieges genug haben, — aber eigentlich auch die Beamtenschaft, die doch bisher immer noch eine Macht in Deutschland ist und es — nach meiner persönlichen, niemandem aufgedrängten Meinung — hoffentlich bleiben wird und will. Denn sie ist es schließlich, auf die alle Flüche für die Auswirkungen solcher Ermächtigungsgesetze herniederfallen, obwohl sie dabei im Grunde nur unter dem Zwange der „Schießenden“ handelt. Sie ist es auch, die sich selbst unmöglich macht, indem sie dem Scheine nach wirtschaftliche Macht in ihre Hände nimmt, die ihr dann doch wie Sand unter den Fingern zerrienen muß. Es ist ihr ureigenstes Interesse zu sagen: wenn jemand sozialistische Gesetze in Deutschland machen will, so mag der, der es will, die Verantwortung dafür auch selbst übernehmen.“

29. VII. 1918

Volkswirtschaft.

Nochmals Flottenneubau und Friedenswirtschaft.

Zu dem von besonderer Seite uns zur Verfügung gestellten Artikel, den wir unter dem Titel „Flottenneubau und Friedenswirtschaft“ in unserem Morgenblatt vom 14. d. veröffentlichten, geht uns aus Reederkreisen folgende Erwiderung zu: Der im Morgenblatt vom 14. Juni erschienene Artikel — die Schiffsahrtspolitik der Reeder betreffend — beruht auf Mutmaßungen, welche im öffentlichen Interesse teilweise nicht un widersprochen bleiben können. Es ist vollkommen richtig und selbstverständlich, daß nur durch Stapellegung Ersatz für den verlorenen Schiffsraum geschaffen werden kann. Nur Produktion kann der Demolition trohen. Es ist aber nicht den Tatsachen entsprechend, daß sich bei uns nichts rührt, denn auf österreichischen Werften sind im Kriege gebaut worden oder in Bau begriffen rund 24 Dampfer von rund 144.000 Tonnen oder 20% von rund 700.000 Tonnen österreichischen Schiffsraumes, d. h. im Verhältnisse mehr wie in Deutschland, wo angeblich 1.000.000 Tonnen auf 5.500.000 Tonnen im Bau begriffen sind.

Es ist auch vollkommen richtig, daß in Ermangelung eines Wiederherstellungsgesetzes, wie in Deutschland, unsere Reeder, die durchschnittlich 30% ihres Schiffsraumes eingebüßt haben, kaum ermuntert sein können, neue Schiffe zu bauen. Insbesondere in Anbetracht des Umstandes, daß die neueren Schiffe sich nicht rentieren können, falls irgendwelche Drosselung nach dem Kriege Platz greifen sollte, kann es dem Reeder nicht verübelt werden, wenn er eine zuwartende Stellung einnimmt. Aber daß die Reeder Schiffe nicht bauen, um die Frachten hoch zu erhalten, könnte man ihnen kaum zumuten, denn bei 50.000.000 Welttonnage würden unsere 100.000 Tonnen Neubauten nur einen Tropfen ins Meer bedeuten. Im Gegenteil, die Schiffsahrtindustrie ist vielleicht die einzige — vielleicht wegen ihrer internationalen Konkurrenz — die es nie verstanden hat, die Produktion zu bremsen. Daß die einzelnen alten Schiffe, die noch übrig bleiben, einen viel höheren Wert darstellen, ist den vielen Verlusten zuzuschreiben oder dem Mangel an Tonnage, wie dies bei allen sonstigen Artikeln unvermeidlich in Erscheinung tritt. Die Reeder wären ja glücklich, könnten sie ihren Schiffspark vergrößern oder wenigstens die Verluste ersetzen, und reichliches Material könnte als Nachweis erbracht werden, daß mit allen Mitteln gearbeitet wird, um die begonnenen Bauten zu beschleunigen, was aber von sehr geringem Erfolg gekrönt ist. Darum haben alte zum Abbruch verurteilte Schiffe die höchste Preissteigerung erfahren. Es ist auch richtig, daß Subventionen in Zukunft als überflüssig betrachtet werden könnten, sofern sie dem Ausbau der Schiffsahrt nicht dienen. Aber eben die Subventionen waren „auch vor dem Kriege“ zu keinem anderen Zwecke da, es sei denn, daß kontraktliche Gegenleistungen von der Staatsverwaltung (bei Linien und bei Reisezuschüssen) beansprucht wurden. Dem Reeder dürfte es gleichgültig sein, ob er im Wege von Bauprämien ein billigeres Schiff bekommt oder im Wege von Betriebsprämien das Schiff billiger in Betrieb halten kann; aber bauen wird er nur dann, wenn er die Ueberzeugung gewinnt, daß sein norwegischer oder griechischer Rivale durch Anschaffung billigerer Schiffe, durch billigeren Betrieb oder durch Steuerfrei-

heit nicht bedeutend besser auskommt wie unser Reeder. Vorläufig, den Tatsachen entsprechend, verdienen die fremden Flaggen viel, unsere Schiffe sind untätig, dagegen bauen fremde Werften billiger und so befindet sich der fremde Reeder in einer so viel günstigeren Lage, daß wir nur im Wege von Subventionen werden Schritt halten können oder zuwarten müssen, bis wir durch erhoffte, aber unsichere Gewinne in einigen Jahren die Leistungsfähigkeit erneuern, die vor dem Kriege im besten Werden begriffen war. Nach obigen Ermägungen wäre die bloße Besorgnis, daß die Reeder vielleicht viel verdienen werden, für die Allgemeinheit sicherlich nicht förderlich; denn dadurch wird der Produktion — der einzigen Heilung — gar nicht geholfen. Aber was wir und die Allgemeinheit dringend brauchen, sind: mehr Schiffe, und dies kann nur erzielt werden, wenn eine sofortige Klärung der ganzen Schiffsahrtspolitik herbeigeführt wird, insbesondere des Ersatzes für verlorenen Schiffsraum, damit Reeder und Werften so rasch als möglich den Wiederaufbau großzügig aufnehmen. Es ist sicher, daß es den Reedern an Unternehmungslust nicht mangelt, ebenso wie es sicher ist, daß durch eine Verzögerung dieser wichtigen Frage die fremden Flaggen und insbesondere Amerika und Japan uns große Sorgen geben werden. Schiffe sind übrigens die mobilsten Werte wie Gold und sind auch für die Valutaregulierung nicht zu unterschätzen.

Die deutsch-österreichisch-ungarischen
Wirtschaftskonferenzen.

Von Viktor Freiherrn v. Kalchberg,
S. I. Sektionschef i. R.

Salzburg, Anfang Juli.

Die Politik der Entente ist offensichtlich „ein Teil von
zuer Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft“.
Die um den Kaiserbrief gesponnenen Fäden, die die Spaltung
des Bündnisses mit Deutschland bezweckten, haben zu seiner
Verfestung und Verlängerung, ja zu seiner Ausgestaltung
als stabile Grundlage für den Frieden Mitteleuropas geführt.
Die Ausgestaltung in militärischer Beziehung als
Schutzbündnis wird von der verlogenen feindlichen Presse
und Staatsagitatoren (nicht Männern) selbstverständlich
schon heute als Ausgeburt des „Militarismus“ bezeichnet.
Was aber Militarismus wirklich ist, darüber muß man sich
bei seinen römischen Urvätern, den römischen Imperatoren
erkundigen: Septimius Severus soll (nach Dio Cassius)
seinen Söhnen den Rat gegeben haben: Seid einträchtig,
macht die Soldaten reich und verachtet alle anderen. Das ist
weder in Deutschland noch in Oesterreich-Ungarn der Geist
der Militärverfassung, war es nie und wird es nie sein. Auf
germanischer Seite ist es das höchstgesteigerte, von den Vor-
gesetzten systematisch gepflegte Pflicht- und Vaterlands-
bewußtsein, nicht Ruhmjucht oder Jagd nach persönlichen
Vorteilen, das die Blüte des sogenannten deutschen Milita-
rismus zeitigt, um den uns die Feinde nur beneiden und
den sie nachzuahmen suchen.

An der Ausgestaltung und Vertiefung des mittel-
europäischen Bundes in wirtschaftlicher Beziehung
zu arbeiten, ist nun die vornehmste, aber auch schwierigste
Aufgabe unserer Staatsmänner. Erst müssen die Gebiete
völlig feststehen, um welche sich das einigende und schützende
Bündnis schlingen soll, dann die jedem Gliede des Bundes
zukommenden Hoheits- und Reservatrechte präzisiert werden,
dann erst wird sich die Möglichkeit oder, besser gesagt,
unter dem Zwange der Not, die Notwendigkeit oder Zweck-
mäßigkeit ergeben, wie weit und in welcher Form durch
Verträge die Glieder des Bundes zusammenzuschließen seien.

Soweit die Nachrichten aus den bisherigen Tagungen
der deutschen und österreichisch-ungarischen Wirtschafts-
vereinigung und die bisherigen Friedensverträge erkennen
lassen, dürfte eine engere Verbindung Deutschlands mit Oester-
reich-Ungarn und eine lockerere beider zusammen mit den
benachbarten Ländern des Ostens und Südostens sowie mit Bul-
garien und der Türkei in Aussicht zu nehmen sein.

Die gewichtigste Frage und größte Schwierigkeit der
ganzen Konstruktion ist bekanntlich die, ob die beiden
großen Mittelmächte zueinander in das Verhältnis voller
Zollunion treten oder sich nur Vorzugszölle einräumen
können, von welchen die bisher feindlichen Westmächte
dauernd ausgeschlossen würden. Es gebührt hier natürlich
im Raum, um die vielen Erwägungen, die pro und kontra
der ersteren Art der Vereinigung sprechen, zu erörtern. Daß
die Vorenthaltung der gegenseitig gewährten Begünstigungen
an dritte Staaten eine reine Nachfrage ist, liegt wohl auf
der Hand, denn die Verfassung der Meistbegünstigung schließt
meist die Konkurrenzfähigkeit des so betroffenen Produk-
tionszweiges (Englands oder Frankreichs) zum Beispiel zu-
gunsten Deutschlands oder Polens in Oesterreich-Ungarn
aus. Daß sich die Westmächte dies nicht werden bieten lassen
oder, wenn im Frieden erzwungen, bald kräftig an solcher
Abmachung rütteln würden, kann nicht als theoretische
Prinzipienerei bezeichnet und als überwindbare Schwie-
rigkeit vorausgesetzt werden. Anders verhält es sich bei der
vollen Zollunion, die nicht nur theoretisch den bisherigen
Feinden unanfechtbar gegenübersteht, sondern ihnen auch
praktisch manche Entschädigungen und Vorteile dadurch
bieten würde, daß sie einem so sehr vergrößerten einheitlichen
Absatz- und Bezugsgebiete gegenüberstünden, dessen schwächere
Teile ihnen trotz Schutzzoll manche Lücke zum wirtschaftlichen
Eindringen bieten möchten. Daß wir der industriell und in
bezug auf Handelsorganisation der so viel schwächere Teil
gegenüber Deutschland sind, bildet ja eben die Haupt-
schwierigkeit der Zollunion. Nicht nur in dieser Entwick-
lung, sondern auch im Wesen der Bevölkerung bestehen die

Einigung erschwerende Verschiedenheiten; es sei mir er-
laubt, hier ein paar selbst gehörte bezeichnende Volks-
äußerungen gegenüberzustellen. Wenn sich badiische Land-
leute bei der Arbeit über den Zann weg begrüßten, so riefen
sie sich zu: „Fleißig? Fleißig?“ Begegnet sich bei uns zwei
Alpenländer, so pflegt die Redensart zu lauten: „Zeit
lassen, laßt's enk Zeit!“ Ist das nicht charakteristisch?
Und im weiteren Osten dürfte es auch solche bequeme
Wahlsprüche geben.

Aber ich führe dies nicht an, um den Begnern der vollen
Zollunion Vergnügen zu bereiten, sondern ganz im Gegen-
teil, um daraus ein Argument für dieselbe abzuleiten. Denn
wir leben in einer Zeit, die uns zwingt, nichts beim Alten
zu lassen, was gebessert werden kann, und der Zwang der
Konkurrenz der deutschen Arbeitslust und Ordnung würde
auch bei uns Segen bringen. Ueberhaupt darf man sich ja
heute eine Zollunion mit Deutschland nicht als das Schred-
bild vorstellen, das sie vielleicht noch vor dem Kriege gewesen
wäre. Die Not hat gelehrt, viele schwierige Probleme heraus-
zugreifen, sie anders zu lösen als nach den bisher geltenden
allgemeinen Normen, eigene Organisationen — mit mehr
oder weniger Glück — für sie zu schaffen. So, denke ich,
würden als Vorbedingung einer Zollunion alle größeren
Industriegruppen und die (vielleicht monopolisierten) großen
landwirtschaftlichen Produktionsgruppen sowohl Deutsch-
lands als Oesterreichs und Ungarns vereint ihre Grund-
preise von Zeit zu Zeit feststellen und die Absatzgebiete unter
sich verteilen, so daß nur für kleinere, spezialisierte In-
dustrien und für das Handwerk durch eine Zwischenzolllinie
noch Schutz zu bieten sein würde. Auch darf nicht außer acht
gelassen werden, daß die größere Entwertung unserer Valuta
noch für längere Zeit einem hohen Schutzzolle gleich wirken
dürfte.

Seit dem Erscheinen von Raumanns epochenmachendem
Buche „Mittel-Europa“ waren wohl mehr Kräfte an der

stillen Arbeit, durch Betonung von Schwierigkeiten und
Sonderinteressen dem dort vorausgesagten Ziele entgegen
zu arbeiten, als seine Erreichung zu fördern. Dennoch wirken
alle Ereignisse des Weltkrieges und insbesondere die kriegs-
verewigende handelspolitische Nachjucht der leitenden Per-
sonen der Entente in der Richtung, daß im Osten und Süd-
osten Europas ein großes Wirtschafts- und Versorgungs-
gebiet geschaffen werde, das die verschlossenen Bezugsländer
des Westens möglichst erzeuge — wenigstens so lange diese
verschlossen bleiben; die Entwicklung der Dinge kann und
wird aber aus dieser Schöpfung der Not auch ein bleibendes
Werk schaffen. Alles ist im Flusse und wir werden mit-
schwimmen.

Die ganze Sonderbegünstigungs-Konstruktion ist ein
Kartenshaus, dem nur die volle Zollgemeinschaft nach außen
und die dadurch herbeigeführte Bedeutung unseres gemein-
schaftlichen Marktes Kraft und Bestand verleihen kann.
Unsere Sache ist es dann, die nötigen Schutzwehren
gegen die Uebermacht der deutschen Industrie zu errichten.
Anders wird es wohl nicht gehen, aber so wird es gehen
müssen, soll nach dem Kriege je wieder handelspolitischer
Frieden werden.

Das wirtschaftliche Mitteleuropa. Gestern fand im Reichswirtschaftsamt eine im einzelnen streng vertrauliche Besprechung über die wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn statt. Geladen waren Vertreter der Wirtschaftsverbände der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie. Nach einleitenden Worten des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts wurde von Vertretern der Regierung ein kurzer Ueberblick über die bisher geleisteten Vorarbeiten gegeben, welche teils zu Verhandlungen der maßgebenden deutschen Stellen unter sich, teils zu Vorbesprechungen mit unseren Bundesgenossen gediehen sind, und welche die Erstellung eines einheitlichen Zollgesetzes und Zollschemas sowie die Durchführung eines einheitlichen Zollverfahrens umfassen, ferner die Vereinheitlichung der gesetzlichen Regelung auf dem Gebiete des Gewerbes und Handels, in weiterer Linie des gewerblichen Rechtsschutzes, der Statistik und der Verkehrs- und Schiffsverkehrsverhältnisse anbahnten. In einer für den 8. Juli 1918 in Salzburg anberaumten Zusammenkunft von Vertretern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns sollen nunmehr die Grundsätze festgelegt werden, nach welchen die späteren Einzelverhandlungen erfolgen sollen. Die vorliegenden Fragen wurden einer eingehenden Besprechung unterzogen.

Wie in dieser Sitzung, wird auch künftighin den Wirtschaftsverbänden und Interessenten Gelegenheit gegeben werden, sich zu allen einschlägigen Fragen zu äußern und ihre Gesichtspunkte und Wünsche zum Ausdruck zu bringen.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

30. Juni. Uebereinkommen bezüglich gemeinsamer planmäßiger Verwertung aller Getreidevorräte Oesterreichs, Ungarns und Deutschlands bis zur neuen Ernte. — Die Kriegsausgaben Amerikas werden seit dem Eintritt Amerikas in den Krieg offiziell mit 13-8 Milliarden Dollar (69 Milliarden Kronen) beziffert.

1. Juli. Eine österreichisch-ungarische Kommission begibt sich nach Moskau, um über die Wieder-
aufnahme des gegenseitigen Staatsschuldendienstes zu verhandeln. — Die ungarische Regierung beschließt, 120 Millionen Kronen zum Bau von Kleinwohnungen in Budapest zu widmen. — Die polnische Regierung nimmt bei den Warschauer Banken eine Anleihe von 20 Millionen auf.

2. Juli. Der Hauptausschuß des deutschen Reichstages nimmt einen Antrag an, die Börsenumsatzsteuer von 0-3 auf 2 vom Tausend und für Kriegsdauer auf 5 vom Tausend zu erhöhen. Große Aufregung der deutschen Börsen. — Lieferung von 60,000 Meterzentner Baumwolle aus dem Kaukasus durch die Europäische Handelsgesellschaft an die Mittelmächte. — Uebereinkommen betreffend die Sanierung der Cantiere Navale Livestino.

3. Juli. Börsendemonstrationen in Berlin, Hamburg, Bremen gegen die Börsensteuererhöhung.

4. Juli. Eine Vorlage betreffend einen neuen Kriegskredit von 15 Milliarden Mark im deutschen Reichstage eingebracht. — Eröffnung des Luftpostdienstes Wien-Budapest.

5. Juli. Höchstpreise für Kupfer in Amerika.

6. Juli. Veröffentlichung der amtlichen Schätzwerte der Wiener Börse nach dem Stande vom 1. Juli d. J. — Regelung der Einlaufbewilligungen.

14. VII. 1918

Wirtschaftliche Wochenchronik.

7. Juli. Französisches Ausfuhrverbot für Baumwolle und Wertpapiere.

8. Juli. Beginn der wirtschaftlichen Verhandlungen mit Deutschland in Paris.

9. Juli. Die Kredite Italiens an die Alliierten sind auf 1000 Millionen Dollar gestiegen.

10. Juli. Der deutsche Reichstag nimmt einen Kompromißantrag über die Börsenreform an. In demselben wird die Kriegsteuer auf 3 von 1000 festgesetzt wird, mit dem Zusatz, daß die Regierung ermächtigt wird, mit Rücksicht auf die jeweilige Börsenlage diese Steuer entweder auf 2 von 1000 zu erniedrigen oder auf 4 von 1000 zu erhöhen.

11. Juli. Der Notenumlauf der Bank von Griechenland erreicht den Betrag von 29 Milliarden Franken.

12. Juli. Annahme der deutschen Kriegskredite von 15 Milliarden Mark im Reichstag.

13. Juli. Konstituierende Generalversammlung der Banque de Générale Turquie, an welcher österreichisches und ungarisches Kapital beteiligt ist, in Konstantinopel.

Die Notwendigkeit der Weltwirtschaft.

In den von Dr. Strejmann herausgegebenen „Deutschen Stimmen“ veröffentlicht Herr Philipp Heinen, Direktor des Norddeutschen Lloyd in Bremen, einen Artikel unter der Überschrift „Mitteleuropa und Weltwirtschaft“. In Uebereinstimmung mit den schon vorher in Hamburg, zumal von Ballin formulierten Programmen meint Heinen den Satz aufzustellen, „das mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet wird reichen Ersatz für die durch den Krieg verlorenen Absatzgebiete finden“, goesse zu weit. Es liegt klar auf der Hand, daß dieses wirtschaftliche Defensiv-Bündnis immer nur ein Nothbehelf und als solcher auf keinen Fall geeignet sei, auf die Dauer den früher durch Landesgrenzen nicht behinderten Güteraustausch des Weltmarktes zu ersetzen. „Ein Blick in unsere deutsche Einfuhrstatistik zeigt“, so schreibt der Verfasser, „daß es einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist, unseren Bedarf an Rohstoffen und sonstigen früher vom Ausland bezogenen Waren dauernd im europäischen Inland zu decken. Einige Zahlen mögen dieses erläutern: Deutschland führte 1913 für 10,8 Milliarden Mark Rohstoffe und Waren ein, und zwar landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel für 7 Milliarden Mark, Baumwolle für 600 000 000 Mark, Schafwolle für 400 000 000 Mark, Jute für 94 000 000 Mark, Kohle für 190 000 000 Mark, Kupfer aus Nordamerika für 300 000 000 Mark, Eisenwerte für 225 000 000 Mark, Kautschuk für 140 000 000 Mark, Felle und Häute für 640 000 000 Mark, Butter für 125 000 000 Mark, Fett für 110 000 000 Mark, Getreide für 130 000 000 Mark. An Textilverfahren führten wir 1913 für 1,6 Milliarden Mark aus. Deutschland wird also nach dem Kriege mehr denn je auf den Ueberseehandel angewiesen sein. Ein Zurück gibt es hier nicht mehr! Weit mehr als Deutschland ist aber Oesterreich-Ungarn auf den künftigen Wiederaufschluß an den Weltmarkt angewiesen, da es nicht einmal eigene Kolonien besitzt, die zum Teil wenigstens als Rohstofflieferanten in Betracht kommen könnten.“

Eine starke Betonung unserer Ueberseeinteressen überhaupt, insbesondere auch unserer Kolonialpolitik, steht also durchaus nicht im Gegensatz zu dem Gedanken eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbundes. Hat man sich, durch die Kriegsnotwendigkeit dazu gezwungen, entschlossen, eine solche Gemeinschaft zu schaffen, so muß man auch danach trachten, sie lebensfähig zu erhalten, und das kann nur geschehen, indem man ihr den dringend notwendigen Anschluß an die Weltwirtschaft sichert. Daß selbstverständlich dieses Wirtschaftsverbündnis eine gewisse Grenze haben, daß es halt machen muß vor den wirtschaftlichen Besonderheiten der einzelnen in diesem Bunde zusammengezogenen Staaten, daß also auch vor allem die wirtschaftliche Selbständigkeit dieser Staaten unangetastet bleiben muß, ist von berufener Seite zur genüge betont worden.

Ich fasse mich darin zusammen: Dem durch treueste Waffenbrüderschaft im Kampfe gegen fast die ganze Welt bewährten deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnis auf politischem und militärischem Gebiet muß ein enger wirtschaftlicher Zusammenschluß folgen. Nur dadurch wird eine wirklich ersprießliche und den Interessen beider Staaten dienende Gemeinsamkeit der zukünftigen Handelspolitik gewährleistet. Grundpfeiler dieses Wirtschaftsverbündnisses werden sein: gemeinsame, möglichst großzügige Zollpolitik, Ausbau der beiderseitigen Verkehrswege, insbesondere der gemeinsamen Wasserstraßen, verständnisvolles Zusammenarbeiten in Ballastfragen und möglichst auch einheitliches Vorgehen auf dem so schwierigen Gebiet der Uebergangswirtschaft. Gerade hier halte ich es für unbedingt erforderlich, daß sich beide Staaten auf die Formel einrichten: Möglichst rasche Befreiung je aller Art von Zwangswirtschaft nach dem Kriege. Ich bin weit davon entfernt, die Notwendigkeit der über den Krieg hinaus und für den Krieg geschaffenen staatlichen Behörden und Organisationen zu verkennen und glaube auch, daß sie zum Teil wenigstens für eine gewisse Zeit nach dem Kriege beibehalten werden müssen. Große Verdienste hat sich in dieser Richtung unsere Uebergangswirtschaft erworben, die in dankenswerter Weise und unter Beteiligung weitester Kreise ungeheure Arbeit geleistet hat und noch leisten wird, aber auch diese Einrichtung muß — darüber herrscht in den beteiligten Kreisen volle Einmütigkeit — nach dem Kriege sobald wie möglich wieder verschwinden, und es wäre eine schwere Verkennung der sich aus der Summe unserer Individualinteressen ergebenden Kräfte, wollte man etwa an eine Verewigung der Uebergangswirtschaft oder an eine längere Dauer derselben nach dem Friedensschluß denken. Die Bewegungsfreiheit und Initiative des einzelnen ist und bleibt die feste und sichere Grundlage unserer Gesamtwirtschaft, und sie darf nie und unter keinen Umständen zugunsten eines Staatssozialismus aufgegeben werden.

Wenn ich, wie vorerwähnt, die Vertiefung unseres Bündnisses mit unserem österreichisch-ungarischen Kameraden nach der wirtschaftlichen Seite hin für durchaus wünschenswert halte, so möchte ich andererseits davor warnen, dieses Bündnis als Selbstzweck zu betrachten. Sein wahrer Sinn kann und darf nicht darin liegen, die beteiligten mitteleuropäischen Staaten gegen die Weltwirtschaft abzuschließen und den Gedanken zu nähren, als ob der mitteleuropäische Wirtschafts-komplex eine Ersatz bilden würde für den verlorenen Weltmarkt. Das kann er weder als Erzeuger der uns unentbehrlichen Rohstoffe, noch als Aufnehmer unserer Fabrikate. Einige Jahre der Abschließung vom Weltmarkt würden vollaus genügen, um Deutschland seiner Weltgeltung als importierende und exportierende Nation zu berauben. So, wie es uns mit Hilfe unserer Bundesgenossen in vierjährigem siegreichem Kampfe gelungen ist, das eiserne Band zu sprängen, das die See unserer Feinde mit uns zu legen versuchten, so muß es auch Aufgabe des mitteleuropäischen Wirtschaftsverbundes sein, den von unseren Feinden beschlossenen Plan einer wirtschaftlichen Einkreisung zunichte zu machen, um uns so bald wie möglich wieder den zurzeit verlorenen Anschluß an die Weltwirtschaft zu sichern.“

Ueber Mitteleuropa und Weltwirtschaft veröffentlicht der Generaldirektor des Nordd. Lloyd, Heineken, einen Aufsatz in der letzten Nummer der Zeitschrift „Deutsche Stimmen“, aus dem wir folgendes entnehmen:

Es liegt klar auf der Hand, daß dies wirtschaftliche Defensivbündnis immer nur ein Notbehelf und als solcher auf keinen Fall geeignet wäre, auf die Dauer den früher durch Landesgrenzen nicht behinderten Güteraustausch des Weltmarktes zu ersetzen.

Ein Blick in unsere deutsche Einfuhrstatistik vor dem Kriege zeigt, daß es einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist, unseren Bedarf an Rohstoffen und sonstigen früher vom Auslande bezogenen Waren dauernd im europäischen Inlande zu decken:

Deutschland führte 1913 für 10,8 Milliarden Mark an Rohstoffen und Waren ein, und zwar landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel für 7 Milliarden Mark, Baumwolle für 600 Millionen Mark, Schafwolle für 400 Millionen Mark, Jute für 94 Millionen Mark, Rohseide für 190 Millionen Mark, Kupfer aus Nordamerika für 300 Millionen Mark, Eisenerze für 225 Millionen Mark, Kautschuk für 140 Millionen Mark, Felle und Häute für 640 Millionen Mark, Butter für 125 Millionen Mark, Speck für 110 Millionen Mark, Weizen für 130 Millionen Mark. An Textilwaren führten wir 1913 für 1,6 Milliarden Mark aus. Deutschland wird also nach dem Kriege mehr denn je auf den Ueberseehandel angewiesen sein, ein Zurück gibt es hier nicht mehr! Weit mehr als Deutschland ist aber Oesterreich-Ungarn auf den künftigen Wiederanschluß an den Weltmarkt angewiesen, da es nicht einmal eigene Kolonien besitzt, die zum Teil wenigstens als Rohstofflieferanten in Betracht kommen könnten.

Zusammenfassend sagt Heineken:

Eine starke Betonung unserer Ueberseeinteressen überhaupt, insbesondere auch unserer Kolonialpolitik, steht also durchaus nicht im Gegensatz zu dem Gedanken eines mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses. Dem durch treueste Waffenbrüderschaft im Kampfe gegen fast die ganze Welt bewährten deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnis auf politischem und militärischem Gebiete muß ein enger wirtschaftlicher Zusammenschluß folgen. Erst dadurch wird eine wirklich ersprießliche, den Interessen beider Staaten dienende Gemeinsamkeit der zukünftigen Handelspolitik gewährleistet. Grundpfeiler dieses Wirtschaftsbündnisses werden sein gemeinsame möglichst großzügige Zollpolitik, Ausbau der beiderseitigen Verkehrswege, insbesondere der gemeinsamen Wasserstraßen, verständnisvolles Zusammenarbeiten in Valutafragen und schließlich auch einheitliches Vorgehen auf dem so schwierigen Gebiete der Uebergangswirtschaft. Gerade hier halte ich es für unbedingt erforderlich, daß sich beide Staaten auf die Formel einigen: möglichst rasche Beseitigung jeglicher Art Zwangswirtschaft nach dem Kriege. . . . So wie es uns mit Hilfe unserer Bundesgenossen in vierjährigen siegreichen Kämpfen gelungen ist, das eiserne Band zu sprengen, das die Heere unserer Feinde um uns zu legen versuchten, so muß es auch Aufgabe des mitteleuropäischen Wirtschaftsbundes sein, den von unseren Feinden beschlossenen Plan einer wirtschaftlichen Einkreisung zunichte zu machen, um uns so bald als möglich wieder den zurzeit verlorenen Anschluß an die Weltwirtschaft zu sichern!

21. / VII. 1918

Der Warenmarkt.

Börse für landwirtschaftliche Produkte.

Wien, 20. Juli. (Orig.-Ber.) Außer ganz belanglosen Umsätzen in einzelnen Nebenprodukten und Futtermittelstoffen, für die eigentlich auch kein Begehren im Markte ist, kam es überhaupt nicht zum Geschäft. Eine Tendenz oder Preisänderung ist deswegen nicht zu konstatieren. Das verhindert schon einerseits das allgemeine hohe Wertniveau, dann aber auch der Umstand, daß ebenso gering als die Frage auch das Angebot ist.

Berufswahl und Berufsberatung.

Von Dr. Werner Mahrt.

Schon in der Zeit vor dem Kriege war der Beruf im modernen Sinne des Wortes problematisch geworden und zwar nach zwei Richtungen hin: teils arbeitete man an einer Intensivierung und Rationalisierung des Berufes, teils wehrte man sich gegen die Mechanisierung des Berufes. Das eine taten die Techniker (ich erinnere an Mühlenters Psychotechnik, an den Taylorismus, an die Berufspolitik der Arbeitsvermittlungsinstitute); das andere taten die Literaten. Während die Praktiker technische Vorschläge machten und technische Versuche anstellten, ergingen die Literaten sich in trübseligen Deklamationen gegen den Beruf und in Proklamationen für die Berufslosigkeit. Technisch und literarisch war die Einstellung der Zeit wie zu allen Lebensproblemen — so auch zum Berufsproblem. Die eigentümlich stilkliche und vernünftige Einstellung fehlte: die Auffassung des Berufes als eines Mittels zur Selbstverwirklichung. Der Berufslosigkeit. Weder um bloße Rationalisierung der Arbeitsvorgänge noch um romantische Klucht vor der Arbeit handelt es sich, sondern um die klare Erkenntnis, dem Wesen und Ziel des Berufes und von den Mitteln, die Menschen zu den für sie geeigneten Berufen in Beziehung zu setzen. Von den Technikern war das Berufsproblem bereinigt und entschärft worden, von den Literaten war es ins Wertlose und Verbläulene verflüchtigt worden. Wenn man weiter kommen wollte, so mußte Grundförmliches über das Wesen des Berufes gesagt werden, d. h. der Problemkreis gezogen, die Fragestellungen geklärt, die Aufgaben gesetzt werden.

Das Buch des Münchener Pädagogen Alois Fischer "Ueber Beruf, Berufswahl und Berufsberatung als Erziehungsfragen" (Verlag Quelle & Meyer, Leipzig 1918) ist ein solcher Versuch der Problemlösung — und man darf sagen, daß er als solcher gelungen ist. Fischer hat sich kein Ziel weit gesetzt: "Die Berufsfrage gehört somit zu denen, an welchen die Bedeutung des Weltalles als einer Kulturmacht handgreiflich wird. Mit der alten Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsgestaltung brennt in seinem Feuer auch die so hoch gehaltene Arbeitsgesinnung nieder, die mit ungeheurer Wertverehrung Ware und Technik, Bequemlichkeit und Genus, Reichtum und Macht, und im Zusammenhang damit höchstwertigere Ausnutzung der Arbeitskraft als deren gewissermaßen ins Licht einer Reklamation gehobene Grundlage zum Selbstwert machte, während die Schönheit, Güte und Fülle der Seele darüber verflümmert"

ten". (Einführung.) In diesem weiten Rahmen und immer mit Beziehung auf die letzten Werte des Lebens wird das Berufsproblem von Fischer nach allen Seiten hin durchforscht: so entsteht ein Buch, in welchem das Organisations- und Praktische als Ausdruck der Beherrschung auf letzte Lebensbedürfnisse und Lebenswerte sich erweist, in welchem die Einzelbedürfnisse aus einem organischen Zusammenhang von Bedenken erwachsen, in welchem etwas sehr Technisches verbunden dem sachlichen Ergebnis und von der anregenden Kraft dieses Buches ist es als Leistung eines neuen Menschentypus von Bedeutung — jenes Typus nämlich, in welchem das Praktische und das Geistliche, das Technische und das Geistliche nicht auseinanderfallen, sondern zu einer organischen Einheit sich gliedern. Zwischen Seele und Charakter (wie Wilhelm Schiller diesen Zustand des Geistes metaphorisch einmal nannte) heuert dieser in guten Sinne moderne Denker hindurch, nicht zu einer billigen Verjüngung und Verwischung der Gegensätze, sondern zu einer organischen Problemlösung, wobei jeder Teil des Problems eben dadurch, daß er an den rechten Ort gelangt, seinen Sinn und seine Bedeutung erhält.

Fischer beginnt mit grundsätzlichen Überlegungen über den Beruf, schreitet fort zu einer Darstellung der Aufgaben einer künftigen Berufslehre, stellt dann den engen Zusammenhang der Berufsfragen mit den allgemeinen Erziehungsfragen dar und schließt mit einer Erörterung über Berufswahl und Berufsberatung der Jugend. Man stellt sich wohl die Frage, wie weit diese Überlegungen über den Beruf hinausgehen, inwiefern sie die praktische Lebensgestaltung im Blick haben. Die vorläufige Lebensgestaltung über den Sinn des Berufes führt zur Forderung einer wissenschaftlichen Berufsberatung, dem man sieht sehr bald (und jeder, der praktisch in der Berufsberatung gearbeitet hat, wird das bekräftigen), daß man eigentlich vom Berufsleben noch recht wenig weiß, daß keine Erziehung nach der kulturell-ethischen, kognitiven, hygienischen, pädagogischen, logischen und unumgänglichen Forderung ist, wenn man entbehrliche und unumgängliche Forderung, die Wahl des Berufes wirklich vernünftig und sachgemäß die Wahl des Berufes beeinflussen und die Beratung der Jugend durchführen will.

Alle Berufsberatung aber ist nur Vorbereitung: das Wesentliche aller Berufsberatung ist erzieherische Einflüsse, die auf die Jugend nicht nur, sondern mehr noch auf die Erwachsenen. Die allgemeine Erziehung muß dahin gehen, daß nicht mehr lokale Stellung und lohnender Erwerb allein ausschlaggebend für die Wahl des Berufes werden, sondern

lehrt.

forten Berufsberatern, die jeweils nach den örtlichen Verhältnissen sich richten werden, Sache der Schule und der Pädagogen wird es sein, die Individualberufsberatung in die Hand zu nehmen und durch Aufklärung der Jugend und der Eltern über die Berufsmöglichkeiten und -Auswirkungen sowie durch Eignungsprüfung des einzelnen die Berufswahl möglichst vernünftig zu beeinflussen. Es interessiert vielleicht in diesem Zusammenhange zu erfahren, daß für die akademischen Berufe seit kurzen eine Zentrale für akademische Berufsberatung in Berlin vom Akademischen Hilfsbund und vom Deutschen Studententendenz gemeinsam gegründet ist, und daß von den beiden genannten Organisationen schon jetzt in den Ortsauschüssen Individualberatung getrieben wird, zunächst natürlich vorwiegend an Kriegsbeschädigten und Kriegsgeschädigten.

Das Fischer'sche Buch stellt, als Ganzes betrachtet, die Leistung eines manövrierten und vernünftigen Forschers dar, der mit aller Emsigkeit vor den Schranken, die das Leben der Wissenschaft setzt, doch die wissenschaftliche Durchdringung eines komplizierten menschlichen und wirtschaftlichen Problems fordert und die hauptsächlichsten Wege dazu weist. Sein Hauptbedenken aber ist, daß er das Problem des Berufes in die großen Zusammenhänge des Lebens gestellt hat und so die Erzieher wie die Politiker, die Schüler wie die Volkswirte, die Staatsmänner wie die Industriellen, die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer, die Eltern und die Jugend auf die Wichtigkeit und Dringlichkeit der ganzen Berufsfrage mit aller Energie und Schwärze hinweist. Daß es nicht bei dem Hinweis bleibt, sondern daß die Anregungen Fischers in Theorie und Praxis weiter bearbeitet werden, ist eine Forderung der Wirtschaftspolitik wie der Menschlichkeit nach den Verlusten und Leiden des unheimlichsten und unwirtschaftlichsten aller Kriege.

Der Wert und Nutzen des Tabaks.

Eine Ergänzung.

Von Prof. Georg Meppner (Berlin).

In meiner Sommerreise lese ich heute den resümierten Nachruf in dem Prof. Straub (Erlangener Morgenblatt vom 14. ds.) die guten Eigenschaften des Tabaks preist, welcher durch seine Einwirkungen auf das vegetative Nervensystem die Körperorgane zu harmonischer Tätigkeit anregt. Ich will ich keineswegs dem Verfasser den Versuch einseitiger Beurteilung machen, denn er wollte ja nur das "Gute" des Nikotins hervorheben; ein Nachruf beim Schreiben ist ja auch kein faktisches Essay und ein Abschlußsatz an einen lebenden Freund darf keine bitteren Wahrheiten enthalten. Auch will ich keinen der zahlreichen Vorzüge des Tabaks bestreiten, die Straub hervorhebt; ich will eher noch einen hinzufügen: an den Einwirkungen auf das Zentrum II.

Die Kriegsgewinnerjagd nach Boden.

Hunderte und Tausende unserer Braven, die seit Jahren im bitteren Kampf gegen feindliche Uebermacht an der Front stehen, sehen bangen Herzens ihr mühsam erworbenes Anwesen, ihr unter den schwersten Bedingungen in die Höhe gebrachtes Gewerbe verfallen und haben keine Aussicht, im Interesse der Erhaltung ihres Besitztums enthoben zu werden. — Viele, die über keinen Besitz verfügen, haben durch Beweise von Tapferkeit den Besitz der anderen vor der Zerstörung und Brandschatzung gerettet. Ihnen den Dank der Gesellschaft dadurch abzustatten, daß man ihnen die Möglichkeit zur billigen Erwerbung eines eigenen Heims verschafft, wurde im Deutschen Reich die sogenannte Heimstättenbewegung gegründet und auch bei uns sind einige Kronländer, zum Beispiel Niederösterreich und Tirol, diesem erfreulichen Beispiel gefolgt.

Zahlreicher als die Heimstättenverleihung an heimkehrende Krieger ist aber die Heimstättenberaubung. Ein unheimliches Drängen der Spekulanten um Grundbesitz hat begonnen und leider wird trotz der bestehenden Verordnung dem nicht genügend Einhalt getan. Aus allen Teilen der Monarchie vernimmt man die Klagen. Auch aus Ungarn. Von den zahlreichen Fällen seien nur zwei angeführt, die wir der Budapester „Neuen Post“ entnehmen: Vor einem Jahre kaufte der Großgrundbesitzer Emil Burgly das bei Ghoma gelegene 3400 Joch große

Gut des Baron Hartanhi um 3 Millionen. Jetzt verkaufte Burgly dasselbe um 5 Millionen 400.000 Kronen an den Budapester Weinhändler Daniel Hirschfeld. Wir fragen, muß der Weinhändler Daniel Hirschfeld das Gut haben? Auf dem 3400 Joch erstklassigen Boden bei Ghoma hätte eine schöne neue Gemeinde gegründet werden können. Eine schöne Anzahl von besitzlosen Soldaten, die im Felde ehrlich ihre Pflicht erfüllt haben, hätten dort ansässig gemacht werden können. So werden sie aber als Meierknechte in den Dienst jenes Daniel Hirschfeld treten müssen, der im Kriege sonst nichts getan, als Millionen erworben hat. Ein zweiter Fall: Ladislaus Ordochy ist in Galizien des Heldentodes gestorben. Sein Abengut in Naghlereskeny von 1400 Joch hat um den Preis von 1 Million 630.000 Kronen der Budapester Bankier Leopold Breuner gekauft. Der alte Adel stirbt in Galizien fürs Vaterland und der neue Grundherr kommt aus Galizien.

Der Budapester Weinhändler und Güterzertrümmerer Daniel Hirschfeld, der sich mühelos in kurzer Zeit einige Millionen verdient, die sich Hunderte von Weinbauern im Schweiß ihres Angesichtes nicht zu erwerben vermögen, ist vom selben Schlag wie die ständigen Inferenten unserer Finanzpresse, die fortwährend ihre Kauflust in Häusern, Industrieunternehmungen und Schlössern ankündigen. So bringt die „N. Fr. Pr.“ folgende Ankündigungen:

Kaufe Häuser, Palais, Villen, Schlösser, Güter. Albert Rosenberger, Praterstraße 60. Telefon 44170.

Kaufe Fabriksrealitäten, große Ziegeleien, Kalt-, Zement-, Kohlen- und sonstige große Industrien. Albert Rosenberger, Praterstraße 60. Tel. 44170.

Im Bericht über den Realitätenverkehr in Wien sind als die neuen Eigentümer meistens Leute genannt wie: Alfred und Louise Woltär, Gustav Frankl, Heinz und Paul Levi, Moriz und Lydia Levo (2 Häuser), Simse Hendl, Margarete Baumfeld und Dorothea Lohnstein, Robert Bloch, Bernhard Gottesmann, Joh. und Leopoldine Feldmann usw.

Hier wie dort die gleichen Erscheinungen. Es ist kräftige Abwehr nötig.

Einschränkung der Rennwetten in Budapest.

Die maßlose Uebertreibung, die infolge der Geldflüssigkeit bei den Rennwetten allerorten, insbesondere in Budapest, Platz gegriffen hat, veranlaßte die dortige Stadtvertretung, bei der Regierung um Maßnahmen zur Eindämmung des Spieles vorstellig zu werden. Die betreffenden Beratungen sind noch nicht abgeschlossen, doch verlautet, daß einige Maßnahmen ins Werk gesetzt werden sollen, von denen man erhofft, daß sie die ürgsten Auswüchse beseitigen werden.

Das bezügliche Telegramm besagt:

Budapest, 25. Juli.

Gestern und heute fand im Ackerbauministerium unter Vorsitz des Ministers Grafen Serenyi und in Anwesenheit des Staatssekretärs Baron Böttlik eine Enquete in Angelegenheit der Reform der Wetten bei den Pferderennen statt. Die Beratungen werden fortgesetzt werden.

Wie verlautet, wird beabsichtigt, die Eintrittspreise bedeutend zu erhöhen.

Bei dem Spiele am Totalisateur soll der Minimalsatz mit 50 Kronen bemessen werden.

Der Eintritt in den Ring soll bloß den Rennstallbesitzern und den Mitgliedern des Jockeyclub erlaubt werden.

Die Wettbureaux im Innern der Stadt sollen geschlossen werden.

Auf den billigen Plätzen soll überhaupt kein Spiel erlaubt sein.

Eine Rundgebung der Juden-

schaft.

In einer gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Alfred Stern abgehaltenen Plenarsitzung des Wiener israelitischen Kultusvorstandes wurde einhellig die folgende Resolution gefaßt, der sich bisher zirka 300 Kultusgemeinden Oesterreichs in

gleichlautenden Rundgebungen anschlossen. In der Resolution heißt es:

Gegenüber den in den antisemitischen Versammlungen und in der antisemitischen Presse wider die Juden im allgemeinen vorgebrachten unwahren, erdichteten und entstellten Anwürfen sieht sich die österreichische Judenschaft veranlaßt, nachdrücklich festzustellen:

Die österreichische Judenschaft in ihrer Gesamtheit hat in diesem Kriege bisher gleich allen anderen vaterlands- und kaisertreuen Bürgern dieses Staates bedingungslos und uneingeschränkt Gut und Blut geopfert; für Kriegsfürsorgezwecke und für die Bedürfnisse des Staates zur Kriegführung leistet sie weit über jedes Verhältnis.

Sie hat in ihrer Masse durch die kriegerischen Verhältnisse materiell ungleich mehr gelitten als andere Bevölkerungskreise; aber auch ihre seelischen Leiden waren unverhältnismäßig größer, nicht nur, weil die Bevölkerung aller Schichten in maßloser Weise gegen die Juden verhetzt ist, sondern auch deshalb, weil gewissenlose antisemitische Parteiführer des Hinterlandes nicht ohne Erfolg bemüht waren, den Judenhaß in die Armee zu verpflanzen, selbst bis in die vorderste Feuerlinie zu tragen, wo die Juden trotz ihrer Zurücksetzung Leben und Gesundheit für das Vaterland aufs Spiel setzten und opfern.

Kriegsgewinne wurden von Nichtjuden in höherem Maße erzielt als von Juden; andererseits erreicht die Summe aller Verfehlungen, deren einzelne Juden sich schuldig gemacht haben, nicht im entferntesten im Verhältnis die Summe jener Verfehlungen, deren Nichtjuden überführt wurden, ohne daß daraus für die gesamte Konfession oder Nation der Schuldigen jene verallgemeinernden Schlüsse gezogen worden wären, wie dies gegenüber den Juden geschieht.

Die Judenschaft Oesterreichs hat es stets in tiefwurzelnder Liebe und Treue zum Vaterland als ihre heiligste Pflicht angesehen, alles zu unterlassen, was die Ruhe und den Frieden im Innern des Reiches zu stören geeignet wäre; niemals hat auch nur der Gedanke an einen Hochverrat, an ein Einverständnis mit dem Feinde in ihren Reihen Eingang und Verbreitung gefunden. Die Juden waren und sind ein staatserkaltendes Element von unbedingter Treue und haben einen Rechtsanspruch darauf, als solches behandelt zu werden.

Gründung einer Arbeiterbank.

In Köln, 1. August. Die Gründung einer Arbeiterbank wird in den Organisationen der christlich-nationalen Arbeiter- und Konsumvereinsbewegung ernstlich erwogen. Der jüngst in Essen abgehaltene Genossenschaftstag des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine hat nach einem Vortrag des Schriftleiters Brauer (Köln) über die Organisation der Geldwirtschaft der Verbraucher in einer einstimmig angenommenen Entschliebung die Gründung einer Genossenschaftsbank als dringend notwendig empfohlen. Man empfindet es in diesen Kreisen als nachteilig, daß die von den Arbeitern aufgetragenen Geldmittel, die sich auf viele Millionen belaufen, von den Sparkassen und Banken zu unbekanntem Zwecken ohne die Möglichkeit einer Beeinflussung durch die Arbeiterbewegung verwandt werden. Durch die Genossenschaftsbank soll die Finanzkraft der Arbeiter- und Genossenschaftsbewegung zentralisiert werden und das Geld wieder im Interesse der Mitglieder Verwendung finden. Interessiert an dieser Bankgründung sind die Christlichen Gewerkschaften, die konfessionellen Arbeiter-, Gesellen- und Jugendvereine, die dem Deutschen Arbeiterkongress nahestehenden Angestelltenverbände, sowie die im Reichsverband Deutscher Konsumvereine zusammengeschlossenen Genossenschaften. Das Barvermögen dieser Vereinigungen, sowie der mit ihnen verbundenen Sparkassen und schließlich der jährliche Umsatz würden eine gewaltige Summe ergeben, die den an der Genossenschaftsbank beteiligten Organisationen einen weitgehenden Einfluß auf das Wirtschaftsleben verschaffen könnte. Wie in Essen auf dem Genossenschaftstag mitgeteilt wurde, sind die Vorarbeiten für die Errichtung einer solchen Arbeiterbank bereits im Gange. Die in der Bank zusammenfließenden Gelder sollen in der Hauptsache für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau (durch Wohnungs-genossenschaften), sowie für die Eigenproduktion der Konsumvereine nutzbar gemacht werden.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

28. Juli. Gründung eines deutschen Wirtschaftsrates für Mitteleuropa.

29. Juli. Erhöhung der Notenemissionsgrenze der Bank von Frankreich von 30 auf 35 Milliarden Franken. — Erhöhung der Kohlenpreise des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers. — Einsetzung eines Komitees in Brüssel zu Vorbereitungen für die Uebergangswirtschaft.

30. Juli. Deutsch-holländisches Wirtschaftsabkommen mit Wirksamkeit vom 1. August an. — Die französische Kammer beschließt die Verlängerung des Privilegiums der Bank von Frankreich auf 25 Jahre. — Ein amerikanisches Bankkonsortium übernimmt eine chinesische Anleihe von 50 Millionen Dollar.

31. Juli. Der Zuderzoll in Oesterreich-Ungarn wird bis auf weiteres aufgehoben.

1. August. Die Erhöhung der Börsenumsatzsteuer in Deutschland tritt in Kraft. Mit dem gleichen Tage wird die neu eingeführte Warenumsatzsteuer, die eine Milliarde Mark eintragen soll, aktiviert.

2. August. In Deutschland wird eine gute Mittelernte gewärtigt.

3. August. In einer Rede über die künftige englische Wirtschaftspolitik propagiert Lloyd George neuerlich den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege.

* (Ausfuhr ausländischer Zahlungsmittel durch die Post und im Reisendenverkehr.) Laut § 2 der neuen Devisenverordnung darf über Guthaben im Auslande (Forderungen und Kredite) oder über ausländische Geldsorten (Münzen und Noten), über Auszahlungen, Schecks und Wechsel auf das Ausland nur zugunsten einer Firma, welche der Devisenzentrale angehört, oder mit Genehmigung der Oesterreichisch-ungarischen Bank verfügt werden. Dagegen darf ohne Einwilligung der Oesterreichisch-ungarischen Bank zugunsten ein und derselben ausländischen Person oder Firma über Beträge in ausländischer Währung bis zu dem Gegenwerte von 200 K. verfügt werden, doch darf ein und dieselbe ausländische Person oder Firma pro Monat insgesamt auf obige Art über nicht mehr als 2000 K. verfügen. Die vorstehende Ausnahmsbestimmung hat auch auf die Ausfuhr von ausländischen Zahlungsmitteln per Post und im Reisendenverkehr insofern Anwendung zu finden, als ausländische Zahlungsmittel bis zum Gegenwerte von 200 K. ohne Einholung einer Bewilligung der Oesterreichisch-ungarischen Bank versendet, respektive mitgenommen werden dürfen.

8. VII. 1918

Die Reform des Versteigerungswesens.

Wie die „Kunstchronik“ mitteilt, hat die preussische Regierung zur Behebung der fasssam bekannten M i s s t ä n d e unseres Versteigerungswesens einen Plan ausgearbeitet, der in scharfem Zupacken u. a. folgende Punkte enthält:

Versteigerer von Kunstgegenständen und Antiquitäten dürfen sich an dem Vertrieb von Kunstgegenständen und Antiquitäten weder als Kaufmann noch als Gesellschafter oder Aktionär beteiligen, auch Kunstausstellungen weder leiten noch einrichten.

Der Versteigerer darf Personen, von denen er weiß oder den Umständen nach wissen muß, daß sie gewerbsmäßig im Auftrag Dritter Gegenstände ersteigern, Vergütungen oder andere Vorteile weder versprechen noch gewähren.

Der Versteigerer darf die Kaufgelder nur mit ausdrücklicher Ermächtigung des Auftraggebers stunden. Er darf auf die Kaufgelder dem Auftraggeber keine Vorschüsse gewähren, die Kaufgelderforderung nicht durch Abtretung an sich bringen, auch keine Gewähr für das Ergebnis der Versteigerung oder für den Eingang der Kaufgelder übernehmen und sich überhaupt nicht an den Geschäften beteiligen.

Die Polizeibehörden und ihre Organe können von dem Geschäftsbetriebe der Versteigerer Kenntnis nehmen, zu diesem Zwecke die für den Gewerbebetrieb bestimmten Räume jederzeit betreten und dort die Geschäftsbücher, das Sammelheft und die Niederschrift über die Versteigerung einsehen.

Verschleierte oder auf die Täuschung des Publikums berechnete Angaben sind verboten.

Die Versteigerung ist nur mit Genehmigung der Dienststelle für Versteigerungen (in Preußen beim Polizeipräsidenten von Berlin) gestattet.

Für jede Versteigerung ist ein Katalog anzufertigen; dieser darf Abweichungen von dem genehmigten Verzeichnis nur mit Zustimmung der Dienststelle enthalten. Auf der Vorderseite des Katalogs ist die Genehmigung zu vermerken. Gegenstände, die im Katalog nicht aufgeführt sind, dürfen nicht mitversteigert werden. In Räumen, in denen Kunstgegenstände oder Antiquitäten selbgeboten werden, dürfen Versteigerungen nicht stattfinden. Der Versteigerer hat am Schlusse jedes Versteigerungstages in der Reihenfolge des Katalogs die Gegenstände aufzurufen, die ihren Eigentümer nicht gewechselt haben. Der Versteigerer ist verpflichtet, der Dienststelle und der Ortspolizeibehörde wahrheitsgemäße Auskunft über die Richtigkeit der Bezeichnung der Kunstgegenstände und Antiquitäten zu geben.

Arbeiter, Mittelstand und Großbanken.

In den Kreisen der christlich-nationalen Arbeiterschaft sind, wie kürzlich gemeldet wurde, Bestrebungen im Gange, gemeinsam mit den diesen Gewerkschafts-Organisationen nahestehenden Konsumvereinen eine Arbeiterbank ins Leben zu rufen, die die Aufgabe hätte, die von den Arbeitermitgliedern gesparten Gelder zu sammeln, um mit diesen Summen Zwecke, die im unmittelbaren Interesse der Arbeiterschaft liegen, (gemeinnütziger Kleinwohnungsbau, Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion etc.) zu finanzieren. Ähnliche Pläne sind aus den Kreisen der sozialistischen Arbeiterschaft schon seit einigen Jahren bekannt. Der mächtige Hamburger Zentralverband deutscher Konsumvereine hat bereits eine Bankabteilung, zunächst allerdings wohl mehr für den inneren Gebrauch der angeschlossenen Vereine, und gemeinsame Erwägungen mit den Gewerkschaften und anderen Gruppen für deren Ausbau sind schon öfters angestellt worden. Das alles steckt noch ganz in den Anfängen. Aber die Entwicklung, die sich da vielleicht anbahnt, verdient doch heute schon Interesse. Und das um so mehr, je weniger erfreulich andere Verschiebungen sind, die sich seit einiger Zeit zwischen Großbanken und Genossenschaften zu entwickeln beginnen.

Riesenhaft ist die Höhe der Gelder, die während des Krieges und durch ihn in die Kassen der Großbanken zusammengefloßen sind: der Erlös aus flüssig gemachtem Betriebskapital der deutschen Volkswirtschaft aus aufgebrauchten Beständen, abgenutzten und nicht wieder ersetzten Maschinen, zurückgezählten Außenständen, Kriegsgewinnen usw., deren industrielle oder kommerzielle Besitzer die Ausleihung an Banken dem Erwerb von Kriegsanleihe vorzogen, um bei einem Wiederbeginn der Friedensarbeit sofort über flüssiges Geld verfügen zu können. Die acht Berliner Großbanken, die Ende 1913 über die damals schon angestaunte Summe von 4804 Millionen Mark Einlagen und Kontokorrentguthaben verfügten, verzeichneten davon Ende 1917 nicht weniger als 15 973 Millionen Mark; das eine letzte Jahr hatte ihnen einen Zuwachs von 6 Milliarden, erheblich mehr als ihren Gesamtbestand bei Kriegsbeginn, gebracht. Dabei kamen drei Viertel dieser 16 Milliarden allein auf die drei größten unter diesen Riesen, die zusammen über 12 248 Millionen verfügten, unter ihnen die Deutsche Bank allein über 5669 Millionen Mark. Ein sehr beträchtlicher Teil dieses Zuwachses dürfte bald nach Kriegsende den Banken wieder entzogen werden. Ein anderer Teil aber wird ihnen verbleiben; es ist schon heute kein Zweifel, daß der Krieg, wie er überall die Starten noch überragender gemacht hat, so auch im Geldwesen den Vorsprung der Mammutinstitute ganz außerordentlich erhöht. Jetzt im Kriege ruhen die daraus sich ergebenden Probleme: auch der den Großbanken auströmende Milliardenpegel wird von ihnen, durch Erwerb von Reichsschatzwechseln und ähnlichem, in größtem Umfange für die Finanzierung des Krieges nutzbar gemacht, und für die Privatunternehmungen gibt es bei der herrschenden Geldfülle heute keine Kreditnot. Das wird nach dem Kriege ganz anders werden. Und dann wird das wieder in den Vordergrund treten, was wir gegenüber der Großbankkonzentration in dem Jahrzehnt vor dem Kriege immer wieder betont haben: daß sich nämlich bei den wenigen Großbanken eine ungeheure Macht zusammenballt, deren Ausübung tatsächlich zu einem der wichtigsten öffentlichen Ämter im Wirtschaftsleben der Nation geworden ist, daß die kleine Schar von Großbankdirektoren durch Kreditgewährung oder -Verweigerung, durch Kapitalzuleitung oder -Fernhaltung ein großes Stück direkter Wirtschaftspolitik selbständig zu machen, den Gang der Entwicklung nach der einen oder anderen Richtung maßgebend zu leiten in der Lage ist, und daß diese großen, öffentlich-rechtlichen Funktionen ausgeübt werden von privatwirtschaftlich orientierten Organen, die, wenn sie nicht die volle Bucht der auf ihnen lastenden Verantwortung fühlen, nur Geschäfte machen, um zu verdienen.

Es ist kein Zweifel, daß die Eigenart des deutschen Bankwesens sehr viel zu der schnellen und starken Entwicklung der deutschen Wirtschaft vor dem Kriege fördernd beigetragen hat; daß die englischen Banken mit Unterstützung der englischen Regierung jetzt im Begriffe sind, sich auf diese deutsche Form des Bankwesens umzubilden, um den Aufgaben nach dem Kriege gewachsen zu sein, ist der beste Beweis dafür. Aber auch an Schattenseiten hat es nicht gefehlt. Wiederholt haben wir in der letzten Periode der deutschen Friedenswirtschaft darauf hingewiesen, daß die einseitige Entwicklung der Großbanken auf Kosten der Mittelbanken und der Privatbankiers auch eine bedenkliche Einseitigkeit der Kapitalverwendung zur Folge hatte: in die Großindustrie, speziell in die Montan- und die Elektrizitäts-Industrie, und dort wieder vor allem in die großen Aktiengesellschaften, sind in den letzten zwei Jahrzehnten; der einzelne Privatunternehmer erhielt die nötigen Kapitalien oft sehr viel schwerer als die Aktiengesellschaft, die Unternehmungen der Verfeinerungsindustrien viel schwerer als jene großen Standardindustrien, bei denen eben höhere Rente, größere Geschäfte, größere Emissionsgewinne winkten. Oft ist geschildert worden, was eine Privatbankfirma

wie Labenburg in Mannheim für die Entwicklung dieser Stadt geleistet hat, indem sie dem tüchtigen jungen Kaufmann und Industriellen durch Krediteinräumung die Möglichkeit zum Aufbau einer selbständigen Existenz verschaffte. Die Großbankfiliale in der Provinz kann das nie leisten, denn ihr Leiter ist abhängig von den Weisungen und den Wünschen der Berliner Zentrale. Dem Mittelstand ist diese Großbankkonzentration nicht zum Segen geworden. Wie wird das werden, wenn nach dem Kriege eine der wichtigsten Aufgaben die sein wird, den Mittelstand wieder aufzubauen, der unendlich mehr als die Großunternehmungen durch die Vernichtung zahlloser Existenzen die Lasten des Krieges trägt?

Das gilt es, sehr ernst zu erwägen. Und dann zeigt sich die Gefährlichkeit einer Entwicklung, die jetzt auch schon dahin führt, daß in wachsender Zahl, nachdem die selbständigen Provinzbanken zu einem großen Teile aufgesaugt sind, der Ausdehnungsdrang der Großbanken sich auch auf die Aufzuehung von Kreditgenossenschaften richtet. Der unschätzbare Nutzen dieser Genossenschaften ist es ja gerade, daß sie die von ihnen angeregte und zusammengefaßte Spartätigkeit des Mittelstandes zu dessen eigener Förderung verwenden und ihm hierdurch wie durch die Solidarität der Mitglieder eine Kreditquelle erschließen, die er ohne die Genossenschaft niemals in solchem Maße finden würde. So wirken die Spar- und Darlehnskassen auf dem flachen Lande, das sie durch die Befreiung vom Pacht mehr gefördert haben, als irgend ein großes oder kleines Mittel staatlicher Agrarpolitik es vermocht hätte. So wirken die Kreditgenossenschaften, die Vorschußvereine etc. auch für den Mittelstand der Stadt. Die Großbankniederlassung wird das nie ersetzen können. Und es ist ganz richtig, wenn in den „Blättern für Genossenschaftswesen“ ausgeführt wird, daß die Mitglieder der Genossenschaft den Schaden zu tragen haben, wenn genossenschaftliche Verwaltungen den Ladungen der Großbanken sich unterwerfen, oft auch nur „aus Egoismus, wenn es sich darum handelt, für den Vorstand und Aufsichtsrat eine gute Abfindung, für ersteren auch eventuell noch einen gut bezahlten Filialleiterposten zu erhalten oder aus Feigheit, wenn es sich darum dreht, Konsequenzen aus früheren Fehlern zu tragen oder einen ersten Konkurrenzkampf, bei dem es ohne Schmerzen nicht abgeht, auszufechten.“

Gerade darum sind die eingangs erwähnten Bestrebungen in Arbeiterkreisen bemerkenswert. Sie wollen den Genossenschaftsgebanken für sich verwickeln, ihre Spargelder, statt sie durch Banken und Sparkassen unkontrolliert nach deren Zielen verwenden zu lassen, zur Förderung eigener Zwecke in eigenen Organen zu sammeln und so „die wichtigste Waffe des Kapitalismus, das Kapital selber, zur Bekämpfung der Auswüchse des Kapitalismus zu verwenden.“ Der Mittelstand mag daraus eine Mahnung mehr entnehmen, seine alten Kreditorganisationen nicht leichtfertig dem uniformierenden Erweiterungsdrang der Großbanken zu opfern. Er würde es später zu bereuen haben.

10. VIII. 1918

**Neue Vorschriften in den
Verfahämtern.**

**Sechs Monate Laufzeit der Pfandscheine. —
20 Heller Pfandscheingebühr.**

Im Dorotheum und den Filialämtern wurde eine Kundmachung angebracht, derzufolge die Laufzeit der Pfandscheine über alle zur Einschätzung oder Umfetzung gelangenden Pfänder von zehn auf sechs Monate herabgesetzt wird. Die Pfand-eigentümer werden daher auf die auf den Pfand-scheinen ersichtlichen Verfallszeiten besonders aufmerksam gemacht. Die Herabsetzung der bisher zehn Monate betragenden Laufzeiten ist bereits mit Juli in Kraft getreten.

Eine zweite Kundmachung teilt mit, daß zufolge Erlasses der Statthalterei bis auf weiteres für jeden neu ausgefertigten Pfandschein, mit Ausnahme jener, die auf Darlehensbeiträge von 2 und 3 K. lauten, außer- fällig des Anlasses der Darlehenszinsen eine Pfandscheingebühr von 20 Heller eingehoben wird.

Mit der Kürzung der Laufzeiten der Pfand- schein, ebenso mit der Einhebung der Pfandschein- gebühren schließen sich die Verfahämter den bisher bloß bei den privaten Verfahämtern bestandenen Einrichtungen an. Die Kürzung der Laufzeit erfolgte, um den Verkehr zu beschleunigen und allzulange Ein- lagerungen zu verhindern. So befinden sich zum Bei- spiel seit dem Jahre 1914 ununterbrochen Effekten in den Depots, die bei Kriegsausbruch ver- setzt wurden. Die Pfandscheingebühr von 20 H. richtet sich gegen die massenhaften „Schein- verpfändungen“, die nur vorübergehend durchgeführt werden, um die Ware abschätzen zu lassen und so die Schätzgebühr beim Goldarbeiter zu ersparen.

21. VIII. 1918

Sparantheit, die alle Gehaltsaufbesserungen und Teuerungszulagen wettmacht.

Bei den österreichischen Staatsbahnen waren im Jahre 1911 17.080 Beamte, Aspiranten, Volontäre und Diurnisten, 22.696 Unterbeamte und Hilfsunterbeamte, 1741 Manipulantinnen, Offiziantinnen und Kanalistinnen, 71.772 Diener und Hilfsdiener, 110.365 Arbeiter, zusammen 223.604 Personen angestellt. Die Bezüge dieser Leute betragen K 349.700.214. Im Jahre 1912 waren die entsprechenden Ziffern: 16.851, 23.337, 1764, 71.743, 111.913, 225.608 Personen und K 358.581.813 und im letzten Friedensjahre 1913 16.997, 23.330, 1757, 70.203, 115.488, 227.775 Personen und K 343.205.364. Kaum ein Zehntel der Arbeiter hat durch Anteilnahme am Provisionsfonds eine durchaus ungenügende Altersversorgung sichergestellt. Auch von den übrigen Bediensteten genießt ein großer Bruchteil, vor allem die Aspiranten, Diurnisten, Hilfsunterbeamten und Hilfsdiener, nicht die Vorteile einer festen („definitiven“) Anstellung. Man kann daher behaupten, daß beinahe die Hälfte aller im Staatsbahnbetriebe beschäftigten Leute für die Alters-, Witwen- und Waisenversorgung außer Betracht komme und bezüglich Urlaubsansprüchen und sofortiger Kündbarkeit des Dienstverhältnisses trauriger daran sei als die elendesten Privatbediensteten, die sich nach einer sicheren Staatsanstellung sehnen.

Und dieses Mißverhältnis der sicher und unsicher Angestellten hat sich während des Krieges zum Schaben beider noch wesentlich dadurch verschoben, daß als Arbeiter nicht nur Handwerker und ganz ungelernete Handlanger aufgenommen wurden, sondern auch die jetzt im Kanzleifach eine große Rolle spielenden Lohnschreiber und Schreiberinnen. Die „Österreichische Eisenbahnstatistik“ und andere statistische Ausweise für die Kriegsjahre sind schwer zugänglich oder überhaupt noch nicht erschienen, so daß es zu mühsam wäre, hierüber genaue Ziffern zu bringen. Aus obigen Zahlenreihen ersieht man aber bereits, daß bei damals wachsenden Einnahmen und immer größer werdenden Geschäftsumfange der Staatsbahnen die Anzahl ihrer Beamten, Unterbeamten und Diener sank, die der Arbeiter aber stieg, wodurch sich dann innerhalb eines Jahres die Personalkosten trotz fortwährender „Erfolge“ der Berufsorganisationen um K 15.376.449 verminderten. Die Organisationen hatten eben verümt, die Hinterhältigkeit der sogenannten Postennormierung ernst zu bekämpfen. Wenn nun in irgend einem Bureau jahrzehntelang drei Kanzleidiener gebraucht werden, so ist für dieses Bureau einer „normiert“ und die übrigen zwei können nur über die Leiche des ersten hinweg mit dem Anfangsgehalt von jährlich K 900 „definitiv“ werden. Hilfschreiber, das sind Hilfskräfte, die nur vorübergehend für Wochen starken Bedarfes aufgenommen hätten werden sollen, haben sich bereits acht bis neun Jahre auf Unterbeamtenposten vortrefflich, dank ihrer gewöhnlich größeren Schulbildung bewährt und sind trotzdem vor der sofortigen Entlassung nicht sicher. Wie man sieht, wieder einmal die so österreichische Einrichtung, daß das Provisorium das einzig Definitive ist.

Während man im letzten Friedensjahre in allen Zeitungen von Gehalts- und Zulagenregelungen sowie von Zugeständnissen an die Eisenbahner las und trotz der damals schon unerträglich schmerzlichen Teuerung sich oft über die Unerfahrenheit dieser Leute gewundert haben mag, wurden an ihren Leibern rund fünfzehn Millionen abgespart. Und dieses Sparen wurde in den ersten zwei Kriegsjahren in verstärktem Maße fortgesetzt. Die Beamtenorganisation verzichtete geradezu auf ernste gewerkschaftliche Bestrebungen. Ihr damals soeben neuverbautes Kurhaus stellte sie erholungsbedürftigen Offizieren zur Verfügung und trug auch noch lange die Kosten der Verpflegung dieser Herren. Die verschiedenen Sparerklässe bewerkstelligten es tatsächlich, daß die veränderlichen Bezüge der Bediensteten Einbußen erlitten.

Spät erst erkannten die Eisenbahner, daß nur sie und etwa noch die Staatsdiener sowie die Privatbeamten und Lehrer solche Idealisten waren, deren Taschen durch die Not des Vaterlandes geleert, statt zum Plazen gefüllt wurden. Jetzt mügen sich die Gesamtbezüge eines Eisenbahners noch nicht auf das Doppelte seiner Gesamtbezüge während der Friedenszeit erhöht haben; wie hoch sind aber inzwischen die Preise der Nahrungsmittel und übrigen Bedarfsgegenstände gestiegen! Verlacht würden die Staatsbediensteten werden, wenn sie mit der Forberung nach einer zehn- bis zwanzigfachen Erhöhung ihrer Bezüge während der Dauer einer ebenso vielfachen Teuerung hervortreten würden. Und doch verdienen nur die verlacht zu werden, die dem Staate zumuten, daß seine Maschine ebenjogut wie früher arbeiten wird, obwohl sich inzwischen die Bruchfestigkeit ihrer Räder, der Staatsbediensteten, zehn- bis zwanzigfach vermindert hat.

Kriegsentschädigung.

Wenngleich in den Ländern des Halunkenbundes kaum jemand von einem entschädigungslosen Frieden zu reden wagt, die Meinung vielmehr die herrschende ist, daß man bei siegreichem Ausgang als Selbstverständlichkeit eine entsprechende Entschädigung aus dem niedergeburtene Feinde herauspressen werde, geschieht dort, insbesondere in England, das Menschenmögliche von Seiten der Presse und sonstiger berufener Stellen, diese Forderung immer von neuem, in bis ins Größte gesteigerter Uebertreibung zu wiederholen und der Öffentlichkeit einzuprägen. Es geschieht, wenn nicht wegen der Wirkung auf das eigene Volk, so sicher wegen des Eindrucks auf die Gegner.

Von einer Gegenwirkung unsererseits ist blutrenig zu spüren. Selten, daß man selbst in der in Kriegszielfragen energischen Presse auf die nachdrücklich begründete Forderung einer Kriegsentschädigung stößt, ausgeschlossen, daß diese in übertreibender Form erhoben würde. Soweit die Zaghastigkeit überhaupt überwunden wird, besleht man sich jedenfalls äußerster Sachlichkeit. Und in den Parlamenten streift man auch nur die Frage im Vorübergehen, ohne den gehörigen Nachdruck. Einzig der Antrag Freytag in der bayrischen Reichsratskammer, der nach dem Heldentode seines Schöpfers vom Freiherrn von Brandenstein aufgenommen wurde, war ein Vorstoß in dieser Richtung, aber an milder geeigneter Stelle. Die Folgen dieser relativen Gleichgültigkeit haben wir prompt erlebt: entschädigungslose Diktanden, Schöpfung insbesondere Rumänien in einer Weise, für die es uns niemals Dank wissen wird.

Und gegenüber der Ukraine gar ein Wirtschaftsabkommen, das durch die wucherische Höhe der Warenpreise umgekehrt tatsächlich uns eine Kriegsentschädigung in bar aufzulegen bestimmt scheint. Aus dieser Erfahrung sollte die Deffentlichkeit, sollten insbesondere die Einsichtigen, mit den wirtschaftlichen Dingen Vertrauten lernen und einsehen, daß es hier heißt, durch Vertretung der deutschen Notwendigkeiten bei Zeiten eine Aufklärungsarbeit zu leisten, an der im Moment der Friedensverhandlungen weder die eigene noch fremde Regierungen ignorierend vorbeigehen können.

In dieser Richtung wirkt eine ausgezeichnete, knapp gefasste Schrift, die unter dem Titel „Volkvermögen und Kriegsentschädigung“ Prinz Friedrich zu Löwenstein soeben bei Dunder und Humblot erscheinen läßt. Einleitend gibt er einen Überblick über die uns bevorstehenden finanziellen Lasten, die bereits am Ende des vierten Kriegsjahres 160 Milliarden betragen und sich bis zum Kriegsende noch um ein erhebliches der Gesamtsumme des steuerbaren deutschen Volkvermögens in Höhe von 190 Milliarden genähert haben werden. Aus dem Verhältnis dieser Zahlen schon folgert er die Undurchführbarkeit der Tilgung durch eine leihweise Vermögenskonfiskation, die ja denn zu einer unvermeidlichen wirtschaftlichen Schädigung führen müßte, weil sie die Mittel zum Wiederaufbau und zum weiteren Ausbau der deutschen Wirtschaft verschlingen, das notwendige Betriebskapital unter das erträgliche Maß heruntersinken und gerade das unmöglich machen würde, was die Vorbedingung für die Erzielung der erforderlichen genügenden Steuerleistungen ist: die Steigerung der Erzeugung. Er verweist auch auf die Gefahr für allen Staatskredit, wenn der Staat seinen Bürgern das, was er ihnen als Kapital und Zinsen versprochen habe, im Wege der Konfiskation wieder abnehme. Grundtätlich auf die Kräfte der Besteuerung

ingehend, betont er dann den Zusammenhang zwischen Steuerbelastung und Konkurrenzfähigkeit und sieht die souveräne Besteuerungsfreiheit der Staaten begrenzt durch die Rücksichtnahme auf den zwischenstaatlichen Wettbewerb.

Um so mehr liegen für uns alle Probleme in der einen Aufgabe „Produktionssteigerung“ beschlossen, als unsere Gegner in volkswirtschaftlicher Beziehung einen gewaltigen Vorsprung vor uns haben; nicht nur durch die erfolgte Vernichtung unseres Handels, durch die daraus für uns folgende Notwendigkeit, unseren Platz im zwischenstaatlichen Wettbewerb erst wieder zu erobieren, vor allem auch in der unendlich viel breiteren wirtschaftlichen Basis, auf der sie stehen. Für England nicht nur, auch für Frankreich ist der Kolonialbesitz eine gewaltige Quelle des Reichtums, die ihnen Rohstoffe auf der einen, Absatzgebiete auf der anderen Seite sichert, und aus denen sie in erheblichem Umfang wirtschaftliche Kräfte in den Körper des Mutterlandes hinübersaugen. Die Leichtigkeit des Wiederaufbaues, die sich aus solch großer wirtschaftlicher Grundlage ergibt, die Möglichkeit, sofort und in erheblichem Umfang die Vorbedingung für Steuern und Schuldentilgung, das Verdienen des einzelnen wie der Gesamtheit zu schaffen, hat England verhältnismäßig rasch über die für damalige Verhältnisse gewaltige Schuldenlast aus den napoleonischen Kriegen hinwegkommen lassen, wie die Vereinigten Staaten über die Schäden des Sezessionskrieges. Aus diesen Dingen heißt es lernen, an ihnen erkennen, daß die Vorbedingung für Deutschlands ganze Zukunft die Sicherung seiner wirtschaftlichen Entwicklungsfähigkeit ist. Für die Produktion bedarf es der Rohstoffe, bedarf es gleichermaßen finanzieller Mittel. Werden ihm diese durch eine übertriebene Steuerbelastung zur Schuldenabdeckung geschnitten, so kann es mit Aussicht auf Erfolg nicht in den Kampf gegen den wirtschaftlichen Vorsprung der Gegner eintreten. Deshalb muß einmal eine Kriegsentschädigung in Rohstoffen, zum anderen eine in Geld als unumgänglich notwendig erachtet werden.

27./VIII. 1918

Der Skandal der Armeelieferanten.

(Von einem Mitarbeiter der „Reichspost“)
ns. Budapest, 25. August.

Der Krieg hat unsere Gesellschaft in zwei streng von einander geschiedene Lager geteilt: in das Lager derer, die ihr Gut und Blut, ihre Gesundheit, Existenz, ihr Familienglied und alles hingeopfert haben am Altar des Vaterlandes, und in das Lager jener, die aus dem ungeheuren Blutmeer Goldklumpen, Diamantenklöße gefischt haben. Zu ersteren gehören selbstredend auch jene Volksmassen des Hinterlandes, denen das Meist aus den Knochen gesogen wurde, die alle Qualen und Sorgen unserer düsteren Zeit ebenso durchkosten mußten, wie die braven Helden an den Fronten selber. Daß in das zweite Lager außer den allerlei Händlern, Maklern, Bucherern, Preistreibern, vor allem auch diejenigen Armeelieferanten gehören, die vom Staate während der Kriegsbauer ungezählte Millionen eingeheimst haben, steht wohl außer allem Zweifel. Die wenigen alten und vielen, vielen frischgebackenen Millionäre des zweiten Lagers haben denn auch mit dem rapiden Anwachsen ihrer Reichtümer gleichzeitig einen äußeren Glanz und Luxus entfaltet, daß uns armen Schlußern manchmal die Augen übergingen und der Atem stockte. Man hätte sich sozusagen geärgert über das geradezu herausfordernde Gebaren dieser ekelhaften Schmarotzer, hätten gewisse Zeitungen nicht stets dafür Sorge getragen, daß ihre Namen recht oft in den Rubriken der öffentlichen Wohltätigkeit und der — Kriegsanleiheausweisungen erschienen. Gewiß waren die hinter den Namen stehenden Zahlen nicht gerade groß zu nennen im Verhältnis zum Reichtum ihrer Träger, dennoch vermochte man sich immer noch kein endgültiges Urteil über ihren Opfer Sinn zu bilden, da sie durch eine geschickte Verteilung an viele Stellen immerhin den Anschein zu erwecken vermochten, als opferten sie ohne Bedenken. Wir waren so einfältig zu glauben, daß gerade die Söhne und Enkel, der noch nicht vor allzu langer Zeit aus Galizien, aus Rußland und der Bukowina hier ansässig gewordenen Juden, die mit den jetzt zugeströmten „Galizianern“ angeblich keinerlei Gemeinschaft haben wollen ihre Zugehörigkeit und Liebe zu diesem Vaterlande handgreiflich und unanfechtbar bekunden werden. Wir glaubten, daß sie dies im eigentlichen Interesse tun werden, daß sie geradezu danach lechzten, es zu beweisen, daß die These, als hätten sie überhaupt keinen Sinn für ein Vaterland, falsch sei.

Aber sie ist nicht falsch. Die jüdischen Armeelieferanten Ungarns besaßen nicht den Ehrgeiz, aber auch nicht das Herz, dem Vaterlande in dem Verhältnisse zu opfern oder auch nur zu leihen, in welchem sie an den Leiden dieses Vaterlandes verdient haben. Das in der „Reichspost“ bereits besprochene amtliche Verzeichnis der Armeelieferanten, ihrer „Verdienste“ am Staate und ihrer Kriegsanleihezeichnungen, ein Heft von 222 Seiten, ist zur furchtbarsten Anklageschrift gegen die Kriegsgewinner geworden. Aus diesen Daten ersehen wir nicht nur, daß die überwiegende Anzahl der Armeelieferanten sich aus den 5% jüdischen „Bürgern“ rekrutiert, sondern auch, daß diese sich ansonsten so gerne als „Patrioten“ brüstende Juden wohl viele Milliarden ein facten, aber nur wenige Millionen (auf gute Verzinsung!) wieder abgaben. Schade, daß das Heft nur bis zum Ende des Jahres 1917 reicht! Aber auch so muß es als eines der himmelschreiendsten Dokumente nicht nur unserer durchaus verfehlten Kriegswirtschaft gelten, sondern auch der absoluten Unzuverlässigkeit und Gefährlichkeit der gewissen Elemente.

Betrachten wir uns doch die Leute ein wenig näher: Gleich an der Spitze dieser Gesellschaft steht natürlich der Munitions- und Konservenfabrikant Manfred Weiß. Er lieferte bis Ende 1917 an die Armee im Betrage von 1.392.000.000, zeichnete aber nur 33% dieses Betrages Kriegsanleihe! Weiter Die Nationalen Vereinigten Textilwerke-Aktien-Ges. (wie alle A.-G.: jüdisch) zeichneten 18%, die Ungarische Lebensmittellieferungs-A.-G. 04%, die Ungarische Allgemeine Kreditbank 00%, Rindermelieferant A. Grünfeld 13%, Rindermelieferant M. Polatschek 14%, Konfektionär Moritz Drucker 32%, Lebensmittellieferant Gebr. Remeny (?) 29%, Fleischwarenlieferant Arnold Redner 2%, Fleischwarenlieferant Hugo Schlesinger 22%, Rindermelieferant Gebr. Braunstein 06%, Konfektionär Simon Holczner 42%, Rindermelieferant Samuel Bauer 3%, sein Berufsgenosse A. Rosenfeld 13% des von ihnen gelieferten Betrages usw.

Dieser Kategorie, die ins Unendliche verlängert werden könnte, folgt dann jene, in welcher die Lieferanten unter 10 Millionen noch weniger gezeichnet haben. B. B.: Moritz Fischer lieferte um 7.386.000 Kr., zeichnete aber nur 25.000 Kr., Moritz Drach lieferte 5.536.000, zeichnete 50.000, Wilhelm Platschek lieferte 5.052.000, zeichnete 16.000, Mayer und Wolfenfeld lieferte 4.441.000, zeichnete 60.000, S. Reizner lieferte 4.564.000, zeichnete 20.000, Moritz Frimmer lieferte 3.000.000, zeichnete 45.000, Gabriel Goldgruber lieferte 3.203.000, zeichnete 51.200, Friedrich Neumann lieferte 3.482.000, zeichnete 75.000, Bachrach (Ujvidel) lieferte 2.463.000, zeichnete 70.000, Feuerstein & Fodor lieferte 2.500.000, zeichnete 55.000, Ernst Glück lieferte 2.648.000, zeichnete 91.000, Samuel Kraus lieferte 2.800.000, zeichnete 80.000, J. Rosenfeld lieferte 2.377.000, zeichnete 10.000, Rosen-

thals Nachfolger lieferte 2.024.000, zeichnete 55.000, Weil & Hadl lieferte 2.800.000, zeichnete 70.000, Josef Weiß lieferte 2.424.000, zeichnete 53.000 usw.

Nun gibt es aber eine noch gefährlichere Sorte von Armeelieferanten, nämlich die, welche überhaupt keinen Heller Kriegsanleihe zeichneten! B. B.: Gebrüder Berger lieferten 1.047.000, Bachrach & Egri (?) 1.739.000, Bleier & Weiß 1.850.000, Max Brück 1.440.000, Brück & Goldberger 2.523.000, Bela Glasz 1.920.000, Moritz Goldstein 1.867.000, Sarah Groß 1.395.000, Philipp Galitscher 2.651.000, Emil Krausz 3.305.000, Mayer & Scheffer 2.101.000, Seidner & Klinger 2.045.000, Weiss (Magytapocfany) 1.135.000, Wilhelm Wolfner 2.186.000 Kr., ohne dem Staate auch nur einen Heller Leihweise zu überlassen.

Mehr Sozialpolitik für den Mittelstand!

Stimmen der Zeit.

Dem Mittelstand drohen, wie allseitig anerkannt wird, ernste Gefahren. Die Grundlage dieser in bescheidenem Maße einst gesicherten Familien ist durch die Kriegsverhältnisse und die leider noch auf Jahre hinaus anzunehmende ungeheure Verteuerung aller Lebensbedürfnisse stark erschüttert. Es vollzieht sich eine Vernichtung der gebildeten Stände, ein „Untergang der Bildung“, die Ulf. von Domagala in den Südw. Monatsheften mit Recht zu den furchtbarsten Erscheinungen dieses Krieges zählt. Während die andern Volksschichten durch höhere Löhne oder Handelsgewinne aller Art sich aufrechterhalten können, müssen die Gebildeten, deren Arbeit in der Not des Krieges nach ihrem inneren Wert nicht geschätzt wird, dem wachsenden Druck elend erliegen. Ihre kleinen Vermögen, die durch die Arbeit eines Lebens in weiser Sparsamkeit erworben waren, werden rettungslos aufgezehrt. Denn der Unterhalt der Familien beruhte fast immer auf Einnahmen, welche der Staat oder die Reichen als hohe Entlohnung für Güter, die allein das Leben adeln, noch gewähren wollten. Gerade dieses Einkommen, da es offen zutage liegt, erfährt die Steuer-schraube mit unvermeidlicher Sicherheit und verbraucht es, ohne je nach der Herkunft des Besitzes zu fragen, in schonungsloser Weise. So werden die Gebildeten, um nur die Kosten des nackten Lebens zu bestreiten, zur Aufopferung des letzten Restes ihres Vermögens gezwungen. Auf diesem Wege gehen die gebildeten Stände aus innerster Notwendigkeit in die Reihen der Lohnarbeiter über, die nur mehr für des Tages Notdurft leben können. Was es für Folgen haben muß, wenn die Stände, die zu allen Zeiten die wahre geistige Kraft jedes Volkes bedeutet haben, so dem Untergange verfallen, müßte jeder erkennen, der über den Bau der menschlichen Gesellschaft nachgedacht hat. Denn die Sprungfeder, deren Spannkraft das ganze Getriebe des Staates im Gange gehalten hat, ist dann gebrochen. . . .

Es sind in der Tat ernste Gedanken, die hier aufsteigen und mit Sorge für die Zukunft erfüllen. Was bedeutet der Mittelstand für das Volk, und Staatsleben? „Er ist eine stetig fließende Quelle der geistigen und kulturellen Entwicklung unseres Volkes“, heißt es treffend im „Fürmer“. In seinen Familien wachsen jene Männer und Frauen auf, die in Kunst, Wissenschaft, Technik und Schule unser Volk zu immer neuer Blüte führen. In diesen Familien wird auch im Frieden oft gearbeitet und verzichtet auf alles, was das Leben schön und angenehm macht, nur damit die Kinder die Universitäten, Hochschulen und Seminare besuchen können. Das heranwachsende Geschlecht aber arbeitet rastlos, um Neues, Besseres zu schaffen. Wer hineinblickt in die Geschichte der Technik, der findet dort in goldenen Buchstaben die Leistungen des Mittelstandes verzeichnet. . . . Noch lebt der Mittelstand — aber wie lebt er? Man braucht nur in der Beamtenenschaft Umchau zu halten, um auf diese Frage die trübste Antwort zu finden.“

Wer wird die bittere Wahrheit dieser Worte anzweifeln können? Sozialpolitik für den Mittelstand ist in letzter Zeit mit Fug und Recht von unseren bürgerlichen Parteien sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Reichstag geschlossen gefordert worden. Daß diese Fürsorge für den Mittelstand ein außerordentlich wichtiges Kapitel unserer inneren Politik bildet, haben auch unsere Regierungskreise voll anerkannt. Soll der Mittelstand nicht in das Proletariat hinabsinken, müssen

auf den verschiedensten Gebieten geeignete Vorkehrungen für wirksame Abhilfe baldigt getroffen werden. Aus politischen, wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten ist die Forderung, den Mittelstand zu schützen, gerade gegenwärtig von größter Bedeutung. Der Ruf: „Mehr Sozialpolitik für den Mittelstand!“ soll sobald nicht verstummen. Es ist ein ernster Mahnruf, der nicht überhört werden darf. C. K.

Die ledigen Beamten.

Von der kürzlich gebildeten Sonderorganisation der ledigen Beamten wird in einem an uns gerichteten Schreiben die in diesen Kreisen herrschende Stimmung wie folgt zusammengefaßt:

Nach der letzten Regelung der Kriegszulagen der Beamten sollen die allein stehenden Ledigen nur 70 Prozent der ihren kinderlos verheirateten Mitarbeitern zustehenden Beträge erhalten. Auf die ledigen mittleren Beamten, die von den (neben den Feuerungszulagen gewährten) Kriegszulagen gänzlich ausgeschlossen sind, entfallen jetzt nur rund 60 Prozent der für kinderlos Verheiratete festgesetzten Kriegsfürsorgebeträge. Diese Zurücksetzung der Ledigen hat bei den Betroffenen, namentlich bei den zweimal benachteiligten allein stehenden mittleren Beamten, eine ganz außerordentliche Mißstimmung hervorgerufen, da angesichts der Kosten ihres Lebensunterhalts — namentlich im Hinblick auf die fabelhaften Gasthauspreise — ein solcher Unterschied als völlig unerschöpflich bezeichnet werden muß. Die Stürzung der Zulagen wird daher als unmoralischer Heiratszwang empfunden, der bei den ledigen fast unüberwindlichen Schwierigkeiten einer Hausstandsgründung um so unverständlicher erscheint. Veriraten ist Herzensangelegenheit jedes einzelnen und muß es bleiben, wenn die Ehe ihren sittlichen Wert nicht verlieren soll. Einkommens Kürzungen sind daher kein geeignetes Mittel zur Herbeiführung von Eheschließungen, sie müssen diese im Gegenteil nur verzögern und somit bevölkerungspolitischen Bestrebungen, die bei der Zulagenregelung mitgespielt haben werden, direkt zuwiderlaufen.“

31. / VIII. 1978

Ueberfluß und Mangel.

Die ganze Tollheit unserer Wirtschaftsordnung kommt in einer an sich nicht sehr erheblichen Tatsache zum Ausdruck: während der ganze wirtschaftliche Jammer in letzter Reihe auch darauf zurückzuführen ist, daß wir viel zu viel Banknoten haben, konnten gestern die Leute, die bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank Noten beheben wollten, um Löhne auszusahlen und Wechsel einzulösen, sie nicht bekommen; der Bedarf ist so groß, daß die Erzeugung, trotz Nacht- und Sonn- und Feiertagsarbeit — man vergleiche die Schilderung der Beamtenausbeutung im „N. N.“ vom 27. August — nicht nachkommen kann. Vermag man sich etwas Tolleres auszudenken?

Schuld an diesem Mangel im Ueberfluß sollen allerdings auch die biederen Landleute sein, die, wie man uns erzählt, Banknoten zu vielen Tausenden, die Damen vom Lande wahrscheinlich im Strumpf, aufbewahren. Hier helfe keine Belehrung; die uralte Sitte, früher mit Silber und Gold geübt, sei stärker als alle wirtschaftlichen Erwägungen. Sollte das wirklich so richtig sein und nicht vielmehr auch eine gewisse Rückständigkeit der Einrichtungen? Rückständigkeit oder zu große Modernität, wie man es eben nennen will? Fast die einzige Gelegenheit, Geld verzinslich anzulegen, bieten heute die Banken. Man wird sagen, auch die Postsparkasse nehme ja Spareinlagen an, aber sie kommt für den Bauer mit den vielen Tausend in der Truhe nicht in Betracht, weil ja der Betrag, den sie von ein und demselben Einleger annimmt, auf zweitausend Kronen beschränkt ist, eine Summe, die zu einer Zeit festgestellt wurde, wo zweitausend Kronen noch eine ganz andere Bedeutung als heute hatten. In Zeiten, wo man die Grenze für das Verbrechen des Betruges und des Diebstahls hinaufsetzen mußte, um Geldwert und Strafhöhe in einigen Einklang zu bringen, und wo man ernsthaft darangeht, diesen Ausgleich zu wiederholen, sollten sich die maßgebenden Personen die Frage vorlegen, ob man nicht den Spareinlegern daselbe wie den Verbrechern zubilligen sollte. Der Landmann kann also sein Geld nicht in die Postsparkasse legen, in die Bank aber auch nicht, da erfreulicherweise noch nicht jedes Dorf im Besitze einer Bankfiliale ist, der Bauer auch eine noch nicht völlig überwundene Abneigung gegen diese Art der Geldanlage hat, die wir ihm nicht gerade jetzt zerstören möchten.

So zeigt es sich, daß die Forderung, die Postsparkasse möge zu einer Sparbank des Volkes ausgestattet werden, auch vom Standpunkte des Geldverkehrs wertvoll ist, weil sie einerseits die Bevölkerung wirtschaftlich erzieht und ihr andererseits die Gelegenheit bietet, Geld aus Truhe und Strumpf heraus nutzbringend anzulegen. Immer unbegreiflicher wird es, daß ein so einleuchtender, nützlicher und einträglicher Plan nicht ausgeführt wird, und nur deshalb nicht, weil ihn die Banken als Eingriff in ihre Oberhoheitsrechte nicht dulden. Vielleicht daß jetzt endlich die zwingende Not bewirkt, was die Einsicht nicht imstande gewesen ist. Woher aber der Entschluß auch kommen möge, wir werden ihn willkommen heißen, weil er dem Volke nützen und die Diktatur des Finanzkapitals brechen wird.

Eine ständige Organisation des Mittelstandes in Deutschböhmen.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Eger, 30. August.

Am 27. August fand in Eger eine außerordentlich stark besuchte, von der „Kohö“ einberufene Mittelstandsversammlung statt, zu der die Präsidentin der Aussiger „Kohö“, Frau Fachlehrerin Salaschek, die Präsidentin der Karlsbader „Kohö“, Frau Medizinalrat Ritter mit Vorstandsmitglied Frau Ullas, die Präsidentin der Teplicher „Kohö“, Frau Hofrat Hoffmann, die Ehrenpräsidentin der „Kohö“ in Brüx Frau Stadtrat Rudolf und der Obmann der neuen Mittelstandsorganisation von Marienbad Medizinalrat Dr. Zörkendörfer, jerner Abgeordneter Dr. Jäger, Bezirksobmann Dr. Bernardin, Frau Apotheker Wöhl und Dr. Schilling für die Mittelstandsorganisation, Stadtrat Künzel für den Mittelstandsausschuß in Eger und die Delegierten der Berufsorganisation erschienen waren. Der Versammlung präsierte Frau Professor Pulz.

Das Referat erstattete die Präsidentin der Reichsorganisation der „Kohö“, Frau Helene Granitsch, aus Wien. Sie betonte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Mittelstandskreise auf rein wirt-

schafter, von allen politischen Parteiforderungen frei zu haltender Grundlage. Ebenso wie der Arbeiterrat sich gebildet hat, um angesichts der wechselnden Situation des Krieges die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren und Einfluß zu nehmen auf die Beschlüsse der Regierung, soll auch die ständige Organisation des Mittelstandes die Interessen des Mittelstandes mit Energie zur Geltung bringen. Zum Mittelstand müssen sich alle Männer und Frauen zählen, die keinen Anteil haben an den großen und kleinen Raubzügen, die nicht Anteilseiner sind an dem Weltwucherartiel, das der Krieg geschaffen, und die sich auch nicht jenen zugesellen wollen, die von der Straße aus die öffentliche Sicherheit gefährden, die der Hunger dahin führt, ihre Selbsthilfe in Eisenbahndiebstählen und Feld- und Hirteneraubungen zu suchen. Es folgt sodann eine ausführliche Darstellung des Programmes der ständigen Mittelstandsdelegation, die in der Eigenverwaltung großer Mittelstandsküchen, in einer Konsumgenossenschaftlichen Organisation, in der Errichtung von Reparaturwerkstätten für Schuhe und Kleider sowie gemeinnützigen Dampfwäschereien, in der Vertretung der Mieterinteressen und der Errichtung von Mittelstandskolonien zu Erholungszwecken, in der Errichtung einer Frauenkrankenversicherung und einer allgemeinen Operationsversicherung sowie in der Durchführung einer Entschuldungsaktion ihre Aufgabe sieht.

An die Ausführungen der Referentin, die allgemeine Zustimmung fanden, schloß sich die Wechselrede, an der sich Abgeordneter Dr. Jäger, Frau Salaschek, die die Erfolgs der jungen Aussiger Organisation schilderte, Medizinalrat Dr. Zörkendörfer, der die Grüße der eben erst gegründeten Marienbader Organisation überbrachte, und Chefredakteur Dr. Schilling, der über die Egerer Mittelstandsbewegung referierte, beteiligten. Es wurde der einhellige Beschluß gefaßt, auch in Eger eine Mittelstandsdelegation ins Leben zu rufen.

Aktuelle Wirtschaftsfragen.

Teuerung, Valuta, Handelskrieg.

— Ein Gespräch mit Herrn Professor Hefcher. —
Stockholm, Ende August.

Herr Professor Hefcher gehört zu den bedeutendsten Schwedischen Nationalökonomern und hat mit seinen zahlreichen wertvollen und interessanten Arbeiten, darunter mit dem unlängst erschienenen Werke über die Kontinentalperre und den Handelskrieg auch außerhalb Schwedens begründetes Aufsehen erregt. Die nachfolgenden Ausführungen enthalten die Erklärungen, die Professor Hefcher in ihrem Berichtstatter über aktuelle schwedische und internationale Wirtschaftsfragen machte:

Wenn man von der allgemeinen Preissteigerung in Schweden spricht, sind zwei Tatsachen vor Augen zu halten. Die eine ist, daß das Maß der allgemeinen Preissteigerung in Schweden noch in beträchtlichem Umfange hinter der zurückbleibt, die in den meisten kriegsführenden Ländern stattgefunden. Andererseits hat sich aber die allgemeine Preissteigerung in Schweden namentlich im Laufe der verfloffenen Monate mit einer Tendenz der stets zunehmenden Schnelligkeit fühlbar gemacht. Wollen wir nun der hauptsächlichsten Ursache der allgemeinen Teuerung nachforschen, so muß vor allem darauf hingewiesen werden, daß die Notenumission der schwedischen Reichsbank in den letzten Monaten ziemlich aufgeschwollen ist. In einer Woche wurden 54 Millionen Kronen ausgegeben, wovon allerdings dann später unter der Wirkung der ersten Maßnahmen der Nationalökonomien 16 Millionen Kronen wieder eingezogen wurden. Doch kann das nichts an der Tatsache ändern, daß der Notenumlauf in Schweden, wenn auch natürlich weitans nicht in dem Maße wie in den kriegsführenden Staaten, gegenüber den Friedensverhältnissen ganz abnormal zugenommen hat. Der preissteigernden Wirkung des gesteigerten Notenumlaufes gesellt sich dann als zweiter nicht minder bedeutender Faktor die Warenknappheit zu. Diese macht sich vor allem in den landwirtschaftlichen Produkten fühlbar, aber auch der Preis der Industrieerzeugnisse ist sehr gestiegen. Ich kann mit voller Genauigkeit ziffermäßig nicht feststellen, welchen Grad die Teuerung im gegenwärtigen Augenblick erreicht hat. Die Indizes für die Preise der wichtigsten Verbrauchsartikel in Schweden sind bis Monat Mai vorhanden, und sie zeigen, daß bis dahin eine Steigerung von ungefähr 200 Prozent der allgemeinen durchschnittlichen Lebenskosten erfolgte.

Die statistischen Daten beweisen, daß in Schweden die Teuerung verhältnismäßig größer ist als in Dänemark, was sich auf die Verschiedenheit der Produktionsverhältnisse zurückführen läßt. Die fortwährende Teuerung, die in sich selbst eine antisoziale Erscheinung ist, hat die Regierung auch in Schweden zu mehr minder scharfen Maßnahmen veranlaßt. Unter diesen Maßnahmen kamen zeitlich zunächst die Maximalpreise zur Anwendung. Aber es hat sich, ebenso wie überall, auch in Schweden gezeigt, daß die Maximalpreise, allein angewendet, kein taugliches Mittel zur Einschränkung der Preissteigerung sind und nicht zu befriedigenden Resultaten führen. Das Ziel ließ sich nur bei Artikeln erreichen, bei denen man zu einer strengen staatlichen Erfassung der Vorräte und einer systematischen Rationierung des Verbrauches überging. Die staatliche Bewirtschaftung, nämlich die Beschlagnahme und die behördlich geregelte Verteilung der Vorräte, wurde unter anderem auf Brotgetreide, Milch, Butter (in den größeren Städten), Zucker, Futtermittel, viele Textilwaren mit ziemlich gutem Erfolg angewendet. In Dänemark, wo das Verhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch der landwirtschaftlichen Produkte günstiger ist, bracht die staatliche Bewirtschaftung bloß eine kleinere Anzahl von Waren. In Norwegen, das noch über sehr bedeutende Lebensmittelvorräte verfügt, sind die Approvisionierungsverhältnisse allerdings etwas ungünstiger als in Schweden.

Eine Frage, die nach unserer Anschauung mit der Preisgestaltung in engstem Zusammenhange steht, ist das Valutaproblem, das jetzt namentlich die kriegsführenden Staaten sehr lebhaft beschäftigt. Wir schwedischen Nationalökonomien sind nämlich, ebenso wie auch die englischen und die amerikanischen, der Ansicht, daß die Wechselkurse, theoretisch genommen, das heißt bei Abstraktion von jeglichen störenden Elementen, das relative Preisniveau darstellen. Diese Formel ist natürlich nicht als eine mathematische These, sondern als der Ausdruck einer Tendenz aufzufassen, neben der eine Unmenge von störenden Faktoren ins Spiel mit eingreift. Man muß sich das gegenwärtig halten, wenn man sich zum Beispiel mit dem Verhältnis zwischen der schwedischen und der dänischen Valuta befaßt. In Dänemark sind die Preise der wichtigsten Verbrauchsartikel im allgemeinen niedriger als in Schweden, und doch steht die dänische Valuta gegenüber der schwedischen um ungefähr zehn Prozent unter par. Wie läßt sich diese Erscheinung erklären, wenn wir an der ange deuteten Theorie festhalten? Hier ist eben ein gewaltiger störender Faktor im Spiele, nämlich jener, daß kein freier Warenaustausch zwischen Dänemark und Schweden besteht und so die Wirkung des Unterschiedes zwischen den Preisniveaus in den beiden Ländern nicht zur vollen Geltung gelangen kann.

Von gewisser Seite sind wir der Auffassung begegnet, die Kriegslage, und namentlich die Auffassung über die Kreditwürdigkeit der kriegsführenden Staaten üben auf die Gestaltung ihrer Valuta auf den neutralen Geldmärkten eine entscheidende Wirkung aus. Theoretisch genommen wären solche Einflüsse durch den Eingriff der Spekulation in dem Maße möglich, wenn man mit einer *unmehr verhältnismäßig* kurzen Fortdauer des Krieges rechnen könnte. Da aber eine sich auf solche Aussichten basierende Spekulation gegenwärtig noch mit außerordentlich großem Risiko verbunden wäre, bin ich der Ansicht, daß im allgemeinen die Stellung der Valuta der kriegsführenden Staaten mit der Auffassung über ihre Kreditwürdigkeit in keinem Zusammenhange steht. Die Kreditwürdigkeit des Staates würde nur dann eine Rolle zu spielen beginnen, wenn bereits die Möglichkeit der baldigen Wiederherstellung der Parikurse in Betracht käme.

Indessen dauert das große Ringen der Völker mit noch zunehmender Heftigkeit, und zwar nicht nur auf den Kriegsschauplätzen, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete fort, und niemand vermag noch sein Erbe vorauszu sehen. Wir Volkswirte wenden natürlich insbesondere der wirtschaftlichen Seite des Problems unser Augenmerk zu und verfolgen auch die Entwicklung der Vorbereitung des Handelskrieges nach dem Kriege mit gespanntem Interesse. Bezüglich des letzteren möchte ich erwähnen, daß ich im Herbst noch den Eindruck hatte, die Bewegung für den Handelskrieg sei im Abnehmen begriffen. Heute habe ich leider nicht mehr diesen Eindruck, eher den Entgegengesetzten. Wir Neutralen beobachten am lebhaftesten diese Erscheinung, nicht nur vom Gesichtspunkte unserer eigenen Interessen, sondern auch von dem der allgemeinen Kultur und Zivilisation. Vielleicht wird dank der allgemeinen Kriegsmüdigkeit der Völker nach beendigtem Kriege, den großen Schwierigkeiten der Durchführung des Handelskrieges und der endlich doch steigenden besseren Einsicht dieses neue Unglück der Menschheit erspart bleiben können. Bleiben aber Handelskrieg und Völkerhaß auch nach dem Kriege in Wirkung, dann muß man sich darüber im Klaren sein, daß dies nur die Erwartung eines mit mathematischer Notwendigkeit zu erwartenden zweiten Weltkrieges bedeuten würde. Jeder Neutrale ist eifrig daran bestrebt, dieser Weltkatastrophe vorzubeugen; allein unsere Kräfte sind zu schwach, um entscheidend in die Waagschale zu fallen.

Dr. Michael Bajda.

(Ministerpräsident Bekerle über die Einschränkung der Kapitalerhöhungen.) Aus Wien wird telegraphiert: Ministerpräsident Dr. Alexander Bekerle empfing heute abend Ihren Korrespondenten und machte ihm über die Verordnung betreffend die Kapitalerhöhungen der Aktiengesellschaften folgende Mitteilungen: Die Behauptung mehrerer Blätter, daß die Regierungsverordnung über die Kapitalerhöhung von österreichischer Seite inspiriert und im Interesse der österreichischen Volkswirtschaft erlassen wurden, ist tendenziös und entbehrt jeder Grundlage. Diese Verordnung ist der Initiative der ungarischen Regierung entsprungen und sie hat ausschließlich das ungarische Interesse im Auge. Das schrankenlose Recht einer Aktiengesellschaft, ihr Kapital nach eigenem Gutdünken zu erhöhen, könnte eventuell dahin führen, daß irgend eine Bank ihre Kapitalien auf eine Milliarde erhöhen möchte. Auf die Gefahr einer solchen Kapitalakkumulation brauche ich nicht besonders hinzuweisen. Eines möchte ich jedoch betonen: je größer das Kapital einer Gesellschaft ist, um so schwerer ist es, den richtigen Steuerschlüssel für sie zu finden. Ich will die Steuer progressiv machen. Wenn das Kapital aber fast ins Unermessliche hinaufsteigt, ist es kein leichtes für einen progressiven Steuerschlüssel, mit dem Wachstum des Kapitals in gerechter Weise Schritt zu halten. Uebrigens trägt sich auch die österreichische Regierung, wenn ich nicht irre, mit dem Plane, der Tendenz der maßlosen Kapitalerhöhung der Aktiengesellschaften energisch entgegenzutreten. Sogar da, wo eine Aktiengesellschaft schon im Statut das Recht erhält, ihr Kapital zu erhöhen, wird die österreichische Regierung die Umstände rigoros erwägen und nur in besonders begründeten Fällen ihre Einwilligung geben. Schon daraus ist es ersichtlich, daß es sich in der ungarischen Regierungsverordnung nicht darum handelt, der österreichischen Volkswirtschaft einen Viebesdienst zu leisten, sondern daß gewichtige finanzpolitische Motive den Staat zwingen, sein Recht und seine Interessen zu wahren. — Ferner wird aus Wien telegraphiert: Im morgigen Reichsgesetzblatt gelangt eine Verordnung des Finanzministers zur Verlautbarung, mit der die staatliche Genehmigung zur Bildung und Erhöhung des Stammkapitals bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung und zur Erhöhung des Grundkapitals von Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien normiert wird. — Morgen, Donnerstag, werden zwei der hervorragendsten Interessenvertretungen des Handels und der Industrie Stellung zur Regierungsverordnung über die Einschränkung der Kapitalerhöhungen nehmen. In der Budapester Handels- und Gewerbekammer findet in dieser Angelegenheit um halb 4 Uhr eine Sitzung statt und um 4 Uhr tritt die geschäftsführende Direktion des Bundes ungarischer Fabriksindustriellen zu einer Sitzung zusammen, auf deren Tagesordnung gleichfalls die erwähnte Regierungsverordnung steht.

Die Bankenfusionierung und Kapitalkonzentration in England.

Von E. von Harb (Wien).

Vor einiger Zeit ist an dieser Stelle von der Bankenfusionierung und Kapitalkonzentration in England ausführlich die Rede gewesen. Inzwischen schreiten die Fusionen der hervorragendsten britischen Bankinstitute rapid weiter. Daß sich dieser Zusammenschluß des heimischen Kapitals gegen das fremde des Auslands, besonders gegen die für später zu erwartende Konkurrenz der österreichisch-ungarischen und deutschen Banken richtet, ist offenbar. Man will diese Institute nach dem Friedensschluß in London nicht wieder aufkommen lassen. Nachdem sie ihre Tätigkeit gänzlich einstellen mußten — die endgültige Liquidierung und Abwicklung der Geschäfte der Anglobank- und Länderbank-Filialen in London ist erst kürzlich erfolgt —, hat man beifolgend beschlossen, daß für den Zeitraum von fünf Jahren nach Friedensschluß keine „feindliche“ Bank in England arbeiten dürfe. Also ein Krieg nach dem Kriege, oder eine Fortsetzung des Wirtschaftskrieges. Darin liegt für uns die Bedeutung der Fusionierung und Kapitalkonzentration und deshalb müssen wir sie mit Aufmerksamkeit weiterverfolgen.

Bei dieser Gelegenheit ist der folgende kurze Überblick von Interesse: Noch vor etwa zwei Jahrzehnten florierten im Inselreiche etwa zweihundert erstklassige Banken. In unserem Zeitalter des Zusammenschlusses und Großbetriebes sind sie auf zwanzig zusammengeschmolzen. Das bedeutet jedoch keineswegs eine Vergrößerung ihrer Macht. Im Gegenteil, die Konzentration des Kapitals in wenigen Händen hat zu einer gewaltigen Erweiterung seiner Reichweite geführt. Jetzt, während des Krieges, offenbart sich mehr denn je, daß die Zeit für die kleineren Unternehmen auch in England vorbei ist. Nur indem sie diese von den Großunternehmen aufsaugen lassen, vermögen sie, wenn man so sagen darf, weiterzueistieren. Als Kleinunternehmen besitzen sie nicht die gewaltigen Mittel, die von ihnen durch die Kunden gefordert werden, die sich ihrerseits, besonders auf dem Gebiet der Gewerbe, fusioniert haben. Daher bleibt den weniger bedeutenden Banken nur übrig, sich von den führenden Anstalten absorbieren zu lassen.

Es ist kaum ein Jahr her, daß die Fusionierungen begonnen haben, und es vollziehen sich bereits Verschmelzungen führender Bankengruppen, die jede für sich durch Fusionierung verschiedener Institute entstanden sind. Ende 1917 vereinigte sich die 1833 gegründete National Provincial Bank of England mit der 1839 gegründeten Union of London and Smith's Bank. Das fusionierte Unternehmen führt den Titel National Provincial and Union Bank und verfügt über Einlagen von 170 Millionen Pfund Sterling und ein Netz von über 450 Filialen. Diese Bankengruppe beherrscht nicht nur das lokale Geschäft in London und ganz England, sondern auch in den Vereinigten Staaten und Südamerika. Vor kurzem erfolgte ziemlich unerwartet die Fusionierung der altbewährten Barclays Bank mit der London Provincial and South Western Bank. Der neue Konzern verfügt über ein Kapital von 73 Millionen Pfund Sterling und Reserven im Betrage von 6 Millionen. Von besonderem Interesse ist nun, daß auf der einen Seite Barclays Bank sich bereits mit der Colonial Bank vereinigt hatte, die London Provincial and South Western Bank auf der anderen Seite aus der Verschmelzung der London Provincial Bank mit der London and South Western Bank hervorgegangen ist. Dieser letztere Konzern beschäftigt sich in weitgehendem Maße auch mit dem Auslandsverkehr.

In Frankreich, Spanien und Italien sehen wir die englischen Banken in fieberhafter Tätigkeit. Die letztgenannte Bankenfusion arbeitet u. a. bereits in Paris, Marseille, Lyon, Gendre, Rouen, Boulogne usw. Sie ist in enger Fühlungnahme mit einem neu entstandenen italienischen Bankentaktell, an dessen Spitze die Banca Italiana di Sconto steht. Der neue britische Konzern der beiden obigen Bankengruppen verfügt über nicht weniger als 1250 Zweigstellen. Die London County and Westminister Bank, ihrerseits aus der Vereinigung von zweien der bedeutendsten Finanzinstitute hervorgegangen, hat sich, gleichfalls in diesem Jahre, mit der bekannten Paris Bank fusioniert, wodurch eine weitere Kapitalkonzentration von über 210 Millionen Pfund Sterling entstand. Diese Gruppe mit ihren 660 Filialen arbeitet nunmehr gemeinschaftlich mit Lloyd's Bank (175 Millionen Kapital, 890 Filialen) an der neuen British-Italian Corporation, durch die sich England wirtschaftlich in Italien weiter ausbreiten will. Auch Frankreich und Spanien sind die Tätigkeitsgebiete des Konzerns. Lloyd's Bank ihrerseits betreibt jetzt einen gewaltigen Kapitalkonzentrationsprozeß, durch den drei bedeutende Banken in ihren Besitz gelangen sollen. Wenn es dazu kommt, so dürfte diese Fusionierung alle anderen überragen. Die 1834 entstandene Capital and County Bank (60 Millionen Pfund Sterling Depositen), eines der größten britischen Institute, die vornehmlich in Schottland arbeitende National Bank of Scotland (30 Millionen Depositen), die Brasilien und die sonstigen südamerikanischen Staaten ausbeutende London and River Plate Bank (zirka 25 Millionen Depositen), und endlich die in Indien tätige National Bank of India (ebenfalls zirka 25 Millionen Depositen) sollen unter die Herrschaft von

Lloyd's Bank (175 Millionen Depositen) gebracht werden. Abgesehen von der Vereinigung von über 310 Millionen Einlagegebern und etwa 1500 Niederlassungen, wird diese Gruppe nicht nur in Europa, Amerika und Asien, sondern auch in Afrika ihren bedeutenden Einfluß über, da die National Bank of India bereits in Ostafrika arbeitet.

So sehen wir den britischen Kolphen mit seinen zahllosen gewaltigen Gangarmen bereits die ganze Welt wirtschaftlich umspannen. Er verdrängt Frankreich, dessen Bankleiter sich offen beschweren, er verdrängt die Vereinigten Staaten, er versucht, um jeden Preis den Mittelmächten zuzukommen, die nach Friedensschluß England überall festgesetzt finden sollen. Dieser gewaltigen Konkurrenz muß das bedeutend schwächere französische Kapital auf allen Linien weichen. Und die britische Regierung, obwohl sie sich auch der Gefahren der übermäßigen Kapitalkonzentration bewußt zu sein scheint, begünstigt allerorts die fieberhafte Tätigkeit des englischen Geldes. Sie sieht darin ein glänzendes Mittel, zwischen den einheimischen und den Ueberseeinstituten Beziehungen zu knüpfen, London mit den entferntesten Märkten, mit denen Australiens, Süd-, Ost- und Westafrikas, Indiens, Brasiliens, Uruguahs, Chiles in enge Verbindung zu bringen, die Interessen Albions in den Ententestaaten geltend zu machen und aus den Verbündeten geschäftlich so viel herauszuschrotten, als irgendwie möglich ist.

5. IX. 1918

Gegen die Kapitalerhöhungen.

Die Bestimmungen der österreichischen Verordnung.

Die in unserem heutigen Morgenblatt bereits angekündigte Verordnung des Finanzministers im Einvernehmen mit den Ministern des Innern und der Justiz vom 3. d., betreffend die staatliche Genehmigung zur Bildung und Erhöhung des Stammkapitals bei Gesellschaften m. b. H. und zur Erhöhung des Grundkapitals von Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, enthält der heutigen amtlichen „Wiener Ztg.“ zufolge folgende Bestimmungen:

Wird während der Dauer der Kriegsverhältnisse um die Eintragung einer Gesellschaft m. b. H. oder eines Beschlusses der Gesellschaft auf Erhöhung des Stammkapitals ins Handelsregister angefragt, so hat das Gericht hievon zunächst dem Ministerium des Innern Mitteilung zu machen und darf die Eintragung nur bewilligen, wenn dieses nicht binnen sechs Wochen dagegen Einspruch erhebt. Die Mitteilung des Gerichtes hat bei Errichtung einer Gesellschaft m. b. H. in der Uebermittlung eines Auszuges aus dem Gesellschaftsvertrage bei Erhöhung des Stammkapitals in der Uebermittlung eines die Gesellschaft betreffenden Handelsregisterauszuges und einer Ausfertigung des Beschlusses über die Kapitalerhöhung zu bestehen. Die beiden zuletzt genannten Belege sind von den Anmeldepflichtigen beizubringen. Für die Dauer der Kriegsverhältnisse bedürfen Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien einer besonderen staatlichen Genehmigung zur Erhöhung des Grundkapitals auch insoweit, als sie nach ihren Statuten zur Einholung einer solchen nicht verpflichtet sind. Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Kundmachung in Kraft.

„Ein bis zwei Billionen Mark.“

Von Prof. Dr. Franz Oppenheimer.

Eine angesehenere englische Zeitschrift schätzte kürzlich die von Deutschland an die Verbündeten zu zahlende Kriegsschuld auf 1000 bis 2000 Milliarden Mark, „und zwar wesentlich näher an der letztgenannten Summe“. Es hat ein gewisses Interesse, sich auf die prahlerische Geschwätz einzulassen — als eine Warnung für Prahler und Schwätzer nicht nur jenseits, nein, auch diesseits der Schützengräben.

Der Weltkrieg hat uns ja mit seinen Millionen von Toten und Krüppeln und seiner Milliarde wöcherlicher Kriegskosten an Zahlen gewöhnt, die vorher nur mit dem feierlichsten Respekt ausgesprochen wurden. Einer unserer geistreichsten Bankherren, Max Warburg (derselbe, von dem das anmutige Wort stammt, daß heute Leute über Valutasfragen entscheiden, die noch vor dem Kriege glaubten, „Valuta sei ein schöner Mädchennamen“) hat diesen Wandel der Zahlenvorstellung entzückend wie folgt charakterisiert: „Wer heute nicht auf eine Milliarde herausgeben kann, ist ein Schnorrer.“ Aber, wie der Lateiner sagt, „alles hat schließlich seine bestimmten Grenzen“ — und der Sprung von der Milliarde zur Billion ist denn doch nicht so leicht zu machen, wie der schwatzhafte Prahler des englischen Blattes anzunehmen scheint. Stellen wir uns auf den Standpunkt seiner Voraussetzung. Deutschland hat den „Knockout-Schlag“ erhalten und liegt hilflos am Boden, gezwungen, jede Bedingung zu akzeptieren, die die Sieger für gut befinden, ihm aufzuerlegen. Und sie sind entschlossen, den „Weltverbrecher“ bis zur Blutleere zur Aber zu lassen. Was können sie ihm äußersten Falles an Kriegsschuld ablasten?

Das gesamte deutsche Nationalvermögen wurde vor dem Kriege auf maximal 400 Milliarden, das Nationaleinkommen auf 40 Milliarden geschätzt. Der Krieg hat das Vermögen der Substanz und dem Geldwert (wie es vor dem Kriege stand) noch um ein beträchtliches, schätzungsweise 30 bis 40 Milliarden vermindert; nach dem heutigen, stark gesunkenen Geldwert berechnet, dürfte es ungefähr den alten Wert haben, vielleicht etwas mehr, und auch das Einkommen, ausgedrückt in der entwerteten Mark, dürfte eher gestiegen als gefallen sein. Der Sieger könnte sich nun an das Vermögen oder das Einkommen oder an beides halten wollen. Nehmen wir an, er ergreife zuerst das Vermögen. Es besteht aus mobilen und immobilien Gütern und aus Kapitalansprüchen deutscher Eigentümer gegenüber Deutschen und Nichtdeutschen. Die Entente konfisziert zunächst alle auswärtigen Guthaben Deutschlands, allen realen Besitz deutscher Bürger an Grundeigentum, Fabriken, Kaufhäusern, Eisenbahnen, elektrischen Anlagen, Hafenvorrichtungen usw. im Auslande und allen auf solche Realitäten basierten Besitz an Effekten, ferner alle deutschen Kaufleuten gehörigen Guthaben und Warenvorräte, die sie von auswärtigen Kaufleuten zu erhalten haben. Dieses Aktivum der deutschen Bilanz ist durch den Krieg sehr stark vermindert worden, durch Verkauf zu Valutazwecken und durch die Konfiszationen, die namentlich England schon während des Krieges vorgenommen hat. Was bleibt, ist ein paar Milliarden, gegenüber der Forderung von zwei Billionen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Darum greift die Entente nun zunächst weiter nach den in Deutschland befindlichen beweglichen Gütern. Sie nimmt das Gold und Silber der Reichsbank und der Privaten; auch das fließt nicht; es können nur wenig über drei Milliarden heraus. Sie nimmt alles Edelmetall, das in Tischgerät und Schmuck verarbeitet ist, alle Edelsteine und Perlen, alle Schätze unserer Museen und Sammlungen, alles Kriegsmaterial von Heer und Flotte — alles das bedt noch lange nicht den Boden der Zwei-Billionen-Trübe, die doch gefüllt werden soll. Sie erwägt zornig, ob sie nicht auch alle Vorräte an Nahrungs- und Kleidungsstoffen, an Holz und Metallen usw. und an privatem Mobiliarbesitz konfiszieren und aus dem Lande führen soll; aber sie muß sich klar machen, daß dann kein Nationaleinkommen übrig bleibt, von dem sie einen Teil als Verzinsung und Amortisation des riesenhaften Restes der geforderten Kriegsschuld erwartet. Denn ein aller Vorräte und Mobilien beraubtes Volk muß offenbar verhungern, und ein verhungertes Volk oder Hunne kann ebenso offenbar keine Werte mehr schaffen, von denen er einen Teil an die Sieger abtreten kann. England könnte also höchstens das Entbehrlichste an Mobiliar der wohlhabenden und reichen Deutschen mit Beschlagnahme belegen und damit einen Trübelhandel im größten Stile beginnen, bei dem es kaum mehr herauszuschlagen würde als die Kosten der Verpackung, des Transports, der Lagerung und des Verkaufs. Also auch das füllt die große Risse noch lange nicht.

Denn der weitaus größte Teil eines jeden Nationalvermögens besteht aus immobilien Werten: aus dem Grund und Boden mit Wegen, Chausseen, Eisenbahnen, Kanälen und den „Meliorationen“: Wald, Dränagen, Brunnen, Rännen usw. und vor allem aus den Gebäuden. All das kann man nicht fortnehmen. Man könnte einen Augenblick daran denken, die

Werkzeuge und Maschinen zu nehmen: aber dann sinkt wieder das nationale Einkommen auf Null und kann nicht mehr besteuert werden.

England muß sich also, nicht etwa aus Mitleid mit dem Verbrecher, sondern aus seinem eigenen wohlverstandenen Interesse damit begnügen, nur die mobilen Werte zu ergreifen, soweit sie für die nationale Arbeit irgend entbehrlich sind, d. h. es muß die bare Notdurft an Nahrung, Kleidung, Wohnung und Hausgerät in Deutschland belassen und nicht minder alle für die Gütererzeugung notwendigen Werkzeuge, Maschinen, Roh- und Hilfsstoffe. Und muß sich mit dem Rest seiner Ansprüche — es fehlen noch 90 bis 95 Prozent an den zwei Billionen — an das Nationaleinkommen halten. Dieses belief sich vor dem Kriege, wie gesagt, auf zirka 40 Milliarden. Das würde, wenn es ganz in die Entente-Kassen geleitet werden könnte, ausreichen, um 800 Milliarden zu 5 Prozent zu verzinsen. Nun kann man aber nicht wohl daran denken, eine solche Kriegsschuld dem besiegten Volke als „ewige Last“ aufzuerlegen, sondern muß einen Teil der Eingänge als Amortisation gelten lassen, sagen wir ein Viertel. Dann wäre der Kapitalwert nur 600 Milliarden und die Risse noch lange nicht zur Hälfte gefüllt. Aber auch das ist nicht erreichbar. Man muß ja sogar einen Erwerb notdürftig füttern, bekleiden und behausen. Man würde dem deutschen Volke doch wenigstens 300 Mr. pro Kopf, also rund 20 Milliarden, von seinem Einkommen lassen müssen, damit es seine Schuld abtragen und verzinsen könne. Das ergibt aber nur einen Kapitalwert von 300 Milliarden — höchstens und brutto!

Höchstens! Denn nach allen Erfahrungen der Wirtschaftsgeschichte arbeitet ein Sklave sehr viel weniger wirksam als ein freier Mann. Es ist hundert gegen eins zu weiten, daß der zum Sklaven gemachte Hunne in seiner notorischen Niederrichtigkeit nur gerade so viel arbeiten wird, daß seine unentbehrliche Notdurft und nicht eine Mark mehr herauskommt. „Dann muß man ihn zwingen, mehr und besser zu schaffen.“ Sehr schön! Aber dann erzwingt man eben nur ein größeres Bruttoeinkommen, aber kaum ein größeres Nettoeinkommen für den englischen Kaiser der zertretenen kleinen Nationen. Denn Zwang kostet Menschen und Geld, und zwar sehr viel. Man müßte ungefähr neben je vier deutsche Staatsklaven einen bis an die Zähne bewaffneten englischen Polizisten stellen, um auch nur die geforderte Quantität der Zwangsarbeit herauszuschinden, ohne aber damit die entsprechende Quantität zu erlangen. Da Deutschland rund 20 Millionen Arbeiter hat — ohne die für die Nationalarbeit recht erheblichen Leiter und Beamten der Betriebe — so würde das die Unterhaltung einer Armee von zirka 5 Millionen Mann in Deutschland erfordern, ungerechnet die Richter, Gefängnisbeamten und Henker, die für die Bestrafung der unzähligen Gehorsamsverweigerungen, Sabotagen und Totschläge an den englischen Wächtern zu funktionieren hätten. Und das wäre ein recht teurer Apparat, der wahrscheinlich viel mehr kosten als einbringen würde. Außerdem würden die englischen Fabrikanten und Landwirte einen großen Teil ihrer Betriebe still legen müssen, wenn 5 Millionen Briten in Sklavendate verwandelt würden.

Ist es noch weiter nötig, den prahlerischen Schwatz ad absurdum zu führen? Wir glauben, das Gesagte genügt. Und mögen es sich alle zu Herzen nehmen, die leichtfertig mit Zahlen und geographischen Begriffen spielen wie Kinder mit Streichhölzern, jenseits und diesseits der Schützengräben. Es wird Zeit, daß nüchternere Vernunft die heymungslose Wortweise schiebe: „Sunt certi denique fines.“ —

10./IX. 1918

Die Organisation des Mittelstandes.

Schaffung eines deutschen Reichsbundes.

von Linz wird berichtet:
 Auf Anregung der Mittelstandsvereini-
 gung in Warnsdorf (Böhmen) hat am 2. d.
 in Linz eine Zusammenkunft von Vertretern
 der Mittelstandsvereinigungen von Linz, Steyr,
 Salzburg, Wien, Warnsdorf, Numburg und
 Weidenberg stattgefunden. Es wurde einstimmig
 beschlossen, die Mittelstandsvereinigungen in
 einen Reichsbund zusammenzuschließen, um
 den Forderungen dieses Standes endlich zum
 Durchbruch zu verhelfen. Mit der Leitung des
 Bundes wurde der oberösterreichische Mittel-
 standsverein betraut, und als erster Vorsitzender
 der Obmann dieses Vereins, Postoberoffizial
 Ernst Kral, gewählt.

Die Forderungen des Mittelstandes.

Eine Denkschrift, die am ersten Tage
 der bevorstehenden Reichsratsession dem Mi-
 nisterpräsidenten und allen deutschbürgerlichen
 Abgeordneten überreicht werden wird, wird fol-
 gende Forderungen des organisierten Mittel-
 standes näher beleuchten, und zwar:

Erhöhung der Kopianote aller staatlich be-
 wirtschafteten Bedarfsartikel sowie deren gleich-
 mäßige Verteilung, Einfluss der Konsumenten
 auf die Erzeugung, Verteilung und Preisbildung
 der Lebensmittel, Aufhebung aller Zentralen

in ihrer dermaligen Zusammensetzung, Schaf-
 fung von Kronlandszentralen, in gemischt-
 sprachigen Ländern mit nationaler Scheidung,
 unter Beziehung und Einflussnahme des organi-
 sierten Mittelstandes, strengste Bekämpfung des
 Schleichhandels und strengste Erassung aller
 Nahrungsmittel, Festlegung der persönlichen
 Verantwortlichkeit aller mit Proviantierungs-
 angelegenheiten betrauten Personen für die
 unverfälschte Einhaltung der aufgegebenen
 Nahrungsmittel, Einfluss des Mittelstandes auch
 auf die Verteilung der übrigen Bedarfsartikel,
 wie Leder, Kleider und Woll, sofortige Auf-
 hebung der Steuer auf Brot und Mehl, weiteste
 Einschränkung des Umwesens von Veranlagungs-
 reisen, Uebergabe der bei der Sachdemobilisie-
 rung zu erwartenden Vorräte an die Handels-
 und Gewerbevereinigungen und eingehende
 Aufklärung darüber, wie in den einzelnen
 Kronländern bisher die für den Mittelstand
 bewilligte Zuweisung von 75 Millionen Kronen
 verteilt wurde, und in welcher Weise die Auf-
 teilung des noch vorhandenen Betrages statt-
 finden wird.

Wünsche der Bremer für die Friedenswirtschaft.

Bremen, 23. September. Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Erzellenz Freiherr v. Stein weilte heute in Bremen. Im Sitzungssaale der Bremer Baumwollbörse fand vormittags eine Zusammenkunft mit den Leitern des Bremer Baumwollhandels und einigen am Baumwollhandel interessierten auswärtigen Herren statt. Der Präsident der Bremer Baumwollbörse, Herr E. A. Cramer, hielt eine längere Ansprache, in der er die Tätigkeit der Bremer Baumwollbörse und ihre Bedeutung für die deutsche Baumwollwirtschaft betonte und die Wünsche für die Uebergangs- und Friedenswirtschaft kundgab.

Er forderte Einrichtung einer Wirtschaftsstelle und Einkaufsstelle für Baumwolle, die in Bremen ihren Sitz haben müsse, Einrichtung einer Devisenstelle in Bremen, die selbstverständlich unter dem Einfluß von Berlin stehend, doch selbständig und ohne jeden Verzug zu handeln in der Lage sei, und vor allem möglichst baldige freie Betätigung des Handels. Die benötigte Baumwolle müsse auch in Zukunft direkt von den Produktionszentren unter Vermeidung fremdländischen Zwischenhandels eingekauft werden. Begutachtung und Qualitätsbewertung müßten unter Vermeidung fremdländischer Einflüsse vorgenommen werden. Die Bremer Terminbörse, die bei der Preisgestaltung mitwirken solle, bilde eine Voraussetzung für die Ansammlung größerer Vorräte von Baumwolle, welche, wie die Erfahrungen des Krieges zeigten, von allergrößter wirtschaftlicher Bedeutung seien. Dem freien Handel dürfe keine Behinderung durch Maßnahmen unserer eigenen Regierung zuteil werden, aber auch die Behinderung des Handels durch unsere sämtlichen Feinde müsse mit aller Tatkraft bekämpft werden.

Staatssekretär Freiherr v. Stein erwiderte, es würde für die Regierung eine große Genugtuung sein, wenn sie wieder Türen und Fenster öffnen könne, damit Luft und Licht in das Deutsche Reich hinein komme. Die Regierung werde nicht einen Tag länger als irgend notwendig den Zustand der Zwangswirtschaft aufrechterhalten. Sie würde dafür sorgen, daß, soweit die feindlichen Regierungen in Frage kommen, sich die Wege wieder öffnen. Mit den privaten Schwierigkeiten werde die deutsche Kaufmannschaft fertig werden. Nach einer weiteren Ansprache des Kommerzienrates Fopp, der insbesondere die Tätigkeit des Baumwollhandels während des Krieges und die Wirksamkeit der Baumwollimportgesellschaft schilderte, fand eine Besichtigung der Baumwollbörse, darauf ein Empfang beim Senat und im Laufe des Nachmittags die Besichtigung verschiedener industrieller Betriebe statt.

24./9. 1918.

Unser Wirtschaftsleben nach dem Kriege.**Eine Ansprache des Staatssekretärs von Stein.**

Berlin, 23. Septbr. (W. B.) Bei einem Empfang in der Bremer Handelskammer hielt heute der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, von Stein, folgende Ansprache:

„Der Wunsch, über die uns und das ganze deutsche Volk bewegende Frage, wie sich

unser Wirtschaftsleben nach dem Kriege

gestalten wird, eine offene Aussprache zu pflegen, ist gegenseitig. Die Aussprache wird um so fruchtbarer sein, je zwangloser sich diese gestaltet. Ich hoffe darum, daß mir der Abend Gelegenheit geben wird, mit recht vielen von Ihnen mich zu unterhalten. Allein, meine Herren, Sie haben sich in so großer Zahl hierher bemüht, daß es doch immer nur ein Teil von Ihnen sein wird, mit dem ich solchen, wie ich hoffe, fördernden Gedankenaustausch werde pflegen können. Und darum finden Sie es bitte nicht unbescheiden, wenn ich mich zunächst mit einigen Worten an Sie alle wende. Ich müßte an die Betrachtungen ihres Herrn Präses an und kann es da nur als vollkommen richtig bezeichnen, wenn Sie, verehrter Herr Präses, den Ursprung aller gegenwärtigen und die Gefahr zukünftiger Bedrängnisse in England und in dem von England geschürten Wirtschaftskrieg sehen. Das sollte sich jeder an jedem Tage wiederholen; dann wüßte er, was unser Kampf zu gelten hat, und wohin er zielen muß. Dann würde sich aber auch der durch ihre Rede so erfreulich klingende Wille stärken, sich

fremdem Zwang nicht zu beugen,

in der mutigen Zuversicht, daß Deutschland den Platz behalten wird, den Können und Fleiß ihm in der Welt errungen haben. (Bravo!) Ganz richtig ist es auch, daß dieses Ziel nur zu erreichen ist, wenn nach dem Kriege im Verkehr der Völker alle Schranken fallen, die über den berechtigten Schutz der eigenen Arbeit hinausgehen. Darum: Keinen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege. Ein Friede, der das nicht enthielte, wäre kein Friede. (Sehr richtig!) Der Friedensvertrag kann uns aber nur so weis machen, als es sich um Maßnahmen der feindlichen Staaten handelt. Allein gerade auf wirtschaftlichem Gebiet kommt es nicht nur auf das an, was die Regierungen tun. Ebenso wichtig, ja manchmal wichtiger ist, wie sich die Geschäftsleute verhalten. Für Deutschland glaube ich dafür einsehen zu können, daß Regierung und Geschäftskreise in dem ausgesprochenen Grundton einig sind:

Keinen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege!

Wird er uns aber aufgenötigt — und der Chor der in England angestimmten Weise, die aus den Läntern unserer Feinde herüberhallt, zwingt uns, damit zu rechnen —, nun gut, so werden wir ihn aufnehmen unter Entfaltung aller im deutschen Volk ruhenden Kräfte; auch hier in der Verteidigung, aber auch hier mit dem frohen Mut, der den Kampf in das Land des Gegners trägt und dort den Sieg behauptet. Doch davon ein anderes Mal, wenn es dahin kommen sollte. Doch wollen wir wünschen und das Unsere tun, daß es verhütet wird, und heute nur die Aufgaben ins Auge fassen, vor denen unsere Wirtschaft nach dem Kriege stehen wird, auch wenn kein Wirtschaftskrieg dem Kriege folgt. Wir haben dazu allen Anlaß; denn auch in diesem Falle wird es kein Leichtes sein, wieder aufzubauen, was der Krieg zerstört hat. Wird es doch schon schwer genug sein, nur die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen. In drei große Gruppen läßt sich, wenn ich recht sehe, die Gesamtaufgabe fassen. In der ersten steht die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit ausländischen Rohstoffen. Ferner gilt es, die auf den Krieg und die Kriegsbedürfnisse gerichteten Betriebe den Friedensbedürfnissen anzupassen und endlich der deutschen Ausfuhr den alten und, wenn es geht, einen besseren Platz auf dem Weltmarkt zu sichern. (Bravo!) Eines bedingt das andere, und in jeder der drei Gruppen drängt sich die Fülle der Arbeit, neuer Arbeit; denn von den wirtschaftlichen Aufgaben, die uns schon im Kriege erwachsen sind und uns auch noch geraume Zeit danach beschäftigen werden, den Fragen insbesondere der Ernährung, der Bekleidung, der Rohstoffverteilung und der Wohnungsfürsorge, sehe ich ganz ab.

In den verschiedensten Abstufungen, aber doch mehr oder minder in allen Teilen des Reiches wird die Umstellung der Betriebe sich fühlbar machen und in untrennbarem Zusammenhang damit

die Rückverwandlung unseres Feldheeres

in ein Arbeiterheer, am schwersten zu bewältigen in den Brennpunkten unseres Gewerbelebens. Soziale Probleme von ungeheurer Größe warten hier der Lösung, von denen ich nur an Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge, an Lohnfragen und Arbeitsbedingungen erinnern will. Welche Umwandlung wird es allein bedeuten, wenn die heimkehrenden Feldgrauen die Arbeitsplätze begehren, die inzwischen von Frauen eingenommen worden sind. Behörden, Unternehmer und Arbeiter werden zusammenwirken müssen, um diese Umstellung so zu bewältigen, daß der innere Friede nicht gestört wird. Welches reiches Arbeitsfeld werden hier Arbeitskammern finden, in denen die Berufserfahrung von Unternehmern und Arbeitern sich vereinigt.

Gewiß werden alle diese Fragen auch hier in Bremen und in Ihrem Kreise erwogen. Aber doch sind es mehr die der anderen Gruppe, die uns hier zusammenführen:

die Heranschaffung ausländischer Rohstoffe

und die Belebung unserer Ausfuhr; denn hier ist das Feld des Handels und ganz besonders des hanseatischen. Hier verwickelt sich das Problem auch dadurch besonders, daß neben die Frage der heimischen Wirtschaft die Rücksicht auf das Ausland tritt.

(Der Schluß der Rede ist bei Fertigstellung des Blattes noch nicht eingetroffen.)

Die Umwertung der wirtschaftlichen Werte.

Jede Hausfrau hat während des Krieges im Kleinen die Umwälzung erlebt, die im großen die wirtschaftlichen Beziehungen der Staaten auf eine neue Grundlage gestellt hat, und die sich teilweise als dauernd erweisen, teilweise nur als vorübergehend erweisen wird. Wie die Hausfrau jetzt den Kaufmann beinahe im Werte bitten muß, während er sich früher um ihre Freundschaft bemühte, so hat sich auch das Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhrstaaten verschoben. Bis zum Kriege galt es als Grundgesetz, daß jeder Staat kaufen müsse, möglichst viel auszuführen und möglichst wenig im Ausland zu kaufen. Waren die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest im Jahre 1914 unterzeichnet worden, so wären durch die wirtschaftlichen Zusatzverträge vor allem Zollbegünstigungen für unsere Ausfuhrwaren und Bevorzugungen unserer Industrie bei den staatlichen Lieferungen im Osten womöglich neben dem Recht, das römantische Vieh auszuverkaufen, wahrscheinlich vereinbart gewesen. Im Jahre 1918 nahm man in die Verträge vor allem die Verpflichtung der Ukraine und Rumäniens auf, ihre gesamten Uebererträge an Getreide und anderen Nahrungsmitteln zu liefern, die Weltproduktion Rumäniens wurde für die Mittelmächte auf viele Jahre hinaus gesichert, während umgekehrt die Ukraine sich die Lieferung von Industrieartikeln ausdrücklich vorbehalten, wir haben Vorteile für unsere Ausfuhr nicht verlangt, sondern diese lediglich gegen Entschädigung und Benachteiligungen in den Ländern der besiegten Gegner geschützt.

Wie jeder Behälter der Hausfrau zu einem wertvollen Schatz geworden ist, so sind auch für die Volkswirtschaft früher verachtete Gegenstände zu großer Bedeutung gelangt. Man denke etwa an die Baumwolle, die früher ein wertloses Unkraut, jetzt sogar die wertvollste Verwendung gefunden hat, als Gewebe und vor allem als Spinnstoff. Die „schöne Welt“ der Millionenwerte von Rohmaterialien, die durch Sammlungen und durch Händler aufgebracht wurden und die in gewöhnlichen Zeiten zum großen Teil einfach verfaulen würden. Von den Preisänderungen solcher Artikel, die schon früher einen regelmäßigen Landwert hatten und von denen man nur das Bierzig- bis Fünfzigfache des alten Preises festsetzen kann, soll hier gar nicht die Rede sein. Wie im Kriege viele Einzelpersonen reich zu großem Reichtum gelangt sind, während andere verarmten, so haben Gläubiger- und Schuldnerstaaten ihre Rollen vertauscht. Frankreich und England, in geringerem Umfang auch Deutschland und dann sonst noch einige kleinere Länder (Holland, Belgien usw.) waren vor dem Kriege die Gläubiger der ganzen übrigen Welt, also eines beträchtlichen Teiles von Europa und sämtlicher überseeischer Länder. Besonders war Frankreich der Rentnerstaat, nach dem aus allen Teilen der Welt die Zinsen strömten. Nun ist die Republik durch das Dekret, demzufolge die russische Regierung die Staatsschulden annullierte, mit einem plötzlichen Verluste von 20 Milliarden Franken bedroht; schon früher war sie, ebenso wie der zweitgrößte Gläubigerstaat England, genötigt, immer neue Milliarden ausländischer Werte abzulösen, um die Wechselkurse zu stützen, und schließlich mußten beide Länder im Ausland, vor allem in den Vereinigten Staaten, riesige Anleihen aufnehmen, so daß sie nach dem Kriege, wenn sie auch vielleicht noch nicht zu Schuldnerstaaten werden, doch ihre Bedeutung als Weltgläubiger eingebüßt haben müssen. Dagegen sind zahlreiche Ueberseestaaten in der Lage gewesen, aus dem Erlöse ihrer zu früher ungenutzten Hochpreisen abgesetzten Ernten und sonstigen Naturprodukte alte Auslandsanleihen zurückzukaufen, ja darüber hinaus noch den kriegsüberlebenden europäischen Staaten Kredite zu erteilen. Wäre die Union neutral geblieben, so hätte sich bei dieser Umwandlung vom Schuldner zum Gläubigerstaat besonders Deutschland abgetrennt, aber dürfte Japan am besten abzeichnen, aber

ähnlich war die Entwicklung in diesen süd-amerikanischen Republiken. Und diese Veränderungen werden bleiben, wenn die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse längst wieder normal geworden sind.

Wir wollen die Analogie mit dem privaten Haushalt nicht weiter ausdehnen, wenn wir zur Besprechung der Umwertung aller Geldbegriffe übergehen. Die Kriegsschädigung Frankreichs an Deutschland von fünf Milliarden Franken galt vor dem Kriege wäusagen als der größte Betrag, der irgendwo „brakische“ Bedeutung erlangt hätte. Und was sind heute fünf Milliarden? Die einmonatigen Kriegskosten Englands oder der Vereinigten Staaten. Und wie liegen die Dinge bei uns? Wir hatten durch Jahre vor dem Kriege ein schickendes Defizit, das durch Staatsanleihen, Postanleihen, Anleihen und andere Kreditmaßnahmen für Zwecke der laufenden Gehörnung schon fast verdeckt wurde, und es erschien unmöglich, die wenigen hundert Millionen neuer tausender Einnahmen aufzubringen, die nötig gewesen wären, um unseren Staatshaushalt gründlich zu sanieren. Nach dem Kriege wird die Ausgabenseite unseres Budgets drei bis viermal so groß sein als vorher, wo sie sich um drei Milliarden Kronen bewegte. Und sehr Vermünftiger zweifelt, daß wir die diesen neuen Milliarden aufbringen werden. Freilich ist bekannt, daß auch andere Staaten den Steuerdruck werden um ein Vielfaches vergrößern müssen, die Möglichkeit eigentlich erst gegeben, unsere Produktion mit so schweren neuen Steuern zu belasten, aber dies beweist nur, daß auch in anderen Staaten umgewertet werden muß. Wie mit den regulären Einnahmen steht es auch mit den Anleihen. Wenn wir früher einmal im Jahre fünfshundert Millionen zeigten, wurden Stimmen auf die Leistungsabnahme unserer Volkswirtschaft angestimmt, jetzt bringen wir mehr als das Zwanzigfache auf und sind mit Recht unzufrieden, weil die Ergebnisse der Kreditsanleihen noch immer viel besser sein könnten, wenn sich nicht weitere Bevölkerungsfreize daran zu wenig beteiligen würden.

25./IX. 1918

Kein Wirtschaftskrieg nach dem Kriege!

Erklärungen aus dem deutschen Reichswirtschaftsamt.

Bremen, 25. September. Bei dem Empfang in der Bremer Handelskammer hielt heute der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes v. Stein eine Ansprache, worin er sagte:

Ich kann es nur als vollkommen richtig bezeichnen, wenn Sie, verehrter Herr Präsident, den Ursprung aller gegenwärtigen und die Gefahr künftiger Bedrängnisse in England und in dem von England geschürten Wirtschaftskrieg sehen. Dies sollte sich jeder an jedem Tage wiederholen, dann wüßte er, wem unser Kampf zu gelten hat, wofür er zielen muß. Ganz richtig ist es auch, daß dieses Ziel nur zu erreichen ist, wenn nach dem Kriege im Verkehr der Völker alle Schranken fallen, die über den berechtigten Schutz der eigenen Arbeit hinausgehen. Darum: Kein Wirtschaftskrieg nach dem Kriege! Ein Friede, der das nicht enthielte, wäre kein Friede.

Für Deutschland glaube ich dafür einstehen zu können, daß Regierung und Geschäftskreise in dem ausgesprochenen Grundsatze einig sind: Kein Wirtschaftskrieg nach dem Kriege! Wird er uns aufgezwungen — und der Chor, der nach der in England angestimmten Weise aus den Ländern unserer Fehde herüberströmt, zwingt uns, damit zu rechnen — nun gut, so werden wir ihn aufnehmen unter Entfaltung aller im deutschen Volke ruhenden Kräfte. Noch wollen wir wünschen und das Unsere tun, daß dies verhütet wird, und heute nur die Aufgaben ins Auge fassen, vor denen unsere Wirtschaft nach dem

Kriege stehen wird, auch wenn kein Wirtschaftskrieg dem Kriege folgt.

In drei große Gruppen läßt sich, wenn ich recht sehe, die Gesamtaufgabe fassen. In der ersten steht die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit ausländischen Rohstoffen. Dann gilt es, die auf den Krieg und das Kriegsbedürfnis gerichteten Betriebe den Friedensbedürfnissen anzupassen, und endlich, der deutschen Ausfuhr den alten und, wenn es geht, einen besseren Platz auf dem Weltmärkte zu sichern.

Aus der sechsten in die zehnte Rangklasse.

Zur Lage der pensionierten Staatsbeamten und Staatsbahnpersonen.

Jeder rechthch Denkende weiß und anerkennt es heute, daß infolge der Verschlechterung der Valuta und der bis zur Maßlosigkeit gesteigerten Teuerung nicht nur die auf feste Bezüge angewiesenen aktiven Staatsbeamten, sondern ganz besonders die im Ruhestand Befindlichen vor dem finanziellen Zusammenbruch stehen, während das Vermögen so vieler anderer Berufsreise und sogar das arbeitslose Einkommen ins Riesenhafte wächst. Da der Staat selbst durch die Ueberflutung mit Papiergeld auf die Kaufkraft des Geldes entscheidenden Einfluß ausübt und jeder Staatsbeamte doch zu ihm in einem gesetzlich festgelegten Verhältniß steht, dem zufolge jedem, der eine bestimmte Anzahl von Jahren seinen Dienst pflichtgetreu erfüllt hat, ein geregelter Fortleben bis an sein Lebensende gesichert sein muß, so erledigt sich die Frage, ob der Staat in dieser schweren Zeit verpflichtet ist, der weiteren Verschwendung dieses Standes vorzubeugen, von selbst.

Unmistlich ist die Tatsache, daß die Staatsbeamten des Ruhestandes an allem, was auf irgendeinem Gebiete der Staatseinrichtungen und der Staatsverwaltung in den letzten Jahrzehnten geleistet wurde, ihren hervorragenden Anteil hatten. So viele von ihnen stellten sich auch bei Kriegsausbruch wieder in den Dienst des Staates, wiewohl ihre Tage gezählt sind und die meisten vom Alter gedrückt und Krankheiten unterworfen sind, so daß sie oft des Arztes, der Apotheke, der Krankenpflege usw. bedürfen und schon infolgedessen die wirtschaftliche Not am bittersten empfinden. Keine unbillige Forderung ist es daher, auch die Bezüge der Pensionisten den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen, das heißt, die beim Eintritt in den Ruhestand zugebilligte wirtschaftliche Vermögensmacht ihnen möglichst dauernd zu erhalten. Nun haben heute zum Beispiel die Bezüge einer nach Vollendung der gesetzlichen Dienstzeit pensionierten Staatslehrperson der sechsten Rangklasse (die monatlich 716 K. mit einem außerordentlichen Zuschuß von 252 K. fürs Jahr, also im ganzen monatlich 737 K. betragen!) heute nicht die Kaufkraft des Gehaltes eines Beamten der zehnten Rangklasse vor dem Kriege — so daß jeder Staatsbeamte des Ruhestandes im Verhältnis zu seinem Realeinkommen vor dem Kriege um ungefähr vier Rangklassen nach rückwärts versetzt erscheint. Ist das nicht fürchterlich? Das ganze Einkommen verschlingt die Sorge ums tägliche Brot. Wo bleiben Schuhe, Wäsche, Kleidung und was sonst für den Haushalt unentbehrlich ist? Daß infolgedessen die Notlage der Witwen und Waisen dieses Standes jeder Beschreibung spottet, ist selbstverständlich. Das sind aber Zustände, an denen der Staat unmöglich achtlos vorübergehen kann, wenn er der Fort für Recht und Billigkeit sein und seine alten, gebrechlichen ehemaligen Diener, die bis jetzt mit Geduld und Entfagung ihr hartes Los getragen haben, nicht noch tiefer ins Proletariat hinabsinken lassen will.

Regierungsrat Dr. S.

Staatspensionistenversammlung.

Am 22. d. hielt der Allgemeine Staatspensionistenverein Oesterreichs in Dreßlers Bierhalle eine von Pensionisten ungeniein zahlreich besuchte Vereinsversammlung ab. Vereinspräsident M. Leoß berichtete über die Tätigkeit und den Zweck des Vereines sowie über die bisher von diesem Vereine erzielten Erfolge. Da die von der Regierung den Staatspensionisten, Witwen und Waisen gewährten Teuerungszulagen in gar keinem Verhältnis zur jetzigen Teuerung stehen, wird der Verein neuerdings an die Regierung eine Forderung überreichen, nötigenfalls eine Abordnung zum Kaiser entsenden, damit den Staatspensionisten endlich eine ausgiebige Hilfe zuteil werde. Der Allgemeine Staatspensionistenverein Oesterreichs befindet sich in Wien, 2. Bezirk, Nordbahnstraße Nr. 20.

27. IX. 1918

Die Vorschüsse Deutschlands und Oesterreich-Ungarns an Bulgarien.

Wien, 26. September.

Bulgarien hat die Kosten des Krieges während der drei Jahre, die es ihn führt, überwiegend durch große Vorschüsse gedeckt, die ihm Deutschland und Oesterreich-Ungarn gewährt haben. Die Kriegskosten Bulgariens sind in authentischen Ziffern bisher nicht veröffentlicht worden. Sie werden in informierten Finanzkreisen während der drei Kriegsjahre auf acht bis neun Milliarden Leva geschätzt und dürften eher die letztere Ziffer übertreffen, als hinter ihr zurückbleiben. Ein erheblicher Teil der Kriegskosten wurde im eigenen Lande bestritten. Das sind in erster Linie die Naturalverpflegung der bulgarischen Soldaten mit Getreide und sonstigen Lebensmitteln, welche der fruchtbare Boden des Landes liefert, dann auch zahlreiche Erfordernisse für die Bekleidung und Ausrüstung des Heeres, welche die bulgarische Schafzucht und die im Lande entstandene Lederindustrie beistellen. Auch manche andere Artikel sind im Lande selbst erzeugt worden. Zur Bedeckung der Kosten, welche für die inländischen Bestellungen sowie für die Zahlung der Löhnungen an die Soldaten und die Gagen an die Offiziere benötigt worden sind, wurde die Notenpresse in Anspruch genommen; ein Ausweis der bulgarischen Notenbank ist im Kriege nicht veröffentlicht worden und es ist deshalb nicht zu entnehmen, welchen Umfang die Ausgabe von Noten gehabt hat. Der Metallschatz der bulgarischen Nationalbank betrug vor dem Kriege 85 Millionen Leva und dürfte in dieser Höhe noch vorhanden sein, da Goldexporte während des Krieges schwerlich stattgefunden haben dürften. Dagegen hat der Notenumlauf, der vor dem Kriege sich um die Ziffer von 100 Millionen Leva bewegte, durch die Ansprüche, welche an die Nationalbank gestellt wurden, jedenfalls eine Vermehrung seines Umfanges erfahren.

Soweit Bulgarien auf Zuflüsse aus dem Auslande für Bestellungen von Kriegsmaterial und für Verstärkung der eigenen finanziellen Mittel angewiesen war, sind diese durch Anleihen bestritten worden, welche Deutschland und Oesterreich-Ungarn gemeinsam gewährt haben. Unmittelbar vor dem Eintritt Bulgariens in den Krieg, Anfang August 1915, wurde ein solches Vorschußgeschäft in der Höhe von 250 Millionen Francs durch Belehnung bulgarischer Schatzwechsel seitens der österreichischen, ungarischen und deutschen Banken erteilt. Der Vorschuß war für Eisenbahnbauten bestimmt, wurde aber in der Folge für die Kosten der Kriegführung verwendet. Solche Vorschußgeschäfte wurden dann im weiteren Verlaufe des Krieges wiederholt abgeschlossen. Im Jahre 1916 folgte eine zweite Kreditoperation in der doppelten Höhe, nämlich von 500 Millionen Francs. Auch diese wurde durch die Gruppe der österreichischen, ungarischen und deutschen Banken zu den gleichen Bedingungen abgeschlossen. Es waren stets Diskontierungen 3prozentiger bulgarischer Schatzwechsel und soweit diese Wechsel fällig waren, wurden sie regelmäßig prolongiert. Noch im Jahre 1916 wurde dann eine dritte, im Jahre 1917 eine vierte Schatzwechselbegebung vollzogen. Die Höhe der Vorschüsse, welche die Mittelmächte an Bulgarien erteilt haben, dürfte auf diese Weise den Betrag von einer Milliarde Francs sicherlich erreichen und vielleicht übersteigen. Außer diesen im Wege von Bankenvorschüssen gewährten Krediten wurden aber auch zwischen den Heeresverwaltungen selbst unmittelbare Ueberweisungen für Lieferungen von Kriegsmaterial vollzogen, deren Höhe bis jetzt nicht bekanntgegeben worden ist. Auf diese Weise dürften die im Kriege gewährten Vorschüsse Oesterreich-Ungarns und Deutschlands an Bulgarien den Betrag von einer Milliarde Mark sehr bedeutend übersteigen.

Ein namhafter Teil der Gelder, welche Bulgarien auf diese Weise vorgestreckt worden sind, wurde übrigens noch nicht flüssig gemacht, sondern liegt als Guthaben des bulgarischen Staatsschatzes vorwiegend in Berlin. Auch sonst besitzt Bulgarien bedeutende Guthaben aus der Tabakausfuhr, die sich während des Krieges sehr lohnend gestaltete. In Berliner Finanzkreisen wird angenommen, daß die Gelder, welche für Bulgarien bei den dortigen Banken aus verschiedenen Titeln dieser Art deponiert sind, hinter dem Betrage von einer Milliarde Mark nicht erheblich zurückbleiben dürften. Die Bankenkonsortien in Wien, Budapest und Berlin haben die bulgarischen Schatzwechsel, welche sie belehnt haben, in ihrem Portefeuille und es scheint, daß für diese eine Garantie der heimischen Regierungen gewährt worden ist.

29. IX. 1918

Die Mittelstands- bewegung.

Von Helene Granitsch.

Obmannstellvertreterin der Ständigen mittelständischen Delegation.

Eine neue Machtgruppe beginnt sich im wirtschaftlichen Leben geltend zu machen: der organisierte Mittelstand. Seit dem denkwürdigen 2. Juli d. J., da die größten Wiener Mittelstandsorganisationen, die Beamten, Lehrer, Advokaten und Ärzte, die Beamtinnen, Lehrerinnen, die Journalistenvereinigungen und viele andere, spontan ihren Zusammenschluß und ihren Willen nach einheitlicher Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen kund gemacht haben, ist in der ganzen Monarchie die Mittelstandsbewegung zum Durchbruch gekommen. In den kleineren Städten sammeln sich die Angehörigen der Intelligenzberufe zu freien wirtschaftlichen Organisationen und suchen sich durch die Vereinigung jene wirtschaftliche Macht zu schaffen, die dem Großkaufmann durch seine Kapitalkraft innewohnt. Überall werden auf dem Boden der Mittelstandsvereinigungen gemeinsame Lebensmittelleinkäufe angebahnt, es werden Gemeinschaftsstätten eingerichtet, Reparaturwerkstätten für Kleider und Schuhe werden auf genossenschaftlicher Basis unter genossenschaftlich kontrollierter Preisbildung ins Leben gerufen. Auch die Erholungsfrage des Mittelstandes wird zum Zweck der Selbsthilfeaktion. Landkolonien sind in diesem Sommer bereits entstanden, bevölkert von lauter milden, lüftungsrigen Mittelstandesangehörigen, die, ohne irgendwelchen außerordentlichen Aufwand zu suchen, ihre bescheidenen Wünsche lediglich auf die Möglichkeit einer genügenden Ernährung und eines ruhigen Aufenthalts in Gottes freier Natur konzentrierten. Insbesondere für die Kinder des Mittelstandes haben diese Ferienkolonien die segensreichsten Wirkungen gehabt, und Tausende von Beamtenkindern danken dankerfüllten Herzens an die sonnigen Wochen in der Ferienkolonie zurück.

Alle diese Aktionen sind aufgebaut auf dem Prinzip der Selbsthilfe, und sie unterscheiden sich streng von den Wohlfahrtsaktionen der Armenpflege. Der Mittelstandsangehörige will kein Almosen, er arbeitet und verlangt als Ersatz für seine Arbeit heute nichts anderes als die Lebensmöglichkeit. Wenn die Regierung nicht imstande war, die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse so zu beeinflussen, daß für normale Arbeitsleistung auch normale Lebensbedingungen in unserem Vaterland zu finden sind, so muß die Regierung selbst den Schaden, der dem einzelnen aus dieser wirtschaftlichen Entwicklung erwächst, dadurch gut zu machen suchen, daß sie selbst jene Mittel zu finden weiß, die den notwendigen Ausgleich zwischen

dem überwuchernden Ueberfluß der Kriegsgewinnler und der fortschreitenden Verarmung der gesamten Bevölkerung herzustellen vermögen. Wenn die Regierung die Differenz bezahlt zwischen den hohen Einkaufspreisen der wichtigsten Volksernährungsmittel bei den Produzenten und dem Preis, den dafür der verarmte Mittelstand zu entrichten in der Lage ist, so ist das kein Almosen, das die Regierung gewährt, sondern ein Strafgehalt für ihre Unfähigkeit, derartige Verhältnisse rechtzeitig zu verhindern. Ebenso sind die notwendigen Zubenzen aufzufassen, die die Regierung den Gemeinschaftsstätten leisten muß, weil diese Institutionen vor der Unmöglichkeit stehen, die notwendigen Nahrungsmittel in beförmlicher Zubereitung den Mittelstandsangehörigen zu dem Preis vorzusetzen, den derselbe zu zahlen imstande ist.

In diesem Sinne vertritt die Ständige mittelständische Delegation auf allen Gebieten der mittelständischen Lebensführung die Interessen des intellektuellen Mittelstandes gegenüber der fortschreitenden wirtschaftlichen Anarchie. Es werden die Fragen der Ernährung, der Bekleidung, der Erholung, insbesondere auch die Probleme der Krankenversicherung und der Entschuldigungsaktion durchberaten, und im Hinblick auf die zwingende Notwendigkeit, der staatsverfallenden Gesellschaftsschicht die Lebensmöglichkeit zu erhalten, und gestützt auf den einheitlichen Willen von Millionen Menschen in der Monarchie, weiß die Delegation ihren Forderungen auch den entsprechenden Nachdruck zu verleihen.

Es ist notwendig, daß überall in Wien und in der Provinz die Intelligenzkreise sich aufrufen und dem Rufe der Stunde Folge leisten. Organisation der einzelnen Volksschichten auf wirtschaftlicher Grundlage ist heute der einzige gangbare Weg zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse. Das Beispiel der erfolgreichen Organisationsarbeit der Arbeiterschaft erleichtert dem Mittelstand die Eroberung des Neulandes, das die Demokratie den freien Völkern der Zukunft eröffnet.

9./X. 1918

Beendigung der Salzburger Wirtschaftsverhandlungen.

Die zwischen den österreichischen, ungarischen und deutschen Referenten in Salzburg geführten Wirtschaftsverhandlungen wurden gestern beendet. Die Teilnehmer an den Verhandlungen haben bereits Salzburg verlassen.

Das Ermächtigungsgesetz für die Uebergangswirtschaft.

Das Mitwirkungsrecht des Reichstags.

Dem Reichstag ist jetzt der Entwurf eines Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Uebergangswirtschaft nebst Begründung zugegangen. Der Entwurf lautet:

§ 1. Der Bundesrat wird ermächtigt, diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, welche sich zur Regelung des Ueberganges von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft (Uebergangswirtschaft) als notwendig erweisen. Diese Maßnahmen sind dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen und auf sein Verlangen aufzuheben.

§ 2. Vor dem Erlasse grundlegender Anordnungen für die Uebergangswirtschaft auf Grund des § 1 ist die Zustimmung eines aus fünfzehn Mitgliedern bestehenden Ausschusses einzuholen, den der Reichstag aus seinen Mitgliedern wählt.

§ 3. Dieses Gesetz tritt außer Kraft, sobald die Uebergangswirtschaft als beendet angesehen werden kann. Wann dies der Fall ist, wird durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats bestimmt.

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß eine sofortige Aufhebung der gebundenen Wirtschaft nach Friedensschluß ausgeschlossen sei: Gesetzliche Maßnahmen würden sich noch auf manchen Wirtschaftsgebieten als notwendig erweisen, um den Uebergang von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zu erleichtern, wirtschaftlichen Störungen und Schädigungen nach Möglichkeit abzuwehren und eine ausreichende Berücksichtigung der wirtschaftlichen Allgemeininteressen gegenüber den Erwerbsinteressen der zunächst beteiligten Gewerbezweige sicherzustellen. An sich würde das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 für die notwendigen Maßnahmen für die Uebergangszeit in Frage kommenden Maßnahmen werde es sich aber, so heißt es in der Begründung, „empfehlen, von vornherein für alle auf diesem Gebiete künftig erforderlich werdenden Verordnungen des Bundesrats eine einheitliche neue Grundlage zu schaffen und bei dieser ein Mitwirkungsrecht des Reichstags als des andern Faktors der Gesetzgebung vorzusehen. Ein gleicher Wunsch ist auch von Seiten des Reichstags geäußert worden.“ ... Neben den Maßnahmen organisatorischer Art, die den eigentlichen Aufbau der Uebergangswirtschaft auf den verschiedenen Wirtschaftsgebieten bestimmen, werden als „grundlegende Anordnungen“ im Sinne des § 2 auch Maßnahmen jeglicher sonstigen Art von großer wirtschaftlicher Tragweite auf allen Wirtschaftsgebieten in Betracht kommen, ohne daß deren Gegenstand im voraus befristlich festgelegt werden kann.

Für die Uebersetzung des Mitbestimmungsrechts des Reichstags, das für diesen ein umfangreiches Maß praktischer Mitarbeit an allen wichtigen Fragen der Uebergangswirtschaft zur Folge haben wird, an einen Ausschuss und für die Zusammenfassung dieses Ausschusses kommen die gleichen Erwägungen erleichterten Zusammentritts und gestärkter Arbeitsfähigkeit in Betracht, die für die Bildung des durch § 19 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 bestimmend waren. Die Geltung des durch diesen Gesetzentwurf geregelten Mitbestimmungsrechts des Bundesrats muß auf die ganze Dauer der Uebergangswirtschaft erstreckt werden. Wenn es auch eine der wesentlichsten Aufgaben der Uebergangswirtschaft bilden wird, die Uebersetzung in die Friedenswirtschaft so schnell wie nur irgend möglich durchzuführen, so kann doch ihre Dauer heute noch für keines der in Betracht kommenden Wirtschaftsgebiete im voraus fristmäßig bestimmt werden. Die Bestimmung des Zeitpunktes, wann die Uebergangswirtschaft in ihrer Gesamtheit als beendet angesehen werden kann, wird deshalb durch § 3 einer kaiserlichen Verordnung unter Zustimmung des Bundesrats vorbehalten.

Abg. List über die Lage. Die nationalliberale Partei im Wahlkreise Zeltow-Deeslow-Storkow-Charlottenburg-Wilmersdorf veranstaltete unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Geh.

Justizrats Dr. Diepmann eine Vertreterversammlung, in welcher der Geschäftsführer der Reichstagsfraktion, Abgeordneter List, Eßlingen, über die politische Lage Bericht erstattete. Der Zustand an der Front sei keineswegs derart, daß wir der Entente auf Gnade und Ungnade ausgeliefert seien. Schlimmstenfalls, das heißt, wenn Präsident Wilson uns nicht einen ehrenhaften und die Entwicklung Deutschlands sichernden Frieden vermitteln wolle, müsse der Endkampf unter Anspannung der äußersten, noch im Volke vorhandenen und noch nicht geweckten Kräfte ausgenommen und den Feinden gezeigt werden, was ein in innerpolitischer Hinsicht erneuertes einiges Deutschland unter einer nach dem parlamentarischen System eingesetzten Volksregierung zu leisten vermöge. Der Vortragende begründete ferner die Notwendigkeit der Beteiligung der nationalliberalen Reichstagsfraktion an der vorgenommenen Umformung der Regierung. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Nach eingehender Erörterung wurde eine der Reichstagsdelegation Dank und Vertrauen aussprechende Entschlüsselung einstimmig angenommen.

12./X. 1918

Die Uebergangswirtschaft.

Die Frage der Uebergangswirtschaft ist jetzt, im fünften Kriegsjahr, kein abstraktes Problem mehr. Sie wird nicht mehr bloß in Vorträgen, Broschüren und Büchern von Theoretikern und Praktikern behandelt, sie bildet nicht mehr den Gegenstand von Vorträgen oder einen Punkt der Tagesordnung zahlreicher Versammlungen und Besprechungen. Mit der Uebergangswirtschaft befassen sich vielmehr eingehend die Staaten und die Länder eben so wie finanzielle, industrielle und kaufmännische Unternehmungen, und sie suchen sich bereits in der Gegenwart durch entsprechende Maßnahmen auf die hoffentlich nicht mehr ferne liegende Zukunft vorzubereiten. Dennoch begegnet man im allgemeinen der Anschauung, daß diese Zukunft, die Zeit des Ueberganges der Kriegs- in die Friedenswirtschaft, nur von verhältnismäßig kurzer Dauer sein könne. Solchen Auffassungen tritt Georg Bernhard in seiner vor kurzem erschienen gedankenvollen Arbeit „Uebergangswirtschaft“ (Verlag von Karl Siegmund, Berlin, 1918) entschieden entgegen. Alle Mängel der Kriegswirtschaft sind seiner Ansicht nach im wesentlichen daraus entsprungen, daß wir zu Anfang die Dauer des Krieges stets nur auf ein paar Monate geschätzt und schließlich diese Schätzung immer wieder für eine gleich kurze Frist prolongiert haben. Wenn wir jetzt dasselbe Spiel mit der Abschätzung der Dauer der Uebergangswirtschaft treiben wollen, so werden wir die gleichen Unzulänglichkeiten zu tragen haben. Nur muß man sich von vornherein darüber klar sein, daß ein Irrtum in der Uebergangswirtschaftsdisposition sich sicher noch schwerer rächt, als eine falsche Disposition der Kriegswirtschaft. Wir werden eine Zeit erhöhter Reizbarkeit auf allen Gebieten haben, und es muß einer weisen Staatskunst schon deshalb unter allen Umständen sehr viel daran gelegen sein, wenigstens für das ökonomische Wohlbehagen der Massen in großzügiger Weise Vorkehrung zu treffen. Die Voraussetzung für eine solche Großzügigkeit aber ist, daß man sich von vornherein für eine gewisse längere Zeitdauer vorsieht. Wenn daher Persönlichkeiten von Rang und Ansehen leichten Herzens die Dauer der Uebergangswirtschaft auf ein, zwei, höchstens drei Jahre annehmen, so befinden sie sich ohne Zweifel im Irrtum. Im Gegenteil, es spricht alles dafür, daß nach den enormen Umwälzungen der Kriegszeit die Zeit des Ueberganges viel, viel länger dauern wird.

Die Jahre des Krieges sind durch den Umfang der Störung, die sie hervorgerufen haben, nur solchen früheren Kriegen gleichzusetzen, deren Dauer sich über Jahrzehnte erstreckte. Es handelt sich nicht allein um das, was man im allgemeinen als Wertzerstörungen bezeichnet. Aber man bedenke, daß in allen kriegsführenden Staaten Millionen von Menschen, durch den Militärdienst gebunden, aus ihrer geeigneten Beschäftigung herausgeworfen wurden. Man bedenke ferner, daß dieser Krieg bis in die entferntesten Kolonien hinein fühlbar, der Transport zwischen allen Punkten der Welt gestört wurde und daß es endlich in keinem der krieg-

führenden Staaten gelang, die Vorratsentblösungen auch nur einigermaßen wieder auszumachen. Dazu ist ferner noch der besonders wichtige Umstand zu rechnen, daß die Förderung und Erzeugung von Rohprodukten überall gehemmt gewesen ist, daß alle Zahlungsbeziehungen gestört und die Valuten fast aller Länder aus dem Gleichgewicht geworfen worden sind, und zwar ebensoviele die der kriegsführenden Länder nach unten, wie die der neutralen Länder nach oben. Möglich, daß es überhaupt niemals gelingen wird, gewisse Beziehungen wirtschaftlicher Natur zwischen den Völkern wiederherzustellen, wie sie vordem waren. Aber sicher scheint, daß das Herbeiführen einer annähernden Gleichgewichtslage mindestens ein Jahrzehnt, wahrscheinlich aber weit länger dauern wird. Und wer nicht über die wirklichen Zustände leichtfertig denkt, muß unter allen Umständen damit rechnen, die Uebergangswirtschaft auf mindestens zehn bis fünfzehn Jahre einzurichten.

Die Uebergangswirtschaft bedeutet, wenn sie die Tendenz des kommenden Ueberganges klar erkennt, die bewusste Ueberleitung aus jenen Formen der Wirtschaft, wie wir sie kannten, zu der tatsächlichen Durchführung und staatlichen Anerkennung höherer Formen, zu denen schon damals die Wirtschaft deutlich hinstrebte. Mit anderen Worten: Die Wirtschaft, der wir entgegengehen, wird eine staatliche regulierte Wirtschaft sein. Sie wird es sein müssen. Der innere Grund dafür liegt darin, daß die Verfassung von staatlicher Finanzwirtschaft und Volkswirtschaft durch das Mittel der staatlichen Wirtschaftsförderung von Jahr zu Jahr enger werden muß. Wir sind durch den Krieg eben in den Wirtschaftsstaat hineingewachsen. Und deshalb hält es Bernhard für einen überaus schweren Fehler, wenn man heute den Kaufleuten und Industriellen einzureden versucht, daß nach einer kurzen Uebergangsfrist alles wieder so werden wird, wie es ehemals war. Man versündigt sich dadurch nicht nur an der Volksgesamtheit, weil man unter Umständen dadurch verhindert, daß gleich von vornherein die Uebergangswirtschaft auf brauchbarer und dauernder Grundlage aufgebaut werden kann. Sondern man begeht einen mindestens ebenso schweren Fehler gegen den Kaufmannsstand und gegen unsere Gewerbetreibenden.

18.7.1918

Föderalisierung und Wirtschaft.

Durch die „Unabhängigkeitserklärung“ der Ungarn und durch die Art, in welcher die Föderalisierung Oesterreichs in Behandlung genommen wird, ist die österreicherische Volkswirtschaft vor eine Reihe der allerschwierigsten und allerkritischsten Probleme gestellt. Denn jetzt haben wir nicht mehr die Wahl, die Formen des Zusammenlebens der österreicherischen Völker in dieser oder jener Art zu reformieren und zu verbessern, sondern die Frage geht nur mehr zwischen einem österreicherischen Bundesstaat oder Staatenbund und einem völligen Auseinandergehen der Nationen, die nur mehr durch die Person des gemeinsamen Herrschers verbunden wären.

Die Lösung der wirtschaftlichen Probleme wäre im Falle einer vollständigen Trennung noch schwieriger und komplizierter als im Falle irgendeiner Realunion. Dann müßten mindestens folgende Vereinbarungen getroffen werden: Die Staatsschuld müßte zwischen die Nationen verteilt werden. Es ist undenkbar, daß im Falle der Auflösung einer Gesellschaft irgendein Gesellschafter sich weigert, den auf ihn entfallenden Teil der gemeinsamen Verpflichtungen zu übernehmen. Nimmt man die Bevölkerungsziffer als Schlüssel an, so entfielen auf die Deutschen (inklusive der Sudetendeutschen) fast ein Drittel der österreicherischen Staatsschuld, auf die Tschechen mehr als ein Fünftel; selbstverständlich könnten sich auch die Polen nicht entziehen. Vielleicht würden die getrennten Nationen auch keine gemeinsame Notenbank wollen. Die Notenbank kann aber derzeit nicht liquidieren, weil sie ihre Noten nicht einlösen kann; alle Nationen inklusive der Ungarn müßten einen entsprechenden Teil des Banknotenüberflusses als Passivum ihrer etwa neu zu errichtenden Nationalbanken übernehmen; hier wäre eine Weigerung vollkommen unmöglich, da der größte Teil der Banknoten sich in Ungarn und Böhmen befindet, wo die landwirtschaftliche Bevölkerung am meisten verdient hat und am meisten thesauriert; die Form der Trennung zu finden, wäre freilich nicht leicht.

Ferner müßten Vereinbarungen getroffen werden über die Verteilung des Staatseigentums, namentlich der Eisenbahnen und ihres Fahrparks; Staatsfabriken, die nur an einem Orte bestehen, müßten von dem betreffenden neuen Staat dem andern abgelöst werden; Reichsanstalten, die dem gemeinsamen Nutzen dienen, verlieren ihre Bedeutung. Die jetzt bestehenden Staatssteuern und Monopole könnten von den neuen Staaten für ihr Gebiet übernommen werden, doch müßten unbedingt bei der Verschlungenheit und Ausbreitung aller großen Unternehmungen über die Monarchie sorgfältige Abmachungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung getroffen werden. Das Allerwichtigste und Schwierigste wäre jedoch der Abschluß von Zoll- und Handelsverträgen, welche die gegenwärtige Wirtschaftseinheit ersetzen sollen. Müßte die Wirtschaftseinheit bestehen, so müßte es auch sonst gemeinsame Organisationen geben; in diesem Falle wäre die Trennung eben nicht vollständig; es wäre dann eine Real- und keine Personalunion. Selbstverständlich können alle diese Vereinbarungen nicht von heute auf morgen erfolgen; und wenn nicht eine vollständige Anarchie eintritt, so wird sich die bestehende Wirtschaftseinheit durch ihr eigenes Schwergewicht noch eine Zeitlang erhalten. Insbesondere ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Absperrung der Grenzen gegen die fremde Einfuhr nicht zu erwarten; eher wäre eine Verhinderung der Ausfuhr möglich, wie denn die Tschechen schon jetzt Lebensmittel und Kohle nicht aus dem Lande lassen wollen, was natürlich die gemeinsame Staatsgewalt, solange sie besteht, mit allen Mitteln verhindern muß. Die Konsequenzen einer vollständigen Trennung der österreicherischen Länder würden sich also erst in einiger Zeit geltend machen.

Falls jedoch eine Föderalisierung Oesterreichs zustande kommt, falls Oesterreich ein Bundesstaat oder ein Staatenbund wird — der Unterschied ist nicht so groß, denn nicht nur der Bundesstaat der Schweiz, sondern auch der Staatenbund der Vereinigten Staaten haben beide eine viel stärkere Konsistenz und eine viel größere Einheit als sie das dualistische Oesterreich-Ungarn jemals hatte —, dann ist das Problem nicht so schwierig. Nicht einmal die Staatsschuld braucht dann geteilt zu werden, wie es seinerzeit im österreicherisch-ungarischen Ausgleich geschah, es braucht auch des Quotenstreites nicht; man muß nur, wie es in Deutschland, der Schweiz und den Vereinigten Staaten der Fall ist, eine reinliche Scheidung machen zwischen den Objekten und Arten der Bundessteuern und den Steuern der einzelnen Staaten. Freilich würde man mit Rücksicht auf die ungeheuren Verpflichtungen, die der Bund zu übernehmen hätte, ihm die meisten und die wichtigsten

Steuern überlassen, und darauf werden die slavischen Staaten vielleicht nicht eingehen wollen. Vom Staatseigentum müßten den einzelnen Staaten — gegen Ablösung — nur jene Objekte zufallen, die auf ihren Gebieten liegen und keinen zwischenstaatlichen Charakter haben, welcher letzteres der Fall bei den Hauptlinien der Eisenbahnen ist, die mehrere Staatsgebiete durchziehen. Die gemeinnützigen Reichsanstalten bleiben als Bundesanstalten bestehen. Die Wirtschafts- und Währungseinheit bliebe natürlich erhalten und sie könnte nur dadurch eine gewisse Beeinträchtigung erfahren, daß die Nationalisierungstendenzen, die sich schon jetzt in den einzelnen Ländern geltend machen, in ihrer Macht bedeutend verstärkt würden.

Es kommt selbstverständlich alles darauf an, wie dieser Bund organisiert wird. Und da nun ohnehin alles in Frage gestellt ist, so empfiehlt sich wohl die Alternative: entweder einen gesunden, lebenskräftigen, aktionsfähigen Bund oder gar keinen. Wir können keine Wiederholung der Fehler des Dualismus wollen: keinen Bund auf zehnjährige Kündigung mit immer wiederholten Konflikten, keinen Bund ohne Bundesorgane, sondern wir wollen einen Bund, wie ihn die Schweizer Kantone, die Länder Deutschlands, die Staaten Nordamerikas haben.

Dr. Alfred Schwaner.

Abgeordnetenhaus.

Annahme des Ausgleichsprovisoriums.

In der gestrigen Sitzung hat Finanzminister Doktor Freiherr v. Wimmer zu den Vorlagen betreffend die Oesterreichisch-ungarische Bank das Wort genommen und hiebei über die Fragen des Kriegsgewinnes und des Goldbestandes der Bank, sowie über das Disagio und die Noten-Inflation wichtige Ausführungen gemacht. Mit Recht verwahrt er sich gegen die Anregung, die Kriegsgewinnsteuer der Bank als Zwecksteuer anzulegen, wie es andererseits ganz selbstverständlich bei der Währungsreform vorbehalten bleiben muß, eine Forderung, die in der Regierungsvorlage vorgesehene Schaffung einer Währungsreserve gerecht wird. Ueberaus beruhigend äußerte sich der Finanzminister über die auf dem Gebiete des Geld- und Währungswezens während des Krieges zutage tretenden Erscheinungen, mit Recht führte er sie auf die Gestaltung unserer Zahlungsbilanz zurück. Die Entwicklung, die gerade in den letzten Tagen im neutralen Auslande auf diesem Gebiete für die Zahlungsmittel der Zentralmächte angebahnt worden ist, läßt die Richtigkeit der Ausführungen des Finanzministers in voller Deutlichkeit erkennen.

In der weiteren Debatte besprach Abg. Bach die mit der Wiedereinrichtung der Friedenswirtschaft zusammenhängenden Probleme, wobei er die Wichtigkeit eines langfristigen Ausgleiches hervorhob. Redner wandte sich sodann den politischen und wirtschaftlichen Antrieben der Tschechen zu, wobei er den bedeutenden Satz aussprach: Auch der Entente im Jänner wird es nicht gelingen, die beiden Staaten der Monarchie zu zerbrechen. Auf dem Gebiete der Ernährung haben die Tschechen der Allgemeinheit gegenüber vollkommen versagt. Trotz des reichen Ertrages des Bodens von Czechisch-Böhmen ist die Ausbringung der Nahrungsmittel ungenügend. Auch die Regierung ist in diesem Punkte nicht frei von Schuld. Sie ist einfach machtlos.

Abg. Heilingler verglich in längerer Rede die wirtschaftlichen Verhältnisse in Oesterreich und Ungarn, wobei er hervorhob, daß Ungarn die Dienste, die ihm Oesterreich auf industriellem Gebiete geleistet hat, auf dem Gebiete der Ernährung nicht voll erwidert habe; er spricht sich für die Annahme des Ausgleiches aus, indem er der Hoffnung Ausdruck gibt, daß sich unser Verhältnis zu Ungarn ändern, das heißt zu unseren Gunsten bessern wird.

Bei der Abstimmung wird der Ausgleich nach dem Berichte des Ausschusses mit 188 gegen 165 Stimmen angenommen.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, ergriff Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca das Wort, um in ausführlicher, interessanter Rede sein agrarpolitisches Programm zu entwickeln. Er besprach die landeskulturellen und landwirtschaftlichen Probleme, eigentlich das Problem, das uns alle heute beschäftigt und von dessen Lösung nicht nur unser Durchhalten für die uns noch aufzunehmende restliche Dauer des Krieges, sondern unsere Existenz in der Uebergangszeit und unser Bestehen in der Folge abhängt. Die Ausführungen des Ministers weckten nicht nur das Interesse der agrarischen Abgeordneten, sondern aller, die in seinen Worten das Bekenntnis eines Mannes sehen, der seine Aufgabe ernst nimmt und den großen Fragen, die bisher nur zaghaft angefaßt worden sind, energisch auf den Leib rückt.

Im Vorgespräch zu so mancher sich mit ähnlichen Problemen fassenden Reden tritt der Ernst der Aufassung, der Wille zum Erfolg und nicht zuletzt die Aussicht auf den Erfolg klar zutage, da Graf Silva-Tarouca auch die Mittel und Wege angibt, die zum Erfolg führen müssen. Wenn es gelingt, so schloß der Minister, dieses Programm durchzuführen können wir und die künftigen Generationen zuversichtlich hoffen, daß wir in der Ernährung vom Auslande unabhängig und wirtschaftlich sowie finanziell stärken werden.

Nachstehend der Bericht:

Die Rede des Finanzministers.

Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer bemerkt, er möchte sich lediglich mit den Vorlagen, betreffend die Oesterreichisch-ungarische Bank befassen. Es genügt vielleicht, darauf hinzuweisen, daß von den großen Kriegsgewinnen, welche die Bank in den drei Jahren 1914, 1915 und 1916 — auf diese drei Jahre bezieht sich die Vorlage — erzielt hat, im Durchschnitt den Aktionären im Vergleich mit den Dividenden der letzten drei Friedensjahre 1911, 1912 und 1913 ein Plus an Dividende von 1/4 Prozent pro Jahr zufließt. Man erzieht daraus, daß die Staatsverwaltung gewiß ganz zurecht vorzugehen ist und es ist ja auch vollständig sachlich begründet, daß diese großen Kriegsgewinne, die vor allem aus der Darlehensgewährung der Notenbank an den Staat resultieren, zum weitest überwiegenden Teil wieder dem Staat zufließen haben.

Abg. Dr. Heilingler: Es sollte bei den anderen Banken auch so sein, dann wäre es gut!

Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer: Da ist der Ursprung der Gewinne immerhin ein anderer. Von einem Abgeordneten ist der Wunsch vorgebracht und der formale Antrag gestellt worden, daß die Kriegsgewinnsteuer der Bank zu speziellen Zwecken verwendet werden soll, im Wege einer Fondsabhebung oder einer Zuweisung für spezielle landwirtschaftliche Zwecke. Dagegen muß ich mich ganz entschieden aussprechen. Es widerspricht allen Grundsätzen der Budgetierung und des Staatshaushaltes, daß man spezielle Einnahmen speziellen Ausgaben zuweist.

Es sei selbstverständlich, daß der Gewinn der Oesterreichisch-ungarischen Bank aus dem Valuten- und Devisengeschäfte, der, wenn man nach dem Wortlaute der Statuten vorgehen würde, zur Verteilung gelangen sollte, weder zur Verteilung gelangen, noch zur Bestreuerung der Bank als Kriegsgewinn herangezogen werde, sondern daß er wieder für Zwecke der Währung reserviert werden soll. Auch in dieser Beziehung habe die Vorlage keine Einwendung erfahren, weshalb der Minister bitte, den Gegenseitigen an der Hand anzunehmen.

Was den Gegenseitigen über die Verlängerung des Privilegiums der Oesterreichisch-ungarischen Bank und in Zusammenhang damit des Münz- und Währungsvertrages betrifft, liegt

es in der Natur der Sache, daß sowohl das Privilegium als auch der Münz- und Währungsvertrag auf die gleiche Zeitdauer wie der Ausgleich verlängert werden.

Die Frage des Goldbestandes erörternd, sagt der Minister, die Situation der Bank war immerhin eine derartige, daß, wenn sie liquidiert hätte, das Alientkapital inklusive eines gewissen Zuschusses hätte ausgezahlt werden können. Der Minister wollte jetzt nur diesen einen Punkt der Frage berühren, im übrigen aber auf das Pro und Kontra jetzt nicht eingehen. Von mehreren Rednern wurde im allgemeinen die ungünstige Lage unserer Währung hervorgehoben, und die Schuld an dieser Situation von einigen Rednern teils auf die Regierung, teils auf die Geschäftsgebarung der Oesterreichisch-ungarischen Bank geschoben. Der Minister habe wiederholt Gelegenheit gehabt, sich über die Frage unserer Währungsverhältnisse im Abgeordnetenhaus zu äußern. Es sei richtig, daß unsere Währung im Verhältnis zu den Währungen neutraler Länder ungünstig stehe. Diese Erscheinung sei zunächst aus der Gestaltung unserer Zahlungsbilanz zu erklären. Wir haben aus den neutralen Ländern sehr viel zu beziehen und haben andererseits keine Gegenpost. Daraus allein ergibt sich selbstverständlich das bedeutende Disagio; es wirkt — allerdings nur mittelbar — auf das Disagio gegenüber dem neutralen Auslande auch die große Notenemission. Die Inflation bewirkt natürlich auch im Inlande mittelbar eine Entwertung des Geldes, obwohl die primäre Ursache weniger darin, als in dem Warenmangel gelegen sei. An der Noteninflation könne jedoch der Bank kein Verschulden zugeschrieben werden. Die Inflation wäre allerdings vermieden worden, wenn die Bank nicht bereit gewesen wäre, die vom Staate verlangten Darlehen zu gewähren; dann wäre an die Stelle der Banknoteninflation natürlich eine Staatsnoteninflation getreten. Der Minister möchte die Gelegenheit benützen, um im allgemeinen darauf hinzuweisen, daß die Notenbank sich in diesem Kriege zweifellos besondere Verdienste erworben habe. Bei der Notenbank wurde für den Krieg vieles planmäßig vorbereitet, insbesondere wurde der ganze Zahlungsdienst für das Meer für den Kriegsfall bis in das kleinste Detail organisiert. Im Momente der Mobilisierung habe der ganze Apparat vollständig taglos funktioniert.

Diese Angelegenheit habe sich allerdings der allgemeinen Wahrnehmung und Kenntnis entzogen, sie bildete aber ein außerordentlich wichtiges Glied in den Vorbereitungen für die Mobilisierung. Der Minister habe wiederholt betont, daß die Durchführung der Valutareform eine der Voraussetzungen für unsere finanzielle Leistungsfähigkeit im Kriege war. Ohne die Durchführung der Valutareform hätten wir den Krieg finanziell gewiß nicht in der Weise durchhalten können, wie es tatsächlich der Fall ist. Die Oesterreichisch-ungarische Bank habe seit Beginn der Valutareform fortgesetzt an dem Ausbau derselben planmäßig und tatkräftig und mit allergrößter Ausdauer an der Auslande anerkanntem Erfolg mitgearbeitet.

Es wurde gesagt, daß, abgesehen von der Bank, der Staat an der Verschlechterung der Valuta Schuld trage. Wenn Sie dem Staat etwa den Vorwurf machen, daß die Kriegskosten sehr hoch sind, insofern, daß der Staat in der Lage wäre, sie herabzusetzen.

Abg. Dr. Redlich: Er wäre in der Lage gewesen! Am Anfang ist der Vorwurf nicht abzuwenden!

Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer: Ich möchte mich auf diese Frage nicht einlassen. Sie entzieht sich der unmittelbaren Ingerenz des Finanzministeriums. Insofern aber die Auslagen gemacht werden müssen, standen der Staatsverwaltung folgende Wege offen: die Steuern, die natürlich nur für die normalen Zeiten ausreichen, die Kriegsanleihen und Voranschüsse der Banken. Wenn diese Geldmittel nicht ausgereicht hätten, blieb schließlich nichts übrig, als an die Notenbank heranzutreten. Daß die Finanzverwaltung das nur mit Bedauern getan hat und gewünscht hätte, daß die Staatsschuldnahme der Bank eine geringere gewesen wäre, ist wohl selbstverständlich. Vielleicht aber ist an der geringen Höhe des Notenumlaufes zu Teil auch das hohe Kurs selbst — ich will nicht sagen: mitschuldig, aber vielleicht hat es mitgewirkt, um die Höhe des jetzigen Notenumlaufes hervorzubringen.

Abg. Dr. Redlich: Die Erhöhung des Unterhaltsbeitrages ist das Verbrechen des Hauses!

Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer: Seit dem Juni dieses Jahres sind vom Hause Milliarden von Ausgaben beschlossen worden, und es waren so manche Auslagen vorzutragen, gegen welche ich von dieser Stelle aus meine Bedenken geltend machte. Ich konstatierte nur die Tatsache, daß die Staatsschuldnahme der Notenbank selbstverständlich eine Folge der hohen Auslagen ist und daß diese hohen Auslagen zu einem nicht unbedeutenden Teile auf Initiativbeiträge des Hauses selbst zurückzuführen sind.

Abg. Döll: Es wäre aber notwendig, auch zu erklären, ob ein Gesetz beschlossen wurde, das den Bedürfnissen nicht entspricht!

Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer: Ich glaube, daß auch manche Verhältnisse darunter waren — ich liebe keinen Grund, zurückhalten, und habe mich gelegentlich bei den Verhandlungen auch dahin ausgesprochen — die zu weit gegangen sind.

Wenn der Minister von der Noteninflation spreche, wolle er auch heute wieder auf eines der Hauptmittel hinweisen, welches geeignet ist, die Noteninflation zu bekämpfen, nämlich die Kriegsanleihe. Die Zeichnungsrufe der ersten Kriegsanleihe wurde bis 15. Dezember verlängert. Der Minister habe schon einmal an die Mitglieder des Hauses den Appell gerichtet, an der Propaganda für die Kriegsanleihe eifrig mitzumachen. Er wolle auch heute seine Ausführungen mit einem neuerlichen Appell in diesem Sinne schließen und die Abgeordneten eindringlich bitten, in ihrem eigenen Interesse, im Interesse des Staates, im Interesse der Wähler, im Interesse der Bekämpfung der von allen so beklagten Noteninflation im Sinne einer möglichst ausgiebigen Zeichnung von Kriegsanleihe in ihrem Wirkungskreise sich an betätigen. Damit werde auch für die Vorbereitung des Friedens eine sehr wertvolle Leistung vollbracht werden. (Beifall.)

Abg. Ritter v. Zuckerschlag führt aus: Die sogenannten Verhandlungen wurden von der gegenwärtigen Regierung übernommen. Sie könnte auch bei den besten Intentionen, von denen sie gewiß geleitet ist, eine Abänderung nicht erzielen. Der Umstand, daß diese Verhandlungen nicht verhandelt wurden, erwidern den Anschein, daß sie für uns nicht günstig seien.

Eine Anklage des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler verliest die Erklärung des seinerzeitigen Ministerpräsidenten Baron Gausch, die sich auf die Auslegung des Artikels 20 des Ausgleichsvertrages bezieht, und erklärt im Anschlusse daran, daß sich das beanstandete Wort „vereinbart“ nicht auf den Vertrag vom 27. Februar v. J. bezieht, sondern auf jene künftige Vereinbarung, die der Genehmigung der beiden Häuser des Reichsrates unterbreitet werden wird.

An Grund der Ausführungen des Ministerpräsidenten steht Abgeordneter Kuranda, wie bereits im Abendblatt gemeldet, seinen Minoriitätsantrag zurück.

Abg. Stajani bezieht die wirtschaftlichen Verhältnisse in Galizien, die er mit den Verhältnissen in Oberösterreich vergleicht, während sich

Abg. Cauer für die Rechte der Dobrua einsetzt.

Abg. Goll behält sich die prinzipielle Stellungnahme zum Ausgleich für die Verabschiedung des definitiven Ausgleiches vor. Den Antrag des Ausschusses müsse man umso eher zustimmen, da in den gegenwärtigen anheerwerblichen Verhältnissen die Vereinbarung über handelspolitische Verhältnisse mit Ungarn weder im Interesse des österreichischen Staates, noch seiner Bürger gelegen sein dürfte. Es erweist vielmehr jetzt notwendig, in voller Einigkeit mit Ungarn gegenüber unseren Nachbarn aufzutreten.

Abg. Raffer begründet die Wichtigkeit eines langfristigen Ausgleiches. Ein dauerndes Verhältnis, auf Grund dessen sich die Quote automatisch bestimmen würde, wäre das Beste. Aber das werde wohl derzeit noch ein frommer Wunsch bleiben. Von Segen wäre für uns ein dauerndes und enges wirtschaftliches Verhältnis zum Deutschen Reich. Auch zur Erreichung dieses Zieles sei ein langfristiger Ausgleich mit Ungarn Voraussetzung. Redner kommt sodann auf die Umstände und Wünsche, der österreichischen Slowaken zu sprechen und sagt, daß im Kampf gegen diese Wünsche Deutsche und Ungarn Bundesgenossen seien. In der Ernährungsfrage haben die Tschechen den Staat im Stich gelassen. Deutschböhmen und Czechischböhmen sei nicht ein Versorgungsgebiet. (Beifall.) Trotz des reichen Ertrages des Bodens in Czechischböhmen werden wir von dort nicht genügend mit Nahrungsmitteln versehen. Auch die Regierung sei in diesem Punkte machtlos. Auch die Kohle wird uns nicht genügend geliefert! Worin? Weil wir diese gutverdannte Landeszentralwirtschaft haben. (Zustimmung.) Los von den Prager Tschechen auf dem Ernährungsgebiete! (Beifall!) Im Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer Grenzen hätten Ungarn und Oesterreich sich gegenseitig gegen die slavischen Vordringlichen zu unterstützen. Auch der Entente im Jänner wird es nicht gelingen, die beiden Staaten zu zerbrechen. Die Leute, die immer vom Selbstbestimmungsrecht der Völker reden, wollen doch dreieinhalb Millionen Deutsche in Böhmen, Mähren und Schlesien in einen czechischen Staat hineinzwängen. Wenn sie uns nicht ersuchen, bringen uns die Tschechen in diesen Staat nicht hinein. (Beifall!) (Beifall und Zwischenrufe.)

Abg. Gruban erklärt, er schließe sich vollkommen den Ausführungen des Abgeordneten Fröhler an, die überaus maßvoll gemeint seien. Der Dualismus wird sich nach unserer Auffassung nicht erhalten lassen. Die Ausgleichsgesetze aus dem Jahre 1867 gestatten uns, ja verpflichten uns förmlich, auch über die inneren Angelegenheiten Ungarns mitzubedenken. Wie sehr müßten die ungarischen Staatsmänner und Publizisten sich getrauen fühlen, wenn sie sogar unbüßlich geworden sind. Es ist dies begründet, denn sie würden an der empfindlichsten Stelle getroffen, in ihrer Nationalitätenpolitik. Wir nehmen uns auch bei der armen verlassenen Slowaken an. Kurze Zeit vor Kriegsausbruch sagte Graf Tisza, die Magyaren hätten den österreichischen Deutschen zweimal bereits in den Sattel geholfen. Es wäre kaum etwas, wenn sie es ein drittesmal täten, weil die Deutschen nicht mehr stark genug seien, sich im Sattel zu erhalten. In Wiener Bürgerschulen wird der magyarische Unterricht eingeführt, in einer Zeit, wo in Budapest nicht einmal Reichsdeutsche eine deutsche Privatschule errichten dürfen. Die Deutschösterreicher haben bei den Magyaren nicht einmal eine halbwegs befriedigende materielle Berücksichtigung bei der Lebensmittelfuhr erreicht. Die herrschenden magyarischen Klassen waren immer die dritten, die aus dem Ertrite der zweitgrößten, vorgeführten Völker Oesterreichs den Profit gezogen haben.

Generalrabener Abg. Dr. Heilingler begrüßt zunächst das Gesetz über die Kriegsgewinnsteuer der Oesterreichisch-ungarischen Bank, vor allem, weil man hier eine Kriegsgewinnsteuer von 80 Prozent sehe. Es wäre empfehlenswerter gewesen, von den anderen Banken die Kriegsgewinnsteuer in derselben Höhe zu verlangen. Dann wären gleich Milliarden herbeigekommen, wenn hier energisch vorgegangen und das Geld dort gesucht würde, wo es ist, und nicht wo es nicht ist, eventuell bei den indirekten Steuern. Was das zweijährige Ausgleichsprovisorium betrifft, so hat der Referent mit Recht betont, daß jede, auch die stärkste Garantie dafür geboten ist, daß über den neuen Ausgleich das Parlament entscheiden werde und heute hat der Ministerpräsident gemißtraut eine Legalinterdation des Gesetzes dahin gegeben, daß ohne Zustimmung des Parlamentes absolut nicht vorgegangen werden wird. Auch die Opposition habe gegen die konstitutionelle Form nichts einzuwenden gehabt. Die Grenzverletzung Ungarns hat namenloses Elend nach sich gezogen und man wird in künftigen Zeiten die Wiener Frauen wegen ihres Heroismus bewundern, mit dem sie dies ertragen haben. Redner verweist darauf, welche Massen bediensteter von Kohle und Zucker aus Oesterreich nach Ungarn gelangten. Petroleum, Stoffe, Papier, Schuhe, Kleider usw. wurden von Oesterreich nach Ungarn geführt und wir mußten sie zu horrenden Preisen wieder einführen. Ungarn ist der größte Kriegsgewinnler der Monarchie geworden. Als Freund Ungarns hoffe Redner, daß unsere Wünsche in der Ernährungsfrage erfüllt werden, insbesondere jetzt im Kriege. Dies wäre nicht nur zum Nutzen Oesterreichs, sondern vor allem auch Ungarns und des gesamten Reiches.

Abg. Dr. Zolofka erklärt zunächst die Behauptung des ungarischen Abgeordneten Polonyi juristisch zu prüfen, daß Doktor Krausz seinen Neopanabolismus mit Hilfe russischer Rabel propagiert habe. Diese Behauptung erkläre er als Schandweg erlegen. Die Magyaren können sich die Taktik nicht abgewöhnen, diejenigen zu denunzieren, die ihr eigenes politisches und kulturelles Leben frei führen wollen. In dem Streben nach freier politischer Betätigung sind heute alle böhmischen Abgeordneten und Parteien einig wie ein Mann. Sie werden dieses Ziel nicht preisgeben, bis es zur Erfüllung kommt. Das böhmische Volk wird den Kampf gegen den Dualismus nicht aufgeben. Redner erklärt schließlich namens seiner Klubgenossen, gegen die Vorlagen zu stimmen. (Beifall bei den Tschechen.)

Präsident: Da die Abstimmung über die Vorlagen nach § 72 der Geschäftsordnung auf 6 Uhr festgesetzt wurde, werde ich die Sitzung unterbrechen.

Die Sitzung wird um drei Viertel 5 Uhr unterbrochen und um halb 6 Uhr abends wieder aufgenommen.

Abg. Friesmann zieht die von ihm gestellten Anträge mit Rücksicht auf die Erklärungen des Ministerpräsidenten zurück. Berichterstatter Willas konstatiert in seinem Schlussworte, daß in legislativer Hinsicht während der Debatte keine wesentlichen Momente vorgebracht wurden. Wenn die Regierung mit Ernst und Entschiedenheit Ungarn gegenüber die Interessen Oesterreichs vertritt, so mag sie überzeugt sein, daß das ganze Parlament ohne Unterschied der sonstigen politischen und nationalen Meinungen hinter ihr steht. Mit Ernst und Tatkraft muß aber auch das Abgeordnetenhaus die Interessen Oesterreichs wahren. Wenn wir die Gerechtigkeit gegen einander üben, wenn wir dem einzelnen Teile die Freiheit, dem ganzen Staate die Ordnung geben, dann werden wir auch in einem einheitlichen Willen gelangen, gegenüber Ungarn stark werden und einen besseren Ausgleich erzielen. Dieser bessere Ausgleich muß erzielt werden. Seien wir nicht negativ, sondern positiv geriante Menschen, richten wir unsere Blicke auf Gegenwart und Zukunft. In dem Augenblicke, wo wir im Osten einem ganzen Volke die Hand zum Frieden bieten, dürfen wir nicht im Reiche selbst den Krieg proklamieren, sondern müssen gleichfalls für den Frieden sprechen! (Beifall, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Die Abstimmung.

Die drei Gesetzesvorlagen werden in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die Abstimmung über § 1 des Gesetzes, womit die provisorische Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn genehmigt und in Kraft gesetzt wird, erfolgte namentlich. Dieser Paragraph wird mit 188 gegen 165 Stimmen angenommen.

Schutz dem Mittelstande!

Jahrzehntelang bereits haben sich Staat und Gesellschaft des Arbeiterstandes angenommen. Nicht nur die sozialpolitische Gesetzgebung legt Zeugnis davon ab, sondern auch tausend Verbesserungen und Freiheiten auf anderen Gebieten. Damit wird sich jedermann gern einverstanden erklären. War es doch dringend nötig, den Arbeiter aus seiner früheren gedrückten Lage zu befreien, ihm Rechte und Schutz zu gewähren, seinen Unterhalt für den Lebensabend sicher zu stellen. Nicht nur den weitesten Ausbau dieser Schutzgesetze hat die Arbeiterschaft inzwischen erreicht, sondern sie — oder besser ihre Führer — haben es verstanden, die Arbeiterschaft zu einer gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Macht zu erheben. Daß während des Krieges die staatliche Fürsorge unseren Arbeitern ebenfalls voll zuteil geworden ist, war richtig und notwendig. Man hätte dafür einige Dankbarkeit erwarten dürfen. Statt dessen läßt uns die Arbeiterschaft, soweit sie wenigstens der Sozialdemokratie angehört, mehr denn je fühlen, daß sie zu einer Macht herangewachsen ist und daß sie davon ausgiebigen Gebrauch zu machen wünscht. Das wäre schließlich auch noch anzuerkennen, solange dieser Machtfaktor sich in den nötigen Grenzen hält und solange die Betätigung dieser Macht nicht auf Kosten anderer Volksteile geschieht. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß Zug um Zug mit dem Anwachsen der Arbeiterschaft und ihrer Rechte diejenigen des Mittelstandes immer mehr in Rückstand geraten sind. Weniger auf politischem, als auf wirtschaftlichem Gebiet.

Hier stehen wir heute Zuständen gegenüber, welche die Lebensmöglichkeit des Mittelstandes, besonders des sog. gebildeten Mittelstandes, geradezu bedrohen. Unter Mittelstand wollen wir hierbei im großen Ganzen die nicht zu den Spitzen gehörige Beamten- und Gelehrtenwelt, den mittleren und kleinen Kaufmann-, den Handwerker-, den Bauerstand verstehen. Diese Kreise leiden alle ohne Ausnahme seit Jahren auf das empfindlichste unter Arbeiter- und Dienstbotennot. Beides geht so weit, daß dadurch für viele Angehörige des Mittelstandes die Möglichkeit zur Aufrechterhaltung des Betriebes unterbunden worden ist, daß andere wieder auf ihre nach Herkunft, Stand, Bildung, Lebensverhältnissen berechtigten Ansprüche, so gut wie ganz verzichten müssen. Der Arbeiter nußt die ihm günstige Konjunktur aus und verkauft seine Arbeitskraft so teuer als möglich. An sich ein volkswirtschaftlich berechtigter, schwer abstellbarer Zustand. Nur darf man nicht versäumen, sich die Frage vorzulegen, ob für die Allgemeinheit des Volkes aus diesem einseitigen Inskantischicken einer bestimmten bisher niedrigeren Volksklasse auf Kosten einer unentbehrlichen höher stehenden Klasse nicht doch schließlich größte Nachteile und Gefahren entstehen müssen. Diese Frage drohender Gefahr muß leider bejaht werden. Trotzdem sehen wir jedoch nicht, daß Staat und Gesellschaft Anstalten machen, um dem durch das Anwachsen der Arbeiterschaft hauptsächlich gefährdeten Mittelstand auch nur im geringsten Schutz und Hilfe zu gewähren.

Die Tatsache steht fest, daß bei den heutigen Arbeiter- und Dienstbotenverhältnissen der Mittelstand, der seinerseits ernste Pflichten zu erfüllen hat und in der Regel nicht über erhebliche Glücksgüter verfügt, sich in einer trostlosen Lage befindet. Ihm ist es aber nicht möglich, seinen Betrieb jederzeit veränderten Verhältnissen anzupassen, wie dies z. B. die Industrie vermag; er ist auf engere Grenzen wirtschaftlich und geldlich angewiesen und erleidet die größten Nachteile bis herab zur Auflösung seines Betriebes, wenn die Arbeiterschaft ihn im Stiche läßt. Was von der Lahmlegung der Betriebe durch fehlende oder unberechtigt anspruchsvolle Arbeitskräfte gilt, das gilt auch von den Haushaltungen in bezug auf die Dienstboten. Jetzt in der Kriegszeit ist man natürlich geneigt und verpflichtet, tunlichst ohne Bedienung auszukommen und sich selbst zu helfen. Das schließt aber nicht aus, daß zur Aufrechterhaltung der Hauswirtschaft doch im großen Ganzen die Hilfe der Dienstboten nicht entbehrt werden kann, besonders auf dem Lande oder in solchen Kleinbetrieben, wo die Dienstboten gleichzeitig als Hilfskräfte im Betriebe selbst benützt werden müssen.

Man kann es nicht als einen glücklichen Griff der Heeresverwaltung bezeichnen, daß sie zur Erreichung ihrer notwendigen Ziele sich der Gewährung märchenhafter Löhne bedient. Dabei herrscht noch der Uebelstand, daß davon gerade vielfach Jugendliche betroffen werden, für welche solche Lohnverhältnisse Gift sein müssen. Der Vater verdient vielleicht in seinem alten Berufe nur wenige Mark den Tag, der Herr Sohn das Vielfache davon. Dienstmädchen ver-

Die kapitalisierte Nationalökonomie.

N. V. Berlin, 25. November.

Die Organisation des Kapitalismus feiert Triumph. Zu den mannigfachen durch den Krieg besonders geförderteten Konzentrationserscheinungen des Kapitalismus, zu der kollektiven Machtentfaltung, die in Zwangsjudikatien, Kartellen und sonstigen privaten Monopolisierungen in Erscheinung tritt, kommen Gebietserweiterungen der kapitalistischen Einflusssphären, die den meisten Beobachtern des politischen Lebens verborgen bleiben. Der Kapitalismus ist längst zu einer auch politisch bestimmenden Macht geworden. Seine Riesenkraft stellt sich selbst dem Volkstum als eine geschichtliche Tatsache von höchstem Gewicht dar. Der Kapitalismus weiß aber auch viele Machtäußerungen mit peinlicher Sorgfalt zu verhehlen. Er wünscht nicht, daß man das Reden seiner gewaltigen Glieder dort erkennt, wo sie nicht durch den Fabrikschlot und die Kraftzentrale, die Bankpaläste und den Börsensaal jedermann offenkundig sind. Der Kapitalismus will Mißbeherrscher sein, aber er weiß, daß in unserer Zeit, in der die Massen nach Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen streben, das Mißtrauen gegen die erkennbare Beherrschung des Staates und seiner Bürokratie durch die kapitalistischen Mächte ungeheuer ist. Deshalb treten auch die großen Unternehmer nicht als die Führer und Vertreter der politischen Parteien auf, sie lassen lieber von ihren Vertrauensleuten parlamentarischen Kalm ernten. Die Stumm und Krupp gehören heute den Parlamenten nicht an. Herr Rirdorf hat einmal fast verächtlich ein parlamentarisches Mandat abgelehnt. Er hat das auch gar nicht nötig, man hat ja seine Beauftragten dafür: die wissen schon, was die Unternehmer wollen, sie wärlen nicht nur als Syndici für die große Industrie in den Kartellen und Arbeitgebervereinigungen, sie reichen auch als Vertreter des großen Kapitalismus in den Parlamenten für den ihnen gesetzten Aufgabenkreis vollständig aus. Die Parlamente umgeht man sehr häufig, indem man die Regierungen unmittelbar beeinflusst. Man weiß den Ministern und Vortragenden Räten klarzumachen, was im Interesse der kapitalistischen Auftraggeber gewünscht wird. Man versteht sogar, ganz besonders und direkte Vertrauensleute der Unternehmer in wichtigste Staatsämter zu schieben. Sie fühlen sich dort als Vertreter des großen Kapitals und nicht als Organe der Staatsgewalt. Nur zu oft bleibt dieser Einfluß des großen Kapitals verborgen. Nur selten gelingt es, den undurchdringlichen Schleier wegzuziehen, hinter dem sich die Intimitäten zwischen Regierungen und Großunternehmertum abspielen.

Noch raffinierter ist der Gedanke, die ganze künftige Beamtenschaft schon in ihrem Studiengang für den Dienst des Unternehmertums vorzubereiten. Ueber diese Absichten erhält man nun eine zusammenfassende, die Gefahr deutlich zeigende Darstellung in der Lützinger „Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften“ in einer Abhandlung des sehr angesehenen Leipziger Nationalökonom Karl Bücher: „Eine Schicksalsstunde in der akademischen Nationalökonomie.“ Er führt dort unter anderem aus:

Die Unternehmer erwarteten von den Professoren an den Universitäten, daß sie sich ihnen wie die Sekretäre und Syndici der Handelskammern in ihren Rathungen anbequemen und daß sie die Freiheit der Wissenschaft nur so weit zulassen, als sie sich zum Dolmetsch ihrer eigenen Wünsche macht. Die Wirtschaftspolitik, die auf den Universitäten vorgetragen werden soll, sollte die sein, wie sie die Unternehmer meinen. 1897 wurde auf Veranlassung des Freiherrn v. Stumm die Universität Breslau, ohne daß die Fakultät gefragt wurde, mit Herrn Julius Wolf, einem der sozialpolitischen Richtung abholden Professor, versorgt. Die neue Universität Frankfurt hat sich mit Nationalökonomien ausgestattet, die allen Ansprüchen der Schwerindustrie genügen können. Im Jahre 1905 wurde auf Veranlassung des Professors Ehrenberg in Kofod, der vorher Handelskammerpräsident in Altona gewesen war und als Kritiker des Hamburger Hafenarbeiterstreiks die Aufmerksamkeit der Unternehmer auf sich gelenkt hatte, ein Institut für exakte Wirtschaftsforschung geplant. Den Ruf für die Schaffung dieses Instituts unterzeichneten ebenso Herren vom Zentralverband Deutscher Industrieller wie vom Bunde der Landwirte und eine Reihe ihnen nahestehender Politiker: so Rirdorf und Vorsig, Rassei und Pieppel, Lueg und Rathenau, Schwerin-Bönitz, v. Cetto, v. Soden, Freiherr v. Zedlig und Neuland, Vallin und Rapp, der Herzog von Ratibor und Arnold v. Siemens, der Graf von Mirbach und der Herr Boyelius und viele andere. Eine höchst gemischte Gesellschaft, aber einzig im Kampfe gegen Arbeiterforderungen. In der Vaterlandspartei fanden sie sich ebenso zusammen wie in der Schaffung eines Instituts für einen den Unternehmern dienfertigen Mann. Das Institut wurde geschaffen, doch empfand man es schmerzhaft, daß man es keiner großen Universität, sondern nur der kleinen mecklenburgischen Landesuniversität angliedern konnte. Der Versuch, Ehrenberg und sein Institut der Universität Leipzig anzuhängen, scheiterte an dem Widerspruch der Professoren, die sich eine Einmischung des Herrn Stresemann und seiner Auftraggeber verboten.

In weit größerem Stile als Herrn Ehrenberg gelang es dem Kieler Professor Darns, mit dem Geld der Unternehmer ein Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft zu errichten, das jetzt mehr als eine Dreimillion im Jahre ausgeht kann. Die herangebildeten Leute werden den Unternehmern und ihren Organisationen nach dem Abschluß ihrer Studien willige Diener bei der wissenschaftlichen Bemäntelung der in ihrer Rachttheit oft zu aufreizend wirkenden Unternehmerinteressen dienen können. Nehmliche Aufgaben sollen sich unterordnen Institute in Breslau und in Königsberg in Preußen. Dabei sollen sie äußerlich dem Unterrichtsministerium unterstellt sein und den Eindruck wissenschaftlich unabhängiger Lehrinstitute machen. Es würde sich aber einfacher ausnehmen und wäre weniger Mißverständnissen ausgesetzt, wenn an einer Universität ein Institut des rheinisch-vestfälischen Kohlen-Syndikats, an einer zweiten des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, an einer dritten des Bundes der Landwirte oder des Deutschen Landwirtschaftsverbandes bestünde. Diese neuen Institute sollten die Tatsache so gruppieren, daß sie Ergebnisse liefern, wie man sie wünscht und erwartet. Für die Nationalökonomie sollte gelten, was bitter der erste Napoleon über die Statistik gesagt hat: Zahlen seien wie Landsknechte, sie dienen dem, der sie bezahlt. Und bezahlt wird man. Ohne Bezalung

von Unternehmern könnten die Institute in Kofod, Kiel, Breslau, Königsberg in Preußen nicht entstehen. Einer der Lehrer an einem dieser Institute äußerte sich ganz rückhaltlos, indem er schrieb: Wie die Erfahrung lehrt, sind private Geldgeber im allgemeinen nur für solche Institute zu gewinnen, welche praktisch-wissenschaftlichen Zwecken dienen, das heißt für Institute, deren Tätigkeit in den Augen des Praktikers einen unmittelbaren offenkundigen Wert und Nutzen für die Praxis hat. Diese Praxis ist die Praxis der Unternehmer. Nicht die Praxis, die sie selbst besser kennen als jeder Nationalökonom und wofür sie ihre Chemiker, Techniker und Kaufleute haben, die Führung, Verbesserung und Organisation der Produktion und ihrer Methoden, den Vertrieb ihrer Waren. Auch nicht zum Abschluß von Verträgen, wofür vor allem ihre juristischen Syndici eingesetzt sind, bedarf man dieser neuen Institute. Aus diesen sollen hervorgehen die Vertreter der wirtschaftspolitischen Interessen der Unternehmer gegen die Arbeiter, ihre Organisationen wie gegen deren politische Vertreter, aber auch überhaupt gegen die den Unternehmern nicht instinktiv oder bewußt dienenden Parteien. Innerhalb der Parteien sollen sie den Standpunkt der Unternehmerverbände vertreten. Sie sollen Regierungen, Parlamente, öffentliche Meinung beeinflussen durch besondere Organe, dann durch Artikel in der Tagespresse, durch Gutachten, Broschüren, Enqueteen, Statistiken. In scheinbar schwer gelehrten Büchern, die in angesehenen Verlagsbuchhandlungen erscheinen, die vorgeblich voraussetzungslos wirtschaftspolitische Probleme erörtern, soll in umfangreicher und verhehlender Weise der Standpunkt bestimmter Unternehmergruppen nach genau vorgezeichneten Zwecken, aber ohne die Tendenz zu verzerren, gewahrt werden. Für alle diese Zwecke soll der Unterricht in diesen Instituten eingerichtet werden. Die Veröffentlichungen dieser Institute unterliegen, so zum Beispiel in Kofod, der Prüfung der beteiligten Unternehmer. Auch ohne derartige Prüfung bequemem sich bewußt oder unbewußt diese Institute und die dort aufgezogenen künftigen Unternehmensekretäre den Wünschen der Geldgeber an. Wenn sich irgend einer dieser Institutsplaner in die Brust wirft und sich seine Unbestechlichkeit selbst beschreimt, so nötigt das nur ein trauriges Lächeln ab.

So kommen wir zur kapitalisierten Nationalökonomie, wie wir die kapitalisierten Handelskammern erhalten. Auf der einen Seite zeigen die Unternehmer ihren Einfluß ein, daß die ihnen unbequemen Leute aus den obersten Regierungsstellen nach kurzer Probezeit hinausbefördert werden, wenn sie sich nicht als gefügige Werkzeuge des übermächtigen Kapitalismus erweisen. Auf der anderen Seite zeigen sie nicht, um unsere Universitäten zu bereichern mit Zucht- und Dressieranstalten für künftige Geante, die ihre Interessen vertreten nicht bloß in den Geheimbüros der Unternehmerverbände, sondern auch in den Verwaltungen von Reich, Staat und Gemeinde, in den Redaktionen der großen Presse und in der sogenannten Wissenschaft. Man muß Karl Bücher dankbar dafür sein, daß er eine Warnung vor dieser Entwicklung der akademischen Nationalökonomie ergoßen hat.

Das Wirtschaftsjahr 1917.

Zweiter (Schluß-) Artikel.

Die Preissteigerungen.

Die Beschaffung ungeheurer Geldmittel, wie sie die Welt nie zuvor gesehen, ist nicht das einzige, woran zu erkennen ist, daß dieser Krieg in der Tat das größte Erlebnis ist, das je einer Generation beschieden war. Alles ist ins Riesengroße, Ueberlebensgroße, Märchenhafte gestiegen. Zwar hatte schon das Jahr 1916 Preissteigerungen gebracht, die man keiner weiteren Hinaufsetzung mehr für fähig hielt, aber das jetzt zu Ende gegangene Jahr hat das, was im Vorjahre noch als nicht zu überbietende Teuerung gelten durfte, als billig erscheinen lassen. Die Höchstpreise mußten immer höher hinaufgeschraubt werden, waren aber selbst auf diesem Stande, wenn man sie mit dem verglich, was im Schleichhandel gezahlt wurde, noch unendlich niedrig. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß nicht bloß die Wohlhabenden solche phantastische Preise zahlten, sondern auch viele, denen es ungemein schwer fiel, sich zwar sehr ungern, aber doch dazu verstanden, Anschaffungen zu Preisen zu machen, die über die amtlich festgesetzten Preise weit hinausgingen. Man würde es nicht für möglich halten, daß breite Volksschichten die unglaubliche Teuerung wie sie im Jahre 1917 bestand, auszuhalten vermögen, wenn man nicht wüßte, daß der Krieg Verdienst bis in die untersten Schichten der Bevölkerung brachte.

Wie könnte man es sich sonst erklären, daß trotz der Teuerung, die doch die Kaufkraft schwächt, die Einlagen in den Sparkassen fortwährend im Wachstum begriffen sind. Die kleinste Provinzsparkasse weist einen höheren Einlagenstand aus als zu Beginn des Krieges und auch als zu Anfang des Jahres 1917. Die Landwirtschaft konnte die Abtragung ihrer Schulden fortsetzen, sie steht gekräftigter da als je. Nicht nur ihr Getreide, ihr Vieh, ihr Obst, auch jedes Kilogramm Butter, jedes Ei, jedes Huhn konnte sie zu nie erhofften Preisen absetzen. Zahlreiche Personen, die Hypothekendarlehen aufgenommen hatten, konnten sie zurückzahlen und ihr Haus schuldenfrei machen. Den Angestellten aller Kategorien, im Staats- sowie im Privatdienst, mußten Zulagen gewährt, in vielen Industrieunternehmen außerdem für die Naturalverpflegung der Arbeiter Sorge getragen werden. Es war ein Ausnahmestadium in noch höherem Grade als das Jahr unmittelbar vorher. Eine ganze lange Reihe von Verordnungen, die sich an die in der früheren Kriegszeit erlassenen angeschlossen, suchte nach Möglichkeit zu bessern, aber die großen Bedürfnisse der Armee im Felde und die hinter der Schätzung zurückbleibenden Ernteergebnisse machten es notwendig, das Sparsystem in bezug auf die Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel noch nicht aufzugeben, vielmehr noch weiter auszubauen.

Die Kriegsmassnahmen zur Versorgung der Bevölkerung.

Hatte es schon in den ersten Kriegsjahren eine ganze Kartensammlung für rationierte und rationierte Artikel gegeben, so brachte das Jahr 1917 einen weiteren Zuwachs. Es wurde eine Petroleumbezugskarte eingeführt (28. Jänner), eine Kohlenkarte (5. September), eine Kleiderkarte (25. September), eine Kartoffelkarte (13. Oktober), ferner auch eine Seifen- und Marmeladekarte sowie ein allgemeiner Einkaufschein. Ein Erlaß des österreichischen Ernährungsamtes verfügte Organisationsarbeiten zur Errichtung von Kriegsküchen. Zur Erleichterung der Lebensführung der Mindestbemittelten wurden von der Regierung am 2. März 300 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt. Am 4. Februar wurde das Saccharinmonopol eingeführt, am 4. März der Unterhaltsbeitrag für die Familien der Eingekerkerten erhöht. Am 28. Jänner wurde die Verordnung zum Schutze der Mieter, am 28. März die Preistreibeiverordnung erlassen. Im Laufe des Jahres traten auch die Preisprüfungsstellen in Kraft. Ein eigenes Ministerium für soziale Fürsorge hat kurz vor Jahreschluß seine Tätigkeit begonnen. An neuen, durch den Krieg notwendig gewordenen Aemtern wurden außerdem ins Leben gerufen

ein gemeinsamer Ernährungsausschuß zur unmittelbaren Disposition des Kaisers (4. März) und ein gemeinsamer Kohlenauschuß im Kriegsministerium für den Verkehr mit dem Auslande (12. April). Auch ein Ernährungsrat und Ernährungsinspektorate wurden geschaffen.

Die Lage der Industrie.

Eine so gute Konjunktur wie 1915 und 1916 hat die Industrie im Jahre 1917 nicht mehr gehabt. Zwar waren alle Industrieunternehmen, die direkt oder indirekt für den Staat zu arbeiten oder Ersatzgegenstände für die Bevölkerung zu erzeugen hatten, mit Bestellungen reichlich versehen, aber die allgemeine Teuerung sowohl der Rohmaterialien als auch der Nahrungsmittel, die zu erhöhten Personalausgaben zwang, übte auf die Geschäftserträge einen ungünstigen Einfluß. Deutlich ist dies aus den letzten Quartalsbilanzen österreichischer Eisenindustrie-gesellschaften zu ersehen, von denen jede in den Monaten Juli, August, September mit einem Ausfall von 6 Millionen Kronen schloß. Andre Industrieunternehmen, die nur Jahresbilanzen veröffentlichen, haben ihre Aktionäre nicht darüber im Zweifel gelassen, daß sie infolge der stark gestiegenen Ausgaben nicht in der Lage sein werden, dieselbe Dividende wie im Vorjahre zu bezahlen. Seitens verschiedener Kohlen-, Maschinenfabriks-, Elektrizitätsgesellschaften usw. ist das Publikum bereits darauf vorbereitet worden. Auch sonst hatten Industrien der verschiedensten Art mit Behinderungen infolge Kohlen- und Waggomangels zu kämpfen. Eine ganze Reihe von Verordnungen hat Verbrauchseinschränkungen und Produktionsverminderungen eingeführt. Daneben gibt es Industrien, wie die Bau-, Ziegel- und Zementindustrie, die überhaupt in der Kriegszeit, wenn auch nicht zu vollständiger Untätigkeit verurteilt, so doch zu einer wesentlichen Kürzung ihrer Erzeugung gezwungen sind. Für die Zuckerindustrie ist von Bedeutung, daß der Rübenpreis für 1918 auf das Doppelte, von 6 auf 12 K. pro Meterzentner erhöht worden ist und eine Erhöhung der Zuckersteuer von 38 auf 54 K. in Aussicht steht.

Die Transportunternehmen im Jahre 1917.

Für die Eisenbahnen ist das abgelaufene Jahr ein ereignisreiches gewesen. Die Mehreinnahmen, die besonders bei den Staatsbahnen sehr stark waren, konnten nicht verhindern, daß sich per Saldo gegen das vorangegangene Jahr ein starker Ausfall ergibt. Insbesondere bei der Südbahn hat die durch das rapid gestiegene Ausgabenbudget hervorgerufene Mehrbelastung einen solchen Umfang angenommen, daß sie das schon im Vorjahr zum Vorschein gekommene Defizit noch bedeutend vergrößert. Auch die Russig-Teplitzer Bahn, in früheren Jahren eine der ertragsreichsten, wird kaum in der Lage sein, eine Dividende zu verteilen. Die Notwendigkeit, die Staatseinnahmen zu vermehren, hat auch wiederholte Tarifierhöhungen im vergangenen Jahre zur Folge gehabt. Am 1. Februar trat sowohl in Oesterreich als in Ungarn ein um 30 Prozent erhöhter Personen- und Gütertarif in Kraft. Seit dem 1. Dezember ist eine weitere 50prozentige Erhöhung der Personentaxen auf den österreichischen Staatsbahnen in Geltung. Die Gütertarife erfahren durch die Aufklassifikation und andre Verfügungen gleichfalls eine weitere Verteuerung.

Was die Schifffahrtsgesellschaften betrifft, so haben die Seeschifffahrtsunternehmen wie in der früheren Kriegszeit wegen der Unterbindung des Seeverkehrs auch im vergangenen Jahre ihre Tätigkeit auf dem offenen Meere noch nicht wiederaufnehmen können und werden daher ihre Bilanzen wiederum mit einem Defizit abschließen müssen. Am 20. Oktober wurde offiziell mitgeteilt, daß drei Lloydsschiffe um 4 Millionen Dollar in Gold verkauft worden sind. Man hat seit der Zeit nichts Näheres darüber gehört, ob das Geld auch in die Taschen der Gesellschaft bereits eingeflossen ist. Von dem Generalkommissär für die Kriegswirtschaft wurde darauf hingewiesen, daß von dem Verkaufspreis vor allem neue Schiffe hergestellt und die Vorschüsse an den

Staat zurückgezahlt werden müssen. Bezüglich der Schiffsverkäufe anderer Gesellschaften ist überhaupt Authentisches nicht in die Öffentlichkeit gedrungen.

Die Ueberleitung zur Friedenswirtschaft.

Am letzten Tage des Jahres 1917 hätten die Handelsverträge mit Deutschland und einigen neutralen Ländern ablaufen sollen. Der Abschluß neuer Handelsübereinkommen war schon deshalb nicht möglich, weil auch neue Ausgleichsvereinbarungen mit Ungarn noch nicht getroffen werden konnten und Kriegsjahre überhaupt nicht die geeignete Zeit sind, sich auf neuer Basis für länger hinaus zu binden. Es unterblieb daher die Kündigung der Handelsverträge, während bezüglich des Ausgleiches mit Ungarn und des Handelsprivilegiums zu dem Aus Hilfsmittel einer provisorischen Verlängerung auf zwei Jahre gegrieffen wurde. Die Frage, was nach dem Frieden werden soll, beschäftigt aber befreiflicherweise jetzt schon nicht nur die industriellen und kaufmännischen Kreise, sondern man kann sagen die gesamte Bevölkerung. Wie wird sich der Uebergang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft vollziehen? Wir haben jetzt auch ein offizielles Organ, welches sich mit diesem schwierigen Problem beschäftigt. Es ist ein österreichisches Generalkommissariat für die Kriegs- und Friedenswirtschaft geschaffen worden, welches am 16. April seine Tätigkeit begann. Die Handelskammern, die wirtschaftlichen Verbände und die parlamentarischen Kreise befassen sich gleichfalls sehr angelegentlich mit dem Uebergang, damit sofort nach Beendigung des Krieges das Dringendste und Notwendigste vorgekehrt werden kann und chaotische Zustände vermieden werden. Besonders wichtig ist die Frage der Rohstoffversorgung nach dem Friedensschluß. Manches, was erst nach Herstellung des allgemeinen Friedens zu erwarten gewesen wäre, wird durch den hoffentlich bald zustande kommenden Frieden mit Rußland zum Austausch gegen von uns auszuführende Artikel zu erhalten sein. Schon hat nach amtlichen Mitteilungen der Handelsverkehr mit Rußland an einigen Punkten begonnen. Um aus überseeischen Ländern Waren und insbesondere Rohstoffe zu bekommen, darüber wird nicht bloß mit der eigentlichen Entente, sondern mit allen Ländern, die sich ihr angeschlossen haben, den Vereinigten Staaten, Brasilien, Kuba usw., beim Friedensschlusse zu reden sein. Der angebrochte Wirtschaftskrieg nach dem Kriege wird nicht zur Tatsache werden. Dafür wird seinerzeit bei den Verhandlungen über den allgemeinen Frieden gesorgt werden. Schließlich haben ja diese Staaten nicht wegen unsrer schönen Augen und auch nicht aus besonderer Freundschaft, sondern in ihrem eigenen Interesse mit uns Handel getrieben. Sie werden auf das mitteleuropäische Absatzgebiet auch in Zukunft nicht verzichten können.

1917.

Eine ökonomische Rundschau.

In den ersten Jahren nach dem großen Kriege hatten wir ansehensreiches Geschäft, der Verkehr in den Straßen war ungemessen belebt, in den Kaufhäusern drängten sich die vom Gelde Gekaufeten, um die so lange entbeherten Gegenstände des täglichen Lebensbedürfnisses anzuschaffen, die Läden waren größer als selbst in früheren Friedenszeiten.

Karl Scharf, nach dem amerikanischen Befreiungskriege.

Wien, 31. Dezember.

Ein heller Morgenschimmer erglänzt am Horizont; die lange dunkle Nacht geht ihrem Ende zu. Die Verhandlungen über den Frieden haben begonnen; die Vertreter der Mittelmächte sitzen mit den Abgesandten des revolutionären Russland am Beratungstische; vielleicht werden schon die ersten Wochen des anbrechenden Jahres der blutenden Welt die Heilsbotschaft bringen, daß an der längsten Landgrenze, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere, die Schützengräben verlassen, die Soldaten zu ihrer Scholle zurückkehren, daß die Beziehungen der Völker durch friedliche, freundschaftliche Verständigung, nicht mehr durch die Gewalt der Waffen, geschlichtet werden sollen. In kühnem Wurf wurde das Problem des allgemeinen Friedens aufgerollt; England und Frankreich werden jetzt auf die Schicksalsfrage ihres früheren Bundesgenossen antworten müssen, ob noch länger Sekatomben von Menschen in aussichtslosem Kampfe hingemordet werden dürfen, ob nicht auch auf den westlichen Schaupätzen den Völkern Europas der Friede wiedergegeben werden solle. Im Zeichen des herannahenden Weltfriedens steht das beginnende Jahr; auf seinen baldigen Einzug muß auch die gesamte wirtschaftliche Betrachtung eingestellt sein.

Vier Jahre beispiellosen Krieges und vollkommener Absperrung haben das wirtschaftliche Antlitz der Erde bis zur Unkenntlichkeit verändert. Die Schäden des Weltkrieges werden noch die künftigen Geschlechter belasten: sie zeigen sich in der Dezimierung der Volkszahl und in der Erschöpfung der Volkskraft, in der Zerstörung lange sorgfältig angelegten Nationalvermögens und zurückbleibender phantastischer Schuldenlast, in der geringeren Ertragsfähigkeit der Böden, in allgemeiner Teuerung und Abschwächung der Verdienstmöglichkeiten. Der trügerische Schein im Kriege erworbenen Reichtums, die hohen Löhne und neu entstandenen papierenen Vermögen, die großen Böfseingewinne und nie dagewesene Preise können darüber nicht hinwegtäuschen, daß eine allgemeine Berärterung der europäischen Wirtschaft eingetreten ist, die erst durch die fleißige, entsagungsvolle Arbeit von Generationen wieder ausgeglichen werden können. Vor mehr als vierzig Jahren, bald nach der raschen, glücklichen Beendigung des kurzen Krieges mit Frankreich, hat Fürst Bismarck die prophetischen Worte geprägt, daß der nächste Krieg aller europäischen Völker bis zum vollständigen Weißbluten geführt werden müsse. Sind wir von diesem Punkte noch weit entfernt? Russland ist bereits ausgeschieden, weil seine loser gefügte, kapitalistisch minder entwickelte Wirtschaft dem gewaltigen Wirbelsturm nicht länger standhalten konnte. Ungeachtet wesentlich stärkerer Widerstandsfähigkeit, treten doch die tiefgreifenden Kräfteverluste in allen anderen Ländern immer deutlicher hervor, mit jedem Tage gehen Teile des Volkvermögens in Rauch auf; die Probleme der neuen Zeit werden fortgesetzt dunkler und schwieriger. Für den Wiederaufbau der gesamten europäischen Wirtschaft hat die Natur und die stufenweise Wichtigkeit der Bedürfnisse eine eberne Rangordnung festgesetzt: In erster Linie steht die zureichende Beschaffung der Nahrung, ihr dient die Neubefruchtung der Landwirtschaft durch volle Wiederaufnahme des Anbaues, durch die intensivere Ausnutzung der vielfach vernachlässigten und verarmten Böden, durch künstliche Düngung selbst bei vielschwacher Wirtschaft, in letzter Linie durch Hebung der namentlich im vierten Kriegsjahre so sehr gelichteten Viehbestände. Der Nahrung zunächst folgen die anderen Lebensbedürfnisse und die Neuversorgung solcher Industrien, welche diese Gebrauchsgüter für die breiten Massen liefern. Auch die Handelspolitik der nächsten Zeit, die schon in den Friedensverträgen gewichtig ihr Recht erlangen muß, wird auf die Sicherung der für diese allerwichtigsten Bedürfnisse notwendigen Gebrauchsgüter gerichtet sein müssen: des Kunstdüngers, des Kalis und der Phosphate für die Landwirtschaft, der unentbehrlichen Rohstoffe für die wichtigsten Industrien. An die Sicherung der Nahrung und Bekleidung schließt sich die Vorsorge für die menschliche Wohnung, zunächst der Wiederaufbau der zerstörten Dörfer in den vom Kriege unmittelbar heimgesuchten, für die Getreideproduktion besonders bedeutsamen östlichen Gebieten, dann der Häuserbau für billige Wohnungen des Mittelstandes und der Arbeiter in den Städten. Für die gesamte produktive Tätigkeit ist aber die Sicherung des Brennstoffes und der notwendigen Transportmittel am wichtigsten: die Ausgestaltung der Kohlenwerke zur ausgiebigen Erhöhung der industriellen Erzeugung und die Ausrüstung der Bahnen mit Bauanlagen und Fahrtriebmitteln, damit diese auch den Anforderungen eines erhöhten Verkehrs von Massengütern genügen können. Dann erst wird in großem Umfange die Wiederaufrichtung der gesamten übrigen Industrien und der Übergang zu neuen Erzeugnissen erfolgen können, für welche im Lande die natürlichen Voraussetzungen vorhanden sind.

Jetzt im Kriege, wo die großen Lose um Sein oder Nichtsein des Staates und jedes einzelnen fallen, ist die ganze Energie der nationalen Arbeit auf die Erreichung des höchsten Zieles eingestellt, wird jede Menge verfügbarer Kraft zu diesem Zwecke aufgebracht. Manchen Industriellen, der jetzt aus dem Vollen schöpft und im Kriege seinen Betrieb namhaft vergrößert hat, mag trotz der größten finanziellen Vorsorge durch reiche Gewinnrücklagen und Abschreibungen zuweilen die Sorge beschleichen, ob er für seine Fabriken im Frieden auf zureichende Arbeit und Absatz jederzeit wird

rechnen können. Durch eine absehbar längere Periode, in der ersten Zeit wird nach menschlicher Voraussicht die Nachfrage mächtig hervortreten, es wird nur Käufer geben, für jede erzeugte Ware wird der Absatz im voraus gewiß sein. Die Konjunktur des Krieges war die Deckung des gewaltigen Heeresbedarfes, die Konjunktur der ersten Friedenszeit wird die Nachholung des in vier Kriegsjahren gewaltig zurückgeschraubten, vernachlässigten, notgedrungen unbefriedigt gebliebenen Bedarfes der Bevölkerung bilden: jeder Mensch wird Käufer sein. Im Kriege hat man bis in die höchsten Kreise hinauf mit Nachschaffungen aufs äußerste gespart und zurückgehalten, die allerwichtigsten Bedürfnisse, selbst nach den notwendigsten Gegenständen der Bekleidung und Ausrüstung, nach Wäsche, Schuhen, Anzügen, konnten schon wegen des Mangels an Material nicht gedeckt werden, und sie werden beschleunigt nachgeholt werden, wenn einmal die Fesseln des Verkehrs gelöst sind. Der Hausbau ist durch vier Jahre ganz stillgestanden, in den großen Städten herrscht bitterster Mangel an Wohnungen; die bestehenden Bauten wurden so gut wie gar nicht renoviert, die wichtigsten Reparaturen wurden immer wieder hinausgeschoben, der dürrig gewordene Anstrich konnte nicht nachgebessert werden, kaum eine Handvoll Häuser sind in Wien getüncht oder geputzt worden. Die meisten industriellen und gewerblichen Betriebe haben ihre Lager geräumt, ihre Waren abverkauft, auch die Bestände an Rohstoffen und Hilfsmaterialien sind auf einem sehr niedrigen Stand. Das Bestreben nach Wiederaufhäufung der Vorräte wird sich überall geltend machen, jeder kleine Geschäftsmann wird seine Bestände ergänzen wollen und zu diesem Zwecke seine Kapitalkraft und seinen Kredit anspannen. Die Einrichtungen der Eisenbahnen sind durch eine vierjährige vervielfachte Verkehrsanzuhen derart abgebraucht, daß der ganze Fahrpark und ein erheblicher Teil des Oberbaues von Grund aus neu beschafft werden müssen. Die meisten Fabriken, die jetzt noch mit äußerster Anstrengung für die Bedeckung der Heeresbedürfnisse arbeiten, werden zur Umstellung auf die Friedenswirtschaft Umdüngen und Umdüngen vornehmen, Maschinen, Kessel, moderne kraftsparende und die Arbeitszeit kürzende Anlagen einstellen. Ganz Europa wird ein Millionenheer von Käufem sein.

Der Kauftrieb wird allenthalben auf das mächtigste hervortreten und jedem, der über geeignete oder neu hergestellte Waren verfügt, werden diese förmlich aus der Hand gerissen werden. Die erste einem Ausleben dieser Reigung ein noigedrungenes Ziel setzende Schranke wird der verfügbare Kapitalvorrat sein. Der unproduktive Kriegsverbrauch hat das neu entstandene und einen Teil des Stammvermögens aufgezehrt. Die Symptome des Kapitalmangels werden aber doch wohl erst nach einiger Zeit sichtbar werden. Für die ersten Monate und Jahre werden die Ersparnisse und Reserven einen Rückhalt bieten, die jeder halbwegs solid wirtschaftende Unternehmer gemacht hat, das künstliche, fiktive Kapital, welches die in den Verkehr gesetzten Milliarden neuer Geldzeichen darstellen, wird zunächst mit dem Scheine des Reichtums die Lücken füllen, die unendlich vorhandene Kapitalarmut der Welt vorerst zudecken. Eine schwerer zu übersteigende, umgekehrt in der ersten Zeit am vollsten wirkende Behinderung für die Entfaltung des Kauftriebes werden aber die zu abenteuerlicher Höhe emporgeschwollenen Preise bilden. Nie zuvor, seitdem die moderne Wirtschaft ihre die Welt umfassende Ausdehnung erlangt hat, sind solche Warenpreise wie die gegenwärtigen erlebt worden; die Schraube ohne Ende dreht sich rasillos weiter, und niemand vermag den Punkt anzugeben, wo der Gipfel erreicht ist. Der Abbau der Preise wird das wichtigste und schwierigste Friedensproblem sein; bei solcher Teuerung wäre in normalen Zeiten, wenn auch die Verdienstmöglichkeiten minder reichlich fließen, die Aufrechterhaltung einer geordneten Lebensführung unmöglich und müßten sehr weite Kreise der Bevölkerung zugestiegen werden. Die Rückführung zu erträglichen Lebensbedingungen ist das oberste Gebot der Wirtschaftspolitik sofort beim Uebergange zur Friedensstätigkeit. Alle Regierungen müssen darauf bedacht sein, die Stimmung der großen Massen zu heben, den Millionen der Heimkehrenden und den noch viel größeren Scharen der Zurückgebliebenen das Dasein leichter und erträglicher, angenehmer und sorgenfreier zu gestalten, den Lebensmut aufzurichten, ohne den die Wiedereinrichtung der aus den Tagen gerateten wirtschaftlichen Welt nicht gelingen kann. Der Abbau der Preise ist auch die Grundlage jeder vorausschauenden Industriepolitik; nur dadurch können wir wieder zu Selbstkosten gelangen, die uns im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig machen. Das einzige Mittel für einen ausgiebigen Preisrückgang bildet die Herstellung und Vervielfachung der wirtschaftlichen Produktion. Wird der jetzt verarmte Boden auf die alte und womöglich noch eine gesteigerte Ertragsfähigkeit gebracht, wird die Menge der auf den Markt gelangenden Brotfrüchte verdoppelt und verdreifacht werden, so müssen die Preise der Nahrungsmittel, insbesondere auch die so maßlos verteuerten Fleischpreise, rascher zurückgehen und die Verbilligung muß sich dann von selbst den industriellen Löhnen und den Preisen der Erzeugnisse mitteilen. Die freie Entfaltung der Produktionskraft wird jetzt durch die im Kriege gebildeten Verbände niedergebunden, welche das Erbe der Kartelle übernommen haben. Wohl werden die meisten dieser Zentralen noch einige Zeit aufrechterhalten werden, um die Versorgung mit den wichtigsten Bedarfsgegenständen sicherzustellen. Eine jede Lockerung dieser starren Fesseln müßte aber sofort die wirtschaftliche Arbeit mächtig antregen. Als Ziel muß die möglichst baldige Herstellung der früheren Freiheit ausgetreut werden. Sie ist auch die Voraussetzung für eine stärkere Ausdehnung der Erzeugung und die Sicherung großer Ueberflüsse für die Ausführung, damit zugleich auch das wirksamste Mittel für eine Befundung der zerrütteten Währung. Seit unendlichen Zeiten haben die Monarchie und Deutschland nicht mehr eine derart gewaltige Exportprämie besessen, wie sie jetzt die Untervorgänge der Valuta schafft. Die Ausnutzung dieser einzigen Chance würde aber dann im Keime erstickt werden, wenn die Preise im Inlande dauernd höher als die ausländischen bleiben sollten, weil eine solche Konstellation die Vorliebe für die Ausnutzung des inneren Marktes

künstlich erhöhen, die ausländische Konkurrenz ins Land locken, die Exportfähigkeit der heimischen Arbeit schwächen müßte. Der Abbau der Preise muß auch einer der wirksamsten Hebel für die Beseitigung des Agios, für die Heilung der Währung sein. Deshalb ist jede Hemmung einer Verbilligung der Preise auch zugleich ein Hindernis für die Befundung der gesamten Wirtschaft. Eine solche Hemmung läge in einer Schwäche der inneren Politik und der staatlichen Verwaltung. Nachgiebigkeit gegen agrarische Velleitungen, Jaghaftigkeit in der Entschliezung, der unternehmensfeindliche Geist in der Gesetzgebung und Verwaltung, Verwüstung der Finanzen durch freigiebige Ausgeben ohne zureichende Deckung, leichtfertiges Schuldenmachen durch hemmungslose Handhabung der Notenpresse, ungleiches Maß bei der Verteilung der notwendigen neuen Lasten sind durchwegs Fehler, die vielleicht über augenblickliche Verlegenheiten hinweghelfen können, aber eine durchgreifende Erholung auf ungemessene Zeit hinauschieben müßten. Die neuen schweren Steuern sind leider geeignet, das Ausreizen eines wirtschaftlichen Aufschwunges aufzuhalten, weil sie den Erzeugungsgewinn mindern, eine Einschränkung des persönlichen Verbrauches hervorrufen und zugleich als Hemmnis für den Abbau der Preise wirken. Diese Lasten werden aber um so eher getragen, um so williger in den Blutzirkel der wirtschaftlichen Körpers aufgenommen werden, als sich das Bewußtsein gleichmäßiger Gerechtigkeit und notwendiger Zweckmäßigkeit für das Lebenswohl der Gesamtheit in allen Kreisen unerfüllbar festsetzt. Steuererleichterung und Steuerpolitik werden für das Tempo und das Ausmaß einer Erholung, für die rasche Wiederbelebung der produktiven Tätigkeit nach dem Kriege gleichfalls entscheidend in die Waagschale fallen.

Verarmung der europäischen Wirtschaft, aber auch reiche Erholungsfähigkeiten in den Schätzen des Bodens und den Kraftquellen der nationalen Arbeit, die Befriedigung eines übermächtig hervortretenden Kauftriebes und die unabsehbaren Entwicklungsmöglichkeiten aus dem Wiederaufbau sind die Gesichtspunkte, von denen aus sich die Aspekte der ersten Friedenszeit darstellen werden. Die Aufgaben sind in allen Staaten, bei der Mittelmächten und der Entente die nämlichen und präsentieren sich überall in gigantischen, vorher noch nie dagewesenen Ziffern des Kapitalverbrauches und der Erfordernisse der Kapitalbeschaffung. Wir beginnen unsere ziffermäßigen Vorfahrungen mit einem Gesamtbilde, welches den Umfang der Kriegskosten veranschaulicht:

Die Kriegsausgaben der Großmächte.

Kriegskosten der Entente: Zwei Drittel.

Mittelmächte: Ein Drittel.

Entente-mächte	Deutschland	England	Frankreich	Russland	Italien	Belgien
70	124	156	96	83	32	20

Milliarden Kronen

Fast sechshundert Milliarden Kronen haben die am Kriege unmittelbar beteiligten sechs Großmächte Europas nebst den Vereinigten Staaten in 41 Monaten für den Krieg ausgegeben. Die Aufwendungen haben sich mit der längeren Dauer des Weltkrieges in unheimlicher Schnelligkeit, gleichsam laminarartig, gesteigert; im Jahre 1916 allein wurden von den kriegführenden europäischen Staaten zweihundert Milliarden für diese Zwecke dargebracht. Sechshundert Milliarden sind nur die Ausgaben für die eigentlichen Zwecke des Krieges und die damit auf das engste zusammenhängenden Unterstüzungen der Zurückgebliebenen. Wolte man die indirekten Kriegsschäden, die Betwüstungen blühender Länder und Zerstörungen ganzer Städte, die Verringerung der Ertragsfähigkeit der gesamten menschlichen Wirtschaft dazuschlagen, so würde man leicht zu einem Mehrfachen dieser Kostensumme gelangen. Die Ziffern gehen über alle Vorstellungskraft hinaus. Vor dem Kriege war das Nationalvermögen der sechs europäischen Großmächte auf rund zehntausend Milliarden Kronen geschätzt worden. Die Kriegskosten stellen weit mehr als den vierten Teil dieser Ziffer dar. Nun sind solche Berechnungen nur mit weitgehenden Einschränkungen zulässig. Die Kriegswirtschaft hat ein ganz anderes Preismaß geschaffen und auch auf eine längere Dauer müßte man auf höhere Schätzungsziffern kommen. Der Krieg wird nicht nur aus dem angesammelten Kapital, sondern auch aus den Ersparnissen geführt; gerade diese waren für die gesamte Volkswirtschaft auch im Kriege trotz der maßlosen Preissteigerung durch die freiwillige und erzwungene Einschränkung des Verbrauches beträchtlich. Ein sehr großer Teil der Kriegsaufwendungen ist auch nicht endgültig verlorenes Geld, sondern ist der wirtschaftlichen Tätigkeit in gewaltigen, gewinnbringenden Lieferungen zugute gekommen. Darunter befinden sich auch viele produktive Investitionen, Fabrikanlagen, Bahnen, Straßen, Brücken, die auch im Frieden ihren Ertrag abwerfen und die wirtschaftliche Tätigkeit befruchten werden. Wenn man noch so große Teile des Aufwandes als bleibenden Niederschlag der Kriegskonjunktur abstreichen wollte, so sind doch die eigentlichen Kapitalverwüstungen, die Summen, die endgültig vom Vermögen der Welt verloren gegeben werden müssen, ungeheuerlich. Es ist ein sehr zweifelhafter Trost, daß die ganze Erde von der gleichen Katastrophe heimgesucht ist, daß nur die wenigen neutralen Länder nicht mitgerissen wurden, daß die Kriegskosten unserer Feinde fast doppelt so groß als die unsrigen sind. Die Verzinsung und allmähliche Abstattung dieser Schulden, von denen die meisten auf feste Termine zahlbar gestellt sind, wird die schwierigste Aufgabe bilden, welche der Finanzkunst der modernen Wirtschaft jemals gestellt worden ist. In Österreich allein werden, selbst wenn der Krieg in sehr naher Zeit zu Ende geht, drei bis vier Milliarden im Jahre für die Zinsen der Kriegsschulden aufgebracht werden müssen, in Deutschland werden es sechs bis acht Milliarden werden, doch besteht die Absicht, einen Teil des Schuldkapitals vorweg durch die geplante Vermögensabgabe zu tilgen. Die Lösung solcher Probleme wird nicht in einem Wurf gelingen, allmählich müssen die Staatseinnahmen in die erhöhten Lasten hineinwachsen, Jahre der Schwierigkeit und ersten Sorge werden kommen. Die wichtigste Vorbedingung für ein Erstarken der Steuerkraft wird der Abbau der Preise bilden.

Wirtsch.-Zeitung.

Volkswirtschaft.

1917—1918.

Nachschau und Ausblick.

Zum viertenmal überkreuzen wir in diesem ungeheuersten aller Kriege die Schwelle eines neuen Jahres. Ein Jahr ist verstrichen, seit die Mittelmächte im Bewußtsein ihrer nicht niederzuringenden Kraft und von Menschlichkeitsgedanken erfüllt, das erste Wort vom Frieden gesprochen haben. Aber der Rat nach Veröhnung und Verständigung blieb ohne Widerhall, und vorwärts gebreitet von der Verblendung einiger Weniger, mußte das stoch und müde gewordene Europa das Glend des Krieges weiter schleppen. Und neue Staaten traten in die Reihen unserer Feinde, vor allem die Vereinigten Staaten Amerikas, deren Präsident vor nicht viel länger als einem Jahre gesagt hatte, daß der Friede vielleicht näher sei, als die Welt glaubt. In dieses Wort, nur an ein Wort, mit dem die Tatsachen nicht im Einklang standen, hat sich vor einem Jahre die Friedenssehnsucht der Menschheit geklammert. Wie weit wir heute vom Allgemeinen Aufbau des Heffes noch entfernt sind, können wir nicht absehen; aber die neue Jahreswende steht die Mittelmächte in Friedensverhandlungen mit dem Nachbarstaate im Osten, und das weckt die Hoffnung, daß die große Wende der Dinge nun wirklich nicht mehr fern ist. Rußland steht mitten in einer ungeheuren politischen und sozialen Umwälzung und will die neue Epoche seiner Geschichte damit einleiten, daß es die Kriegsfackel auslöscht, die es in die Welt geschleudert hat. Ex oriente lux — vom Osten her dämmert das Licht des Friedens.

Die militärische Lage.

Das Jahr 1918 schloß mit dem Zusammenbruch Serbiens und Montenegros, das Jahr 1918 mit der Niederwerfung Rumäniens. Das abgelaufene Jahr brachte uns die Befreiung unserer östlichen Provinzen aus Feindeshand, führte zu neuen großen militärischen und territorialen Erfolgen der verbündeten Heere in Rußland und zur Wiedereingebung fruchtbarer italienischer Gebiete durch unsere und anderer Bundesgenossen tapfere Heere. Und diese glänzenden Erfolge wurden errungen, während an der Westfront die Millionenheere weicher und farbiger Engländer und Franzosen gegen den deutschen Wall anrannten. Der größte Teil des unter ungeheuren Verlusten von ihnen gewonnenen Landes ist ihnen wieder entzogen worden, und den gewaltigen Gebietsbefestigungen und Wiederbefestigungen der Mittelmächte steht als europäischer Waffenerfolg der Entente zum Jahreschluß nur die Entziehung eines zehn Kilometer breiten Streifens in Nordbern gegenüber. Das ist das europäische Kriegsbild an der Jahreswende.

Das darrende Europa.

Und unsern Verbündeten galt der Pfeil der Auszehrung; er hat aber zurückschnellend auch sie, die ihn entzündet, getroffen. Die Entbehrung ist in ganz Europa zu Hause, ein Land nach dem andern mußte zur Streckung der Lebensmittel seine Zuflucht nehmen, der deutsche Kartoffelgeist wird nirgend mehr verhöhnt, eine kritische Stimme, sagt Lloyd-George, ist selbst für Englands Ernährung gekommen. Amerika hatte eine schlechte Weizenerte, aber selbst ein gutes Ergebnis läme der Ernte ebensowenig zufließen wie die großen Getreidevorräte Australiens; die U. S. O. te haben gute Arbeit verrichtet, mehr als neun Millionen Tonnen des für die Entente maßbaren Handelschiffbraunes haben sie im abgelaufenen Jahre, ein Viertel der Welttonnage seit Kriegsausbruch verfenkt und die Entente der Möglichkeit beraubt, sich mit überseeischen Getreidebezügen zu versorgen. Für die Bodenbearbeitung fehlen in allen kriegführenden Staaten Europas Millionen kräftiger Arme, der Ackerboden ist mager geworden und seine Ergiebigkeit überall außerordentlich zurückgegangen. Von den notwendigen Lebensmittelbezügen sind auch die neutralen Staaten abgeschnitten, und so ist die Not in ganz Europa heimisch geworden. Die Monarchie hatte die Vorräte aus dem Vorjahr aufgezehrt und eine unerbittliche Ernte zu verzeichnen, als der Krieg ausbrach; keine der folgenden Ernten erreichte das Durchschnittsmas eines mittleren Ertrages. Die Maßnahmen zur Streckung der Vorräte wurden bei uns zu spät ergriffen und Ungarn, dessen Getreideüberfluß wir schon seit Jahren nicht entbehren können, lehnte trotz der gemeinsamen Gefahr eine Ernährungsgemeinschaft mit uns ab. Es wäre im abgelaufenen Jahre schlimmer geworden, als es war, wenn wir nicht aus den eroberten rumänischen Gebieten Lebensmittel erhalten hätten. Kommt es zum Friedensschluß mit Rußland, dann dürfen wir hoffen, daß im Frühjahr aus den großen Getreidevorräten, die sich in Südrußland befinden, erhebliche Mengen den Weg zu uns nehmen werden. Im übrigen bleibt uns nur der Trost, der freilich nicht fähig, daß ganz Europa mit Entbehrungen kämpft.

Die Teuerung.

Unübersehbar sind die gesetlichen und beschränkten Anordnungen, die der Teuerung entgegenwirken sollen; daß sie einen Erfolg gehabt hätten, wird man wohl nicht behaupten können. Jede neue Höchstpreisbestimmung liegt genau mit dem Zeitpunkt ihres Geltungsbeginnes die Ware, auf die sie sich bezog, aus dem Verkehr verwinden, alle Verbindungen von Preisstreibern hinderten nicht die Ausbreitung eines schwindenden Handels mit Bedarfsgegenständen zu geradezu grotesken Preisen. Das bis zum Ueberdruß gehdrte Wort, daß heute alles nur eine Frage des Geldes sei, ist für die

Verhältnisse kennzeichnend genug. Daß auch Waren, die der staatlichen Bewirtschaftung unterliegen, von diesem Zug der Zeit erfasst wurden, beweist die Unzulänglichkeit der Vorschriften oder ihrer Handhabung, wenn man nicht annehmen will, daß die preissteigenden Wirkungen der Notensuberschwemmung eben stärker sind als die strengsten gesetzlichen Bestimmungen. Denn daß die Teuerung auch vor jenen Waren nicht Halt macht, in denen wir keinen Mangel haben, das dürfte trotz der gegenteiligen Anschauungen der neuen Geldtheorie dafür sprechen, daß die erhöhten Preise für Güter und Dienstleistungen zwar auf der einen Seite eine Vermehrung der Zahlungsmittel notwendig machen, daß aber auf der anderen Seite der vermehrte Geldumlauf die Teuerung mildernd beeinflusst. In einem ähnlichen Sinne bewegen sich die Wechselwirkungen zwischen Löhnen und Preisen; die Preissteigerung hat auf dem ganzen Arbeitsmarkt eine namhafte Erhöhung aller Löhne notwendig gemacht; in sehr vielen industriellen Betrieben bewegen sich die Arbeitslöhne zwischen 160 und 200 % wöchentlich, die Arbeiter sind in ihrem Einkommen heute durchschnittlich wesentlich besser gestellt, als die Festbeholdeten. Aber die höheren Löhne werden auf die Verbraucher überwältigt, führen zu neuen Preissteigerungen, so daß der Arbeiter heute gewiß nicht besser und wahrscheinlich schlechter lebt als zur Zeit wesentlich niedrigerer Löhne, und die neuen Preissteigerungen drängen zu weiteren Löhnerhöhungen.

Die Geldfülle.

Sind Flut von Papiergeld hat sich über Europa ergossen, aber der entgeltete Erdbteil ist nicht reicher, sondern ärmer geworden. Die Notenpressen sind in so unerhörtem Maße in Anspruch genommen, daß in dem Staate, dessen Notenzirkulation am stärksten gestiegen ist, in Rußland, der Papiermangel die Notenerzeugung zuzeiten beeinträchtigt. Die Oesterreichisch-ungarische Bank ist bei einem Notenumlauf von 17.7 Milliarden Kronen angelangt, während er vor Kriegsausbruch nur 2.1 Milliarden betrug; die Darlehen, die sie den beiden Staatsverwaltungen im Kriege gewährte, haben die Summe von 12 Milliarden Kronen bereits überschritten. Der Metallschatz der Bank ist stark zusammengeschrumpft, aber Gold und Goldbarren zusammen betragen noch den letzten Ausweis doch nicht viel weniger als bei Kriegsausbruch. Der Notenumlauf hat im abgelaufenen Jahre in allen kriegführenden Staaten eine enorme Zunahme erfahren und die verhältnismäßige Bedeckung der Noten mit Gold ist überall wesentlich geringer geworden. Selbst in England, wo der bargeldlose Verkehr so ausgebildet ist wie nirgend in der Welt, ist mit den Kurzenotennoten der Papiergeldumlauf heute mehr als siebenmal so groß wie vor Kriegsausbruch und die metallische Deckung ist von 184.5 auf 26.5 Prozent zurückgegangen. In den fünf europäischen Großstaaten hat der Krieg zu einer Vermehrung des Notenumlaufes (in Kronen nach der Münzparität gerechnet) von 18.6 auf 119 Milliarden Kronen, somit um hundert Milliarden Kronen geführt. Aus dieser papierernen Welt hat sich das Gold in die Keller der Notenbanken geflüchtet. Von dort wird es nach Friedensschluß im internationalen Verkehr wieder neue Wanderungen antreten, wenn die internationale Bedrückung nicht neue Formen des internationalen Zahlungsverkehrs schaffen wird.

Die Kriegskosten und ihre Deckung.

Ins ungeheure sind die Kriegskosten der kriegführenden Staaten gestiegen. Man hat sie schon zu Beginn des vorigen Jahres auf etwa 300 Milliarden Mark geschätzt, die der Mittelmächte auf 95, die ihrer Feinde auf 295 Millionen Mark. Seitdem wird der tägliche Kriegsaufwand der europäischen Staaten mit nicht weniger als 600 Millionen Mark angenommen, so daß Europa heute bei einem Kriegskostenanfwand von mehr als 500 Milliarden Mark angelangt sein dürfte, wobei die Kriegskosten des Verbundes etwa ein Drittel des Aufwandes seiner Gegner betragen. Die Kriegsschulden Oesterreichs haben bis Anfang Dezember den Betrag von 49.6 Milliarden Kronen erreicht, die Kriegsschulden der Monarchie werden heute von 70 Milliarden Kronen nicht weit entfernt sein. Durch die sieben Kriegsanleihen hat Oesterreich mehr als 39, Ungarn an 14 Milliarden gedeckt, ein Erfolg, um den uns England und Frankreich beneiden müssen. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Franzosen und Engländer ist gewiß ungleich größer, aber die Leistungswilligkeit unserer Bevölkerung, wie sie in den Zeichnungen auf die Kriegsanleihen zum Ausdruck kommt, übertrifft die übrige ganz beträchtlich. Die beiden Kriegsanleihen des abgelaufenen Jahres, die letzte österreichische bereits auf Grund eines vom Parlament votierten Kredits begeben, waren eine Rekordleistung, an sieben Milliarden Kronen, ungefähr so viel, wie die Staatsschuld Oesterreichs und Ungarns vor dem Kriege betrug, wurden in der Monarchie in einem Jahre aufgebracht.

Vermögensverschiebungen.

Geld und Kapital ist nicht ein und dasselbe. Die Zahlungsmittel haben im Kriege eine riesige Vermehrung, alle Gebrauchsgüter eine außerordentliche Verringerung erfahren. Europa gleicht einem Warenhaus, das seine Liquidation nahezu beendet hat; mit dem Unterchiede, daß bei der Auflösung eines Warenhauses die Waren einfach nur ihren Besitzer wechseln, während ein übergroßer Teil der Vorräte des Warenhauses Europa in nichts ausgegangen ist. Ueberall wurden angelegene Kriegsgewinne erzielt, denen die Kriegssteuern nun nachlaufen. Die Er-

1.1.1918

ein entsprechender Austauschverkehr gesichert ist, ihren Bewohnern so ziemlich alles bieten, was unsere Zone an Naturschätzen und Erzeugnissen des Gewerbestandes hervorzubringen in der Lage ist. Ihre Grenze fand diese Selbstversorgung in der Unmöglichkeit, bei dem, an Weltverhältnissen gemessen, immerhin beschränkten Absatzgebiete die Spezialisierung der Fabrikation noch weiter zu treiben. Letzterer Umstand und der Hunger nach tropischen Produkten bilden die Unterlage des mitteleuropäischen Gedankens, der Projekte Berlin-Bagdad und anderer Expansionsbestrebungen. Die alte Monarchie konnte sich in ihrem Rollgewande nicht mehr rühren. Die Ausgestaltung des Extremschutzollzes hätte nur zu einer weiteren Verteuerung der Lebenshaltung geführt. Erweiterung des Absatzgebietes, Annäherung an den Freihandel, Ausdehnung und Erniedrigung der Zollschranken lautete das Gebot und die Lösung der Vorkriegszeit. In den Rahmen dieses Programms paßte sich der als Ergänzung des militärischen Bündnisses sich von selbst empfehlende Plan einer wirtschaftlichen Verbrüderung mit dem Deutschen Reiche naturgemäß ein. Die Ereignisse haben solche Gedankengänge über den Haufen geworfen. Die Errichtung eines sich selbst genügenden mitteleuropäischen Wirtschaftskomplexes mit Kolonialanhang unter deutscher Hegemonie ist abgetan. Sie heute weiter anzustreben, wäre eine vollkommene Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse und würde zu einer Perpetuierung des Wirtschaftskrieges gegen die Mittelmächte führen. Wer den Frieden will, muß sich in diese Wahrheit finden.

Noch als die Propaganda für „Mitteleuropa“ in höchster Blüte stand, wurde allenthalben mit dem Argument gearbeitet, daß der Krieg Oesterreich entgütet habe, daß Fabriken und Werksanlagen abgenützt und abgeschriebe seien, daß man somit ohnehin nach dem Krieg von Grund auf neu bauen müsse. Wenn schon, dann sei das der richtige Moment, eine neue Lebens-epoche zu beginnen und sich ganz und voll auf den Boden der Zollunion mit Deutschland zu begeben. Daß einer derartigen Beweisführung viel Nichtiges innewohnt, ist nicht zu leugnen. Sie aber ohne weiteres auf die heutige, gänzlich geänderte Situation zu übertragen, ist meiner Ansicht nach sehr gewagt.

Die Lage hat sich gründlich geändert. Die Welt sieht 1919 ganz anders aus, als 1916. Es hieße in den schmerzlichsten Wunden wühlen, wollte man den Unterschied schildern, der in wirtschaftlicher Beziehung zwischen dem Deutschen Reiche von 1916 und 1919 besteht. Die Hilfe, auf die wir seinerzeit rechnen konnten, wird das verkleinerte, beraubte, ausgepreßte, vom Revolutionsfieber geschüttelte, in seinem Import beschränkte, in seinem Export gehemmte Deutschland uns kaum, jedenfalls nicht in einer solchen Weise gewähren können, daß wir unseren ganzen Lebensplan hauptsächlich in der Hoffnung auf deutsche Unterstützung aufbauen dürften. Steht es solcherart mit dem einen Kompazienten des mitteleuropäischen Zolluniontraumes schlecht, so steht es mit dem anderen — das sind wir — nicht besser. Aus der fast 60-Millionen-Monarchie ist ein kleines 6-Millionen-Segment geworden, willkürlich herausgeschnitten aus dem alten, in wirtschaftlicher Beziehung gut bewährten Körper. Das isolierte Deutsch-österreich ist vielleicht ohne Wien und als Bauernstaat lebensfähig, mit Wien aber und als moderner Industriestaat absolut nicht. Es ist zu klein, zu arm an Rohstoffen. Es leidet an der Vergangenheit der Hauptstadt als Zentrum eines großen Verkehrs- und Herrschaftsgebietes. Bis die Wasserkräfte, die immer austauschen, wenn uns die Kohlen ausgehen, nutzbar gemacht sein werden, können wir längst zugrunde gegangen sein, wobei man nebenbei nicht vergessen wolle, daß die Verwertung dieser letzten Resourc eine wesentliche Verschiebung der industriellen Besiedelung zur Folge hätte.

Es liegt daher nahe, unsere Bedürfnisse nach dem Kriege zunächst dort zu decken, wo wir sie vor dem Kriege gedeckt haben, und sie mit jenen Waren zu bezahlen, mit welchen wir sie vor dem Kriege bezahlt haben. Das Aufsuchen neuer Absatz- und Bezugsmöglichkeiten braucht uns durchaus nicht zu hindern, die alten, seit Jahrzehnten und noch länger bewährten Verbindungen zu pflegen. Was Gott durch die Gestaltung der Erde zusammengetan hat, soll der Mensch nicht trennen. Warum wir auf den böhmischen Zucker, auf böhmisches Bier und Garn, auf mährisches Tuch und Glas, auf schlesische Kohle und ungarisches Fett verzichten oder uns den Bezug dieser Waren durch unsere Handelspolitik erschweren sollen, erscheint unerfindlich. Ohne die Souveränität der neugegründeten Republiken im mindesten anzutasten, kann ein Zustand des gegenseitigen Warenaustausches geschaffen werden, welcher mutatis mutandis dem durch Jahrzehnte bewährten entspricht. Ob dies nun in der Form einer Zollunion oder auf Grund eines sonstigen Vertrages geschieht, ist nebensächlich. Hauptsache ist die Aufrechterhaltung, beziehungsweise Wiederherstellung des natürlichen Kreislaufes.

Man wendet ein, an Stelle der alten Monarchie wären sieben Republiken getreten. Es müße also eine Zollunion von diesen sieben Republiken geschaffen werden. Jeder Handelsvertrag, jede Zollposition müße siebenmal beraten, siebenmal votiert werden. Das sei ein Ding der Unmöglichkeit. Was schon im österreichisch-ungarischen Dualismus Anlaß zum größten Aergernis bot, würde dann siebenfach sein. Demgegenüber ist zu sagen, daß die Zollunion eigentlich gegenwärtig noch besteht. Zwischen dem czecho-slowakischen Staate und Deutschösterreich zum Beispiel existiert keine Zollgrenze. Die Verkehrsbehinderungen qualifizieren sich meist nach dem von der ungarischen Regierung während des Krieges geschaffenen Typus der Grenzkontrolle und der Transportschwierigkeiten. Fielen diese mehr schikanösen als geschäftlichen Hindernisse weg, so würde freier Transit laufen. Infolge der Entgüterung der Volkswirtschaft hat sich das Gros des Warenaustausches zum Kompensationsverkehr entwickelt, der von der jeweiligen Regierung fallweise geregelt wird. Ohne den Kompensationsverkehr wären wir überhaupt am Ende. Das Problem des Tages heißt daher nicht Schaffung einer siebenfachen Zollunion, sondern viel bescheidener, aber auch einfacher: Regelung des gegenwärtig noch bestehenden, teilweise in neue Formen gekleideten Warenaustausches zwischen Deutschösterreich und den anderen Republiken, insbesondere der Czecho-Slowakei und Ungarns.

Der weiter erhobene Einwand, das indirekte Besteuerungsrecht der neuen Staaten, namentlich auf Bier, Zucker, Branntwein und Mineralöl, denen sich Kohle und anderes gesellen werden, sei ein Hindernis für den Weiterbestand der wirtschaftlichen Einheit, ist gleichfalls nicht ganz stichhaltig. Die Ausbildung der Steuer-technik ist längst so weit fortgeschritten, daß man nach Wunsch jedem Lande den Nutzen der indirekten Steuern pro rata des von ihm vollzogenen Konsums sichern kann. Eine diesbezügliche Vereinbarung und Organisation ermöglichen es sogar, von einer eigentlichen Grenzbeziehung abzusehen, welche letztere trotz großer Kosten den gewünschten fiskalischen Erfolg nicht sichert. Da wir ohnehin vor der dringenden Notwendigkeit finanzieller Vereinbarungen mit den Republiken stehen, ergibt sich die Regelung dieses Streitpunktes ganz von selbst.

Wie denn das Hauptgewicht auf die Behebung der aktuellen Schwierigkeiten, auf die Wiederherstellung des quellenden Warenverkehrs, auf die Neubelebung der vor-maligen Friedensproduktion, auf die Gegenwart, nicht auf eine spätere Zukunft zu legen ist. Denn es wird unsere ganze Kraft, Kaltblütigkeit, Umsicht und auch Glück

Deutschösterreichs Wirtschaftsgebiet.

Von Dr. Otto Lecher.

Wien, 31. Dezember.

Die Frage nach dem zukünftigen Wirtschaftsgebiet Deutschösterreichs ist eine Lebensfrage allerersten Ranges. Die traurigen Jahre der Blockade und des ungarischen Separatismus sowie die bitteren Erfahrungen, die wir seit dem Zusammenbruche mit den neuen Binnenstaaten gemacht haben, waren und sind — sollte man meinen — ein höchst empfindlicher praktischer Kursus in den Lehren der Warenkunde, Handelsgeographie und Nationalökonomie. Und dennoch werden die Lehren, deren Exempel man alltäglich mit den Händen greifen kann, nichts weniger als beherzigt. Man tritt vielfach an die Beantwortung der Schicksalsfrage nach dem künftigen Wirtschaftsgebiete Deutschösterreichs mit vorgefaßten, abstrakt-idealistischen Meinungen heran. Die einen glauben über den Umweg einer Art österreichisch-ungarischer Wirtschaftsföderation zu einem politischen Bündnis, ja sogar zur Monarchie selbst zurückkehren zu können. Die anderen erstreben die Vereinigung mit dem Deutschen Reiche um jeden Preis, sei es aus nationalen Gründen, sei es in der Hoffnung, durch die Verankerung mit dem fortgeschrittenen Deutschland auf dem Wege der Sozialisierung rascher vorwärts zu kommen. Gegenüber beiden aprioristischen Richtungen, sowohl jener, die die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, als jener, die die sofortige und restlose Einverleibung in die Deutsche Republik verlangt, muß der rein wirtschaftliche Standpunkt als gleichfalls maßgebend betont und erörtert werden.

Von keiner Seite wird die von der Natur gegebene Tatsache geleugnet, daß die Länder der ehemaligen habsburgischen Monarchie sich wirtschaftlich ergänzen und, wenn

der Hunger die Bevölkerung zwingt, auf den Friedensvertrag wird zeigen, ob sie überwunden werden können.

1. 11. 1917

Das Wirtschaftsjahr 1917.

Budapest, 21. Dezember.

Durch den Weltkrieg von dem Getriebe der internationalen Weltwirtschaft abgeschlossen, hat unser Land im abgelaufenen Jahre seine Wirtschaftskräfte dennoch ohne Unterlaß weiter entfaltet und all sein Können in den Dienst der wirtschaftlichen Kriegsziele: der Bekämpfung des materiellen Aufwandes der Kriegsführung gestellt. Den Sieg unserer Waffen durch eine geschickte Kriegsfinanzierung, durch produktive Arbeit und die Bereitstellung des Bedarfs der Kriegsmaschine, sowie die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Bevölkerung zu ermöglichen und herbeizuführen, war die schwere Aufgabe unserer Volkswirtschaft auch im vierten Kriegsjahre. Diese Kriegswirtschaft hat uns dem Zustande der Autarkie ganz nahe gebracht. War Ungarn ehemals die Speisekammer Europas, so ist es in diesem großen Weltkriege zur Quelle nimmer verfliegender ökonomischer Reproduktion geworden, die dem Ausharren und Durchhalten ihre mächtigen wirtschaftlichen Kräfte steh. Wie unsere Landwirtschaft, der besten Arbeitskräfte entblößt, dem Boden die unentbehrliche Frucht abgerungen hat, mit welcher imponierender Fähigkeit die junge ungarische Industrie, sowie der hartbedrängte Handel ihren schwer errungenen Platz behaupteten und wie gut unser Kreditorganismus die schwere Aufgabe der Ueberleitung der Kapitalien der Privatwirtschaft zum Staatsapparat bewältigte, bleibt für immer ein glänzendes Kapitel ungarischer Wirtschaftsgeschichte. Das Wirken und die Arbeit der einzelnen Wirtschaftszweige im abgelaufenen Jahre glauben wir nicht besser schildern zu können, als indem wir die berufensten Fachmänner ersuchten, sie unseren Lesern darzulegen. Ihre Ausführungen geben wir im folgenden wieder:

Handel und Industrie im vergangenen Jahre.

Vom Geheimen Rat des Königs,

Präsidenten der Budapest-Handels- und Gewerbesammer.

Die freie kommerzielle Betätigung wurde im vergangenen Jahre noch mehr eingedämmt. Nicht nur der Außenhandel ging bedeutend zurück, sondern auch innerhalb der Landesgrenzen verlor der legitime Handel in setzbar freien Verhältnissen an Territor. Die infolge des Krieges freigesetzten zahlreichen Zentralen haben den Genius des Handels gelähmt und dadurch wurden zeitweilig die großen Vorteile, welche die natürlichen Begleiter des freien Verkehrs sind, vernichtet. Wir können mit voller Bestimmtheit behaupten: es gibt heute keinen Menschen, der den alten Zustand nicht zurückersehnte. Jedermann konnte sich gründlich davon überzeugen, daß die natürliche distributive Tätigkeit des legitimen Handels nicht durch künstliche Zentralisation ersetzt werden kann. Die Tausende von Verordnungen sind unnütz, wenn hinter ihnen nicht eine tatkräftige, voraussehende, agile Schar von gebildeten Kaufleuten mit ihrer fachkundigen Arbeit steht.

Wir erwarten, daß unsere Staatsmänner ebenfalls von dieser Wahrheit durchdrungen und daß sie schon in der Uebergangszeit mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahinstreben werden, daß der Handel seine alte Freiheit wieder erlange und dadurch die Allgemeinheit zu den großen wirtschaftlichen und kulturellen Vorteilen gelange, die durch eine großzügige und fachkundige Handelsstätigkeit zu sichern sind.

Der Handel hat im vergangenen Jahre nicht nur infolge der großen Beengung seines Tätigkeitsfeldes, sondern auch infolge des allgemeinen Warenmangels stark gelitten. Wohl wurde er durch die infolge der Abnahme der Warenvorräte naturgemäß erfolgten Preiserhöhungen teilweise entschädigt, doch ist dies im ganzen und großen genommen nur ein magerer Trost. Wegen dieses Einkengerichtes kann weder der Handel noch die Volkswirtschaft jener kraftvollen, schwungvollen Zukunft entlagen, die des heimischen Handels sowohl in der inneren, wie in der äußeren Relation harret.

Es ist die höchste Zeit, daß die Staatsgewalt, die infolge der Kriegsnotwendigkeiten dem Handel seine Lebensbedingung, die Freiheit, in bedeutendem Maße entzog, diese, parallel der friedlichen Entwicklung der außenpolitischen Verhältnisse, wieder herstelle. Die restitutio in integrum des Handels ist nicht nur eine rechtmäßige Forderung und Existenzbedingung des Kaufmannsstandes, sondern sie ist die Grundbedingung der Entwicklung der ganzen ungarischen Volkswirtschaft.

„Die Ausschaltung des Handels“, „die unmittelbare Verbindung zwischen Produzenten und Konsumenten“ haben, gerade als diese Bestrebungen auf großen Gebieten verwirklicht wurden, die Feuerprobe nicht bestanden und sich als leere Phrasen erwiesen: neben den erwähnten wirtschaftlichen Gesichtspunkten verlangen auch gewichtige sozialpolitische und steuerpolitische Grundzüge gebieterisch die Wiederherstellung und die Steigerung der Vitalität unseres Handels.

Die Lage und das Betätigungsfeld unserer Industrie hat sich gegen 1916 nicht geändert. Die industrielle Betätigung stand auch während des vergangenen Jahres in erster Linie im Dienste der Landesverteidigung und sie hat ihre große Aufgabe mit unermüdlichem Eifer gelöst. Ihre Arbeit wurde durch den immer mehr fühlbar werdenden Mangel an Roh- und Hilfsprodukten erschwert; die Katastrophen in der Kohlenbeschaffung haben unsere Industrieunternehmen ständig vor die Bewältigung schwieriger Aufgaben gestellt. Diese Umstände, sowie die bedeutende Erhöhung der Arbeitslöhne gingen selbstverständlich auf Kosten der Rentabilität

tät der Industrieunternehmen. Dem ist es zuzuschreiben, daß ihre Bilanz abgemildert mit einem ungünstigeren Ergebnis schloß, als dies erwartet wurde.

Auch die Industrie, die Zeit, in der der größte Teil der erwähnten Schwierigkeiten wieder aufhört und unsere Industrieunternehmen wieder aus voller Kraft zur Beseitigung der Ruinen und zum Aufbau der Zukunft schreiten können. Wir hoffen, daß unsere Industrie ebenso schnell und mit ebensolcher Bereitwilligkeit ihre Arbeitskraft und ihre Arbeitslust in den Dienst der Aufgaben des Friedens stellen wird, als sie mit wunderbarem Anpassungsvermögen zur Befriedigung der Kriegserfordernisse überging.

Finanzen.

Von Alois v. Uffmann,

Mitglied des ungarischen Magnatenhauses, Generaldirektor der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank.

Mit Befriedigung können wir auf die finanzielle Bedienung der Geldinstitute des abgelaufenen Jahres zurückblicken. Am markantesten tritt die Verheißung für die Kriegsanleihen in Erscheinung. Der jetzt zum Abschluß gelangte siebente Kriegsanleihe wird zweifellos ohne einen die früheren Emissionen übertreffenden Erfolg ergeben und hiedurch einen neuerlichen Beweis des Patriotismus und der finanziellen Kraft des Landes erbringen. Es sei auch bei diesem Anlaß mit Genehmigung festgesetzt, daß sich immer weitere Fortschritte der Bevölkerung im Staatsanleihen zuwenden. Besonders ist die nächste Anleihe schon Friedenszwecken geweiht, berufen, den noch vorhandenen Schutz aus dem Wege zu räumen und die Grundpfeiler zu befestigen, auf welche ein neues, gesundes wirtschaftliches Leben aufgebaut werden soll.

Die Finanzinstitute dürften das abgelaufene Jahr überwiegend mit günstigem Ergebnis abschließen. Einzelne Geschäftszweige haben mit Rücksicht auf die sehr beschränkte Betätigungsmöglichkeit des Handels geruht, beziehungsweise sie konnten sich nur in sehr beschränkten Grenzen bewegen. Dem gegenüber hat das Zustromen des Geldes an die Bankkassen stetig zugenommen und es war hiedurch Gelegenheit geboten, die überschüssigen, sehr erheblichen Beträge dem Staatsdara zur Verfügung zu stellen, was allerdings nur einem Zinsfuß erfolgte, der den Zinsfuß der Einlagen nur ganz mäßig überstieg.

Die glänzenden militärischen Erfolge der Zentralmächte, die überraschende Widerstandskraft, mit der die ungarische Industrie im Verlaufe des Krieges nicht nur ihren Platz zu behaupten, sondern sich auch weiter zu entwickeln vermochte, ferner die dauernd günstige Gestaltung der Geldverhältnisse haben im Kreise des Publikums ein stets wachsendes Interesse sowohl für Anlagepapiere, als auch für Aktien geltend gemacht, wodurch die Emissionstätigkeit wurde.

Ein erheblicher Teil der Finanzinstitute hat sich auch im abgelaufenen Jahre mit großem Erfolge der Ausgestaltung bestehender und der Errichtung neuer Industrieunternehmen gewidmet. Auf diesem Gebiete stehen den Banken große Aufgaben bevor, insbesondere jenen, die mit der Landwirtschaft eng verknüpft sind. Wir müssen aus dem Range der große Lehre ziehen, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln uns industriell nach Möglichkeit selbständig zu machen. Den Banken fällt diesbezüglich eine umso wichtigere Rolle zu, da im Gegensaße zu dem Westen die Initiative zur Gründung von Industrieunternehmen hierzulande fast ausschließlich von dieser Seite ergriffen wird. Es wäre erwünscht, daß die neu erworbenen großen Privatkapitalien, die sich vorerst mit Vorliebe dem Erwerbe von Grund und Boden sowie von Häusern zuwenden, sich auch an der industriellen Ausgestaltung des Landes betätigen.

Eine Grundbedingung der Lösung der industriellen Frage wäre es, daß die der Gesetzgebung jetzt vorgelegten Steuerentwürfe eine gründliche Umänderung erfahren, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Fassung unser Wirtschaftsleben, namentlich Handel und Industrie, in ihren Wurzeln angreifen würde.

Das Ansuchen nach Hypothekendarlehen bewegte sich in engen Grenzen, hingegen wurden von Seiten der Landwirtschaft erhebliche außerordentliche Rückzahlungen vorgenommen. Es kann immerhin angenommen werden, daß bei Wiederkehr des Friedens trotz der Geldfülle der landwirtschaftlichen Bevölkerung größere Anforderungen nach Darlehen gestellt werden, um den Viehbestand auf die Friedenshöhe zu bringen und einerseits im Interesse der Mehrproduktion, andererseits behufs geringerer Inanspruchnahme des Viehs landwirtschaftliche Maschinen zu beschaffen.

Mit Städten und Kommunen wurden bereits im abgelaufenen Jahre größere Darlehenstransaktionen abgeschlossen, sie dürften in nächster Zeit an Ausdehnung noch gewinnen, da der Krieg die Haushaltung der Kommunalverwaltungen stark aus dem Gleichgewichte gebracht hat.

Die Verwirklichung der Mehrproduktion auf landwirtschaftlichem und industriellem Gebiete schafft neue Ausfuhrmöglichkeiten, wobei in erster Reihe die befreundeten Balkanstaaten, schon vermöge ihre geographischen Lage, in Betracht kommen. Unsere Geldinstitute, die auch bisher den Kreis ihrer Interessen im Orient wesentlich ausgedehnt haben, werden nach Friedensschluß die ihrer harrenden großen Aufgaben wohl auch in dieser Beziehung zum Wohle unseres Vaterlandes zu lösen verstehen.

In bezug auf den Stand unserer Valuta wird an dieser Stelle nicht zum ersten Male darauf hingewiesen, daß dieser vornehmlich mit der Unterbindung unserer Ausfuhr und mit der Notwendigkeit eines, wenn auch

Das Wirtschaftsjahr 1917.

(sz.) Wir haben ein unerfreuliches, zuwideres Jahr hinter uns, dem höchstens nur Jene bittere Thränen nachweinen werden, die ihr Geld an der Börse verloren haben, ein Jahr der Theuerung, des Verdrußes, des Kohlenmangels, der hohen Steuern, der Schwierigkeiten der Lebensmittelbeschaffung und das nur ermöglicht wurde durch die wenigen Lichtblicke, die darin aufblitzten. Aber diese wenigen lichten Momente waren unzulänglich von weittragender Bedeutung, denn sie allein ermöglichten es, daß wir die große Reihe von Widerwärtigkeiten mit Geduld und Ergebenheit ertrugen. Das befriedigende Ergebnis der Ernte, das wohl kein glänzendes, aber ein genügendes war für die Deckung unseres und des Bedarfes der Armee; die unbestreitbar großen Erfolge der Kriegsanleihen, der glänzende Sieg unserer herrlichen Truppen über die vertragsbrüchigen, hinterlistigen Italiener und nicht zuletzt der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen mit Rußland, welche das Zustandekommen eines allgemeinen Friedens in nicht zu weiter Ferne auf dem Horizont erscheinen lassen: es waren dies Ereignisse, welche uns immer wieder neue Kraft verliehen, den Nebelständen unseres Verkehrs- und Ernährungswesens heroisch die Stirne zu bieten und nicht unter der Last der Anzulänglichkeiten zusammenzubrechen. Die Opferfreudigkeit und Vaterlandsliebe der Bevölkerung Ungarns schenkte vor den größten Opfern nicht zurück, wenn es galt, die Leistungsfähigkeit unserer ruhmvollen Armee zu heben, und zu fördern, und sie wird auch weiter in erster Reihe zu finden sein, da es sich nun darum handelt, das große Werk einem gedeihlichen Ende zuzuführen.

Daß unter den schweren Verhältnissen, welche im Gefolge eines Krieges stets dahergehen, auch die wirtschaftlichen Zustände Ungarns leiden, bedarf keines besonderen Kommentars. Wohl sind die traurigen Folgen heute noch nicht bemerkbar und es hat den Anschein, als würde Alles zum Besten bestellt sein. Die Landwirthe heimfen für ihre Ernte riesige Beträge ein; die Industrie steht zum Theil direkt, zum Theil indirekt im Dienste der Armeelieferung und erntet nicht minder reich, wie die Landwirtschaft; der Handel hat seinen Antheil an der Kriegskonjunktur reichlich herausgenommen und leidet erst seit Kurzem an Waarenmangel, der aber in vielen Fällen wettgemacht wird durch die enorme Steigerung der Preise; der Arbeiterschaft wurde durch Gewährung sehr hoher Löhne die Existenz wesentlich erleichtert; aber es wäre ein arger Fehler, auf die Beständigkeit dieser scheinbar günstigen Verhältnisse zu bauen und mit diesen zu rechnen. Mit dem Zustandekommen des allgemeinen Friedens wird dieser Zustand nothgedrungen ein Ende nehmen und an Stelle des gegenwärtigen Geldüberflusses eine neue Aera der Geldknappheit und der Geldtheuerung treten. Noch vor dem Eintritt regulärer Verhältnisse, schon in den ersten Stadien der Uebergangswirtschaft wird die Beschaffung von Rohmaterialien, die Wiedereinrichtung der Industrien, die Wiederherstellung der im Kriege so exorbitant in Anspruch genommenen Eisenbahnen, die Auffüllung der nahezu vollständig geleerten Waarenlager usw. usw. ganz ungeheurer Beträge in Anspruch nehmen, das Geld wird zufolge des ewigen Gesetzes der Nachfrage theurer werden und die Preisbildung der Waaren sowohl wie der Arbeitskraft zufolge des gesteigerten Angebots im selben Verhältniß sich verbilligen. Damit wird aber auch die gegenwärtige, nahezu unbeschränkte Gewinnmöglichkeit aufhören und in vielen Fällen auch die Fiktion des großen Reichthums zusammenbrechen, der sich so manche Kreise derzeit hingeben.

Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die zum Wiederaufbau des regulären wirtschaftlichen Gebäudes nothwendigen Kapitalien zu einem sehr bedeutenden Theil jenem Wirkungskreis entzogen werden, auf welchem sie sich gegenwärtig betätigen: der Börse. Schon die ersten Nachrichten von der Geneigtheit Rußlands zu Friedensverhandlungen haben den großen Kursrückgang hervorgerufen, welcher fälschlich der freilich verunglückten Börsereform zugeschrieben wurde und welcher, seitdem die Verhandlungen ein günstiges Ergebnis versprechen, kontinuierlich Fortschritte machte. Wieviel neue Existenzen, die auf Grund der überwertheten Aktien aufgebaut wurden, verfallen werden, läßt sich nicht übersehen, aber es steht zu befürchten, daß es deren mehr geben wird, als man heute noch ahnt. Und damit sich die Mißbräuche nicht wiederholen, welche im Verein mit der Leichtgläubigkeit und Unerfahrenheit des Publikums

bei dieser, die Ueberwerthung hervorgerufenen kurs-treiberischen Waghenshaften mitgewirkt haben, erscheint es dringend nothwendig, an der Börse Reformen durchzuführen, deren Nothwendigkeit allgemein erkannt wurde, deren Durchführung aber aus verschiedenen Gründen nicht gelungen ist und die zu den skandalösesten Vorgängen an unserer Börse führten, von welchen besser nicht zu sprechen ist.

Wie Felsen in dem sie umbrandenden Meere stehen unsere Banken inmitten des großen Krieges da. Der Krieg hat ihnen neue, früher ungeahnte Verdienstmöglichkeiten gebracht, die sie nach Kräften auszunützen bestrebt waren und ihnen die Möglichkeit gaben, erhöhte Dividenden zu vertheilen, während die eigenen Kapitalserhöhungen sie in die Lage versetzten, an den in der Folge nothwendig werdenden staatlichen Finanztransaktionen in gesteigertem Maßstabe als bisher mit ihren eigenen Mitteln theilzunehmen und sich so den großen Nutzen zu sichern, der vordem zum überwiegend größten Theile ins Ausland wanderte, aber auch in erhöhtem Maße der Industrie und dem Handel des Landes zur Verfügung zu stehen.

Das Jahr 1917, das mit der Ablehnung unseres Friedensangebotes seitens der Entente begann, schließt angesichts der im Zuge befindlichen Friedensverhandlungen mit Rußland unter günstigen Auspizien für das Jahr 1918, und man kann diesmal schon mit erhöhter Berechtigung hoffen, daß es in Balde den sehnlichst erwarteten Frieden bringen wird, zum Wohle jedes Einzelnen und des gesammten und wirtschaftlichen Wiederaufbaues unseres Vaterlandes.

2. I. 1918

Das Jahr des Finanzkapitals.

In seiner vortrefflichen Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, die Rudolf Silberding in seinem „Finanzkapital“ entworfen hat, bezeichnet er die Entwicklung der Aktiengesellschaft als die Stufe für die Machtenfaltung des Finanzkapitals, das seinen Höhepunkt erreicht mit der fortschreitenden Monopolisierung der Industrie. Soweit man nun die Spuren der wirtschaftlichen Entwicklung verfolgt, die die Industrie während des Krieges in verschärftem Tempo eingeschlagen hat, sehen wir, daß sich die Monopolstellung in den verschiedenen Industriezweigen durchgesetzt und befestigt hat. Die Umstellung der Friedenswirtschaft auf die neuen durch den Krieg geschaffenen Bedürfnisse hat bei dem ungeheuren Bedarf an bestimmten Warengattungen vor allem die Technik zu mancherlei Bervollkommnungen angespornt und die Produktivität ganz gewaltig gesteigert. Die Ausschaltung einer jeden Konkurrenz des Auslandes und der weitere Umstand, daß ein fest begrenztes Absatzgebiet von vornherein gegeben war und jedes Verlustrisiko ausgeschlossen ließ, ermöglichte es, daß die Produktion mit weniger Schwierigkeiten zu rechnen hatte, die sonst unter normalen Umständen ihre Entwicklungsmöglichkeiten erschweren können. Es ist daher eine ganz natürliche Erscheinung, die sich als Folge der Kriegswirtschaft gezeigt hat, daß der Kapitalismus bereits in den ersten Kriegsjahren ganz gewaltig erstarbt ist und daß überall unter der finanziellen Mitwirkung der Banken und Finanzinstitute neue Aktienunternehmungen entstanden sind und bereits bestehende ihre Macht erweiterten, indem sie ihr Aktienkapital erhöhten und bisher unabhängige Betriebe unter ihre Botmäßigkeit zwangen.

In dieser Richtung hat nun gerade das Jahr 1917 wieder einen ganz bedeutsamen Vorsprung geschaffen. Zweihundertzwanzig neue Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von zweiundsechzig Millionen Kronen sind in diesem Jahre gegründet worden, während es im vorausgegangenen Jahre nur neun Gesellschaften mit einem Gesamtkapital von siebzehneinhalf Millionen waren. Kapitalserhöhungen sind im Jahre 1917 von achtundsiebzig österreichischen Aktiengesellschaften beschlossen und zum überwiegenden Teile bereits durchgeführt worden, wobei das Gesamtkapital dieser Erhöhungen 269 Millionen Kronen ausmacht. Davon entfallen 163 Millionen auf Bankinstitute und 106 Millionen auf Industrieunternehmen, eine Entwicklung, die ein weit stärkeres Wachstum des Kapitals als im Jahre 1916 darstellt. Soweit nun die Gewinnaussichten der Industrieunternehmen für das abgelaufene Jahr in Frage kommen, wird bereits jetzt in den Finanzblättern eine ungünstigere Aussicht als im verfloffenen Jahre prophezeit, da sowohl die hohen Materialkosten wie die erhöhten Arbeitslöhne die Dividendenbemessungen beeinträchtigen, während freilich auch die nicht oder nur verschämt zugestandene Tatsache, daß in den ersten Kriegsjahren mit Hochdruck gearbeitet und alle Betriebsrichtungen bis zum förmlichen Versagen im Interesse guter Gewinnchancen abgenutzt wurden, die derzeitigen finanziellen Aussichten ungünstiger gestaltet. Aber die Erträgnisse werden, soweit irgend eine Industriegruppe mittelbar oder unmittelbar für den Kriegsbedarf eingestellt war, auch heuer immerhin noch so ausfallen, daß zu einem Lamento kein Anlaß vorliegt.

Am günstigsten stehen aber auch heuer wieder die Gewinnaussichten bei den Banken und großen Finanzinstituten. Wiewohl bereits die Bilanzen im vorigen Jahre glänzende, in den Friedenszeiten nie erreichte Erträgnisse auswiesen, rechnet man in dem soeben abgelaufenen Jahre mit Gewinnaussichten, mit denen die des vorigen Jahres weit überholt sein werden. In diesem einen Jahre, das für den überwiegenden Großteil der Bevölkerung ein rechtes Glendjahr und mit Entbehrungen reich gesegnet war, ist auf allen Seiten, sowohl bei den industriellen Kriegsverdienern aller Art wie insbesondere bei der Landwirtschaft, im Uebermaß verdient worden und die reichlichen Gewinne bilden den Konjunkturniederschlag in den Kassen und Geldverhältnissen der großen Banken und Finanzinstitute. Schon die monatlichen Ausweise zeigten uns während des ganzen abgelaufenen Jahres, wie der Geldreichtum fortgesetzt wächst und sich zu einer wahren Hochflut gesteigert hat. Die Phantasiereise in der Landwirtschaft und die Monopolstellung, die einzelne Industriegruppen erreicht haben, und die enormen Kriess-

Finanzielle Friedensprobleme.

Vom Geheimrat Professor Julius Wolf (Berlin).
Wien, 2. Januar.

Die vermeintliche Ankündigung des russischen Staatsbankrotts vor einigen Wochen hat in der politischen und finanzpolitischen Welt selbstverständlich viel Staub aufgewirbelt und größte Konsternation hervorgerufen. Mit vollem Recht darum, weil durch die finanziellen Folgen einer solchen Katastrophe nicht nur die besitzenden, sondern teilweise auch die Mittelschichten einer Anzahl Staaten der Entente in Mitleidenschaft gezogen gewesen wären und weil die überaus bedeutenden politischen Folgen eines Bankrotts zugrunde lagen. Er hätte zumal ar- in Frankreich und England die stärksten politischen Folgen ausgelöst, Folgen, die dann auch für die Mittelmächte in Betracht gekommen wären, so daß aus dem Umstande, daß Oesterreich-Ungarn finanziell an dem Bankrott verhältnismäßig unbetreffend ist, nicht hätte der Schluß gezogen werden dürfen, er bedeute nicht auch für die Donaumonarchie eine Frage allerersten Ranges. In Berlin wurde von seiten der Finanzkreise, und fürs erste ja mit Recht, die Lösung ausgegeben, daß jener gewisse Artikel der „Pravda“, der der Welt die Mitteilung der Absicht brachte, nicht viel mehr als eine Drohung sei und man von einer Nichtigerklärung der Schulden doch noch recht fern sei. Mehr als eine Drohung ist jene Ankündigung aber sicher gewesen. Der Finanzpolitiker, der die Lage Rußlands kennt, kann nicht daran zweifeln, daß das Damoklesschwert der Zahlungseinstellung nach wie vor über den Ententeländern schwebt und die Drohung sogar in absehbarer, vielleicht kurzer Zeit verwirklicht werden dürfte.

Wie sollte auch Rußland gerade die Auslands-gläubiger schonen, wo es den Inlandsbesitz depostierte! Wenn Grund und Boden zum Gemeineigentum erklärt, die Fabriken verstaatlicht, die Banken in eigene Hände des Staates genommen werden, wäre es unwahrscheinlich, dem Auslandsbesitz eine andere Behandlung zuteil werden zu lassen. Die russische Kriegswirtschaft war schon vor der ersten Ankündigung des Bankrotts im wesentlichen Assignatwirtschaft, und zwar durchaus im Stile jener der französischen Revolution. In den Krieg trat Rußland mit einer Golddeckung seiner Noten, die fast die 100 Prozent erreichte, hinter 99 Prozent nicht zurückblieb. Best ist es so weit, daß sicher keine zwei, vielleicht nicht ein Prozent der umlaufenden Noten als gedeckt gelten können. Der Umlauf wird heute bereits auf 20 bis 21 Milliarden Rubel zu schätzen sein, und mit jedem Tag länger steigt er, denn die Steuerquellen Rußlands sind erschöpft, jetzt und noch auf lange Zeit hinaus. Das Steuerwesen ist desorganisiert, Steuern kommen nicht ein. Schon Schingarew, der vor einem halben Jahr Finanzminister war, meinte, die Ansprüche aller Klassen der Bevölkerung hätten das traurige Resultat gehabt, daß — bei infolge der Lohn- und Goldsteigerungen ungeheuerlich erhöhten Ausgaben — „nunmehr kein Mensch mehr die alten Steuern zahlen wolle“. Die Einführung neuer Steuern aber sei unmöglich. Indirekte Steuern können für die russische Demokratie ja nicht in Frage und auf die direkten Steuern könne man in Anbetracht der vorerwähnten Erfahrungen keine Hoffnungen setzen. Der tüchtige und charaktervolle Finanzpolitiker trug schließlich nicht Anstand, die Lage der russischen Finanzen mit einem Faß ohne Boden zu vergleichen, in das ein dürftiger Wasserstrahl stiege. Die Situation ist seitdem nicht besser geworden, sie hat vielmehr, so unmöglich es fürs erste klingen mag, noch eine weitere Verschlechterung erfahren. In das „Faß ohne Boden“ stiegt überhaupt kein Wasserstrahl mehr!

Durch den unter solchen Umständen auf die Dauer kaum vermeidlichen Staatsbankrott wird bekanntermaßen Frankreich in erster Linie betroffen, dank einem Besitz an russischen Werten, bezüglich dessen Umfang die Angaben ja schwanken, der aber, wenn man sämtliche russische Werte in französischen Händen ins Auge faßt, 25 Milliarden Mark sicher übersteigt. Was in weiteren Kreisen erstaunlich wirkt, ist aber, daß die Verschuldung an England kaum wesentlich weniger als die Hälfte so groß ist und daß Amerika an Rußland wieder ungefähr zwei Drittel des englischen Betrages geliehen hat. Diese letzten Schulden sind allerdings im wesentlichen Kriegsschulden. Am besten steht, wenn man von Oesterreich-Ungarn absieht, unter den Gläubigern Rußlands Deutschland da. Die in letzter Zeit laut gewordenen Schätzungen, wonach der deutsche Besitz an russischen Werten eineinhalb Milliarden Mark betrage, haben eine Berichtigung erfahren. Es ist im Laufe des Krieges von deutscher Seite viel an russischen Werten abgestoßen worden. Hauptsächlich wurde auf den holländischen Markt abgeladen, der zeitweise sehr bereitwilliger Abnehmer zu verhältnismäßig guten Preisen war. Daß es sich zum größten Teil um Eisenbahnobligationen handelt, will bei der allgemeinen Depositionierung des Kapitals, die in Rußland stattgefunden, allerdings weniger nach dem Wesen. Stark in Mitleidenschaft gezogen ist nach dem oben Gesagten aber auch Holland, an dem ja auch Oesterreich vermöge der Latsche, daß es verhältnismäßig große Effektenbestände im Laufe der Jahrzehnte dorthin abzustößen vermochte, ein Interesse hat. Der Besitz des kleinen Holland an russischen Werten dürfte heute nicht geringer sein als der Deutschlands. In Deutschland hat sich die Bismarcksche Finanzpolitik bewährt, die vor Jahren die russischen Werte von der Lombardierung durch die Reichsbank ausschloß und damit dem deutschen Kapitalisten russischen Werten gegenüber auch weiterhin eine Zurückhaltung nahelegte.

Der französische Besitz unterzweigt sich von dem anderer Länder dadurch, daß er in die Mittelschicht und die der kleinen Sparergedungen ist. Nicht der Kapitalist im eigentlichen oder im engeren Sinne des Wortes wird danach allein Leidtragender des russischen Staatsbankrotts, sondern nicht weniger der Kleinbürger, der kleine Rentner, der in Frankreich ja eine größere Rolle spielt als in irgendeinem Lande der Welt, und selbst der Bauer. Das muß aber auf die Folgen, die der kommende russische

Staatsbankrott auch auf das politische Gefüge Frankreichs üben muß, ein Licht. Es darf als sicher ausgesprochen werden, daß angeht eines russischen Staatsbankrotts ein Ministerium Clemenceau zum Sturz verurteilt ist. Welche Konsequenzen sich daraus ergeben, zumal im Hinblick auf die Friedensfrage, braucht hier nicht mehr erwidelt zu werden.

Was den deutschen Besitz betrifft, so mag es fürs erste ja zweifelhaft erscheinen, ob die Maximalisten die deutschen Gläubiger auf wesentlich anderem Fuße werden behandeln wollen als die Gläubiger der Entente. Aber auch wenn nur Gleichstellung für die einen mit den anderen erreicht würde, hätten die deutschen Gläubiger mindestens auf Nachzahlung jener Zinsen und Amortisationen zu rechnen, die ihnen zum Unterschiede von den Gläubigern in den Ländern der Entente während des Krieges vorenthalten worden sind. Ueberdies sitzen heute deutsche und russische Unterhändler zusammen am Verhandlungstisch, während Frankreich und England sich von den Bolschewiki fern halten und zweifellos im Süden des russischen Reiches und im Südosten immer aufs neue gegen sie scharfen und hegen. Nicht zuletzt wird auch zu bedenken sein, daß die deutschen Anlagen nicht solche für Kriegszwecke waren, während die englischen und amerikanischen fast ausschließlich solche, die indirekt auch der Kriegführung Englands dienen sollten, gewesen sind, und auch die französischen zu nicht geringem Teile.

Am nächsten unter den kriegsführenden Staaten kommt die Finanzlage Frankreichs jener Rußlands und — in einigem Abstand — Italiens. Die finanzielle Schwächung, welche Frankreich in diesem Kriege erfahren hat, ist doch sehr viel größer, als die Allgemeinheit annimmt. In keinem Lande der Entente ist während des Krieges Gut und Blut so reich geflossen wie in Frankreich, und nicht die geringste Uebertreibung liegt in der Feststellung, daß Frankreich politisch degradiert und wirtschaftlich wie finanziell verarmt aus dem Kriege hervorgehen wird. (Näheres darüber habe ich in einer kürzlich erschienenen Schrift über den französischen Nationalreichtum gesagt.) Italien ist schon bisher das Land des größten Steuerdrucks gewesen, aber es hat den Krieg verhältnismäßig spärlich bekommen und ihn nicht mit einem relativ gleich großen Aufgebot wie Frankreich geführt, so daß der Ueberlaß, den der Krieg für Italien bedeutet, heute doch noch nicht den Umfang wie für Frankreich erreicht.

Die Lage der Mittelmächte stellt sich staatsfinanziell diesen Ländern gegenüber fast als eine günstige dar. Ueber den Erfolg der Kriegsanleihen in Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist jedes weitere Wort überflüssig. Aber auch der Notenumlauf stößt beispielsweise in Deutschland den sachverständigen Kreisen nicht die schweren Bedenken wie in Oesterreich-Ungarn ein. Er ist in Deutschland, mit Einrechnung natürlich der Darlehensklassenscheine, absolut höher als in Oesterreich-Ungarn. Die „Inflation“ ist danach groß genug, daß sie nach dem Maßstabe der Bedenken, die in Oesterreich-Ungarn laut werden, auch hier solche auslösen sollte. Es ist darüber aber verhältnismäßig ruhig in der Presse und im Reichstag und auch sonst in der Öffentlichkeit. Indem das ausgesprochen wird, soll nicht etwa der Meinung Vorschub geleistet werden, daß der Abbau der Inflation nach dem Kriege kein dringendes Bedürfnis der Volkswirtschaften wäre.

Oesterreich-Ungarn kann übrigens Deutschland gegenüber für sich das anführen, sich während des Krieges eine sehr viel größere Zahl Kriegssteuern, beziehungsweise Steuererhöhungen gegeben zu haben. Konnte England bis vor kurzem behaupten, wohl nicht mit Steuern den Krieg geführt, aber so viel Steuern aufgelegt zu haben, daß immerhin 25 Prozent der Kriegsauslagen aus Steuern gedeckt werden konnten — jetzt ist diese Quote angesichts der weiter steigenden Kriegsausgaben im Sinken begriffen — so hat das Deutsche Reich auf diesem Gebiete sich verhältnismäßiger Passivität beflissen. Hierfür gab ein dahingehendes Lösungswort aus und Graf Koldern sich ihm an. Ich verkenne nicht den Wert der Argumente, die für einen Verzicht auf Steuern während eines kurzen Krieges sprechen, bei langer Dauer desselben verlieren sie von ihrer Geltung. Einige Steuern hat Deutschland sich gegeben und die Kriegsgewinnsteuer ist zu einem ganz unerwartet hohen Ertrag gediehen; soll sie noch fünf Milliarden Mark bringen, während, als die Vorlage im Reichstag eingebracht wurde, die durchschnittliche Schätzung etwa auf eineinhalb Milliarden Mark ging. Auch sonst hat es an Steuern während des Krieges in Deutschland nicht ganz gefehlt. Ich erinnere vor allem an die für Oesterreich-Ungarn wichtige Kohlensteuer, mit welcher Oesterreich Deutschland nachfolgt. Aber insgesamt ist eben doch das Lösungswort „Passivität“ ausgegeben, und während viel Geld für den Reichsfinanzminister „auf der Straße“ lag, wurde es von ihm nicht aufgehoben. Das ist in Oesterreich nicht im gleichen Maße der Fall gewesen. Oesterreich-Ungarn ist in diesem Punkte ungefähr die Mittelschicht zwischen England und Deutschland gewandelt.

Was den Finanzbedarf der Zukunft betrifft, so kann nach der Kriegslage, wie sie sich heute darstellt, die Möglichkeit einer Kriegsschadensforderung an einzelne unserer Feinde nicht mehr abgesehen werden. Geht es von vornherein nicht wohl an, Italien und Rumänien, die Berrat an uns geübt haben, nach dem gleichen Maßstab zu behandeln wie Rußland, England, Frankreich usw., so ist auch nicht zu übersehen, daß wir in der Lage sind, deren Kriegsschadensforderungen aufzuerlegen. Italien ist sicher keines der reicheren Länder der Entente, aber es wurde schon gesagt, daß es infolge des Umstandes, daß es den Krieg spät begonnen hat und sein Angebot ein immerhin begrenztes war, seine Mittel zusammengehalten hat: eine Anzahl Milliarden kann es danach an Oesterreich-Ungarn und Deutschland zahlen und uns das Drückende der finanzpolitischen Situation, die ein Krieg gebracht hat, den wir nicht entzündet haben, tragen helfen. Es liegt keine Notwendigkeit vor, die Piavelinie früher zu räumen, als bis dieser Forderung entsprochen ist.

Was Rumänien betrifft, so sind ja zwei Drittel des Landes, die weitaus ergiebigen und wertvollsten Teile, jetzt von uns verwaltet. Petroleumquellen und das Besitztum der Bojaren wie des Staates sind zum mindesten Faustpfänder in unserer Hand. Auch hier muß die Leistung der Kriegsschadensforderung an uns Gegenstand der Diskussion sein. Bedenkt man, welche maßlosen, ja unbegreiflichen Forderungen von seiten der Entente, als sie den Sieg in der Tasche zu haben glaubte, an uns angemeldet worden sind — gelegentlich war ja groteskerweise von vierhundert bis fünfhundert Milliarden Mark, die wir im Laufe der Jahrzehnte abzahlen sollten, die Rede — so werden die sehr viel mäßigeren Forderungen, die wir an Italien und Rumänien stellen, wohl zu diskutieren sein. Dieser Ueberlaß neben der — meines Erachtens unvermeidlichen — übrigens nicht notwendig maßlos hohen Vermögensabgabe wird uns die finanzielle Bürde der Zukunft tragen helfen. Wir können angeht dessen, was wir geleistet haben, und angeht dessen, was uns die militärische Lage auf dem finanzpolitischen Gebiete auch weiterhin verheißt, hohen Mutes und unserer Stärke gewiß in die Zukunft sehen!

Tägliche

J. / I. 1918.

Die Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft.

2.

Wir bemerkten am Anfang dieser Besprechung*), daß unter den Abbürdungsplänen für die Kriegslasten neben der einmaligen großen Vermögensabtretung besonders auch die Staatsmonopole „populär“ seien. Natürlich zunächst nur in dem Sinne, daß man sie mit Grausen von weitem kommen sieht. Unter diesen Monopolen ist, wie schon erwähnt, das Tabakmonopol, das von der Bevölkerung am ehesten erwartet. Denn ein Tabakmonopol hat es in Preußen bereits einmal gegeben und zwar unter dem alten Fürsten und sodann hat es kein Geringeres als Bismarck in den 70er Jahren mit aller Kraft angestrebt. Freilich hat sich das preussische Monopol kein gutes Andenken erworben und selbst die Rieskraft eines Bismarck vermochte seinen Monopolplan nicht durchzusetzen, wohl nicht nur, weil er in der Zeit der Herrschaft des orthodoxen Manchesterismus aufgenommen wurde. Die Deutschen fanden eben Tabak und Zigarren bei sich viel besser und billiger als in den benachbarten Monopolländern. Die neuesten Monopolisierungspläne des Reiches bezüglich des Spiritushandels und des Petroleums erlitten bei der Beratung im Reichstage empfindliche Schläppen und verschwanden ruhmlos von der Bildfläche.

Aber nun liegen eben die Dinge anders. Es muß viel Geld in den Reichsäckel geschafft werden, das sieht jeder ein und begreift auch, daß man nicht sehr wählerisch sein können, sondern wird zupacken müssen, wo man etwas erwischen kann. Der uns hier beschäftigende Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik trägt dieser Sachlage Rechnung, indem er die Arbeit Eberhard Gotheins „Die Wirtschaft der Licht- und Kraftversorgung (Petroleum, Bergbau, Elektrizität)“ aufgenommen hat. Sie ist sogar die umfangreichste des Bandes. Der angegebene Nationalökonom und Wirtschaftshistoriker v. Heidelberg ist nicht ein Mann der Thesen des logischen Herleitens und Argumentierens. Er führt uns erzählend und betrachtend die Entwicklungsreihen vor, zeigt, wie alles gekommen und verlaufen ist und verweist nur gelegentlich, um die Lehren aus dem Geschehen zu ziehen, die für künftige Pläne lehrreich sein können.

Dieses Verfahren ist für den leidenschaftslosen, sachmännlich gebildeten Leser das willkommenste und lehrreichste; den breiteren Kreisen der Leser und politisch Interessierten ist freilich die Methode des Behauptens mit nachfolgenden Beweisgründen sympathischer.

Gotheins sachkundige Betrachtung über das gescheiterte Reichspetroleummonopol — es war ein Handels- nicht ein Produktionsmonopol — ist wesentlich rückschauend. Es war ein gewagtes Unternehmen, denn es sollte der Vertrieb eines fast vollkommen aus dem Auslande stammenden Stoffes in die Hände der staatlichen Verwaltung gelegt werden, noch dazu eines Stoffes, dessen Förderungs- menge zu etwa drei Vierteln der Verfügungsmacht einer einzigen ausländischen mächtigen Kapitalorganisation unterstand. Die Schicksale der Vorlage sind noch in aller Erinnerung; sie wurde eingebracht, weil deutsche Banken hinter dem einen Viertel der nicht jenem amerikanischen Trust gehörigen Petroleumförderung standen und von dem Reichsmonopol eine Förderung ihrer Interessen erwarteten. Es fiel, als infolge der durch die Reichstagskommission an der Vorlage vorgenommenen Änderungen die Banken ihre erhofften Vorteile beschnitten so sahen, daß ihr Interesse an der Sache erlosch. Gothein meint, daß die Verwaltung auch ohne dieses Schicksal des Entwurfs, also bei der Einführung des Monopols, wahrscheinlich nicht in der Lage gewesen wäre, es befriedigend durchzuführen. Die Aussichten scheinen ihm durch den Krieg und den Gang der technischen Entwicklung im allgemeinen noch verschlechtert, so daß an eine Wiederaufnahme dieses Monopols nicht zu denken ist.

*) Bgl. Nr. 4 der „Täglichen Rundschau“.

Angenehm lehrreich sind auch Gotheins Ausführungen über Verstaatlichungen im Bergbau. Den alten Regalcharakter der bergbaufähigen Mineralien hält Gothein trotz des ergliberalen preussischen Berggesetzes von 1865, das dann das Muster für die Berggesetzgebung weit über Deutschland hinaus abgab, noch immer unter der Asche für lebendig, staatlichen Anteil am Bergbau und seinen Erträgen, also für etwas Naheliegenderes, rechtlich leicht wieder greifbar Auszugestellendes. Aber freilich hat der Bergbau in Privathänden inzwischen einen so gigantischen Ausbau erfahren, ist mit den Unternehmungen zur Verwertung der gefördertsten Mineralien, die gleichzeitig ausländische verarbeiten, so verwickelte Beziehungen eingegangen, daß es für eine Staatsverwaltung höchst schwierig ist, sich in diese Neze hineinzubegeben, ohne in Gefahr zu geraten, von ihnen tödlich umstrickt zu werden, und ohne die Möglichkeit zu haben, sie einfach zu zerreißen, weil dann mit etwa Neben auch vieles Gute wahrscheinlich zugrunde ginge.

Ein Reichsmonopol für Kali erscheint Gothein allerdings möglich und empfehlenswert. Hier hat die ganze Entwicklung der letzten 26 Jahre einem Monopol kräftig vorgearbeitet, und die gegenwärtige Lage im Kali-bergbau und -handel ist infolge des topflosen Verhaltens der Interessenten derart, daß das Monopol eigentlich die einzige gute Lösung ist und wohl wenigstens heimlich auch von vielen Interessenten herbeigewünscht wird. Inwieweit sich dann das Monopol, auch bezüglich der Finanzerträge, auf die ja alles ankommt, bewähren würde, wäre eine Frage der Verwaltungsführung.

Ganz anders liegt die Sache beim Kohlenbergbau. Obwohl dieser im weiten Maße kartelliert ist, also schon eine Annäherung an eine Art von Privatmonopol darstellt, obwohl hier wenigstens die Gliedstaaten, besonders Preußen, schon jetzt einen umfassenden staatlichen Betrieb aufzuweisen haben, glaubt Gothein, daß eine Verstaatlichung des Kohlenbergbaus zugunsten des Reichs nicht aussichtsreich und angebracht ist. Selbst einem bloßen Handelsmonopol für Kohle steht Gothein unter sorgfältiger Prüfung der bestehenden Verhältnisse skeptisch gegenüber. Wohl aber glaubt er, daß sich für das ganze Kohlengeschäft die Einführung des sog. gemischten Betriebes, also eines Zusammenwirkens zwischen Staat und privaten Besitzern, bei der Erzeugung wie beim Absatz, sich sehr wohl bewerkstelligen und dem Staate viele Vorteile sichern würde, die die bloße Kohlensteuer nicht bringen kann. Als Mangel der Gotheinschen Darstellung erscheint dabei, daß der Leser nicht klar sieht, wie das Reich seinen Vorteil bei dem doch offenbar für die Einzelstaaten (Preußen) gedachten gemischten Betriebe finden soll; wie denn überhaupt Gothein zeitweise stark aus den Augen verliert, daß seine Ausführungen doch für eine Sammlung von finanzpolitischen Schriften bestimmt sind.

Dieser Teil der Abhandlung Gotheins aber ruft jedenfalls deutlich der öffentlichen Erörterung ins Gewissen, daß es nicht gerade immer ein ausgewachsenes Monopol sein muß, wenn das Reich sich in gewinnbringender Absicht an der Erwerbswirtschaft beteiligen will. Auf dem Gebiete der Elektrizität, das Gothein an letzter Stelle behandelt, tritt das noch deutlicher hervor.

Von der Elektrizitätswirtschaft eignet sich natürlich nur die Stromerzeugung für die Uebernahme oder Beteiligung durch den Staat. Die Herstellung der Maschinen und der Lampen usw. muß den Privaten überlassen bleiben. Bezüglich der Kraftwerke aber liegen die Dinge so, daß die Entwicklung ganz spontan dazu geführt hat, daß die Stromerzeugung im allgemeinen für die Uebernahme durch die öffentlichen Gewalten weis ist, ohne daß damit einer großen Reihe von Zentralen oder gar der Eigenerzeugung des benötigten Stromes von seiten großer Unternehmungen für ihre Betriebszwecke zugleich die Daseinsberechtigung abgesprochen werden könnte. Staats- bzw. Gemeindebetrieb und Privatbetrieb werden also auch in Zukunft am besten nebeneinander bestehen bleiben. Der Staat übernehme aber unter territorialer Gliederung des Staatsgebietes gewissermaßen primär die Stromerzeugung in großen Kraftwerken, indem entweder vorhandene Werke von ihm übernommen oder neue errichtet würden; darüber hinaus wären je nach ihrer Leistungsfähigkeit und Bedeutung gemeindliche, gemischt-wirtschaftliche oder private Betriebe bestehen zu lassen, an denen sich der Staat in der einen oder anderen Weise beteiligen oder auch nicht beteiligen könnte, die aber in weitgehender Weise in ein organisiertes Zusammenwirken mit den staatlichen Werken gebracht werden müßten.

Es ergibt sich aus alledem, daß Gothein nicht direkt auf eine Untersuchung der Bedeutung künstlicher Monopole für die Neuordnung der Reichsfinanzen zusteuert, sondern mehr ganz im allgemeinen auf die Feststellung der Grenzen aus ist, innerhalb deren sich der Staat an erwerbswirtschaftlichen Unternehmungen mit Aussicht auf Erfolg beteiligen kann. Aber auch mit diesem abweichenden Ziele bieten seine Darlegungen für den Zweck der Reichsfinanzreform noch des Behrreichen genug.

Umhlossen von der Prüfung des Gedankens einer einmaligen großen Vermögensabgabe und von den Monopoluntersuchungen Gotheins betet der Band der Vereinschriften dann noch zwei Abhandlungen von Loh und Nombert. Lohs Arbeit beschäftigt sich mit den Steuerquellen. Diese, so wichtig sie auch für den Einheitsstaat nach romanischem Muster sind, werden zu einem schwierigen und strittigen Problem in zusammengesetzten Staaten wie dem Deutschen Reich, dessen größere Gliedstaaten wiederum weitgehend dezentralisiert sind, eine Fülle von über- und untergeordneten Selbstverwaltungskörpern mit eigenem Finanzwesen aufweisen. Es kommt dann leicht zu einem innerstaatlichen Wettbewerb um die Steuerquellen, wie es denn auch wirklich die Finanzgeschichte des Reiches zeigt.

Im ganzen alt hier der Grundsatze, daß die indirekten Steuern dem Reich, die direkten den Einzelstaaten gehören sollen; unter den direkten Steuern ist dann wieder die Einkommen- und die Vermögenssteuer das Kernstück. Bekanntlich hat dieser Grundsatz schon früher ein tüchtiges Loch erhalten. Bei den jetzt entstandenen Kriegsschulden wird es erst recht nicht möglich sein, nach dem alten Grundsatz zu verfahren. Aber doch nur mit großer Milde untersucht Loh die Möglichkeit und etwaigen Formen einer Reichseinkommensteuer und bejaht sie nur mit äußerster Vorsicht.

Zwingt aber einerseits ein großer Finanzbedarf dazu, bei der Wahl der Steuerquellen nicht allzu wählerisch und strupulös zu sein, so bringt Nomberts Abhandlung rechtzeitig in Erinnerung, daß der Steuerdruck, je größer er ist, um so gerechter und vorsichtiger verteilt werden muß. Der Titel der Abhandlung: „Die Größe der Familie und

die steuerliche Belastung nach der Leistungsfähigkeit“ zeigt an, daß Nombert vor allem in der Familiengröße ein ausschlaggebendes Moment für die steuerliche Leistungsfähigkeit sieht. Es wird hier keine Bevölkerungsprobleme getrieben, kein Versuch gemacht, durch fiskalischen Druck die Paare ins Ehejoch und womöglich noch gar zur Fortpflanzung zu nötigen; nur die wirtschaftliche Tragfähigkeit für die Steuerlast wird geprüft. Es ergibt sich ihm dabei, daß im großen und ganzen gegenwärtig die indirekten Steuern gerade die unteren Schichten am stärksten treffen; das ist kein Wunder, weil ja eben gerade die Stoffe für den Massenverbrauch den Steuern unterworfen sind, da diese allein etwas einbringen. Und die direkten Steuern, z. B. die preussische Einkommensteuer, trifft trotz aller Steuernachlässe die lothreichen Familien immer noch erheblich stärker als die Bedigen oder Kinderarmen. Nombert empfiehlt daher eine „Verbrauchseinkommensteuer“, über die er schon in einer besonderen Schrift gehandelt hat. Der Name der Steuer ist ein wenig nach dem Grundsatz *canis a non canendo* gewählt. Denn nicht etwa das besonders für den Verbrauch bestimmte Einkommen soll besonders besteuert werden, sondern im Gegenteil: es soll erst derjenige Teil des Einkommens, der je nach der Steuerstufe für den Mann, die Frau und jedes Kind unbedingt zum Leben erforderlich ist, ausgeschieden und dann, was mehr vorhanden ist, entsprechend stärker besteuert werden. Hierin ist sicher ein wichtiger Fingerzeig zur Veredelung unserer Einkommensteuer gegeben.

So bietet also der 156. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik der öffentlichen Erörterung einer sehr wichtigen und schmerzlichen Aufgabe des Reiches eine reiche Fundgrube von Tatsachenerkenntnis und nachdenklicher Verarbeitung. Sicher wird es noch vielen Meinungsstreit über das ach, so heikle Thema geben. Aber eine Art Waise für den Streit ist hier geschaffen, um die er sich lange drehen kann. Hoffentlich endet er mit einem glücklichen Erfolge.
M. 3.

Wirtschaftliches Dasein und politisches Verhalten.

In den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik (Dezemberheft 1917) faßt Prof. Waentig aus Halle (zurzeit in Brüssel) die Ergebnisse einer ausgedehnten wirtschaftshistorischen Untersuchung über „die Grundfrage der belgischen Volkswirtschaft“ folgendermaßen zusammen:

„Seit der Vereinigung aller belgischen und batavischen Provinzen unter der burgundischen Herrschaft“, sagt Friedrich List in einer seiner geschichtlichen Betrachtungen, „war diesen Ländern auch die große Wohltat der Nationaleneinheit zuteil geworden. Unter Karl V. bildeten die Vereinigten Niederlande einen Komplex von Macht und Kräften, der ihrem Beherrscher mehr als alle Goldgruben der Erde und alle Gunst und Bitten der Päpste die Herrschaft der Welt zu Land und See sichern mußte, wofür er nur die Natur dieser Kräfte kannte und sie zu behandeln und zu benutzen verstand. Als Regent der Vereinigten Niederlande, als deutscher Kaiser und als Haupt der Reformation besaß Karl alle materiellen und geistigen Mittel, das mächtigste Industrie- und Handelsreich, die größte See- und Landmacht zu gründen, die je bestanden hat — eine Seemacht, die von Dänemark bis Sibirien alle Segel unter einer Flagge vereinigt haben würde! Tatsächlich ist es anders gekommen. Und das Königreich der Vereinigten Niederlande, das sich 1814 auf den Trümmern des Napoleonischen Kaiserreiches erhob, war gewiß nur ein schwächliches Abbild des mächtigen Staates, der vor Jahrhunderten hätte entstehen können. Dennoch war es, wie man gesehen, bei all seinen innerpolitischen Mängeln wirtschaftlich ein kraftvolles und wohlausgeglichenes Ganzes, das, auf seinen überseeischen Kolonialbesitz gestützt, mit den Rheinländern und mit Norddeutschland kommerziell verbunden, den Wirtschaftssystemen der Westmächte die Spitze bieten konnte. Was davon nach seiner Zerfetzung in Gestalt des Königreiches Belgien übrigblieb, ist ausführlich geschildert worden. Geradezu verhängnisvoll war es, daß dieses seiner ganzen wirtschaftlichen Natur nach abgegebene Land mit der Gabe der politischen Neutralität beschenkt wurde, deren ökonomische Tragweite völlig übersehen worden ist.“

Ein Land mit international garantierter Neutralität, wie Belgien es ward, hat wirtschaftspolitisch im Grunde nur eine Alternative, das System des geschlossenen Handelsstaates oder das des unbeschränkten Freihandels. Es muß entweder seine Grenzen hermetisch verschließen und versuchen, sich schlecht und recht selbst zu genügen, oder es muß sie ohne Unterschied öffnen und allen Mitwerbern auf seinem Markte die gleichen Chancen gewähren. Bei jeder andern Entscheidung läuft es Gefahr, mit oder ohne seinen Willen, zu wirtschaftlichen Machtverschiebungen beizutragen, die politische Handel, wenn nicht gar kriegerische Verwicklungen, nach sich ziehen müssen, und eben dadurch mit seiner Neutralität in Konflikt zu geraten. Von Schutzzollschranken umgeben, hat Belgien nach gewissenhafter Prüfung seiner ökonomischen Existenzbedingungen zunächst das erstere versucht. Nur zu bald aber hat es erkennen müssen, daß der Kontrast zwischen der geschichtlich bedingten Produktivität einzelner seiner Industrien und der Aufnahmefähigkeit seines innern Marktes, zwischen dem gewaltigen Nachfrage- und Rohstoffbedarf seiner dichten Bevölkerung und der natürlichen Beschränktheit seiner heimischen Hilfsquellen ihm die Lösung der selbstgestellten Aufgabe unmöglich machte. Scheiterten nun damals auch jene ersten läppischen Versuche, die materielle Basis seiner nationalen Wirtschaftsführung durch überseeische Expansion zu verbreitern, so daß ihm unliebsame Zusammenstöße mit andern Mächten aus diesem Grunde wenigstens erspart blieben, so hätte die wirtschaftlich durch die Weinreife bedingte handelspolitische Annäherung an Frankreich es schon damals beinahe in einen europäischen Krieg verstrickt. Aus diesem Dilemma wurde Belgien durch die Begründung des internationalen Freihandelsystems erlöst. Wie von einem Alpdruck befreit vermochte es aufzuatmen, um unbegrenzt von politischen Erwägungen seinen wirtschaftlichen Interessen nachzugehen. Und es ist bezeichnend, daß in den nächsten zwanzig Jahren der belgische Staat als solcher bewußtstermaßen weder eine Barriere der überseeischen Expansion noch der wirtschaftlichen Angliederung an eines der europäischen Nachbarländer betrieben hat, die ihn etwa mit seinen Neutralitätspflichten hätte in Widerspruch bringen können, obwohl es auch damals nicht an einzelnen Männern fehlte, die ihm solche Weisheit predigten.

Das änderte sich um die Wende der achtziger Jahre. Durch die Wiederaufrichtung hochgeklärter Schutzzollschranken an seinen Grenzen sieht Belgien sich neuerdings vor die alte Frage gestellt, nur daß sich mittlerweile die innern Widersprüche seines wirtschaftlichen Daseins noch schärfer zugespitzt haben. Es beantwortet sie jetzt durch ein Kompromiß. Zwar verzichtet es auf die Durchführung einer systematischen Hochschutzzollpolitik nach dem Beispiel seiner kontinentalen Nachbarn. Um so energischer aber betreibt es die überseeische Expansion, die auf die Dauer die wirtschaftlichen Grundlagen seiner politischen Neutralität untergraben mußte. Ein zunächst als unabhängiger Staat gegründetes afrikanisches Kolonialreich geht schließlich von Englands Gnaden in seine Hände über. Französische Kapitalüberflus wecke beunruhigend, überspinnt es den von britischer Seemacht beherrschten Erdball mit einem Netz grobangelegter Unternehmungen, um sich auf diesem Wege Ruhe und Absatz zu sichern. Was bedeutete die an sich gewiß nicht gleichgültige Unterstützung, die es verkehrs- und industripolitisch durch Deutschland fand, wo jeder offene Konflikt mit den Westmächten das künstliche Gebäude seiner Volkswirtschaft mit Vernichtung bedrohte? Wie hätte es sich nicht auch politisch nach ihnen orientieren sollen? So reichen denn die wirtschaftlichen Wurzeln des belgischen „Neutralitätsbruchs“ vor dem Kriege, soweit man von einem solchen reden will, in eine ferne Vergangenheit zurück, und Belgiens Schuld ist, von den Mächten einiger ehrgeiziger Streber abgesehen, eine wahrhaft „tragische“ zu nennen. Denn sie ist tiefes Unrecht in Verhältnissen begründet, die von längst verschwundenen Generationen, noch dazu teilweise von Fremden über die Köpfe der Einheimischen hinweg, geschaffen wurden, in zwingenden Ursachen, die mächtiger sind als jedes persönliche Wollen. Solche Erkenntnis scheint mir das wichtigste praktische Ergebnis meiner geschichtlichen Untersuchung; denn sie ist zugleich die Vorbedingung für jede fruchtbare Neuregelung der belgischen Frage.

Diese neueste Erkenntnis, wie die wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Völker geeignet sind, auf das außenpolitische Verhalten einzuwirken, soll uns eine Lehre sein, bei allen künftigen politischen Verhandlungen die Territorialfragen nicht so ausschließlich überwiegen zu lassen, daß eine gründliche und weitreichende Behandlung der wirtschaftlichen Fragen dabei zu kurz kommen muß. Welt- und nationalwirtschaftliche Streitfragen haben ohne Zweifel ihren erheblichen Teil zur Entfesselung und Ausdehnung des Weltkrieges beigetragen. Da ist es nur berechtigt, wenn man die Offenlichkeit und die politischen Parteien fest darauf bestehen, daß die Neugestaltung Europas zur Vermeidung ähnlicher Irrtümer wie die unhaltbare Neutralisierung Belgiens nicht nur von juristisch ausgebildeten Diplomaten, sondern außer von Strategen auch von volkswirtschaftlich gebildeten und praktisch erfahrenen Kräften bestimmt wird.

Neue Bahnen der Wirtschaft.

Von
Georg Münch.

Je näher wir dem Frieden rücken, desto größer sind Reiz und Notwendigkeit, uns mit den Problemen der künftigen Wirtschaft zu befassen. Jeder sieht ein, daß wir nicht zu den alten Gewohnheiten des Friedens zurückkehren können. Schwer aber ist es, schon heute, wo der Kampf noch nicht beendet ist, wo wir die durch den Friedensschluß zu schaffenden Verhältnisse nur ahnen können, den rechten Weg untrüglich vorzeichnen zu wollen. Zerteilt sich im Osten auch das Gewölke, so fehlt im Westen doch noch jede Fernsicht. Zwar hat sich in England, dem eigentlichen Träger des Krieges gegen uns, ein Wandel vollzogen, indes weniger in den Kriegszielen als vielmehr in dem Plan, wie man sie zu erreichen gedenkt. Zuerst setzte man die Hoffnung auf die Uebermacht. Als sie versagte, wurde die Aushungerung als Trumpf ausgespielt. Das zwang uns zu der Gegenmaßnahme des U-Boot-Krieges, der mit jedem Monat die Bedrängnisse der von überseeischer Zufuhr abhängigen Feinde erhöht, ohne daß ihnen der uns mögliche Ausgleich durch eigene Nahrungsmittelherzeugung gewährleistet wäre. Die Feinde wissen das besser als wir. Aber sie verstehen das Gesicht der unentwegten Zuversicht zu wahren. Nachdem sie durch Amerikas Beitritt zu ihrer Koalition eine seelische Stärkung erfahren, haben sie den Mut zu dem Schlagwort gewonnen, daß sie uns trotz allem ihren Friedenswünschen geneigt machen würden, da sie die Verteilung der Rohstoffherzeugung der Welt in den Händen hätten.

Nichts Leichteres gibt es für uns, als solcher Anmaßung entgegenzutreten. England, Frankreich und Italien übersehen gewissermaßen, daß es ihnen nicht nur nicht besser, sondern auf manchen wichtigen Gebieten schlechter als uns geht. Zwei Gründe sind dafür vorhanden. Der eine ist ihre Unfähigkeit, selbst im eigenen Lande das Notwendige zu gewinnen, der zweite sind unsere U-Boote, deren Tätigkeit die Heranschaffung des Fehlenden auf dem Seewege unterbindet, sie zum mindesten auf ein unsulängliches Maß herabdrückt. Beides zusammen muß mit nicht anzuzweifelnder Gewißheit unsere Feinde im Westen und Süden müde machen.

Je später sie es einsehen, desto schlimmer für sie. Während jetzt von Woche zu Woche die Grundlage ihrer Versorgung schwächer wird, haben wir gerade entgegengesetzt alle Aussicht auf deren Verbreiterung. Rußland hat eingesehen, daß ihm sein Ausharren an der Seite der Entente nur Opfer kostet und keine Vorteile mehr zu bringen vermag; es hat sich im Dienste englischer, gegen Mitteleuropa gerichteter Vernichtungspläne völlig ausgepumpt. Die westlichen Ententegenossen haben sich als unfähig erwiesen, dem Russen wieder auf die Beine zu helfen. Dafür ist er aber zu der Erkenntnis gekommen, daß wir sehr wohl in der Lage sind, ihm bei der Wiederherstellung seiner Wirtschaft förderlich zu sein. Selbstverständlich verlangen wir auch Gegenleistungen. Sie bestehen darin, daß Rußland uns mit seinen überschüssigen Produkten und Rohstoffen für Nahrung und Industrie unter die Arme greift. Die Wirtschaftsfragen sind denn auch folgerichtig der Kern der Verhandlungen in Brest-Litowsk. Sie sind auch für die Zukunft das Wichtigste. Die Zeit der Not hat es erst recht kenntlich gemacht, wie sehr Rußlands und Deutschlands Wirtschaft aufeinander angewiesen sind. Diese Erkenntnis ist der beste Kitt für später.

Die Friedensbahnung mit dem Osten ist indes nicht das wertvollste Aktivum in unserer Kriegesbilanz mit dem Westen. Dies sind vielmehr die Lehren, die wir aus der englischen Sperre gegen uns in industrieller Hinsicht gezogen haben. Wir haben sehr viel gelernt, was uns im Frieden nicht angefallen wäre. Fühlten wir vorher unsere technische Ueberlegenheit über England, so kennen wir sie heute genau. Was Deutschlands Industrie im Kriege geleistet hat, steht einzig in der Geschichte der Menschheit da. War es vom ersten Tage des Ausbruch dieses Weltkrieges an klar, daß es ein ungeheurer Kampf der Technik sein werde, so ist es heute eine erhebende Gewißheit für uns, daß wir in diesem ungleich erscheinenden Streit unbestritten Sieger geblieben sind. Wir sehen, wie unsere Eisen- und Kohlen-, unsere Metall- und Maschinen-, unsere chemische Industrie uns die Mittel lieferte, um den wütenden Ansturm der Feinde zu nichte zu machen, wie sie darüber hinaus noch die Kraft besaß, unseren Freunden und den angrenzenden Neutralen Hilfe zu leisten. Während die Gegner sich ausgeklügelt hatten, daß Deutschland ohne fremde Baumwolle, ohne Salpeter-, Metall- und Erzzufuhr bald am Ende sein müßte, haben wir, indem wir mächtige Ersatzstoffe gewinnende Industrien aus dem Boden stampften, gezeigt, was moderne menschliche Arbeit höchster Qualität zu schaffen vermag. Der Macht der Masse haben wir die des Geistes entgegengestellt und damit den Sieg errungen. Erst nach dem Kriege werden die Feinde, England an der Spitze, voll erkennen, was für eine Torheit es war, diesen furor teutonicus zu wecken. Was er gebiert und schafft, hat weit über die Kriegszeit hinaus Wert und Bedeutung. Ja, das so geweckte Gefühl unserer wahrhaften Stärke ist die wertvollste wirtschaftliche Errungenschaft des Krieges.

Das darf uns natürlich nicht davon abhalten, schon jetzt darauf zu sinnen, wie wir unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt am besten stärken. Die hohen Lasten vor allem, mit denen unsere Volkswirtschaft aus dem Kriege hervorgehen wird, machen uns das zur gebieterischen Pflicht. Darum kann im Augenblick nichts gelegener kommen, als eine neue Schrift von Walther Rathenau über die „Neue Wirtschaft“. Was er, der Schöpfer der Grundlinien unserer Kriegswirtschaft, über die Friedenswirtschaft zu sagen hat, erschließt, gleichviel, wie man sich im einzelnen dazu stellen mag, die größte Beachtung. Er geht dem Problem unter dem Gesichtswinkel zu Leibe, unsere Wirtschaft sei so zu gestalten, daß sie die Lasten des Krieges ohne Gefährdung ihrer Gesundheit und Lebenskraft zu tragen instande ist. Um was für Lasten handelt es sich dabei? Rathenau berechnet sie für Reich, Einzelstaaten, Kommunalverbände usw. auf 170 Milliarden M., einschließlich der Tilgung aller schwebenden Verpflichtungen, des Aufwandes für Wiederherstellungen, der Versorgung von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Selbst die Einziehung von bis zu einem Drittel der größeren Vermögen könnte die daraus entspringende jährliche Zinslast kaum unter 3% Milliarden M. senken. Doch das ist nicht alles. Es kommt

hinzu, was die Gewerbe an Mehrausgaben für Arbeitslöhne und kleinere Gehälteinkommen im Hinblick auf die verteuerten Lebensbedingungen aufzubringen haben werden. Wenn sich die im Kriege eingetretene Lohnsteigerung bis zur Höhe des Vierfachen der Friedenssätze später auch nicht aufrecht erhalten lassen werden, so müßte doch mit einer Aufbesserung um die Hälfte der Friedensbezüge gerechnet werden; das würde für ganz Deutschland etwa 6 Milliarden M. ausmachen. Unsere Wirtschaft würde also mit einer Mehrbelastung von rund 15 Milliarden M. jährlich nach dem Kriege dastehen.

Diese Berechnung leuchtet ein. Wie denkt sich Rathenau nun ihren Ausgleich? Er geht von der durchaus richtigen Erwägung aus, daß mehr als bisher mit der gleichen Arbeit erreicht werden müßte. Die deutsche Güterproduktion ist zu steigern, und zwar auf das Doppelte ihrer jetzigen Größe. Wer sie vor dem Kriege auf einen Wert von etwa 45 Milliarden M. zu veranschlagen, so sei sie nunmehr auf 80 Milliarden M. zu erhöhen: Werkstätten seien denkbar, so vollständig mechanisiert, daß die leichte Aufsicht eines Mannes genügt, um das Uhrwerk der Produktion im Gang zu erhalten. Weitestgehende Ersparnisse an Arbeit, Material und Transportkosten seien zu erreichen, wenn planmäßige Reformen sich auf Lage und Anlage, auf Einrichtung und Betrieb der industriellen Werke erstrecken. An die Stelle der Einzelanfertigung habe die gleichförmige Reihe zu treten. Es sei eine Verschwendung, daß die Fabrikationsverzeichnisse der deutschen Werke, allein in den technischen Industrien, Hunderttausende von Nummern, die ohne Schaden für den Verbrauch gestrichen werden könnten, enthalten, weil auf dem Boden des ungezügelter Wettbewerbs der Willkür des Absatzmarktes keine Autorität gegenübersteht. Die „Normalisierung“ und „Typisierung“ sei soweit durchzuführen, als ein wissenschaftlicher Arbeitsprozeß es erfordert. Noch immer würde dabei eine Mannigfaltigkeit erhalten bleiben, die unseren Stand vor 20 Jahren um ein Vielfaches übertrifft.

Die praktische Lösung dieser Ideen denkt sich Rathenau zunächst einmal in Gestalt einer Zusammenfassung aller gleichartigen Betriebe der Industrie, des Handwerks und des Handels: etwa alle Baumwollspinnereien, alle Eisendrahtwerke, alle Schreinereien, alle Großhandlungen für Weißwaren für sich. Aldann müßte jede dieser Vereinigungen mit ihren vorverarbeitenden und nachverarbeitenden Gewerben, also das gesamte Baumwollgewerbe, das Eisengewerbe, das Holzgewerbe und das Leinengewerbe, zu gesonderten Gruppen verbunden sein. Die ersten dieser Organismen könnten Berufsverbände, die zweiten Gewerksverbände heißen. Sie hätten staatlich anerkannte und überwachta, mit weiten Rechten ausgestattete Körperschaften zu sein. Sie bestehen, vor allem durch den Krieg gezeitigt, sogar bereits, doch dienen sie jetzt der Einschränkung, nicht der Stärkung und Ausdehnung der Gewerbe.

Die wichtigere der beiden Organisationsformen, der Berufsverband, lasse sich am einfachsten seiner Form nach als Aktiengesellschaft, seinem Handeln nach als Syndikat denken. An dieser Aktiengesellschaft sind die Einzelunternehmen nach Leistungsverhältnis zu beteiligen. Der Verband nimmt die hergestellten Waren ab, berechnet sie zu Selbstkosten zuzüglich eines mäßigen und gleichförmigen Nutzens und besorgt den Verkauf zu Preisen, die für kleine und große Verbraucher, für Händler und Weiterverarbeiter abgestuft sind. Diese Organisation würde sich jedoch von jedem anderen Syndikat durch die Mitwirkung des Staates, d. h. des Reiches, unterscheiden. Hat der Berufsverband das Recht der Aufnahme und Ablehnung neu Hinzutretender, des Alleinverkaufs inländischer und eingeführter Ware, der Stillsetzung unwirtschaftlicher Betriebe usw., so beansprucht der Staat mitwirkende Aufsicht in der Verwaltung, soziale Leistungen und Gewinnsabgaben: „Die letzteren bilden die Grundlage eines gewaltigen Staatseinkommens, das die Ware bei ihrer Entstehung und in allen ihren Stufen erfaßt, das den gesamten Umsatz des Landes besteuert und dennoch nicht verkümmert, weil er auf jeder Produktionsstufe sich selbsttätig der Tragkraft anpaßt.“ Der Berufsverband hätte hier Verkauf und Ausfuhr, dort Rohstoffbeschaffung (unter Mitwirkung des Handels), auch, solange die frühere Auskömmlichkeit nicht wiederhergestellt ist, die Herbeschaffung von Frachtraum und Zahlungsmitteln zu besorgen; ihm läge weiter die Hebung und Verbilligung der Erzeugung durch Ausbreitung technischer Erfahrung ob. Er wäre, kurzum, eine Produktionsgemeinschaft, in der alle Glieder organisch ineinandergreifen.

Einfacher als diese Wirkungsweise der Berufsverbände sei die der Gewerksverbände. Ihre Hauptaufgabe bestehe in Ausgleich und Vermittlung; es genüge für sie der Ausbau in Gestalt des Zweckverbandes, in dem die Fragen des Bedarfs, der Warenbeschaffung in Güte, Typen und Mustern, der Umstellung auf neue Anforderungen, der Preise, Lieferzeiten, Zahlungsweisen, der Arbeitsvermittlung, Erweiterung, Betriebseinschränkung verhandelt werden. „Wenn man in regelmäßigen Zeitabschnitten weiß, wieviel Schienen, Garne, Kessel, Motoren, Zubehörtelle, Chemikalien, Glasscheiben verlangt werden, und in welcher Beschaffenheit, so können langfristige Fabrikationsprogramme und Aufstellungen festgesetzt werden, die ganze Werke dauernd voll und gleichmäßig beschäftigen, die Erzeugung unabsehbar verbilligen, große Lager unnötig machen, die Verkehrsstraßen entlasten, den Arbeitsprozeß beschleunigen, Kapital und Zinsen ersparen und die Leistung im Bezuge auf alle ihre Elemente erhöhen.“

„Die neue Wirtschaft wird“, so faßt Rathenau seine Gedanken zusammen, „keine Staatswirtschaft, sondern eine der bürgerlichen Entschlußkraft anheingestellte Privatwirtschaft sein, die freilich zum organischen Zusammenschluß, zur Ueberwindung innerer Reibung und zur Vervielfältigung ihrer Leistung und Tragkraft staatlicher Mitwirkung bedarf.“

Solche Pläne überragen weit alle diejenigen Reformgedanken, die im wesentlichen nur auf die Erschließung neuer Steuerquellen hinauskommen. Die Auferlegung neuer Steuern ohne gleichzeitige großzügige Fürsorge für eine Aufwärtsentwicklung unserer Gewerbe könnte zu nichts Gutem führen. Staatliche Monopole greifen störend in die Wirtschaft ein und schaffen Verbitterung bei den Erzeugern und Verbrauchern, bei den Fabrikanten und den Händlern. Empfehlenswert sind sie allenfalls da, wo sie ein neues Feld umfassen, also von niemand als Schädigung empfunden werden, so z. B. in der modernen Stickstoffgewinnung. Ueberdies bleiben dem Staate ja reichlich Gelegenheiten zu unmittelbarer, die Volkswirtschaft fördernder und zugleich für ihn lohnender Betätigung, wie im Verkehrswesen, im Wasserstraßenbau, in der Wasserkraftausnutzung, in der Elektrizitäts- und Kohलगewinnung. Die neue

staatliche Wirtschaft wird in jedem Falle ihr Augenmerk darauf zu lenken haben, wie sie in denkbar weitestgehender Weise die Industrie und den Handel durch wohlorganisierte Versorgung mit Urkräften unterstützen kann. Anregung, planvolle Ausdehnung und damit Verbilligung der Gütererzeugung ist das Ziel, dem unbedingt zuzustreben ist. Eine so aufgebaute Mehrerzeugung erschließt von selbst dem Staate neue Einnahmequellen.

Die deutsche Arbeitskraft braucht vor den höchsten Anforderungen nicht zurückzuschrecken. Sie wird sich auch in der neuen Zeit, die dieser Krieg einleitet, in der Welt behaupten wenn nichts unterbleibt, was ihren Nutzeffekt zu erhöhen imstande ist. Die intensivste Arbeit wird zugleich die sparsamste sein. Unsere Feinde, voran England, sinnen und trachten, wie sie uns wirtschaftlich den Garaus machen können. Sie spornen uns damit nur zu um so größerer Anstrengung aller in uns ruhenden Kräfte und Gaben an. Machtvoller als vor dem Kriege muß nach ihm Deutschlands Wirtschaft erstehen, bereit und befähigt, sich, allen Lasten und Schwierigkeiten zum Trotz, im Welthandel an erster Stelle zu betätigen, ein wohlliches Haus für alle, die in ihr wirken.

Rettet den Mittelstand!

Wien, am 30. Jänner.

Ein Graf veröffentlichte unlängst in einem Wiener Blatt einen Aufsatz: „Schützt das Großkapital!“ Darin wird Sinn und Zweck des Weltkrieges als ein rein wirtschaftlicher hingestellt; als Aufgabe wird betont: Sicherung eines möglichst großen Anteils an den Schätzen und Futterplätzen der Welt; als das Glück der Völker wird der Reichtum gepriesen: er erschließe die Zauberparadiese der Kultur. Die Verteilung des Reichtums in einem Lande sei zunächst Nebensache; die Hauptsache sei, daß er da sei. Rothschild's bedeuteten Segen; je mehr Rothschild's irgendwo, um so besser für das Land. Und während so theoretisiert wird, liest man jeden Tag, daß die Zahl der Kriegsmillionäre wächst, wie die Pilze im Wald nach Regentwetter; daß ungeheure Kapitalien sich in verhältnismäßig wenigen Händen ansammeln, daß ein Riesenunternehmen nach dem andern gegründet oder geplant wird — natürlich auf Kosten der Existenz, beziehungsweise der Ausdehnungsmöglichkeit mittlerer und kleinerer Betriebe. Wir wollen uns hier nicht mit der Reichtumsphilosophie eines merkwürdigen Grafen auseinandersetzen: das tiefere Denken der Völker lehnt die Gleichstellung von Reichtum und Glück ab. Die Geschichte erzählt viel von der Erstreckung von Kultur, Moral und Glück der Völker im Fette, erzählt viel von Völkern, die gesund und stark wurden gerade aus einem gewissen materiellen Mangel heraus.

Nun ist freilich nach den zahllosen Vernichtungen des Weltkrieges, nach der Verkümmern vieler Wirtschaftszweige eine starke Hintertreibung auf das Wirtschaftliche, ist die Beschaffung von Geld und Wirtschaftsgütern auch im Interesse der Sicherung des kulturellen dringend nötig. Aber was dabei hervorgehoben werden muß, ist folgendes: Es kommt nicht nur auf das Daß, sondern auch auf das Wie der Erwerbung an. Es kommt nicht nur auf die Summen als solche an, sondern auch auf die Art ihrer Verteilung. Es kommt nicht nur auf die Höchstziffer des Produzierten oder des zu Produzierenden an, sondern auch auf die Art der Organisation der Produktion. Es kommt nicht nur auf die finanziellen Gesamtergebnisse der Arbeit an, sondern auch darauf, wie sich die Arbeiter bei der Arbeit stellen. Und da gilt es nun zu betonen, wie schon List gegenüber den Vertretern der liberalen Nationalökonomie betonte: Wichtiger als die Produktion *summe* eines Landes ist seine Produktions *kräft*. Die Produktionskraft aber beruht auf der gesunden Organisation der Volkswirtschaft, namentlich auch nach der Richtung, daß es möglichst viel freie, selbständige Wirtschaftsindividuen gibt, weil erst aus der Freiheit und Selbständigkeit möglichst vieler die wahre Lust und Großzügigkeit der nationalen Arbeit kommt. Es gilt zu betonen: Nicht eine Vielzahl von Riesenbetrieben, deren Rehrseite die Großstadt und das Proletariat, bedeutet völligen Reichtum, sondern die Höchstzahl freier, selbständiger Mittelbetriebe mit gesunden, frohen Menschen. Nicht das Volk ist zu beneiden, wo möglichst viele Rothschild's und Reihes wohnen, denen arme Arbeitermassen gegenüberstehen, sondern das Land, wo möglichst viele Menschen sich der wirtschaftlichen Freiheit erfreuen und wo alle ihr anständiges Auskommen haben. Den Höchstreichtum eines Landes bildet doch immer nur die Höchstzahl seiner gesunden, freien, frohen Menschen. Englands wirtschaftliche Entwicklung im letzten Jahrhundert war eine Entwicklung

zu ungeheurem materiellen Reichtum, aber es war gleichzeitig noch mehr eine Entwicklung zu völkischer Armut, weil die breiten Volksmassen immer abhängiger, vermögensloser wurden, bis sie schließlich nur die freudlosen Arbeitsflaven der Handels- und Industriemagnaten von London, Glasgow, Birmingham sind, mit keinem andern Recht auf den Boden des Vaterlandes, als auf den Straßen zu gehen. Das Belgien vor dem Krieg war ziffernmäßig viel reicher als Dänemark; völkisch, kulturell betrachtet, war Dänemark reicher als Belgien. Denn der Reichtum Dänemarks ist der Reichtum eines Bauernvolkes mit Hunderttausenden Vertretern von Mittelbesitz und ausreichendem Kleinbesitz. Der Reichtum Belgiens aber war der Reichtum eisiger Fabrikfönige und Handelsfürsten, von deren Besitz und Glanz ein armes breites Massenproletariat sehr herbe abstaß.

Die Welt ist voll Lärm nach Demokratie. Sozial hat das Schlagwort einen ausgezeichneten Sinn. Es bedeutet: Eröffnung des Zutritts zu den Gütern der Erde für alle. Es bedeutet Kampf gegen das gewisse industrielle und kommerzielle Latifundienwesen; es bedeutet Kampf gegen den Despotismus der Plutokratie. Es bedeutet, wie schon Leo XIII. in seiner Enzyklika *de conditione opificum* hervorhob, Kampf um eine „gerechtere Güterverteilung“. Es bedeutet mit einem Wort: **Mittelstandspolitik**.

Der Soziologe Périn entwickelt im Sinne des Christentums folgende Ideen zur Besitzverteilung: „Mäßiger Besitz verschafft Sicherheit und Behaglichkeit des Lebens, aber er verweichlicht den Mut nicht. Er gewährt die äußeren Mittel der Tätigkeit, von deren Gebrauch die Vervollkommnung, Unabhängigkeit und Würde im gegenwärtigen Leben abhängt; aber er weckt nicht den Wahnsinn jenes Hochmutes, wie dies so häufig die materielle Ueberlegenheit tut, welche indes doch nur Scheinmacht ist und die Stärke einer Gesellschaft ungefähr in dem Sinne bildet, wie das Fieber die Stärke eines Menschen. Aus dem Mittelbesitze gehen fast täglich

Männer hervor, welche durch praktische Fähigkeiten, Kunst und Wissenschaft den Ruhm der Nationen bilden; er gibt einem Volke Soldaten, die vor keiner Gefahr erschrecken; er gibt den Nationen Apostel, welche sich für das Seelenheil ebenso opfern wie der Soldat für das Vaterland.“ In ähnlichem Sinne betont Albert Maria Weiß, der gesegnetste Zustand der Gesellschaft sei jener, wo es wenige Millionäre gebe, aber viele Millionen Menschen, die ihr Auskommen hätten. Das sei in Wahrheit ein allgemeiner Wohlstand, wenn möglichst vielen etwas zugute komme, nicht alles einigen wenigen. Nicht anders betont der Protestant Dr. Martensen, obgleich das Gemeinwohl keineswegs auf das materielle Wohlsein beschränkt sei, gehöre doch ein gewisses Maß von Wohlstand mit zu den Bedingungen einer menschenwürdigen Existenz. Deshalb erfordere das Gemeinwohl eine entsprechende allgemeine standesgemäße, den Beruf angepaßte Verteilung der physischen Güter des Lebens. Der Nationalwohlstand beruhe viel weniger auf der Menge des in einer Nation vorhandenen Vermögens, als vielmehr auf der richtigen Art und Weise der Vermögensverteilung. „Nur da findet er sich, wo die weit überwiegende Mehrheit der Nation einen wohlstuitierten Mittelstand bildet, mit einem gewissen Durchschnittsmaße persönlichen Besitzes.“

Wir stehen vor einem Neuaufbau unserer Volkswirtschaft. Es liegt nicht nur im Interesse der Kultur, sondern auch der Volkswirtschaft, wenn er im Zeichen des Mittelstandsideals erfolgt. Nicht das Großkapital braucht heute Schutz, sondern die Mittleren und Kleinen. Die großen Volksmassen kämpften und bluteten fürs Vaterland nicht, um Arbeitsflaven der Plutokraten zu werden, sondern um freie Bürger, womöglich mit Eigenbesitz, sicher aber mit würdigem Einkommen unter gesunden Arbeits- und Wohnungsverhältnissen zu sein. Nicht das wird unser Reichtum sein, daß etliche Industrie- und Handelsmagnaten übermäßigen Gewinn ernten, sondern das, daß die großen Massen ordentlicher Lebens- und Vermögensverhältnisse sich erfreuen.

Dr. E.

1.11.1918

Wirtschaftliche Uebergangsfragen.

Von Artur Lemberger.

Die Uebergangswirtschaft hat in ihr umfangreiches Programm auch die Vorbereitungen für die Personen- und Sachdemobilisierung aufgenommen. Man ist diesbezüglich zu allgemeinen Richtlinien gelangt, welche aber trotz der unverkennbar guten Absicht doch nur als Aufschriften für die Registriermappe „Demobilisierung“ zu verwenden sein werden; vorerst wäre deshalb eine wesentliche Vertiefung und in manchen Fällen auch eine Abänderung ratsam.

Der gewiß wertvolle Zeitgedanke im Plane der Personendemobilisierung besteht darin, daß jene Militärpersonen nach Maßgabe der Transportmöglichkeit zunächst zu verabschiedet sein werden, für welche im Wirtschaftsleben ein dringender Bedarf besteht. Damit sollen der Volkswirtschaft die zum Wiederaufbau notwendigen Kräfte rasch zugeführt werden, während alle Ueberschüssigen im Dienste zurückbehalten werden sollen, um nicht eine Armee von Arbeitslosen künstlich zu erzeugen. Im Rahmen der verwertbaren Kräfte sollen die ältesten militärischen Jahrgänge vorerst berücksichtigt werden. Also nicht mehr militärische Erfordernisse, sondern lediglich allgemein wirtschaftliche Momente sollen die Beurteilung nach Friedensschluß begründen. So sehr sich alle Gesichtspunkte, welche diesen allgemeinen Ueberstellungsplan stützen, vernünftig rechtfertigen lassen, so bezweifle ich doch deren Ausführbarkeit.

Sicher ist eines: die Aufrechterhaltung der militärischen Verbände nach Beendigung des Krieges wird nicht mehr gebieterische Notwendigkeit und daher das Hervorholen von Offizieren, Chargen und Mannschaft aus denselben nach Maßgabe des wirtschaftlichen Erfordernisses in der Regel angängig sein. Da werden sich aber auch andre Momente geltend machen, die man nicht immer wird zurückweisen können. Denn so ziemlich die überwiegende Mehrheit wartet sehnsüchtig auf den militärischen Abschied. Nun sollen viele nur deshalb zurückgehalten werden, weil sie den Nachweis einer gesicherten Berufsstellung nicht erbringen können oder weil sie zu einem jüngeren Jahrgang gehören, aber gewiß länger im Felde stehen. Ueberdies wird die Erwägung zu berücksichtigen sein, daß so mancher gezwungen sein wird, sich einer neuen Berufsbranche zuzuwenden, wo er schon gar nicht Zeit verlieren darf. Die Heimkehr der Kriegsgefangenen bildet ein besonderes Kapitel; diese wird sich besonders schwer beeinflussen lassen. Die Reglementierung wird sich kaum ohne Reibung vollziehen, und es wird in jedem Falle mit einem ungedämmten Strom von brauchbaren und unbrauchbaren Arbeitskräften zu rechnen sein. Allerdings wird der Abtransport lange Zeit in Anspruch nehmen, da man nach oberflächlicher Berechnung die erforderliche Frist für die Truppen allein mit zirka drei Vierteljahre, für die Kriegsgefangenen mit einem Vierteljahr schätzt.

Gleich kompliziert stellt sich die Sachdemobilisierung dar. Es sei nur an einige der schwierigen Probleme erinnert, deren befriedigende Lösung durch keine Voraussicht zu sichern ist: die Verteilung aller Maschinen, Fahrzeuge, Utensilien und Materialien, welche im Kriege Heereszwecken dienten und nunmehr ihrer Friedensverwendung zurückgegeben werden sollen; ferner die Verteilung von Abfällen durch die arg beschädete zentrale Bewirtschaftung oder an deren Stelle die lang entbehrete, möglichst schrankenlose freie Betätigung; weiter die Auseinandersetzung mit Ungarn über den Quotenstreit; die Auflösung von so vielen Heeres- und Rehabilitationsanstalten, ärarischen Produktionsstätten, welche bei privaten Firmen während des Krieges untergebracht waren; endlich die Aufhebung aller Verträge mit Privaten, welche während des Krieges für die militärischen Bedürfnisse sorgten und die eine gänzliche Liquidation mit dem Tage des Friedens nicht allsogleich vornehmen können. Schon jetzt versuchen die militärischen Behörden, Aufträge nur noch mit Stornolanzellen zu verbriefen, ein Vorgehen, welches

als Friedensverheißung wohl sehr erfreulich wirken mag, als Ereignis im Geschäftsverkehr jedoch von jedem Interessenten als unakzeptabel abgelehnt werden muß.

Es mag gewissermaßen als Selbstverständlichkeit erscheinen und ist dennoch undurchführbar, wenn folgendes verfügt wird: „Mit dem Zeitpunkte der Demobilisierung werden die Lieferungsverträge kraftlos und müssen alle jene Materialien, die, für die staatliche Bewirtschaftung beschlagnahmt, dem Fabrikanten für die Erfüllung von Heeresaufträgen übergeben wurden, soweit sie nicht bearbeitet wären, der Heeresverwaltung zurückgestellt werden.“ Die Heeresverwaltung mag hierbei von der Erwägung geleitet sein, daß sie ja über ihre Materialien freies Verfügungsrecht habe. Andererseits kann jedoch nicht außer acht bleiben, daß der industrielle Betrieb nicht mit der Verkündung des Friedens sofort stillestehen und all die Investitionen, Bestände an Hilfsmaterial und Arbeitern plötzlich und unvermittelt andrer Verwendung dienlich gemacht werden können, für welche sie nicht vorgesehen waren, sich vielleicht auch gar nicht eignen werden. Gewiß ist der Gedanke verlockend, so viel wie möglich an Materialien, Rohstoffen, Ganz- und Halbfabrikaten der Volkswirtschaft, welche sie ohnehin so schwer entbehren mußte, in dem Augenblick zurückzustellen, sobald der militärische Bedarf zu fordern aufhört. Aber in der Praxis müssen Industrie und Handel auf Schadloshaltung rechnen können, denn der Abbau der Kriegsverhältnisse, die Kriegsliquidation, sollte nicht gerade für diese Erwerbszweige zur Quelle der Belästigung werden.

Unter der verhängnisvollen Bedingung des Friedensstornos würde jede Liquidation neben den andern unsicheren, aber im Hinblick auf die Kriegsverhältnisse unvermeidlichen Momenten zur Unmöglichkeit, jede Uebernahme einer neuen Lieferung zu einer Gefahr. Es darf gerechterweise von den militärischen Stellen verlangt werden, daß das Kriegsende lediglich mit einer vielleicht rigoroseren Auswahl und der Vergabung von nur dringenden Ordnern eskompiziert werde, nicht aber mit einem Ueberwälzen des Risikos auf den unter allen Umständen wirtschaftlich schwächeren Teil; denn der stärkere Kontrahent bleibt immer der Staat. Die Demobilisierung sollte in ihrem Plane vor allem vorsehen, daß gerecht und unter sachgemäßer Würdigung der praktischen Erfordernisse, auch der unumgänglichen, von Industrie und Handel begonnen werde. Sonst droht die Gefahr neuer Sorgen und drückender Verwicklungen in einer Zeitperiode, da es zu den Hauptaufgaben vor allem der staatlichen Faktoren gehören wird, die Tage der Bedrängnis und Pein endlich zu bannen und die Leistungsfähigkeit jener Produktionskräfte zu heben und zu fördern, welchen vor allem beim finanziellen Wiederaufbau des Staates schwere Opfer bevorstehen. Die Uebergangswirtschaft darf nicht zur Niedergangswirtschaft werden.



Preis der Anzeigen:
 Die kleine Zeile 70 d. Abendblatt 80 d. Bkklamen
 42.50 Abendbl. 43.—, 90% Tonerungszuschlag.
 Stellengesuche 10% Tonerungszuschl. Familien-
 anzeigen, Sondertarif. Platz- u. Datenvorsch. ohne
 Verbindlichk.—Anzeig. nehman. Geschäftsstelle
 Frankfurt a. M. Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schiller-
 str. 20. Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Man.-str. 16/18.
 Dresden: A. Waisenhausstr. 25. München: Perusastr. 5.
 Offenbach: Biebererstr. 34. Stuttgart: Poststr. 7. Zürich:
 Nordstr. 62. Unsere Agenturen u. d. Ann.-Exped.
 Vorlag. und Druck der Frankfurter Societäts-
 Druckerei G. m. b. H.
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Uebergangswirtschaft.

Behörden-Organisation und Pläne.

N Berlin, 6. Febr. (Priv.-Tel.) Mit dem letzten Schuß auf dem Schlachtfelde ist dieser ungeheuerliche Krieg in seinen Wirkungen nicht beendet. Dem Kampf mit den Waffen wird ein harter und zäher Wettstreit der wirtschaftlichen Kräfte folgen. Von der Stärke und Ursprünglichkeit der lebendigen wirtschaftlichen Kräfte, von der verbliebenen Elastizität unseres ganzen Wirtschaftskörpers wird es abhängen, wie schnell wir die volkswirtschaftlichen Schäden wieder ausgleichen können, wie schnell wir die jetzt fast ausschließliche Kriegswirtschaft wieder umstellen können auf den normalen Friedensbetrieb und wie rasch es uns gelingen wird, den verloren gegangenen Weltmarkt wieder zu erobern. Die organisatorischen Vorbereitungen, die hierzu getroffen werden, pflegt man unter dem Begriff der Uebergangswirtschaft zusammenzufassen. In Deutschland hatte man die Notwendigkeit dieser organisatorischen Vorbereitungen frühzeitig erkannt und das Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft gegründet. Die Öffentlichkeit hat von der stillen Reichsstelle nicht viel gehört. In der Hauptsache wurden in ihr statistische Unterlagen über die Rohstoffvorräte zusammengetragen und Vorkarbeiten über die Bedürfnisse unserer Industrien an Rohstoffen gemacht. Eine besonders eingehende Behandlung erfuhr das Problem der Schiffsraumverteilung. Mit der Neuorganisation unserer Reichsämter ist das Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft dem neuen Reichswirtschaftsamt eingegliedert worden. Die Uebergangswirtschaft wird jetzt in der Abteilung des Reichswirtschaftsamts für Handelspolitik bearbeitet. Es würde nicht dem zu erfüllenden Zwecke entsprechen, wenn diese Abteilung dem bürokratischen Geschäftsgang verfielen. Die enge Verbindung mit unserem Erwerbsleben ist gerade bei dieser Behörde dringend notwendig, und dem ist in der neu geschaffenen Organisation erfreulicherweise Rechnung getragen worden. Neben den beamteten Referenten sind ehrenamtliche Mitarbeiter berufen worden, und zwar haben sich dafür folgende Herren zur Verfügung gestellt:

Bankier **Andrae** - Berlin, Geheimer Kommerzienrat **Arnhold** - Berlin, Generaldirektor der Phönix-Werke-Ges., Geheimer Rat **Dr. Beudenberg** - Dortmund, Geheimer Regierungsrat **Dr. Duisberg** - Levertufen, Direktor **Helm** von der Deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft Hansa, Bremen, Ökonometrat **Dr. Hoesch** - Neukirchen in der Altmark, **Dr. Lohmann** - Bremen, Geheimer Kommerzienrat **Marwig** - Dresden, Geheimer Rat und Reichsrat **Dr. Anton Ritter von Rippe** - Nürnberg und der frühere nationalliberale Abgeordnete **Dr. August Weber** - Berlin.

Diese Mitarbeiter stehen an der Spitze von Fachauschüssen, zu denen wiederum zahlreiche Persönlichkeiten des praktischen Lebens gehören. Von den in dem Wirtschaftsleben selbst wurzelnden Unterausschüssen, die noch weiter ausgestaltet zu einer dauernden Einrichtung werden sollen, verspricht sich das Reichswirtschaftsamt eine wertvolle Befruchtung seiner Tätigkeit. Der Reichskommissar für Uebergangswirtschaft hatte einen sogenannten großen Beirat unter der Bezeichnung eines „Uebergangswirtschaftsparlaments“ gebildet, der fast 400 Köpfe aus allen deutschen Bundesstaaten umfaßte. Davon sind 100 Personen in die Fachauschüsse des neugebildeten Reichswirtschaftsamtes übernommen worden. An die Einberufung des früheren großen Uebergangswirtschaftsparlaments, die hier und da befürwortet wird, denken die maßgebenden Persönlichkeiten des Reichswirtschaftsamtes nicht, weil sie in lang ausgedehnten, meist theoretischen Debatten keinen Nutzen für praktische Agitationsarbeit sehen. Aber der ständige engere Beirat soll in allen wirtschaftlichen Fragen gehört werden. Er soll das Recht der Anregung besitzen und er soll umgekehrt dem Reichswirtschaftsamt als Gutachter dienen. Außer den erwähnten ehrenamtlichen Mitarbeitern verfügt das Reichswirtschaftsamt über **berufsständige Referenten**, die keine Beamten in dem bisher üblichen Sinne werden und einem dauernden Wechsel unterworfen sein sollen. Damit wollen die maßgebenden Persönlichkeiten erreichen, daß keine Verkümmertung und keine Einseitigkeit Platz greift, sondern der Blutkreislauf zwischen dem praktischen Leben und der Zentralbehörde dauernd frisch und lebendig erhalten bleibt.

In der Öffentlichkeit wird die Aufstellung eines Uebergangswirtschaftsprogramms verlangt. Richtlinien und Grundzüge sollen schon jetzt für die Friedenswirtschaft geschaffen werden. Die Persönlichkeiten, die an der Spitze des Reichswirtschaftsamtes stehen, erhoffen von einem solchen fest umrissenen Programm nichts. Es wäre nach ihrer Ansicht nur ein Traumgebilde, ein Werk des grünen Tisches und der ständigen Kommissionsfälle. Niemand weiß, wie und wann der Krieg ausgehen wird. Niemand kann heute sagen, welche Rohstoffmengen uns nach dem Kriege in der Welt zur Verfügung stehen werden, und niemand kann deshalb auch heute schon Beschlüsse über die Verteilung der etwa einzuführenden Rohstoffmengen fassen. Keines Menschen Auge kann überblicken, ob wir nach dem Kriege etwa in erster Reihe auf unsere eigene Produktion angewiesen sein werden, und unergründlich bleibt die Aufnahmemöglichkeit des Weltmarktes. Weil wir es überhaupt noch nicht wissen, unter welchen Umständen wir in den Frieden eintreten können, läßt sich heute ein festes Programm noch nicht fassen. Nur die organisatorischen Grundlagen sollen soweit gefördert werden, daß bei Eintritt des Friedens unter Anspannung der dann vorhandenen Verhältnisse die praktische Arbeit der Uebergangswirtschaft beginnen kann.

Die maßgebenden Persönlichkeiten haben eine aus den Erfahrungen dieses Krieges beglaubete Scheu vor jeder Ueberorganisation. Wenn irgend möglich, soll die freie Initiative von Handel und Industrie nicht gelähmt und gehindert werden, und soweit staatlicher Zwang notwendig sein soll, soll er möglichst ausgeübt werden von den vorhandenen, über erfahrenes Personal verfügenden Organisationen, die für diesen Zweck umzugestalten und auf eine breite Basis zu stellen sein werden. Man will nicht in den Fehler verfallen, daß neuzuschaffende Organisationen noch einmal das Lehrgeld zahlen müßten, das während des Krieges so reichlich gezahlt werden mußte. In diesen Wirtschaftsstellen, wie man die Kriegsgesellschaften später nennen will, soll für eine ausreichende Vertretung von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft gesorgt werden, um das ihnen jetzt anhaftende Mißtrauen zu mindern. Damit bei den Maßnahmen des Reichswirtschaftsamtes auch die sozialpolitischen Gesichtspunkte nicht zu kurz kommen, ist der Reichstagsabgeordnete **Siesberts** neben den wirtschaftlichen Mitarbeitern als sozialpolitischer Berater beigegeben. In dem Aufsaugen dieser Kriegsstellen durch das Reichswirtschaftsamt soll gleichzeitig die Gewähr liegen, daß diese nicht länger als unbedingt notwendig bestehen und rechtzeitig mit ihrem Abbau begonnen wird. Mit der Kriegstrohstoffabteilung ist schon jetzt durch das gegenseitige Entsenden von Kommissären ein enges Zusammenarbeiten hergestellt. Soweit ein Bedürfnis dazu vorliegt, steht es dem Handel und der Industrie frei, sich selbst zu organisieren. Das ganze Bestreben des Reichswirtschaftsamtes geht dahin, in Bereitschaft zu sein, aber nicht Organisationen zu schaffen, die Jahr und Tag brauchen würden, um sich nach Friedens-
 Auf erst einzurichten.

Sehr weit gefördert ist die **Schiffsraumverteilung**. Es wird nicht davon geredet, jeder Branche eine bestimmte Menge unseres Schiffsraumes zuzuteilen, sondern der gesamte Schiffsraum soll einer Zentralabteilung zur Verfügung stehen, die jeden Augenblick frei disponieren kann, und die vor allen Dingen dafür sorgen haben wird, daß der Schiffsraum auch wirklich der deutschen Wirtschaft auf

itung

13./II. 1918.

Deutschlands und Oesterreich-Ungarns wirtschaftspolitische Zukunft.

Von einer Seite, die in berufener Verbindung mit der deutschen Weltwirtschaft steht, gehen uns die nachstehenden beachtenswerten Ausführungen zu. Wir geben diese Ausführungen, die den Gegenstand in eine andere Beleuchtung rücken, wieder, obwohl inzwischen schon von österreichischer Seite der Auffassung widersprochen worden ist, daß die eingeleiteten Verhandlungen die Bildung eines Zollbundes zum Ziele haben. Unser Gewährsmann schreibt:

Die öffentlichen Erörterungen, die sich an die seit längerer Zeit gepflogenen Verhandlungen zwischen den Regierungen des Deutschen Reichs und Oesterreich-Ungarns über die künftige Gestaltung der beiderseitigen zoll- und handelspolitischen Verhältnisse knüpfen, sind neuerdings zu der unwiderprochen gebliebenen Auffassung gelangt, daß letzteres in Frage stehe, eine deutsch-österreichisch-ungarische Zollunion herzustellen. Weder hat die deutsche Reichsregierung keine Vertreter aus Handel und Industrie herangezogen oder auch nur gutachtlich im Verlaufe dieser Verhandlungen gehört, so daß man auch in diesen eigentlich berufenen Kreisen über den Kurs, den unser handelspolitisches Reichschiff steuert, amtlich ununterrichtet geblieben ist. Wie ernst und besorgt man aber die werdenden Dinge an den Stellen aufsaßt, die das Interesse von Handel und Industrie unmittelbar als Beteiligte und dieses Interesse Vertretende zu wahren haben, mag sich daraus ergeben, daß diese Stellen durchaus mit der Möglichkeit einer solchen Zollunion oder ähnlicher Bindungen rechnen. Der Gedanke wird in Verbindung gebracht mit der Meinung, daß man von gewisser Seite bestrebt sei, die polnische Frage im Sinne einer Personalverbindung mit Oesterreich zu lösen. Man befürchtet von einer derartigen auch an sich unwillkommenen politischen Lösung dieser Frage, daß sich aus ihr die wirtschaftspolitische Folgerung einer gleichberechtigten Stellung des Deutschen Reichs und Oesterreich-Ungarns in dem zukünftigen Polen und damit die Unerläßlichkeit einer zu schaffenden Zollunion unter den drei Staatskörpern ergeben werde. In der Tat: Sollte die polnische Frage in diesem Sinne gelöst werden und damit ein zukünftiges polnisches Reich unter Personalverbindung mit dem Träger der habsburgischen Krone und unter Einbeziehung des österreichischen Galiziens entstehen, dann wäre es unleugbar ein ziemlich glatter Weg, um für Oesterreich-Ungarn und Polen eine Zollunion herzustellen. Um alsdann die Ausfuhr Deutschlands nach Polen nicht nahezu unmöglich zu machen, müßte, wie man meint, eben auch Deutschland in die Zollunion mit eintreten. Ohne Frage wäre aber ein solcher Preis hundertfach zu teuer! Die deutsche Ausfuhr nach Polen gewönne denn doch nicht die Bedeutung, um ihretwegen die handelspolitische Bewegungsfreiheit des Deutschen Reiches zu opfern. Denn um nichts Geringeres würde es sich handeln. Es wäre im Rahmen eines zollpolitisch geschlossenen „Mittleuropas“ — um einmal dieses Schlagwort kurz an die Stelle des in Rede stehenden Zustandes zu setzen — vielleicht möglich, für die Gegenwart einen handelspolitischen Ausgleich unter den vielen einander widerstrebenden Interessen der Mittelstaaten herzustellen; aber damit wären uns auch die Hände für die Zukunft gebunden, alle gangbaren Wege verlegt, um kommende Bedürfnisse und Wandlungen wirtschaftspolitisch zu lösen und gegeneinander auszugleichen. „Ausgleich!“ Oesterreich-Ungarn weiß seit langem ein Aed von seinen eignen innern Ausgleichen zu singen, und nun denke man an die Sisyphusarbeit der Zukunft, wirtschaftliche Ausgleichs etwa mit den dafür wenig naturveranlagten Polen herbeiführen zu sollen! Der enge eiserner Ring einer solchen Zollunion müßte jede bewegliche und anpassungsfähige Zoll- und Handelspolitik in Zukunft verhindern. Gerade deshalb aber trüge die Zollunion schon von vornherein ihr Sprengpulver in sich, denn das Bedürfnis der Staaten, sich frei nach ihren realen Erfordernissen zu regen, läßt sich eben nicht vertragsmäßig für lange Dauer einschnüren. Es wird überhaupt Sache der hohen Staats- und Reichspolitik sein, ihr Augenmerk auf eine glücklichere Lösung der polnischen Frage zu richten. Es gilt freilich nach wie vor das Wort, das dieser Tage ein Mann von ausgesprochenem Wirtschaftssinn geäußert hat: Wie man auch der Polenfrage zuleibe gehen mag, es ist und bleibt verkehrt! Es gibt aber doch Unterschiede, und so wird man vielleicht sehr gut tun, dafür zu sorgen, daß Polen nicht einseitig unter österreichischen Einfluß und damit ganz von selbst in eine enge währungs- und zollpolitische Verbindung mit Oesterreich gerät, um nur diese eine Folge hervorzubeben.

Wohl kann und soll man darauf bedacht sein, daß beide im Kriege verbündeten Reiche auch in handelspolitischer Hinsicht grundsätzlich bis zur Grenze der Möglichkeit vereint marschieren, sich beispielsweise gegenseitig in allen handelspolitischen Verhandlungen mit Dritten unterstützen und fördern. Es stünde also auch aus dem Gesichtspunkte unserer wirtschaftspolitischen Verfügungsfreiheit nichts entgegen, daß beide Reiche, soweit irgend tunlich, gemeinsame Richtlinien ausarbeiten und ein zolltarifarisiertes Schema miteinander vereinbaren. Solche Vereinbarungen könnten sehr wohl jedem einzelnen Staate bei seinen Verhandlungen mit Dritten als Grundlage dienen, ohne ihn im besondern abhängig zu machen und ohne ihn an einer selbständigen Handelspolitik nach Maßgabe seiner wirtschaftlichen Bedürfnisse zu verhindern. Ganz abgesehen von einer förmlichen Zollunion mit ihren verhängnisvollen Folgen, wären deshalb auch etwaige Vereinbarungen mit Oesterreich-Ungarn vom Abel, um eine gegenseitige Bevorzugung auf Kosten außenstehender Staaten zu gewährleisten. Denn das würde unsere bisherige Meistbegünstigungspolitik empfindlich beeinträchtigen und beschränken; es müßten neue Handelsverträge geschlossen werden auf der Grundlage, daß die an Oesterreich-Ungarn gewährte besondere Begünstigung den übrigen vertragsschließenden Ländern keinen Anspruch auf dasselbe Recht einräumt. Man kann sich unschwer ausmalen, zu welchen Widerständen, Reibungen, Zollschielen, kurz, zu welcher allgemeinen Wirtschaftskrieg das führen könnte. Ein solcher Zustand würde also geradezu darauf hinwirken, die noch neutralen Staaten unsere jetzigen Feinde in die Arme zu treiben und sie ihren noch unabsehbaren Einwirkungen handelspolitischer Art gefügig zu machen. Wie man gar auf solchem Wege zu befriedigenden Abkommen mit unsern jetzigen Gegnern gelangen sollte, bleibt vollends ein dunkles Geheimnis! Was wir brauchen, ist eine Gestaltung der Dinge, die die volle Möglichkeit lassen, daß Deutschland sich wieder auf den Weltmärkten betätigen, mit allen Ländern der Erde in den Güteraustausch eintreten kann, und zwar auf dem bewährten Wege unsrer bisherigen Meistbegünstigungspolitik. Etwas ganz anderes wäre es, wenn die Feinde von ihrer Seite — nicht mit großen Worten, sondern durch die Tat — einen gegen uns gerichteten Wirtschaftskrieg nach dem Kriege durchzuführen und durchzuhalten versuchen sollten. Dann ergäbe sich natürlich ein enger wirtschaftspolitischer Zusammenschluß der Mittelmächte gegen die feindseligen Randstaaten als ein unvermeidlich notwendiger Gegenzug der Abwehr von selbst. Wollte man aber schon jetzt diese Maßregel erklären, so würde wieder einmal Vernunft Unsinn und Wohltat Plage, denn man förderte damit offensichtlich nur die gewiß noch immer bestehenden Bestrebungen auf feindlicher Seite, Deutschland und die übrigen Mittelmächte vom Weltverkehr abzuschneiden und für dies Beginnen den Schein eines guten Rechtes zu gewinnen.

Aber die verschiedenen Ideologien, die sich in manchen Köpfen mit dem Begriff „Mittleuropa“ verbinden und die mehr Poesie als Realpolitik sind, möchten wir hier nichts weiter vorbringen. Einhermetisch abgeschlossenes, aus sich selbst heraus immer wieder sein wirtschaftliches Lebensblut schöpfendes und damit sich selbst genügendes Wirtschaftsreich im Herzen Europas ohne Anichluß an die ins Weltfreie hinaus führenden Kanäle für den Abfluß unsrer überschüssigen Erzeugung und den Zustuß der uns notwendigen Rohstoffe wäre auf die Dauer so etwas wie eine Verwandschaft, führte zur Verkümmern. Dem gefunden und klaren Denken kann sich ein solcher Zustand immer nur als ein Nothelfer darstellen. Selbstverständlich soll damit die wirtschaftliche Ausschöpfung der im Begriff Mittleuropa gegebenen Möglichkeiten und die große Bedeutung des ganzen Begriffs an sich durchaus nicht verkannt sein. Je mehr man in diesem Sinne für Mittleuropa tun kann, ohne die Betätigung der Völker auch über diese Grenze hinaus zu binden, um so besser ist es. Eines nicht an Stelle des andern, sondern das eine neben dem andern! Wenn auch Oesterreich-Ungarn den Ertrag seiner Landwirtschaft sehr wohl steigern und damit seinen deutschen Bundesgenossen mit manchem wichtigen Gut ausshelfen könnte, so ist doch nicht zu vergessen, daß eine solche Steigerung des Landbaus, der Viehzucht und dergleichen verhältnismäßig bald keine Grenze erreichen würde, eine Grenze, die sich aber keineswegs mit der Grenze unsers Bedürfnisses deckte. Im wesentlichen würde eine landwirtschaftliche Steigerung die Ausgabe Ungarns sein; man darf aber nicht übersehen, daß die amtlichen Stellen Ungarns und auch die wirtschaftlichen Betätigungen seiner Bevölkerung viel eher darauf ausgehen, die Leistungsfähigkeit des Landes in industrieller Richtung zu steigern. Dagegen wäre durch eine schrankenlose Verkittung beider Reiche unsere eigene Landwirtschaft einer verhängnisvollen Überflutung durch die billiger herzustellenden Erzeugnisse der österreichischen und ungarischen Landwirtschaft ausgekehrt, und auf der andern Seite würde die Industrie des Nachbarreiches von der ungleich leistungsfähigeren und stärkeren Deutschlands, die ihrerseits natürlich für den Anhang ihre Vorteile dabei hätte, vermögen an die Wand gedrückt werden, daß ein Gegenbruch entstehen und schließlich doch wieder zu einer gewaltigen Umgestaltung der so naturwidrig aufgebauten Verhältnisse führen müßte.

Alles in allem: das Feldgeschrei sei nicht „Die Weltwirtschaft — die Mittleuropa“, sondern man erstrebe mit hohem Ernst und heiligem Bemühen die Bewegungsfreiheit des einzelnen Staates auf einer gemeinsamen auszubauenden wirtschaftlichen Grundlage Mittleuropas mit offenem Zugang zur Weltwirtschaft. Es wäre dringend erwünscht, daß unsre berufenen wirtschaftlichen Vertretungen diese für Deutschlands Zukunft ohne Frage höchst wichtigen Grundzüge an maßgebender Stelle mit Entschiedenheit zum Ausdruck brächten.

17. II. 1918
Sonntag, 17. Februar 1918

Zeitung

1704

Gelehrten Sachen

Nach 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 24 M ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile. Stellengesuche 70 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Preis SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Das Wesen der Gemeinwirtschaft

Worte der Abwehr.

Von

W. v. Moellendorff.

Geheimrat Niefer veröffentlichte vor einiger Zeit einen Auszug aus dem Vortrag, den er im „Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands“ gehalten hat, und der im Wesentlichen aus einer Polemik gegen Rathenau und Wehning besteht. Meine Schrift über „Deutsche Gemeinwirtschaft“ (1916 im Verlag von Karl Siegmund, Berlin) zerstückelt er zitatum, ohne sie zu erwähnen; trotzdem wird er es mir nicht verübeln, wenn ich zur Abwehr selbst das Wort ergreife.

Geheimrat Niefer zitiert manchmal fälschlich und erweckt beispielsweise den Anschein, als ob ich der deutschen Wirtschaft eine Kräfteohnmacht für die Kriegszeit angedichtet hätte; tatsächlich habe ich deutlich von einer Bewußtseinsohnmacht nach dem Kriegsausbruch gesprochen, von jenem Herbst 1914, wo man die Arbeitslosigkeit, den Hungerstreik beschränkte und unfruchtbare Staatsaufträge heischte. Um die Kenntnis meiner Personalia, auf die er im Zusammenhang mit der Sache gelegentlich anspielt, scheint er sich nicht bemüht zu haben; Berichtigungen kann er, wenn er sie wünscht, jederzeit brieflich von mir erhalten. Nur etwas muß ich hier schon streifen, daß er nämlich die im Kreise der chemischen Industriellen allerdings allbekannte Tatsache verschweigt, die (meines Wissens allgemein als unentbehrlich und nützlich gebilligte) Kriegskemikalienwirtschaft sei lange Zeit mein Rhodus gewesen.

Er hatte also Gelegenheit, sich mit dem Täter auseinanderzusetzen: warum beschränkte er sich auf ein Geplänkel mit dem „Schriftsteller“? Warum schob er das nächstgelegene Konkrete beiseite und schlug sich mit dem Abstrakten herum? Es ist freilich bequem, den singulierten Liebhaber einer mißbeliebten J.C.O. statt des faktischen Erfinders einer erfolgreichen R.A.N. zu demolieren. Aber ist es mehr wert als ein Luftspiel? Wie dem auch sei, ich nehme in Anspruch, die Kriegsdauer von Anfang an vieljährig, die wirtschaftlichen Kriegsvorgänge als grundstürzende Umwälzungen rechtzeitig und richtig eingeschätzt zu haben, damals, als die große Mehrheit der Wirtschaftler noch an eine kurze glatte Wirtschaftspause dachte, und ich möchte mit diesen nebenläufigen persönlichen Bemerkungen jene paritätische Diskussionsbühne wiederherstellen, die zu verschwinden droht, wenn der eine sich aufs Fachmannatbeder stellt und den anderen auf die Dilettantenschulbank verweist. Jeder hilft und dient seinem Vaterlande auf seine Art nach bestem Wissen. Ist dieser Standpunkt auf Gegenseitigkeit abgemacht, so mag die Unterhaltung beginnen:

Meinetwegen können Geschmacksfragen außer Ansatz bleiben; denn es kommt ja bei der Erörterung von Zweckmäßigkeiten wirklich nicht entscheidend darauf an, ob einem der Händler, der Unternehmer, der Beamte gut gefällt. Aber Geheimrat Niefer argumentiert so vielstündig mit dem reinen Werturteil, betont so heftig die Divergenz der Weltanschauungen, daß man nicht ganz daran vorübergehen darf: Unserer, der hinter die Kulissen der Bürokratie zu gucken überreichlich gezwungen war, braucht über gewisse Schönheitsfehler wahrlich nicht erst belehrt zu werden. Rathenau trifft den rechten Ton für unsere Stimmung, wenn er neuerdings wieder einmal klagt, „unserer Gesetzgebung habe beständig ein Zug kleinbürgerlicher Kantiläne an“. Seine und meine Schriften fußen auf dem Optimismus, in der Heimat des kategorischen Imperativs könne es nicht unmöglich sein, sich, wenn es nottut, gütlich zu verbeamen, ohne in Affessorismus zu verfallen, wie denn ja auch das Militär nicht nur Feldwebelelei darstelle. England, nicht Frankreich — schöpferische, nicht verklümmerte Gemeinwirtschaft schwebt uns als Ziel der Zukunft vor; es geht nicht an, dies Ziel mit irgendwelchen Mißwirtschaften gleichzusetzen.

Wenn nun die Nachhaber der privatrechtlichen Wirtschaft für sich die „eigene freie Betätigung des persönlich für seine Arbeit und seine Arbeiter vor seinem Gewissen und vor der Gesamtheit verantwortlichen Unternehmers“ fordern, so verlangen sie Vorrechte der Verantwortungsform, wollen gewisse letzte Berufungen von ihrem Gewissen allein empfangen, dulden außer Angebot und Nachfrage keinen Richter über sich, außer Erwerb und Erfolg keinen Maßstab, außer selbstgewollter keine Hemmung, außer der Steuer keinen Zwang. Mir ist vom Blute her die Neigung zum stolzen Geschlecht der Junker, Ritter — und seien es selbst Rouberritter — durchaus geläufig; dennoch kann mein Verstand nicht beklagen, daß es heutzutage Generale und Minister liefern muß, ja, ich bemerke mit Genugtuung, daß ihm dabei nicht einmal immer der innere Wert und die äußere Haltung abhandeln kommen. Hoffentlich ergreift es den Wirtschaftsführern bei ihrer Umprägung zu verantwortlichen Staatsdienern ebenso: auf ihren Gottesgnadenbahn kann man verzichten.

Was die Bedeutung der Freiheit alles Willkür beim Geschäftemachen anlangt, so halte ich mich auf der einen Seite an Luther, Frick von Preußen, Fichte, List, Lagarde (vergl. „Bon Einst zu Einst“ 1917 im Verlag von Eugen Diederichs, Jena) und überlasse meinen Kontrahenten gern, Schurzheilige ihres Ethos anzurufen; auf der anderen Seite erinnere ich an die privaten Kartelle, Syndikate usw., an die Interessengemeinschaft der Chemiker (um auch ein Beispiel aus den Rückwirkungen der Kriegswirtschaft zu nennen), an Lamprechts Friedensdarstellung vom Anbruch einer

Etatsberatung im Reichstag.

Der Reichstag zeigte heute in seiner ganzen Physiognomie, daß eine wesentliche Beruhigung und Besänftigung eingetreten ist, wenigstens soweit die Parteien der Rechten in Betracht kommen. Von der äußersten Linken her sind freilich Ueberraschungen nicht ausgeschlossen, aber sie werden nichts an der Tatsache ändern, daß von der Mehrheitsregierung und der Mehrheitsbildung im Reichstag ein Einfluß ausgeht, der Störungen in erhöhtem Maße auszuschließen geeignet ist, als das bei den reinen Beamtenregierungen der Fall war.

Der erste Redner war der Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei Dr. Wiemer, der sich verhältnismäßig kurz faßte, und in den Fragen der inneren wie der äußeren Politik der Regierung das volle Vertrauen aussprach, meinte, die Erregung der Konservativen, die sich in dem Sturm gegen Payer gezeigt habe, sei lediglich darauf zurückzuführen, daß sie ihre Herrschaft wanken fühlen.

Ihre eigene Schuld sei, wenn sie jetzt mehr oder weniger ausgeschaltet sein. Vielleicht ist diese Äußerung, die wie eine Absage klang, für die Konservativen ein Anlaß, sich zu überlegen, ob sie diese Politik, die sie in eine so unbequeme Lage gebracht hat, nun dauernd festhalten wollen.

In den langen, mit großer Aufmerksamkeit angehörten Äußerungen des Nationalliberalen Führers Dr. Stresemann fanden die außenpolitischen Bemerkungen Beifall bei einem sehr großen Teile des Hauses einschließlich der Rechten. Daß Herr Dr. Stresemann in den Ostfragen sich zu einer kurzfristigen Politik bekehrt hat, ist nicht neu.

Ebenso wenig konnte Ueberraschen, daß er gegen die Vorwegnahme der belgischen Frage Bedenken äußerte, zu denen die Rede des Reichskanzlers begründeten Anlaß bot. Ueber die Notwendigkeit, eine Kriegsentwädigung von Rumänien zu erlangen, wenn auch nicht in Geld, sondern in wirtschaftlichen Werten, wußte der Redner eine Reihe von Beweisstellen anzuführen, die ihren Eindruck nicht verfehlten. Man hörte u. a. mit heiterem Interesse, daß der Abgeordnete früher gedroht hat, er werde handgreiflich werden, wenn man ihm noch einmal nachsage, er habe den Ausspruch getan: Jeder trage seine Last.

Sitzung vom 27. Februar.

Am Bundesratstisch: v. Payer, Graf Roeder, Dr. Solf, Wallraf.

Ein Antrag des Vorsitzenden des außerordentlichen Kriegsgerichts in Bremen zur Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Henke wegen Anstiftung bzw. Beihilfe zum Vergehen gegen das Gesetz über den Belagerungszustand wird abgelehnt.

Abg. Dr. Wiemer (Up.):

Den Auffassungen des Abg. v. Henkebrand über äußere und innere Politik steht die Mehrheit des Reichstages entgegen. Auf diese Mehrheit stützt sich die Regierung in ihrer Politik. Unsere Verhandlungen stellen einen Fortschritt auf der Bahn parlamentarischer Entwicklung dar. Den Erklärungen des Reichskanzlers über die auswärtige Politik haben die Vertreter der Mehrheit zugestimmt, soweit sie bisher gesprochen haben. Auch wir tun das.

Wir erklären uns einverstanden mit den Bedingungen des mit Rußland jetzt abzuschließenden Friedensvertrages, vorbehaltlich der Nachprüfung des Vertrages selbst. Wir sprechen dabei den Wunsch aus, daß die Reichsregierung auf den baldigen Rücktransport der verletzten Ostpreußen mit aller Kraft hinarbeiten müsse. (Beifall.) Auf die Ostfragen gehen wir jetzt nicht näher ein, sie werden ja später eingehend erörtert werden. Soviel sei gesagt, daß auch wir größtes Gewicht auf die Wiederherstellung guter und freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland legen. (Beifall bei der Opt.) Wir glauben nicht, daß dieses Ziel nur durch Erfüllung der Forderungen der Bolschewiki erreicht werden kann. Der Artikel I des Friedensvertrages spricht davon, daß beide Nationen entschlossen sind, in Frieden und Freundschaft weiter zusammenzuleben. Wenn die russische Regierung diesen Artikel jetzt unterzeichnet, so wird sie auch in seinem Sinne handeln.

Wir stellen uns auf den Boden der Erklärungen des Kanzlers, daß uns Eroberungen fern liegen. An der Stärke der deutschen Position, die in dem Gedanken des Verteidigungskrieges wurzelt, darf nicht gerüttelt werden. (Beifall links.) Nur durch das Festhalten an diesem Gedanken wird verhindert werden können, daß der eiserne Ring, der jetzt durch die unvergleichliche Tapferkeit unserer Heere zerprengt ist, sich wieder zusammenschließt. (Sehr wahr! links.)

Wir billigen auch, was der Reichskanzler über Belgien gesagt hat. Bei allen Parteien besteht Einverständnis darüber, daß wir Belgien nicht behalten wollen. Dieses gemeinsame Ziel aber wird nicht gefördert durch Ausführungen, wie sie gestern Herr v. Henkebrand über Belgien gemacht hat. (Sehr wahr! links.) Einzelheiten werden am Beratungstisch zu regeln sein. Jetzt genügt zur Wahrung der deutschen Interessen die Forderung des Reichskanzlers, daß Belgien nicht wieder der Lummelsack feindlicher Mächte werden darf. Ist diese Voraussetzung erfüllt, dann wird die Wiederaufnahme guter Beziehungen zu Belgien, die wir im Interesse beider Nationen lebhaft wünschen, keine Schwierigkeiten machen. (Sehr wahr! links.) Herr v. Henkebrand hat gestern von einem Zurückweichen von früheren Forderungen gesprochen und hat dabei auf den Fürsten Bismarck verwiesen, der es verstanden habe, militärische Erfolge auch politisch auszunützen. Dabei hat sich gerade Fürst Bismarck wiederholt bitter darüber beklagt, daß ihm von den Militärs alle möglichen Schwierigkeiten gemacht würden, und hat es abgelehnt, der militärischen Ressortpolitik entscheidenden Einfluß auf die Staatspolitik einzuräumen. (Sehr wahr! links.)

Auch die Ausführungen des Herrn v. Henkebrand über die Wilsonschen Friedensgrundlagen waren nicht gerade von Zustimmung getragen. Wir brüden im Gegensatz zu ihm unsere vorbehaltlose Genugtuung über die Erklärungen des Kanzlers gegenüber Wilson aus. (Beifall links.) Wir fügen dabei nicht hinzu, wie wir sie auffassen. Auch ein Erbittet aus der Michaelizeit und kein gutes! (Heiterkeit und Sehr richtig! links.) Wir glauben, daß die vier Grundlagen Wilsons die Voraussetzung bilden können für die Schaffung eines allgemeinen Friedens und für die Verhinderung künftiger Kriege. Die ganze Welt sehnt sich nach Frieden und das deutsche Volk will ihn aus tiefster Seele. Der Reichskanzler hat erklärt, daß die Welt vor schicksalsschwersten Entscheidungen stehe, und die Welt weiß, was dieser Hinweis bedeutet. Das deutsche Volk wünscht aus heißem Herzen, daß die schweren Blutopfer vermieden werden möchten. Wollen aber unsere Feinde aus Haß oder aus Eroberungslust den Kampf fortsetzen, dann werden sie von neuem erfahren, daß die deutsche Kraft ungebrochen ist, ungebrochen der Wille des deutschen Volkes zur Verteidigung des Vaterlandes, zur Erhaltung seiner territorialen Unverletzlichkeit und mit Ruhe und unerschütterlichem Vertrauen auf unser kampferprobtes Heer und auf seine Kühn weitausschauende Führung sehen wir den kommenden Entscheidungen entgegen. (Beifall.)

Bei der inneren Politik hat der Abg. v. Henkebrand seinem Unwillen darüber Ausdruck gegeben, daß die konservative Partei nicht so völlig ausgeschaltet sei. Wenn die Umschaltung wirklich erfolgt ist — die Haltung der konservativen Partei ist

selbst daran schuld. (Sehr richtig! links.) Es ist das gute Recht der Konservativen, die politische Haltung des Vizekanzlers zu bekämpfen, und niemand verlangt, daß sie schweigen soll. Aber sachlich hat der Abg. v. Henkebrand die Rede des Vizekanzlers in keiner Weise widerlegen können. Die Rede des konservativen Führers war wohl temperamentvoll in der Form, aber überaus mager in ihrem Inhalt und sie hat letzten Endes die Berechtigung der Rede des Vizekanzlers nur erwiesen. (Sehr richtig! links.) Die gestrige kurze Rede des Reichskanzlers hat klar gezeigt, wie verfehlt die Bemerkungen sind, einen Gegensatz zwischen dem Reichskanzler und seinem Stellvertreter zu konstruieren. (Sehr richtig! links.) Mit Recht hat Herr von Payer Sicht und Schatten gleichmäßig verteilt und Verstöße gegen das Gebot des Zusammenhaltens nicht nur auf der Linken, sondern auch auf der Rechten gesehen. Verlangen denn etwa die Konservativen, daß ein Minister bei ihnen Halt machen soll, wenn es sich darum handelt, unerfreuliche Erscheinungen des öffentlichen Lebens festzustellen? Die Zeit ist vorbei, wo solche Sünden der äußersten Rechten gegen die Einheit und Geschlossenheit des Volkes vom Ministerialisch ungerügt blieben. (Sehr gut! links. — Unruhe rechts.) Ich erinnere nur an die Agitation der Vaterlandspartei und an den jüngst von Herr v. Tirpitz selbst wieder entfehlten Streit über den Beginn des U-Boot-Krieges. In Köln hat Herr v. Tirpitz erklärt, die Vorbereitungen zum U-Boot-Krieg hätten zu lange gedauert. (Hört, hört! links.) Damit hat er doch gegen irgend jemand einen Vorwurf erheben wollen. Wir greifen sein Wort auf. Aber wenn das richtig ist, so frage ich, wer die Schuld daran trägt, und die Antwort muß lauten: tua culpa, tua maxima culpa! (Sehr richtig! links.) Es kann nur darüber gestritten werden, ob bei den Auseinandersetzungen der letzten Zeit mehr von der äußersten Rechten oder von der äußersten Linken gesündigt worden ist. (Verhohle Zustimmung b. d. Volkspartei. — Großer Lärm rechts.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Die Worte des Reichskanzlers und des Vizekanzlers liefen darauf hinaus, möglichst den Bürgerfrieden wiederherzustellen und ich bitte daher die Redner, sich zu bemühen, diesen Worten zu folgen.

Abg. Dr. Wiemer (fortfahrend): Ich bin vollständig damit einverstanden, aber ich kann die Erregung der Konservativen nicht begreifen. Wir müssen das Recht haben, anzusprechen, daß auch von rechts alles vermieden werden muß, was Erregung in das Volk hineintragen kann. (Beif. Zustimmung links. — Unruhe rechts.) Sind denn den Konservativen die unerfreulichen Vorkommnisse der letzten Zeit unbekannt? Kennen sie nicht das Wort eines ihrer Anhänger: Vox populi, vox Rindvieh! (Hört! hört! links.) Welche Schmähungen hat sich die Reichstagsmehrheit gefallen lassen müssen! Noch jüngst hat auf der Bündlerversammlung Herr v. Oldenburg von der „niederträchtigen Friedensresolution“ gesprochen, mit der die Reichstagsmehrheit der Armee in den Rücken gefallen sei. (Hört! hört! links.) Der Reichstag kann nicht beleidigt werden durch solche Worte eines Mannes, der die Gründe für jene Reichstagsentscheidung ebensowenig richtig einschätzen weiß, wie die Tragweite seiner eigenen Worte. (Sehr gut! links. — Unruhe rechts.)

Will Herr v. Henkebrand weiter im Ernst das unglücklich Wort verteidigen von dem Kanzler, der nichts taugt, wenn nicht auf ihn geschossen würde, der aber selbst auch schließen müsse. (Unruhe rechts.) Dieses Spiel mit dem Bürgerkrieg ist eine böse Losse Leichtfertigkeit. (Beif. Zustimmung links.) Der Vizekanzler war nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, solchen Ausschreitungen entgegenzutreten. (Sehr wahr! links.) Herr von Henkebrand hat gestern gesagt, es sei ein Affront sondergleichen, wenn man seine Partei auf eine Stufe stelle mit Parteien, die die Mittel zur Kriegführung verweigert hätten. Zunächst hat der Vizekanzler das gar nicht getan. Aber wenn es geschehen wäre, was wäre denn dabei? Wie oft haben sich in diesem Hause bei Abstimmungen äußerste Rechte und äußerste Linke zusammengefunden! (Sehr gut! links. — Lachen rechts.) Und schließlich ist Herr v. Payer nicht als Bürokrat, sondern als Vertreter bestimmter politischer Ansichten in den Reichstag eingetreten. Das Vertrauen der konservativen Minderheit würde er nur gewinnen können, wenn er konservative Politik machen würde. Das ist aber nicht seine Aufgabe als Mitglied der Regierung. Die ganze Erregtheit und die Empfindlichkeit der Rechten rührt nur daher, daß der Vizekanzler eine andere Politik, als die konservative Partei es wünscht, hier vertreten hat. (Sehr richtig! links.) Wenn früher Mitglieder der Regierung Parteien des Hauses angriffen, Subel herrschte auf den konservativen Bänken. Die letzte Regierung ist nur der Ausdruck des Zornes darüber, daß die Herrschaft der Junker ins Wanken gekommen, daß die konservative Politik erfolglos geblieben ist. (Sehr wahr! links.) Die ganze Richtung paßt den Herren nicht. Wir aber freuen uns des neuen Kurses und wir hoffen, daß er gute und erfolgreiche Arbeit leisten wird. (Beifall links.)

Die Steuerfrage.

Nun zum Etat selbst. Er ist wieder ein rechter Kriegsetat und bildet kein genaues Bild der Wirklichkeit. Die harte Wirklichkeit spricht allein aus den Zahlen, die für die Verzinsung der Reichsschuld eingesetzt sind. Ueber die neuen Kriegssteuern wird später zu reden sein. Unter keinen Umständen aber darf der neue Etat eher verabschiedet werden, ehe nicht die neuen Steuern bewilligt sind. Der alte Streit zwischen direkten und indirekten Steuern wird wieder aufleben, und der Steuerpartikularismus der Einzelstaaten wird sich wieder Geltung zu verschaffen suchen. Hier gilt es: Fort mit allen Reservatrechten der Bundesstaaten, das Reich geht vor! (Beifall links.) Die Fürsorge für die Beamten verdient unsere ernste Aufmerksamkeit. Die Beamten-schaft muß leistungsfähig und intakt erhalten bleiben. (Sehr richtig!) Die Zuwendungen an die Beamten müssen eine wirkliche Hilfe darstellen. Mittelstand und Handwerk haben unter dem Kriege am meisten gelitten, und deshalb verdienen auch diese wichtigen Faktoren des Wirtschaftslebens unsere Unterstützung. Sie zu stärken wird eine der wichtigsten Aufgaben nach dem Kriege sein. (Zustimmung.)

Wir verkennen nicht, daß manche Einrichtungen der Kriegswirtschaft nützlich gewirkt haben, aber wir wünschen nicht, daß Organisationen, die nur für den Krieg geschaffen worden sind, verewigt werden. (Sehr richtig!) Wir wollen möglichst bald aus der Kriegswirtschaft herauskommen. Verschiedenheiten in der Behandlung von Stadt und Land auf dem Gebiete der Ernährung haben große Verwirrung hervorgerufen. Die Bestimmungen über die Abschlägungen waren verfehlt. Die städtische Bevölkerung verkennt nicht die Schwierigkeiten der Landbewohner. Wer man hat vielsach auf dem Lande die Interessen der Moomeinheit hinter die eigenen Interessen zurückgestellt. (Sehr richtig! links.)

Sonnabend, 2. März 1918

Zeitung

704

gelchrten Sachen

Morgen-Ausgabe aufgefahrt

26 * Fernsprech. Zentrale. Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800.
11 801. 11 802 bis 11 850. sowie 15 280. 15 281. 15 282 bis 15 291.

kommen.

che Gräben bei Tabure erobert.

Mitteleuropa in der Weltwirtschaft.

Von

D. Fr. Raumann,

Mitglied des Reichstags.

Es hat fürchte Leute gegeben, die aus irgendeinem Grunde so getan haben, als würde die Aufrichtung einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft als Kriegsruß, Provokation gegenüber der angelsächsischen Wirtschaftswelt wirken. Fürchte nenne ich sie deshalb, weil es überhaupt gar keinen verständlichen Anlaß zu solchen Befürchtungen oder Behauptungen geben kann. Zwar hat die Pariser Wirtschaftskonferenz von 1916 beteuert, die Idee Mitteleuropa sei ein Kampfprogramm, aber das geschah nur, um ein wirtschaftliches Abschließungsprogramm als Antwort formulieren zu können. Geglaubt wird es von den Wirtschaftspolitikern keiner haben, daß wir Mitteleuropäer die übrige Welt zu dauernder Wirtschaftsgegnerschaft aufrufen wollen, denn das würde ja eine glatte Unmöglichkeit sein. Auch kann man mit voller Sicherheit behaupten, daß alle Mitteleuropaliteratur an dem künstlich zurechtgemachten Mißverständnis unschuldig ist. Weder mein Buch „Mitteleuropa“, noch irgendeine andere Schrift verwandter Richtung enthält etwas, was wie Abschließungs- oder Kampfwille aussehen könnte.

Darüber muß volle Klarheit sein und besteht auch keine Meinungsverschiedenheit unter allen Freunden der mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft, daß Mitteleuropa niemals autarkisch sein kann, das heißt, daß es niemals von fremder Zufuhr unabhängig dastehen wird. Wir können machen, was wir wollen, können wieder Kolonien erwerben oder Ersatzstoffe pflegen oder unsere Bedürfnisse einschränken, so wird uns keiner dieser Wege dahin führen, von überseeischer Zufuhr frei zu sein, denn wir brauchen Baumwolle, Wolle, Kupfer, Schmalz, Futtermittel, Öl und hundert andere Massenartikel, wir verlangen nach Kaffee, Kautschuk, Tabak, Mais, nach guten Hölzern, Fellen, Pelzen und so weiter. Im Kriege zwar halten wir es einige Jahre aus, von der Weltwirtschaft getrennt zu sein, aber dann werden wir desto durstiger wieder nach Welthandel verlangen und daran ändert der Zusammenschluß mit Oesterreich-Ungarn gar nichts. Er kann es nicht und soll es nicht!

Oesterreich-Ungarn ist in Naturprodukten ein Einfuhrland wie Deutschland, wengleich seine Bedürfnisse der Menge nach geringer sind. Auch Oesterreich und Ungarn brauchen alles das, was ich eben aufgezählt habe und je mehr sie in die Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Deutschen Reiche hineinwachsen, desto mehr werden sie uns weltwirtschaftlich ähnlich. Indem wir uns an Oesterreich-Ungarn anschließen, suchen wir weniger eine Ergänzungswirtschaft als eine Verstärkung der eigenen Richtung. Es wird nach der Wirtschaftsverschmelzung kein Ballen Baumwolle weniger gekauft, kein Sack Kaffee, kein Delfisch. Warum ein Amerikaner etwa von seinem Standpunkte aus sich darüber aufregen sollte, daß wir gemeinsam arbeiten wollen, ist glatt unerfindlich. Unser Bedarf an Tropenprodukten oder Englandwaren wird durch die Fusion in keiner Weise betroffen. Das muß vor allem auch denjenigen Hamburgern gesagt werden, die vor Mitteleuropa als einer Gefahr für den Ueberseegroßhandel warnen. Sicher haben die Hamburger allen Anlaß, sorglich und ernsthaft in die Zukunft zu blicken und die Reichsverwaltung und der Reichstag haben ja auch die Veredigung dieser Sorgen praktisch genügend anerkannt, aber mag das Bild der künftigen Handelschiffahrt dunkel sein, so ist daran Mitteleuropa völlig unschuldig. Man sorgt sich in Triest und Fiume im Verhältnis der Umsätze ebenso wie in Hamburg und Bremen. Worin aber die Hamburger und Triester etwa recht haben können, ist höchstens die beiderseitige Abneigung vor allzu großer Beamtenbemutterung des Außenhandels. Sie haben ein gewisses, undeutliches Gefühl, Mitteleuropa könnte ein bürokratisches Kunstprodukt werden, und das wollen die Seestädte um keinen Preis.

Hier liegt in der Tat eine wirkliche und nicht eine eingebildete Gefahr, und zwar nicht nur für den Seehandel, sondern für alle freien Geschäfte: Mitteleuropa kommt wie ein Schild-

Kriegsgewinne.

Von
Georg Bernhard.

Im Anfang war der Preis! Dieser Satz gilt für die Warenerzeugung im Frieden. Der Preis beherrscht den Kauf und die Bestellung, er regelt den Abfluß und den Zufluß der Güter, um den Preis wird mehr gefeilscht als um die Qualität. Der Markt regiert die Ware, der Preis aber ist der König des Marktes.

Im Kriege zeigt die Wirtschaft ein verändertes Gesicht. Der Markt verschwindet, der Preis wird entthront, die Ware verliert den kapitalistischen Verkehrscharakter, sie wird Verbrauchsgut. Um sie zu erlangen, fragt man nicht mehr nach dem Preis. Was die Ware kostet, wird nebensächlich. Man will Kanonen, Gewehre, Patronentaschen, Granaten, Uniformen. Gleichgültig, wer sie herstellt, gleichgültig, wer sie beschafft und gleichgültig, was sie kosten.

Gleichgültig ist das alles für den, der diese tausendmal wichtigen Dinge braucht. Gleichgültig aber nicht für den, der sie herstellen soll. Es gab zu Anfang des Krieges zwei Wege für die Erlangung von Kriegsmaterial. Der erste: Man konnte alle Betriebe militarisieren. Genau wie jeder Deutsche seinem Vaterlande mit der Waffe dienen muß, so toni man die industrielle Dienstpflicht erzwingen. Dann hatte jeder, vom Generaldirektor bis zum Kohlenschipper, als Soldat an seinem Posten in der Fabrik zu arbeiten. Den Arbeitern würden die Durchschnittslöhne, den Angestellten und Direktoren die Durchschnittseinkommen, den Aktionären und Geschäftstesthabern eine Durchschnittsrente der letzten Friedensjahre zu verbürgen gewesen sein. Kein Zweifel, daß um viele Millionen, ja vielleicht um Milliarden billiger viel Kriegsgesetz auf diese Weise hätte beschafft werden können. Mehr als fraglich aber, ob die Menge der Erzeugung auch nur annähernd den Riesenmassen gleichgekommen wäre, die wir aufgestapelt und verbraucht haben. Aus diesem Bedenken heraus wählte man denn auch den zweiten Weg: Man wog nicht ängstlich die Preise, die man zahlte. Man gewährte bewußt große Gewinne, um die Zahl der Kriegsfabrikanten zu vermehren, um die Umstellung von der Friedensarbeit zum Kriegshandwerk zu erleichtern. Man ließ die kapitalistische Form des Privatbesitzes an Produktionsmitteln unverändert, und Direktoren, Angestellte, Arbeiter und Aktionäre waren zufrieden. Und der Staat zunächst auch.

Dieses an sich gesunde Prinzip wurde zum ersten Male übertrieben bei der Durchführung des Hindenburg-Programms. Es galt damals, die Erzeugung noch mehr zu steigern als bisher und vor allem die starke Steigerung in kürzester Zeit durchzuführen. Man wollte die Leistungsfähigkeit verdoppeln. Wieder sollte der Preis den Anreiz dazu bilden. Und man stellte zunächst den Eisenherstellern die Frage, welchen Preis sie brauchten, um die gewünschte Erweiterung und Beschleunigung durchzuführen. Die Fabrikanten waren nicht schlichtern. Aber die Militärverwaltung bewilligte damals den Preis, weil sie dem Versprechen traute, daß die Fabrikanten das zugesagte Maß der Erhöhung durchführen würden. Es soll heute nicht untersucht werden, woran es lag, daß die Erhöhung der Produktion im versprochenen Maße nicht durchgeführt wurde. Aber immerhin läßt sich nicht leugnen, daß der Reiz des hohen Profits eine starke Vermehrung der Erzeugung zur Folge hatte. Eine Vermehrung, die unseren Truppen an allen Fronten zugute kam. Allein auf der anderen Seite steht es fest, daß von jener hohen Festsetzung der Eisenpreise gegen Schluß des Jahres 1916 die Welle der allgemeinen Verteuerung und Geldentwertung sich durch ganz Deutschland, durch alle Warengebiete, durch alle Lohnbüros fortpflanzte. Eins zog das andere nach sich. Damals entstanden die größten Riesengewinne.

Was aber bei der Durchführung des Hindenburg-Programms vor sich ging, war höchstens eine Uebertreibung. Der Grundsatz selbst war vorher festgelegt. Und er ward in einem unterirdischen Kampf, der sich entspann, von neuem festgelegt und bestätigt. Wenn man sich diese Dinge vor Augen hält, so mutet die Verhandlung, die zwei Tage lang im Hauptauschuß des Reichstages über die Kriegslieferungen geführt wurde, etwas merkwürdig an. Der Unterausschuß des Reichstages für die Prüfung der Preisgestaltung des Waffen- und Munitionsbeschaffungsamtes hat plötzlich die Kriegsgewinne entdeckt. Plötzlich, nachdem bereits zwei Jahre die Kriegsgewinnsteuern bestehen, deren Ertrag man bisher auf 6 Milliarden Mark schätzt, und die jeder, der sich mit Finanzreform-Plänen trägt, heute schon für die Zukunft mit einer Summe einstellt, die diesen Betrag um ein vielfaches übertrifft.

Der Economist.

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen. Die Kapitalvermehrungen.

Wien, 9. März.

Nur zögernd und nach langer Erwägung hat sich die Ungarische Kreditbank dazu entschlossen, neuerlich an die Erhöhung ihres Eigenkapitals zu jähren. Die meisten großen und mittleren ungarischen Finanzinstitute haben im letzten Spätherbst — zum zweitenmal im Zeitraum eines einzigen Jahres — Kapitalvermehrungen durchgeführt. Als die Pesther Kommerzbank zur Ausgabe neuer Aktien am Beginne des heurigen Jahres schritt, war damit die Gewißheit gegeben, daß auch die Ungarische Kreditbank den gleichen Weg gehen müßte. Die Kommerzbank hat durch zwei Kapitalvermehrungen an Aktienkapital 37,5 Millionen, an offenen Reserven 26,5 Millionen Kronen gewonnen und ihr gesamtes eigenes Vermögen hiedurch auf 317 Millionen Kronen emporgehoben. Die Ungarische Kreditbank hat im letzten Frühjahr ihr Aktienkapital von 80 auf 120 Millionen Kronen vermehrt und hiedurch 85 Millionen Kronen neues Geld erworben; das Ausmaß der zweiten Kapitalvermehrung sieht noch nicht fest, es kann aber kaum einem Zweifel unterliegen, daß sie der vorjährigen zumindest gleichkommen und daß die neu zufließenden Gelder infolge des seither gestiegenen Aktienkurses die Höhe von 100 Millionen Kronen erreichen dürften, so daß das eigene Vermögen in nicht ganz anderthalb Jahren von 140 auf 325 Millionen Kronen erweitert oder mehr als verdoppelt sein wird. Bei den zwei führenden Banken des Budapest Platzes macht das allein einen Zufluß neuer Mittel von 320 Millionen Kronen aus. Die meisten anderen Budapest Banken, die Vaterländische Sparkasse, die Bank- und Handelsgesellschaft, die Estompe- und Wechselbank, die Vaterländische Bank, die Allgemeine Sparkasse, haben gleichfalls Kapitalvermehrungen durchgeführt und so im Laufe eines Jahres gegen 400 Millionen Kronen neues Bankkapital erworben. Nur die eigentlichen Hypothekeninstitute, die Hypothekenbank und die Agrarbank, sind dieser Bewegung ferngeblieben. Unabhängig, aber ziemlich zu gleicher Zeit, sind die Wiener Banken zur Ausgabe neuer Aktien geschritten. Creditanstalt und Bodenkreditanstalt, Bankverein und Länderbank, Depositenbank sowie Lombard- und Estompebank haben im heurigen Frühjahr Begehungen eigener Aktien vorgenommen, deren Erlös infolge der hohen Bewertung der meisten dieser Papiere Summen umfaßt, die wieder in die Hunderte von Millionen gehen dürften. Einzelne Nachzügler werden wahrscheinlich kommen; im Kriege ist das eigene Kapital der österreichischen und der ungarischen Banken reichlich um eine Milliarde Kronen gesteigert worden.

Solche Riesen sind riesenhaft, wirken im Vergleiche zu den früheren Friedenszeiten geradezu phantastisch, allein wir haben im Kriege mit ganz anderen Größenmaßen rechnen gelernt. Gargantua ist jetzt auch finanziell der Rechenmeister geworden, die ungeheuren Dimensionen zeigen sich in der ganzen Wirtschaft, in dem Anschwellen des Notenumlaufes der Einlagen, der Bilanzsummen, der eigenen Mittel. Die Kapitalerhöhungen eines einzigen Jahres kommen bei manchen Instituten dem Wachstum gleich, das eine Erwählung vorausgegangener Jahrzehnte gereift hatte. Die Mittel, welche die Kreditbank oder die Kommerzbank für sich in Anspruch nehmen, entsprechen den Summen, die sonst die staatliche Rentenbegebung eines ganzen Jahres darstellten und nicht immer leicht aufgebracht werden konnten. Daß die so gehäuften, in einem engen Zeitraume zusammengedrängten Kapitalerhöhungen einem Gebote unabweisbarer, dringender Notwendigkeit entspringen, werden selbst jene Bankleiter nicht behaupten wollen, die sie jetzt mit größtem Eifer bestritten. Im gegenwärtigen Augenblicke und viellecht noch auf geraume Zeit hinaus besteht für das neu zufließende Geld gar keine rechte Möglichkeit der Verwendung; Handel und Industrie bedürfen keiner Kredite, da der ganze Organismus des Wirtschaftens mit geborgten Mitteln noch gelähmt ist und erst im Frieden wieder wird ausgerichtet werden müssen; das neue Geld wird wieder nur ausschließlich zu Vorschüssen an die Postsparkasse verwendet, und der Umweg der Durchleitung durch das eigene Bankvermögen bietet vorerst nicht die geringsten Vorteile. Kapitalvermehrung bedeutet die Umwandlung von Einlagegeldern in fest gebundenes Anlagekapital; in beiden Formen münden diese Gelder jetzt in staatlichen Vorschüssen aus. Die Kurse, zu denen die neuen Bankaktien angeboten werden, haben eine ungefähr fünfprozentige Nettodividende des einzuzahlenden Kapitals zur Voraussetzung; dazu kommen die von den erhöhten Gewinnen erforderlichen Steuern, so daß die Banken mit dem erworbenen Gelde mindestens 6 1/2 bis 7 Prozent ins Verdienen bringen müßten, um dem neuen Kapital den gleichen Nutzen wie dem alten zu sichern. Tatsächlich erhalten sie aber für die der Postsparkasse zur Verfügung gestellten Gelder Zinsen von 4 1/4 Prozent, so daß die Heranziehung neuen Geldes für die hieraus einfließenden Mittel einen Verlust von 2 bis 2 1/2 Prozent im Gefolge hat. Das ist die Wartgebühre, welche die Banken zahlen, weil sie glauben, im gegenwärtigen Zeitpunkte die Aktien leicht und zu günstigen Kursen an den Mann zu bringen und in der kommenden Friedenszeit für die einfließenden Gelder reichlich Verwendung finden zu können. Im Rahmen des großen Gesamtkapitals macht ein Zinsentgang an den neuen Mitteln noch nicht allzu viel aus; die Banken haben im Kriege so reich verdient, daß sie eine halbe oder eine ganze Million Verlust an den Zinsen leicht aus dem Ertrage des alten Kapitals hereinbringen können. Es fragt sich nur, ob sich die Erwartungen, welche sie auf die Zukunft setzen, voll und bald erfüllen, ob der Wechsel auf dem Geldmarkte rasch eintritt und derart ausgreifend ist, daß er so stark vermehrte Eigenkapitalien ausreichend beschäftigt.

In beiden Richtungen ruht das Urteil auf unsicheren Voraussetzungen. Selbst ein naher Friede muß durchaus noch nicht eine rasche Entfaltung der Friedenswirtschaft bringen; die Demobilisierung, die Rückführung auf den früheren Zustand wird sicherlich geraume Zeit erfordern. Aber auch die wieder eingerichtete Wirtschaft der Welt wird allem Anscheine nach noch nicht sofort mit dem früheren vollen Schwünge arbeiten, geschweige denn augenblicklich einen neuen starken Aufflug nehmen. Sicherlich werden manche in Kürze aus Heereslieferungen reich gewordene Industrielle es sich angelegen sein lassen, sich rasch auf die neue Zeit einzustellen, moderne Anlagen und Einrichtungen sich anzugliedern, die gewaltigen Rücklagen aus den Kriegsjahren zu Investitionen zu verwenden. Bestrebungen dieser Art werden jedoch an allen Ecken und Enden auf Hindernisse stoßen, ihre Schranke an der Unzulänglichkeit des Kapitalvorrates, an dem Mangel an Rohstoffen und Arbeitskräften, an der enormen Teuerung aller Utensilien, die jede Investition sehr riskant erscheinen läßt, an den hohen Steuern und der Unsicherheit der ganzen Zukunft finden. Erst allmählich wird der Apparat in Gang kommen, zumal für die erste Zeit die Beschränkungen in den Verfügungen über die Rohstoffe, die Devisenzentralen, manche andere Organisationen der Kriegswirtschaft noch fortbestehen und erst allmählich die Fesseln des Verkehrs gelöst werden dürften. Die Kreditanforderungen, deren die Banken zu genügen haben, werden durchaus nicht so überströmend auf sie hereinbrechen, daß nicht mit den bisherigen, gewiß nicht allzu knappen eigenen Mitteln das Auslangen gefunden werden könnte, zumal die Industrie vorerst die bei den Banken erliegenden, nach Milliarden zählenden, derzeit an den Staat verborgten Guthaben heranziehen wird, bevor sie sich genötigt sieht, ihren Kredit in Anspruch zu nehmen. Es mögen wohl manche Jahre vergehen, in denen die Banken für das vermehrte Kapital keine hinreichende Verwendung haben und die internen Reserven zur Verwollständigung der Dividende heranziehen müssen.

Vielleicht ist die Lage in Ungarn ein wenig anders. Die ungarische Wirtschaft war auch schon in früheren Zeiten stets kapitalbedürftig und wird es in der kommenden Zeit in noch erhöhtem Maße bleiben. Alle Bestrebungen werden dort darauf gerichtet sein, dem Boden den höchstmöglichen Ertrag abzugewinnen; im Kriege ist es als schwerste Rückschläge empfunden worden, daß die gesegnete schwarze Erde der ungarischen Niederung kaum viel mehr als die Hälfte der Fruchtmenge liefert, wie die weit larger bedachten Felder Deutschlands, wo menschliche Arbeit und Energie der Kapitalverwendung das Fehlen der natürlichen Vorbedingungen ausgleichen. Hebung der landwirtschaftlichen Ergebnisse, möglichst intensive Gestaltung des Betriebes wird das wichtigste Mittel der künftigen Wirtschaftspolitik bilden müssen. In gleicher Weise wird die industrielle Initiative Anregung erhalten, um die mineralischen Bodenschätze zu heben, Kohle, Erdgas, Petroleum in reichem Maße zu gewinnen. Auch die zahlreichen landwirtschaftlichen Industrien Ungarns sind noch einer weitgehenden Ausgestaltung fähig, die in dem Maße aussichtsvoller wird, als größere Ernteergebnisse zur Verfügung stehen werden. Vielleicht werden aus Gründen dieser Art die Kapitalvermehrungen der ungarischen Banken von den Leitern der staatlichen Finanzpolitik nicht ungern gesehen und eher gefördert. Die Banken erhalten auf diese Art den Kapitalfonds, aus dem sie die künftigen Investitionen der Wirtschaft finanzieren, der Industrie die Kapitalbeschaffung erleichtern und auch dem Staate die Befriedigung seiner Bedürfnisse sichern können, wenn Kriegsanleihen aufgehört haben und die patriotische Begeisterung nicht mehr in gleich vollem Umfange wie im Kriege alles Kapital den Staatspapieren zuführt. Es mag dann vielleicht als ein Vorteil erscheinen, daß große Geldsummen in den zentralen Sammelbecken, aus denen der Staat leichter schöpfen kann, vereinigt und der beliebigen anderweitigen Verwendung ihrer Besitzer entzogen sind. Einer solchen Zentralisierung bedarf es in Deutschland nicht und darin liegt auch der Grund, daß die deutschen Banken ihr Eigenkapital im Kriege nicht erhöht haben, obwohl auch bei ihnen die Einlagen gewaltig gestiegen sind; die industrielle und finanzielle Entwicklung ist dort so vorgeschritten, daß derartige Kapitalansammlungen nicht benötigt werden; in Oesterreich und noch mehr in Ungarn glaubt man offenbar eines solchen künstlichen Zusammenschlusses der finanziellen Organisation noch nicht entbehren zu können. Die Berechtigung und Zweckmäßigkeit der Kapitalvermehrungen wird sich erst im Frieden erweisen müssen; ein Teil der Einlagen wird den Banken entzogen, die übermäßig angeschwollenen Bilanzsummen werden auf ein natürliches Maß zurückgeführt, die Benützung des Kredits schrittweise wieder aufgebaut werden, die hohen Eigenkapitalien werden aber bleiben. Die Vermehrungen des Bankkapitals sind auf der Erwartung steigenden Zinsfußes aufgebaut; die Rentabilität des vermehrten Kapitals wird von ihm bestimmt werden.

Produktive Uebergangswirtschaft.

Von Dr. E. Uetrecht (Berlin).

Wiederholt wurde auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die sich aus der Abschließung Deutschlands von dem Weltrohstoffmarkt ergeben können. Hat doch soeben der französische Handelsminister im Senat betont, „daß die Rohstoffe eine Waffe erster Ordnung wären, die man gebrauchen müßte“, während Carson offen erklärte, „daß bei dem Kampf der ganzen Welt um die Rohstoffe England und seine Bundesgenossen siegen müßten. Sie hätten die Märkte für Wolle, Baumwolle, Jute und auch Metalle in der Hand; die Textilindustrie Deutschlands könne jedenfalls vernichtet werden“.

Von den sittlichen Voraussetzungen für ein Zusammenarbeiten der Kulturwelt — wie Prinz Max von Baden betonte — ist in den Äußerungen wenig zu spüren. Und wenn beim Friedensschluß tausendmal versichert wird, daß kein Wirtschaftskampf eintrete: Der verstockte Kampf wird kommen. Die „Baralongs“ werden auf den Handel mit Deutschland verzichten, wenn sie nur dessen Absatzmärkte für sich erobern, diese bieten ihnen vollen Ersatz des Verlustes.

Wir beachten zu wenig, daß Deutschland ein Rohstoffe einführendes, Fertigfabrikate ausführendes Land ist. Die Rohstoffe, die Deutschland ausführt (das sind Kohle, Kali, Chemikalien usw.) fallen gegenüber denen der Einfuhr nicht ins Gewicht; sie bilden auch für uns auf die Dauer kein Monopol. — Deutschlands Gesamtaußenhandel betrug 1913 in der Einfuhr 11,65 Milliarden Mark, davon waren Rohstoffe 5,26, Nähr- und Genußmittel 3,06, Fertigwaren 1,77, Halbfabrikate 1,26 Milliarden Mark. An der Ausfuhr mit 10,88 Milliarden Mark waren folgende Gruppen beteiligt: Fertigwaren mit 6,6, Rohstoffe mit 1,72, Nähr- und Genußmittel mit 1,36, Halbfabrikate mit 1,15 Milliarden Mark. Im einzelnen war der Handel der Bekleidungsindustrie mit 3,64 Milliarden Mark oder 16 v. H. am Gesamthandel beteiligt, davon mit 2,08 Milliarden in der Einfuhr und mit 1,56 in der Ausfuhr.

Diesen Werten gegenüber darf man bei aller Zuversicht auf unser Durchhalten die Tatsachen nicht aus dem Auge verlieren, daß uns der angelsächsische Block den Bezug der Rohstoffe, wenn nicht unterbinden, so doch jahrelang sehr erschweren wird. Und wenn unser Großhandel auch den besten Vorsatz hat, die Rohstoffmärkte wieder zu erobern, so werden doch Jahre vergehen, bis unser Wettbewerb mit Fertigfabrikaten so wieder in Erscheinung tritt, daß das Ausland Zutrauen zu der Qualität unserer Waren gewinnt, und sich Aus- und Einfuhr ausgleichen. Es ist nun einmal der Fehler begangen, daß, obgleich die Heeresmaschine vorzüglich klappte, die Eintreisungspolitik Eduards nicht den Gedanken reifen ließ, Kriegsröhlager zu errichten, um uns vor der schnellen Inanspruchnahme der vorhandenen Bestände der Volkswirtschaft zu schützen.

Damit müssen wir uns abfinden. —

Oben ist auseinandergesetzt, daß der Handel mit Rohstoffen und Fertigfabrikaten z. B. der Bekleidungsindustrie einen bedeutenden Anteil an unserem Gesamthandel und somit an unserer Industrie hat. So erzeugte Deutschland 1913 an Fertigwaren in Baumwolle für 2204 Mill. M., in Wolle für 1015, in der Seide für 425, in Leinen für 230, in Jute für 150, zusammen für 4024 Mill. M. und beschäftigte 1912 in 18 000 Betrieben fast eine Million Arbeiter.

Die Rohstoffe dafür sind in Händen unserer Feinde, Großbritannien und Amerika haben die Kontrolle über ihre Rohstoffe eingerichtet. Das heißt — auch trotz eines wirtschaftlichen Friedens — erst kommen sie und ihre Industrie, dann kommen sie noch mal unter geheimer Benützung der „Schwarzen Listen“, schaffen sich ferner Handelsreserven, und — der minderwertige Rest kann zu unerschwinglich hohen Preisen durch neutrale Vermittler (vorzugsweise durch die „armen“ Belgier) an die Zentralmächte gelangen. Diese brauchen aber die Rohstoffe für ihren Eigenbedarf. An einen Ausfuhrwettbewerb ist vorläufig nicht zu denken: Es sei denn, daß wir hochwertige Ware oder Kali, Chemikalien ausführen, um unsere Handelsbilanz und Baluta zu heben, und um unsere Rohstoffschiffe, mit Ladung seewärts versehen, besser auszunützen.

So liegen die Dinge, danach müssen wir unsere Uebergangswirtschaft einstellen: den Wirtschaftskrieg als gegeben betrachten und die Länder „wirtschaftlich durchdringen“, die für uns erreichbar sind. Das sind die Länder Europas, die an uns grenzen, und insbesondere die Länder Weichsel aufwärts und Donau abwärts, kurz der Balkan und die Schwarzmeerländer, danach Kaukasien, Transkaspien, Persien und Sibirien.

So schmerzlich es ist: unsere Seehandelsstädte Bremen und Hamburg müssen auf einige Zeit ihren gespannt seewärts gerichteten Blick landeinwärts wenden. Die Zentralmächte (insbesondere Deutschland) müssen zur Selbsthilfe schreiten, sich Rohstoffgebiete schaffen und Rohstoffe erschließen.

Es wäre ein Mangel an Voraussicht in der Uebergangswirtschaft, wenn man letztere auf überkommene Bahnen des Handels aufbauen wollte. Wie die Industrie sich schnellstens

Der Volkswirt.

Die Kriegs- und Uebergangswirtschaft Erklärungen des Generalkommissärs Geh. Rat Riedl.

Unter dem Vorsitze des Generalkommissärs für Kriegs- und Uebergangswirtschaft Sektionschef Geheimen Rat Riedl fand gestern in den Räumlichkeiten der Handelskammer die zweite Sitzung des Hauptausschusses für Kriegs- und Uebergangswirtschaft statt.

Der Vorsitzende begrüßte die Erschienenen im Namen und in Vertretung des in Bukarest weilenden Handelsministers Freiherrn v. Wieser und gab einen Überblick über die bisher geleistete Arbeit der Unterausschüsse des Hauptausschusses sowie über den Fortgang der Organisationsmaßnahmen auf dem Gebiete von Industrie, Handel und Gewerbe und führte dann weiter aus:

Die Organisation der Uebergangswirtschaft

Es ist vielleicht nicht überflüssig, einiges über den Grundgedanken und die Ziele der Organisation zu sagen. Man muß zwei Hauptformen der kriegswirtschaftlichen Organisationen unterscheiden: die Zentralen und die Wirtschaftsverbände.

Die Zentralen.

Die Zentralen sind in den Formen des Handelsrechtes errichtete Anstalten zur Durchführung jener kaufmännischen Transaktionen, die infolge der verschiedenen kriegswirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung notwendig wurden, wie zum Beispiel Uebernahme beschlagnahmter Güter im Inlande, Uebernahme der Kontingente verschiedener Rohstoffe, die wir aus dem Auslande beziehen konnten. Sektionschef Riedl erinnerte daran, daß im Gegensatz zu Deutschland in Oesterreich die Zentralen auf privates Kapital aufgebaut sind, die Dividende jedoch auf 5 bis 6 Prozent beschränkt ist. Zusammenfassend können die Zentralen als kaufmännische Organe für die Durchführung von kriegswirtschaftlichen Regierungsmaßnahmen mit Hilfe privaten, in seiner Gewinnmöglichkeit beschränkten Kapitals bezeichnet werden. Diese Zentralen sind naturgemäß ihrer ganzen Struktur nach nicht geeignet, behördliche Funktionen auszuüben. Ein Mangel, der entweder durch die Einverleibung von Fachleuten in die bürokratische Verwaltung oder durch wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper behoben werden kann.

Die Wirtschaftsverbände.

Die österreichische Regierung hat sich entschlossen, durch die Gründung von Kriegs- oder Wirtschaftsverbänden den zweiten Weg zu beschreiten. Die Aufgabe dieser Wirtschaftsverbände ist eine doppelte. Sie sind beratende Organe der Regierung, die über Befragung Gutachten zu erstatten haben oder aus eigenem Antrieb stellen können und gleichzeitig ausübende Verwaltungsorgane in allen Fällen, in denen ihnen durch eine besondere Verfügung des Handelsministers oder durch eine generelle Bestimmung ihrer Statuten die Durchführung kriegswirtschaftlicher Verwaltungsmaßnahmen übertragen wurde. Im Gegensatz zu den mit rein kaufmännischen Aufgaben betrauten Zentralen sind sie also reine Selbstverwaltungskörper der Industrie, die mit keinerlei geschäftlichen Aufgaben belastet sind. Wo die Bildung eines förmlichen Verbandes auf organisatorische Schwierigkeiten stieß, wurde an dessen Stelle die einfachere Form eines aus den Angehörigen der Branche gebildeten Wirtschaftsausschusses gewählt.

Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß die Richtigkeit dieses organischen Gedankens auch außerhalb Oesterreichs von maßgebenden Stellen anerkannt worden ist, so auch vom ungarischen Handelsminister Dr. Szterenyi. An die Feststellung dieser Uebereinstimmung in dem organisatorischen Grundgedanken kann wohl die Hoffnung geknüpft werden, daß es zwischen den österreichischen und den ungarischen Organisationen zu einem gedehlichen Zusammenwirken kommen werde.

Der Abbau der Kriegswirtschaft.

Wir haben die Beschränkungen der Kriegswirtschaft nicht aus Mutwillen oder Machtbündel eingeführt, sie wurden uns vielmehr durch die harte Notwendigkeit des Krieges aufgezwungen. Wir haben die damit verbundenen Verwaltungsaufgaben als eine schwere Last auf uns genommen und haben keinen sehnlicheren Wunsch, als diese Last möglichst rasch abzubürden, die Kriegswirtschaft möglichst rasch abzubauen und den Uebergang zu normalen Verhältnissen möglichst rasch zu bewerkstelligen.

Ich darf hier an die Worte erinnern, die bei der ersten Sitzung des Hauptausschusses Handels-

24. III. 1918

Die Zukunft unseres Wirtschaftslebens.

Vom Reichsrats-Abgeordneten Emil Kraft.

Wenn eine Theorie versagt, so ist dies ein Zeichen, daß ihre Annahme ganz oder teilweise auf falsche Voraussetzungen aufgebaut war. Die staatliche oder vom Staate reglementierte Bewirtschaftung der Gebrauchsgüter hatte aus dem Sozialismus die Umweisung übernommen, den Bedarf der Völker festzustellen, die Produktion demgemäß einzurichten und das Erzeugnis möglichst gleichmäßig zu verteilen.

Tatsächlich war es nicht möglich, die Erzeugung anzupassen, fast unmöglich, den Bedarf zu befriedigen, dagegen wurde es mit Hilfe aller menschlichen Unvollkommenheiten fertig gebracht, das Produkt möglichst ungleichmäßig zu verteilen. Die Zentralen erfüllten nur dann halbwegs ihre Aufgabe, wenn es galt, den Heeresbedarf vorzugsweise zu sichern, alle anderen Obliegenheiten, die eine Ueberführung ihres Systems in die Friedenszeit rechtfertigen würden, haben mit ganz geringen Ausnahmen versagt. Die Bevölkerung hat dafür eine ganz richtige Empfindung, sie sieht viel Einzelheiten, die der Theoretiker als Beiwerk, als Nebensächlichkeiten verschmäht, sie blickt mit misstrauischen Augen in das engere Gebiet der Zentralen, sah alle die kleinen und kleinsten egoistischen Züge, das bürokratische Anwachsen, die formelhafte Arbeit, das unaufhaltbare Verderben der Waren und mangelhafte Praxis. Wo früher im kurzen Wege Waren sich umsetzten, mußten instanzmäßige Entscheidungen gefällt, Bewilligungen ausgestellt, Verfügungen getroffen werden. Das Verfahren erchwerte den Verkehr, die Hemmungen multiplizierten sich und leer wurden die Märkte, auch dann, wenn dies nicht nötig gewesen wäre.

Wir sahen Zentralen entstehen, wo es überflüssig und wo es schädlich war. Im Jahre 1916 war eine mittelmäßige Obst- und Gemüseernte; die Märkte nach fast zweijährigem Kriege mit verhältnismäßig billigem Obst und Gemüse überschwemmt. Hat da irgend wer nach einer Obst- und Gemüsezentrale verlangt? Plötzlich erschien ein strebsamer, redegewandter Herr bei den maßgebenden Beamten und bewies schlagend die Nützlichkeit der Regelung des bisher unregelmäßig, aber gut funktionierenden Obst- und Gemüsehandels. Und es geschah um die Zeit, daß die „Geos“ gegründet wurde; die Märkte wurden allerdings leer, dafür aber blieb das Obst aus, und was noch zu haben war, ward teuer, und Herr Professor Schechter wurde Direktor; so glied sich Nutzen und Schaden etwas ungleichmäßig aus. Der Unmut wuchs an, durchsetzte alle Schichten, da keine Beweisführung jene vom Gegenteil überzeugen konnte, für die das System ihres theoretischen Glaubens an die Zwangswirtschaft ein Dogma blieb. Wie in den Glaubenskriegen sollte durch Gewalt, Strafen und durch eine peinliche Halsgerichtsordnung das Dogma gefestigt werden. Die Dogmatiker waren zumeist die Gründer der Zentralen, welche deren Unentbehrlichkeit und Unersehlbarkeit sowie die ihrer „gewinnenden“ Persönlichkeit auch in die Zukunft hinüberreichen wollen. Darauf, auf die Zukunftswirtschaft, kommt es nämlich an! Noch ist der Glaube nicht ganz beseitigt, daß die Zwangsanstalten der zentralen Bewirtschaftung zum Schutze der Valuta und einer angeblich gerechten Rohstoff- und Arbeitsverteilung möglichst lange die Produktion zu lenken und zu leiten haben werden. Merkwürdig, daß diese Idee in Oesterreich von Amts wegen noch die stärkste Förderung genießt, hier scheint man das Zwangssystem noch recht viele Jahre nach dem Kriege aufrecht erhalten zu wollen, während man in allen anderen Ländern, sogar bei unserem Zwillinglande Ungarn, den möglichst raschen Abbau dieser Kriegsorganisation befürwortet. Wir haben wahrlich keine Ursache, auf Ungarn herabzusehen, wenn wir die Kriegsmassnahmen betrachten, die es durchgeführt hat. Sowohl in der Geld-, Finanz-, Bankpolitik als auch bezüglich seiner Waren dispositionen hat es zwar ungünstig für uns, vielleicht etwas zu eigennützig, aber im ganzen genommen für sich gewiß zweckmäßiger gearbeitet als unsere Regierungen. Allerdings hat Ministerpräsident Seidler sich für den legitimen Handel ausgesprochen, und zwar für ein Zusammenwirken mit den Zentralen, daraus kann ja manche Hoffnung geschöpft werden, aber es würde dabei so gehen, daß zwar der Handel und die Zentralen und die ganze Produktion nicht die Vorzüge der freien Kraftentwicklung äußern könnten, dagegen die Kaufleute zu Trafikanten, die Geschäfte zu Verschleißstellen der Zentralen für alle möglichen Artikel herabsinken müßten.

Die Höhe des Berges, die Größe des Aberglaubens an die staatliche Ordnung der Produktion ist noch nicht überwunden, also muß es noch viel schlechter werden, bis die Umkehr erfolgt. Kriege brachten ja mit den Erfolgen der großen, organisierten Massen der Heere auch immer den Glauben an die Organisation der Produktion. Nach den napoleonischen Kriegen waren es die Romantiker der Nationalökonomie Adam Müller und Geng, welche dem Staat diese Rolle zubachten und sozialistische Motive an Stelle der rohen Wettbewerber setzen wollten. Jetzt spricht Walter Rathenau in einem trefflichen Buche über „Die neue Wirtschaft“ es aus, daß nach dem Kriege der Staat alles, was da gewogen und gemessen, erzeugt und gehandelt wird, unter seine Regelung zu nehmen habe. Er gebraucht das Wortwort von dem Banane, der sich eine Kanone kaufen will, um sich selbstständig zu machen und führt Eisen, Kohle, Elektrizitätsprodukte, die in großen Konzernen vereinigt seien, als Beweise an, wie auch der Staat den Bedarf feststellen und regeln könne. Er zeigt, wie viel überflüssige Kraft verschwendet wird, doch überzeugt er nicht, daß bei bürokratischer Organisation der Volkswirtschaft dies nicht in anderer Weise erhöht erfolgen würde. Es liegt viel Wahres in dieser Schrift, aber sie hat bei der relativen Höhe unserer Entwicklung nur Giltigkeit für die großen Betriebe, bei welchen eine Möglichkeit des Zusammenfassens gegeben ist. Und wird nicht auch da Volkvermögen unangemessen gelassen, wenn Eisen und Druck erzeugt werden soll, wo Kohle in der Nähe ist und Produktionsstätten aufgelassen werden sollen, weil die

Transportkosten zu hoch sind? Das sind ja relativ stets wechselnde Begriffe. Für den Einzelbetrieb lieferten die derzeit aufgelassenen Eisenwerke in Kärnten und Steiermark noch leidliche Resultate, für den Großbetrieb waren sie unrentabel und darum mußten Täler und Gegenden veröden, wo früher blühendes, industrielles Leben herrschte. Tausende Gehirne und hunderttausende Hände nützen noch alle die kleinen Möglichkeiten des Lebens aus, die dem großen, manchmal läppischen Zugriff der Zwangsgewalt unrentabel erschienen. Nächste voller Sorgen und tagelange Mühen begleiteten die Entstehung, den Transport und den Vertrieb der Waren, die gehen über das Zeitmaß der vorgeschriebenen Geschäftszeit hinaus, überspannen alle Grenzen und füllen die Welt mit Gütern aller Art. Darin kann durch Zusammenwirken viel geleistet werden, kaum aber dadurch, daß der Staat sie begleitet anders als bisher nur mit Steuern und Abgaben, nunmehr auch noch durch Verordnungen, Transportbewilligungen und Verbote — und auf Verbote läuft ja schließlich alles hinaus.

In einem Schweizer Blatte wurde vor ungefähr einem Jahre eine Kostenberechnung aufgestellt, wie hoch die Gewinnquote des Weltgetreidehandels sich belaufe. Die Rechnung ergab einen Gewinn von 1% bis 2% Prozent, dabei lebten die Händler gewiß nicht schlecht und ihr Verdienst war nicht übel! Welche Zentrale könnte aber mit ihrem Beamtenapparat diese Leistung vollbringen?

Das 19. Jahrhundert öffnete den Menschen das Tor der wirtschaftlichen Freiheit. Gaviß! Manchmal war des Guten zu viel getan und sozialpolitische Sicherungen mußten einsetzen, damit die Schwachen nicht zu sehr bedrückt und die Armen nicht noch ärmer wurden und das ist gerecht. Andererseits aber setzte sich an Stelle der behördlichen Regelung die automatische Funktion des Angebots und der Nachfrage, ein Uhrwerk der Selbstregulierung, das auf seine Funktion durch Schutzölle manchmal unrichtig eingestellt wurde. Es hat aber Leistungen vollbracht, wozu ein vernunftmäßiger Apparat noch nicht erfunden ist und nie erfunden werden kann, von einer Promptheit und Schnelligkeit der Funktion, die nur vergleichbar ist der Reaktion des tierischen Körpers. Automatisch regelt sich dort wie hier die Blutzufuhr, der Kreislauf, die Atmung und nur verhältnismäßig geringe Tätigkeit sind dem bewußten, verstandesmäßigen Einfluß überlassen.

Wenn der Friede kommt, so muß und wird er eine geänderte, eine Zukunftswirtschaft bringen, das alte, verlassene Paradies ist versunken, die Menschheit will sich ein neues Eden aufbauen und wird gewiß auf der Stufenleiter der Entwicklung höher steigen. Vor allem durch Erhöhung und Ueberung ihrer Produktion. Diese aber soll frei werden von schädlichen Hemmungen! Was da aufgebaut wurde an behördlichen Mauern, errichtet an Fuhangeln und Sperrnetzen der Erzeugung, muß fallen, wenn nicht der klarste und praktische Beweis seiner höheren Notwendigkeit gegeben wird.

Der größte Teil der Zentralen wird im Augenblick von selbst zerfallen, wenn ihm die behördliche Gewalt entzogen wird, was dann noch aufrecht bleibt, wird aus sich selbst leben müssen, ohne staatlichen Schutz und ohne Benachteiligung der anderen.

Der Kriegssozialismus war dann ein lehrreicher Zwischenakt in der Geschichte der Weltwirtschaft!

Der Geldsegen des Krieges in Deutschland.

Von H. Schneider (Hannover).

Der Daimler-Schwindel wird nun auch die Augen der breiten Volksschichten auf die Fälle des Geldsegens lenken, den der Krieg über die Kapitalisten ausschüttet und der vielfach so groß ist, daß er mit allen möglichen Künsten verschleiert wird. Es sind das Dinge, über die die Masse der Bevölkerung gar nicht so recht im Bilde ist. Es ist nur allgemein bekannt, daß die Industrie, vor allem die eigentliche Kriegswirtschaft, sabelhaft verdient. Die sprunghaft steigenden Dividenden der Aktiengesellschaften zeigen schon, wie reich der Segen des Krieges strömt. Hier ein Beispiel dafür:

Die einundzwanzig Aktiengesellschaften der Sprengstoffindustrie zahlten im letzten Friedensjahr die gewiß ansehnliche Durchschnittsdividende von 13,2 Prozent. Im ersten Kriegsjahr schnellte sie hinauf auf 18,2, im zweiten auf 22,9 und für 1916 betrug sie schon 25,7 Prozent. Der Krieg hat also den Sprengstoffaktionären eine Verdoppelung ihrer im Frieden schon hohen Dividende gebracht. Noch viel erfreulicher — immer für die Aktionäre — wird das Bild, wenn nicht die Prozentätze der Dividende, sondern die als Dividende ausgezahlten Summen verglichen werden. Da ergibt sich eine weit beträchtlichere Steigerung, weil von 1913 bis 1916 das in Sprengstoffaktien angelegte Kapital von 61 auf 120 Millionen Mark gestiegen ist. Die Dividendensumme betrug also für 1913 etwa 8, für 1916 aber rund 30 Millionen Mark. Daneben wurden außerordentlich hohe Gewinnanteile für die Zukunft zurückgestellt oder den Aktionären auf Umwegen zugewendet.

Die Zweige unseres Wirtschaftslebens, die sich den Kriegsverhältnissen anpassen konnten, erzielen jetzt Gewinne wie selten oder nie zuvor. Gewinne, so hoch, daß die Unterbringung einige Mühe macht. Zahlreiche Aktiengesellschaften wagen es nicht mehr, ihre Gewinne den Aktionären in Form von Dividenden restlos zuzuführen, weil dann der Dividendenbetrag aufreizend hoch bemessen werden müßte. Statt aber durch entsprechende Bemessung der Preise oder auch der Löhne die Gewinne zu vermindern, werden allerlei Mittel und Wege gefunden, die Gewinne in weniger auffälliger Weise in die Taschen der Aktionäre zu leiten, soweit es nicht für zweckdienlich erachtet wird, sie in allerlei Fonds für etwa kommende magere Jahre aufzuspeichern.

Das bequemste und allgemein übliche Mittel, aufreizend hohe Dividendenätze herabzudrücken, ist die Vermehrung des dividendenberechtigten Kapitals, die sogenannte Kapitalverwässerung. Von diesem Mittel ist in den Kriegsjahren in so erheblichem Umfang Gebrauch gemacht worden, daß die Regierung wiederholt versucht hat, der Liebertapitalisierung einzelner Betriebe Einhalt zu

tun, um das überflüssige Kapital für ihre Kriegsanleihen zu retten. Welchen „Erfolg“ sie dabei gehabt hat, mögen einzelne Zahlen dartun: Im ersten Viertel des Jahres 1917 erhöhten 51 Aktiengesellschaften ihr Kapital um zusammen 113 Millionen Mark. Dann kam der Bremerlah des preussischen Handelsministers, nach dem „neue Aktienausgaben, die nicht den Zwecken der Kriegswirtschaft dienen, oder die vermeidbar scheinen, weil ausreichende flüssige Mittel vorhanden sind“, an der Börse nicht zugelassen werden sollten. Trotzdem erhöhten im letzten Viertel des Jahres 1917 insgesamt 83 Gesellschaften ihr Kapital um zusammen 359 Millionen Mark. Diese Zahl wieder tritt erst recht in das Licht, wenn sie ergänzt wird durch die Feststellung, daß im ganzen Friedensjahr 1913 den Aktiengesellschaften nur 418 Millionen Mark zugeführt wurden, also nicht viel mehr als im letzten Viertel 1917.

Ohne Frage hat die Erweiterung der Kriegswirtschaft manche Kapitalserhöhung notwendig gemacht. In sehr vielen Fällen liegt jedoch reine Kapitalverwässerung vor, in anderen war die an sich notwendige Kapitalserhöhung eine gute Gelegenheit, den alten Aktionären Sonderrechte zu sichern oder Sondergewinne zuzuführen. Die Absicht der Kapitalverwässerung kann überall da angenommen werden, wo bei der Ausgabe neuer Aktien auf die Einhebung eines der augenblicklichen Bewertung der Aktien entsprechenden Aufgeldes verzichtet wird; sie liegt ganz klar zu Tage da, wo bei der Ausgabe Reserven oder Jahresgewinne in Aktien verwandelt werden. An einigen Beispielen mag die Erfindungsgabe der Gesellschaften auf dem Gebiet der Kapitalverwässerungen beleuchtet werden.

Der Verein für chemische Industrie Mainz hat im Vorjahr seinen alten Aktionären für 900.000 Mark neue Aktien an zum Kurse von 100 Prozent, also erheblich unter dem Werte, zu dem sie damals gehandelt wurden. Die Aktionäre sollten aber nicht einmal diesen Nominalwert der Aktien bezahlen, sondern nur die Hälfte davon, die andere Hälfte wurde aus einem Spezialreservofonds genommen. Die Aktionäre erhielten also für 500 Mark eine Aktie, die sie jeden Tag für etwa 1000 Mark wieder verkaufen konnten. Der Verein chemischer Fabriken A.-G. Zeitz konnte für das Geschäftsjahr 1916 die Dividende von 5 auf 20 Prozent erhöhen und den Aktionären außerdem noch für eine Million Mark Aktien völlig umsonst geben; selbstverständlich ausschließlich zu dem Zwecke, ein weiteres allzu starkes Anschwellen der Dividende zu verhindern.

In der Sprengstoffindustrie waren in den Kriegsjahren Kapitalserhöhungen mit gleichzeitiger Gewinnausschüttung besonders häufig. Die Adln-Notzweimer Pulverfabriken und die Rheinisch-Westfälische Sprengstofffabrik erhöhten gemeinsam ihr Kapital um 23 Millionen Mark. Die Aktien wurden den alten Aktionären zum Kurse von 100 angeboten, obwohl sie mit etwa 500 Prozent im Handel bewertet wurden. Obendrein wurden die erst Ende 1916 ausgegebenen Aktien schon für das ganze Jahr 1916 voll dividendeberechtigt. Bei solchen Bedingungen liegt die Absicht der Kapitalverwässerung auf der Hand, selbst wenn ein Geldbedarf der Gesellschaft tatsächlich nachgewiesen wird. Denn die Gesellschaften hätten ja nur etwa fünf Millionen Mark Aktien mit freiem Bezugsrecht auszugeben brauchen, um denselben Betrag zu erhalten, den sie so hereinbekommen haben. Aber sie wollten nicht nur mehr Kapital, sondern vor allem mehr Aktienkapital haben, um den Dividendenbetrag herabzudrücken.

Eine ähnliche, aber viel verwickeltere Finanzierungsmaßnahme ist bei den großen Dynamitwerken erfolgt. Von verblüffender Einfachheit und Klarheit war eine Kapitalverwässerung der vor dem Kriege fast bankrotteten Hamburger Sprengstoffwerke „Glückauf“. Sie verdoppelten 1915 das Aktienkapital aus dem Reingewinn. Auf das so verdoppelte Kapital erhielten die glücklichen Aktionäre dann noch 30 Prozent Dividende. Die tatsächliche Verzinsung des Aktienkapitals betrug so 160 Prozent. Im Kriegsjahr 1916 war der Gewinn sogar etwa dreimal so hoch wie selbst das gestreckte Aktienkapital! Es war sehr schwer, ihn unterzubringen, aber es gelang. Nach überreichlichen Abbuchungen und Rückstellungen erhielten die Aktionäre 40 Prozent Dividende, der große Rest wurde vorgetragen.

Wie schon erwähnt, hat die Regierung in einigen Fällen versucht, unnötige Kapitalserhöhungen zu verhindern. So bei den Vereinigten Glasstoffwerken Elberfeld. Diese Gesellschaft verdoppelte im Vorjahr ihr Aktienkapital und bot die neuen Aktien, die im Handel mit etwa 500 Prozent bewertet wurden, den alten Aktionären zu Pari, das heißt zu 100 Prozent an. Zweck der Neuausgabe war vornehmlich, die „unangenehm hohe“ Dividende herabzudrücken. Ebenso lag es bei den bekannten Adlerwerken. Bei der Telefonfabrik vormals Berliner griff der Handelsminister sogar ein, obwohl jene die neuen Aktien den alten Aktionären zu 162 Prozent anbot, also ein immerhin schon nennenswertes Aufgeld verlangte. Der Handelswert der Aktien war allerdings höher. Einer ganz offenen Kapitalverwässerung sollte der Eingriff vorbeugen bei der „Kronprinz“-A.-G. für Metallindustrie. Diese Gesellschaft gab im Vorjahr 5,3 Millionen Mark neuer Aktien zum angeblichen Kurse von 100 Prozent an die alten Aktionäre aus. Der Kaufpreis sollte jedoch nicht aus den Taschen der Aktionäre kommen, sondern zu 40 Prozent aus dem Gewinn des abgeschlossenen Geschäftsjahres, der Rest aus den Gewinnen der nächsten Jahre gedeckt werden. Diese Maßnahme sollte es ermöglichen, die Dividende auf 15 Prozent zu halten, wohl weil ein allzu hoher Satz zu einer Nachprüfung der Preise für Seereslieferungen hätte führen können.

Die Eingriffe der Regierung gegen den allzu zügellosen Mißbrauch der Kapitalserhöhungen lösten sehr bald entsprechende Gegenmaßnahmen aus. Auf einen sehr einfachen Ausweg verfiel die Badische Gesellschaft für Zuckersukzifikation in Baghäusel. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft bestand bisher aus 5500 Aktien zu je 500 Gulden. Der überreiche Gewinn der Kriegsjahre veranlaßte nun diese Gesellschaft zu einer im doppelten Sinne zeitgemäßen Finanzreform. Die 500 Gulden-Aktien wurden in 1000 Mark-Aktien umgewandelt und dadurch das Aktienkapital von 4,71 auf 5,50 Millionen Mark erhöht. Die Differenz von rund 300.000 Mark wird jedoch nicht von

den Aktionären eingehoben, sondern aus dem Gewinn bezahlt. Obendrein wird dieser Betrag gleich noch mit 20 Prozent verzinst, also auf etwa eine Million Mark aufgerundet.

Einen ganz neuartigen Weg zur Ausschüttung überreicher Gewinne hat die Aktiengesellschaft für Spiritus- und Preßhefeherstellung vormals Sinner in Grünwinkel gefunden. Diese Gesellschaft kaufte 875 ihrer eigenen Stammaktien zum Kurse von etwa 300 Prozent auf und gab sie den Aktionären zu 100 Prozent zurück. Das heißt sie gab für 875 Aktien etwa 26 Millionen Mark aus und nahm dafür 875.000 Mark wieder. Noch einfacher ausgedrückt: die Aktionäre stellten der Verwaltung Aktien für 3000 Mark das Stück zur Verfügung und erhielten sie für 1000 Mark zurück. Daß die Gesellschaft direkt damit rechnete, die Aktien teilweise an die Verkäufer zurückzugeben, geht aus der Bestimmung hervor, daß der Wiedererwerb nicht an den Besitz alter Aktien, sondern nur an den Besitz der Dividendenscheine geknüpft wurde. Jedenfalls erhalten die Aktionäre auf diesem heute noch ungewöhnlichen Wege etwa 1,75 Millionen Mark als Ertragsgewinn neben einer sehr reichlichen Dividende.

Sollte das Beispiel der Sinner-Gesellschaft Nachahmung finden, so sind die Sorgen um die unauffällige Unterbringung der Kriegsgewinne behoben. Die Gesellschaften brauchen sich ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu beschränken; sie können auch andere Papiere, zum Beispiel Kriegsanleihe, erwerben und ihren Aktionären zu einem beliebig niedrigen Kurs abgeben. Vielleicht setzt sich auch die eine oder andere Gesellschaft einmal mit der Kunst der Warenschieber in Verbindung und kauft waggomweise Waren, die beschlagnahmt oder rationiert, also im Schleichhandel besonders reichlich zu haben sind, zu hohen Preisen auf und bietet sie den Aktionären zu Friedenspreisen an. Dann wird es im Geschäftsbericht etwa heißen: Die Dividende wird auf 30 Prozent bemessen; auf jede Aktie werden außerdem zwei Zentner Schweinefleisch und drei echte Pariser Roben gegen Erstattung der Transportkosten ausgegeben. Jedenfalls erschließt das Vorgehen der Sinner-Gesellschaft ungeahnte Möglichkeiten der Gewinnverflechtung. Welche Wirkung übt wohl dieser Geldsegen auf die davon Betroffenen in Bezug auf ihre Stellung zu einer baldigen Beendigung des Krieges aus?

31./III. 1918.

Volkswirtschaft.

Der Weg zur Friedenswirtschaft

Von Ing. Dr. D. Freiherrn v. Ernta,
Mitglied des Herrenhauses.

Der Gedanke an den herannahenden allgemeinen Frieden gestaltet die übrigens schon lange schwebende Frage, wie richten wir unser Wirtschaftsleben wieder auf? naturgemäß immer aktueller. Die Schaffung des Generalkommissariats hier und des Wirtschaftsübergangsministeriums drüben sind Vorboten der Sorgen, die die Zukunft in sich birgt. Vorderhand werden Enqueten einberufen, in verschiedensten Zentralen und Kommissionen Beratungen abgehalten, die sich, soviel an die Öffentlichkeit gelangt, bald mit diesem, bald mit jenem speziellen Problem befassen; auch stehen Gesetzeswürfe, wie das Berggesetz, Elektrizitätsgesetz, Meliorationsgesetz, wieder in Beratung, beziehungsweise in Vorbereitung, die alle deutlich den Willen erkennen lassen, helfend und fördernd einzuwirken. Alle Klassen und Schichten der Bevölkerung sind darin einig, daß nicht nur etwas, sondern vieles geschehen muß, und daß zweckdienliche Vorbereitungen je eher, desto besser getroffen werden müssen, um nicht durch die plötzlich eintretenden Ereignisse überhäuft zu werden. Alle fühlen, daß ein „zu spät“ höchst nachteilige Folgen für alle haben müßte.

Wenn der ganze Komplex der Versuche und Pläne, die die zukünftige Wirtschaft betreffen, ins Auge gefaßt wird, dann findet man, daß fast alle Fragen bereits angechnitten worden sind, die in Betracht kommen: Ernährungswesen, Verkehr, Wiederaufbau, Rohstoffversorgung, Produktionssteigerung, Finanzverwaltung- und Verfassungsreform usw.

Kast gleichzeitig hören wir jedoch von enormen Schwierigkeiten, denen die Bewältigung dieses oder jenes Problems begegnet, und die häufig das langsame Fortwärtsschreiten, mitunter auch den zeitweiligen völligen Stillstand der Vorbereitungsarbeiten und der einzelnen Aktionen selbst verursachen. Jede dieser Fragen ist eben von so weittragender Bedeutung und stellt sich als eine so gewaltige Leistung dar, daß zur gleichzeitigen Behandlung all dieser Aufgaben selbst der festeste Zusammenschluß aller tüchtigsten Kräfte nicht ausreichen würde. Wenn demnach all diese Probleme gleichzeitig aufgerollt und zugleich in die Diskussion gestellt werden, dann kann leicht allmählich eine Uebersicht und Klarheit darüber verlorengehen, was darunter das Primäre ist, was den Ausgangspunkt bildet und zugleich die Taktik und damit den Weg zur richtigen Lösung des ganzen Umfangs aller Probleme vorzeichnet. Man bewegt sich dann mehr oder weniger ratlos in einem Birkel, ohne dem Ziele näherzukommen. Es sei nur ein Beispiel herausgegriffen: Ein wichtiger Artikel ist das Eisen; die Landwirtschaft, das Baugewerbe, die Industrie usw. bedürfen des Eisens. Da heißt es nun jetzt, ohne Kohle kein Eisen, ohne Eisenbahnverkehr keine Kohle und schließlich ohne Eisen kein Verkehr. Man dreht sich mit einem Wort in einem Kreis herum. Dies ist nur ein Beispiel, das gegenwärtig aber fast für alle Fragen anwendbar erscheint.

Alle Beratungen, Gesetzeswürfe, Pläne und Ideen sind gewiß an und für sich sehr lobenswert, doch noch wichtiger ist eben die richtige Erkenntnis und die Strategie, wie und wo wir zu beginnen haben, um das Ziel sicher zu erreichen.

Um dieser Frage gerecht zu werden, müssen die diesbezüglichen Erwägungen streng objektiv gehalten werden; dies will besagen, daß jedem seine Welt, in der er lebt, meistens als das Wichtigste erscheint. Der Beamte wünscht demzufolge vorzugsweise die Reform des staatlichen Dienstes, der Kaufmann wieder die baldigste Ordnung im Handel, der Industrielle sieht bereitwilligst in der raschen Fürsorge für die Industrie das zunächst erstrebenswerte Ziel; der Finanzmann wird die Sache jedenfalls mit anderen Augen sehen als der Grundbesitzer usw. Dessenungeachtet muß man aber nur dort beginnen, wo der Aufbau der Wirtschaft möglich ist und den Erfolg der Weiterentwicklung am sichersten zeigt, zunächst daher ohne Rücksicht auf die so zahlreichen Sonderinteressen. Es würde den Rahmen dieser Ausführungen übersteigen, hier ein festes Programm aufzustellen, erläutern und begründen zu wollen. Trotzdem scheint es angesichts der in der Öffentlichkeit und auch sonst schon herrschenden Desorientierung nicht unangebracht zu sein, kurz der angechnittenen Frage auf den Leib zu rücken und den richtigen Ausgangspunkt für den Beginn und den Fortgang der großen Arbeit der Wiederaufrichtung der Wirtschaft festzustellen.

Zu diesem Zweck muß man dessen eingedenk sein, daß nach Beendigung des Krieges der weitaus größere Teil der im Felde stehenden wieder zur Verfügung stehen und daß es sich in Hinblick auf die seit ihrer Einrückung wesentlich geänderten Verhältnisse meistens darum handeln wird, wo diese Arbeitskräfte am nutzbringendsten für die Allgemeinheit sofort verwendet werden können, ohne auf technische und industrielle Betriebsmittel unbedingt angewiesen zu sein, die ja vielfach auch dann noch fehlen werden (zum Beispiel Rohstoffe). Schon diese Erwägung führt zur Landwirtschaft, bei der selbst bei primitiven Einrichtungen sich immerhin reiche Arbeitsmöglichkeiten bieten, und daher das Gros des freiverwendenden Menschenmaterials leicht nutzbringend untergebracht werden kann.

Die Folgerung, die Landwirtschaft schon in diesem Sinne zum Ausgangspunkt für den Wirtschaftsübergang, für diesen wichtigen Feldzugsplan des Friedens, zu nehmen, stellt sich übrigens um so richtiger und dringender dar, als eben von diesem Produktionszweig hauptsächlich das Ernährungswesen abhängt und

dieses auch nach dem Friedensschluß noch das Allerwichtigste, das Primäre sein wird; die Ernährungsfrage wird nach wie vor die Existenzfrage bilden, weshalb ihr und im Zusammenhang damit der intensiven Pflege der Landwirtschaft, der Sebung der Bodenproduktion usw. ohne Verzug die allergrößte, ernsteste und nachhaltigste Aufmerksamkeit zugewendet und allen einschlägigen Vorzorgen nicht nur die bedeutendste, sondern auch die erste Stelle in allen Aktionen der Übergangswirtschaft zugewiesen werden muß. Der ganze Entwurfsplan der Übergangswirtschaft steht somit zunächst im Zeichen der Landwirtschaft, und von der zeitgerechten Vorbereitung aller zum Gedeihen dieses Wirtschaftszweiges notwendigen Voraussetzungen hängt das Wohl und Wehe der Allgemeinheit im wahren Sinne des Wortes ab.

Damit wird übrigens interessanterweise das, was die Geschichte lehrt, abermals bestätigt: daß die Entwicklung aller Völker und der Aufbau jedes Staatswesens ihren Anfang in der Landwirtschaft genommen haben.

Von der Landwirtschaft und den Ernährungsproblemen führt der Weg alsdann zu einem gewiß nicht minder wichtigen Gegenstand, nämlich zur Transportfrage und mit ihr zur Durchführung aller jener Maßnahmen im Bereich des Verkehrswezens, die eine befriedigende Bewältigung der Transporte aller Art und eine möglichst ausgiebige Ausnützung der hier sich ergebenden Möglichkeiten sicherstellen sollen.

Damit wird das ganze Problem des Eisenbahnbetriebswesens mit der zielbewußten großzügigen Investitionstätigkeit, deren ebester Gewinn an den obwaltenden gewiß großen Schwierigkeiten und an den in Kauf zu nehmenden, wenn auch beträchtlichen finanziellen Opfern nicht scheitern darf, dann die Fürsorge zur Förderung der See- und Binnenschifffahrt, die neben den Eisenbahnen hauptsächlich für die Beförderung von Massen Gütern in Betracht kommen, von sich selbst in den Vordergrund der Tätigkeit gerückt.

Sind diese Fragen sichergestellt, gelöst und ihre Durchführung je eher, desto besser mit Energie und Umsicht in Angriff genommen, dann werden die Industrie, das Gewerbe wie auch der Handel meistens selbst und ohne jede Bevormundung schon ihren Weg wiederfinden.

Das Reich wird allerdings als Großkonsument hierbei selbst auch sehr große Summen bereitzustellen haben, um die Sicherheit des eingeschlagenen und mit aller Konsequenz zu verfolgenden Weges zu verbürgen und freie Bahn für die kräftige Entwicklung zu schaffen; wenn es selbst dadurch bedeutende Opfer und Lasten übernimmt und entsprechend den außerordentlichen Verhältnissen wesentlich größere Auslagen als die normalen tragen muß, so darf dies alles nicht in Frage kommen, wenn so viel auf dem Spiele steht, wie es hier der Fall ist.

Nichtig angebrachte Großzügigkeit ist wohl eine Hauptbedingung, wenn Großes und Nützliches angestrebt wird und erreicht werden soll. Damit ist zugleich die Verbindung zu einer weitblickenden Finanzreform von sich selbst gegeben, die allerdings weitans mehr wird enthalten müssen, als nur momentane Bedürfnisse zu befriedigen und über die Not des Tages hinwegzuhelfen. Die Restenfolge der übrigen aktuellen Aufgaben, darunter namentlich auch jener, die eigentlich erst nach dem Frieden, wie zum Beispiel die Verfassungs- und Verwaltungsreform, erstlich zur Durchführung, beziehungsweise zum völligen Abschluß gelangen werden können, ist nach dem dargestellten Entwurfsplan nur unschwer zu bestimmen.

Aus dem förmlichen Labyrinth der Wirtschaftsprobleme, die der Krieg mit sich bringt und hinterläßt, führt der Weg nur dann sicher ins Freie, wenn der Raden bei seinem unbeschränkten Ende fest erfährt und weiter in der Richtung des gegebenen Wegweisers abgewandelt wird.

Wirtschaftssozialismus nach dem Kriege.

Von Professor Wittschewsky.

Frühlingsahnen auch im Wirtschaftsleben. Im Westen starren zwar noch die im Völkertumpe aufgetürmten Gletscher himmelwärts und wehren jedem Hauch friedlichen Handelsverkehrs, im Osten aber wehen mildere Lüfte und beleben die Hoffnung auf ein Erwachen nachbarlichen Güterausstauschs. In den nächstbeteiligten Kreisen der verbündeten Mittelmächte wird geschäftig gerüstet, die neuerschlossenen Möglichkeiten zur Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen mit den östlichen Ländern ausgiebig auszunutzen. Daß noch beträchtliche Hindernisse hüten und drüben zu überwinden sein werden, ehe das Signal auf „freie Fahrt“ sich wird stellen lassen, verheißt man sich nicht; der Latendrang hat aber schließlich genug Ruhezeit gehabt, um jetzt in forschem Draufgehen sein Können zu erproben. Handel und Industrie sind also zum Vormarsch bereit, aber es ist Krieg, der den stärksten Willen beugt und den vorher kraftvollsten Arm des wirtschaftlichen Organismus lähmt. Der Kriegssozialismus ist der Handel und Gewerbe umschließende und einsperrende Drahtzaun. Diesen niederzureißen, erscheint vielen Gruppen der erwerbstätigen Bevölkerung als das wichtigste Ziel der friedenswirtschaftlichen Offensive gegenüber der kriegswirtschaftlichen Tyrannei, gilt ihnen als der Frühlingsanfang für die aus dem Kriegsschlaf erwachende deutsche Volkswirtschaft.

Seit Monaten werden der Öffentlichkeit von allen möglichen Vereinigungen und Vertretungen wirtschaftlicher Interessen Erklärungen und Leitsätze vorgelegt, die allesamt im Verlangen nach schleunigem Abbau der kriegswirtschaftlichen Organisationen, sobald der Friede geschlossen ist, ausmünden. Diese Kundgebungen haben einen tieferen Hintergrund als lediglich die Befristung des Willens, baldmöglichst zu den althergebrachten Wirtschaftsordnungen zurückzukehren. Sie enthalten unausgesprochen einen Protest gegen eine stärkere Durchsetzung der Volkswirtschaft mit staatssozialistischen Einrichtungen. Die Besorgnis, daß das geschehen könnte, ist nicht unbegründet. Durch den Krieg sind die Elemente unseres wirtschaftlichen Organismus derart durcheinandergeschoben worden, daß sie schwerlich unverändert an ihre frühere Stelle sich werden rücken lassen. Die Staatsgewalt hat durch ihre Eingriffe mit umwälzenden Wirkungen in das Wirtschaftsgetriebe ganze Industriezweige lahmgelegt, andere zu tiefgreifenden Umstellungen genötigt oder durch nicht immer rücksichtsvolle Zusammenlegungen in ihrem Lebensnerv getroffen; sie hat ferner den ohnehin von der Auszehrung heimgesuchten Großhandel auf wichtigen Arbeitsfeldern ausgeschaltet und den Kleinhandel zu kümmerlichem Hilfsdienst verurteilt; sie hat Erzeuger und Verbraucher von Nahrungsmitteln in eine hart empfundene Zwangserziehung genommen, sie durch eine unabsehbare Menge von bürokratischen Verordnungen verwirrt und zu passivem Widerstande aufgereizt, hat die Preisbildung im freien Marktverkehr unterbunden, ohne für ihre Preisgebote auch nur entfernt die allgemeine Nachachtung erzwingen zu können. Das alles und vieles andere hat eine protestlerische Bewegung gegen den Kriegssozialismus gezeitigt, dessen Notwendigkeit für unser wunderbares Durchhalten inmitten der uns umtobenden Stürme verdunkelt wird durch die ihm anhaftenden Schattenseiten. Was gegenwärtig als notwendiges Übel getragen werden muß, soll aber in großen Zügen auch für eine dem Friedensschluß folgende Uebergangszeit, deren Dauer sich nicht im voraus bemessen läßt, bestehen bleiben. Auch das könnte hingenommen werden in der Erkenntnis, daß Rohstoffmangel, Schiffsraumnot und Valutadifferenzen der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit zeitweilig noch gewisse Schranken ziehen müssen. Schwere Bedenken und lebhafter Widerspruch werden aber durch die keineswegs fernliegende Aussicht wachgerufen, daß staatssozialistische Tendenzen in unserem Wirtschaftsleben in breiterem Maße

**19, das Du Deinem Vaterlande leihen
gehaltene Pfennig verlängert den Krieg.
bedeutet weitere Opfer an Gut und Blut.
gere nicht, zeichne!**

Berufsberatung und Kräfteausnützung.

Von Dr. Heinrich Keller.

Die ungeheuren Menschenverluste dieses Krieges werden uns nicht bloß dazu zwingen, jedes einzelne Kind am Leben und gesund zu erhalten, sondern wir werden uns auch bemühen müssen, jedes Kind bei seinem Eintritt ins Leben auf den Platz zu stellen, auf dem es, nach seinen körperlichen und seelischen Eigenschaften zu schließen, der Gesamtheit am meisten nützen kann. Wir werden, um das von Rudolf Goldscheid so treffend geprägte Wort zu gebrauchen, weiße Menschendünologie treiben müssen.

Bisher ist das noch nie geschehen. Wie auf dem Gebiet der Güterproduktion, so herrscht auch auf dem Gebiet der Produktion von Berufsanwärtern in der Welt des Kapitalismus die kopfloseste Anarchie und die sinnloseste Verschwendung. Wie man alle Güter ins Haus hinein produziert ohne Rücksicht darauf, was die Gesamtheit braucht, so läßt man die jungen Menschen die Berufe ergreifen, die sich ihnen gerade zufällig bieten, ohne Rücksicht darauf, ob sie damit der Gesamtheit nützen können. Und wie in der Güterproduktion nur das private Profitinteresse der Unternehmerklasse entscheidet und nicht das Bedürfnis der Gesamtheit, so entscheidet in der Produktion der Berufsanwärter das private Interesse der herrschenden Klassen und nicht das Bedürfnis der Gesamtheit. Wie in der Produktion der Güter die große Masse des Volkes durch die Monopolisierung der Arbeitsmittel vom Arbeitsentzug ausgeschlossen ist, so haben sich die herrschenden Klassen durch Monopolisierung der höheren Schulen ein Berufsvorrecht geschaffen.

Da nicht jede tüchtige Arbeit als gleich notwendig und gleich nützlich in gleicher Weise bezahlt wird, sind die Berufe, die größere Achtung und größere Einnahmen mit sich bringen, den bevorrechteten Klassen vorbehalten. Wie viel Talent, Begabung, ja sogar Genie auf diese Weise der Gesamtheit verlorengehen mag, das läßt sich gar nicht ermessen. Wie viel Unfähigkeit aber auf diese Weise mit Unrecht zu einflussreichen Stellungen gelangt und so der Gesamtheit doppelten Schaden zufügt, das kann man täglich sehen. Unermessliche Werte gehen dadurch der Gesamtwirtschaft verloren.

Innerhalb dieser Klassengrenzen geht aber die Berufswahl des einzelnen gewöhnlich so vor sich, daß beim Proletariatskinde der Umstand entscheidet, ob bei einem Kleinmeister in der Nachbarschaft oder in irgend einer Fabrik gerade eine Stelle frei ist, in den wohlhabenden Bürgerklassen aber der Umstand, in welchem Beruf der Vater oder ein einflussreicher Freund den jungen Menschen leicht weiterbringen kann. Wer aber keinen solchen Vater oder keinen solchen Freund besitzt und auf sich allein angewiesen ist, dem geht es wie dem Proletariatskinde, der mag sehen, wie er vorwärtskommt und beim großen Gedränge nicht zurückbleibe.

Nun wird der großen Masse, die mit dieser Weltordnung begreiflicherweise unzufrieden ist, der Trost vorgehalten, daß sich das wahre Talent trotz aller Hindernisse Bahn breche, die Gesamtheit also sozusagen und gewissermaßen um wertvolle Kräfte nicht verliert werde. Dieses schöne Wort muß ein Meister der Sprache, die ja bekanntlich dazu da ist, um die Gedanken zu verbergen, erfunden haben. Wie sieht es denn mit diesem Bahnbrechen in Wirklichkeit aus? Sie und da erfährt man es

wohl, daß sich ein Talent trotz aller Prügel, die ihm die kapitalistische Weltordnung vor die Füße geworfen hat, „von unten hinauf aus eigener Kraft“ emporgerungen hat — wie oft das geschieht, mag man daraus entnehmen, daß da immer ein großes Wesen gemacht wird — aber niemals wird und kann man etwas von allen den getretenen und achtlos liegen gebliebenen Talenten erfahren, von all der wertvollen Kraft, die uns verlorengegangen ist, weil sie nicht auf den richtigen Platz gestellt war.

Da also die Zahl der Talente, die sich selbst Bahn brechen, erwiesenermaßen sehr gering ist, muß entweder das Sprichwort, daß sie sich „immer Bahn brechen“, lügen oder — wir haben leider eben so wenig Talente. Nun hat aber gerade dieser Krieg gezeigt, wie viel Kraft und Tüchtigkeit, wie viel Anpassungsfähigkeit und Begabung im Volke steckt, welcher reiche Schatz da verborgen liegt, an dem die Gesamtheit — sehr zu ihrem Schaden — bisher achtlos vorbeiging. Erst der Menschenmörder Krieg mußte kommen, um Menschenkräfte zum Leben zu erwecken. An Talenten fehlt es uns also nicht, sondern nur an der Klugheit, von ihnen den richtigen Gebrauch zu machen. Das Sprichwort, daß sie sich selbst Bahn brechen, läßt. Der Kapitalismus hat viel verpfuschte Einzelwesen und viel unsinnige Menschenvergeudung auf dem Gewissen, auf der einen Seite das Brachliegen und Verdorren unerfahrener Kräfte, die sich in armseligster, mechanischer Arbeit um den Bissen Brot abmühen, indes sie der Gesamtheit wertvolle, höchst persönliche Dienste leisten könnten, auf der anderen Seite jämmerliches Versagen emporgeschraubter Mittelmächtigkeiten, die der Gesamtheit großen Schaden zufügen, während sie in bescheidenere Tätigkeit brave und nützliche Arbeit leisten könnten.

Keinem vernünftigen Landwirt fällt es aber jemals ein, Pflanzen, die edle Früchte tragen können, wild wachsen zu lassen oder von wildwachsenden Pflanzen edle Früchte zu erwarten. Diese kopflose Vergeudung blieb nur der Wirtschaft mit Menschenkraft vorbehalten, weil diese Vergeudung vermeintlich — nichts kostet!

In der Zeit vor dem Kriege mochte — nach kapitalistisch falscher Denkweise — diese Annahme stimmen. Da war Menschenfleisch billig und die Theorie von der Auslese, von dem wilden Gedränge und Wettlauf, bei dem es zwar unzählige Opfer setzt, aus dem aber die Tüchtigsten und Besten als Sieger hervorgehen, konnte da noch ihre überzeugten Anhänger finden. Heute sind wir aber nicht mehr so reich, daß wir uns auf die praktische Anwendung dieser Theorie einlassen könnten. Wir dürfen und können nicht mehr so gedankenlos kavaliersmäßig aus dem Bollen schöpfen. Wir sind blutarm geworden und müssen das Unrige streng zusammenhalten. Umsomehr, als wir in der nächsten Zukunft keine neue Auffrischung unseres Vermögens zu erwarten haben. Im Gegenteil! Infolge der Unterernährung muß für die nächsten Jahre mit einer hohen Kindersterblichkeit gerechnet werden, und da bei der voraussichtlich geringen Zahl der Eheschließungen die Zahl der Geburten kaum steigen wird, dürfte der Geburtenüberschuß noch lange ein frommer Wunsch bleiben. Wir werden daher genötigt sein, Menschenökonomie zu treiben und bei jedem einzelnen Kinde alle seine Gaben voll und ganz zur Entfaltung zu bringen.

Der selbstmörderischen Gepflogenheit von heute, der sinnlosen Verschwendung von Menschenkraft wird der Staat in seinem eigenen Interesse ein Ende bereiten müssen. Er wird jeden Menschen dorthin stellen müssen, wo er der Gesamtheit am meisten nützen kann. Er wird daher die Frage der Berufswahl ebenso ernsthaft wie gründlich ins Auge fassen müssen. Die erste Bedingung dazu ist allerdings die Einführung einer Einheitschule und die vollständige Unerziehung des Unterrichts. Aber so lange, bis sich die kapitalistischen Staaten zu diesem Prinzip bekennen, kann man mit der Regelung der Berufswahlfrage nicht warten. Denn diese Frage ist sehr dringlich und muß, so gut es eben geht, rasch in Angriff genommen werden. Man muß vor allem die jungen Menschen, die sich gerade anschicken, ins Leben hinauszutreten, über die Wahl ihres Berufes gründlich und gewissenhaft beraten. Aber wie man heute die Berufsberatung auffaßt, nämlich bloß die körperliche Gesundheit und Eignung der Proletariatskinder zu prüfen, das ist noch lange nicht alles, ist sogar sehr wenig. Diese Methode kann vielleicht den einzelnen jungen Menschen vor dem Ergreifen eines Berufes behüten, zu dem er körperlich nicht taugt, bietet also immerhin dem einzelnen einige Vorteile, der Gesamtheit aber nicht die geringste Gewähr, daß alle Gaben des betreffenden Anwärters zu ihrem Vorteil ausgenützt werden.

Die Berufsberatung muß daher zu allererst den jungen Menschen in allen seinen körperlichen und seelischen Eigenschaften gründlich kennen lernen. Es mag gewiss nicht leicht sein, dieser Forderung, daß der Gesamtheit keine der guten Gaben des jungen Menschen verlorengehen dürfe, in kurzer Zeit nachzukommen. Wenn jedes Kind gleich nach der Geburt ein Katasterblatt bekäme, in dem zuerst alle seine körperlichen Eigenschaften, dann alle durchgemachten Krankheiten, später, während der Schulzeit, neben den körperlichen Eigenschaften auch die geistigen Fähigkeiten verzeichnet würden, dann wäre es allerdings nicht schwer, aus diesem körperlichen und seelischen Charakterbild die nötigen Schlüsse zu ziehen. Solange das aber nicht eingeführt ist, müssen wir uns damit begnügen, die jungen, aus der Schule tretenden Menschen durch tüchtige Lehrer und medizinisch sowie pädagogisch geschulte Ärzte gründlich und mehrmals untersuchen zu lassen, und dann sollte erst nach reiflicher, gemeinsamer Ueberlegung die Entscheidung getroffen werden. Solche Kommissionen könnten nach kurzer Zeit ins Leben gerufen werden und — was nicht unwichtig sein dürfte — mit den Berufsorganisationen in steter Verbindung stehen, um das jeweilige Bedürfnis der betreffenden Organisation genau zu kennen. Wichtig wäre es ferner, immer die Neigungen des jungen Menschen zu erfahren, denn in solchen Neigungen zeigt sich die ganze geistige Anlage viel besser als im Schulzeugnis, das ja zumeist nicht in geringsten ein Maßstab für geistige Fähigkeiten, sondern nur für die Lernwilligkeit und den streberischen Schullehrergeist ist.

Die Sorge für die Berufswahl ist eine allgemein öffentliche Angelegenheit, nicht bloß eine Frage des einzelnen und seines Schutzes. Es

Der Ökonomist.

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Die Bahnen im Kriege.

Wien, 13. April.

Die reichste böhmische Kohlenbahn zahlt für das Jahr 1917 keine Dividende; die Auzig-Teplizer Bahn, die in früheren, schöneren Zeiten ihre Aktien mit 20 Prozent und darüber verzinst hatte, schließt das letzte Jahr mit einem Abgange von fast zwei Millionen Kronen ab, den sie, um die künftige Entwicklung nicht weiter zu belasten, aus angesammelten Vermögensrücklagen tilgen will. Die Banken und die Bahnen, diese größten Kapitalorganisationen der modernen Wirtschaft, hatten im Kriege ganz verschiedenartige Schicksale. Die Lasten des Krieges, drückende Steuererhöhung, vermehrter Aufwand für ein nach vielen Tausenden zählendes Personal und harte Steuern, treffen beide. Die Banken vermochten aber diese schädigenden Einflüsse durch vervielfachte Umsätze und die Ausnützung der beispiellosen Geldfülle rasch zu überwinden und im Kriege früher nie für möglich gehaltene Gewinne einzuheimen. Die wenigen noch erhalten gebliebenen Privatbahnen konnten von keinem Verkehrsausschwunge Nutzen ziehen, wurden durch die von allen Seiten zusammenströmenden Lasten erdrückt und können ihren Aktionären keine oder nur höchst magere Zinsen bieten. Im letzten Jahre vor dem Kriege hatte die Auzig-Teplizer Bahn den Aktiencoupon noch mit 105 Kronen eingelöst. Für das Jahr 1916 war die Dividende auf 30 Kronen gesunken, das Jahr 1917 ist ganz zinsenlos geblieben. Für das laufende Jahr besteht wieder die Aussicht auf ein Erträgnis der Aktien, denn die erhöhten Tarife werden der Gesellschaft zugute kommen. Ihre Wirkung machte sich im ersten Vierteljahr in Mehreinnahmen geltend, die, wenn die Entwicklung die gleiche bleibt, für das ganze Jahr eine Erhöhung der Bruttoerträgnisse um 6-4 Millionen Kronen in Aussicht stellen können. Von diesem Betrage dürfte reichlich die Hälfte durch die neuerliche Steigerung der Personalauswendungen aufgezehrt werden, die im vorigen Jahre nur das zweite Semester belasteten. Immerhin besteht die Aussicht auf eine Dividende, die sich aber zunächst nur in bescheidenen Grenzen halten kann, zumal auch die Dotierung des durch das Defizit des Jahres 1917 geschmälernten Reservefonds wieder aufgenommen werden muß. Die Buschtiehrader Bahn wird für das Jahr 1917 die Dividende der A-Aktien, die im vorigen Jahre 125 Kronen betragen hatte, auf höchstens 60 Kronen festsetzen können. Die Dividende der B-Aktien war im Jahre 1916 auf 36 Kronen aufgebessert worden, wird aber für das Jahr 1917 wieder auf 16 Kronen sinken, wozu jedoch der Reservefonds herangezogen werden muß. Für das laufende Jahr wird die Wirkung der Tarifierhöhung, gleichfalls an den Einnahmen des ersten Quartals gemessen, für beide Netze mit 8 Millionen Kronen veranschlagt, wovon indessen über 6 Millionen und vielleicht der ganze Zufluß durch die Mehrausgaben aufgezehrt werden dürften, so daß die Aktionäre im besten Falle nur auf eine sehr bescheidene Steigerung der Dividende rechnen können. Am schwersten getroffen ist unter allen Bahnen die Südbahn. Ihr Verkehr war lange Zeit durch den Krieg mit Italien gelähmt, die Rückwirkung der Mehrlasten war bei ihren Betrieben, die nächst den Staatsbahnen das größte Personal besitzen, am stärksten. Die Südbahn hatte im Jahre 1916 einen Gebarungsausgang von 5-89 Millionen Kronen. Der Ausfall muß aber für das Jahr 1917 erheblich größer sein. Zu Ende Oktober waren in der Verwaltung die Mehreinnahmen für zehn Monate mit 12, die Mehrausgaben mit 32 Millionen Kronen geschätzt worden. Die definitiven Aufstellungen werden wegen technischer Schwierigkeiten später als sonst, erst im nächsten Monate, vorgelegt werden können. Die Schlussziffern stehen noch nicht annähernd fest, es ist aber sicher, daß das Defizit des Jahres 1917 den Abgang des vorigen Jahres erheblich übertreffen, vielleicht über den doppelten Betrag hinausgehen dürfte. Für das heurige Jahr ist mit neuerlich erhöhten Lasten für das Personal, die für das Semester mit 8 Millionen Kronen veranschlagt wurden, zu rechnen. Die Ausgleichung sollen die Tarifierhöhungen bieten, deren Wirkung der Summe des Defizits gleichkommen dürfte. Da jedoch der größere Teil der Transporte jetzt Güter für das Heer sind, ist die Herstellung des Gleichgewichtes von der angestrebten Hinaufsetzung des Militärtarifes abhängig, über welche zwischen den beiden Regierungen bereits seit einiger Zeit die Verhandlungen schweben.

Die starke Verschlechterung der Bahnergebnisse während des Krieges hat ihre Ursache in der weitgehenden Verschiebung des Verkehrs und in noch höherem Maße in der außerordentlichen Steigerung aller Betriebskosten. Die Leistungen der Bahnen haben im letzten Jahre eine noch nie dagewesene Höhe erreicht; die Transporte sind auf den meisten Linien vervielfacht, ihr Charakter ist aber notgedrungen ein ganz anders gearteter, weil das Schwergewicht auf der Beförderung von Truppen und Kriegsmaterialien zu den billigen Sägen des wenig rentierenden Militärtarifs ruht und sich so die vermehrten Transporte und Lüge nicht in gleichem Verhältnisse in gesteigerte Einnahmen umsetzen. Die einschneidenden Veränderungen der wirtschaftlichen Tätigkeit konnten auch die Transportanstalten nicht unberührt lassen. Die Kohlenförderung war namentlich auf den Braunkohlensetzen eingeschränkt, die Ausfuhr vermindert, weil die vorhandene Erzeugung in erster Reihe der heimischen Wirtschaft zugeführt werden muß. Darunter leidet besonders die Auzig-Teplizer Bahn, deren Verkehr sein Schwergewicht in der Beförderung der Kohle zu den Umschlagplätzen der Elbehäfen hat. Die Erzeugung von Zucker ist seit Jahren eingeschränkt, die Zuckerausfuhr auf einen geringen Bruchteil des früheren Umfangs zusammengeschrumpft. Von den privaten Gesellschaften ist hiedurch die Buschtiehrader Bahn und die Südbahn empfindlich betroffen. Die ganze Abwicklung des Bahnverkehrs ist im Kriege auf eine einheitliche Grundlage gestellt; Lokomotiven und Waggons aller Bahnen sind gemeinsam, werden von der militärischen Transportleitung verwaltet, welche die vorhandenen Jahrbetriebsmittel unausgesetzt an die Orte des dringendsten, in erster Linie durch die Ziele des

Krieges bestimmten Bedarfes zuweist. Die böhmischen Bahnen, namentlich die Auzig-Teplizer Bahn, haben den reichsten Fahrpark, die meisten modernen Wagen und Maschinen. Das war in Friedenszeiten ihre Stärke, weil sie nie unter Waggonmangel litten und den Verkehr stets in der wirtschaftlichsten Weise bedienen konnten. Im Kriege hat sich dieses Verhältnis gewendet, die böhmischen Bahnen müssen an andere minder gut versorgte Strecken beträchtliche Teile ihres Fahrparks abgeben, leiden gleichmäßig wie andere unter der Unzulänglichkeit an Betriebsmitteln und die Mietgelder, die sie für die verborgten Waggons erhalten, sind kein auch nur halbwegs zureichender Ersatz für die Gewinne aus der ehemaligen vollen Ausnützung im eigenen Verkehr.

Weit stärker fiel aber für die Bahnen die Verteuerung der Ausgaben ins Gewicht. Seit der Verstaatlichung der großen privaten Gesellschaften ist die Stellung der Staatsbahnen eine derart beherrschende, daß die Privatbahnen die von den Staatsbetrieben zugunsten der Angestellten getroffenen Maßregeln willenlos übernehmen müssen. Eisenbahnminister Freiherr v. Banhaus hat im letzten Herbst im Abgeordnetenhaus mitgeteilt, daß die Personalauslagen der Staatsbahnen seit dem Beginne des Krieges um dreihundert Millionen Kronen oder fast neunzig Prozent gestiegen sind. Das gleiche Verhältnis besteht bei den Privatbahnen. Die Betriebsausgaben der Südbahn betragen im Jahre vor dem Kriege 100 Millionen, stellten sich im Jahre 1916 auf 134 Millionen und dürften im Jahre 1917 die Höhe von 150 Millionen Kronen bereits überschritten haben. Bei der Auzig-Teplizer Bahn sind die besonderen Ausgaben, unter denen die Aufwendungen für Kriegsfürsorgezwecke gebucht werden, im letzten Jahre allein um 73 Prozent gestiegen. Die österreichischen Eisenbahnen beschäftigen etwa 500.000 Angestellte. Dieses riesige Heer macht es begreiflich, daß selbst die allerdringendsten, durch die unbedingte Notwendigkeit der Lebenshaltung bewirkten Aufbesserungen der Bezüge sich sofort in viele Millionen umsetzen. Alle Materialien sind manhaft teurer geworden, die Kohlenbeschaffung kostet doppelt so viel wie in Friedenszeiten. Holz, Schmier- und Heizöl, zahlreiche andere Bedarfsartikel sind um ein Mehrfaches im Preise gestiegen. Der Güterverkehr wird immer unökonomischer, weil die Erneuerung des im Kriege so ungemein abgenutzten Bahnkörpers und des Fahrparks nur auf das Maß des unbedingt Unentbehrlichen beschränkt wird. Die Zahl der Lokomotiven in Reparatur nimmt zunehmend, neue Brennstoff sparende Maschinen werden mit Rücksicht auf die verhältnismäßig nicht bedeutende Leistungsfähigkeit der bestehenden Fabriken heimlich nicht in dem Verhältnisse gebaut, wie es der gesteigerte Verkehr erfordert hätte. Im Frieden wird die vollständige Neuanschaffung der Jahrbetriebsmittel die Bahnen vor ernste finanzielle Probleme stellen; gegenwärtig mindert das Arbeiten mit mühsam geflickten, in der Leistungsfähigkeit geschwächten Maschinen die Ertragsfähigkeit des Betriebes. Die Mehrausgaben sind bei der fortwährenden Steigerung der Preise eine Schraube ohne Ende; aber auch wenn ein allmählicher Abbau einsetzt, werden die Bezüge des Personals nur in den Ausnahmefällen wieder herabgemindert werden können, vielmehr fast ansatzlos auf ihrer gegenwärtigen Höhe verbleiben. Die Bahnen werden noch auf lange Zeit mit den hohen Lasten zu rechnen haben, während es anderseits ungewiß ist, ob die Rückschlüsse zu den Frachten von der künftigen Friedenswirtschaft ohne Schwächung ihrer Konkurrenzfähigkeit verringert und unvermindert werden festgehalten werden können.

Ehedem, in halbvergessenen Zeiten, waren die Aktien der Privatbahnen die beliebtesten, wegen ihrer relativen Sicherheit des Ertrages bei gleichzeitiger Anreizung der Phantasie am höchsten geschätzten Papiere. Gerade die böhmischen Kohlenbahnen waren am meisten bevorzugt; seit einer Reihe von Jahren und bereits vor dem Kriege haben die Besitzer aber die ärgsten Enttäuschungen erlitten. Der Aufschwung der Umsätze und Ziffern hat im Kriege eine phantastische Höhe, die Bahnen haben aber hievon in geringerem Maße Nutzen gezogen, weil der ertragreiche Frachtenverkehr durch die zunehmende Entgüterung der Volkswirtschaft einschrumpft und die Wucht der stetig wachsenden Ausgaben immer größere Quoten der Einnahmen aufzehrt. Auch die Tarifierhöhungen waren im Kriege radikal; wenn früher einer Frachtensteigerung um wenige Kronen für den Wagen umfangreiche Enqueten vorangingen, hat sich die Eisenbahnverwaltung im Kriege über Bedenken hinweggesetzt und einen allgemeinen zwanzigprozentigen Zuschlag diktiert. Die Zukunft der Bahnen, der Staats- wie der Privatbetriebe, wird naturgemäß von dem Tempo und der Stärke des Wiederaufbaues bedingt sein. Ein großer Verkehrsausschwung, ein rasches Aufleben der normalen Gütererzeugung kann zur Folge haben, daß die Entwicklung der Verkehrsunternehmungen in die gesteigerten Lasten hineinwächst und allmählich die frühere Rente hergestellt wird. Das erfordert aber naturgemäß mehrere Jahre; erst muß die Wirtschaft mit Ware gefüllt sein, wenn wieder Ware in den früheren Mengen auf den Bahnen rollen soll, und die Schwierigkeit der Rohstoffbeschaffung wird eine rasche Entfaltung der Gütererzeugung wie des Bahnverkehrs eine natürliche Schranke setzen. Ob die letzten vorhandenen Privatbahnen diese Wiedergeburt noch erleben oder nicht vorher vom Staate an sich gezogen werden, ist eine offene Frage. An den Staat werden wohl die tiefsten, alle Kapitalien aufzehrenden Ausgaben herantreten, bei den gewaltigen Ziffern, mit denen wir zu rechnen gelernt haben, können aber die Summen, die für die Einlösungsrenten in Betracht kommen, nicht entscheidend ins Gewicht fallen, wenn durch die Verstaatlichung höhere Zwecke der Allgemeinheit gefördert würden. Trotz des einschneidenden Rückschlages in den Dividenden sind die Kurse der Bahnaktien kaum zurückgegangen, die Bewertungen im freien Verkehr entsprechen ungefähr den Preisen vor dem Ausbruch des Krieges. Die Eigentümer sind von Ertragslosigkeit, aber nicht von eingreifenden Verlusten ihres Vermögens betroffen worden. Das beweist, daß ein nennenswertes Besitzwechsel nicht erfolgt ist, daß vielmehr das Kapital die Zukunft der Bahnen und der Wirtschaft mit Vertrauen beurteilt.

Das Problem des finanziellen Friedensschlusses.

Von Dr. Ernst Huzicka.

Budapest, 13. April.

Aus den Lehren der Finanzgeschichte geht hervor, daß die Rentenbelastung eines Volkvermögens dessen Rentenzapazität nie überschreiten darf. Sonst stellt sich das Gleichgewicht automatisch durch Krisen wieder her.^{*)} Im allgemeinen Sinne besagt das eiserne Rentengesetz: Das arbeitslose Volkseinkommen muß stets in einem bestimmten Verhältnis hinter dem Arbeitseinkommen einer Nation zurückbleiben. Denn wenn der Produzent von dem Ertrage seiner Arbeit zu viel in Form von Steuern oder Schuldzinsen wieder abgeben muß, dann sind Arbeitsfreudigkeit und Unternehmungsgelbst gelähmt, die Produktion stirbt ab, Fallimente mehren sich und die besten Kräfte drängen ins Ausland.

Die Weltkriegsschuld mag heute an die fünfhundert Milliarden Kronen reichen. Dieser Weltkriegsschuld steht ein Weltvermögen gegenüber, dessen Höhe sich nach dem Preisniveau von 1913 unter Berücksichtigung der Arbeiten v. Fellers, Helfferichs, Steinmann-Buchers, ferner der französischen und englischen Schätzungen mit etwa 2000 Milliarden, also mit dem Vierfachen der Weltkriegsschuld annehmen läßt. Bedenkt man, daß außer den Kriegskosten auch noch andere namhafte Verbindlichkeiten auf dem Weltvermögen lasten, als da sind Staatshaushalte, Versorgung von Kriegsopfern, Wiederaufbau, Schadenergütung, soziale Fürsorge, alte Staatsschulden, Privatschulden, so stellt sich dieses Weltvermögen von 2000 Milliarden als mit Kriegsschulden überlastet dar. An der Hand des „eiserne Rentengesetz“ ergeben sich nun die drei Lösungsmöglichkeiten dieser Überlastung.

Die erste ist die restriktionistische. Es handelt sich da um die Verminderung der Rentenschuld. Der Weg hierzu ist hauptsächlich in direkten Besteuerungsmethoden gelegen, unter welchen die Vermögenssteuer an erster Stelle steht. Die Vermögenssteuer darf aber in der Art ihrer Veranlagung nicht zu namhafter Diskontenerhöhung führen. Denn die Verteuerung des Kapitals müßte auf den Unternehmungsgelbst wieder aus anderen Gründen schädlich einwirken und die so dringend erforderliche Mehrproduktion gefährden. Es heißt da alles vermeiden, was die Restriktionen zum Restriktionenkampf ausarten ließe. Der Restriktionenkampf droht aus dem zu gewärtigenden Bestreben der valutarisch geschwächten Staaten, also fast aller europäischen, die Zahl der Umlaufmittel einzuschränken, damit die Wechselkurse rasch wieder verbessert werden. Die Art dieser Einschränkungen kann leicht zu jäher Anspannung des Diskonts führen. Hierbei übersieht man, daß jede Restriktionsmaßnahme dann ohne Wirkung auf den Wechselkurs bleiben muß, wenn der andere sie nachahmt. Besser aber: Das angestrebte Ziel der Valutabesserung, nämlich die Verbilligung des Imports, Verkleinerung der Auslandsschuld wird wieder aufgehoben durch die angewendeten Mittel, welche in Schwächung der Kauf- und Steuerkraft (im Gefolge überstürzter Vermögensabgaben), Hemmung der Geschäftstätigkeit und damit der Verdienstmöglichkeiten (durch Verteuerung des Kredites) bestehen. Der Restriktionenkampf ist daher zwecklos und energievergebend, etwa wie das Wettrüsten. Seine Einschränkung wäre im Wege zwischenstaatlicher Vereinbarung wohl möglich. Ein solches Uebereinkommen wäre aber auch zur Verhinderung von Vermögenswanderungen über die Landesgrenzen geboten, die im Gefolge der hohen Vermögenssteuern zu befürchten sind.

Die zweite Lösungsmöglichkeit ist die inflationistische. Sie besteht in der Erhöhung der Rentenzapazität, und zwar auf Grund der nachstehenden Erwägungen: Wenn in den ersten Zeiten des kommenden Friedens die Preise der wichtigsten Bedarfsartikel und des Arbeitslohnes teilweise Senkungen, die der Luxusartikelnamhafte Erhöhungen erfahren werden, dann könnte sich auf der ganzen Welt bald ein neues, ausgeglichenes Preisniveau herstellen. Dieses Preisniveau, dem der Vorkriegszeit an Höhe bedeutend überlegen, würde eine wirkliche Gewähr für die glatte Verzinsung und Tilgung der Weltkriegsschulden bieten. Denn wenn das Getreide, der Wohnungszins, der Gütertransport, der Theaterzins dauernd den zwei- oder dreifachen Preis erzielen, dann muß das Bauerngut, das Zinshaus, die Eisenbahn, das Dampfschiff, das Theater auch zwei- oder dreimal so hoch bewertet werden als früher; dann sind aber die Volkvermögen, die sich ja nur aus den einzelnen Güterwerten zusammensetzen, dann ist das Weltvermögen, das wieder aus den Volkvermögen besteht, bald zwei- oder dreimal so hoch als vor dem Kriege. Bei dieser Rechnung wird von den Arbeitskräften und Güterwerten abgesehen, die während des Kriegen zerstört, verbraucht worden sind, weil sie durch Mehrarbeit und Mehrproduktion ersetzt werden können. Das Verhältnis von Weltvermögen zu Weltkriegsschuld ändert sich von 4:1 auf 8:1 oder gar auf 12:1. Wenn auch die Staatshaushalte bei gesteigerten Preisen sich verdoppeln, so wird doch die Schuldenlast mit höherem Preisniveau immer geringer und die Staaten erhalten desto mehr Mittel frei, um auch den Opfern der Teuerung, nämlich den Fixbesoldeten, Pensionisten und kleineren Rentnern Schadloshaltung zu gewähren. Die Besitzer von Mobilien und Immobilien, die Industrien, Handel und Gewerbe, freie Berufe, Arbeiterklasse vermögen sich der Teuerung durch Ueberwälzung mehr oder minder rasch anzupassen, teilweise erzielen sie sogar durch Herabminde-

^{*)} „Das eiserne Rentengesetz“ — Vergleiche die bei Mang erschienenen gleichnamige Arbeit des Verfassers.

rung ihrer Schuldenlast (im Verhältnis zum steigenden Werte ihres Vermögens) hohe Gewinne, die den Finanzverwaltungen in Form der Einziehung aller ungerechtfertigten Wertsteigerungen neue reichliche Steuerquellen erschließen. Auch die inflationistische Auflösung setzt zwischenstaatliche Vereinbarung voraus, vor allem ein längeres Moratorium aller Notenbanken, in dessen Verlauf die Mächte zu goldäquivalenten Währungsgrundlagen, also zur Remonetisation des Silbers, zum Rohmetallismus, Schmelzmetallismus (Warschall), Silberregulator (Wallras), zur Goldbeijewahrung (Fisher) oder aber zur reinen Chartalität übergehen könnten.

Die dritte Lösungsmöglichkeit endlich ist die automatische, die im Wege der Krise. Hier steht an erster Stelle die Goldgefahr. Von der Goldgefahr werden zunächst die Staaten mit günstiger Valuta, also jene, die imstande sind, die Barzahlungen aufrechtzuerhalten, unmittelbar bedroht. Um diese Gefahr sich zu vergegenwärtigen, muß man in der Finanzgeschichte nicht weit zurückblicken. Der „Milliardensiegen“ von 1871 und die innerhalb zweier Jahre darauf eingetretenen katastrophalen Erschütterungen sind noch in frischer Erinnerung. Man erwäge, durch welche verhältnismäßig kleine Summen diese Folgen ausgelöst wurden, welche gigantische Wirkung aber von den Hunderten Milliarden zu erwarten wäre, um welche sich ausgedehnte Wirtschaftsgebiete während dieses Krieges bereichert haben. Dem in den neutralen oder lichte neutral gebliebenen Staaten angehäuften Golde steht ein reiches Abströmen nach drei Richtungen bevor: in die Bankkeller zur Deckung der vermehrten Umlaufmittel, in die goldverarbeitenden Industrien und ins Ausland. Wenn nun nach Kriegsende dieser dreifache Fluß vor allem auf das amerikanische Gold wirklich erfolgen und wenn die Regierung der Vereinigten Staaten nicht sofortiger Einstellung der Barzahlung antwortet, dann wird die Situation mit verzweifelter Nehmlichkeit dem Ansturm auf ein Rettungsboot gleichen. Man verkennt noch das scheinbare finanzielle Paradoxon, daß die Valuta der europäischen Staaten sich nicht verbessern, sondern verschlechtern wird, je mehr Gold nach Europa gelangt und daß der Wert des Dollar desto höher steigen muß, je größer die Goldabgaben an Europa werden sollten. Denn wenn immer mehr Gold aus Amerika abströmt, muß angeichts des auch drüber künstlich emporgetriebenen Preisniveaus und der hierdurch bedeutend vermehrten Umlaufmittel das Gold in Amerika zu wenig werden, dann wird auch das Bewußtsein von der Gefährdung des Goldbestandes in die amerikanische Bevölkerung dringen. Dann wird auch der Tag kommen, da die Leute in Washington und in New York vor den Bankanstalten sich drängen mit Dollarscheinen in der Hand und Bargeld verlangen werden. Und dann wird der Diskont in Amerika erhöht werden. Man wird den Zinsfuß steigern, damit genügend Gold in die Bankkeller ströme, damit die Noten nicht unterbeet seien. Je größer die Panik, desto mehr wird der Diskont ihr zu begegnen suchen. Man wird das Gold aus dem Auslande, aus den Industrien wieder zurückzuführen sich bemühen. Man wird die Kredite einschränken. Mit der Zinsfußerhöhung werden aber auch Fallimente kommen. Leichtsinig gegebene Kredite werden verloren. Unternehmungen der Kunst, des Luxus, des Vergnügens, die pilzartig aus dem Boden geschossen sind, schließen wieder ihre Pforten. Tausende Arbeiter werden auf die Straße gesetzt. Sie unterbieten und drücken die Löhne. Die Kaufkraft für Bedarfsartikel wird herabgemindert. Die Preise entsprechen nicht mehr der Kalkulation; weitere Fallimente, weitere Aussparungen, weitere Lohnsenkungen, weitere Verbilligungen — der erste Zusammenbruch ist da —, er trifft Amerika. Der große Käufer Amerika ist jetzt ärmer, der teure Produzent Amerika ist billiger geworden. Amerika wird vom Auslande weniger kaufen, wird mehr verkaufen. Die europäischen Zahlungsbilanzen sind neuerlich in Gefahr. Das in Europa unter Opfern erlangte Gold droht wieder nach dem Westen zu fliehen. Die europäischen Notenbanken werden zum Schutz ihrer Goldbestände auch ihrerseits den Diskont erhöhen. So werden jetzt auch in Europa Fallimente eintreten.

Wenn ein Pendel aus der Ruhelage gebracht ist, dann schwingt er lange hin und her. Die nächste Wirtschaftskrise gilt nach gleichen Grundgesetzen voraussichtlich wieder den Amerikanern, weil Europas geschwächte Kaufkraft ein neuerliches Einstromen amerikanischen Goldes bedingt. Und so weiter fort, bis die Weltnotenkontingente wieder derart zusammengesunken sein werden, daß der Weltgoldvorrat ihnen entspricht, bis der Weltgütervorrat wieder den alten niedrigen Wert erreicht hat und die unverändert gebliebene Weltschuldenlast unerschwinglich geworden ist.

Aus den erörterten Gesichtspunkten geht hervor, wie sehr das Interesse jedes Staates von der Art und Weise berührt wird, in welcher die übrigen Wirtschaftsgebiete sich des Milliardenblocks zu entledigen suchen. Und diese Interessengemeinschaft muß früher oder später zum finanziellen Friedensschlusse führen. Ist der Wille hierzu einmal da — an der Form wird es nicht fehlen. Vom Gesichtspunkte des allgemeinen Interesses hindert der finanzielle Friede den etwa gewollten künftigen Wirtschaftskrieg nicht im mindesten. Es handelt sich nur um eine Art Genfer Konvention dieses Wirtschaftskrieges, eine Konvention, die den Vorteil hat, daß ihre Einhaltung erzwungen werden kann. Wir können die Interessenten vom zwischenstaatlich finanziellen Gesichtspunkte aus insbesondere in drei Gruppen teilen: 1. Staaten, die sich an das Ausland verschuldet haben und neben der Sorge um die Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten auch die Wiederherstellung ihres Kredites anstreben. 2. Staaten, die namhafte Forderungen gegen das Ausland erworben haben und aus diesem Grunde, wie aus Gründen des Exportes jedes Interesse haben, die Kauf- und Zahlungsraft ihrer Schuldnerstaaten aufrechtzuerhalten. 3. Staaten, die von Krisen bedroht sind. Und zu dieser letzten Gruppe gehören

Frau, die Schriftstellerin A. Wagensell und der Student Kurt August Roth. Die Anklage lautete auf groben Unfug. An der Veranstaltung haben Mitglieder der Aristokratie, der ersten Gesellschaft, Künstler und zahlreiche Offiziere teilgenommen. Das Urteil lautete gegen jeden der Angeklagten auf sechs Wochen Gefängnis, mit Rücksicht darauf, daß es bei der Tanzunterhaltung, die durch den dahinzuliehenden Erlaß des Stellvertretenden Generalkommandos an sich verboten war, sehr lärmend zugeht, und daß sich die Nachbarschaft und die breitere Öffentlichkeit durch die ganze Veranstaltung in ihren väterländischen Gefühlen beschwert fühlte.

Die Sozialpolitik nach dem Kriege.

Kundgebung der Gesellschaft für Soziale Reform.

Gestern mittag hatte die Gesellschaft für Soziale Reform ihre Mitglieder und Freunde zu einer groß angelegten Kundgebung für Sozialpolitik nach dem Kriege nach der Berliner Philharmonie eingeladen. Trotz des verlockenden Frühlingswetters war der Andrang der Geladenen so stark, daß bereits vor der festgesetzten Zeit der riesige Hauptsaal überfüllt war und eine Nebenversammlung im Oberlichtsaal veranstaltet werden mußte. Alle sozialen Schichten der Bevölkerung und zahlreiche soziale Vereinigungen waren vertreten. Für die Regierung erschienen der Vizkanzler v. Payer, der Leiter des Reichswirtschaftsamtes Frhr. v. Stein, vom Reichsjustizamt Dr. v. Krause und für jedes Reichsamt und Ministerium die zuständigen Vertreter.

Mit seltener Frische begrüßte der Führer des einladenden Verbandes, Staatsminister Frhr. v. Berlepsch, die Versammlung. Er wies auf die letzte Veranstaltung der Gesellschaft für Soziale Reform vom 10. Mai 1914 hin, wo allgemein ein gewisser Stillstand der sozialen Reformen sich bemerkbar machte und nur ein einziger Regierungsvertreter anwesend war. Jetzt habe der Krieg neue soziale Aufgaben gestellt. Auch nach dem Friedensschluß bleibe die wirtschaftliche Not. Es gelte, die Lebenslage aller Kriegsteilnehmer so zu gestalten, daß sie ihren Ansprüchen genüge. Es dürfe nicht wieder auf den großen Erfolg im Kriege eine große Enttäuschung folgen. Den Toten könne man in der Erinnerung dankbar sein, den Lebenden aber helfe allein die Tat. Einen programmatischen Bericht erstattete sodann

Professor Dr. Franke.

Er brachte den Gruß der Heimat an das Volk in Waffen, das uns vor Vernichtung und Vertreibung schütze. Es gelte, dem Vernichtungswillen den Siegeswillen entgegenzusetzen, die Witwen zu trösten, die Waisen zu tüchtigen Staatsbürgern zu erziehen, den Verletzten zu helfen und den Siegern ein neues Heim zu bereiten. Der Dienst am Gemeinwohl ist eine Staatsnotwendigkeit. Der Krieg hat die Sozialpolitik gefördert. Freilich hat die Not zunächst das Gegenteil bewirkt. Die Arbeit der Frauen und Jugendlichen war nicht zu entbehren. Immerhin traten Einschränkungen ein, z. B. bei der Nacharbeit der Bäckereien, bei der Beschäftigung mit gesundheitsgefährlichen Stoffen u. a. Dann wurde der Zeitpunkt für die Altersrente auf das 65. Jahr herabgesetzt, die Lohnsätze wurden überarbeitet, das Hilfsdienstgesetz brachte die Betriebsausschüsse und das Schlichtungswesen. Der Gedankenaustausch und die Arbeitsgemeinschaft zwischen Staatsbeamten und Arbeiterführern setzte ein. Die Gewerkschaften wurden als staatsverhaltende Elemente anerkannt. Es wuchs die Notwendigkeit einer Erziehung und Stärkung der Volkskraft in Form der Bevölkerungspolitik. Die Säuglingspflege wurde verstärkt, die Reichswochenhilfe für Wöchnerinnen kam, eine Erhöhung der Renten wurde als notwendig anerkannt. Eine allgemeine Familienkrankenversicherung wird jetzt erforderlich. Die Träger der Krankenversicherung wachsen sich zu Vorkämpfern gegen die Volksseuchen aus. Die neue Wohnungspolitik fordert gesunde, behagliche, billige Wohnungen. Nach dem Kriege muß der Höchstarbeitstag herabgesetzt werden, die Nachtruhe gesichert und die Giftgefahr und sittliche Gefahr für Frauen und Jugendliche beseitigt werden. Wir blieben Sieger im Weltkrieg, weil wir den besten Arbeiterschutz hatten. Nach dem Kriege fordern wir weitgehende Kredithilfe und die allgemeine Arbeitslosenversicherung. Bei bleibender Teuerung der Lebensmittel dürfen die Löhne nicht sinken. Da sind neue, schwere Arbeitslosenkasse in Sicht. Betriebsausschüsse, Gewerhausschüsse und Erziehungämter werden zur Notwendigkeit. Auch der Staat muß Lehrpolitik treiben durch Lohnklauseln bei öffentlichen Aufträgen. Die Heimindustrie erfordert Fachauschüsse. Das Volk hat sich im Kriege die Gleichberechtigung erkämpft. Nach 14jähriger Vorgesichte wird in den nächsten Tagen im Reichstag das Arbeitskammergesetz erscheinen, und damit eine Reform des Koalitionsrechtes einsehen. Die Mitarbeit der Arbeiterführer in Magistraten, Deputationen und Reichsämtern wird sicherzustellen sein. Die Osterhoffnung ist eine soziale Hoffung. Das neue Deutschland wird sich auf Gerechtigkeit und Vertrauen aufbauen. Der Kampf geht gegen den Wuchergeist, die Profitgier, den Mammonismus zugunsten der sittlichen Arbeit des Volkes.

Graf Posadowsky sprach von der Ueberraschung unserer Feinde über unsere Widerstandskraft. Durch unsere wirtschaftliche Entwicklung waren unser Wohlstand und unsere industriellen Mittel unererschöpflich, und durch die Sozialpolitik besaßen die unteren Klassen ein Verständnis für den Wert unseres Staates. Die Sozialpolitik hatte uns alle in Vaterlandsliebe geeinigt. Die Sozialpolitik kann niemals ruhen, denn sie ist ein Bestandteil der ewig beweglichen Wirtschaftspolitik. Die nächstliegenden Aufgaben sind in der Wohnungsfrage, der Frauenfrage und der Kriegsverletztenfrage zu suchen. Der Redner ist in der Wohnungsfrage für Regelung des Wohnungsnachweises und der Zuzugserlaubnis. Die Trennung des Reichsamtes des Innern und des Reichswirtschaftsamtes in der Siedlungsfrage sei zu bedauern. In der Frauenfrage handele es sich um den Wiederaufbau des Familienlebens und um die Bekämpfung der Verwahrlosung der Jugend. Die Kriegsbekleideten müssen gegen Verdrängung ihrer Arbeit durch die Konkurrenz der Gefunden geschützt werden.

Gewerkschaftssekretär Hartmann wünschte ein Reichseinigungsamt, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einem Tisch sitzen.

Herr Görnandt vom Verband Deutscher Privatangestelltenverbände bekennet sich zu einer lebendigen Sozialpolitik aller Volksschichten und fordert eine Politik der deutschen Familie.

Regien, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, forderte Gleichmäßigkeit des Rechtsbodens für beide Teile der sich bekämpfenden sozialen Parteien. Ein anderer Geist der Auslegung und des Verständnisses müsse in die Verwaltungsbehörden und Gerichte einziehen. Die Verluste an Arbeitskraft im Kriege müßten daheim einen Ausgleich finden durch Schutz und Schonung der Arbeiterschaft.

Herr Kemmers, Vorsitzender der Interessengemeinschaft der deutschen Beamtenverbände, erklärte die Beamtenpolitik als einen unentbehrlichen Bestandteil der allgemeinen Sozialpolitik.

Reichstagsabgeordneter Trimborn betrachtete die Wider-Vaterlandsbejahung. Die Sozialpolitik der Zukunft müsse eine

15
83

Der Economist.

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen. Wohnungsnot und Bautätigkeit. Creditanstalt. Skoda-Werke.

Wien, 20. April.

Der Maitermin ist vor der Tür, sonst der Zeitpunkt des stärksten Wohnungswechsels in der Hauptstadt. Diesmal wird er eine irgendwie nennenswerte Aufenthaltsveränderung nicht hervorrufen. Wer nicht durch unbedingte Notwendigkeit gezwungen ist, wird seine Wohnung nicht aufgeben, der Hausherr aber kann eine Aufkündigung seinem Mieter nur aus besonders wichtigen Gründen auferlegen, über deren Stichhaltigkeit das Mietamt zu entscheiden hat. Die Wohnungsnot hat im Kriege eine kaum mehr zu überbietende Höhe erreicht. Das Weichbild der Stadt Wien hat gegenwärtig 555.000 Wohnungen; davon stehen 1300 Wohnungen oder nur 0.23 Prozent leer, fast zur Gänze Räume, die für menschlichen Aufenthalt ungeeignet sind. Nach dem neuesten Ausweise des Magistrats sind im dritten Quartal des vorigen Jahres 8 Neubauten, 6 Umbauten und 21 Zubauten vollzogen worden und hiedurch 12 Gebäude mit 103 Wohnungen zugewachsen. Demolierungen alter Häuser sind in dieser Zeit gar nicht erfolgt. Ehedem sind in jedem Jahre 600 bis 700 neue Häuser aufgeführt und, da diese zumeist an die Stelle alter kleiner Gebäude traten, war hiedurch die Zahl der verfügbaren Wohnräume verdoppelt worden. Jetzt beträgt die Zahl der neuen Häuser 40 bis 50 im Jahre und auch diese sind zumeist Fabrikanlagen, Amtsgebäude oder vereinzelte Voluptuarien, durch welche eine Vermehrung der verfügbaren Wohnungen nicht eintritt. Auch im heurigen Jahre hat sich die Lage nicht verbessert, die städtische Bautätigkeit hat ganz aufgehört.

Die Gründe hierfür liegen in der mangelnden Unternehmungslust, der Unsicherheit, einen Bau in einem bestimmten Zeitraume vollenden zu können, den fehlenden Arbeitskräften, nicht zum geringsten Teile in der maßlosen Teuerung aller Materialien und Löhne. Die verfügbaren Arbeiter stellen kaum den zehnten Teil der Scharen dar, die sonst auf den Bauplätzen Verwendung fanden. Eine große Baugesellschaft hatte ehedem regelmäßig über tausend Arbeiter stets zur Hand, sie verfügt jetzt über 60 bis 70 Männer, auf die sie ständig rechnen kann, bei dringenden öffentlichen Bauten werden die Lücken durch Kriegsgefangene notdürftig ausgefüllt. Die Arbeitslöhne haben sich nahezu verzehnfacht, zu diesen erhöhten Sätzen ist aber die Leistung infolge der mangelhaften Ernährung weit geringer als ehedem. Die Ziegel kosten am Werke jetzt 130 bis 140 Kronen für das Tausend, der alte Friedenspreis hatte 30 Kronen betragen. Die Abuhr vom Werke zum Bau verteuert den Preis neuerlich ins Maßlose. Die Preise von Eisen für Bauzwecke erreichen das Doppelte des Friedensstandes, die Beschaffung von Bauholz wird durch die fehlende Transportmöglichkeit erschwert. Die Baukosten betragen jetzt das Bierinhalb- bis Fünffache der Periode vor dem Ausbruche des Krieges. Mit der Demobilisierung wird die Schwierigkeit der Aufgabe noch verzehnfacht, weil es dann heißen wird, für die vielen Tausende der Heimkehrenden Platz zu schaffen. Staat und Stadt werden bestrebt sein müssen, die Voraussetzungen für ein Wiederaufleben der Bautätigkeit zu schaffen, damit diese sofort mit dem ersten Friedenstag mit möglichst großer Wucht einsetzen könne. An Arbeitern wird es dann nicht fehlen, für diese müssen aber die Nahrungsmittel reichlich beschafft werden, denn nur gutgenährte Handwerker und Tagelöhner können die nötige Leistung aufbringen, die für die schwere Bauarbeit erforderlich ist. Auf den Feldern wächst die heranreifende Frucht, die jetzige Regenperiode ist für die Entwicklung der Saaten, insbesondere der Gemüse, die uns über die nächsten, allerschwersten Wochen hinweghelfen werden, außerordentlich günstig. Im nächsten Jahre werden Nahrungsmittel in vollkommen ausreichender Menge verfügbar sein und durch die dann voll einsetzenden Zufuhren vom Osten her ergänzt werden. Eine Voraussetzung für die Bautätigkeit liegt ferner in der Beschaffung ausreichender Mengen von Kohle, eine weitere in der Wiedereröffnung voller Transportmöglichkeiten. Der Staat muß durch langgestreckte Steuererleichterungen für Neubauten und Umbauten den genügenden Anreiz für die Unternehmungslust schaffen. Das Wichtigste ist jedoch die Wiedererschließung des durch den Krieg verschütteten Kredits. Hier soll nach den bestehenden Plänen die allgemeine Initiative eingreifen; eine zu schaffende gemeinnützige Organisation soll auf öffentlichen und privaten Gründen Baurechte erwerben, für die Geldbeschaffung Pfandbriefe und Obligationen unter Staatsgarantie ausgeben, die dann von den Hausbesitzern binnen einer langen Reihe von Jahren getilgt werden sollen. Auch die Ausführung selbst soll unter die Kontrolle dieser Organisation kommen, die auch die Entwürfe der in Aussicht genommenen Bauten wie auch die Lieferungen zu überwachen und auf eine mögliche Verbilligung der Baukosten hinzuwirken hätte. Raum für die Entfaltung der Bautätigkeit ist in Wien hinreichend vorhanden. Die bewohnbaren Teile werden mit dem Ausbau des Straßenbahnnetzes immer weiter hinausgeschoben; die Schwierigkeiten für ein frühzeitiges volles Wiederaufleben des Baugewerbes sind aber außerordentlich groß und müssen durch das Zusammenwirken aller Faktoren beseitigt werden.

Die Verschiebungen, die der Krieg auf allen Gebieten der wirtschaftlichen Tätigkeit hervorgerufen hat, äußern sich am sinnfälligsten in den geschäftlichen Ergebnissen der Finanzinstitute. Am nächsten Dienstag wird die Creditanstalt die Bilanz für das Jahr 1917 veröffentlichen. Durch viele Jahre vor dem Kriege war die Creditanstalt mit ihren Abzugsbüchern schon im Februar auf dem Plane erschienen und den anderen Banken vorangegangen, die von dem größten Institute ihre Direktiven erhielten. Jetzt hat sich die Reihenfolge verschoben, die Creditanstalt schließt die Reihe

der Bilanzpublikationen ab. Im Kriege haben die Banken die größten Ergebnisse erzielt, die tiefsten Sal summen in Bewegung gesetzt und die nie dagewesene Flüssigkeit der Umlaufsmittel zu den ausgiebigsten Vermittlungsgewinnen verwendet. Alle Institute haben ihre Dividenden erhöht, und es gilt seit langer Zeit als feststehend, daß auch die Creditanstalt den Aktionären wieder eine Aufbesserung der Verzinsung ihres Kapitals bieten werde. Im Jahre 1916 war die Dividende der Creditanstalt von 32 auf 36 Kronen hinausgesetzt worden. Für das Jahr 1917 wird eine neuerliche Steigerung ins Auge gefaßt, die sich zwischen 2 und 3 Kronen bewegen dürfte, so daß die Schätzungen der Dividende zwischen 38 und 39 Kronen schwanken. Darüber dürfte erst im letzten Augenblick, in der Sitzung des Verwaltungsrates, entschieden werden. Die Quellen, aus denen die Gewinne stammen, sind selbstverständlich auch bei der Creditanstalt reicher geflossen. Ihre Zinssumme war von jeher wegen der starken Reserven die größte unter allen Banken, hatte bereits im Vorjahre 33.4 Millionen Kronen ergeben und dürfte heuer neuerlich gewachsen sein. Es ist ferner bekannt, daß die Creditanstalt von den Aktien der durch sie patronisierten Industrie- und Gewerkschaften Krupp, Ringhoffer und Pieloniowski größere Posten in den Verkehr gebracht und auch sonst von ihren Beständen abverkauft hat. Da überdies verschiedene Garantiefundate verrechnet wurden, dürfte das Effekten- und Konfortialkonto eine erhebliche Besserung aufweisen. Von dem Mehrertrag, der die Erträgnisse der Bilanz abschließt, dürften aber sehr namhafte Summen durch höhere La. en aufgezehrt werden. Gehalte und Spesen sind bei allen Banken gestiegen; insbesondere dürften aber die Steuern, die bereits im vorigen Jahre eine sprunghafte Erhöhung von 49 auf 88 Millionen Kronen erfahren hatten, neuerlich um mindestens 50 Prozent angewachsen sein. Hier liegt auch die Richtlinie für die Beurteilung der weiteren Zukunftsaussichten. Der Geschäftsgang ist, obwohl die Geldflüssigkeit wesentlich nachläßt, andauernd lebhaft, allein die Lasten sind allem Anscheine nach noch nicht auf der vollen Höhe und die Steuern werden weiter steigen. Andererseits dürften die Gewinne der reichen Jahre Unl. zu ausgiebigen Rücklagen geboten haben. Es wird darauf ankommen, ob es sofort und voll gelingen wird, der bedeutenden Verteuerung des Apparats durch neuerlich wachsende Einnahmen ein Gegengewicht zu schaffen.

Die Banken hatten ihr bestes Jahr, die Industrie war aber bereits durch die großen Behinderungen ihrer Tätigkeit bedrückt; fast keine der großen Gesellschaften zahlt eine höhere, viele Unternehmungen wichtiger Gruppen, wie der Eisen- und Kohlenindustrie, der Petroleumindustrie sogar verringerte Dividenden. Manche Betriebe, die in den letzten Jahren so gut wie ausschließlich für den Krieg gearbeitet und aus dieser Beschäftigung große Gewinne gezogen haben, werden jetzt am meisten durch die Frage beschäftigt, wie sie den Uebergang zur Friedenswirtschaft veranstalten und auf welcher Grundlage sie ihre Tätigkeit neu aufbauen sollen. Die Skoda-Werke haben im Kriege 76 Millionen Kronen investiert und den buchmäßigen Wert ihrer Fabriken verdoppelt. Durch Abschreibungen aus den Ergebnissen des Betriebes wurden 11 Millionen Kronen aufgebracht, die Amortisation der im Kriege getätigten Neubauten würde, wenn das gegenwärtige System weiter angewendet wird, noch einen Zeitraum bis etwa zum Ende des nächsten Jahres in Anspruch nehmen. Daß die im Kriege und für den Bedarf des Krieges so außerordentlich in Anspruch genommenen Werke im Frieden nicht volle Beschäftigung finden werden, liegt auf der Hand; die dann zu erwartenden Aufträge dürften auf die Dauer und in normalen Zeiten nur etwa dem fünften Teil der Anlagen für militärische Zwecke zureichende Arbeit bieten. Die Skoda-Werke haben bereits im Kriege alle Vorbereitungen getroffen, um sich auf eine große Friedensindustrie umzugestalten. Die Maschinenfabrik haben sie abgestoßen. Ihre Stahlhütte war ehedem die größte in Europa und wird ihre Tätigkeit für den inländischen Bedarf und die Ausfuhr in verstärktem Umfang aufnehmen. Die Maschinenfabrik wurde durch Bereinigung mit den Ruston-Werken vom Unternehmen losgelöst. Dagegen haben die Skoda-Werke die Erzeugung von Achsen und Tyres, sowie die Bahnräderfabrik behalten. Zu diesen Anlagen soll jetzt die in Aussicht genommene große Lokomotivfabrik treten, die in Pilsen auf eine Erzeugungsfähigkeit von 300 Lokomotiven eingerichtet werden wird, während alle anderen Lokomotivfabriken Oesterreichs bisher im Jahre 600 Maschinen herstellen konnten. Bei der Ungarischen Kanonenfabrik, die mit den Skoda-Werken in engen Beziehungen steht, soll für eine spätere Zukunft der Bau einer Waggonfabrik in Aussicht genommen sein. Auf weitere Absichten deuten die Bestrebungen, sich im Material vollkommen unabhängig zu machen. Die Skoda-Werke haben die Hilsgottes- und Franciszi Eisenerzgruben am Fergang im Bezirke Platten im Obogener Revier angekauft und den Betrieb wieder aufgenommen; der Eisensteinabbau umfaßt zwölf einfache Grubenmaße. Wenn die Erwartungen sich erfüllen, dürften die Pläne wegen Baues eines Hochofens in Angriff genommen werden. Vor zwei Jahren haben die Skoda-Werke die Mehrheit der Aktien des Gradeter Walzwerkes erworben, um das erforderliche Walzisen jederzeit gesichert zu haben; auch die Möglichkeit der Errichtung eines Qualitätsstahlwerkes kommt in Betracht. Zur Beseitigung der Kohle, deren Fehlen im Kriege einen mehrwöchentlichen Stillstand bewirkte, haben die Skoda-Werke die Pantraz-Beche in Mürschan bei Pilsen mit einer jährlichen Erzeugung von 1.5 Millionen Meterzentner Steinkohle und Grubenfelder im Komotauer Braunkohlenrevier mit ausgedehntem Freischurfsterrain erworben. Endlich hat die Gesellschaft einen Zinn- und Wolframbergbau bei Graupen von einem reichsdeutschen Gewerke angekauft. Die Skoda-Werke werden auf diese Art ähnlich, wenn auch in bescheidenerem Maße, wie Krupp in Essen zu einem maßgebenden Unternehmen der Schwerindustrie ausgestaltet werden; ein großes Arbeitsprogramm ist für die Friedensära ausgestellt, das auch, wenn die Erzeugung für den Krieg abgeschlossen ist, den Werken die Beschäftigung gewährleisten soll.

Aufstieg des Judentums.*)

Es kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß dieser Weltkrieg ein großer Glücksfall für das gesamte Judentum der Erde geworden ist. Die Mehrheit seiner Volksgenossen, die unter russischer Staatszugehörigkeit stand, war unfrei vor diesem Kriege, an bestimmte Bezirke von Westrußland und Polen gebunden und sie ist jetzt freizügig geworden. Eine Minderheit sah heimatlos auf dem fetten Boden von Rumänien und sie wird jetzt ebenfalls den anderen Bewohnern des Landes gleichgestellt werden. Mit dem Ende dieses Krieges wird es in der Welt keinen Juden mehr geben, der nicht jener Emanzipation teilhaftig wäre, die im Jahre 1848 ihren eigentlichen Anfang genommen und dieser Revolution in vielen Ländern ihren Stempel aufgedrückt hat. Rußland war der große Damm, der die Flut noch 70 Jahre aufhielt. Er ist geborsten und 6 Millionen Juden können sich ergießen, wohin sie mögen.

Das ist eines der größten Ereignisse in der Geschichte des Judentums. Aber auch in der Geschichte der europäischen Völker wird es Epoche machen, darüber gibt es keine Täuschung und die Frage des Ostjudentums, die schon während dieses Krieges aufgeworfen wurde, wird uns nach demselben noch viel beschäftigen. Daß irgend ein neuer Damm aufgerichtet werden wird, ist kaum anzunehmen, aber Hemmungen müssen geschaffen werden und Hindernisse gegen die trübe Flut aus dem Osten.

Man berechnete schon vor diesem Kriege da und dort den Reichtum des Judentums und seinen Einfluß auf das staatlich und wirtschaftliche Leben. Dieser Reichtum hat sich während dieses Weltkrieges verzehnfacht. Nicht nur was der einzelne Jude durch seine Fröndigkeit und Geschäftstüchtigkeit aus diesem Zusammenbruch alles normalen Verkehrs für sich herausfischte. Kommt da in Betracht, obwohl dies eine enorme Summe bedeutet, es kommt hauptsächlich die gesteigerte Kapitalkonzentration im Bankwesen in Frage. So ziemlich sämtliche Judenbanken haben ihr Grundkapital verdoppelt und verdreifacht, das Publikum nahm die neu ausgegebenen Aktien zu höchsten Kursen auf und wird die Folgen schon noch spüren. Unglaubliche Millionengewinne sind da eingestrichen worden. Alle, die mehr verdienten, deren Produkte im Preise stiegen, haben einen namhaften Teil ihres Kriegsgewinnes schon heute an die Banken weitergegeben. Das wenig geachtete, wertlose Geld floß in fremde Taschen und trat von dort neue Wege der Volksbewucherung an. Die Wirkungen dieser Kapitalaufhäufung werden die künftigen Generationen gar bitter empfinden. Heute spielt sich dieses hoch entwickelte Bankwesen als eine Notwendigkeit auf, denn es erleichtert immer wieder die Aufnahme neuer Kriegsanleihen. So drückt der Staat notgedrungen ein Auge zu und läßt der Entwicklung ihren Lauf. Daß diese Zettelwirtschaft, die uns heute schon mit mehr als 20 Milliarden unbedeckten Papiergeldes belastet hat, zu einer finanziellen Katastrophe führen muß, darüber darf man sich keinen Illusionen mehr hingeben. Israel wächst und wächst hinter diesem Aufbau der Staatswirtschaft aus Papier und es wird auch im äußersten Fall so viel Pfänder in Händen haben, daß ihm nichts geschehen kann.

Gewachsen ist das Judentum während dieses Krieges auch in seiner journalistischen und politischen Weltgeltung. Klar und deutlich hat es sich gezeigt, daß es überall, in allen kriegsführenden Staaten, die Hauptblätter in Händen hat und daß

es die nach oben strebenden Volkskräfte führt. Was sich an demokratischen Blödsichtigkeiten im Hinterland fühlbar machte, wo immer die Einheit der Stimmung gestört wurde und das „Miesmachen“ aufkam, stand der Jude dahinter. Die marxistische Sozialdemokratie ist eine jüdische Schöpfung und die bolschewistische erst recht. Das ganze Friedensgewinsel ging vom Judentum aus, es war geschäftig hinter allem her, was Vorteile versprach, es tagte in der Schweiz und tagte in Stockholm, hefte da zum Kriege, dort zum Frieden und blies in jede Glut. Am normalen Gang des Krieges teilzunehmen und sich in Reih und Glied zu stellen, widerstrebe dem Judentum überall, es gehärdete sich in jedem Staat als Fremdvolk, das andere Interessen hat und diese nie vergißt. Das schließt nicht aus, daß auch so und so viele tausend Juden als Mitkämpfer am Kriege teilnahmen: aber es ist nicht zu übersehen, daß es Familien gab, die ein Mitglied in England, eins in Deutschland, eins in Frankreich oder Rußland hatten und daß keiner wußte, für welche „Heimat“ er sich eigentlich erhitzen sollte. Das Internationale liegt dem Judentum im Blut und man wird dies niemals ganz übersehen dürfen. Scheinbare Assimilationen werden immer nur ein Schein bleiben. Auch besitzen wir Aussprüche jüdischer Gelehrter von Ruf, welche von einer Rassenkreuzung gar nichts halten, da die Sproßlinge aus solchen Ehen mit die Fehler der beiden Rassen, nicht aber ihre Tugenden erben.

Wir besitzen keine genaue Statistik über die Verteilung des Judentums in Ungarn nach Berufen und Beschäftigungen, wenigstens ist uns keine solche bekannt, wohl aber liegt uns eine aus Deutschland vor und sie leuchtet tief hinein in das Wesen dieses interessanten Volkes. Es sind im Deutschen Reich nach Prozenten tätig:

	Christen	Juden
In der Landwirtschaft	32.7	1.3
In der Industrie	37.2	21.9
In der Lohnarbeit	1.6	0.5
In freien Berufen	5.7	6.5
Im Handel und Verkehr	11.5	50.6
Ohne Beruf sind	11.3	19.2

Das gibt ein vollkommen klares Bild der sozialen Schichtung des Judentums und es dürfte im wesentlichen auch in Ungarn das gleiche sein. Nach der Seite der Landwirtschaft wird sich das Bild einigermaßen verschieben, denn es gibt in Ungarn sicherlich weit mehr jüdische Pächter, die sich als „Landwirte“ zählen lassen als im Deutschen Reich. Im Handel und Verkehr wird sich aber die Ziffer von 50.6 Prozent wahrscheinlich auf 80 erhöhen. Bemerkenswert bleibt für Deutschland die Zahl der berufslosen Juden, die fast 20 Prozent beträgt. Ein Fünftel also tut gar nichts und lebt von seinen Renten. Mehr als die Hälfte aller Juden aber lebt selbst in Deutschland vom Handel mit den Produkten, die die christliche Bevölkerung erzeugt hat.

Wir wollen keine weiteren Schlüsse auf Ungarn ziehen und gehen zu einer zeitgemäheren Erscheinung über. Die Befreiung des gebundenen Judentums im Osten, seine Bereicherung überall haben wir schon erörtert, ebenso seine politische Einflusnahme. Bleibt nur noch sein wachsender geistiger Aufstieg. Sehen wir auch in diesem Falle von Ungarn ab. Es liegen uns die Ausweise der Wiener Universität vor und sie sind äußerst lehrreich. Diese gewaltige Hochschule hatte vor dem Kriege (1913/14) 10.441 Hörer, darunter 2736 Juden. Im Kriegsjahr 1914/15 sank die Hörerzahl auf 6613 Hörer, aber die der Juden nicht einmal um hundert, sie zählten 2668. Sie waren also gegen früher von 26.2 Prozent auf 40.3 Prozent gestiegen. Zum Teil waren sie untauglich, zum Teil durch „Flüchtlinge“ ergänzt. Schon im Sommersemester 1915 sank die Zahl der Hörer auf 5160, aber die Juden behaupteten sich immer mit 2483, so waren sie nun schon fast die Hälfte. Und ihr Anteil stieg beständig, sie sind heute weit aus in der Ueberzahl. Schon im Sommersemester 1917 standen sie sich so gegenüber:

Juristen	301	Juden, 462	Christen
Philosophen	541	Juden, 670	Christen
Mediziner	636	Juden, 280	Christen

Und dieses Verhältnis hat sich im Wintersemester 1917/18 noch weiter verschoben. Nur 3 Prozent der Bevölkerung in Oesterreich sind Juden, die vornehmste Hochschule des Landes aber, die im Frieden schon 26.2 Prozent Juden aufwies, ist während dieses Krieges zu einer jüdischen Universität geworden.

Die Gründe hierfür müssen tiefer liegen als in der angeblichen Untauglichkeit des Juden für den Militärdienst und sie werden wohl noch bloßgelegt werden. Die Tatsache an sich, daß die Söhne des staatsbehaltenden Volkes im Felde stehen und die Söhne der Juden in einer so unverhältnismäßigen Zahl ihren Bildungsgang vollenden und aufsteigen, ist so kraß, daß sie nicht mehr übersehen werden kann. Die jetzige Erteilung von Studienurteilen an die im Felde stehende Jugend kann dies nicht mehr ausgleichen. Wir wollen doch erst die Ziffern abwarten, wie sich diese Urlaube verteilen haben, ehe wir die Zustände in Ungarn untersuchen. Daß man in Oesterreich jetzt wieder den Ruf erhebt, die Beteiligung der Juden an den höheren Studien auf ihren Volksprozentfuß einzuschränken, darf nach den mitgeteilten Daten nicht wunden.

*) Von besonderer Seite.

Deutscher Reichstag.

„Wirtschaft, Wirtschaft Horatio!“ Der Herr des Reichswirtschaftsamt soll Rede und Antwort stehen und sich das Gewissen schärfen lassen. Der Abgeordnete Schulze-Gaevernig spricht über freie und gebundene Wirtschaft; nein doch, es ist der Professor Schulze-Gaevernig, der da spricht. Die Rede ist kein politischer Akt, sondern eine akademische Vorlesung. Klar und lehrreich: Weder schrankenlose Freiheit, noch völlige Gebundenheit könne uns zum Heil sein; die rechte Mischung zu finden, gelte es. In zweifelhaften Fällen lieber Freiheit als Zwang. Sonst sei auf alle Fälle staatliche Regelung besser als private Monopole und das schrankenlose Ueberwachen privater Willkür. Was dem Koll sei, müsse den Rohlen billig sein. Aber nicht Fiskalismus des Schatzsekretärs dürfe die Politik des Reichswirtschaftsamt beeinflussen; nicht jener Geist, der den Verkehr besteuert, den wirtschaftlichen Blutumsatz, und das Vermögen, das noch gar nicht da ist. Für die Übergangswirtschaft: Zwang, aber keinen Tag länger als durchaus nötig. Wirtschaftliche Friedensziele: Koloniale Umordnung von wegen Rohstoff, Weistbegünstigung, offene Tür, langfristige Tarifverträge. Zum Schluß, etwas aus dem Rahmen des Kollegs fallend, ein fortschrittlicher Ausfall auf unser Regierungssystem und ein parteiüberdrückter Gruß an die, die drüben an der Prinz-Albrechtstraße unter Herrn Pachnicks Beistand das neue Preußen in Schmerzen gebären.

Herr Rießer, nationalliberal und Hansjand, hat gar nichts übrig für die gebundene Wirtschaft. Staatssozialismus? Mörder der Persönlichkeit! Werft das Scheusal in die Wolfshaut! Wo bleibt das Ermächtigungsgesetz für die Übergangswirtschaft? Mit grundsätzlichem Mißtrauen sieht Herr Rießer ihm entgegen. Denn ein gebanntes Kind scheut das Feuer.

Der konservative Benjamin, Herr Widdgrube, ist auch ein Schwärmer für die freie wirtschaftliche Persönlichkeit, und zwar in Industrie und Landwirtschaft; vom Handel redet er nicht gerne. Er ruft nach Longway und Bries und ruft Feuer und Schwefel aus dem Reichswirtschaftsamt über den Geist Walter Rathenaus.

Biel Kritik und wenig Liebe für den Freiherrn v. Stein. Aber er läßt sich nicht irren. Aus rundem, schwarzem Brillenrahmen besieht er sich das Konzept der Rießer und Widdgrube und bleibt — bei dem feinen. Der Kriegsozialismus sei so übel nicht. Es sei falsch, ihm die Zerreißen der Kleinen und Schwachen zur Last zu legen; er habe im Gegenteil das gerettet, was noch von ihnen übrig sei. Bonität Herr v. Stein recht hat. Auf ein Programm will er sich nicht festlegen. Worten er verleiht auch recht hat; es kommt doch immer alles anders. Was Herr v. Panzer feinerzeit schon gesagt hat, läßt er für sich gelten; mehr nicht. Für die Übergangswirtschaft: Mögliche Freiheit, aber alle Schonung für die Schwachen. Das ist eine Jode, die nicht an den Achseln grüßt. Manches habe man doch wohl gelernt in dieser Zeit; manches würde doch wohl bleiben aus dieser Zeit. Der erzwungene Zusammenschluß würde vielleicht, und hoffentlich als ein freiwilliger, Dauer gewinnen. In Bereitschaft sein, sei alles. Der Wirtschaftskrieg nach dem Bismarckkrieg dürfe nicht leicht genommen werden, wenn man nicht leichtsinnig sein wolle. Kurzum, der Herr v. Stein hält seinen Kurs durch gegen Rießer und Widdgrube und glaubt nicht an den bösen Geist, der im Reichswirtschaftsamt umgehen soll.

Zwischen ein paar Geschäftsordnungsartikelchen, wie sie unter Herrn Paasche so leicht kommen. Er möchte gern verlagen, und darin hat er recht; muß aber noch den Fortschrittler Carstens sein Garn spinnen lassen. Dann wird aber doch vertagt.

157. Sitzung. Freitag, den 3. Mai, 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Freiherr v. Stein.

Anfragen.

Abg. v. Graefe (kons.) verweist auf die brutale Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Rumänien. Tausende sind zu Tode gemartert oder im Elend umgekommen. Rumänische Sogerkommandanten und andere rumänische Offiziere, die sich dieser Missetaten schuldig gemacht haben, sind in unsere Hände gefallen. Was gedenkt der Reichstagler zu tun, um diese Untaten der Sühne zuzuführen und dadurch die anderen Staaten zu erinnern, daß das Deutsche Reich nicht gewillt ist, einen in Kriegsgefangenschaft geratenen Reichsangehörigen ungestraft quälen zu lassen?

Legationsrat v. Keller: Somettschuldige Offiziere in unsere Hände gefallen sind, wird nach Maßgabe des Gesetzes gegen sie vorgegangen. Wegen der anderen einwandfrei bewiesenen Fälle haben wir von der rumänischen Regierung, abgesehen von der Frage der Entschädigung, unverzügliches Einschreiten verlangt, damit die schuldigen Offiziere für ihre Gewalttate oder für die gräßliche Vernachlässigung ihrer Pflichten gegenüber deutschen Soldaten der verdienten Strafe entgegengeführt werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Struwe (fortsch. Bp.) führt Klage über die Gefährdung der ärztlichen Versorgung ländlicher Bezirke durch den Mangel an Fahrwehren. Man sollte die wegen des Mangels an Pferden auf Automobile angewiesenen Landärzte mit Gummibereifung bestücken, weil fernerde Reifen wegen der Beschaffenheit der Landwege und nach Art des Geländes meist unbenutzbar seien.

General v. Weisberg: Den Wünschen der Landärzte ist nach Möglichkeit Rechnung getragen worden. Alle Anträge konnten allerdings nicht berücksichtigt werden. Die Verwendung jedernder Erfolge ist nach den Erfahrungen der Heeresverwaltung durchaus möglich; sie bedingt nur langsame Fahren.

Abg. Dr. Hecker (fortsch. Bp.): Nach deutschen Meldungen haben die Engländer in jüngster Zeit

Dumm-Geschosse

im Kampf gegen unsere Soldaten verwendet.

General v. Weisberg: Das englische Geschoss, äußerlich ein normales Vollmantelgeschoss, hat einen zweitheiligen Geschosskern, der an der Spitze bisher aus Aluminium bestand, jetzt aber aus Blei mit einer Papiereinlage besteht. Schon durch die Zweiteilung des Geschosskernes werden unter besonderen Voraussetzungen bössartige Verletzungen verursacht. Die Wirkung aber, die die Papiereinlage hervorruft, sind besonders gefährlich, denn die Papiereinlage enthält unzweifelhaft zahlreiche Krankheitskeime (Hört, hört und Bewegung), sie verursacht nach der Zerreißung des Mantels in der Wunde ausgebreitete Eiterungen und andere Wundkrankheiten, die besonders schwere und unnötige Leiden hervorruft. (Hört, hört!) Die Erhebungen über die Wirkung dieses neuen Geschosses sind soeben abgeschlossen worden. Wir werden alsbald bei der britischen Regierung vorstellig werden und die Einstellung der weiteren Verwendung dieses Geschosses verlangen unter Androhung von Gegenmaßnahmen. (Allseitige Zustimmung.) Hierauf wird die zweite Lesung des

Haushalts des Reichswirtschaftsamt

fortgesetzt.

Abg. v. Schulze-Gaevernig (fortsch. Bp.):

Sowohl die gebundene Wirtschaft, als die freie Wirtschaft sind in der Vergangenheit versucht und als zu leicht befunden worden. Die Durchstauchung des Wirtschaftslebens war nirgends größer als im liberalistischen Preußen. Die freie

Wirtschaft ist in England bis in ihre letzte Konsequenz versucht worden, und unsere manchesterischen Vorfahren waren von ihr durchdrungen. Die freie Wirtschaft führt zur Vergewaltigung der Schwachen durch den Starken. In England hat sie zum völligen Zusammenbruch des Kleinergewerbes geführt. Auch in der Wirtschaft gilt Stillers Wort: Die Freiheit brüht Kolosse. Für Deutschland gilt die Binsenwahrheit: Weder ganz gebundene, noch ganz freie Wirtschaft, sondern eine weise Mischung beider. Uns scheint die einzig richtige Aufgabe gestellt zu sein, zu einer Synthese der staatssozialistischen und freien Ordnung zu gelangen. Ein Vorbild besitzen wir in unserem Bankwesen, wo die Wirtschaftsfreiheit frei waltete, aber eine staatliche Zentrale das Ganze beaufsichtigte. Das deutsche Reichswirtschaftsamt wird seiner Aufgabe gerecht werden, wenn es für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben etwa das wird, was die Reichsbank für das deutsche Bankwesen kurz vor dem Kriege geworden war. Möge es dem Staatssekretär des Reichswirtschaftsamt gelingen, gegenüber den großen Syndikaten und Riesenunternehmen der Schwerindustrie, diesen riesenhaften Kapitalzusammenschlüssen, volkswirtschaftliche Gesichtspunkte zum Durchbruch zu bringen. Die kleinen und mittleren Betriebe sind frei zu lassen. Freie Wirtschaft für die Arbeit in der Industrie, für das Kleinergewerbe und vor allem für die Landwirtschaft, der gegenüber der ominöse Produktionszwang verlag hat und versagen muß. Drei Leitsätze möchte ich dem Staatssekretär auf den Weg geben. Erstens, im Zweifel entscheide er sich für das freie Unternehmen, den freien Handel. Grobe Abneigung herrscht gegen die Zivilregiererei, Beamtenallmacht und Willkür. Welche Mühe erfordert es, sich in dem Labrynth unserer Kriegswirtschaft zurecht zu finden! Zweitens, eine staatliche Regelung und Beaufsichtigung ist gegenüber privaten Monopolen nur das geringere Uebel. Nach der staatlichen Regelung des Kalibergbaues darf die Verwaltung der Rohlenförderung nicht unter rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen. Eine volle Verstaatlichung ist nicht notwendig, es genügt eine gemeinwirtschaftliche Regelung solcher monopolartiger Gebilde. Drittens, der Staatssekretär wird ein recht ernstes Wort mit dem Reichsstag zu sprechen haben, damit neben den fiskalischen, doch auch volkswirtschaftliche Gesichtspunkte in unserm Steuerstystem zum Durchbruch gelangen. Er muß gegen Verkehrssteuern ankämpfen, die die Frucht schneiden wollen, bevor sie geerntet ist. Einkommen und Vermögen dürfen erst getroffen werden, nachdem sie gebildet sind. Die vorgelegene Umsatzsteuer belastet die größten Betriebe, die alles selbst herstellen, gar nicht.

In der Übergangswirtschaft

wird es nicht ganz ohne staatliche Maßregeln abgehen können. Sonst kommen die zahlreichen stillgelegten Kleinergewerblichen Betriebe nicht wieder in Gang. Solange unsere Kinder der Scherbe entbehren, dürfen nicht Kumpel mit Leder bezogen werden. Falls ein Zwangsmandat der Reeder zustande kommt, darf nicht eine übermäßige Steigerung der Frachten und Auspompierung der Verbraucher eintreten. Die Übergangswirtschaft darf aber nicht aus Jahrzehnte ausgedehnt werden. Der Zwang muß sich in den engen Grenzen halten und sobald als möglich verschwinden. Gegenüber den unserer Rohstoffzufuhr drohenden feindseligen Maßnahmen, wie dem englischen Ausfuhrzoll auf Palmenerne in den britischen Kolonien, oder den englisch-australischen Zinkabkommen, brauchen wir eine

Koloniale Ausbreitung und Abrüstung.

die nur in Afrika, dem Rohstofflande der Zukunft, gefunden werden kann. Hierzu müssen auch Verträge über Rohstofflieferung treten, wie sie in den Friedensverträgen mit der Ukraine und Rumänien vorgezogen sind. Die Weistbegünstigungsklausel muß unklündbar in alle bevorstehende Friedensverträge aufgenommen werden. Unser wirtschaftliches Kriegsziel steht hinter den anderen nicht zurück. Ein internationaler Haager Schiedsgerichtshof müßte darüber wachen, daß das Weistbegünstigungssystem ehrlich durchgeführt wird. Natürlich dürfen wir auch unseren heutigen Bundesgenossen keine Sonderbevorzugung gewähren. Wir brauchen Weistbegünstigungen und offene Tür in den Kolonien und langfristige Tarifverträge. Daneben müssen wir für eine Neuordnung unserer innerstaatlichen Einrichtungen Sorge tragen. Nichts hat uns in der Welt so sehr geschadet wie unser bisheriges Regierungssystem. Jeder Kaufmann, der draußen war, kann bestätigen, daß auf dieses Regierungssystem letzten Endes das tiefe Mißtrauen zurückzuführen ist, das das Ausland uns gegenüber hegt. Der deutsche Kaufmann war in der Welt beliebt, der deutsche Befehlshaber war hoch angesehen und der deutsche Gewerkschaftsführer nahm den ersten Platz ein, nur das Regierungssystem rief Mißtrauen hervor. Deshalb hat die jetzige Neuordnung in Preußen auch eine wirtschaftliche Bedeutung und wird der deutschen Ware die Rückkehr in die Welt erleichtern. (Beifall.)

Abg. Dr. Rießer (nl.):

Dr. Süssmann hat gestern dargelegt, daß nach den Erfahrungen des Krieges jeder halbwegs vernünftige Mensch die Vorteile einer staatlich geregelten Wirtschaft einsehen möchte. Ich glaube, zu den halbwegs vernünftigen Menschen zu gehören. Ich sehe in der Volkswirtschaft nicht eine Sache des einzelnen, sondern eine Sache der Gesamtheit. Wir sollten uns von allen Schlagworten freihalten. Man sage nicht: Die freie Wirtschaft, die Gemeinwohl. Gewiß braucht die freie Wirtschaft nicht immer auch das Gemeinwohl bedeuten, andererseits ist auch der Staatssozialismus in seiner Weise gleichbedeutend mit dem Gemeinwohl. (Sehr richtig!) Wir werden den

Rampf gegen den Staatssozialismus

führen, weil wir in der Schaffensfreiheit der freien Persönlichkeit, die sich für den Fortschritt des Betriebes verantwortlich fühlt, etwas sehen, was nicht vernichtet werden darf.

Wo bleibt das Ermächtigungsgesetz für die Zeit nach dem Kriege? Wir haben schon oft darnach gefragt, aber noch keine Antwort erhalten. Nach den Erfahrungen, die wir mit dem Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 gemacht haben, müssen wir auf den Inhalt des neuen Ermächtigungsgesetzes sehr acht geben. Bis zur Genehmigung dieses Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag darf die Regierung für die Übergangswirtschaft nur vorbereitende Maßnahmen treffen, obwohl wir schon gegen diese vorbereitenden Maßnahmen Bedenken haben; denn hat die Regierung einmal vorbereitende Maßnahmen ausgeführt, mit denen sich die Beteiligten abgefunden haben, dann wird es sehr schwer sein, Änderungen vorzunehmen. Wir glauben nicht, daß Maßnahmen wegen Verstößen gegen das Gemeinwohl in der Übergangswirtschaft notwendig sein werden, wie sie ja auch im Frieden nicht notwendig gewesen sind. Das gilt auch für die Frage der Beschaffung von Schiffraum für unsere Reedereien. Die angegebene Schiffraumnot, die von sachverständiger Seite bestritten wird (hört, hört!) hat keine Veranlassung zum Erlaß einer besonderen Bundesratsverordnung. Man sollte die Frage ohne eine neue Organisation unter Wahrung der staatlichen Rechte von der bereits bestehenden Reederorganisation lösen lassen. Entsefung nicht Einschränkung aller lebendigen Kräfte muß unser Ziel sein. Wer die freie Wirtschaft ertrocknet, wird den Krieg verlieren, auch wenn er ihn militärisch gewonnen hat.

Abg. Dr. Widdgrube (kons.): Auch wir sind gegen die so viel gepriesene gebundene Wirtschaft. Wir wünschen eine Umgestaltung des auswärtigen Amtes, damit die Erfahrungen namentlich der handelsrechtlichen Exporteure unserer Sache besser nutzbar gemacht werden können. Wir müssen das Vertrauen der Auslandsdeutschen wieder zu gewinnen suchen. Für unsere Eisenindustrie brauchen wir notwendig das Erzbedeck von Longway und Bries. Noch gefährlicher als die Industrielle wäre die landwirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland. Auch aus dieser Einsicht müssen alle Folgen

rungen gezogen werden. Freiheit und Selbstverwaltung von Handel und Industrie müssen das Programm der Zukunft sein. Der Geist eines Walter Rathenau muß vom Reichswirtschaftsamt wie Pech und Schwefel ausgebrannt werden. (Huhu-Rufe links und Lachen.) — Der Redner klagt über ungerichte Papierzuteilung an die Zeitungen.

Staatssekretär des Reichswirtschaftsamt Febr. v. Stein:

Der Abgeordnete Rießer ist davon ausgegangen, zur Begründung der Ueberlieferbarkeit der gebundenen Wirtschaft auszuführen, es wäre dem Kriegsozialismus zu danken, daß die Kleinen und mittleren Wirtschaften gerrieben wurden. Das ist eine schiefe Auffassung. Nicht die Kriegswirtschaftliche Organisation, sondern der Zwang des Krieges hat es mit sich gebracht. Hätte der Staat nicht rechtzeitig eingeschritten, so wäre ihre Benachteiligung in noch höherem Maße erfolgt. Bei unserer Abhängigkeit vom Ausland in den Rohstoffbezügen wurde bei der eintretenden Knappheit von allen Seiten danach gedrängt. Es war ein gutes Geschäft zu machen. Da ist es natürlich, daß die Schwächeren zu kurz kommen, wenn man nicht eingreift und die selbständigen Existenzen zu erhalten sucht. In der Übergangswirtschaft wird sich der Mangel an Auslandsprodukten und an Arbeitskräften allmählich vermindern. Solange wir mit weniger Rohstoffen rechnen müssen, als zu einer auskömmlichen Versorgung der mittleren und Kleinen Betriebe nötig ist, wäre es nicht zu verantworten, wenn man die Dinge vorher ihren Gang gehen ließ.

Ein Wirtschaftsprogramm gebe ich nicht. Was darüber zu sagen ist, hat der Stellvertreter des Reichsfinanzamt bereits entwickelt. Das ist ein Programm, durch das sich die Regierung für gebunden hält, und nach dem ich mich richten werde. Ich bin willens,

die Übergangswirtschaft

so zu führen, daß nach Möglichkeit alle freien Kräfte arbeiten können, daß aber, solange die Knappheit herrscht, nicht der Schwache durch die Willkür des Stärkeren unterdrückt wird. Wie lange das dauert, läßt sich nicht sagen. Die Erfahrungen dieses Krieges werden sich nicht ohne weiteres verwichen. Es wäre kein Unglück, wenn aus dem erzwungenen Zusammenschluß ein freiwilliger würde und aus einer schrankenlosen Konkurrenz verjichtet würde, was die Produktivität nur fördern könnte. Der Abg. Rießer hat gefragt, wie es die Regierung mit der Verordnung über die Übergangswirtschaft halten will. Formell würden die Grundlagen genügen. Bekanntlich haben wir aber in einer vertraulichen Besprechung mit den Vertretern der Parteien über ein anderes Gesetz für die Übergangswirtschaft gesprochen. Der Hauptinhalt dieses Gesetzes würde sein, daß etwa in Anlehnung an das Hilfsdienstgesetz ein besonderer Ausschuss des Reichstages in gewisser Weise die Aufgaben des Parlaments dabei verrichtet. Wir haben uns verständigt, daß der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamt, bis die Verordnung kommt, mit dem Sechzehnerausschuss Fühlung nimmt. Es sind auch einige Einwände entstanden. Einen davon, den über die Zertifikate, hat der Abg. Rießer graufam zerpflückt. Da er die große Mehrheit des Ausschusses auf sich vereinigt hat, fällt der Tadel auf den Ausschuss zurück. Auf die Verordnung, die nicht vorliegt, gehe ich nicht näher ein. Vorschläge, die so tief in das wirtschaftliche Leben eingreifen, müssen sehr sorgfältig durgearbeitet werden. Der Abg. Rießer hat von bürokratischen Formalitäten gesprochen. Gewiß, Unnötiges soll nicht geschehen. Aber jemand muß doch darüber entscheiden können, was unnötig ist, welche Waren zuerst hergestellt werden müssen. Man kann nicht Grundsätze aufstellen und den Interessenten überlassen, ob sie danach verfahren wollen. Wenn eine Stelle da sein muß, die eingreifen soll, muß es der Staat sein. Eine Kontrolle ohne Zwangsmittel ist eine Halbwelt. Wer das will, mag sich ein Kinderfräulein engagieren. Der Abg. Schulze-Gaevernig ist der Meinung, daß man den Wirtschaftskrieg nicht so tragisch nehmen soll. Ich warne davor, sich in Optimismus zu wagen. (Zustimmung.) Wir müssen auf die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit gefaßt sein, daß unsere Gegner, wie der Krieg auch ausgehe, nicht ohne weiteres in Frieden und Freundschaft mit uns zu leben bereit sein werden. Deshalb müssen wir uns für die Übergangswirtschaft mit allem Rüstzeug versehen. Ausführung wie Einführung müssen in einer Hand sein, und das kann nur die des Staates sein. Wir werden alles tun müssen, um unseren Mann zu stellen. Ich bin überzeugt, wir werden auch hier oben bleiben. Aber das deutsche Wirtschaftsleben wird sich notgedrungen Einschränkungen auferlegen müssen. (Beifall.)

Abg. Carstens (fortsch. Bp.): Die Rohlenversorgung läßt mehr als alles zu wünschen übrig. Anscheinend haben wir auf diesem Gebiet zu viel Organisationen. Manche untergeordneten Organe tun nicht, was sie tun sollen, oder sie wissen nicht, was sie tun. (Heiterkeit.) Von der Übergangswirtschaft macht man sich eine ganze falsche Vorstellung. Die Ueberführung in die Friedenswirtschaft wird nicht spontan vor sich gehen. Der schlechte Stand unserer Baluta verlangt durchgreifende Maßnahmen des Reichswirtschaftsamt. Das Ausland, auch nicht das neutrale Ausland, darf den schlechten Stand der Baluta nicht zum Ankauf deutscher Industrieklein betonen, um damit maßgebenden Einfluß auf die deutsche Industrie zu gewinnen. Noch schlimmer wäre es, wenn es dem neutralen Ausland gestatten würde, sich deutschen Grund und Boden unter dem schlechten Balutastand anzueignen. Bestrebungen sind im Gange. Schließlich muß auch wir dafür sorgen, daß unsere Rüstschätze nicht ins Ausland wandern. Wir wünschen eine Regelung des Arbeitsmarktwesens für das ganze Reich. Die Ordnung muß erfolgen, wenn der Frieden erreicht ist. Wie steht es mit den zahlreichen weiblichen Hilfskräften, die im Kriege Anstellung gefunden haben? Man kann sie doch nicht einfach aufs Pflaster werfen, wenn die Krieger zurückkommen. Je geringer der staatliche Zwang in der Übergangswirtschaft sein wird, desto freudiger werden es Industrie und Handel empfinden.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Sonnabend 2 Uhr. Vorher Aufhebung des § 153.

Schluß 7 Uhr.

Preis der Anzeigen:

Die kleine Zeile 10-j. Abendblatt 10-j. Reklamen
 2.50 Abendbl. 10-j. — 30% Teuerungszuschlag.
 Stellensuche 10% Teuerungszuschlag. Familien-
 anzeig. Sonderart. Platz- u. Datenvorsch. ohne
 Verbindlich. — Anzeig. nehm. an: Geschäftsstelle
 Frankfurt a. M. Gr. Eschenheimerstr. 32/37, Schiller-
 str. 2. Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Manöverstr. 16/18.
 Dresden: Waisenhausstr. 28. München: Pernersstr. 5.
 Offenbach: Biebererstr. 26. Stuttgart: Poststr. 7. Zürich:
 Nordstr. 63. Unsere Agenturen u. d. Ann.- u. Exped.
 Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-
 Druckerel G. m. b. H.
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 44.78

Der Wirtschaftsvertrag mit Rumänien paraphiert.

Bukarest, 5. Mai. (W. B.) Meldung des Wiener Corr.-Bureaus. Gestern ist durch die Vertreter Oesterreich-Ungarns bezw. Deutschlands und Rumäniens der wirtschaftliche Zusatzvertrag zum rumänischen Friedensvertrag paraphiert worden. Damit sind sämtliche mit dem Friedensschluß zusammenhängenden Verträge zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einerseits und Rumänien andererseits abgeschlossen und zur Unterschrift fertig.

Die Regelung der Uebergangswirtschaft.

N. Berlin, 4. Mai. (Priv.-Tel.) Im Zusammenhang mit der Beratung des Reichswirtschaftsamts während der jetzt im Reichstag stattfindenden zweiten Lesung ist auch die Frage der Uebergangswirtschaft gestreift worden. Es wird allgemein interessieren, die Gesichtspunkte kennen zu lernen, von denen sich das Reichswirtschaftsamt für die Regelung der Uebergangswirtschaft leiten läßt und darüber kann auf Grund von Mitteilungen des Reichswirtschaftsamtes folgendes gesagt werden:

Es besteht nicht die Absicht, eine staatliche Regelung auf allen Gebieten des Handels und des Erwerbslebens vorzunehmen, aber auf gewissen Gebieten wird die bereits während des Krieges geschaffene, unter staatlicher Aufsicht stehende Bewirtschaftung notwendig sein, denn die Uebergangswirtschaft ist bedingt durch die Frage der deutschen Valuta und des zur Verfügung stehenden Schiffraums. Unter dem Druck dieser beiden Voraussetzungen ist unter allen Umständen ein staatlicher Eingriff auf verschiedenen Gebieten notwendig, so besonders bei der Textilindustrie, gewissen Kolonialwaren, Gummi, Fett und Ölen, Häuten und Leder. Auch bei dem Schiffraum wird eine Regelung erfolgen müssen. Die Art der Organisation wird verschieden sein und sich den Bedürfnissen anpassen müssen. Als Träger der Organisation denkt sich das Reichswirtschaftsamt die sogenannten Wirtschaftsstellen, die angegliedert werden an die Kriegsorganisationen, die vorhanden sind. Diese Kriegsorganisationen sollen im Sinne der Friedenswirtschaft umgestaltet werden. Der Handel soll nach Möglichkeit frei werden, sowohl der Einfuhrhandel wie der Großhandel, wie auch der Detailhandel. Allerdings soll der Einfuhrhandel gewissen Einschränkungen unterworfen sein. Es soll darauf geachtet werden, daß wir zunächst die unbedingt notwendigen Stoffe aus dem Ausland herzubekommen, während andere weniger wichtige Stoffe etwas zurückdrängen sein werden. Der illegitime Handel, der namentlich über das neutrale Ausland geht, soll zum Schutze unseres legitimen deutschen Handels ausgeschaltet werden.

Sämtliche beteiligten Kreise sollen nach Möglichkeit an der Bewirtschaftung der für ihre Verarbeitung in Betracht kommenden Artikel beteiligt sein. Eine gewisse Selbstverwaltung soll entstehen. Die Wirtschaftsstelle für die Textilindustrie z. B. ist so gedacht, daß der Einfuhrhändler, die Spinner, die Weber, die Großhändler, Detaillisten, der Handel, die Arbeiter und Angestellten in ihr vertreten sind. Diese Wirtschaftsstelle soll sich selbst verwalten und soll ihren eigenen Vorstehenden wählen können. Die Wirtschaftsstellen sollen durch die Reichsbank gewisse Befugnisse in der Valutazuteilung erhalten. Auf gar keinen Fall besteht die Absicht, Zwangshandilare zu schaffen. Allerdings hat das Reichswirtschaftsamt die Beobachtung machen können, daß dort, wo Zwangshandilare während des Krieges entstanden sind, wie in der Schuhwarenindustrie, man sich damit ganz gut abgefunden hat. Die Industrie- und Handelsverbände sollen ihre Vertreter zu den Wirtschaftsstellen präsentieren. Der Staatssekretär behält sich allerdings das Bestätigungsrecht vor. Deshalb sind vielfache Angriffe gegen das Reichswirtschaftsamt aus dem Wirtschaftslieben heraus erfolgt. Dieses Recht des Staatssekretärs resultiert nicht daraus, daß das Reichswirtschaftsamt die freie Vertretung der Organisationen beschränken wollte, sondern es soll hier Vorsorge getroffen werden, daß auch wirklich alle Interessengruppen ihre Vertretung finden. Namentlich sollen auf diese Weise auch die Betriebe berücksichtigt werden, die während des Krieges stillgelegt wurden und die nach Ansicht des Reichswirtschaftsamtes nach Friedensschluß so bald wie möglich wieder in Gang gesetzt werden sollen. Sollte ihre Wiederrichtung durch die Fachverbände nicht erfolgen, so kann sie der Staatssekretär aus Eigenem berufen. Dasselbe gilt auch bei den Vertretern der organisierten Arbeiter und Angestellten. Da ein großer Teil der Arbeiterschaft und der Angestellten nicht organisiert ist, will der Staatssekretär auch aus ihren Reihen Vertreter berufen. Die Wirtschaftsstellen sollen keine Erwerbsgesellschaften sein, sondern lediglich sachverständige Beratungsstellen, die sich ihre Vorstehenden und ihre Geschäftsführer selbst wählen und die Befugnis erhalten, zur Bilanzierung ihres Etats gewisse Abgaben zu erheben. Eine Geschäftsabteilung kann ihnen allerdings angegliedert werden, wenn es die Verhältnisse erfordern. Diese Notwendigkeit hat der Handelsverkehr mit den Gebieten im Westen gezeigt. Deshalb ist in der zu erwartenden Bundesratsverordnung diese Möglichkeit der Angliederung einer Geschäftsabteilung offengehalten. Eine besondere Aufgabe sieht das Reichswirtschaftsamt darin, dem durch den Krieg besonders schwer geschädigten Mittelstand wieder aufzuhelfen, namentlich die kleinen und mittleren Betriebe, die am meisten von der Stillelegung betroffen wurden, bald wieder in Gang zu bringen. Eine vorläufige Aufrechterhaltung der Devisenordnung auch nach dem Kriege erscheint dem Reichswirtschaftsamt unumgänglich notwendig, zumal auch Entente-Staaten wie England inzwischen zur Vorbereitung von Valutaschutz und Kontrollmaßnahmen sich genötigt gesehen haben. Aber man hat in Aussicht genommen, beim Wiederbeginn des lebensnotwendigen Handelsverkehrs diesem möglichst weitgehende Erleichterungen und auch eine Vereinfachung des Geschäftsganges bei der Erlangung von Devisen zu verschaffen.

Umfangreiche organisatorische Maßnahmen sind während der Uebergangszeit für die Ueberseeschifffahrt vorgesehen. Ein erheblicher Teil unserer Tonnage ist durch den Krieg verloren gegangen, und weitere Verluste können bei längerer Dauer des Krieges noch eintreten. Es erscheint auch nicht möglich, während des Krieges durch den eigenen Handelschiffbau diese Verluste wieder voll wett zu machen, und deshalb muß nach dem Krieg mit einer geringeren deutschen Tonnage ebenso gerechnet werden wie mit einer allgemeinen Verringerung der Welttonnage. Niemand kann prophezeien, aber es ist leicht möglich, daß an deutscher Tonnage ein Fehlbetrag für die nötige Einfuhr vorhanden sein wird. Deshalb muß die Tonnage so verteilt werden, daß sie unseren Allgemeininteressen entspricht und dafür hat das Reichswirtschaftsamt folgende Grundzüge aufgestellt: Deutsche Tonnage soll vornehmlich für deutsche Einfuhrbedürfnisse verwendet werden und die Güter sollen nach Möglichkeit der Dringlichkeit des Bedarfs befördert und eingeführt werden. Das soll erreicht werden im Rahmen der größtmöglichen Freiheit für die Reederei, in deren alte Verkehrsformen man nicht eingreifen will. Deshalb ist von einer Zentralbewirtschaftung oder von einem Bezugsscheinsystem Abstand genommen worden. Ein Drittel der Linientonnage soll ganz frei sein. Zur Lösung der Aufgabe soll eine aus der Selbstverwaltung der Reedereien gebildete Organisation geschaffen werden, die gesetzlich festgelegte Kompetenzen hat und zwar mit Bezug auf die Verwendung der Schiffe und in der Genehmigung aller Miet- und Pachtverträge. Zur Wahrung der wirtschaftlichen Allgemeininteressen, insbesondere der Befrachter soll eine Aufsicht des Reichs durch einen sachkundigen Kommissar des Reichswirtschaftsamtes ausgeübt werden. Bei der Bemessung der Frachten wird zunächst ein staatliches Eingreifen beabsichtigt, und die Frachten sollen so berechnet sein, daß die deutschen Reedereien mit den ausländischen konkurrieren können. Die Möglichkeit eines staatlichen Eingriffs ist allerdings gegeben. Mit den Reedereinteressenten ist im allgemeinen eine Einigung erzielt. Differenzen bestehen nur noch wegen der Staatsaufsicht.

Die Organisation für die Textilindustrie nimmt darauf Rücksicht, daß wir noch lange mit Rohstoffknappheit zu rechnen haben werden. In der ganzen Welt wird ein Baumwollmangel bestehen, da die Ernte zurückgegangen und der Bedarf gestiegen ist. Gegenüber 18 Millionen Ballen im Jahre 1913 sind nur 13 Millionen Ballen Baumwolle im vorigen Jahre in Amerika geerntet worden. Der Verbrauch hat sich aber von 5.4

Frankfurt

6. / 5.

6

26

Die Verwalter des Kollektivvertrages... hat die überwachten Manipulationsverfahren durch die Bestimmungen...

Der Volkswirt.

Die Sonderabkommen mit Rumänien über wirtschaftliche Einzelfragen.

Heute werden die Sonderabkommen veröffentlicht, die zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einerseits und Rumänien andererseits über die rumänische Erdölfrage, über den Bezug landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Rumänien und über verschiedene die Schifffahrt betreffende Fragen zum Abschluss gebracht worden sind.

Das Petroleumabkommen.

Der Wortlaut des Petroleumabkommens zwischen den Centralmächten und Rumänien bestätigt nur, was über diese Abmachungen schon mitgeteilt wurde. Eine Pachtgesellschaft wird das ausschließliche Recht haben, auf den rumänischen Staatsländereien Erdöl aufzusuchen, zu gewinnen und zu verarbeiten, eine Handelsmonopolgesellschaft soll, wenn bis zum 1. Dezember 1918 keine andre Vereinbarung erfolgt, mit dem ausschließlichen Recht der Ausfuhr von Erdöl und Erdölprodukten ausgestattet werden.

Wie groß das Kapital der Oeländereien-Pachtgesellschaft und der Handelsmonopolgesellschaft sein wird und welcher Anteil hiervon von Oesterreich-Ungarn aufzubringen ist, steht noch nicht fest. Die Pachtgesellschaft ist als G. m. b. H., die Monopolgesellschaft als Aktiengesellschaft geplant, die von einer von der deutschen Regierung und der österreichisch-ungarischen Regierung bezeichneten Finanzgruppe gegründet werden soll.

Die Oeländereien-Pachtgesellschaft.

Die rumänische Regierung erteilt für die Dauer von 30 Jahren der Oeländereien-Pachtgesellschaft m. b. H. das ausschließliche Recht, die gesamten rumänischen Staatsländereien einschließlich der Embatigründe zur Aufsuchung, Gewinnung und Verarbeitung von Erdölen, Erdgas, Erdwachs, Asphalt und allen andern Bitumina auszunühen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, für die Ausbeutung, Verarbeitung, Lagerung und Beförderung von Materialien, Rohstoffen und Erzeugnissen Wege, Eisenbahnen und Anschlussgleise, Rohrleitungen, Kraftleitungen, Anschlaganlagen, Telegraphen- und Telephonanlagen anzulegen und frei von öffentlichen Abgaben zu benutzen.

zu stellen. Soweit zur Ausführung der in diesem Absatz genannten Anlagen Grundbesitz in Anspruch genommen wird, der nicht dem Staat gehört, wird die rumänische Regierung auf Ersuchen der Gesellschaft mit thunlichster Beschleunigung etwa erforderliche Enteignungen für die Gesellschaft und auf deren Rechnung vornehmen, wobei auf Zwecke der Landesverteidigung thunlich Rücksicht zu nehmen ist.

Der rumänische Staat ist auf Verlangen der Gesellschaft verpflichtet, das von ihr zu Betriebszwecken benötigte Holz in seinem für die Beschaffung der betreffenden Holzart zur Verbrauchsstelle am günstigsten gelegenen Waldungen zur Verfügung zu stellen. Für das Holz hat die Gesellschaft die Preise zu zahlen, die für Holz gleicher Art und gleichen Sortimentes in denselben oder ähnlich gelegenen Forstorten im Durchschnitt der jeweils letzten drei Kalenderjahre erzielt wurden.

Vergütung und Gewinnanteil Rumäniens.

Der rumänische Staat erhält eine innerhalb von drei Monaten nach Ablauf jeden Kalenderjahres zahlbare Vergütung (Rebevens) von 8 Prozent des rumänischen Marktwerthes des im verfloßenen Jahre gewonnenen Rohöls.

Neben der Rebevens erhält der rumänische Staat einen Gewinnanteil; dieser berechnet sich nach dem Betrage, der über den Satz von 8 Prozent als Dividende ausgeschüttet wird. Der Anteil beträgt bei einem Satz von mehr als 8 bis 15 Prozent: 25 Prozent des gesamten, den Satz von 8 v. H. übersteigenden Mehrbetrages; mehr als 15 bis 20 Prozent: weitere 5 Prozent des gesamten, den Satz von 15 v. H. übersteigenden Mehrbetrages; mehr als 20 bis 30 Prozent: weitere 5 Prozent des gesamten, den Satz von 20 v. H. übersteigenden Mehrbetrages; mehr als 30 bis 40 Prozent: weitere 5 Prozent des gesamten, den Satz von 30 v. H. übersteigenden Mehrbetrages; mehr als 40 Prozent: weitere 10 Prozent des gesamten, den Satz von 40 v. H. übersteigenden Mehrbetrages.

Falls bei der Liquidation der Gesellschaft der an die Gesellschafter zur Ausschüttung gelangende Betrag das eingezahlte Gesellschaftskapital übersteigt, soll der rumänische Staat den gleichen Anteil von diesem Mehrbetrag erhalten, wie wenn der Mehrbetrag als Dividende ausgeschüttet worden wäre.

Bohrverpflichtung.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, während der ersten 15 Jahre in je 5 Jahren 100 Sonden anzulegen und in ununterbrochenem Bohrtrieb zu erhalten. Die Sonden sind bis zur Fündigkeit oder bis zu 500 Meter Tiefe herunterzubringen. Jedoch können die Bohrungen früher eingestellt werden, sofern das Auftreten von Erdöl in wirtschaftlich verwertbaren Mengen bis 500 Meter Tiefe ausgeschlossen erscheint.

Nach Ablauf der ersten 15 Jahre wird festgestellt, wieviel Rohöl die in einem Jahrfrist erbohrten Sonden im Jahresdurchschnitt pro Sonde ergeben haben. Der hieraus für 20 Sonden im Jahre zu berechnende Rebevensbetrag wird der rumänischen Regierung seitens der Gesellschaft für die Zeit nach Ablauf der ersten 15 Jahre für jedes folgende Jahr garantiert.

Die Gesellschaft wird keinen höheren Abgaben oder Lasten, unter welchem Titel es auch immer sei, oder schärferen Vorschriften unterworfen werden, als sie für irgendeine andre in Rumänien arbeitende Erdölunternehmung gelten. Die auf Grund des rumänischen National-Industrieförderungs-gesetzes vom 14. Jänner (alten Stils) 1912 oder sonstiger gesetzlicher Vorschriften vorgeordneten Begünstigungen finden auf die Gesellschaft und ihren Geschäftsbetrieb auch dann Anwendung, wenn die Gesellschaft die besonderen Bedingungen, von denen die Gewährung der Begünstigungen abhängig ist, nicht erfüllt. Die Gesellschaft genießt Zollfreiheit bei Einfuhr der für ihre Betriebe benötigten Materialien, Maschinen und sonstigen Betriebseinrichtungen.

Die Staatsangehörigkeit der Gesellschafter.

Die Gesellschaft unterliegt hinsichtlich der Staatsangehörigkeit ihrer Leiter, der Mitglieder ihrer Organe, ihrer Angestellten und Arbeiter keinen Beschränkungen irgendwelcher Art. Sie wird jedoch nach Maßgabe ihrer eigenen Bedürfnisse und des Angebotes des rumänische Element thunlichst heranziehen.

Die der Oeländereien-Pachtgesellschaft m. b. H. zustehenden Rechte und obliegenden Pflichten können von dieser auf eine von der deutschen und der k. u. k. gemeinsamen österreichisch-ungarischen Regierung innerhalb von zwölf Monaten nach allgemeinem Friedensschluß zu benennende Gesellschaft übertragen werden.

Das Gesellschaftskapital.

Das Stammkapital dieser Gesellschaft wird zum größeren Teil aus Stammanteilen mit einfachem Stammrecht bestehen, zum kleineren Teil

Dr. Scheidt: Hat Ihr Mann davon etwas gewußt?

Bengin: Mein Mann hat nichts davon gewußt, das ging ihn doch gar nichts an.

Der Vater des Mädchens erklärte, daß ihm erst im Februar 1917 der Hauptmann von seiner Tochter als Bräutigam vorgestellt wurde.

Richter: Waren Sie darüber nicht sehr verwundert? — Zeuge: Allerdings, aber meine Tochter ist etwas extrem und sehr selbstbewußt.

Der Richter sprach die Angeklagte der Ehrenbeleidigung, begangen durch den Ausdruck „Schurke“, schuldig und verurteilte sie unter Anwendung des außerordentlichen Milderungs- und Strafumänderungsrechtes zu zwanzig Kronen Geldstrafe.

In der Urteilsbegründung führte der Richter aus, daß das Verhalten des Mägers gewiß ein nicht zu billigendes war, daß er als vierzigjähriger Mann mit einem verhältnismäßig jungen Mädchen Beziehungen anknüpfte, wobei er seine Verheiratung verschwiegen habe, daß jedoch das Verhalten des Mädchens andererseits derart war, daß die Verbindungen des Mägers im ehrenrätlichen Verfahren gegen sie keineswegs als wesentlich erschüttert und unwahre anzusehen sind.

Daß der Hauptmann dem Vater gegenüber, dem er als Bräutigam vorgestellt wurde, nicht widersprochen hat, entsprach der momentanen Situation, doch konnte das alles den Ausdruck der Schürkereit nicht begründen.

Der Vater der Angeklagten hielt sich gegen das Urteil Bedenkzeit offen, während die Mutter erregt andrieff: „Meine Tochter hat auf die Ehre eines Offiziers gebaut, und wenn ein Offizier sein Wort nicht hält, so verdient er den Ausdruck, mit dem ihn meine Tochter bezeichnet hat.“

Sport.

Wiener Trabrennen.

Vorschau.

Ein Dreijährigen-Rennen eröffnet die heutige Rennordnung. Die öffentliche Form weist vor allem auf die Vertreter des Stalles Hausler hin, denen Princeß Elli und Elsa zunächst erden sollten.

Im Saphir-Rennen, das ziemlich offen ist, könnten Knofel und Kozja vor Primissima, Larinas, Lukas, Bhamberg und Fongocel im Ziele zu finden sein.

Das Traberportklub-Rennen dürfte einen scharfen Kampf zwischen Lody, Knofel, Messenger Boy, Silber Girl, Panni und dem Stall Rudolfschhof bringen, aus dem Lody erfolgreich hervorgehen könnte.

Im E. S. Robinson-Preis scheinen uns Pamela und das Gestüt Kusztaberény am besten daran zu sein; ihnen zunächst rechnen wir mit Auroral und Verdög.

Im Preis von Gersthof stehen die Ausfahrten von Magha, Knofel, Rana, Duward Boy und des Stalles Hausler ziemlich gleich. Der letztere hätte vielleicht einen kleinen Vorteil voraus, falls sein Erwählter glatt über die Bahn kommt.

Das Vierjährigen-Rennen legen wir zwischen Keresztinec, Tamadas, A tempo, Dobos und Primadonna, von denen wir den Erstgenannten bevorzugen.

Im Preis von Weidhof scheint uns Lybia die höchste Klasse zu vertreten; von ihren Gegnern verdienen Dewey, Lejburn, Bengü, Odalste und der Stall Keresztinec die meiste Beachtung.

Nach seiner letzten überraschenden Leistung könnte Tamadas den Preis vom Gänselhäusel gewinnen, doch trifft er in Dobos, Sonoma, Lejburn, Dakland und Kibe immerhin ernste Gegner.

Nachstehend unsere Wink:

- Stall Hausler, Princeß Elli. Knofel, Kozja. Lody, Stall Rudolfschhof. Pamela, Stall Kusztaberény. Stall Hausler, Magha. Keresztinec, A tempo. Lybia, Dewey, Lejburn. Tamadas, Sonoma, Lejburn.

Rennen zu Budapest. Die heutigen Rennen spielen im Mat-Sandilag und dem Damentpreis. Im ersten halten wir Bobogo, Gollibri, Pombe, Sulama und Dobos für die bestgerüsteten Pferde. Wir geben hievon Bobogo und Dobos den Vorzug. Im Herrenreiten dürfte der Stall Vaid vor allem Graz, Kester und Meteor zu schlagen haben. Die übrigen Bewerber könnten folgenden Ausgang nehmen: Preis von der Kettenbrücke: Savanyu, Anderlen. Sandilag: Füle, Fata. Rennen der zweijährigen Stuten: Brigen, Wegga. Auktionspreis: Balata, Cellugio. Weiber-Sandilag: Ormazs, Nora II.

mg

Preis der Anzeigen:

Die kleine Zeile 70 J. Abendblatt 80 J. Reklamen
#2.50 Abendbl. 4 J. — 30% Tonorungszuschlag
Stellenges: cho 10% Tonorungszuschl. Familien-
a. zeig. Sondertarif. Platz- u. Datenvorschr. ohne
Verbindlich — Anzeig. nehme an: Geschäftsstelle
Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schiller-
str. 21, Malaz. Schillerpl. 3, Berlin: Mauortstr. 16/18,
Dresden A: Waisenhausstr. 2, München: Perusastr. 5
Offenbach: Biebererstr. 34, Stuttgart: Poststr. 7, Zürich:
Nordstr. 6, Unsere Agenturen u. d. Ann.-Exped.
Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-
Druckerei G. m. b. H.
Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430

Das Wirtschaftabkommen mit der Schweiz.

di Bern, 17. Mai. (Priv.-Tel.) Nach der bereits angekün-
digten und nunmehr herausgegebenen amtlichen Mitteilung des
Bundesrates sind die Bestimmungen des deutsch-schwei-
zerischen Wirtschaftsabkommens, das bis zur Un-
terzeichnung fertiggestellt worden ist und bei einer beiderseitigen
zweimonatlichen Kündigungsfrist für neun Monate gelten soll, die
folgenden:

Deutschland gewährt monatlich

Ausfuhrbewilligungen

für Kohlen von 200 000 Tonnen und für Eisen und Stahl von
19 000 Tonnen. Für Kohlen wird ein Preis vereinbart, der
sich im Durchschnitt auf 173.50 Franken für die Tonne stellt, ab
Grube gerechnet. Deutschland gewährt auf diesen Preis für ein
Quantum von 60 000 Tonnen, das ungefähr dem Hausbrand-
konsum entspricht, einen Rabatt von 40 Franken für die
Tonne, der dazu verwendet werden soll, den Kohlenpreisaufschlag
für Kleinverbraucher zu mildern. Für Eisen und Stahl werden
zwischen den Interessenten Preise vereinbart. Wie bisher, wer-
den beiderseits Ausfuhrbewilligungen für die zu vereinbarenden
Ausfuhrmengen ohne besondere Gegenleistungen im Rahmen
des Möglichen erteilt. In dieser Beziehung ist insbesondere vor-
gesehen: Deutschland liefert etwa 3000 Waggons Kunstdünger,
Kalifalze, Thomasmehl, ferner Kartoffeltrocknungszeugnisse,
Benzin, Zink, Kupfervitriol und pharmazeutische Produkte sowie
in Kohlzucker den Ersatz des Zuckers, der in Schokolade, Nischen-
milch und Früchtkonserven aus der Schweiz geliefert wird. Die
Schweiz erteilt Ausfuhrbewilligungen für Milchprodukte unge-
fähr im bisherigen Umfang, ebenso für Schokolade und Konfer-
ven und endlich für 15—17 000 Stück Rindvieh. Für Obst und
ähnliche Erzeugnisse sind keine Mengen vorgesehen. Es ist bloß
die Möglichkeit einer Ausfuhr ins Auge gefaßt, wenn die Ver-
hältnisse dies gestatten.

Die Ausfuhrgefuche soll wie bisher behandelt werden. In-
dessen bietet die Schweiz die Hand dazu, um zum 15. Juli 1918
eine der S. S. S. gleichartige Kontrolle, genannt

„Schweizerische Treuhandstelle“

einzuführen. Diese ist wie die S. S. S. eine rein schweizerische
Organisation und als solche innerhalb der vom Bundesrat mit
der deutschen Regierung vereinbarten Bestimmungen völlig unab-
hängig und nur dem Bundesrat als oberster Kontrollbehörde ver-
antwortlich. Die der Kontrolle der Schweizerischen Treuhandstelle
(S. T. S.) unterliegenden Waren sind in einer noch zu verein-
barenden Liste festzustellen. Indessen kann ein schweizerisches
Produkt deswegen nicht von der Ausfuhr ausgeschlossen werden,
wenn zu seiner Herstellung Maschinen, Werkzeuge und Geräte ver-
wendet worden sind, die von den Zentralmächten stammen.

In der wichtigen Frage der

Verwendung der deutschen Kohle

und der Ausfuhr von Produkten, die mit Hilfe deutscher Kohle
hergestellt worden sind, wurde das folgende vereinbart: Im
Grundsatz ist die Verwendung deutscher Kohle in der Schweiz
frei. Eine Ausnahme besteht nur für die auf einer besonderen
Kohlenverwendungsliste eingetragenen Waren. Diese können nur
dann nach den Ententestaaten ausgeführt werden, wenn nachgewie-
sen ist, daß eine entsprechende Menge geeigneten, nichtdeutschen
Brennstoffes in dem betreffenden Betriebe verwendet wurde. Al-
lein auch soweit es sich um Waren handelt, die auf der Kohlen-
verwendungsliste eingetragen sind, ist deren Ausfuhr bis zum
15. Juli 1918 völlig frei.

Diese Bestimmungen sind namentlich für Maschinenprodukte
der Maschinenindustrie, die als Kriegsmaterial in
weiterem Sinne betrachtet werden, von Bedeutung, wie beispiels-
weise Werkzeugmaschinen für Metall- und Holzbearbeitung, Pres-
sen, Zement- und Betonmaschinen, Materialien aller Art, die zur
Unterbringung und zum Transport von Truppen oder Kriegs-
material dienen, kalorische Antriebsmaschinen. Weiter
werden von den erwähnten Bestimmungen betroffenen Produkte der
chemischen Industrie für Kriegszwecke. Genaue Erhebun-
gen haben ergeben, daß der gesamte Monatsbedarf der für die
Entente arbeitenden schweizerischen Industrie sich auf höchstens
20 000 Tonnen Kohlen beläuft. Da aber bis jetzt schon gegen
8000 Tonne Kohle aus der Entente monatlich eingeführt worden
sind, würde eine Verdoppelung dieses Quantums und dessen Zu-
weisung an für die Entente arbeitende Firmen genügen, um die
Tätigkeit der schweizerischen Industrie für die Entente in bis-
heriger Weise aufrecht erhalten. Der Bezug eines solchen Quan-
tums Kohle, eventuell auch dessen Abholung dürfte keinen ernst-
lichen Schwierigkeiten begegnen. Schon längst werden von ge-
wissen Warenkategorien Quantitäten aus dem Gebiet der einen
und anderen kriegsführenden Partei importiert und auch dem-
gemäß verwendet, wie zum Beispiel Bleche.

Bekanntlich wurde am 6. Mai der Schweiz seitens Frankreichs
ein Monatsquantum von 85 000 Tonnen Kohle zur Verfügung
gestellt mit dem Beifügen, daß sich deren Preis inklusive Expedi-
tionskosten auf Fr. 150 für die Tonne belaufe; und daß die
Ware mit schweizerischem rollendem Material und Personal
hauptsächlich in Neuen abgeholt werden müsse. Dabei hatte man
die Meinung, daß

die aus Frankreich eingeführte Kohle

mit keinen Verbrauchsbeschränkungen belastet werden solle, die bis-
her nicht gegolten hätten, daß aber neue Verbrauchsbeschränkungen
nicht eingeführt werden sollten. Nach Kenntnisgabe der französi-
schen Offerte haben die deutschen Unterhändler erklärt, daß sie
auf die Einführung von Bestimmungen für die Verwendung
deutscher Kohle verzichteten, wenn aus dem Gebiet der Entente
mindestens 80% der erwähnten Menge also 68 000 Tonnen ein-
geführt würden. Im Laufe der Verhandlungen wurde alsdann
versucht, eine Formulierung zu finden, nach welcher für den Fall

16.
1918 107

Schweizerisch-deutsches Wirtschaftsabkommen

(Ämtliche Mitteilung des Bundesrates)

Die Bestimmungen des für neun Monate gültigen, vorbehaltlich einer beidseitigen zweimonatigen Kündigungsfrist, vorgesehenen schweizerisch-deutschen Wirtschaftsabkommens, das von den beidseitigen Delegierten beraten und bis zur Unterzeichnung fertiggestellt worden ist, sind die folgenden:

Deutschland gewährt monatlich Ausfuhrbewilligungen für Kohle von 200,000 Tonnen und für Eisen und Stahl 19,000 Tonnen. Es wird in dem ernstlichen Bestreben, die Schweiz mit Kohle und Eisen zu versorgen, alles unter den gegebenen Verhältnissen Mögliche tun, um die deutschen Lieferer zur Lieferung anzuhalten und den Transport zu fördern.

Für die Kohle wurde ein Preis vereinbart, der sich im Mittel auf Fr. 173.50 für die Tonne stellt, ab Grube gerechnet. Deutschland gewährt auf diesen Preis für ein Quantum von 60,000 Tonnen, das ungefähr dem Hausbrandkonsum entspricht, einen Rabatt von Fr. 40 für die Tonne, der dazu verwendet werden soll, den Kohlenpreisaufschlag für Kleinverbraucher zu mildern. Für Eisen und Stahl wurden zwischen den Interessenten Preise vereinbart. Frachterhöhungen gehen in einer gewissen Limite zu Lasten des Abnehmers, Erhöhungen von Steuern dagegen zu Lasten des Lieferanten.

Wie bisher werden beiderseits Ausfuhrbewilligungen für zu vereinbarende Austauschmengen ohne besondere Gegenleistung im Rahmen des Möglichen erteilt. In dieser Beziehung ist insbesondere vorgesehen, daß Deutschland liefert: zirka 3000 Wagen Kunstdünger, Kalisalze, Thomasmehl, ferner Kartoffelstrodungserzeugnisse, Benzin, Zink, Kupfernitrat und pharmazeutische Produkte, sowie in Holzwaren den Ertrag des Jaders, der in Schokolade, Kondenzmilch und Früchtkonserven aus der Schweiz geliefert wird.

Die Schweiz erteilt Ausfuhrbewilligungen für Milchprodukte ungefähr im bisherigen Umfange, ebenso für Schokolade und Konserven und endlich für 15,000 bis 17,000 Stück Rindvieh. Für Obst und ähnliche Erzeugnisse sind keine Mengen vorgesehen; es ist bloß eventuell die Möglichkeit einer Ausfuhr ins Auge gefaßt, wenn die Verhältnisse dies gestatten.

Die Ausfuhrgesuche sollen wie bisher behandelt werden. Indessen bietet die Schweiz Hand, um auf den 15. Juli 1918 eine der Société Suisse de Surveillance économique gleichartige Kontrolle, genannt „Schweizerische Treuhand-Stelle“, einzuführen.

Diese ist wie die S. S. S. eine rein schweizerische Organisation und als solche innerhalb der vom Bundesrate mit der deutschen Regierung vereinbarten Bestimmungen völlig unabhängig und nur dem Bundesrate als oberster Kontrollbehörde verantwortlich.

Die der Kontrolle der Schweizerischen Treuhand-Stelle (S. T. S.) unterliegenden Waren sind in einer noch zu vereinbarenden Liste festzustellen. Indessen kann ein schweizerisches Produkt deswegen nicht von der Ausfuhr ausgeschlossen werden, weil zu seiner Herstellung Maschinen, Werkzeuge und Geräte verwendet worden sind, die aus den Zentralmächten stammen.

Eine der wichtigsten Fragen, die in dem Abkommen zu lösen waren, betrifft die Verwendung der deutschen Kohle und die Ausfuhr von Produkten, die mit Hilfe deutscher Kohle hergestellt worden sind. In dieser Beziehung wurde das folgende vereinbart:

Im Grundsatz ist die Verwendung deutscher Kohle in der Schweiz frei. Eine Ausnahme besteht nur für die auf einer besondern Kohlenverwendungsliste eingetragenen Waren. Diese können nur dann nach dem mit dem Deutschen Reiche im Kriege stehenden Staaten ausgeführt werden, wenn nachgewiesen ist, daß eine entsprechende Menge geeigneten nicht-deutschen Brennstoffes in dem betreffenden Betrieb verwendet, und daß diese Menge der Firma von dem seitens der Treuhand-Stelle zu führenden Konto abgeschrieben ist. Allein auch soweit es sich um Waren handelt, die auf der Kohlenverwendungsliste eingetragen sind, ist deren Ausfuhr bis zum 15. Juli 1918 vollständig frei, auch wenn zu ihrer Herstellung deutsche Kohle verwendet worden ist.

Diese Bestimmungen sind namentlich für gewisse Produkte der Maschinenindustrie, die als Kriegsmaterial im weitern Sinne betrachtet werden, von Bedeutung, wie beispielsweise Werkzeugmaschinen für Metall- und Holzbearbeitung, Pressen, Zement- und Betonmaschinen, Materialien aller Art, die zur Unterbringung und zum Transport von Truppen oder Kriegsmaterial dienen, kalocische Kraft erzeugungsmaschinen. Weiter werden von den erwähnten Bestimmungen betroffen Pro-

dukte der chemischen Industrie für Kriegszwecke. Da jedoch die Ausfuhr zulässig ist, wenn für die Herstellung solcher Waren nicht-deutsche Kohle verwendet, oder soweit es sich um Fabrikationsprozesse bis zum 15. Juli handelt, die Kohle substituiert worden ist, so kann die Ausfuhr dadurch ermöglicht werden, daß aus dem Gebiete der Entente nach der Schweiz die bezügliche Kohlenmenge eingeführt wird.

Genauere Erhebungen haben ergeben, daß der bezügliche Monatsbedarf für die Maschinenindustrie zirka 4000 bis 4500 Tonnen ausmacht, und sich im ganzen für alle in Frage stehenden Industrien, die Munitionsfabrikation und die Herstellung von Produkten des elektrischen Ofens inbegriffen, auf zirka 15,000 bis höchstens 20,000 Tonnen Kohle beläuft. Da aber bis jetzt schon gegen 8000 Tonnen Kohle aus der Entente monatlich eingeführt worden sind, würde eine Verdoppelung des Quantums und dessen Zuweisung an die für die Entente arbeitenden Firmen genügen, um die Tätigkeit der schweizerischen Industrie für die Entente in bisheriger Weise aufrecht zu erhalten. Der Bezug eines solchen Quantums Kohle und eventuell auch dessen Abholung dürfte keinen ernstlichen Schwierigkeiten begegnen.

Schon längst werden von gewissen Warenkategorien Quantitäten aus dem Gebiete der einen oder der andern kriegsführenden Partei importiert und auch demgemäß verwendet, wie zum Beispiel Blech.

Bekanntlich wurde am 6. Mai der Schweiz seitens Frankreichs ein Monatsquantum von 85,000 Tonnen Kohle zur Verfügung gestellt, mit dem Beifügen, daß sich der Preis inklusive Expeditionskosten auf Fr. 150 pro Tonne belaufe, und daß die Ware mit schweizerischem Kollmaterial und Personal hauptsächlich in Rouen abgeholt werden müsse. Dabei hatte es die Meinung, daß die aus Frankreich eingeführte Kohle mit keinen Verbrauchsbeschränkungen belastet werden solle, die bisher nicht galten, daß aber andererseits auch in Beziehung auf die Verwendung deutscher Kohle keine Verbrauchsbeschränkungen nicht eingeführt werden sollten.

Nach Kenntnisgabe der französischen Offerte haben die deutschen Unterhändler erklärt, daß sie auf die Einführung von Bestimmungen betreffend die Beschränkung der Verwendung deutscher Kohle verzichten, wenn aus dem Gebiete der Entente mindestens 80 Prozent der erwähnten Menge, also 68,000 Tonnen eingeführt würden. Im Laufe der Verhandlungen wurde dann versucht, eine Formulierung zu finden, nach welcher für den Fall der Einfuhr einer absolut oder relativ bestimmten Kohlenmenge aus der Entente die Einführung der deutscherseits gewünschten Beschränkungen nicht stattfinden sollte. Es stellte sich jedoch aber heraus, daß Frankreich seine Kohlenofferte, wie es scheint, nur für den Fall aufrecht erhalten will, daß auch eventuell, d. h. bei der nicht vollständigen Zicherung der französischen Kohlenmenge, eine Verbrauchsbeschränkung nicht eintreten soll, daß also von neuen Verbrauchsbeschränkungen im schweizerisch-deutschen Wirtschaftsabkommen überhaupt nicht die Rede sei.

Wie schon bereits mitgeteilt, hat diese Beilegung den Bundesrat veranlaßt, eine Besichtigung der Unterzeichnung des Abkommens zu beantragen.

Während in der ersten Zeit der Verhandlungen die Interessenten die deutscherseits gestellten Begehren als viel zu weitgehend bezeichneten, darf nun konstatiert werden, daß gegen das Ende der Verhandlungen eine andere Meinung Platz gegriffen hat. Die deutschen Unterhändler haben bei einer ganzen Reihe von Punkten Anzeigen gemacht; manches hat sich in der Diskussion abgeklärt, so daß sich speziell Vertreter der schweizerischen Maschinenindustrie dahin aussprachen, daß sie sich mit dem nunmehr vorliegenden Abkommen abfinden können.

Es würde zu weit führen, in dieser Mitteilung alle Punkte, bezüglich welcher Deutschland Konzessionen gemacht hat, im einzelnen zu nennen. Allein es muß festgestellt werden, daß diese von großer Bedeutung sind, sodas unsere Unterhändler den Abschluß des Vertrages einmütig und mit Bestimmtheit ange raten haben.

Speziell sei noch erwähnt, daß in bezug auf die über Cette eingeführten Monopolwaren und weitere Lebens- und Futtermittel keine andern als die heute zu Recht bestehenden Bedingungen geknüpft worden sind, die dahin gehen, daß die anlässlich der Erwirkung der Geleitscheine nach Menge und Kategorien ausgegebenen Waren ausschließlich in der Schweiz und für die Schweiz verbraucht werden.

18/7.1918 108

Nun ist aber in der allerjüngsten Zeit durch die Zusammenkunft der beiden Kaiser wieder ein kräftiges Aufschwung der Idee des Zusammenhanges zu verzeichnen. (Zustimmung.) Wir verzeichnen diese neue glückliche Wendung mit lebhaftester Freude und inniger Dankbarkeit. Die offiziellen Mitteilungen über diese denkwürdige Begegnung sprechen in aller Deutlichkeit von dem Entschlusse, das heute bestehende Bündnis zu befestigen und auszubauen nach der militärischen und wirtschaftlichen Seite. (Lebhafte Zustimmung.) Wir alle haben diese Ankündigung freudig begrüßt, weil sie, gerade so wie die einleitenden Worte des Bündnisses von 1879, in Anknüpfung an das früher bestandene Bundesverhältnis das feste Zusammenhalten beider Monarchen und ihrer Reiche betont. Wir können heute das Ergebnis der nun eingeleiteten Verhandlungen nicht genau voraus wissen, aber der feste Entschluß besteht unzweifelhaft.

Dieser erfreuliche Fortschritt wird verstärkt durch die politische Lage selbst. Die neuen Verhältnisse im Osten eröffnen neue wirtschaftliche Aussichten, die die Mittelmächte nicht ungenützt lassen können. Deutschland wird selbstverständlich an der Erschließung von Rußland und den neuen Randstaaten einen größeren Teil haben, aber auch wir können diese Absatzmärkte nicht vernachlässigen und erwarten für unsere Teilnahme die bundesfreundliche Mitwirkung des Deutschen Reiches. Noch sind die Dinge im Osten nicht völlig geklärt, noch kennen wir heute nicht die Zukunft Polens, aber seine Einbeziehung in die Wirtschaftssphäre Mitteleuropas ist ein notwendiges Ziel der nächsten Entwicklung. Alles kommt darauf an, diese Aufgaben vorzubereiten, und kein Aufschub und keine Verzögerung soll uns von der Inangriffnahme dieser Arbeit abhalten. (Zustimmung.)

Aber die großen Aufgaben der äußeren Handelspolitik sind nicht der einzige Gegenstand der uns bevorstehenden Bestrebungen. Die neue Wirtschaftspolitik bedarf zugleich in Innern der höchsten Anspannung, Staat und Gesellschaft müssen eine energische Produktionspolitik betreiben, nicht bloß um die Schäden und Verluste der Kriegszeit zu ersetzen, sondern um durch Anwendung aller technischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Mittel die heimische Produktion überhaupt zu steigern. Von diesem Gesichtspunkte haben unsere drei Vereine für ihre gegenwärtige Tagung ein Thema gewählt, welches die Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität zum Gegenstande hat. Die Landwirtschaft ist noch einer starken Steigerung ihres Ertrages fähig und wie nötig eine solche ist, haben uns die ersten Erfahrungen und Einschränkungen der Kriegszeit gelehrt. Hier ist die Natur am Platz, um für die Bedürfnisse einer außerordentlichen Zeit zu sorgen. Es wäre eine weise und rühmliche Benützung der Lehren der jetzigen schweren Zeit, wenn sich alle beteiligten Kreise von der Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Mehrproduktion durchdringen ließen. Gesteigerte landwirtschaftliche Produktion schafft größere Konsumkraft überhaupt und belebt zugleich die Industrie, die dann sowohl für das Inland als für das Ausland mehr leisten kann.

So stehen alle Produktionskreise im Zusammenhang und gegenseitiger Wechselwirkung. Wir verlieren durch unser heutiges Thema darum nicht die anderen großen Probleme unserer künftigen Wirtschaftspolitik aus den Augen; wenn wir auf einem bestimmten Gebiete den Wert und den Nutzen planmäßiger gegenseitiger Unterstützung wirksamer Kooperation und Arbeitsteilung aufzeigen, so eröffnen wir zugleich der gemeinsamen Tätigkeit auf anderen Gebieten den Weg zur Annäherung. Es soll ein neuer Schritt sein auf der Bahn der Erkenntnis von der Erpfriechlichkeit des wirtschaftlichen Zusammenwirkens der Mittelmächte überhaupt, das darum nicht weniger den Charakter eines feindseligen Verhältnisses zu anderen Mächten anzunehmen braucht, wir wollen nicht, wie viele der blendeten Politiker der gegnerischen Seite, nach dem politischen und militärischen Frieden einen Wirtschaftskrieg fortsetzen und glauben vielmehr, daß nach einer nicht allzulangen Reihe von Jahren die natürliche Entwicklung der Dinge wieder einen erträglichen Wirtschaftszustand in der Welt schaffen wird. Aber wir tun recht daran, für die unmittelbare Zukunft für uns selbst zu sorgen; denn nur der gewinnt bei anderen Ansehen und Einfluß, der vor allem mit seinem nächsten Freunde sich zu befestigen und zu behaupten weiß. (Lebhafte Zustimmung.) So erlauben Sie mir, unsere Beratungen zu eröffnen und ihnen die es einen guten Verlauf zu wünschen. (Lebhafte, langanhaltende Beifall und Gendelatschen.)

Herzog Günther von Schleswig-Holstein.

Zunächst möchte ich meinen Dank für die freundliche Begrüßung aussprechen, die uns zuteil geworden ist, und meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß ich eine große Zahl von Herren hier wiedersehe, die uns durch gemeinsame Arbeit, durch langjährige Tätigkeit lieb und wert geworden und die von Anfang an die Freunde unserer Sache geliebt haben. Es sind beinahe zwanzig Jahre her, daß die ersten Tagungen des Mittelleuropäischen Wirtschaftsvereines stattgefunden haben, und was es heißt, daß in einer derart langen Zeit, die doch sowohl die Epoche des Friedens wie auch die des Krieges in sich schließt, wo zum Teile alle Werte umgewertet worden sind, alle Ansichten sich verändert haben, die Freunde unserer Sache treu geblieben sind und sie als richtig anerkannt haben, das möchte ich hier aussprechen. Unsere Vereine haben nicht nur ihren Bestand an Mitgliedern erhalten, sie haben auch eine große Anzahl neuer Freunde gewonnen und sehen der Zukunft mit ganz besonderem Vertrauen entgegen. Für die lebendige Kraft des Gedankens spricht, daß unser Verein, der vor allen Dingen seine Entwicklung im Frieden gesehen hat, während des Krieges der Ordnungserin seiner Bestrebungen entgegensteht, wie dieselbe in der letzten Zusammenkunft unserer Herrscher und Regierungen in Aussicht gestellt ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben es verstanden, ein Propagandaverein in dem Sinne zu sein, wie derselbe meist verstanden wird, sondern wir haben unsere Hauptarbeit in unseren Hauptwochen darin gesehen, nützliche fleißige Arbeit zu leisten und die Zwecke, die wir im Auge haben, zu fördern. Der werbende Gedanke hatte, wie Freiherr v. Plener dies ja vorhin schon ausgeführt hat, zum Teil den Anschein, als wenn er diese Kraft verloren hätte und als wenn unsere ganze Bewegung im Sande verlaufen würde. Es ist ausgeführt worden, daß es eine natürliche Entwicklung ist, daß ein Verein, der sich doch zum großen Teile mit Dingen beschäftigt, die vom großen Publikum auf die Dauer als nichtern angesehen werden, solche Leiter durchmachen muß. Aber dennoch können wir es jetzt mit umso größerer Freude begrüßen, daß wir über diese Epoche hinweg sind und daß der werbende Gedanke nun seiner Blüte entgegengeht. Es ist ebenfalls von Seiner Excellenz ausgeführt worden, daß wir als ein Verein des Friedens von Anfang an keine aggressive Tendenz verfolgt haben. Unsere Feinde haben während des Krieges versucht, diese unsere Bestrebungen als Angriff zu charakterisieren. Es ist vortheilhaft, daß wir an dieser Stelle noch einmal feststellen, daß dies von unserer Seite nicht der Fall ist. Wir sehen unsere Be-

Neue

kunft leblich
stellung und
wendigkeiten,
ein Wirtschaft
rühmt finden
ziehungen fre
wir im Frie

Tagung der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine.

Wien, 23. Mai.

Unter überaus zahlreicher Beteiligung von hervorragenden Vertretern der Volkswirtschaft aus dem Deutschen Reiche, aus Ungarn und aus Oesterreich nahmen heute die für zwei Tage in Aussicht genommenen Beratungen der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Deutschland, Oesterreich und Ungarn ihren Anfang. Den Gegenstand der Verhandlungen, die von dem Präsidenten des österreichischen Vereines Geheimen Rats Dr. Freiherrn v. Plener geleitet werden, bildet die Frage der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in den Staaten Mitteleuropas. Einen besonderen Glanz erhielt die Veranstaltung durch die Anwesenheit des Präsidenten der deutschen Vereinigung, des Herzogs Günther von Schleswig-Holstein, eines Bruders der deutschen Kaiserin.

Erschienen waren unter anderen: Der deutsche Botschafter Graf Wedel, der ungarische Handelsminister Josef Szterenyi, Eisenbahnminister Dr. Freiherr v. Vanhans, Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer, Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca, die Herrenhausmitglieder Dr. Freiherr v. Engel, Dreher, Freiherr v. Ehrenfels, Ritter v. Schoeller, Dr. Sieghart, Dr. Ritter v. Wittel, die Abgeordneten Luthi, Doktor Schreiner und Sebald, Bürgermeister Dr. Weistückner, der ungarische Reichstagsabgeordnete Roland v. Hegedüs, der ehemalige Finanzminister Dr. Telezky, Graf Ladislaus Somfich, Staatssekretär Edmund v. Miklos, General-Kommissar für Kriegs- und Uebergangswirtschaft Riehl, die Sekretionschefs Dr. Ritter v. Pranter, Dr. Ritter v. Ertl, Dr. Deutsch der ehemalige ungarische Ackerbauminister Andreas v. Spörgh, der Vizepräsident des Bundes der ungarischen Landwirte Julius Robinek, Vizepräsident Dr. Ritter v. Dajert, Landesauschuß Graf Colloredo, Senatspräsident Dr. Friedrich Ploj, die Bankdirektoren Ludwig v. Neurath und Dr. Hammerschlag, Präsident der Anglobank Professor Dr. v. Landesberger, Gemeinderat Dr. v. Dorn, Hofrat Dr. Fritz Carus, Hofrat Gotard, Präsident Better, die Ministerialräte Dr. Baron Löwenthal und Dr. Schüller, Magistratsrat Dr. Köppl, Großindustrieller Dr. Heinrich Kriep, Dr. Siegfried v. Stralofsky, Generalanwalt Dr. Freiherr v. Stöckl, Professor Kobalsh, Finanzrat Dr. Fayauer.

Unter den Gästen aus dem Deutschen Reiche befinden sich Geheimrat Averboc, Geheimrat Julius Wolf, Generalanwalt des landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes in Berlin Gennes.

Der Präsident des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereines in Oesterreich, Geheimer Rat Dr. Freiherr v. Plener, eröffnete die Versammlung mit folgender Ansprache:

Ansprache des Geheimen Rates Dr. Freiherrn v. Plener.

Eure Hoheit! Eure Excellenzen! Meine hochverehrten Herren! Wir freuen uns, daß wieder eine Tagung der drei mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Wien stattfindet, und ich erlaube mir, die erschienenen Herren wärmstens zu begrüßen. Der Ausgangspunkt unserer Vereine war der mitteleuropäische Gedanke, der ursprünglich nur enge Kreise zog und die großen Probleme noch nicht umfaßte. Mit dem Kriege aber haben sich durch die Wucht der Ereignisse, durch die Waffenbrüderschaft der verbündeten Reiche weitere Gesichtspunkte durchgesetzt und haben sich unsere Aufgaben und Ziele vergrößert. So haben wir in den letzten Jahren uns eingehend mit der handelspolitischen Annäherung befaßt, da sich überall und namentlich in Oesterreich eine lebhaft populäre Bewegung zugunsten auch eines Wirtschaftsverbundes kundgab. Wir können mit einiger Befriedigung feststellen, daß die von uns hierfür aufgestellten Grundsätze die Grundlage für die inzwischen aufgenommenen Verhandlungen der verbündeten Regierungen gebildet haben. Solche Verhandlungen gehen langsam vorwärts, und zugleich ist die öffentliche Meinung in Laufe dieser Jahre etwas kritischer geworden. Einflußreiche Interessentkreise haben Bedenken geäußert. Theoretiker haben strenge die Annäherungs- und Einigungspläne vorgenommen. Zugleich haben sich noch bis vor kurzem politische Vorbehalte zur Wahrung der staatlichen Selbstbestimmungsrechte in wirtschaftlichen Dingen wiederholt bemerkbar lassen, so daß in Verbindung mit den Aussichten auf den überseeischen Verkehr nach dem Kriege ein gäherndes Keilmaß in der Bewegung eingutreten schien.

s des La
Benn es
Oesterri
Er will
keinerlei
über d
r habe de
gemacht
igen Lag
des
sonst
unde de
und g
den La
en im
100 Met
Vorjahre.
als Le
penfat
unsere Ne
r unser
isse d
lassen
Minist
Dr. Rusch
nicht Unver
den. Zur
den Sa
auch of
ist darau
alazie
der dor
Berfügi
ahmsfalle
Ernähru
von geri
Bevölker

Südwestdeutschland in der Ubergangswirtschaft.

= Frankfurt, 24. Mai.

Die Vereinigung südwestdeutscher Handelskammern hielt heute Nachmittag im Bürgeraal des Römers ihre erste öffentliche Tagung ab...

Als erster Redner sprach Johann der Syndikus der Mannheimer Handelskammer, Dr. Blaustein, über Südwestdeutschland als Wirtschafts- und Kulturgebiet.

Er zeichnete ein anschauliches Bild von der Größe und Vielgestaltigkeit des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in der staatslich stark zersplitterten Südwestdeutschen Reiches.

Zentralisation der Kriegs- und Ubergangswirtschaft in Berlin, das im Vordergrund des Interesses stand hatte sich die Handelskammer Frankfurt vorbehalten.

Wir haben hier den Ostafen mit einem Aufwand von 72 Millionen gebaut, wir haben die Universität errichtet. Wie sollen diese Einrichtungen in der Zukunft gedeihen...

Zustand der Gebundenheit, wenn sie die zwangsläufige Einrichtung der Kriegsorganisationen beibehält, dann wird es keine Ubergangs- sondern eine Unterungswirtschaft werden.

Nach längerer Diskussion, in der u. a. Oberbürgermeister Voigt darauf hinwies, daß die Städte, die unter den gleichen Räten der Zentralisation litten...

Die fast lückenlose Zentralisierung der Kriegswirtschaft in Berlin hat dem südwestdeutschen Wirtschaftsgebiet schwere Nachteile gebracht.

Syndikus Schlang von der Handelskammer Freiburg sprach sodann über Freie Wirtschaft oder Zwangswirtschaft?

In längeren Ausführungen setzte er sich mit den bekannten Veröffentlichungen Walther Rathenau auseinander, dessen Forderungen er reiflos ablehnte.

Das Thema

„Ubergangswirtschaft und Industrie“

behandelte Herr Zander-Strasbourg. An der Spitze aller Erörterungen der Ubergangswirtschaft, so führte er aus, muß die Arbeiterfrage stehen.

Elfaß-Lothringen

aufs schwerste gestitten. Die Aufgabe der beschlagnahmten Einrichtungen, Maschinen, Treibmaschinen usw. an die betroffenen Industrien muß nach Friedensschluß unverzüglich in die Wege geleitet werden.

Die Tagung brückt dem unter der unmittelbaren Wirkung des Krieges schwer leidenden Elfaß-Lothringen ihr Mitgefühl aus und hält es im gesamten deutschen Interesse für erforderlich, Elfaß-Lothringen so schnell als möglich wieder in die ihm zukommende Stellung innerhalb des deutschen Wirtschaftslebens einzuführen.

Als letzter Redner sprach Reichstagsabgeordneter Reinald über Ubergangswirtschaft in Groß- und Kleinhandel.

Los von der Gemeinwirtschaft, so führte er aus, ist heute die Parole, und der Protest gegen die Kriegsorganisationen, die zu einer Zentralisation des gesamten Wirtschaftslebens in Berlin geführt haben, ist heute im ganzen Reich allgemein.

erhalten. Und das kann nur geschehen durch die möglichst rasche Wiederherstellung voller wirtschaftlicher Freiheit.

Die folgende Resolution wurde gleichfalls einstimmig angenommen: Die von der Vereinigung südwestdeutscher Handelskammern vertretenen Industrie- und Handwerkskreise erblicken in der während des Krieges durchgeführten Zwangswirtschaft...

Mit Worten des Dankes an die Frankfurter Handelskammer, an die Vertreter staatlicher und kommunaler Behörden und der wirtschaftlichen Verbände schloß der Vorsitzende, Geh. Kommerzienrat Engelhard die Versammlung.

Finanzielle Aufklärung!

Die österreichische Leichtlebigkeit, die gewiß auch gute Seiten hat, zeigt jetzt ihre schlimmen. Es wäre noch nicht das Ärgste, sich den niederdrückenden Ernst dieser Zeit gelegentlich hinwegzusehen. Aber es ist unverzeihlich, in erster Zeit in den Tag hinein-zuleben, sich die Sorgen der Allgemeinheit aus dem Kopf zu schlagen und bei steigendem Erwerb unbekümmert draußloszuwirtschaften, als ob wir aus dem vollen zu schöpfen hätten. Das Treiben der neuen Reichen wird immer bedenklicher, und dennoch hört man nicht das rechte Wort der Mahnung. Wirtschaftlich ungeschulte Köpfe machen sich ein gründlich falsches Bild unserer Lage: Man vergißt, daß die übergroßen Gewinne in der Industrie, so aufreizend sie auch wirken mögen, doch wenigstens das eine Gute haben, daß sich hier eine Neubildung von Kapital vollzieht, die wir brauchen, um in Zukunft zu gedeihen, und man vergißt, daß die finanzielle Kräftigung der Landwirtschaft ihre eigene Erzeugung heben und der industriellen Erzeugung den breiten Markt schaffen wird. Es ist falsch, ausschließlich diese Kapitalbildung bekämpfen zu wollen und sich nicht auch gleichzeitig gegen die Kapitalzerstörung zu wenden. Kapitalzerstörung aber ist das schwere Vergehen der Reichen, worunter nicht bloß diejenigen zu verstehen sind, die zum Teil in mühselosem und nicht immer in einwandfreiem Erwerb, Millionen oder wenigstens Hunderttausende verdienen, sondern alle, deren Einkommen rasch und über die durchschnittliche Preissteigerung hinaus gewachsen ist und die mit diesem Einkommen neue Bedürfnisse befriedigen, und zwar unbedingte Bedürfnisse. Denn dies ist das traurige Kennzeichen einer gestörten Wirtschaft: daß man, weil es am Notwendigen allenthalben gebricht, sich desto eifriger auf den Luxus, auf das Ueberflüssige verlegt. In allen Schichten der Bevölkerung — ausgenommen den hart bedrängten Mittelstand, zu dem heute vor allen die Festbesoldeten jeden Ranges bis zum höchsten zählen — breitet sich Verschwendungssucht und Gleichgültigkeit gegen Gelddausgaben aus. Es gibt keinen Preis, den man nicht zu zahlen bereit wäre. „Das Geld spielt keine Rolle“ ist zur Losung in den weitesten Kreisen geworden: nicht nur unter Kaufleuten, die an die kommenden Kriegsgewinn- und Vermögenssteuern lieber nicht denken wollen, sondern auch unter Arbeitern, deren Löhne sich vervielfacht haben. Sie alle scheinen nicht zu begreifen, daß das wichtigste Gebot der Stunde Sparsamkeit lautet und daß der innere Feind, den wir am meisten zu fürchten haben, heute der Verschwender ist.

Es geht nicht an, länger die Augen vor der Gefahr zu schließen, daß die Staats- und Volkswirtschaft schließlich für all diese Sünden der Einzelwirtschaften wird büßen müssen. Die Mittel, die heute sorglos vergeudet werden, sind eben diejenigen, die dem Staat zu seiner Wiederaufrichtung zur Verfügung stehen müßten und auf die seine Hand zu legen er allzulang gesäumt hat. Aber durch solche Säumnigkeit, die vielfach bereits zu Verzäumnissen geführt hat, ist das Finanzproblem nur noch schwieriger geworden. Und nichts ist so dringlich wie die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Größe dieses Problems. Heute liegt es wie ein dicker Nebel zwischen dem wirtschaftlichen Verständnis der Bevölkerung und den wirtschaftlichen Bedürfnissen und Forderungen des Staates. Und die neuen Reichen scheinen am wenigsten fähig zu sein, sich Rechenschaft zu geben über die Anforderungen, die der Staat an sie stellen muß und stellen wird. Gerade der neue Reichtum, gleichviel, ob er die Form des Vermögens oder jene des Einkommens hat, wird aber in erster Linie dazu berufen werden, die ungeheuren Lasten des Krieges auf sich zu nehmen. Denn der Mittelstand, bereits gefährlich geschwächt, ja nahezu zermürbt, ist nicht mehr fähig, einen wesentlichen Teil der künftigen Mehrbelastung zu tragen. So kommt alles darauf an, daß diejenigen, denen die stärkste geldliche Verpflichtung auferlegt werden muß, sich auch rechtzeitig ihrer moralischen Verpflichtung bewußt werden. Wir brauchen eine höhere

Steuermoral, als in einem großen Teil der Bevölkerung vor dem Krieg zu finden war, um die riesigen Steuersummen aufzubringen, die nach dem Krieg, wie günstig er auch in wirtschaftlicher Beziehung für uns ausgehen mag, unentbehrlich sein werden. Aber zur steuermoralischen Erziehung des neuen Reichtums ist bisher so gut wie nichts getan worden. Ein unbegreiflicher Leichtsinnschaltet in Faschingslaune mit reichen Mitteln und macht dadurch, weil er der Mitschuldige der Preistreibererei ist, das Leben fast unerträglich für die andern, die sich mit den knappsten Mitteln zu behelfen haben. Wird dieser Leichtsinns nicht endlich aufgeklärt und befehrt, so muß über die Klassen, die heute achtlos das Geld austreuen, der trübste Aschermittwoch hereinbrechen.

Mit allgemeiner staats- und volkswirtschaftlicher Belehrung ist allerdings wenig zu helfen. Das Notwendigste ist, den Trägern der künftigen Steuern so bald wie möglich einen Ueberblick darüber zu geben, was geleistet werden muß. Die Aufstellung eines großzügigen Finanzplanes darf nicht länger hinausgeschoben werden. Denn erst die Unterbreitung des Kriegsfinanzplanes wird aller Augen darüber öffnen, daß das alte Spiel der Klassen und Parteien, die Steuerlast den andern zuschieben zu wollen, sich jetzt nicht fortsetzen läßt. Wenn jeder Staatsbürger einmal weiß, daß Oesterreich an neuen Jahreseinnahmen fünf bis sechs Milliarden Kronen brauchen wird; wenn man eine Uebersicht darüber haben wird, aus welchen Steuerquellen diese Milliarden geschöpft werden können, ohne daß das Wirtschaftsleben zum Verliegen gebracht wird; wenn jeder klar die Tatsache erfährt, daß wir mit Defiziten nicht weiterwirtschaften und die Zukunft nicht ferner durch Anleihen überbürden können; dann wird der sittliche Ernst, ohne den keine erfolgreiche Finanzpolitik möglich ist, gewiß auch bei unserer Bevölkerung zum Durchbruch kommen. Wir machen Schweres durch, aber auch die reichsten Staaten werden es nach dem Kriege nicht leichter haben als wir. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, werden die Kriegskosten England in dem Maße, als es reicher ist als Oesterreich, auch höher belasten. England hat aber schon bisher Ueber-ordentliches getan, um sich die Kriegskosten abzubürden. Und Deutschland ist ihm in einigem Abstand in seinen Kriegsteuerleistungen gefolgt. Die jährlichen Mehreinnahmen des Deutschen Reiches werden nach dem Kriege auf etwa zwölf Milliarden, in unserm Geld gerechnet, gebracht werden müssen. Wenn man noch weit davon entfernt ist, so hohe Einnahmen gesichert zu haben, so beweist doch der Plan der einmaligen Besitzsteuer, mit welcher Entschlossenheit man in Deutschland an eine unabwiesbare Aufgabe herantritt. Diese einmalige Besitzsteuer ist ein Aufklärer vor der Front. Solche Aufklärer vorzuschicken, wird man auch in Oesterreich nicht mehr zaudern dürfen. Es gilt heute, die Bevölkerung planmäßig über die finanziellen Notwendigkeiten zu belehren, eine sachliche Propaganda zu treiben, um ihren finanziellen Ernst zu erwecken, und einen großen Finanzplan vorzulegen, der die Grundlage fruchtbarer Arbeit der Volksvertretung werden muß. Die österreichische Regierung hat keine wichtigere Aufgabe als diese.

16. VII. 1918

Abonnementpreise des Blattes:

Mit täglicher Postzusendung.

Für das Inland:

monatlich	S. 4.40
vierteljährig	S. 13.—
halbjährig	S. 26.—
ganzzjährig	S. 52.—

Für das Ausland:

vierteljährig	S. 24.—
-------------------------	---------

Mit der dazugehörigen

„Illustrierten Sonntags-Beilage“ monatlich . . . 30 Heller mehr

te

47. Jahrgang.

Die neue Geldkrankheit.

Ungläubige, die ihr unter der Last der teuren Kriegshaushaltung und der allgemeinen Lebensführung seufzt, und den Ueberfluß nur mehr vom Hörensagen kennt, horcht auf: Es gibt — so schreibt das „N. Budapest. Abendblatt“ — auch eine Krankheit des Geldes. Eine ganz neue Krankheit für uns arme Gascher in Zentraleuropa und besonders für das bisher kapitalarm verschrieene Oesterreich-Ungarn: die Inflation, die Ueberschwemmung des Landes mit Papiergeld. Auf allen Seiten tönt uns jetzt auf einmal das Wort „Inflation“ entgegen, auch in den jüngsten Verhandlungen des Finanzausschusses im Magnatenhause erhoben erste Finanzkapazitäten ihre warnende Stimme gegen diese Gefahr, und du, armer, zehnfach versorgter Familienvater, der du mit Grauen an die Schuh- und Kleiderrechnungen denkst, hast keine Ahnung davon, daß es auch eine Krankheit des Geldüberflusses, eine Gefahr des in dem eigenen Fett Ersticken gibt, die sich so vornehm Inflation nennt.

Inflation heißt wörtlich so viel wie Ausblähung, und das Wort wurde zuerst in Amerika durch jene in Verkehr gebracht, die für die unbegrenzte Ausgabe von Papiergeld eintraten und von diesem System alles Heil, vornehmlich aber das Steigen der Warenpreise, die Steigerung der Produktion und die Entschuldung des Landes erwarteten. Den Inflationisten standen und stehen die Kontraktionisten gegenüber, die das gegenteilige Prinzip vertraten und die Kontingentierung, das heißt Begrenzung der zur Ausgabe gelangenden Papiergeldmenge für das erste Postulat einer geordneten Geldwirtschaft erklärten. Wer von diesen beiden recht hat, ist schwer zu sagen. Solange das orthodoxe System Geltung hat, daß Gold oder Silber die Bedeckung des Geldes zu bilden bestimmt sind, muß man sich allerdings eher zu dem Prinzip der Kontraktionisten bekennen. Aber schon der Nationalökonom Georg Friedrich Knapp hat an der alleinseligmachenden Theorie der Goldbedeckung stark gerüttelt und heute gibt es bereits viele, die die neue Zeit

für nahegerückt wähnen, da die Grundlage des Rechts, Geldmittel auszugeben, nur die Kraft des Staates, der Bodenschatz, den das betreffende Land repräsentiert, bilden und das Gold als Wertmesser in die Kumpfkammer veralteter Begriffe geworfen werden wird. In Wirklichkeit ist diese Zeit jedoch noch ferne, der Weltkrieg hat die Nationen, die über eine derartige radikale Umwälzung sich vorstündigen und sich zu internationalen Vereinbarungen zusammenschließen müßten, noch weiter von einander entfernt, als sie es bisher gewesen und so muß man heute tatsächlich auf die Stimme jener hören, die vor der neuen Geldkrankheit, der Inflation und deren Folgen den Staat zu warnen bestrebt sind.

Denn diese neue Krankheit ist unbestritten da. Sie ist während des Krieges in alle Länder eingezogen, am stärksten aber, sozusagen epidemisch, ist sie bei uns, in Oesterreich-Ungarn aufgetreten. Die ungeheuren Lasten des Krieges haben ungeheure Mittel erfordert. Die Banknotendruckerei mußte Tag und Nacht unter Hochdruck arbeiten, trotz der Papiernot hat es für die blauen und grünen Scheine Papier im Ueberflusse geben müssen — und so sind die vielen Tausende Kriegsmillionen entstanden und auch die schon abermalige Deckerung auf allen Gebieten. Die Sache ist ja sehr leicht erklärlich. Wenn es irgendwo ein Schulbeispiel eines circulus vitiosus gibt, so ist es eine solche Ueberschwemmung eines Landes mit Banknoten. Je mehr Geldnoten im Umlauf sind, desto größer wird die Verlockung, die übervollen Briestaschen für alles mögliche Kaufbare zu entleeren und je mehr eben eingekauft wird, desto höher werden selbstverständlich die Preise aller Waren. Aber dieser Preislauf hat noch eine sehr gefährliche Begleiterscheinung. Das fortwährende Steigen der Warenpreise bringt es naturgemäß mit sich, daß der Wert der Banknote als Einkaufsmittel immer tiefer sinkt und daß sich jedermann nur zu rasch daran gewöhnt, den Wert des Papiergeldes je niedriger einzuschätzen. Wir sprechen hier nicht von dem Auslandsverkehr des Geldes, wo solches auf Grund valutatischer Schätzungen, oft auch

aus feindseliger, politischer Tendenz geschieht, wir haben vielmehr nur den Inlandsverkehr im Auge, wo sich in Zeiten unnatürlicher Geldfülle (die eigentlich keine ist, denn man kann tatsächlich — wie bezeichnend! — nur von einer „Schein- Uebersülle sprechen) eine förmliche Unterdrückung des Papiergeldes herabildet. Diese geringe Schätzung vermehrt den Gang zum Ausgeben ins Ungemessene und dies wieder macht den Drachen Feuerung immer gefräßiger. Die allgemeine Teuerung aber macht die Löhne in die Höhe schnellen und dies selbstredend veranlaßt die Fabrikanten, Kaufleute und Landwirte, auch diese Lasten wieder auf das Publikum zu überwälzen und die Preise neuerdings hinaufzutreiben. Und dieser Wettlauf zwischen Entwertung des Geldes und Ueberswertung der Ware ist endlos. Das ist die wirkliche endlose Schraube, die uns armen Bürgern das Mark aus den Knochen drückt.

Hierbei muß immer vor Augen gehalten werden, daß es, wie bei jeder Krankheit, auch hier aus Furcht starke Uebertreibungen gibt, die dann das Uebel noch ärger machen. Es ist nämlich in Wirklichkeit gar nicht einmal wahr, daß unser Geld so viel weniger wert geworden ist. Dies zeigt am besten die Relation zum Ausland. Bekanntlich erhält man für eine Krone einen halben schweizerischen Franken und dennoch muß man bei uns für jede Art Ware das fünf-zehn- und noch viel mehrfache bezahlen und bei den Ganzreichen gilt die Ansicht: alles ist besser als Geld, und sie häufen sich einen Ueberfluß von Juwelen, Antiquitäten, Kunstsachen und allerlei Kleinigkeiten an, in der Meinung, auf diese Weise auch dem drohenden Gespenst der neuen Steuerentlastungen besser ein Schnippchen schlagen zu können. Eine Methode, bei der der Teufel mit Beelzebub ausgetrieben wird. Wohl ist es nämlich wahr, daß bei der gegenwärtigen Ausgabe der Banknoten die usuelle Goldbedeckung fehlt, aber die Kriegsanleiheobligationen sind die Krücken, an denen wir uns wirkungsvoll forthelfen. Jeder Zeichner dieser Papiere ist ein Girant mehr für die Ausgabe der Banknoten und hilft deren

Sonntag, 23. Juni 1918

Zeitung

(Frankfurter Zeitung.)
Für auswärtig: Amt Hansa 9173.

Preis der Anzeigen:

Die kleine Zeit. 10 p. Absatzart 10 p. Reklamen
2.50 Abend: 2.50 - 40% Letzterzuschlag.
Stellungnahme 10% Preiszuschlag Familien-
anzug, Sonderart. Platz u. d. ten. in. ch. ohne
Verbindlich - Anzeig. n. n. an: Geschäftst. alle
Frauen 1. K. Gr. 2. Sohenheimerstr. 23/25, Schiller-
str. 23 Mainz; Schillerstr. 3. Berlin; Mayerstr. 10/12
Dresden; Waisenhausstr. 3. K. K. K. Forststr. 3.
Oststr. 3. Heberstr. 34. Stuttgart; Poststr. 7. Zürich;
Nordstr. 32. Uns. ro. Argentinien u. Ann.-Espod.
Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-
Druckerei G. m. b. H.
Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

e beginnen mußte, um das
er Angriffsziel und Haupt-
schwerbar ist.

nstbe mit starken Schlägen
Front, vom Meer bis hinauf
Abamellogruppe. Aus dem
sich, daß an der Front
sche Gebirgslinie) und an
um Angriff geschnitten sind,
nur Oberknoten dienen.
Vorstoß mit starken Kräften
zentrierbar weiteste Ziel strecke,
füllen; wenn beispielsweise
ero genommen war, was die
ebene nahelegte, so beweist
in Heeresleitung gar nichts
effizienter nur wenig. Anderer-
dieser Generalstab nicht ge-
Erfolg nicht hat behauptet
war es natürlich doppelt
der Sturmgewinne in der
für eine Ueberlage unserer
ber auch wenn die Ueber-
Gewinnung fester Aus-
des Stromkeltes das ein-
der Ebene gewesen wäre,
r Anlagohochfläche wegen der
tis in großem St. I. durchge-
reichen kürzlich schon die Tat-
rische Angriff auf eine „von
jen vorbereitete Angriffs-
hat die Erststanz dieser An-
uß unserer Verbündeten zu
bestimmend mitgewirkt.

Lage.

völlig abzuweichen, welche Be-
Angriffen zukommt und zu
rungen des ersten Tags füh-
mer Generalstab mit den er-
begnügen will. Dies alles
bindung der italienischen Re-
gende Lage: die Gebirgs-
we hat an Stärke durch den
t, und die Piavesfront ist ernst-
h an mehreren Stellen über-
ommenen Brückenköpfe schnell
erdiert die Entwicklung am
der italienischen Front be-
Der Feind ist zu mächtigen
tet, im Raum von Asiago
rennassen der Allierten, und
unsere Verbündeten, die die
der Piave im Rücken haben,
Die Schlacht dauert fort -
he Verstrickung des italieni-
sche Heer, anstatt, wie es das
durch starke Schläge auf den
sten hinzuwirken, steht in der
stellenweise schwächeren Lage
ld geführt werden muß -
bedrängten Westmächte, denn
ier Schlag Hindenburgs den
erden, die nunmehr an drei
verstreut sind, restlos einzun-
ront ist keine Hilfe mehr zu

Wirtschaftsverhandlungen.

b. Tel.) Eine rumänische
ist in Odesa eingetroffen,
römanischen Regierung
Stausch zwischen Rumänien
Rumänien ist bereit, Holz,
nd Getreide auszuführen gegen
und Eisen.

Tel.) Aus Bukarest wird
Der offizielle Staatsanzeiger
Verichtung einer wirtschaft-
g. Diese Zentralverwaltung
ung der Bevölkerung zentral-
usses an barem Geld beschloß
inneren Anleihe.

Vor der Uebergangswirtschaft.

III. *)

Wirtschaftskrieg und Friedensschluß.

A. F. Wir brauchen einen doppelt gekanzelten Frie-
ben. Wir können nicht da, wo wir den Zwang setzen, von
unseren Gegnern die Freiheit verlangen. Wir können nicht
für die Freiheit der Meere kämpfen und gleichzeitig vor
Mitteleuropa ein Siegel legen. Mit diesen Worten - die
nebenbei auch vor die geplanten Wirtschaftskunds-Verhand-
lungen zwischen Deutschland und Oesterreich - Ungarn eine
sehr ernst zu beachtende Warnung setzen - hat Vallin tres-
send den Konflikt zwischen den Bedürfnissen der Uebergangs-
wirtschaft auf der einen und den Bedürfnissen des wirtschaft-
lichen Friedensschlusses auf der anderen Seite gezeichnet.
Der Krieg ist, das kann nicht oft genug betont werden, für
uns nur dann nicht wirtschaftlich verloren, der Friedens-
vertrag ist nur dann nicht ein wirklicher Friede, wenn jede
Form eines Wirtschaftskriegs, zum mindesten eines staatl. ch
geförderten, durch ihn ausgeschlossen ist. Wir müssen nachher
Weltwirtschaft treiben können wie vor dem Kriege, von
jedem Ausland laufend, was wir brauchen, nach jedem Aus-
land verkaufend, was unsere Arbeit zur Bezahlung der Ein-
fuhr zu bieten hat, auf jeder Schiffsfahrtsstraße und in jedem
Hafen frei verkehrend, alles das ohne besondere Auflagen,
ohne Differenzierung, zu gleichem Rechte mit jedem anderen,
unter voller Meistbegünstigung, wie auch wir sie einzuräumen
bereit sind. Gerade die Eigenart unseres Außenhandels vor
dem Kriege, daß bei unserer Einfuhr die verhältnismäßig
wenigen großen Stapelartikel, Lebensmittel, Rohstoffe und
Halbfabrikate ebenso überwiegen, wie in unserer Ausfuhr
die Mannigfaltigkeit einer außerordentlich großen Zahl von
verschiedenartigsten Fertigfabrikaten, macht Deutschland zum
natürlichen Vorkämpfer eines solchen Wirtschaftsk-
friedens der Welt, der durch die Festlegung der Meist-
begünstigung und der offenen Tür in allen Frie-
densverträgen zu sichern wäre. Und hier tut sich nun das
schwere Problem auf: daß diesen Bedürfnissen der künftigen
Dauerwirtschaft die nächstliegenden Bedürfnisse der Ueber-
gangswirtschaft widersprechen, bei uns und bei den anderen.
In den Friedensschlüssen des Orens war dieser Widerspruch
noch verhältnismäßig einfach zu überbrücken: man legte die
Meistbegünstigung und die Wirtschaftsfreiheit grundsätzlich fest
und gestattete sich gegenseitig für die Uebergangszeit die als
notwendig erscheinenden Ausnahmen. Im Frieden mit den West-
mächten wird, bei den ungleich komplizierteren Wirtschafts-
beziehungen, diese einfache Formulierung keineswegs ge-
nügen. Hier besteht die große Gefahr, daß Knappheit, Teue-
rung und Vertrübung bei Lebensmitteln und Rohstoffen, der
die Welt bedrohende Mangel an diesen begehrte-
sten Waren einerseits und der die Welt nicht minder be-
drohende Mangel an Kauf- und Zahlungs-
fähigkeit für die übrigen Waren andererseits zu Maß-
nahmen führe, die unter dem Namen der Ueber-
gangswirtschaft tatsächlich den Wirtschaftsk-
krieg bedeuten. Und dies um so mehr, je länger der Krieg
noch dauert, und um so schärfer dort, wo ohnehin die Neigung
zum Wirtschaftskrieg besteht.

Besonders mancherlei Maßnahmen und Pläne in Eng-
land sind hier wichtig. Die deutsche Industrie hat über-
haupt allen Anlaß, den Vorgängen in der englischen
Aufmerksamkeit zu widmen. Die Sorge für diesen industri-
ellen Teil der englischen Uebergangswirtschaft ist einem Arzte,
Dr. Addison, anvertraut. Er wurde seinezeit von Lloyd
George berufen, um die zuerst sehr florierend vor sich gehende
Umstellung der englischen Industrie auf die Kriegsarbeit zu
organisieren; nachdem er dabei ganz außerordentliche Erfolge
erzielt hatte, ist er jetzt ebenso planmäßig und mit großen
Vollmachten an der Vorarbeit für die Friedenskonferenz.
„Wissenschaftliche Betriebsführung“ in größ-
tem Stile ist das Motto: das Taylorsystem für die Arbeit,
verbunden mit einer weitgehenden Selbstverwaltung und
Mitverwaltung der Arbeiter am Betriebe; Verwertung der
wissenschaftlichen und technischen Forschung für die Industrie
nach deutschem Muster, verbunden mit mannigfachen Metho-
den, die Arbeiter und Werkmeister selbst zu technischen Ver-
besserungen und Erfindungen anzuregen; dazu weitgehende
Arbeitsstellung unter Typisierung und Normalisierung der
Erzeugnisse. Es kommt hinzu, daß die englische Industrie
im Kriege ihre frühere Abneigung gegen Kartellbildungen
weitgehend abgelegt hat. Das Ergebnis, schon jetzt erkennbar,
ist, daß sie, die bis zum Kriege in vielem der modernen Ent-
wicklung Deutschlands und Amerikas nicht gefolgt und dadurch
in vielem technisch-organisatorisch veraltet war, jetzt durch den
Krieg eine neue Jugend gewonnen hat: die englische Stahl-
produktion ist von 7.66 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf
rund 12 Millionen Tonnen im Jahre 1917 gestiegen; und
das ist als Symptom zu werten. Doch dies nebenbei; in

*) Vergl. I. Morgenblatt vom 16. und 19. Juni.

Abends bei hellem Tageslichte lauer



Preis der Anzeigen

Rechnung Seite 24 Anzeigenteil 16 g. ... Postcheckkonto Frankfurt (Main) 6436.

Vor der Ubergangswirtschaft.

IV. *)

Kriegssozialismus und Wirtschaftsfreiheit.

A. F. Im ersten Kriegsjahre gehörte es zum guten Ton, von der „deutschen Organisation“ zu schwärmen; heute klagen die Schwärmer von damals am lautesten über die „Zwangswirtschaft“...

Freie Bahn für alle Tüchtigkeit des einzelnen, Freiheit für den Kaufmann, Raum für den Unternehmer, der seine eigene Haut zu Marke trägt für eigenen Gewinn...

Dhne Rationierung hätten Unzählige auf Vorrat faßel sie bekommen konnten. Für die Preise ist es eine obere Grenze überhaupt kaum gegeben die Kaufkraft nicht als Grenze nur mütterlicher Wirtschaft, wenn der Durchschnitt der nicht mehr ausgibt, als er einnimmt...

Die Einteilung hat uns gerettet. Das sei zur Warnung die Gegenwart gesagt; denn noch sind wir im Abend er kann noch lange dauern. Aber es ist lehrreich die Zukunft, für die Aufgaben der Ubergangswirtschaft haben im Kriege den Mangel organisiert...

waren vor dem Kriege nicht imstande, unsere aufstehende Bevölkerung mit den Erzeugnissen ihrer Scholle zu ernähren und zu kleiden...

ist des weiteren von Textilfasern und den Vorkursen daraus. Und diese mit ziemlicher Vorfahrungsausende Notwendigkeit hat das Reichsamt aus der Menge der Aufgaben für die Ubergangswirtschaft zunächst zu vorbereitender Bearbeitung wissen.

*) Vergl. Erstes Morgenblatt vom 16., 19. und 23. Juni.

In diesem Museum zu Straßburg, wo man also häufig unter sich war, fanden nun gelegentlich im Sinne französischer Propaganda Feste und Gesellschaften statt, deren Schönheit in der westlichen Presse ausgiebig beherrschend wurde...

Mittelstand und Wirtschaftsformen nach dem Kriege.

Je mehr die Aufgaben und Streitfragen der Übergangswirtschaft in den Kreis der politischen Erörterung treten, desto stärker bilden sich die gegensätzlichen Meinungen heraus und erwarten von der Durchsetzung ihres alleinseligmachenden Standpunktes alles Wohl und jede glückverheißende Lösung. Die Freiwirtschaft, die Staatsyndizierung, lauten die beiden Lösungen. Die Begründungen, die von Theoretikern oder Interessenverbänden in die Öffentlichkeit geschleudert werden, tragen zwar die mannigfachsten Gewänder; geht man aber der Fülle der Richtlinien auf den Grund, so stößt man immer wieder nur auf diese Gegenpole wirtschaftlichen Wollens. Die Erklärungen der Regierung trachten zwar nach Kompromissen, doch tragen diese nur den Charakter einer vorläufigen taktischen Vermittlung. Um niemanden frühzeitig vor den Kopf zu stoßen, wartet man vorsichtig ab, welche Auffassung schließlich die stärkere Durchschlagskraft aufbringen kann.

Darum erscheint es doppelt angebracht, von einer Warte aus diese Probleme zu beleuchten, die zwar nicht völlig unparteiisch, aber doch vorurteillos genug sein kann, um den Kampf der Interessen sachlich zu werten. Je einflussreicher ein Erwerbsstand im parteipolitischen Leben dasteht, desto leichter wird es ihm natürlich, seinen ökonomischen Wünschen Nachdruck zu verleihen. Industrie und Handel stehen geschlossen auf der einen Seite und lehnen jede staatliche Einschränkung des freien Wirtschaftslebens entschieden ab. Alle um den „Hansabund“ gescharten oder ihm nahestehenden Gruppen gehören in dieses Lager und predigen in ihren Entschlüsse unermüdet das Evangelium vom freien Innen- und Außenhandel. Sie sind natürlich nicht so unklug, zu sagen: unter diesem Zustand können wir am besten verdienen, sondern erklären, daß sie so die Bedürfnisse der Verbraucher am billigsten und besten befriedigen können.

Wer stellt nun aber das große Heer der Verbraucher dar, dem hier mit schöner Zukunftsmusik solche edlen Dienste angeboten werden? Da handelt es sich doch vornehmlich um zwei große Gruppen des Gesamtlebens, um den Mittelstand und die Arbeiterschaft. Diese hat denn auch zu den Lockrufen der Industrie- und Handelswelt oft und nachdrücklich Stellung genommen, und zwar im schroff ablehnenden Sinne. Der Mittelstand dagegen, in keiner politischen oder berufsständischen Organisation zusammengeschlossen, war überhaupt noch nicht in der Lage, diese Dinge vom Gesichtspunkt seiner Interessen aus zusammenfassend zu prüfen. Er steht zwischen zwei Feuern. Hat er etwa von einer reinen Sozialwirtschaft wahrhafte Förderung zu erwarten, oder soll er sich den Freihändlern in die Arme werfen?

Sehen wir uns zunächst die sozialistischen Wirtschaftsprogramme einmal näher an. Hier handelt es sich um keine so leicht zu überschauende Einheit wie bei den industriellen Freihändlern. In der Volkswirtschaft des 19. Jahrhunderts war die Staatswirtschaft im merkantilistischen Sinne mehr und mehr zurückgedrängt worden. Als in den letzten Jahrzehnten die sozialökonomischen Tendenzen wieder stärker zur Geltung gelangten, traten sich Staats- und Klassensozialismus schroff gegenüber. Man darf behaupten, daß durch den Krieg wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet dieser einseitige Klassensozialismus zugunsten des Staatssozialismus von den politischen Führern unserer Arbeiterschaft aufgegeben ist. Zum Beweis diene das von Wilhelm Jansson herausgegebene Buch: „Monopolfrage und Arbeiterklasse“, in dem unter gewissen Vorbehalten das staatliche Zwangssyndikat für die künftige Wirtschaft empfohlen wird, da die reine Sozialwirtschaft noch am ehesten Schutz vor der privaten Ausbeutung biete. Es wäre das die konsequente Fortsetzung der sozialdemokratischen Wünsche über die Gestaltung unseres Kriegsernährungssystems. Völlige Ausschaltung des freien Handels, Zwangserfassung der gesamten Vorräte und rein demokratische Verteilung der erzeugten Güter — darauf läuft es hinaus.

Nun hat noch eine andere Art von Staatssozialismus während des Krieges zahlreiche Anhänger gewonnen, man hat diese Richtung als einen plutokratischen Sozialismus bezeichnet, obwohl sich ihr bekanntester Vertreter, Walter Rathenau, gegen diese Auslegung verwahren würde. Rathenaus Wirtschaftsprogramm ist tief philosophisch fundiert, hat deshalb aber die theoretischen Eierschalen niemals abstreifen können. Er glaubt, daß dieser Krieg einen neuen wirtschaftlichen Gemeinschaftsinn erzeugt habe; diesen gelte es zum Wohl des Ganzen zu organisieren. Alle großen nationalwirtschaftlichen Ueberschüsse sollen dem Staat zugute kommen und dann wiederum die schöpferischen Kräfte



Preis der Anzeigen:
 Die kleine Zeile 20 g. Annonciat 20 g. Reklamen
 2.30 Abendblatt 23 - 40% Feuerungszuschlag,
 Stollungs- u. 10% Feuerungszuschlag, Familien-
 anzeige, Sonderart. Platz- u. D. ent. r. schr. ohne
 Verbindlichk. — Anzeigen am Geschäftsstelle
 Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/35, Schiller-
 str. 33. A. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/35, Schiller-
 str. 33. Waisenh. 12/13. München: Pörschstr. 2.
 Osnabrück: Hooperstr. 34. Stuttgart: Poststr. 7. Ulm:
 Nordstr. 52. Uns re Agenturen d. Ann.-Exped.
 Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-
 Druckerei G. m. b. H.
 Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Vor der Uebergangswirtschaft.

VI. *)

Die Revolution der Preise.

A. F. Schon das letzte Jahrzehnt vor dem Kriege ist von Teuerungssorgen erfüllt gewesen. Wir glauben es heute kaum mehr: weil die Preise von damals uns jetzt märchenhaft niedrig, die Preissteigerungen von damals uns jetzt lächerlich klein erscheinen; weil, während wir damals um ein Plus oder Minus von 15 Mark beim Getreidezoll leidenschaftlich stritten, wir jetzt nur noch achselzuckend schweigen, wenn das Kriegsernährungsamt nach Preissteigerungen von 100 Mark und mehr den Brotgetreidepreis von neuem mit einem Federzuge um 30 Mark erhöht und man uns wohlwollend belehrt, daß das Brot dadurch „nur“ um ein paar Pfennige teurer werde. Trotzdem war (Franz Culenburg hat eine kluge Untersuchung darüber veröffentlicht) dieses letzte Friedensjahrzehnt wirklich eine Teuerungsperiode mit sehr ernstesten Ursachen und sehr ernstesten Folgen. Zahl und Bedarf der am Weltverbrauch teilnehmenden Menschen waren schneller gewachsen, als der die Produktion verbilligende technische Fortschritt zu folgen vermochte. Noch wuchs in den alten Kulturländern stark die Bevölkerungszahl. Vor allem aber wurden über See (und auch noch im europäischen Osten) riesige Territorien mit riesigen Menschenmengen neu dem Warenaustausch mit den großen Industrieländern erschlossen, durch die Ausweitung des Verkehrsnetzes, durch die Vermehrung der Goldproduktion und ihrem dadurch ermöglichten Anschluß an die Goldwährung, durch die Befruchtung mit europäischem Kapital. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der die Bourgeoisie alle chinesischen Mauern in den Grund schloß, hatten Marx und Engels schon im kommunistischen Manifest prophezeit: nun stürzten diese Mauern wirklich Stück für Stück. Jahr um Jahr stieg der Welthandel um stolze Milliardenzahlen. Hier stieg die Industrialisierung und die Nachfrage nach Nahrungs- und Rohstoffzufuhr, dort stieg die Nachfrage nach Erzeugnissen der Industrie, und wiederum ergab sich hier als Wechselwirkung eine mächtige Ausweitung des Produktionsapparates an Fabriken, Maschinen, Häusern, Verkehrsanlagen, die alle Kapital und Arbeit, das heißt Rohstoffe und Nahrung, in gewaltigen Mengen zu dauernder Festlegung verschlangen — so mußten auch ungünstigere Gewinnungsmöglichkeiten, schlechtere Getreideböden, tiefere Kohlenschächte, unergiebiger Erzlager mitbenutzt werden, die Produktion wurde teurer, die Preise stiegen und Bölle und Kartelle verschärften das noch. Man nannte das Hochkonjunktur und pries die Prosperität. Aber wer schärfer zusah, erkannte schon damals, daß von diesem Aufstiege der letzten zehn, fünfzehn Friedensjahre relativ kleine Schichten der Wirtschaft den Hauptnutzen vorweg für sich erheben konnten: die Großlandwirtschaft, die Großindustrie, speziell die Rohstoffindustrie. Die Fertigungsindustrien kamen bei den ihre Selbstkosten steigenden hohen Preisen für Rohstoff und Arbeitslohn sehr viel später, sehr viel bescheidener, zum Teil gar nicht daran. Und riesige Schichten von Arbeitern, Angestellten, Beamten, Handwerkern usw. hatten von der ganzen Konjunktur, je nachdem sie in ihren Einnahmen die Teuerung schwer oder überhaupt nicht auszugleichen vermochten, ebenfalls nur geringen Nutzen oder gar keinen Nutzen oder gar positiven Schaden. In allem „Aufschwung“ verschärfte sich die Interessengegensätze, wuchs ernst, und auch im Gefühl breiter Massen bitter empfunden, die soziale Spaltung der Nation.

Dessen soll man sich erinnern, wenn man der ganz ungeheuerlichen Preisrevolution des Krieges nachdenkt. So tief wirkte schon die allmähliche Erhöhung des Preisniveaus im Frieden! Nach dem Kriege wird die Teuerung vielleicht das große Problem der Uebergangswirtschaft, und jedenfalls eines der ersten unter den ganz schweren Problemen der Uebergangs- und der künftigen Friedenswirtschaft sein.

Ohne die schwere Dauer des Krieges — und ganz lange Zeit, etwa drei volle Kriegsjahre hindurch, insbesondere unter der Führung des Herrn Dr. Helfferich, rechnete ja unsere wirtschaftliche Kriegsführung immer nur mit einem kurzen Kriege, nämlich von einem prophezeiten Endtermin zum nächsten! — wäre auch diese Revolution der Preise nicht so verhängnisvoll geworden. Gewiß, schon im ersten Kriegsjahre erfuhr die Mehrzahl der Warenpreise eine beträchtliche Steigerung (während andere Waren, vor allem Gegenstände des Luxusverbrauchs und der Luxusnahrung, aber auch Zucker und ähnliches, sogar anfangs noch sanken). Und diese steigende Tendenz mußte sich verschärfen, je länger der Krieg dauerte, je knapper die infolge der Grenzsperrre nicht mehr aufzufüllenden Vorräte wurden, je mehr der Bedarf des Heeres Menschen und Stoffe in Anspruch nahm und sie der Versorgung der Zivilbevölkerung entzog. Indessen zu dem Zustand, in dem

*) Vergl. 1. Morgenblatt vom 16., 19., 23., 30. Juni und 8. Juli.

n etwas anderes erwarten könnte; wahrhaft erstaunlich, angesichts solcher Aussichten zahlreiche Leute sich schon über der allgewohnten Diskussion über hohe und noch höhere Schußzölle hingeben, als würde mit Friedensschluß wieder alles so sein wie vor dem Kriege!

Wie werden um viel Dringenderes zu sorgen haben. Haben nach dem Kriege bei hochbleibenden Preisen gute Beschäftigung, gute Konjunktur, dann wird sich der Arbeitslohn in den Schwankungen, die ernst genug werden mögen, dem Preisniveau wieder anpassen können, wie er sich in meisten Industriezweigen auch den Kriegspreisen angepaßt hat. Dann werden, wie ein geschelter Beobachter gesagt hat, wahre Proletariat der Zukunft die Festbolbete sein, vom Briefträger und Kontoristen bis zum Staatsminister — das riesige, während der letzten Jahrzehnte angewachsene Heer der Beamten und Angestellten, denen so wie dem gleichfalls schwer bedrohten Mittelstande ohnehin gemäß die Ausgleichung von Einkommen und Teuerung noch viel schwerer fällt als dem Arbeiter. Das mag manchem, den bisher die Sicherheit der monatlichen Pension und die Pensionsberechtigung lockten, den Drang zur Abständigkeit wieder wecken. Aber für die, schon im Kriege überall sichtbar gebliebene Integrität der Beamenschaft ist es auch eine außerordentliche Bedrohung sein, die den Staat zur Anwendung von Milliarden für Gehaltserhöhungen zwingen kann. Noch unendlich ernster, weil weit umfassender, ist die andere Fall, daß wir bei hochbleibenden Preisen eine schlechte Konjunktur, durch eine Depression des Weltmarktes hindurch müßten: dann würde die Welt, auch die politische Erregtheit der Kriegsfolgezeit, soziale Misse von unausdenkbarer Schärfe erleben. Aber auch, wenn wir davon verschont bleiben, sind die revolutionierenden Tendenzen der Preisrevolution noch nicht erschöpft. Zu der unuren Vermögens-Umschichtung des Krieges fügt sie eine neue, im stillen vor sich gehende Umschichtung zu Gunsten Schuldners, zu Lasten des Gläubigers: glücklich, wenn er zahlt um so viel weniger, als das Geld heute weniger wert ist; aber unglücklich, wer heute eine neue Schuld aufnehmen muß, die erst in Jahren fällig wird. Das ist ein Fall.

Preissteigerung von landwirtschaftlichem Grund und Boden, in die sich die Geldentwertung allmählich, aber immer stärker fortsetzt, ist ein zweites. Die Wertsteigerung vorhandener industrieller Anlagen, die den Besitzern auch noch für die nächsten Jahre nach dem Kriege einen fast prohibitiv wirkenden Schutz gegen neu entstehende Konkurrenz bietet, ist ein drittes. Ihn mögen insbesondere diejenigen legen, die jetzt, ohne tiefer nachzudenken, gar nicht genug an Eingriffe des Staates in die Wirtschaftsfreiheit eifern. Die jetzt für den Krieg arbeitende alte Industrie hat Bauten und durch größte Abschreibungen und Maschinen sie sich stark gemacht, auch die jetzt verbrauchten Maschinen-Einrichtungen schnell wieder zu ersetzen. Wie aber soll junge Industrielle nach dem Kriege neue Gebäude, Maschinen und Einrichtungen aufstellen bei den Preisen, die man dafür zahlen müßte? Ist das Freiheit des Gewerbes? Wahrhaftig, es gibt schwerere Bedrohungen und Einrichtungen für sie als eine der Notwendigkeit folgende als Aussicht für den Uebergang!

Schließlich: wir sind mit der Preisrevolution des Krieges nicht einmal am Ende. Sie hat auf einem Gebiet erst scharfer eingeseht, auf dem der Mieten. Nun droht dem Kriege nach dem Urteil der Sachverständigen ein weiterer Wohnungsmangel, weil Jahre hindurch, auch schon dem Kriege, wenig und dann so gut wie gar nichts gebaut worden ist. Neue Häuser sind, bei der Preissteigerung aller Materialien, nur mit gewaltig gesteigerten Kosten zu erstellen. Ten die Mieten der alten, billigen Häuser auf die für die Bauten nötige Miethöhe hinaufschneiden? Das ist nicht zu den, ein Eingriff muß erfolgen. Gegen die Freiheit? viß; aus Notwendigkeit! Das aber führt uns zu einem letzten, schweren Preisproblem der Uebergangswirtschaft, dem noch besonders die Rede sein muß.

Ungarisch-Bosnische und Orientalische Wirtschaftszentrale.

Budapest, 8. Juli.

In ungewöhnlich festlichem Rahmen hat gestern die Generalversammlung der Ungarisch-Bosnischen und Orientalischen Wirtschaftszentrale stattgefunden. Der Versammlung wohnten auch Handelsminister Josef Szereenyi und Finanzminister Dr. Gustav Lörincz bei, und der erste hielt über unsere wirtschaftlichen Aufgaben im Orient eine überaus interessante Rede, in der er auch sein Balkanprogramm skizzierte. Den Vorsitz in der Generalversammlung führte Geheimrat Leo Lánczy, neben dem die Vizepräsidenten Ministerialrat Moriz Gónczi, Generaldirektor Simon v. Krauß, Magnatenhausmitglied Manfred v. Weich sowie die Hofräte Anton Székács und Béla Weith Platz nahmen. Ferner waren anwesend: die Staatssekretäre Gustav v. Eich und Dr. Elemér Gántos, vom k. u. k. gemeinsamen Finanzministerium Sektionschef Otto Frances, vom Unterrichtsministerium Ministerialrat Moriz Gónczi, vom Finanzministerium Sektionsrat Béla Csilléry, ferner Ministerialrat Dionis Verinek, der türkische Generalkonsul v. Schmidt bei, der bulgarische Generalkonsul und bevollmächtigte Minister Jovan Stojanovic, der Präsident der Abgeordnetenkammer in Stambul Djelal Eddin bei, der Präsident des Handelsgerichts in Stambul Zia bei, der Generalsekretär der Pester Lloyd-Gesellschaft Hofrat Dr. Aurel v. Czerny, königlicher Hofrat Emerich Lörincz, Ministerialrat Bartholomäus Balkány, Abgeordneter Paul Szándor, die Universitätsprofessoren Karl Szabadics und Heinrich Marczali, der Vizepräsident der Kulturzentrale Alois Paizali, die Generaldirektoren Emil Pachér, Leo Bárány und Jacques Kaniz, Hofrat Bertold v. Fürst, Dr. Ignaz Fekete, Kammersekretär Josef Vágó u. v. a.

Eröffnungsspreche des Präsidenten Leo Lánczy.

Präsident Leo Lánczy eröffnete die Versammlung mit einer längeren Rede, in der er darauf verwies, daß drei Jahre schweren Kampfes seit der Konstituierung der Zentrale verfloßen sind. Als unsere Truppen in Serbien vorrückten mit unseren bulgarischen Verbündeten den unmittelbaren Kontakt hergestellt hatten, schrieb es die historischen Ereignisse fast zehntausendmal vor, daß wir unseren Blick nach dem Osten richten und die wirtschaftliche Verbindung mit den dortigen Völkern je intensiver gestalten. Damals ist diese Justifikation entstanden, die seither mit unermüdlicher Bemühung bestrebt war, die Fäden des Verkehrs zu festigen. Der individuellen Initiative freier Betätigung lassend, hat das Bureau der Zentrale unsere Kaufleute und Unternehmern in jeder einzelnen Frage wertvolle Informationen zur Verfügung gestellt. Die Tätigkeit der Zentrale war auch nicht ergebnislos. Für die Zukunft wird es aber noch viel größerer Anstrengungen bedürfen, damit wir die durch unsere Landwirtschaft, unsere Industrie und unseren Handel erworbene Position behalten und stärken. Der Präsident eröffnete sodann eingehend unsere mit den einzelnen südbalkanischen Ländern entstandenen Beziehungen. Er behandelte schließlich unser Verhältnis zu Bosnien und gab dem Wunsch Ausdruck, daß Bosnien und die Herzegovina, hinsichtlich deren unser historischer Anspruch festgestellt ist, unmittelbar an die heilige Stefanskron angegliedert werden, was nicht nur die legitimen Interessen Ungarns, sondern auch die bessere Zukunft des bosnischen Volkes erfordert. (Beifall.) Schließlich begrüßte Präsident Lánczy in herzlichsten Worten den Handelsminister Josef Szereenyi, der auch bisher der begeisterte Rivier jener Ziele war, die sich die Orientalische Wirtschaftszentrale ausgesetzt hat.

Nach dieser mit großem Beifall aufgenommenen Rede Szereenyis hielt Handelsminister Josef Szereenyi folgende Rede:

Rede des Handelsministers Szereenyi.

Ich danke vor allem Sr. Excellenz dem Herrn Präsidenten für die warme Begrüßung, die er mir zuteil werden ließ, indem er die Arbeit würdigte, die ich in der Vergangenheit im Interesse unserer wirtschaftlichen Interessen im Orient geleistet habe. Sie werden es natürlich finden, daß ich heute, da ich das erste Mal die Ehre habe, in meiner Eigenschaft als Leiter des Handelsministers in Ihre Mitte zu erscheinen und für das Vertrauen zu danken, das Sie mir vorzusprechen die Güte hatten, diese Gelegenheit benütze, um einige Gesichtspunkte zu belandeten, die zeigen sollen, wie ich mir unsere wirtschaftliche Verbindung mit dem Orient nach dem Kriege vorstelle.

Ehe ich dies aber tue, sei es auch mir gestattet, meiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß wir hier illustre Vertreter der seit Jahrhunderten in Freundschaft mit uns lebenden türkischen Nation begrüßen können. Ich begrüße den Herrn ottomanischen Generalkonsul, der seit Jahren die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Türkei bei uns vertritt und durch seine Tätigkeit die Freundschaft und Sympathie erhöht hat, die die beiden Nationen miteinander verknüpfen und ich begrüße die hier anwesenden Vertreter der türkischen Juristenwelt, die jenes Gebiet des öffentlichen Lebens repräsentieren, das auch das Fundament jedes Wirtschaftslebens bilden muß. Die feste Rechtslage ist die Grundlage des sich entwickelnden Wirtschaftslebens. Die Türkei hat sich in der Vergangenheit zumeist in dieser Hinsicht aus dem wirtschaftlichen und kulturellen Europas ausgegliedert; jetzt will sie sich in dieser Hinsicht wieder in das Wirtschaftsleben Europas einschalten. Ich begrüße die Herren daher mit doppelter Freude als Vertreter der eine große historische Vergangenheit besitzenden türkischen Nation. (Beifall.)

Die Geschichte ist der Lehrmeister, deren Lehren befolgend wir am sichersten unseren in Zukunft zu befolgenden Weg wählen können: mit ihrem zum Teil negativen Ergebnisse bezeichnet sie den Weg, den wir in unserer wirtschaftlichen Verbindung und Verbindung mit dem Orient befolgen müssen. Auf einen Zweig unserer Geschichte hat der sehr geehrte Herr Präsident hingewiesen, indem er aus unserem historischen Recht auf Bosnien und die Herzegovina eine glänzende Lösung der Zukunft abgeleitet hat. Auf Grund dieser historischen Entwicklung oder dieses Rechtes ergibt sich unsere Rolle gegenüber Bosnien und Herzegovina, oder besser gesagt in bezug auf diese Länder. In diesem Belange ist die Lage eine ganz andere, als gegenüber den übrigen Teilen des Ostens. Hier müssen wir schwere Verfassungen der Vergangenheit dringender zumachen. (So ist's!)

engbegrenztem Horizont muß Ungarn hier eine bis an die äußerste Grenze der Selbstlosigkeit gehende Wirtschaftspolitik befolgen. Wir dürfen Bosnien und die Herzegovina nicht als Kolonie betrachten, die wir ausbeuten, sondern müssen sie an allen Beziehungen der volkswirtschaftlichen Politik Ungarns teilnehmen lassen, um jenes Volk, das in konfessionelle Gruppen gegliedert, nie zu einem nationalen Körper verschmelzen konnte, voll und ganz seelisch an uns zu fesseln. Alle Interessen Ungarns sind daran geknüpft, die Völker Bosniens und der Herzegovina zu überzeugen, daß welche politische Richtung auch hier aus Ruder kommen möge, doch keine Meinungsverschiedenheit darüber besteht, daß Bosnien und die Herzegovina in ihrer Gefühlswelt wie in bezug auf ihre wirtschaftlichen Interessen vollständig mit jenen der Länder der heiligen ungarischen Krone verschmelzen müssen. Das kann meiner Überzeugung nach die einzige wichtige Politik der Zukunft sein. Dieser Gesichtspunkt muß für uns in allen unseren wirtschaftlichen Bestrebungen richtunggebend sein. Wir wollen diese Länder nicht ausnützen, sondern sie befruchten, sie durch ungarisches Kapital, ungarisches Wissen, ungarische Arbeit an uns knüpfen. (Beifall.)

Das ungarische Kapital hat seine Kulturarbeit auf dem Balkan schon vor Jahrzehnten begonnen. In Rumänien, Serbien und Bulgarien haben die Pioniere des ungarischen Kapitals im Frieden eine Arbeit begonnen, die größere Erfolge hätte zeitigen können, wenn wir auf der ganzen Linie eine planmäßige Wirtschaftspolitik befolgt hätten. (So ist's!) Hinsichtlich der Wirtschaftspolitik des Ostens sind wir leider in den letzten Jahren von dem mit sehrlichem Auge in die ferne Zukunft blickenden Zeitprinzipien des großen Julius Andrássy abgewichen. Wir sind davon abgewichen, diese Bestrebungen über die Selbständigkeit ansprechenden, von nationalem Geist beseelten, im Prozeß der Entwicklung befindlichen Balkanvölker wirtschaftlich so zu unterstützen, daß wir ihre Interessen mit den landwirtschaftlichen Interessen Ungarns in Einklang bringen. (So ist's!) Wir haben den Fehler begangen, daß wir die wirtschaftliche Verbindung der Balkanvölker den wirtschaftlichen Bestrebungen der uns gegenüberstehenden Nationen überlassen haben. Wir haben es unterlassen, sie in allen Teilen mit der landwirtschaftlichen Politik Ungarns so zu verknüpfen, daß wir die wirtschaftlichen Produkte der Balkannationen hätten aufbauen und ihre Produkte den Konsumenten des gebildeten Westens vermitteln hätten können, wie wir auch kulturell zwischen dem Westen und dem Osten vermitteln mußten. (So ist's!)

Das ist keine Stellungnahme gegenüber der ungarischen Landwirtschaft, denn der ungarische Politiker oder Volkswirt, der die Interessen der ungarischen Landwirtschaft nicht auf der ganzen Linie in allen Details im vollsten Maße vertritt und wahr, der sich in seiner ganzen Wirtschaftspolitik nicht auf die Landwirtschaft als wirtschaftliche Grundlage stellt, würde — abgesehen davon, daß er nicht ungarische wirtschaftliche Interessen vertreten würde — sich auf so schwachen Boden bewegen, auf den er keinen Augenblick lang standhalten könnte. (So ist's!) Nur bei aller Berücksichtigung der ungarischen Landwirtschaft können wir eine wirtschaftliche Orientpolitik befolgen. Und ich bin der festen Überzeugung, der ich nicht zum ersten Male Ausdruck verleihe, die ich seit Jahrzehnten befolge, daß die Interessen der ungarischen Landwirtschaft mit den wirtschaftlichen Interessen der Orientstaaten in Einklang gebracht werden können. (So ist's!)

Das ungarische Kapital hat also, wie gesagt, seinen Pionierdienst im Orient begonnen. Das war aber nur ein bescheidener, geradezu schmählicher Versuch, der nach dem Krieg ganz andere Dimensionen annehmen muß. Das ungarische Kapital muß seinen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung der Orientstaaten herausnehmen, und zwar nicht in der Weise wie vorgeschrittenen Staaten den kulturell auf einer niedrigeren Stufe stehenden Gebieten vorzugehen pflegen, nicht um sie auszubeuten, sondern um sie in ihrer Entwicklung zu fördern. Die Völker des Ostens, seien dies Rumänen, Serben, Bulgaren oder Türken, müssen das Bewußtsein haben — und das muß durch die Verbesserung ihrer materiellen Existenz in ständiger Bewegung zum Ausdruck kommen — daß das ungarische Kapital nicht den Boden je mehr auslaugen, eine Raubwirtschaft befolgen und seine Ertragsfähigkeit dadurch verringern will, sondern daß es diesen Völkern in der Verbesserung ihrer Existenzverhältnisse beifällig sein will.

Die großen wirtschaftlichen Nationen richten ihr Wirtschaftsleben nicht nach der Aktivität oder Passivität ihrer Handelsbilanz ein, sondern sie streben die Aktivität ihrer Zahlungsbilanz an. Es gibt derzeit auf der ganzen Welt kein Land mit einer passiveren Handelsbilanz, als die England ausweist, aber keines hat eine aktivere Zahlungsbilanz als Großbritannien. Wir müssen bei der Verpflanzung unseres Kapitals nach dem Auslande auf die Verbesserung unserer Zahlungsbilanz bedacht sein und dafür gibt es kein dankbarer Gebiet als die Orientstaaten. Wenn das ungarische Kapital diesen Weg einschlägt, trägt es gleichzeitig das ungarische Wissen unter die Orientvölker, das dort kulturell und volkswirtschaftlich betriebsmäßig wirken muß, um in unserem Interesse die Annehmlichkeit, die Konsumfähigkeit jener Gebiete zu erhöhen.

Viele haben in Oesterreich die ungarische Industrie-förderung als gegen die österreichische Industrie gerichtet angesehen. Unberstandene Kreise verbarren auch heute noch in dieser Annahme. Und doch lehrt die Geschichte, daß es kein besseres Konjunkturmittel gibt, als das sich entwickelnde Industrieleben. (So ist's!) Größere Industriezentren haben keine dankbarere Aufgabe, als die Industrie der kleineren Staaten zu fördern und zu entwickeln hat — wie die Folgen zeigten — die ungarische Industrieentwicklung zu sehr großem Vorteil geht. Die Entwicklung der ungarischen Industrie schritt parallel mit den industriellen Interessen Oesterreichs. Während auf der einen Seite die ungarische Industrie, so gut wie möglich, erstarken konnte, war sie gleichzeitig naturgemäß in all ihren Zweigen, die sie in ihrer eigenen Entwicklung nicht zu umfassen vermag, der fruchtbare Boden, die sichere Grundlage für die ihr am nächsten stehende österreichische Industrie. Dasselbe schwebt mir, geehrte Herren, hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage der Staaten des Balkans vor. Das ungarische Wissen muß nunmehr, durch das Kapital unterstützt, mit ungarischer Arbeit in die Balkanstaaten hinuntergehen, denn wie wir für unsere eigene wirtschaftliche Selbständigkeit Jahrzehnte lange Arbeit, Wissen, Kapital und Energie verwendet haben und auch in der Zukunft verwenden wollen, ebenso hält die historische Entwicklung uns wieder die Lehre vor, daß der politischen Selbständigkeit der Orientstaaten das Bestreben nach der wirtschaftlichen Selbständigkeit folgen muß und folgen wird. Alte Vorurteile sind in türkischen Reiche zusammengeknüpft und geben modernen Richtungen Raum. Das Gefühl, das aus dem Instinkt der Lebenserhaltung kommt, erwies sich stärker, als die Erhaltung der alten Traditionen. Das Gefühl, das die Entwicklung fordert, bringt das Streben

nach der wirtschaftlichen Selbständigkeit mit sich. Dieser Selbständigkeit kann man unmöglich aus Egoismus Grenzen ziehen. Wir müssen zur Förderung dieses Gefühls dadurch beitragen, daß wir mit Hilfe des ungarischen Kapitals und des ungarischen Wissens die ungarische Arbeit in jene Länder verpflanzen, deren Märkte wir aus Budapest oder aus Ungarn, oder auch aus Oesterreich längere Zeit nicht mehr versorgen können. Wir also, die ungarischen Wirtschaftsentwickler und die ungarische Wirtschaftspolitik, müssen dahin streben, daß wir den Drang der Orientstaaten nach wirtschaftlicher Selbständigkeit fördern, und zwar derart, daß wir das ungarische Wissen und die ungarische Arbeit dorthin bringen, mit ihr nationalisieren und eine nationale Industrie in Bulgarien, der Türkei und in Rumänien schaffen, die sich auf die ungarische Industrie stützen, die Bande bilden, von denen wir eine Verbesserung unserer Zahlungsbilanz erwarten können. (Beifall.)

Die Festigung der wirtschaftlichen Bande mit den Balkanstaaten muß aber nicht nur das Ziel zur Förderung einer größeren wirtschaftlichen Entwicklung für uns sein, sondern auch ein kräftiges Mittel zur Entwicklung der dortigen Wirtschaftsverbände, ein Mittel, das dazu dienen soll, die Balkanstaaten und Völker — ich unterreichte das: auch die Völker — der Gefühlswelt der Monarchie und Ungarns näher zu bringen. Unsere auswärtige Politik hatte in der Vergangenheit den großen Fehler, daß sie die Volkspädagogie, den Einfluß der Massen auf die Politik vernachlässigt hat; dem es genügt nicht, sich auf geschriebene Verträge zu stützen, die wahre Politik ist die von Volk zu Volk, die Harmonie der Interessen mit den Gefühlen. Jenes Volk, das wir in seinen wirtschaftlichen Interessen fördern, dem wir es ermöglichen, seine eigenen materiellen Interessen unter unserer Mitwirkung zu verbessern und seine wirtschaftlichen Grundlagen zu konsolidieren, wird, wenn es sich davon überzeugt, daß derjenige, auf den es sich hierin stützen kann, sein säkulares und nationales Leben nicht berühren will, sich in intimstimmig auch in seinen Gefühlen dieser Stütze nähern. Und da die österreichisch-ungarische Monarchie nie jemand in seiner Staatlichkeit berührt hat, und auch nicht berühren wollte, und da unsere Nation mit den Selbstständigkeitsbestrebungen eines jeden Volkes sympathisiert und die Selbständigkeit aller Völker wärmstens gefördert hat, da weder die österreichisch-ungarische Monarchie territoriale Aspirationen auf dem Balkan, noch die ungarische Nation expansive Bestrebungen in nationaler Richtung befolgt, sieht der Entwicklung einer innigeren politischen und wirtschaftlichen Verbindung zwischen den Orientvölkern und der ungarischen Nation sowie der Monarchie nichts hindern im Wege. (So ist's!)

Ich habe das politische Interesse hier nur nebenbei berührt. Gestatten Sie mir, auf wirtschaftlichen Gebiete zu bleiben, Ihre Aufmerksamkeit nur noch auf einen Umstand in bezug auf die Bestrebungen hinzuweisen, die Ihren Verein in Zukunft leiten müssen. Die Arbeit, die Sie in aller Stille verrichten haben und für die ich von Seiten des Handelsministeriums der Anerkennung Ausdruck zu geben für meine angenehme Pflicht erachte, wird nach dem Kriege erhöhte Bedeutung besitzen. Ich habe gerade heute einen Auspruch des Königs von England gelesen, den er einer Deputation gegenüber für die Zeit nach dem Kriege getan hat. Wir sehen einer neuen Idee gegenüber, der Idee der wirtschaftlichen Entente. Der König von England verkündet für die Zeit nach dem Kriege, für die Friedensperiode, vor der wir im Vereine mit unseren Verbündeten, dem türkischen und bulgarischen Volke, hoffen, daß es eine Zeit des wahren Friedens sein wird, als Ergänzung der politischen Entente den Wirtschaftskrieg. Ein deutsches Sprichwort sagt: Es wird nichts so heiß gegeben, wie es gekocht wird. Es ist aber eine symptomatische Erscheinung, die wir nicht übersehen dürfen. Die wirtschaftliche Annäherung, die zwischen den Zentralmächten und unseren Verbündeten — natürlich unter weitest gehender Wahrung der Souveränitätsgesichtspunkte und der vollständigsten Sicherung der wirtschaftlichen Interessen — vielleicht zustandekommt, und deren Zustandekommen ich im Interesse unserer zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung — ich wiederhole es: unter voller Wahrung unserer wirtschaftlichen und staatlichen Selbständigkeit — unbedingt für notwendig erachte, dieses wirtschaftliche Gebilde haben die zitierten Worte des Königs von England noch notwendiger gemacht, als wir deren Notwendigkeit bisher empfunden haben. Während wir mit unserem mächtigen deutschen Verbündeten zusammen von Beginn der ganzen Kampagne an in Wort und Schrift nicht nur verbündet, sondern auch bewiesen haben, daß die Grundlage unserer gesamten Annäherung gegen das wirtschaftliche Leben der anderen europäischen oder überseeischen Staaten keine aggressive Spitze bieten wollte, sondern ausschließlich einen defensiven Charakter besitzt, haben demgegenüber die Ententesstaaten von Anfang bis zum heutigen Tage wiederholt die aggressive Tendenz auch wirtschaftlich verkündet.

Es erleidet für mich nunmehr keinen Zweifel, daß diese aggressive Tendenz auch eintreten wird. Doch wie jeder wirtschaftliche Kampf, wird auch dieser denjenigen betreffen, der den Kampf begreifen hat. Nebenbei bemerkt wird auch der Gegner schmerzliche Wunden erleiden, doch im Endergebnis wird die Entente an ihrem eigenen Körper die wirtschaftlichen Folgen dieses durch sie provozierten Konflikts fühlen. Sie aber, die die Repräsentanten der ungarischen wirtschaftlichen Bestrebungen in der Richtung des Balkans sind, müssen dann Ihre Wirtschaftsbestrebungen auf dem Balkan nach einer Richtung ergänzen. Und das ist: Sie müssen die neue Richtung der von Oesterreich und vom Westen für einen längeren oder kürzeren Zeit währenden Übergang unterbleibenden Importe industrieller und landwirtschaftlicher Rohprodukte mit derselben wirtschaftlichen Arbeit vorbereiten, die Sie in Ihrer ganzen vorbereitenden Tätigkeit entwickelt haben. Vergessen wir nicht, daß der Krieg die industrielle Produktion zur Gänze umgewandelt hat, daß es heute kaum mehr eine Industrie gibt, die mit den vor dem Kriege vorhandenen gemeinsamen Rohprodukten arbeiten würde oder könnte. Die Technik schlägt ganz neue Richtungen ein und eine neue Richtung nimmt auch der Verkehr der Rohstoffe. Solange der uns ausgenutzte Wirtschaftskrieg dauern wird, kann unsere einzige Rohstofflinie nur der Orient sein, der unserem Wirtschaftsleben mit seinen reichen Rohstoffvorräten anzuweisen kann. Auf der einen Seite müssen wir uns durch die Schaffung von Ersatzstoffen selbst helfen, andererseits aber müssen wir die Reproduktion der Rohstoffe des Ostens und in erster Reihe des großen türkischen Reiches zu unserem Vorteil verwerten. In je höherem Maße wir das tun können, ohne gegen die wirtschaftlichen Interessen der Türkei zu handeln, desto mehr dienen wir dem wirtschaftlichen Aufschwung der Türkei, sowie der industriellen Erstarkung Ungarns.

Das sind die leitenden Prinzipien, die ich im wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Ungarn und den Balkanstaaten

verwirklicht sehen möchte. Das sind die leitenden Prinzipien, die ich im Kreise meiner Unmündigkeit zur Geltung zu bringen beabsichtige. Für diese Arbeit erblicke ich mir Ihre Unterstützung. In dem sicheren Bewußtsein, daß diese Zentrale auch weiterhin mit unermüdlichem Eifer, mit ihrer bewährten Agilität und dem in ihr konzentrierten großen wirtschaftlichen Wissen den wirtschaftlichen Interessen Ungarns und des Ostens dienen wird, begrüße ich Sie und möchte Ihnen Glück für Ihre Arbeit. (Beifall, Ehrenruhe und Applaus.)

Die Tagesordnung.

Der Direktor der Zentrale Dr. Solomon Balkány legte sodann den Jahresbericht vor, der über die auf den Balkan durchgeführten Aktionen berichtet. Er lenkte die Aufmerksamkeit ferner die Arbeit der orientalischen Lehrkurse, des bulgarischen Seminars und die orientierende Tätigkeit der Zentrale.

In dem Bericht anschließend sprach Universitätsprofessor Dr. Heinrich Marczali über den historischen Anspruch Ungarns auf Bosnien und die Herzegovina.

Es sei mir gestattet, über eine Frage zu sprechen — sagte er — die allen wirtschaftlichen Problemen fernsteht und doch uns alle berührt. Se. Excellenz der Herr Präsident hat ausgesprochen, daß Ungarns historische Ansprüche auf Bosnien und die Herzegovina anerkannt sind, daß also diese Länder mit der heiligen Stefanskron vereinigt werden sollen. Nun, diese Ansprüche werden von mehreren Seiten angefochten. So manchen Strauß habe ich ausgefochten, um aus unserer Geschichte zu verkennen, was Vorurteil ist und der historischen Wahrheit nicht entspricht. Ich darf mir also wohl erlauben, dieselbe Kritik anzuwenden, wenn von fremder Seite gesündigt wird. Ueber den kroatischen Angriff, den neuesten L. v. Lüdland in einem weitläufigen Buche über „Die slavische Frage und der Weltkrieg“ gegen Ungarns Recht gerichtet, können wir uns kurz fassen. Der Verfasser dieses Buches meint, daß Ungarns Recht auf Bosnien von dem alten im XI. Jahrhundert ererbten kroatischen Recht herrührt. Nun weiß jedermann, daß ein Teil des jetzigen Bosniens, die Gegend von Vihatsch, einst zu Kroatien gehört hatte. Ebenso gewiß aber ist, daß Bosnien, wie es schon Kaiser Konstantin VII. um 960 bezeichnet, serbisch und nicht kroatisch war. Rama — Bosnien — ist ebenso ein Nebenland Ungarns gewesen (seit 1186) wie Bosnien. In dem Register der Einkünfte des Königs seit Bela III. von 1186 steht: Ungar, das Hauptland, Dalmatien, Kroatien und Rama.

Biel gewichtiger erscheinen die Einwendungen, die Herr Dr. Baernreiter in seiner Schrift: „Bosnien und die Herzegovina in der vorromanischen Zeit“, erhoben hat. Er zieht weder das Recht Ungarns, noch die Tatsache, daß seine Könige dort wirklich herrschten, in Frage. Nur meint er, daß sie nur auf die Fürsten Einfluss ausübten, nicht aber auf das Volk. Die Nebenländer standen nicht unter gleicher Verwaltung. Die slavischen Länder standen als Ganzes (Slavonien) unter dem Kronprinzen und wurden dann einzeln durch den Banus von Kroatien, den von der Slavonien, den von der Macva usw., also durch königliche Beamte unmittelbar regiert. Wo es aber einheimische Fürstengeschlechter gab, wie in Bosnien, der Walachei und Moldau, waren die Fürsten Vasallen und nicht Beamte des Königs. Dem Begriffe des feudalismus entspricht es, daß nur der Vasall in einem persönlichen Verhältnisse zum Lehnsherrn, also zum König steht, und daß das Volk nur durch seine Person ebenfalls zur Treue verpflichtet ist. So war es im Mittelalter überall, nicht nur bei uns.

Herr Dr. Baernreiter verschweigt nicht, daß sich Ungarns Könige in die bosnischen Religionsangelegenheiten häufig und mit Nachdruck einmischten. Wir können darüber verschiedener Meinung sein, ob sie dazu ein Recht hatten oder nicht. Gewiß aber ist, daß wenn konfessionelle Fragen, besonders im Orient, noch heute die gewichtigsten sind, dies um 1200 noch mehr der Fall war. Damals griff König Emerich ein, um die Bogumilen (Patarenen) zurückzubringen. Die katholische Kirche zu schützen. Die „vollkommenen Christen“, so wurden die Führer der Bogumilen genannt, unterwarfen sich, und Banus Kulcin gelobte mit ihnen (am 8. April 1203), nie mehr etwas gegen die römische Kirche zu unternehmen. Man sieht also, daß der König von Ungarn dort wirkliche Herrscherräte ausübte. Solange es Patarenen gab, bis zur Türkenzeit, haben Ungarns Könige nie erzwungen, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Mit der Fallstille ist auch die Dienstlichkeit verbunden. Bosnien konnte kaum viel Geld geben: Männer aber hatte es in Fülle. Im Register Kaiser und König Sigismunds vom Jahre 1493 sehen wir, daß für den Türkenkrieg der Bischof von Bosnien 200 Reiter stellen mußte, der Banus von Srebrenik 1000 Reiter. Wenn wir bemerken, daß der Banus der Macva nur 400 Reiter stellt, ist ersichtlich, daß das Aufgebot eines Teiles des bosnischen Landes ganz erheblich ist.

Es ist also historisch zu erweisen, daß die Könige von Ungarn auf den beiden wichtigsten Gebieten, in Kirche und Herr, wirkliche Hoheitsrechte ausübten. Die ungarische Herrschaft war also mehr als ein bloßer Titel. Mit dem Nahen der Türkengefahr wurde das Verhältnis noch enger. Uzla (So) und Ugora kamen unter unmittelbare ungarische Regierung. Es ist bekannt, daß nach dem Aussterben der einheimischen Fürstenfamilie Matthias Corvinus Uslas zum König von Bosnien ernannt und daß die Herzegovina ihm ihren Namen verdankt. Er hat nämlich einen einheimischen Woiwoden zum Herzog ernannt.

Noch ist der Brief vorhanden, in welchem der bosnische Adel den König von Ungarn um Hilfe bittet, sonst müßte er zum Islam übergehen, um seine Güter behalten zu können (1494). Ungarn konnte nicht helfen. Prälaten und Herren waren reich und mächtig — nur der Staat ohnmächtig!

Es kam die Türkenzeit. Beinahe dreihundert Jahre lang ruhte das Recht der ungarischen Krone. Es waren nicht Ungarn, die es wieder erweiden, sondern der große Mann, über den man je verschieden urteilen kann, den aber niemand anders als den besten Oesterreicher nennen kann: Kaiser Josef II. Am 28. Januar 1787 wird der königliche ungarische Historiograph Georg Prosz mit der Aufgabe betraut, diejenigen Rechte und Ansprüche vorzubereiten, die der Krone Ungarn auf mehrere in türkischem Besitze befindliche Provinzen gebühren. Am 6. Oktober desselben Jahres wurden in einer Proklamation den Bosniern, Serben, Walachen die ungarischen Adelsprivilegien zugesichert, „wie sie vor ihrem Abfall unter hungarischer Vormühsigkeit standen“.

Der Kaiser spricht von „unvollständiger Vormühsigkeit“, der Apostel der Menschenrechte von adeligen Privilegien. Historisches Recht und Naturrecht, wir können es heute sehen, sind und waren stets auch Mittel der Politik im Osten und Westen.

Die wirtschaftspolitischen Beratungen in Salzburg.

Zwischen den Vertretern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns haben gestern in Salzburg Beratungen über die wirtschaftspolitische Annäherung beider Reiche begonnen. Diese Verhandlungen haben streng wirtschaftspolitischen Charakter: die Erörterung von Fragen militärischer oder staatspolitischer Natur des wechselseitigen Verhältnisses zwischen diesen beiden Reichen ist also in Salzburg nicht beabsichtigt und wird dort auch nicht erfolgen. Die Salzburger Verhandlungen behandeln vielmehr streng wirtschaftspolitische Fragen und sie bezwecken denn auch lediglich den wirtschaftspolitischen Ausbau des Verhältnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Bei diesen Beratungen sind die Vertreter Oesterreich-Ungarns dank der seinerzeitigen Fühlungnahme mit den Vertretern der Organisationen der wirtschaftlichen Interessenten in der Lage, in genauer Kenntnis des von diesen Organisationen in der Frage des wirtschaftspolitischen Verhältnisses zu Deutschland eingenommenen Standpunktes vorzugehen. Tatsächlich haben ja seinerzeit eingehende Verhandlungen mit den Vertretern der industriellen und landwirtschaftlichen Organisationen stattgefunden, Verhandlungen, in deren Verlauf man sich an amtlicher Stelle über die von den Vertretern der Produktion und des Handels gestellten Forderungen genau unterrichtet hat. Wie eng sich diese Fühlungnahme gestaltet hat, dafür zeugt es vielleicht, daß man in Deutschland geäußert hat, die österreichische und die ungarische Regierung habe sich — so schrieb die „Köln. Zig.“ am 18. v. M. — in weit engerer und besserer Fühlung mit ihrer Industrie und ihrem Handel als die deutsche Regierung befunden. Es habe sich, schrieb damals das rheinische Blatt, die beschämende Tatsache ergeben, daß deutsche Industriekreise, wenn sie über einzelne Posten des künftigen Zolltarif-Schemas etwas Näheres erfahren wollten, sich an ihre österreichisch-ungarischen Geschäftsfreunde wenden mußten, die ihnen dann mit den entsprechenden Angaben dienen konnten!

In jenen mit den Interessenten abgeführten Verhandlungen sind nun, wie mitgeteilt wird, bereits die Grundlagen der jetzt in Salzburg begonnenen Beratungen programmatisch festgelegt worden. Gegenüber der Besorgnis der Interessenten, sie würden keine Gelegenheit haben, ihren in der Frage des künftigen wirtschaftspolitischen Verhältnisses zu Deutschland eingenommenen Standpunkt klarzulegen, wird nun darauf verwiesen, daß die österreichische und ungarische Regierung sich über diesen Standpunkt schon früher unterrichtet haben und die von den Interessenten geäußerten Vorschläge eben zur Grundlage der amtlichen Verhandlungen gemacht haben. Eine Aenderung in dem auf Grund der Interessenten-Einvernahme aufgestellten Programme der amtlichen Vertreter ist denn auch nicht erfolgt.

Die wichtigsten Fragen nach dem Inhalte der Salzburger Beratungen gelten selbstverständlich dem Subjekte und dem Objekte des künftigen Wirtschaftsabkommens.

Die Frage nach dem Subjekte dieses Wirtschaftsabkommens, so weit es in den jetzigen Verhandlungen klarer gelegt werden soll, die Frage, ob sie nur Deutschland und Oesterreich-Ungarn gelten oder ob sie etwa auch die Aufnahme anderer Staaten, wie Polen, Ukraine, Rumänien, Serbien, Bulgarien, Türkei etc., berücksichtigen werden, wird dahin beantwortet, daß die Salzburger Beratungen sich nur auf Deutschland und Oesterreich-Ungarn erstrecken. Das Geltungsgebiet der jetzt vorzubereitenden Vereinbarungen ist also auf diese beiden Reiche eingeschränkt. Diese Feststellung ist von besonderer Bedeutung, denn sie läßt ersehen, daß hier zwischen zwei hinsichtlich des Bedarfs nach landwirtschaftlicher Einfuhr übereinstimmenden Wirtschaftsgebieten verhandelt werden soll. Hätte man sich entschlossen, bei den Beratungen das künftige Geltungsgebiet der Vereinbarungen auch auf die oben genannten Länder, die ja schon teilweise Landwirtschafts- und Viehzuchtgebiete sind, auszudehnen, dann hätte man ein wirtschaftlich noch weniger homogenes Geltungsgebiet geschaffen. Man hätte dann zwischen Interessen von Landwirtschafts-Einfuhr- und Ausfuhr-Ländern vermitteln müssen und damit wären die seinerzeit gewählten Grundlagen der Verhandlungen nachträglich verfehlt worden.

Trotzdem fragt es sich auch dabei wieder, welche Schlussfolgerungen man an amtlicher Stelle aus dieser Einschränkung des Geltungsgebietes der jetzt vorzubereitenden Vereinbarungen auf Landwirtschafts- und Viehzucht-Länder ziehen wird. Es erhebt sich die Frage, ob man diese Schlussfolgerungen späterhin, wenn es sich um die Abmachungen mit den Ländern der Landwirtschafts- und Viehzucht handelt, im Sinne der Produzenten oder der Konsumenten, also im Sinne der Schutzforderungen der Agrarier Oesterreichs und des überwiegenden Teiles Ungarns oder im Sinne des Einfuhrbedürfnisses der Verbraucher ziehen wird. Nach den im ungarischen Reichstage von sehr maßgebender Seite abgegebenen Erklärungen ist allerdings anzunehmen, daß jene territorialen Einschränkungen des Verhandlungsprogramms, die Einschränkung auf Länder der Landwirtschafts-Einfuhr, vor allem dem ungarischen Standpunkte entsprechen wird, ein Standpunkt, mit dem ja auch der wenigstens vorläufige Verzicht auf die Ausdehnung des Verhandlungsgebietes auf Länder der Landwirtschaftsausfuhr übereinstimmen dürfte.

Sinhaltlich des Vertragsobjektes verlaute, daß in den von Oesterreich-Ungarn aufgestellten Verhandlungsgrundlagen kein völliger Fall der Zollgrenze, also nicht ein ganz zollfreier Verkehr zwischen beiden Reichen in Aussicht genommen ist, wie dies im Rahmen etwa einer Zollunion zutreffen würde. Seitens Oesterreich-Ungarns ist vielmehr geplant, allen wichtigen zollschutzbedürftigen Erzeugnissen diesen Zollschutz im entsprechenden Ausmaße auch weiterhin zu erhalten. Also ein zwischen Zollfreiheit und Zollschutz gemischtes System, ein gemischtes System, wie es ja allerdings im Zollverhältnis auch zwischen anderen, politisch nicht so eng verbündeten Staaten wie Deutschland und Oesterreich-Ungarn besteht. Man beabsichtigt, den Erzeugnissen, deren Produktion sonst unter dem Regime der Zollfreiheit Schaden nehmen könnte, den entsprechenden Zollschutz zu erhalten. Demgemäß soll auch der künftige Vertrag zwischen den beiden Reichen teils zollfreien, teils zollpflichtigen Verkehr vorsehen.

Oesterreichisch-ungarischerseits ist es beabsichtigt, den wechselseitigen Verkehr beider Reiche in Landwirtschaftserzeugnissen ganz zollfrei zu behandeln. Einfach deshalb, weil, wie betont wird, beide Reiche in landwirtschaftlicher Richtung Einfuhrländer sind. Die Annahme dieses Programmpunktes würde für die Konsumenten in Deutschland gleich wichtig sein wie für die Produzenten in Oesterreich und noch mehr in Ungarn.

Oesterreich-Ungarn und Deutschland sollen ihren wechselseitigen Verkehr teilweise begünstigen; aber jeder aggressive Charakter dieser Sondervereinbarungen gegen dritte Staaten wird dabei sorgsam fernzuhalten sein. Das wird es dann auch ermöglichen, nach Wiederherstellung des Friedens mit den jetzt feindlichen Staaten wieder normale, freundschaftliche Handels- und Vertragsbeziehungen aufzunehmen.

In engem Zusammenhange damit steht auch der von Oesterreich-Ungarn gehegte Wunsch, jedem der beiden Vertragsteile die Aktionsfreiheit auf handelspolitischem Gebiete nach außen hin zu wahren. Mit dieser handelspolitischen Aktionsfreiheit soll sich aber auch das Zusammenwirken, die wechselseitige Unterstützung bei späteren Vertragsverhandlungen mit dritten Staaten vereinen, ja, beide Reiche sollen sich verpflichten, sich über ihre bei solchen Verhandlungen mit dritten Staaten einzunehmende Stellung vorher zu einigen.

Als Geltungsdauer ist der Zeitraum von zwanzig Jahren in Aussicht genommen, wobei aber nach den ersten fünf Jahren und auch weiterhin von fünf zu fünf Jahren eine Revision der Vertragsabmachungen und da wieder der Abmachungen zolltarifarisches Charakters vorgesehen ist.

Wie das Vorstehende ersehen läßt, strebt Oesterreich-Ungarn für das künftige, enger zu schließende Wirtschaftsverhältnis zu Deutschland also keine Zollunion an, sondern ein System von Vorzugszöllen, von Präferentialzöllen und Zollbefreiungen an.

In den bisher mit Rußland, der Ukraine und Rumänien abgeschlossenen Friedensverträgen ist vorgesehen, daß die im Rahmen eines zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn abzuschließenden Zollbündnisses wechselseitig zu gewährenden Begünstigungen von jenen Basiszentren nicht in Anspruch genommen werden können.

Wien, 8. Juli. Der Sektionschef im Ministerium des Inneren Dr. Graf hat sich in Begleitung einiger Vertreter der österreichischen und der ungarischen Regierung zu den heute in Salzburg beginnenden Verhandlungen begeben.

Salzburg, 8. Juli. Die mit den Einleitungsarbeiten befaßten Delegierten und die Fachreferenten der beteiligten Regierungen sind zu den Wirtschaftsverhandlungen hier eingetroffen. Die Teilnehmer sind im Hotel Europe untergebracht, wo auch die Beratungen stattfinden. Der heutige Tag wurde zur Einrichtung der Bureaus und zur Sichtung des Materials für die morgen abzuhaltende erste Sitzung benützt. Ueber die Verhandlungen wird die Öffentlichkeit, soweit es die Natur der Verhandlungsgegenstände zuläßt, von Zeit zu Zeit informiert werden.

Salzburg, 8. Juli. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Das „Salzburger Volksblatt“ erfährt von unterrichteter Seite über die Salzburger Wirtschaftsverhandlungen: Die Verhandlungen wurden offiziell am Montag den 8. unter dem Vorsitz des Sektionschefs im Ministerium des Inneren Dr. Graf begonnen. Vorläufig werden von den beteiligten Mächten nur je vier Referenten erscheinen, die im Laufe dieser Woche die Vorarbeiten und die Einteilung des Arbeitsplanes vornehmen werden. Erst im späteren Verlauf der Verhandlungen werden auch die übrigen Vertreter, im ganzen 60 Bevollmächtigte, von ihren Regierungen entsendet werden. Ob und wann auch die Leitenden Staatsmänner, und zwar des Deutschen Reiches, Oesterreichs und Ungarns erscheinen werden, ist bis jetzt noch nicht festgestellt. Möglich ist, daß zu den Schlussverhandlungen Vizelanzler v. Bayer und österreichischerseits Graf Burian erscheinen. Die Teilnehmer an diesen Wirtschaftsverhandlungen werden durch Vertreter der Stadt Salzburg feierlich empfangen.

München, 8. Juli. Die „Korrespondenz Hoffmann“ meldet: Wie wir erfahren, handelt es sich bei der bevorstehenden Besprechung in Salzburg über die Gestaltung der künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zunächst nur um eine vorläufige Fühlungnahme, an der deutscherseits lediglich einige Vertreter des Auswärtigen Amtes, nicht aber Vertreter der übrigen Reichsbehörden oder einzelner Bundesstaaten beteiligt sein werden. Zu den eigentlichen Verhandlungen dagegen werden, abgesehen von den beteiligten Reichsämtern, Preußen, Bayern und Sachsen zugezogen werden.

Der

36. Jahrgang

z. B. 1.50 in der Abendausgabe; in einem Beleg
z. B. 1.50; Familienanzeigen 75 Pf., Versteigerungen,
Anzeigen und Geschäftslokale, Stellenangebote: z. B. 1.10;
eine Anzeige das Wort 20 Pf., bei Stellengeldern
Erhebungsaufschlag von 20 % bei allen Stellen- und von
dem Tage die Stelle z. B. 1.00. — Ohne Gewähr
für vier Wochen nicht abgeholt. (Schreibweise werden
z. B. Postographien usw.) den Einsendern zugestellt sind.

Die Verantwortlichkeit für die Schriftleitung übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.

Berliner L

er Kämpfen.

Abbau der Zwangswirtschaft.

Zu den Vorschlägen des Leiters eines selbstwirtschaffenden Kommunalverbandes, die wir in der Morgen- und Abendausgabe unseres Blattes vom 29. Juni veröffentlichten, sind uns die nachstehenden sehr beachtenswerten Mitteilungen zugegangen. Sie werden, da nachgerade auch in Reichstagskreisen die Befürworter des reinen Zwangswirtschafts sich nach besseren Wirtschaftsmethoden umgesehen, zur weiteren Klärung der Ansicht manches beitragen können. D. Red.

Im Felde, 29. Juni.

Die Ausführungen eines Kommunalverbandes über Erzeugung von Lebensmitteln, Freihandel usw., die ich in Ihrem geschätzten Blatte las, haben mich sehr interessiert.

Ich habe als Korpsintendant in den besetzten Gebieten des Westens und Ostens Gelegenheit gehabt, einige Erfahrungen über den gleichen Gegenstand zu sammeln. Ursprünglich war ich ebenfalls Anhänger des starren Systems der restlosen Erfassung aller erzeugten Verpflegungsmittel. In der Theorie ist bei diesem Verfahren ein besseres Ergebnis zu erwarten als durch Auflage begrenzter Pflichtlieferungen. Die Praxis aber hat mich gelehrt, daß man nicht voll zum Ziele kommt. Verlangt man von dem Erzeuger, daß er alle seine Erzeugnisse zu gewissen, meist niedrig bemessenen Höchstpreisen restlos abliefern, so lähmt sich leicht seine Produktionsfreudigkeit. Man kann schließlich nicht von ihm verlangen, daß er in seiner Wirtschaft unter Umständen bares Geld aufseht. Der eine wird versuchen, einen Teil seiner Erzeugnisse zu verheimlichen und im Schleichhandel zu vertreiben, um auf seine Kosten zu kommen. Eine Möglichkeit, dies zu verhindern und restlos alles zu erfassen, gibt es nicht. Auswege findet er immer, in den besetzten Gebieten des Ostens zum Beispiel rege unterstützt durch die Hingabe der polnischen und galizischen Juden. Die höchsten Strafen nützen nichts, bietet der Erlös aus dem Schleichhandel, der zu Wucherpreisen vertreibt, doch immer noch Anreiz genug. Die Autorität der deutschen Obrigkeit wird untergraben, weil sie nicht in der Lage ist, den Verkauf von Lebensmitteln unter der Hand durch die Landeseinwohner ganz zu verhindern, welche nicht selten und auch verständiglicherweise sogar durch Heeresangehörige hierzu verleitet werden. Derjenige Landwirt aber, der — vielleicht abgeschreckt durch die hohen Strafen — heimlich nichts verkaufen will, baut vielfach — verärgert durch die dauernden Kontrollen und sonstigen Eingriffe in seine persönliche Handlungsfreiheit — nur so viel an, als er gerade für sich und seinen Hausstand zum Lebensunterhalt braucht. Das aber kann ihm natürlich nicht genommen werden. Er läßt sein Land im übrigen brach liegen. Zwang zum Anbau nützt nicht viel. Nur ein schaffensfreudiger Landwirt kann gute Ernte zeitigen.

Wenn der bisher eingeschlagene Weg, alle Erzeugnisse durch die Anordnung restloser Abgabe der Allgemeinheit zuzuführen, versagt hat, so braucht deshalb der Verwaltung kein Vorwurf gemacht zu werden. Die wirtschaftlichen Folgen, die der Weltkrieg zeitigte, stellen ein Nobum dar. Erfahrungen auf diesem Gebiet fehlten bis zum Kriege gänzlich.

Stellt sich aber heraus, daß das geübte Verfahren nicht richtig war, so soll man sich nicht scheuen, andere Wege einzuschlagen.

In einem 8800 Quadratkilometer großen Gebiet des Ostens wurde auf Grund der gesammelten Erfahrungen ein Zwangssystem in anderer, gemildeter Form aufgebaut. Es wurde nicht mehr die unbeschränkte Ablieferung der gesamten Produktion verlangt, sondern es wurden den Dorfgemeinden begrenzte, natürlich nicht zu gering bemessene Zwangslieferungen auf ihre Erzeugnisse auferlegt.

Von jedem Morgen Roggen-, Hafer-, Kartoffelland usw. mußte eine Normalmenge der Ernte zu bestimmten Preisen an die Verwaltung abgeliefert werden. Von jedem Huhn wurde eine gewisse Jahresanzahl an Eiern, von jeder Kuh eine bestimmte Pflichtmenge Butter oder Milch verlangt. Von der Zahl der Schweine, die der Landwirt hielt, mußte ein bestimmter Teil in schlachtreifem Zustande abgeliefert werden. Die festzusetzende Menge an Bodenenerzeugnissen ist je nach dem Erntestande in den einzelnen Jahren verschieden zu bemessen. Brachte z. B. in einem Jahre das Roggenland auf den Morgen im Durchschnitt in der fruchtlichen Gegend 8 Zentner Roggen, so wurden 4 Zentner als Pflichtlieferung verlangt. Der Eigenbedarf des Landwirts — nach der Kopfkopfzahl seines Hausstandes und der Zahl des zu fütternden Viehs berechnet — wurde ihm außerdem belassen.

Der Erzbergbau Oesterreich-Ungarns in der Kriegswirtschaft

Es wird wenig Wirtschaftsbereiche geben, in denen die plötzlich notwendig gewordene Umstellung unserer früher gewohnten Art der Versorgung und die einschneidenden Wirkungen des großen Krieges schärfer zutage traten als im Erzbergbau, beziehungsweise in den von diesen abhängigen Industrien. In den Friedensjahren 1910 bis 1913 betrug die durchschnittliche Jahresverbrauchsmenge an allen Metallen mit Einschluß des Eisens 24.734.370 Meterzentner, die mit 23.053.891 Meterzentner durch Eigenproduktion gedeckt waren. Es waren also nur rund 6 Prozent aus dem Ausland zuzuführen. Unter diesem scheinbar sehr günstigen Verhältnis birgt sich aber die weniger günstige Tatsache, daß bei Ausschluß des Eisens pro Jahr 1.186.226 Meterzentner andere Metalle benötigt wurden, aber hier von nur 451.844 Meterzentner durch die eigene Produktion gedeckt werden konnten, demnach fast mehr als 60 Prozent eingeführt werden mußten. Dieses Verhältnis ist wirtschaftlich um so schwerwiegender, als der Wert des Rohmetallverbrauches einschließlich Eisen im Jahre rund 384.000.000 Kronen betrug, von denen rund 90 Millionen Kronen (27 Prozent) zur Bezahlung unserer Importe in das Ausland wandern mußten.

Gerade die technische Rüstung bedingt im Kriege in besonders hohem Maße der verschiedensten Metalle als Rohstoffe. Die heimische Metallindustrie sah sich daher bei Ausbruch der Weltkatastrophe vor ein fast unlösbares Problem gestellt. Auf der einen Seite war die völlige Ausschaltung der bisher als unbedingt notwendig angesehenen Metallimporte, auf der anderen Seite eine gegenüber dem Frieden unmöglich noch gesteigerte Inanspruchnahme von Rohmetallen. Zu Kriegsbeginn und auch noch 1915 hatte der Erzbergbau wohl mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Man konnte aber schon damals erkennen, daß sich der Verfall von der ersten lähmenden Einwirkung des Krieges verhältnismäßig rasch erholen werde, da nach den ersten bangen Wochen zaudernden Ruwartens oder vollständiger Stilllegung die einzelnen größeren Baue unter sehr tatkräftiger Unterstützung von Seiten der Heeresverwaltung bald wieder durch Ergänzungen ihrer Belegschaft und durch Forcierung der Förderung ihrer früheren Produktionshöhe zustrebten. Bei Eisen war es ziemlich leicht, die ausfallende Friedenseinfuhr durch Eigenproduktion an Erzen vollkommen zu ersetzen, allerdings auch der Bedarf schwieriger, aber immerhin durchführbar war die Produktionssteigerung auch bei Blei und Zink. Bei allen drei Metallen hoben sich die Erzaube der Monarchie bedeutend erweitert und sind wesentlich umfangreicher und ertragsreicher als vor dem Kriegsbeginn. Sehr interessant gestalten sich die Verhältnisse hinsichtlich jener Erze, beziehungsweise Metalle, die für die Stahlveredlung bedeutungsvoll sind. Wenn man auch schon im Frieden für die verschiedensten technischen Zwecke Spezialitäten durch Zusatz der Legierungsmetalle Nickel, Mangan, Chrom, Wolfram, Molybdän usw. zu den gewöhnlichen Stahlsorten herstellte, so hat die Munitions- und Waffentechnik doch gerade diese Seite der Metalltechnik zu unerhörter Steigerung und Entwicklung gebracht. Unsere Monarchie ist im Verlaufe des Krieges daran gegangen, durch Erweiterung der schon bestehenden Baue und durch Neuentdeckungen die zur Stahlveredlung notwendigen Stoffe in der nötigen Menge zu produzieren. Bosnien hat sich als besonders erzieht erwiesen, und mehr denn je kann man dem bosnischen Bergbau die beste Zukunft prophezeien.

Eine der brennendsten Fragen war längere Zeit die Beschaffung des Schwefels, beziehungsweise der Schwefelsäure, für eine ganze Reihe von Industrien, allen voran für den Heeresbedarf in der Spreng- und Rüstmittelindustrie. Solange vorzüglicher Schwefelkies und Schwefel spottbillig aus Spanien und Italien eingeführt werden konnten, dachte man wenig daran, größere Lager von Schwefelerzen innerhalb der Monarchie abzubauen. Im Kriege aber griff man wieder auf die ziemlich reichlich verbreiteten Kiesbaue zurück und eröffnete nach unserer völligenensperrung gegen das Ausland eine größere Anzahl vordem wenig beachteter Vorkommen, so daß es auch hierin gelang, den Bedarf an Erhöhung des heimischen Bergbaubetriebes zu befriedigen und sogar noch einen Exportüberschuß für das verbündete Ausland zu erzielen.

Man lernte im Kriege aber auch, sich in den Anforderungen, die an den Reichtum der Erze gestellt werden, sehr zu bescheiden. Verlangte man vor Kriegsbeginn zur Verhüttung Kupfer- oder Wolframzerze mit mindestens 2 Prozent Metallgehalt, so genügt heute weniger als die Hälfte dieser unteren Gehaltsgrenze. Große Bleimassen werden unter anderem aus uralten serbischen Schlackenhalben mit 5 Prozent Pb-Gehalt gewonnen. Im allgemeinen kann man sagen, daß sich bei den selteneren Metallen die Bauwürdigkeitsgrenze auf die Hälfte herabdrücken ließ, demnach noch sehr arme Erze erfolgreich verhüttet werden können.

Die Unmöglichkeit der Einfuhr wichtiger Metalle, die wir sonst vom Ausland bezogen, kann nicht nur durch Forcierung des heimischen Bergbaues und Aufbringung des Metalles in schon verarbeiteter Form, sondern auch dadurch wettgemacht werden, daß Erzfahstoffe Verwendung finden, die es ermöglichen, den unumgänglichen nötigen Bedarf an den uns fehlenden Metallen auf das Mindestmaß herabzudrücken. In dieser Hinsicht ist das Verhältnis

von Kupfer, Eisen und Aluminium bemerkenswert. Während vor dem Kriege eine Unsumme Kupfers in Legierungsform (Messing, Rotguss usw.) verbraucht wurde, hat man heute die Mehrzahl der daraus hergestellten Verbrauchsgegenstände durch Eisenwaren, ja selbst durch neuartige Kunstprodukte aus der Leerverarbeitungsindustrie erfolgreich zu ersetzen vermocht. Ein Hauptverbraucher an Kupfer aber die Elektrotechnik, schien zunächst keine Ersatzmöglichkeiten für Kupfer zu kennen, und doch ist es heute möglich, auch diese gewaltigen Kupfermassen fast zur Gänze zu surrogieren, und zwar durch Aluminium. Im Frieden bezogen wir die wertvollsten Bauxite aus Südfrankreich, besaßen aber schon damals kleine Betriebe und Bauxitfahrbau in Dalmatien, die nach dem damaligen Stande für die Versorgung des übrigens geringen Friedensbedarfes an Aluminium nicht anzukommen vermochten. Als nun die ersten Versuche, für elektrotechnische Zwecke Kupfer durch Aluminium zu ersetzen, glänzende Resultate ergaben, wurden die bekanntesten Bauxitvorkommen der Monarchie Gegenstand des lebhaftesten bergbauischen Interesses. Die Bauxitvorkommen auf den dalmatinischen Inseln, die übrigens Erze liefern, die leicht die Konkurrenz mit den französischen Bauxiten aufzunehmen vermögen, erhielten dadurch einen ganz besonderen Wert. Auch Ungarn besitzt im Ostale, nämlich von Nagymaros (Großwardein), größere Bauxitlager mit allerdings minderer Qualität. Jedenfalls ist die Monarchie vollkommen ausreichend mit Aluminiumerzen versorgt und von jeder Zufuhr für die Zukunft unabhängig. Ähnlich wie bei dem Verhältnis Kupfer-Aluminium liegen die Dinge bei den Stahlveredlungsmetallen, wo die Mittelmächte hauptsächlich an Nickel zu wenig Rohmaterial besitzen. Die Verwendung anderer, ausreichend zur Verfügung stehender Stahlegierungsmetalle (Mangan, Chrom, Wolfram usw.) löste die Schwierigkeiten.

In der Uebergangs- und Friedenszeit wird sich unsere Bergbauindustrie wohl nach Osten orientieren müssen. Die Bergbauindustrie Ost- und Südosteuropas, wie auch des mittleren Asiens ist noch wenig ausgenutzt, vielfach allerdings noch kaum erschlossen; es liegt dort ein großer Hoffnungswert vor, der sich in absehbarer Zeit zu einer gewaltigen Produktionshöhe aufsteigern vermag. Sibirien, der Kaukasus und Sibirien, aber auch der Balkan sind geologisch so weit bekannt, daß man in bergtechnischer Beziehung auf eine glänzende Zukunft hoffen darf. Die Ostorientierung unseres Bergbaues hätte auch hinsichtlich unserer Ausfuhr und der zur Verfügung stehenden Kompositionenobjekte viel für sich. Hauptächlich Quecksilber, Antimon, einige Stahlveredlungsmetalle, in der Folgezeit vielleicht auch Aluminium und vor allem Radium sind jene Metalle, deren Produktion unseren Bedarf übersteuert. Während bezüglich aller dieser Metalle der Westen Europas sich selbst versorgt und sogar das bisher als österreichisches Monopol angesehene Radium durch eine sehr intensiv einsetzende, allerdings auch sehr kostspielige Produktion amerikanischer Herkunft vom Markte zu drängen sucht, ist gerade im Osten der Monarchie für unsere Ausfuhrmetalle ein Bedürfnis vorhanden und schon darum eine Hebung des heimischen Bergbaues für unsere Beziehungen zu den östlichen Nachbarländern außerordentlich wertvoll. Das kostbare Radium allein kann uns durch seine Ausfuhr Millionen ins Land bringen. Auch der Export an Quecksilber stellt eine stattliche Einnahmsquelle für die Monarchie dar; besitzen wir doch in dem Bergbau von Idria einen der größten Quecksilbervorkommen der Erde. Bezüglich Antimon, dessen Bedarf für waffentechnische Zwecke im Kriege gewaltig stieg, stehen uns neben den alten Bergbauen noch einige neue Kriegsbaue zur Verfügung, deren Weiterführung im Frieden uns gleichfalls ein wichtiges Ausfuhrprodukt liefern könnte. Hier wurden nur reine Bergbauprodukte in ihren Beziehungen zu dem Rohstoffverkehr mit dem Osten ins Auge gefaßt, wodurch natürlich die Möglichkeit für Ausfuhr- und Kompensationsartikel nicht im entferntesten erschöpft ist. Insbesondere herrscht im Osten ein entschiedenes Bedürfnis nach Fertigfabrikaten der verschiedensten Art, woraus zu schließen ist, daß unsere gesamte Industrie im Verein mit dem Bergbau bei einer Orientierung nach Osten nur gewinnen kann.

Teuerung und Nationalbank

1. Ein verspäteter Widerlegungsversuch. 2. Aus der nationalökonomischen Elementarschule. 3. Böse Rechenfehler. 4. Ein vergeretes Bild. 5. Der wirkliche Grad der Teuerung. 6. Die Enteignung des Mittelstandes um 200 Millionen Franken. 7. Schlusswort.

1. Ein verspäteter Widerlegungsversuch

Bereits sind wir bei der vierten Serie unserer Artikelserie über diesen Gegenstand angelangt. Die erste Serie war am 2. März und folgenden Tagen erschienen und schloß mit einer bedeutenden Antwort des Herrn de Haller, Generaldirektors der Schweizerischen Nationalbank. Einen Monat später fand die ordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank statt, in der die Herren Hirter als Präsident des Bankrates, und Burckhardt, Präsident des Direktoriums der Nationalbank, in ihren Ansprachen zur Auffassung des „Bund“ Stellung nahmen. Diesen Anlaß benutzten wir zu einer Fortsetzung unserer währungspolitischen Betrachtungen (9. April und folgende Tage). Nachdem dann die Angelegenheit auch den Nationalrat beschäftigt hatte, erlaubte sich die „N. Z. Ztg.“ am 7. Juni unversehens, uns ganz unmotiviert einen Streich zu verfehen. Wir ärgerten nicht, den Streich nach dem etwas abgeänderten christlichen Rezept zu erwidern und forderten die Redaktion der „N. Z. Ztg.“ „ausdrücklich auf, entweder redaktionell oder durch einen Fachmann den Versuch zu machen, unsere Artikel Satz für Satz zu widerlegen“ (am 12. Juni). Dieser freundlichen Einladung ist jetzt, nachdem sie sich einige Muße gegönnt hat, die Handelsredaktion als solche in zwei größeren Leitartikeln des politischen Teils in den Nummern 966 und 971 vom 23. und 24. Juli nachgekommen.

Inzwischen ist dieser Widerlegungsversuch der „N. Z. Ztg.“ freilich durch die Ereignisse überholt worden. Am 4. Juli hat das Direktorium der Schweizerischen Nationalbank den Zinsfuß für Lombarddarlehen von 5 auf 5½ Proz. erhöht und gleichzeitig den Willen kundgegeben, „dem Ansteigen des Notenumlaufs entgegenzuwirken und in vermehrtem Umfange Bundeskassanweisungen im freien Markte zu plazieren“. Wir hatten im „Bund“ nichts anderes gefordert. „Entweder,“ so schrieben wir am 3. März, „man wählt einen den tatsächlichen Verhältnissen angepaßten Zinsfuß, oder man hat eine ununterbrochene Verteuerung aller Dinge in Kauf zu nehmen!“ Und weiter führten wir am 13. April eine Stelle aus einer letzten Jahr von uns veröffentlichten Abhandlung an, worin es hieß, daß die den Umständen gemäß zu niedrigen offiziellen Diskontsätze die Regierungen (einschließlich der eidgenössischen) veranlaßt haben, „die Notenbanken durch kurzfristige Schatzwechsel, die man stets erneuern ließ, zu beanspruchen, anstatt an den Kapitalmarkt zu gelangen“. „Ob unsere Artikel,“ schrieben wir in einem Kommentar zur Nachricht über die Erhöhung des Lombardsatzes, „der Bankleitung den Entschluß erleichtert haben, wagen wir natürlich nicht zu fragen und ist schließlich auch gleichgültig“. Die Hauptsache ist in der Tat, daß die Nationalbank zur tausendfach erprobten Diskontpolitik, d. h. der Regulierung der Währung durch eine zweckentsprechende Veränderung des Diskont- und Lombardsatzes, zurückkehrt. Wird dieser Absicht tatkräftig und konsequent nachgelebt, so ist unsere Aufgabe in dieser Hinsicht erledigt. Wir haben nichts anderes als unsere Ueberzeugung nach bestem Wissen und Gewissen verfochten und glauben, damit unsere Pflicht getan zu haben. Wenn wir nun nichtsdestoweniger noch einmal das Wort in dieser wichtigen Sache ergreifen, so geschieht es in der Hoffnung, das unbedingt nötige Verstandnis für die Handhabung der Diskontpolitik unserer Nationalbank in weitesten Kreisen zu fördern.

2. Aus der nationalökonomischen Elementarschule

Wir beginnen zweckmäßig mit dem schwerwiegendsten Einwande der „N. Z. Ztg.“. Unsere ganze Argumentation baute sich auf dem jedem Kaufmann geläufigen Gesetze von Angebot und Nachfrage auf. Erklärt sich beispielsweise irgend eine Preiserhöhung nur teilweise aus einem Rückgang des Angebotes, so muß angenommen werden, daß sich die Nachfrage ebenfalls verändert hat und zwar derart, daß zusammen mit dem Rückgang des Angebotes jene Preissteigerung zustande kommen konnte. Diese einfache und unangreifbare Ueberlegung haben wir auch auf unsere schweizerischen Verhältnisse angewendet. Da die durchschnittliche Verteuerung aller Waren nur zum Teil auf die

durchschnittliche Warenverknappung zurückgeführt werden kann, entfällt der Rest logischerweise auf eine entsprechende Zunahme der Nachfrage, verursacht durch die übergroße Ausgabe von neuem Noten- und Girogeld.

Der Einwand des Kritikers in der „N. Z. Z.“ ist nun derart typisch für eine gewisse populäre Denkrichtung, daß wir es uns nicht versagen können, die wichtigsten Teile wörtlich zu zitieren: „In diesen paar Sätzen liegt eine hübsche Kollektion theoretischer Irrtümer, wie man sie nicht immer in solcher Reinkultur bei einander findet. Es gibt außer Warenknappheit und Geldangebot noch andere wichtige Faktoren der Teuerung. Gerade auf der Seite des Angebots wirkt ein Faktor in sehr wesentlichem Maße auf die Teuerung ein, den man am allerwenigsten in diesem Krieg sollte außer acht lassen dürfen: das ist, ganz abgesehen von aller Knappheit der Waren, die physische Erschwerung der Produktion, die eine Erhöhung der Produktionskosten für einen großen Teil der Waren im In- und Auslande bewirkt. Dabei ist der Begriff der Produktion in dem weiten Sinne gefaßt, daß die Transportkosten, namentlich die riesigen Verteuerungen der Frachten und der Versicherungsprämien, ferner die Ausfuhrzölle des Auslandes und so vieles andere, was den Verkehr erschwert und verteuert, mit in Betracht fallen. Diese Erhöhung der Produktionskosten schlagen wir in ihrer Wirkung auf die Teuerung höher an als die Warenknappheit. Wird aber die Wirkung der Produktionsverteuerung in Rechnung gebracht — und sie ist, wie gesagt, tiefgreifend —, so reduziert sich entsprechend oder verflüchtigt sich der Anteil des angeblichen schweizerischen Notenüberflusses an der Teuerung.“

Sehr einleuchtend, nicht wahr? Gewiß, für Leute, die den Wald vor lauter Bäumen nicht zu sehen vermögen. Wir wollen die artige Methode an einem Beispiel erläutern: An eine Lokomotive werden zwei Wagen gekoppelt und der Zug hierauf in Fahrt gesetzt. Frage: Was ist nun die eigentliche Ursache, daß der zweite Wagen sich bewegt? Natürlich die Lokomotive; wäre sie nicht im Gange, so würde sich weder der erste noch der zweite Wagen vom Fleck rühren. Weit gefehlt, sagt unser Kritiker: Es sind zwei durchaus selbständige Ursachen vorhanden, die nebeneinander wirken und infolgedessen mit doppelter Kraft an dem zweiten Wagen ziehen: Einmal die Lokomotive und ferner, mit annähernd derselben Kraft, der erste Wagen! Ergebnis: Der zweite Wagen läuft zweimal so rasch wie Lokomotive und erster Wagen. Bestünde der ganze Zug aus einer Lokomotive und fünf Wagen und würde man wiederum die Frage stellen: warum läuft der fünfte Wagen? so erhielte man zur Antwort: Es gibt fünf Ursachen: Zunächst die Lokomotive, dann der erste usw. bis vierte Wagen, und zwar wirken diese Kräfte nicht etwa hintereinander, sondern alle gleichzeitig und unabhängig voneinander auf den fünften Wagen ein, dem sich somit die verfünffachte Kraft der Lokomotive mitteilt.

Und nun die Anwendung auf unseren Fall. Jedermann weiß, daß der Preis von Angebot und Nachfrage abhängt. Lassen wir hier die Nachfrage völlig außer acht. Die Größe des Warenangebots wird nun ihrerseits bedingt durch die Höhe der Produktionskosten. Die ausländischen Gestehungskosten, Schiffs- und Bahnfrachten, Versicherungsprämien, Ausfuhrverbote und -zölle und die zahllosen schikanösen Formalitäten — alle diese Umstände erschweren unsere Zufuhr, verringern das ausländische Warenangebot in der Schweiz. Die Gestehungskosten im Auslande gehen wieder zurück auf die Erhöhung der Arbeitslöhne und des Kapitalzinses. Die Arbeitslöhne sind gestiegen infolge der Verwendung von Millionen von Männern zu militärischen Zwecken und der Tatsache, daß der Ersatz durch alte Männer, Frauen und Minderjährige kein vollständiger sein kann. Die ausländischen Transportkosten haben sich vervielfacht, weil Schiffsraum teils verächtet, teils, wie auch die Eisenbahnwagen, militärischen Zwecken dienstbar gemacht wurden und der Preis der Kohle maßlos emporgellettert ist. Die Höhe des Kohlenpreises ist bedingt durch Arbeiter- oder Transportmittel-Mangel. Die Versicherungsprämien haben eine Erhöhung erfahren, weil die Gefahrenmenge zugenommen hat, d. h. weil tatsächlich auf Schiffen und in Lagerhäusern Waren zugrunde gehen, so daß die Wahrscheinlichkeit des Verlustes größer geworden ist. Sollen wir die Liste fortsetzen? Es wird kaum nötig sein. Aber einem Einwurf wollen wir doch noch begegnen: Trotzdem Deutschland doppelte Kohlen-

preise verlangt, kommen allem Anschein nach mehr Kohlen ins Land; also ist die neueste Erhöhung der Kohlenpreise nicht durch einen größeren Kohlenmangel in der Schweiz bedingt, sondern durch die willkürlichen Preisforderungen des Auslandes! Nur vergißt man bei diesem, für sich allein betrachtet richtigen Einwand, daß, wenn Deutschland höhere Preise fordert, die Schweiz zur Bezahlung der Kohle verhältnismäßig mehr einheimische Waren ins Ausland liefern muß, so daß durch die Erhöhung der deutschen Kohlenpreise der uns täglich zur Verfügung stehende Gütervorrat indirekt herabgesetzt wird. Bei allen solchen Ueberlegungen darf man nie beim einzelnen isolierten Fall stehen bleiben, sondern muß die Gesamtheit der Fälle und Wirkungen zu übersehen trachten.

Die Gestehungs- und Transportkosten in der Schweiz sind aus ähnlichen Gründen gestiegen: Mangel an Rohstoffen, Arbeitskräften usw.

Kurzum: Das Angebot an fertigen Waren ist bedingt durch die Produktionskosten, und diese wiederum durch die Menge der Rohstoffe und Arbeitskräfte. Am Ende der langen Kette von Ursachen ist immer ein Glied vorhanden, das heißt: Mangel. Und die Zwischenglieder nennen sich: Produktionskosten. Ja, der Mangel an Rohstoffen geht in manchen Ländern wieder zurück nicht auf eine plötzliche Kargheit der äußeren Natur, sondern auf den Mangel an Arbeitskräften. Deshalb konnten wir denn auch am 2. März ohne Bedenken schreiben: „Ueber die Ursache dieser unleugbaren Verarmung sind wir alle einig. Einmal entzog die eidgenössische Mobilisation der Herstellung körperlicher und geistiger Waren Hunderttausende von Arbeitskräften. Gleichzeitig mit dem inländischen ist auch das ausländische Warenangebot der Menge und Güte nach zurückgegangen und zwar zum einen Teil aus denselben Gründen, zum andern infolge der zahllosen Ein- und Ausfuhrverbote und sonstigen Erschwerungen des zwischenvolkswirtschaftlichen Verkehrs. Für ein Land, dessen auswärtiger Handel auf den Kopf der Bevölkerung berechnet um ein Fünftel größer war als jener Englands und mehr als doppelt so groß wie jener Deutschlands, bedeutet eine solche Einschränkung des internationalen Güterauswechsels eine ungewöhnlich empfindliche Einbuße am volkswirtschaftlichen Ertrage. Das Ergebnis der geschmälernten inländischen Warenproduktion und der beschnittenen ausländischen Zufuhr war und ist der um ein Drittel verkleinerte Konsum.“

Wir hätten einen unverzeihlichen Fehler begangen, wenn wir die unbestreitbare Erhöhung der Produktionskosten als selbständige Ursache neben der Warenverknappung in die Rechnung eingesetzt hätten. Die Doppelzählung desselben Faktors mußte vermieden werden. Also bitte! Man komme uns nicht mit Einwänden, die bei einigermaßen gutem Willen und einigem Nachdenken von jedermann selbst erledigt werden können.

Montag, 5. August 1918

Zeitung

1704

gelehrten Sachen

Morgen-Ausgabe aufgeführt

 26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800,
 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Ende und Reims

Der Rohstoff-Krieg.

 Von
 Dr. W. Goetz.

Ende April dieses Jahres hat der sogenannte Balfour-Ausschuß seine Vorschläge über die Zoll- und Steuerpolitik nach dem Kriege dem englischen Parlamente eingebracht. Der Ausschuss wurde bekanntlich im Juni 1916 eingesetzt, um die Maßnahmen Englands gegen den deutschen Handel für die Zeit nach dem Kriege vorzubereiten. Er hat seine Arbeit sehr sorgfältig genommen, hat eine Reihe von Sachverständigen aus den verschiedensten Branchen gehört und jetzt, nach zwei Jahren, seine Vorschläge genau formuliert. In ihnen finden wir also den genauen Niederschlag der Auffassung der maßgebenden englischen Handelskreise über die Rohstofffrage nach dem Kriege. Wie sich Nordamerika zu diesen Vorschlägen stellen wird, soll auf einer demnächst einzuberufenden, gemeinsamen internationalen Konferenz erörtert werden. Wir können aber heute schon mit Sicherheit damit rechnen, daß — soweit englische Macht und englischer Einfluß reicht — die Grundzüge dieses Ausschusses nach dem Kriege restlos gegen uns zur Anwendung kommen werden.

Wir tun dabei gut, uns die Worte wieder ins Gedächtnis zu rufen, die Lloyd George im November 1917 im Constitutional Club in London sprach: „Wir wollen den deutschen Handel so bombardieren, daß es ihn nach dem Kriege nicht mehr gibt. Wir wollen ihn so mit Bomben besetzen, daß seine Grundlagen verschwinden. Amerika, England, Frankreich und unsere anderen Bundesgenossen — wir haben die Schlinge in unserer Hand, die wir um den Hals Deutschlands legen können — und das werden wir auch tun.“

War diese Worte immer noch für eitel politische Phrase und Prahlerei nimmt, dem ist bringend zu raten, sich die Vorschläge dieses Ausschusses gründlichst anzusehen. Sie enthalten eine genaue, systematische Durchführung dieses Erdrosselungsgebankens, mit dem Lloyd George uns so freundlich bedacht hat. In ihnen hören wir jetzt mit unzweideutiger Klarheit, mit welchen Mitteln England unsere Volkswirtschaft zu erdroffeln hofft. Zwar sind die Vorschläge des Ausschusses so gehalten, daß er stets vom Standpunkte der englischen Industrie und deren Bedürfnissen nach dem Kriege spricht — also gleichsam nur einen scheinbar „defensiven Schutzstandpunkt“ vertritt. Wer aber genauer hinsieht, wird ohne weiteres erkennen, daß diese Vorschläge ihre Spitze fast ausschließlich gegen den Wiederaufbau der deutschen Industrie und des deutschen Ausfuhrhandels richten.

Wir aber, die wir durch die Vorschläge dieses Ausschusses so heftig behandelt werden sollen, werden gut tun, uns über diese englischen Absichten gründlichst klar zu werden.

Gerade durch die Erfahrungen, die wir mit dem Wirtschaftsfrieden mit der Ukraine gemacht haben, sollte jedem klar geworden sein, daß zwischen politischen Versprechungen und wirtschaftlichen Lieferungen ein gewaltiger Zwiespalt besteht.

Selbst wenn wir mit England zu einer Beendigung des Krieges kommen, so wird auch nach einem Friedensvertrage England sicherlich alles versuchen, um sich sein Kriegsziel — die Zerkümmern des deutschen Außenhandels — unter keinen Umständen verrücken zu lassen. Und mit welchen Mitteln es dann den Krieg gegen uns weiterzuführen gedenkt, ist in den Vorschlägen dieses Ausschusses bereits so klar enthüllt, daß dieses Dokument für uns eine authentische und überaus wichtige Urkunde bildet.

Es ist nach diesen Vorschlägen ein doppelter Ring, eine zwiefache Schlinge, mit denen England uns — trotz aller Erfolge auf den verschiedenen Schlachtfeldern — dauernd niederzuhalten hofft. Und je mehr wir in unserem Willen, diesen doppelten Ring zu durchbrechen, optimistisch sein müssen, je pessimistischer und kritischer muß unser Verstand und Urteil der englischen Plan prüfen.

England weiß ebenso gut wie wir, daß unser Außenhandel, der zu 75 Prozent Absatz von Fabrikaten war, nur durch die Tätigkeit des deutschen Auslandskaufmanns möglich war. Während Rohstoffe, kraft eines wirtschaftlichen Gesetzes, stets von den Industrien gleichsam angezogen werden, die sie benötigen, bedarf es zum Absatz von fertigen Produkten immer der kaufmännischen Absatzfähigkeit, der geschickten, planvollen, die Konkurrenzware schlagenden Verkaufstätigkeit. England handelte also vollkommen im Sinne seines Vernichtungsplanes, wenn es zunächst während des Krieges überall den deutschen Kaufmann vertrieb, seine Handelsniederlassungen zerstörte, seine Lager verlor, seine Verbindungen abschnitt, seine Bücher vernichtete, sein Vermögen durch eine gezielte Propaganda untergrub. Die ganze „Grauelpropaganda“, mit der England die Welt erfüllte, war in erster Linie auch ein

So hofft England mit seiner Industrie, indem es uns die notwendigen Rohstoffe vorenthält oder sie nur zu Bedingungen und Preisen in unsere Hände gelangen läßt, die die Konkurrenz mit englischen Produkten ausschließen, nicht nur in der feindlichen und neutralen Welt, sondern auch bei uns — wenn auch vielleicht nur auf dem Umwege über ein neutrales Land — sich ein gewaltiges Absatzgebiet und Verdienstmöglichkeit für seine Industrie zu sichern.

Ueber diese drohende Gefahr, die in ihrer Tragweite kaum überschätzt werden kann, müssen wir uns jedenfalls völlig klar sein. Schon, um zu prüfen, welche Mittel wir besitzen, um diesen englischen wirtschaftlichen Ring zu durchbrechen.

Branntweinmonopol und Angestellte.

Von
Wilhelm Beckmann (Leipzig), Vorstandsmittglied des B. D. S.

Bei den Vorberatungen des Gesetzes über das Branntweinmonopol sind die Wirkungen des Monopols auf die Angestellten und Arbeiter nur vorübergehend gestreift worden. Die in Betracht kommenden Vorschriften sind in den §§ 25 bis 26 des Gesetzes zusammengefasst. Die endgültige Fassung weicht erheblich von der Fassung des Gesetzesentwurfes ab, dank der Arbeit des Reichsausschusses. Die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände hatte in gemeinsamen Beratungen mit den Angestelltenverbänden der Spirituszentrale und der Branntweinreinigungsanstalten als Grundlage für die Arbeit des Ausschusses eine ausführliche Eingabe ausgearbeitet. Nützlich war hierbei der Gesichtspunkt, dass die Entschädigungsfrage unter möglichst wahrer Unabhängigkeit der Angestellten gelöst werden müsse, umso mehr als diese Bestimmungen des Branntweinmonopols ein Vorbild für alle noch im zeitlichen Schlummernden Monopolgeetze sein dürften. Das gezielte Ziel ist erreicht worden. Im einzelnen sei aus den Beschlüssen folgendes hervorgehoben:

Das Gesetz unterscheidet zwischen den Entschädigungsansprüchen der brandstündigen, seit 1. August 1914 ununterbrochen tätigen Angestellten und den Ansprüchen der während des Krieges eingetretenen Ersaharbeitskräfte. Erstere erhalten, falls sie nach Inkrafttreten des Gesetzes nicht oder zu ungünstigeren Bedingungen weiter beschäftigt werden, eine sofort nach Beendigung des Dienstverhältnisses zahlbare Entschädigung, die nach der Dauer ihres bisherigen Angestelltenverhältnisses und nach dem Lebensalter abgestuft wird. Für jedes auch nur begonnene Anstellungsjahr wird die Hälfte der Bezüge des letzten Anstellungsjahres gewährt. Bedingung ist die Vollendung des 21. Lebensjahres. Angestellte über 45 Jahre erhalten jedoch 2/3, Angestellte über 55 Jahre die vollen Bezüge des letzten Anstellungsjahres. Die Gesamtsumme der Entschädigung darf jedoch nicht mehr als das siebenfache der letzten Jahresbezüge und nicht über 100 000 Mark betragen.

Die erst nach dem 1. August 1914 eingetretenen Ersaharbeitskräfte haben nur Anspruch auf Weitergewährung ihrer Bezüge bis zur Dauer von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes.

Wesentlich war die Frage der Anrechnung des anderweitig verdienten Einkommens auf die Entschädigung. Die Angestellten verlangten die gleiche Behandlung, wie sie den Arbeitgebern zuteil wird, die ihre Arbeitskraft trotz der Entschädigung nach Belieben anderweitig nutzbar machen können, ohne dass eine Anrechnung erfolgt, während den Angestellten nach dem ursprünglichen Gesetzesentwurf alles angerechnet werden sollte, was sie anderweitig verdienten oder zu verdienen unterließen. Der Reichsausschuss beschloß nach anfänglichem Schwanken einstimmig die vollständige Streichung der Anrechnungsbestimmungen, und er hat sich daran gehalten, weil er damit eine Quelle zukünftiger Streitigkeiten verstopft hat, die dem Ansehen der Monopolverwaltung nicht dienlich gewesen wären. Der Entschädigungsanspruch erlischt nicht einmal mit dem Tode des bezugsberechtigten Angestellten, sondern geht nach Kündigung eines Drittels auf die Ehefrau oder die Erben erster Ordnung über.

Zunächst werden wohl die Entschädigungsbestimmungen nur in Ausnahmefällen Anwendung finden, da anzunehmen ist, daß die Monopolverwaltung sämtliche eingearbeiteten Angestellten während der auf 8 Jahre bemessenen Übergangszeit notwendig braucht, um den Ge-

*) Vergl. die Uebersicht „Die neuen Steuern“ in unserer Nummer 280 und 284 vom 1. August und vom 4. August.

schäftbetrieb einzusetzen. Während dieser Zeit bleibt der festgestellte Entschädigungsanspruch in voller Höhe bestehen. Erst nach Ablauf der Übergangszeit tritt ein allmählicher Abbau des Entschädigungsanspruches ein und zwar wird für jedes volle Jahr, um das der Angestellte länger als 8 Jahre im Dienste der Monopolverwaltung tätig ist, ein Reuntel gekürzt, so daß also 12 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes der Anspruch erloschen ist. Man kann wohl annehmen, daß ein Angestellter nach zwölfjähriger Tätigkeit im Dienste der Monopolverwaltung auf lebenslängliche Anstellung rechnen kann, es sei denn, daß er durch sein Verhalten einen wichtigen Grund zur Entlassung gibt. Nötigenfalls kann durch eine entsprechende Ausgestaltung des Dienstverhältnisses eine noch weitergehende, beamtenähnliche Daseinsicherung geschaffen werden. Die Möglichkeit hierzu bietet sich in der zu § 20a beschlossenen Bestimmung, wonach die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Angestellten in Zukunft auch auf Verträge mit den Berufsvereinen geregelt werden sollen.

Das Streben nach der Beamtenrippe ist aber gar nicht das Ziel der Angestellten. Sie stellen ihre Arbeitskraft gern zur Einlösung des Monopolbetriebes zur Verfügung, wollen aber nach Ablauf der Übergangszeit die Möglichkeit haben, ihr Geschäft frei gestalten zu können. Diesem löblichen Streben trägt das Gesetz dadurch Rechnung, daß es den Angestellten auch dann eine Entschädigung zubilligt, wenn er nach Ablauf der dreijährigen Übergangszeit selbst kündigt. Allerdings wird in diesem Falle die Hälfte der Entschädigungssumme gekürzt. Bei Kündigung der Monopolverwaltung innerhalb der Übergangszeit bleibt dagegen der volle Entschädigungsanspruch bestehen, ebenso wenn der Angestellte durch Krankheit oder durch unverschuldetes Unglück an der Leistung seiner Dienste verhindert ist. Das gleiche gilt, wenn die Monopolverwaltung dem Angestellten Anlaß gibt, aus einem wichtigen Grunde im Sinne des § 71 BGB. zu kündigen. Durch protokolllarische Erklärung wurde ferner im Ausschuss festgesetzt, daß Angestellte, die etwa in der Zeit zwischen Annahme und Inkrafttreten des Gesetzes gekündigt werden, entschädigungsberechtigt sein sollen. Sehr wichtig ist die Bestimmung, daß bei Berechnung der für die Entschädigung maßgebenden Dienstzeit nicht nur die Dauer der Tätigkeit im Betriebe bei Inkrafttreten des Gesetzes berücksichtigt wird, sondern auch die vorhergehende wechselweise Beschäftigung in mehreren Betrieben, auf die dieses Gesetz Anwendung findet. Als Unterbrechung des Dienstverhältnisses gilt nicht die Dienstzeit im Heere, in der Marine oder im vaterländischen Hilfsdienst, so daß alle Vorteile, die das Gesetz den in Stellung befindlichen Angestellten zubilligt, auch den durch den Krieg aus ihrem Beruf gedrängten Angestellten zugute kommen. Das soll auch für diejenigen Angestellten gelten, die durch Eingriffe der Finanzwirtschaft genötigt waren, ihre bisherige Tätigkeit innerhalb der Branntweinergewerung oder des Handels aufzugeben, wie durch eine besondere Erklärung des Ausschusses ausdrücklich festgesetzt wurde. Auf diesem Wege sind noch eine Reihe von anderen Fragen erledigt worden, ohne daß ein Einspruch von der Regierung erfolgt wäre.

Um die volle Tragweite des Gesetzes würdigen zu können, muß dabei neben dem Wortlaut des Gesetzes auch der Ausschussbericht zu Rate gezogen werden: Dies gilt besonders für die zukünftige Tätigkeit der Entschädigungsausschüsse, die aus einer gleichen Anzahl Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter einem unparteiischen Vorsitzenden zusammengesetzt werden sollen. Alle Ansprüche auf Grund des Gesetzes sind binnen 6 Monaten nach dem Inkrafttreten bei diesen Ausschüssen anzumelden. Gegen die Entscheidung kann binnen einer Frist von vier Wochen der ordentliche Rechtsweg beschritten werden. Nach den Erklärungen der Reichsregierung sollen die Besitzer im Einvernehmen mit den Berufsorganisationen der Arbeitgeber und Angestellten berufen werden.

In § 226 des Gesetzes werden die Leistungen aufgezählt, die neben Gehalt und Lohn als Bezüge gelten sollen. Auch hierzu liegt eine protokolllarische Erklärung vor, wonach Reisepfeifen, soweit sie dem Unterhalt dienen, als Einkommen zu bezeichnen sind. Ferner sollen alle Mehrleistungen der Arbeitgeber zu Fürsorge-Einrichtungen über das gesetzliche Maß hinaus (z. B. Lebensversicherungsprämien-Zuschüsse) als Einkommensbestandteile gelten. Alle Steuerungs- und Gehaltszulagen, die nach

dem 1. Juli 1918 gewährt werden, bleiben außer Betracht, es sei denn, daß sie den Verhältnissen des betreffenden Betriebes oder den Zeitverhältnissen (Kriegsteuerung) entsprechen. Um in dieser Hinsicht eine Benachteiligung der Kriegsteilnehmer zu verhüten, ist bestimmt worden, daß ihre früheren Gehaltsbezüge bei Feststellung der Entschädigung durch Steuerzuschläge ergänzt werden können.

Die Entschädigung für Arbeiter, die binnen Jahresfrist arbeitslos werden oder durch notwendigen Berufswechsel oder durch Betriebsbeschränkung benachteiligt werden, ist nach anderen, wesentlich einfacheren Grundfätzen geregelt worden. Der Arbeiter findet viel leichter anderwärts lohnende Beschäftigung, weil seine Tätigkeit nicht im gleichen Maße Lebensberuf ist, wie die des Angestellten. Das Gesetz sieht daher keine abgestuften Entschädigungssätze vor wie bei Angestellten, sondern Unterstützungen bis zu einem Zeitraum von einem halben Jahre, wenn der betreffende Arbeiter mehr als ein Jahr in einem entschädigungsberechtigten Betriebe beschäftigt gewesen ist. Hat jedoch die Beschäftigung ununterbrochen länger als 2 Jahre gedauert, so kann die Unterstützung bis zu einem Zeitraum von einem Jahre erstreckt werden. Für jedes weitere begonnene Jahr der Beschäftigung bis zu neun Jahren verlängert sich der Zeitraum, bis zu dem die Unterstützung gewährt wird, um ein halbes Jahr, so daß die gesamte Schutzfrist im günstigsten Falle 4 1/2 Jahre beträgt. Die Höhe der Unterstützung wird von den zukünftigen Entschädigungsausschüssen festgesetzt werden.

Die Angestellten und Arbeiter werden aus dem Gesagten entnehmen, daß es nun darauf ankommt, geeignete Vertreter in die Entschädigungsausschüsse zu entsenden, denn von der Sachkunde und Urteilsfähigkeit dieser Männer wird es in erster Linie abhängen, wie die zukünftigen Entschädigungen ausfallen werden. Arbeiter, die bei Inkrafttreten des Gesetzes mindestens 10 Jahre ununterbrochen in einem entschädigungsberechtigten Betriebe beschäftigt waren, werden abweichend von vorstehenden Vorschriften nach gleichen Grundfätzen die Durchführung dieser Aufgabe wird den Berufsverbänden zufallen, die durch ihre Verbreitung über ganz Deutschland die beste Gewähr für die Heranziehung geeigneter Vertreter geben.

Sozialpolitik im Kriege.

Von Hans Sivkovich,

Mitglied des deutschen Reichstages.

Der deutsche Reichstag hat kurz vor seiner Schließung bei der Beratung des Haushaltes des allgemeinen Pensionsfonds die Kriegshinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenfürsorge auf das eingehendste erörtert. Von allen Seiten wurde einmütig festgestellt, daß es Ehrenpflicht des Reiches sei, für die Familien, die ihr Bestes auf Erden dem Vaterlande dargebracht haben, und für die vielen Volksgenossen, die durch schwere Verwundung dauernd an Gesundheit und Lebensglück gelitten haben, in ausreichender Weise zu sorgen.

Die Tätigkeit der Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums, die der Brennpunkt der staatlichen Kriegshinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenfürsorge ist und bleiben muß, wurde von Rednern aller Parteien rühmend anerkannt. Es wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß der Leiter dieser Abteilung Generalleutnant Freiherr v. Langermann und Erkencamp ebenso wie seine hauptsächlichsten Mitarbeiter ihr Amt in sozialem Geiste auffassen. Das deutsche Volk darf dessen gewiß sein, daß diese überaus wichtigen und das Wohl vieler bestimmenden Fragen von Männern entschieden werden, die mit warmem Herzen bei der Sache sind und Ehn für soziale Gerechtigkeit besitzen. Gleichwohl gibt es hier natürlich vieles zu bessern, und manche Neuerung ist zu erstreben.

Die großen militärischen Versorgungsgesetze sind vollkommen unzeitgemäß geworden. Wenn der Reichstag im Frühjahr 1915 davon Abstand genommen hat, auf ihrem sofortigen Ausbau zu bestehen, so ist das geschehen, weil er sich der Hoffnung hingab, daß der Krieg nicht mehr allzu lange dauern werde. Man hat sich mit vorläufigen Maßnahmen begnügt, die den unerträglichsten Härten der Versorgungsgesetze abhelfen sollten. Inzwischen aber ist die endgültige gesetzliche Regelung der hier in Betracht kommenden Fragen so dringlich geworden, daß man sie nicht mehr weit hinausschieben kann. Meiner Meinung nach muß man im kommenden Winter unter

allen Umständen die Neugestaltung der militärischen Versorgungsgesetzgebung, das heißt des Offizierspensionsgesetzes, des Mannschafversorgungsgesetzes und des Militärhinterbliebenengesetzes, in Angriff nehmen, einerlei, ob der Krieg bis dahin beendet sein wird oder nicht.

Die Debatte über die Lage der Kriegshinterbliebenen hob an Einzelheiten vor allem zwei heraus. Einmal wurde der lebhafteste Wunsch geäußert, daß eine gesetzliche Unterlage für die Versorgung unehelicher Kinder von Kriegsteilnehmern alsbald geschaffen werde. Außerdem wurde gefordert, daß man bei Gewährung des Kriegselterngeldes viel weitherziger sein möge, als bisher. Heute wird das Kriegselterngeld nur dann gegeben, wenn der Nachweis erbracht ist, daß der gefallene Sohn seine Eltern vor seiner Einziehung zum Seeresdienst erheblich unterstützt hat. Nun aber gibt es unter den jüngeren Kriegsteilnehmern, die den Heldentod erlitten haben, zahlreiche, für die ihre Eltern, kleine Leute aus dem Mittelstand und aus der Arbeiterschaft, das Letzte geopfert haben, um ihnen eine bessere Schulbildung zu vermitteln, in der Erwartung, daß diese ihre Kinder später ihre Stütze im Alter werden würden. Diese Studenten und Gymnasiasten oder angehenden Kaufleute waren natürlich nicht in der Lage, den Eltern zu helfen. Es ist nur recht und billig, wenn das Gesetz es ermöglicht, daß in solchen Fällen schwergeprüften Eltern, denen der Versorgung ihrer alten Tage genommen wurde, von Reichs wegen geholfen wird.

Bezüglich der Kriegsbeschädigten wurde darüber geklagt, daß in den örtlichen amtlichen Beratungsstellen nicht selten ein kleinlicher Geist polizeilicher Bevormundung zu beobachten wäre. Grundsätzlich beanstandet wurde es, daß an diesen Beratungsstellen viel zu wenig Arbeitgeber und Arbeitnehmer beteiligt würden. Es wurde verlangt, daß alle Behörden sich größter Höflichkeit und Freundlichkeit gerade den Kriegsbeschädigten gegenüber befleißigen möchten und daß man mit deren durch ihr Schicksal bedingter Empfindlichkeit Geduld haben müsse.

Die Unzulänglichkeit der Renten, die zu der gegenwärtigen Leistung in einem schreienden Mißverhältnis stehen, veranlaßte die Forderung, daß hier gründlich Wandel geschaffen würde. Die Schuld an den unbefriedigenden Zuständen trägt einzig und allein das Reichsschatzamt, das allzu kärgliche Mittel für diesen Zweck bereitgestellt hat. Generalleutnant v. Langermann konnte erklären, daß zum 1. d. eine Erhöhung der Sätze in Aussicht genommen sei, wenn er auch noch nicht in der Lage war, Einzelheiten zu berichten. Der Reichstag war der Auffassung, daß diese Maßnahme nur als eine Abschlagszahlung anzusehen wäre.

Eine Beschleunigung des Rentenverfahrens wurde empfohlen, ebenso eine Milderung des Rechtsweges bei der Entscheidung darüber, ob jemand eine Rente gewährt werden soll oder nicht. Der Kriegsbeschädigte muß bei den Verhandlungen über seine Rente mitwirken können. Ich selbst nahm Gelegenheit, die Neigung, Kriegsbeschädigten die Invalidenrente zu streichen, weil zurzeit ihr Lebensunterhalt gesichert sei, gebührend zu geißeln. Wenn eine Firma einem schwer Kriegsbeschädigten aus Freundlichkeit sein früheres Einkommen weiterzahlt, obwohl seine Leistungen diesem Einkommen keineswegs mehr entsprechen, so darf man daraus nicht das Recht ableiten, ihm die Invalidenrente zu nehmen. Die Frage muß so gestellt werden: Ist der Kriegsbeschädigte, wenn er auf den allgemeinen Arbeitsmarkt hinausgeworfen wird, in der Konkurrenz mit Gesunden zwei Drittel oder weniger ertwerbsunfähig?

Das schwierige Problem der Erwerbsfähigmachung der Kriegsbeschädigten wurde von mehreren Rednern behandelt. Allgemein verwarf man das Vorbild Oesterreichs, wo die Wiedereinstellung aller Kriegsteilnehmer, also auch der Kriegsbeschädigten, in ihre Friedensstellung in Aussicht genommen ist. Man verwies auf die durch den langen Krieg hervorgerufenen gewaltigen Verschiebungen des wirtschaftlichen Lebens. Andererseits ging die Meinung dahin, daß man bei der Erwerbsfähigmachung von Kriegsbeschädigten den staatlichen Zwang nicht werde ganz entbehren können. Ich habe vorgeschlagen, diesen Zwang auf Kriegsbeschädigte von 50 Prozent Erwerbsunfähigkeit an zu beschränken, und in erster Linie öffentliche Betriebe, in zweiter Linie solche Privatbetriebe, die Staatsaufträge erhalten, für die Einstellung Kriegsbeschädigter in Aussicht zu nehmen.

Es ist zu hoffen, daß es über kurz oder lang zu höheren Aufwendungen des Reiches für Kriegshinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenfürsorge kommen wird. Aber neben den staatlichen Leistungen wird die private Fürsorge immer ihr Recht behaupten. Bei der unendlichen Mannigfaltigkeit des Lebens treten zahlreiche Fälle auf, wo die festumrissenen Paragraphen des Gesetzes nicht ausreichend oder auch gar nicht Hilfe gewähren können. Hier ist dann Raum und Platz für die private Fürsorge. Die beiden großen Organisationen, die hier für Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte in Betracht kommen, sind die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen und die Ludendorff-Spende. Es wird die Aufgabe der Verwaltung dieser beiden großen Stiftungen sein müssen, die reichen Mittel in wahrhaft sozialem Geiste zu verwalten. Aus eigener Kenntnis kann ich bezeugen, daß die Nationalstiftung auf richtig bemüht ist, auch die soziale Seite zu betonen und ihr gerecht zu werden. Ich zweifle nicht, daß die Ludendorff-Spende in gleichem Geiste zu arbeiten entschlossen ist. Auch mit ihrer Hilfe wird manche Not gelindert und manche Träne getrocknet werden.

Wo immer es sich um Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte handelt, sollen zwei Ge-

lich eingeseht.

Täglicher Meter Breite vorgestoßen.

Mittelstand und Wirtschaftsformen nach dem Kriege.

Eine Entgegnung von Ludwig Börnemann,
Vorsitzender des Bundes der Festbefoldeten.

Die unter obiger Ueberschrift in Nr. 332 der „Tägl. Rundschau“ gemachten Ausführungen berühren ein Thema, das einer weiteren Erörterung wichtig erscheint, wenn man mit dem Schreiber dieser Zeilen der Auffassung ist, daß die Erhaltung eines lebensfähigen Mittelstandes zu den Staatsnotwendigkeiten auch des neuen Deutschlands nach dem Kriege gehört. Wie auch der Krieg ausgehen möge, eins ist sicher, nämlich daß die wirtschaftlichen Fragen noch für lange Zeit im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehen werden, und auch unsere politischen Parteien werden mehr noch als bisher sich nach dieser Seite orientieren müssen. Es bestehen zwar auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik bereits große Interessenvertretungen (Bund der Landwirte, Hansabund, Gewerkschaften der Arbeiterklassen u. a.), aber eine Interessenvertretung der Kreise des Mittelstandes fehlt uns bis heute immer noch, wenigstens soweit die großen Schichten des sogenannten „neuen Mittelstandes“, der staatlichen und privaten Angestellten in Betracht kommen. Der gewerbliche und handeltreibende Mittelstand sowie der mittlere und kleine Landwirt haben sich im Hansabunde, im Bund der Landwirte bzw. im Bauernbunde eine energische Interessenvertretung geschaffen, und ich habe bereits vor dem Kriege an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß der neue Mittelstand Gefahr läuft, zwischen diesen großen Interessenvertretungen eines Tages erdrückt zu werden.

Wenn aber überhaupt der Gedanke einer wirtschaftspolitischen Interessenvertretung des neuen Mittelstandes ernsthaft erwogen werden soll, darf diese nur auf breiter Grundlage aufgebaut werden. Eine Interessenvertretung, die nur die sogenannten besseren Kreise des Mittelstandes, also die Akademiker, umfassen würde, hätte ihren Zweck ebenso verfehlt, als wenn andererseits eine Vertretung mit Ausschluß dieser Kreise ins Leben gerufen werden sollte. Berufsfragen sind in den beruflichen Organisationen zu erörtern und gehören nicht in das Gebiet der wirtschaftlichen Interessen. Letztere aber haben für alle Angehörige des der Verbrauchergruppe angehörenden Mitglieder des Mittelstandes das gleiche Interesse. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten treten in gleicher Weise an den höheren wie an den mittleren und unteren Beamten und den Privatangestellten heran und werden dies im höheren Maße noch nach dem Kriege tun. Es wäre eine falsche Scham und nicht zu verantworten, wollte der akademisch gebildete Beamte usw., nur um den gesellschaftlichen Abstand zu wahren, mit seinen wirtschaftlichen Nöten sich nicht vor die Öffentlichkeit wagen oder sich von den übrigen nichtakademischen Angehörigen der gleichen Interessenschicht absondern. Was uns nützt, ist ein einiges, gemeinsames Handeln, nur so werden wir den wirtschaftlichen Gefahren am wirksamsten entgegentreten können.

Was nun die Frage der Wirtschaftsformen nach dem Kriege anbelangt, so kann man nach meinem Dafürhalten als dem Mittelstande angehörender Verbraucher sich weder für eine Staatsindizierung, noch für den Freihandel ohne weiteres erwärmen. Die Sache liegt doch so, daß wir danach trachten müssen, den doch immerhin günstigen Stand unserer Volkswirtschaft vor dem Kriege möglichst bald wieder zu erreichen und ihn weiter zu entwickeln. Auch als Verbraucher wird man sich klar sein müssen über die Grundlagen, die zu dieser Blüte unserer Volkswirtschaft geführt haben. Schutz der heimischen Erzeugung in Landwirtschaft und Industrie und daneben freier Wettbewerb auf dem Weltmarkt waren es doch wohl, die unseren wirtschaftlichen Aufschwung begünstigten, und wir werden ohne diese Dinge auch wohl nach dem Kriege nicht auskommen. Die notwendigen Zollschranken sollen sich in durchaus mäßigen Grenzen bewegen, die notwendige Steigerung der nationalen Erzeugung wird durch eine ausgedehnte innere Kolonisation, Verbreitung und Verbesserung des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens, Verbesserung der Absatzmöglichkeiten für die landwirtschaftlichen Produkte eine Förderung erfahren können, die ohne übermäßige Belastung des Verbrauchers auch die berechtigten Forderungen des Erzeugers sichert.

Eine weitere Forderung auch des Verbrauchers wird sein, unsere Handelsvertragsbeziehungen zum Zustand möglichst bald wieder aufzunehmen und auf der Grundlage des Meistbegünstigungsrechts auszubauen. Wenn es scheinen sollte, als ob diese Forderungen mehr im Interesse von Handel und Industrie lägen als im Verbraucherinteresse, so sei darauf hingewiesen, daß wir schon heute während des

1918. 168
mm

Mittelschau
msf

Die Tilgung der Kriegsschulden.

Vom Reichsratsabgeordneten Emil Krafl.

Ist der Krieg einmal wie ein schweres Unwetter vorübergegangen, so kristallisiert sich die wirtschaftliche Lage im Finanzproblem. In den Schulden des Staates und in jenen der Bewohner desselben und der von ihnen verwalteten Unternehmungen, in den Sorgen um die Nachschaffung, der Bezahlung der Auslandszufuhren zc. auch in den im Kriege da und dort gesammelten Kapitalien drückt sich die Gestaltung des wirtschaftlichen Volkslebens aus. Wie nach einer schweren Krankheit, nach einer Verwundung, der Körper mit seinem Hilfsbestreben einsetzt, so wirkt vorerst eine automatische Heilungstendenz. Während der Krankheit hat der Körper nur mit der Abwehr zu tun, es ruht die Arbeit und nur im Innern wirken die Heilungsfaktoren, die weißen und roten Blutkörperchen kämpfen mit den eindringenden Bakterien, scheiden die Giftstoffe aus, bilden schließlich Ersatzstoffe, Narben und Fajergewebe; langsam baut sich das zerstörte Gewebe wieder auf. Ein Organ borgt vom andern in gesunden Tagen reserviertes Fett und Eiweißstoffe, bis die Zufuhr von außen wieder funktioniert und wenn nicht neue Komplikationen oder — Kurpfuscher dazu kommen, werden endlich wieder mehr oder weniger vollkommen die alten Körpermaße und Kräfte ersetzt.

Ähnlich spielt sich nach schweren oder langdauernden Kriegen der Heilungsprozeß des Staates ab. Er muß vorerst zur Ruhe kommen, dann die letzten verbliebenen Reserven, sowie notwendige Hilfsmittel aus dem Auslande, so weit es geht, heranziehen und dann erst, wenn es schon so weit ist, daß er wieder produktionsfähig ist, wird er daran gehen, schwerere Leistungen zu vollbringen. Und welche Leistung wäre wohl schwieriger, als die Abstattung der Schulden, die der Staat im In- und Auslande gemacht hat?

Wie ich in einem früheren Artikel gezeigt habe, wird Oesterreich wohl mit 100 Milliarden Kriegsschulden belastet aus dem Kriege herausgehen. Auf eine Kriegsentwähigung durch einen der Feindstaaten zu rechnen, ist derzeit nicht gut angebracht, so wird die eigene Kraft genügen müssen, das Schwere zu vollbringen. Projekte drängen von allen Seiten heran. Vorerst einige, die kaum geprüft, im Archive des Finanzministeriums verschwinden. Es sind dies vor allen jene Vorschläge, die im Wege der verschiedensten Prämienanleihen, Verlosungen, mit und ohne Zinszahlung, alle aber mit Haupt- und Nebentreffern, die Kriegsschuld abstaten wollen. Es sind da scharfsinnig ersonnene und naiv erdachte Projekte, die alle daran scheitern, daß nach einmütiger Auffassung der Finanzkreise, große Anleihen mit Verzinsung in Form von Prämien, keinen großen aufnahmefähigen Markt haben. Tausend Millionen, im äußersten Falle vielleicht 1500 Millionen, könnten durch Loseffekten an den Mann gebracht werden, mehr nicht. Darum finden vorläufig alle Vorschläge dieser Art wenig Beachtung. Weitere Vorschläge, die ernstlich geprüft wurden, sind: Zwangsanleihen ohne Verzinsung, oder mit geringen Zinsen, die in einer bestimmten Zeit zurückerstattet werden sollen. Durch den Zinsgewinn während 25 Jahren erhält der Staat das Kapital ersetzt.

Anderer Projekte zielen darauf hinaus, daß der Staat in jährlichen Raten, die um wenig höher sind, als die zu bezahlenden Zinsen, das Kapital ersetzt und dadurch für ein gewisses Kapital schuldenfrei wird. Dabei wird in verschiedenen Formen eine Zinsenreduktion in Aussicht genommen.

Ein weiterer, sehr ernster Vorschlag, läuft darauf hinaus, durch eine Zwangsanleihe einen Tilgungsfonds zu schaffen, dessen Zins und Zinseszins im Laufe von circa 75 Jahren einen beträchtlichen Teil der Schuld abstoßen soll.

Mehr oder weniger laufen alle Projekte, bis auf die der reinen Abgaben und Steuern, auf eines dieser Systeme hinaus. In praktischer Ermägung stehen aber eigentlich nur die Kombinationen von erhöhten Steuern und Abgaben bestehender Art, dann neue Steuern vom Warenumsatz und vom Vermögen der inländischen Kapitalien, weiters die einmalige Vermögensabgabe und die Vermögenszuwachssteuern.

Auf ein eigenes Gebiet gehören die sozialpolitischen Projekte, welche dem Staate erhöhten Einfluß auf den Betriebsgewinn von jeglicher Produktion, Handel und Verkehr einräumen, also neue Monopole, Beteiligung an Schindakaten und (der am weitestgehende Vorschlag) ein dreißigprozentiger Gewinnanteil an allen Unternehmungen, die im Staate bleiben werden.

Der Schritt von da zum sozialen Zukunftsstaate, in welchem der Staat selbst Herr ist aller Produktionsmittel und eigentlich auch der alleinige Produzent und Warenverteiler, ist nicht mehr weit.

Im Mittelpunkte finanzpolitischer Ergänzungen stehen jedoch die Vermögenszuwachssteuer, die einmalige Vermögensabgabe oder die jährliche Vermögenssteuer. Als die gerechteste von allen, als politisch und ethisch berechtigteste Abgabe wird wohl jene vom Vermögenszuwachs empfunden. Ueberall, wo Vermögen mit oder ohne Zutun während des Krieges gesteigert wurde, soll dieses in erster Linie verwendet werden, um die Heilung der Kriegsschäden zu verwirklichen. Mit dieser Erkenntnis, ja selbst mit dem Willen ist aber noch gar nichts getan. Der aktive Reichthum hat mit der Geldentwertung zugenommen, jedes Gut ist heute, gemessen am heutigen Gelde, teurer als früher. Nicht nur jeder Besitzer von Gütern, Grundstücken, Häusern, ja selbst jeder, dem nur seine Habe geblieben, seine Einrichtung und Wäsche, ist an Wert reicher und gar mancher, der auf Galizien Boden die Hälfte seines Besitzes verloren, ist

29. VIII. 1918

Der europäische Notenumlauf.

Von Regierungsrat Dr. Emil Loewy.

Die europäischen Staatsschulden, die sich vor dem Kriege auf insgesamt 150 bis 160 Milliarden Kronen beliefen, haben sich jetzt, zu Beginn des fünften Kriegsjahres, auf rund 1000 Milliarden gesteigert, und der europäische Staatsschuldendienst verschlingt in einem Jahre jetzt so viel, als die gesamten Staatsschulden Europas vor etwa einem Vierteljahrhundert ausmachten. Die finanzielle Umwälzung, die der Krieg mit sich brachte, konnte natürlich nicht ohne Einfluss auf das ganze europäische Geldwesen bleiben. Wie immer sich die einzelnen Staaten zur Finanzierung des Krieges stellten, Währung und Geldwert konnte nirgends unbeeinflusst bleiben, selbst in den neutralen Ländern nicht. Das in seiner Allgemeinheit hervorstechendste Moment ist die Notenerfüllung Europas. Ihr entspricht nur eine verhältnismäßig ganz unbedeutende Zunahme der europäischen Goldbestände. Wie sich die einschlägigen Verhältnisse in den einzelnen Ländern Europas mit Ende des vierten Kriegsjahres gestaltet haben, zeigt die nachstehende Tabelle:

	Goldbestände		Notenumlauf	
	Ende Juli 1914	Ende Juli 1918	Ende Juli 1914	Ende Juli 1918
	in Millionen Kronen			
England	1.004	1.678	197	7.634
Frankreich	4.104	3.394	6.912	29.148
Deutschland	1.696	2.334	2.364	15.589
Oesterreich-Ungarn	1.269	270	2.129	24.000
Italien	1.105	895	1.730	8.008
Russland	4.270	3.153*)	4.358	120.000
Schweiz	180	283	639	678
Holland	340	1.507	652	1.947
Spanien	543	2.119	1.919	2.968
Dänemark	110	264	219	521
Schweden	146	361	320	935
Norwegen	61	168	173	469
	14.828	17.426	21.612	211.917

Die in vorstehender Tabelle angeführten Daten für England enthalten außer den Ausweisziffern der Bank von England auch den Umlauf von Notstandsnoten in der Höhe von 260 Millionen Pfund Sterling, der lediglich mit 28,5 Millionen Pfund Sterling Gold gedeckt ist, die den Goldbeständen der Bank hinzugerechnet wurden. Die von der Bank von Frankreich regelmäßig ausgewiesenen Goldbestände im Ausland in der Höhe von 2037 Millionen Franken kommen für die Notendeckung nicht in Betracht und bleiben daher auch in unserer Tabelle unberücksichtigt. Außer Betracht blieb auch der Umlauf von Darlehensstassenscheinen in Deutschland, der sich Ende Juli auf 7400 Millionen Mark stellte. Bei ihrer Einrechnung erhöht sich der Notenumlauf in Deutschland auf 24.469 Millionen Kronen. Was Italien anlangt, erscheinen bloß die Ausweisziffern der Bank von Italien berücksichtigt; Daten für das neapolitanische und sizilianische Noteninstitut sind nicht zur Hand, ebenso fehlen solche für den Umlauf von Stassenscheinen. Der Umlauf an papierernen Zahlungsmitteln in Italien dürfte zehn Milliarden erreichen, wenn nicht übersteigen. Ob in Russland das Gold der ehemaligen Staatsbank noch vorhanden ist, muß für fraglich gelten. Eben solche Ungewißheit herrscht über die Höhe des gegenwärtigen Notenumlaufes in Russland, der von neutraler und englischer Seite verschiedenlich auf 40 bis 60 Milliarden Rubel veranschlagt wird. In obiger Tabelle wurde als ungefährender Durchschnitt dieser Schätzungen ein russischer Notenumlauf von 50 Milliarden Rubel angenommen.

Unsre Tabelle, die die Ziffern fast aller europäischen Länder betreffend Notenumlauf und Goldbestände zusammenfaßt — infolge Mangels an verlässlichen und vergleichbaren Daten fehlen bloß Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Belgien und Portugal — zeigt, daß sich der Notenumlauf in Europa in den vier Kriegsjahren ungefähr verdreifacht hat. Der Hauptteil entfällt allerdings auf Russland. Unter Ausserachtlassung Russlands ergibt sich noch immer eine

Steigerung des europäischen Notenumlaufes nahezu auf das Fünfeinhalbfache, nämlich von 17,2 auf 91,9 Milliarden Kronen, und wenn die Darlehensstassenscheine in Deutschland, die neuen rumänischen und belgischen Noten in die Rechnung einbezogen werden, dürfte sich der außerrussische europäische Notenumlauf ungefähr verdreifacht haben. Sehr beachtenswert ist der Umstand, daß sich auch in den meisten neutralen Ländern der Notenumlauf während der Kriegsjahre verdoppelt oder verdreifacht hat. Es hängt dies ohne Zweifel mit einer wesentlichen Steigerung des Bedarfes an Zahlungsmitteln zusammen, der durch die enorm gesteigerten Warenmengen zu stark verteuerten Warenpreisen verursacht wurde. Die einzige Ausnahme bildet die Schweiz, wo sich der Notenumlauf nur in kaum nennenswerter Weise erhöht hat, weil eben die Schweiz vom Seeverkehr und demgemäß von internationalen Handelstransaktionen durch ihre geographische Lage ausgeschlossen erscheint. Die übrigen neutralen Länder haben namentlich in den ersten Kriegsjahren riesige Profite aus der Schifffahrt und dem amerikanisch-europäischen Warenverkehr gezogen.

Im Vergleiche mit der enormen Notenerfüllung haben die Goldbestände der europäischen Notenbanken in den vier Kriegsjahren nur die geringfügige Steigerung um 2,3 Milliarden Kronen erfahren, die kaum der Menge der Goldproduktion der Welt in einem Jahre entspricht, von der doch die weitaus größere Hälfte auf britischen Besitz entfällt. Dabei hat England seine Goldbestände verhältnismäßig nur wenig gestärkt. Weit mehr ist dies dem Deutschen Reiche durch Zurückziehen von Gold aus dem Umlauf gelungen. Frankreich hat wohl das Beispiel Deutschlands befolgt, es war aber gezwungen, das der Bank zufließende Gold an das Ausland abzugeben. So weist Frankreich gleich Italien und Russland einen Rückgang der Goldbestände auf. In ausgiebigster Weise haben sämtliche neutralen Länder Europas ihre Goldvorräte vermehrt, die sich in Spanien und Holland beispielsweise auf das Vier- bis Fünffache des Standes vor dem Kriege erhöht haben. Spanien ist im Begriffe, zur Goldwährung überzugehen, nachdem es fast seine ganze äußere Schuld in eine inländische umgewandelt hat; in der Schweiz befaßt man sich gleichfalls mit der Frage des Ueberganges zur Goldwährung. Auch Skandinavien ist mit Gold gesättigt, so daß Schweden eine Zeitlang sogar Gold mit einem Disagio helegte. Weit bedeutender ist dagegen die Anhäufung von Gold in Amerika, wo fast die ganze internationale Goldproduktion der vier Kriegsjahre und das aus dem französischen und englischen Umlauf zurückgezogene Gold zusammenströmte.

Ergibt das Verhältnis zwischen Gold und Noten in Europa vor dem Kriege eine Zweidritteldeckung, so zeigt sich jetzt für ganz Europa ungefähr eine achtprozentige Deckung des Notenumlaufes durch Gold und — selbst unter Ausserachtlassung Russlands — steigert sich das Deckungsverhältnis bloß auf 15,3 Prozent. Eine Wiederherstellung des früheren Deckungsverhältnisses in absehbarer Zeit ist zur internationalen Unmöglichkeit geworden.

*) Nach dem letzten Ausweise der russischen Staatsbank vom 29. Oktober 1917.

Das ukrainische Währungsproblem.

Von Dr. Emil Socu.

Wien, 28. August.

Unter den zahlreichen Wirtschaftsproblemen, die an die junge ukrainische Volksrepublik mit der Erlangung ihrer politischen Selbständigkeit herangetreten sind, muß der Währungsfrage nicht nur hervorragende Wichtigkeit, sondern auch besondere Dringlichkeit zuerkannt werden. In vorläufiger Lösung des Problems, die faktisch aber keine Lösung ist, hat die frühere Regierung die Beibehaltung der Rubelwährung beschlossen und der neuen Selbständigkeit der Ukraina lediglich durch Umdenkung der Bezeichnung der Rubelwährung in „Starhomaniez“ Rechnung getragen. Man ging hierbei wohl von der altvertrauten Gewöhnung der Bevölkerung an die Rubelrechnung aus, an der man nicht zittern wollte, und dachte vermutlich auch an die Erhaltung der alten ukrainisch-russischen Handelsbeziehungen, der die Einheitlichkeit der Währung förderlich wäre. Diese Annahmen haben sich heute bereits als unrichtig und die Beibehaltung der Rubelwährung als ernste Gefahr für die ganze ukrainische Volkswirtschaft herausgestellt. Wie rasch und leicht sich der Uebergang zu einer besseren Währung vollzieht, zeigte sich deutlich im Königreiche Polen, wo sich die polnische Mark mit dem beherrschend festgesetzten Wertverhältnis zum Rubel in kürzester Zeit eingelebt hat. Wie unrichtig die Beobachtung auf den Handelsverkehr mit Großrußland war, zeigt die andauernde Anarchie und das unentwirrbare Chaos in der großrussischen Volkswirtschaft, Zustände, die einen geordneten Handelsverkehr mit Großrußland in absehbarer Zeit so gut wie ausschließen. Auf der anderen Seite aber gefährdet die in Rußland für unausbleiblich erachtete Rubelkatastrophe infolge der Gemeinsamkeit der Währung auch die Volkswirtschaft der Ukraina.

Es sind zwei Faktoren, die den Wert des Papiergeldes ausmachen. Der eine betrifft die Verpflichtung der Staatsbank oder wie sonst die zentrale Notenbank heißt, die ihr präsentierten Noten jederzeit in Edelmetall, dem internationalen Wert zukommt, einzulösen. Der zweite Faktor ist die Autorität, oder richtiger gesagt der Kredit des Staates, der der Banknote gesetzlich Zahlungskraft verleiht. Im Kriege haben nun alle Staaten (mit einziger Ausnahme Englands, wo es sich indessen mehr um die Beibehaltung des Ansehens, um die leere Form, handelt) die Verpflichtung der Notenbanken zur Einlösung des Papiergeldes aufgehoben, weil sie den Abfluß von Gold, der Deckung der Noten, verhüten wollten. Bleibt also nur der zweite Wertfaktor der Banknoten, das ist der Staatskredit, das Vertrauen, das man dem Staate entgegenbringt. Das ist nun mit Fug und Recht in der Ukraina ein wesentlich größeres als in dem aus den Fugen gehenden Großrußland, und sonach müßte der ukrainische Rubel einen weit höheren Wert als der russische besitzen, dessen Kaufkraft nach Angabe russischer Zeitungen heute mit 5 bis 6 Kopeken zu bewerten ist. Wenn die Teuerung in der Ukraina von jener in Rußland sich wenig unterscheidet, liegt das eben an dem Umstand, daß der russische Rubel, der noch immer das Zahlungsmittel der Ukraina bildet, andauernd und fortschreitender Entwertung, das heißt einer steten Verminderung seiner Kaufkraft unterliegt.

Es muß als entschieden unhaltbarer und mit der politischen Selbständigkeit der Ukraina gar nicht vereinbarer Zustand angesehen werden, daß das gesetzliche Zahlungsmittel in der Ukraina von der finanziellen Anarchie in Großrußland andauernd in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Sowjetregierung deckt ihren Geldbedarf ausschließlich durch eine krankhafte Ausgabe von Papiergeld, das sich heute schon in einer Höhe von 60 Milliarden Rubeln im Umlauf befinden soll. An eine Einlösung dieser Noten in Metallgeld denkt natürlich niemand und die konstante Vermehrung dieser Flut von Papiergeld entwertet es somit immer mehr. Der Landwirt hat schon übergenug davon und er nimmt es umso weniger oder umso unwilliger, als er sich keine Industrieerzeugnisse dafür kaufen kann, in denen ja großer Mangel herrscht. In Rußland ist der Vorschlag aufgetaucht, die verschiedenen, bisher ausgegebenen Papierrubel durch einen neuen Einheitsstyp zu ersetzen, und bei dem Umtausch sollte eine entsprechende Wertregulierung erfolgen, etwa zehn neue Sowjetrubel für hundert Romanow- oder Kerenski-Rubel. Damit hofft man auch die Warenpreise wieder auf ein normales Maß herabzubringen. Das Experiment, das etwa dem zehnprozentigen Ausgleich eines in Konkurs geratenen Schuldners ähneln würde, könnte vielleicht glücken, wenn die Sowjetregierung ehestens Ordnung in die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Großrußlands zu bringen imstande wäre, so daß man der neugeschafften Wirtschaft Vertrauen und dem russischen Staate Kredit schenken würde. Sonst aber würde es dem neuen Rubel nicht besser als den unterschiedlichen alten Rubelarten ergehen, die nachgerade an die berüchtigten Assignaten der französischen Revolution erinnern, die ganz wertloses Papier wurden.

In der Ukraina sollen sich ungefähr zehn Milliarden Rubel befinden, und fünf bis sechs davon in den Händen der Bauern. Fährt die Notenpresse in Moskau fort, wie es heißt, täglich 120 Millionen Rubel zu drucken und in Verkehr zu setzen, so werden auch die ukrainischen Rubelbestände immer weniger wert. Als vollwertig werden sie natürlich nie gelten können, aber je früher getradet wird, sie abzustößen, desto geringer dürfte der Verlust ausfallen.

Will die Ukraina die Rubelwährung beibehalten, dann muß sie die im Umlauf befindlichen Rubelnoten einer Abstempelung unterziehen und die nicht mit dem ukrainischen Stempel versehenen Rubelnoten vom Verkehr ausschließen oder für ausländische Zahlungsmittel erklären,

deren Wert sich nach dem jeweiligen Wechselkurs richtet, wie es auch bei der Krone und der Mark der Fall ist. Oder aber sie führt ihre eigene Währung ein, gibt genügend Zahlungsmittel auf entsprechender Grundlage aus, wie sie etwa die ukrainischen Guthaben in Oesterreich-Ungarn und Deutschland darstellen, und erklärt gleichzeitig die russischen Rubelnoten für Auslandsgeld, das nur im entsprechenden Kurswert in Zahlung genommen wird. Der hierdurch der Bevölkerung erscheinende Verlust wäre nur ein scheinbarer, denn die für die zehn Milliarden russischer Rubel eingetauschten eine oder zwei Milliarden Starhomaniez hätten dieselbe Kaufkraft wie die früheren zehn Milliarden, das heißt, die Löhne und Warenpreise würden sich sofort wieder normal gestalten, die phantastische Teuerung würde verschwinden. Noch gesicherter aber als durch eine solche scharfe Trennung zwischen dem ukrainischen und dem russischen Rubel wäre die finanzielle Grundlage der ukrainischen Volkswirtschaft durch den Anschluß an die Währung Oesterreich-Ungarns oder Deutschlands. Damit wäre einerseits eine vollständige Scheidung von der einer Katastrophe entgegengehenden Rubelwährung, andererseits die finanzpolitische Anlehnung an die fundierte Währung eines großen Staates erzielt, wie es auch im Königreiche Polen geschah. Kommt es dort zur Lösung der politischen Frage in austro-polnischem Sinne, dann dürfte naturgemäß an Stelle der polnischen Mark die polnische Krone treten. Die Nachbarschaft Galiziens und Polens, der Umstand, daß sich der weitaus größte Teil des ukrainischen Handels über diese Grenzen vollzieht, und sicherlich auch in Zukunft sich vollziehen wird, sprächen dann für die Bevorzugung der Krone gegenüber der Mark.

Kürzlich wurde aus Kiew gemeldet, daß dort der erste Transport der in Leipzig gedruckten ukrainischen Banknoten eingetroffen ist. Damit ist nicht viel erreicht, im Gegenteil wäre es sehr schlimm, wenn zur unbegrenzten Rubelherstellung in Moskau sich noch eine solche in Kiew, beziehungsweise in Leipzig hinzugesellen würde. Nötig vor allem die schleunigste Aktivierung der ukrainischen Staatsbank und die Festlegung ihrer Statuten, in denen vor allem das Recht der Notenausgabe im Verhältnis zu der in Aussicht genommenen Deckung genau begrenzt wird. Die Deckung des ukrainischen Papiergeldes im allgemeinen durch das ukrainische Nationaleigentum ist zumindest dem Ausland gegenüber ungenügend, denn gegebenenfalls kann sich niemand aus dieser Deckung bezahlt machen, und eine solche Deckung, die man ja auch in Rußland vorschickt, ist durchaus ungeeignet, den Kredit einer Staatsbank zu festigen. Neben den ukrainischen Guthaben in Deutschland und Oesterreich-Ungarn käme auch der Anteil der Ukraina an dem Goldbestand der ehemaligen russischen Staatsbank als Deckung der neuen ukrainischen Währung in Betracht. Nach dem letzten Ausweis, den die russische Staatsbank veröffentlicht hat — er ist freilich vom 5. November 1917 datiert — beträgt ihr effektiver Goldbestand 1292 Millionen Rubel. Im Hinblick auf Territorium und Bevölkerung der Ukraina, die als Teilungsschlüssel in Betracht kämen, hätte die Ukraina ungefähr auf den dritten bis vierten Teil dieser Goldbestände Anspruch. Es wäre zu wünschen, daß sich bald die Möglichkeit für eine finanzielle Auseinandersetzung der Ukraina mit Großrußland ergäbe, die sich nicht in letzter Linie um die Leistung dieser Goldbestände zu drehen hätte. Ein Goldbestand von 300 bis 400 Millionen Rubeln würde natürlich die ukrainische Währung auf eine sehr gesunde Grundlage stellen und die Ausgabe von 1—2 Milliarden ukrainischer Papierrubel gestatten, die dem Bedarf des Landes an Zahlungsmitteln vollauf genügen würden. Die Freunde der Ukraina könnten der jungen Volksrepublik keine gedeihlichere, keine schönere Lösung des ukrainischen Währungsproblems wünschen.

Volkswirtschaft.

Eine Regierungsverordnung gegen die Kapitalserhöhungen.

Budapest, 2. September.

Den zahlreichen Finanzinstituten und in der Form von Aktiengesellschaften arbeitenden industriellen und kommerziellen Unternehmungen, die die herrschende Geldfülle zur weiteren Erhöhung ihres Eigenkapitals benützen wollten, um sich für die ihrer nach dem Kriege harrenden großen Aufgaben heizetten zu rüsten, hat die Regierung einen argen Strich durch die Rechnung gemacht. Eine in der morgigen Nummer des amtlichen Blattes zu verlautbarende Verordnung des Ministeriums verfügt, daß die Aktiengesellschaften von nun an ihr Stammkapital nur mit vorheriger Erlaubnis der Regierung erhöhen dürfen, die nur in motivierten Fällen ausnahmsweise erteilt werden soll. Diese Verfügung erstreckt sich nicht bloß auf die Ausgabe neuer Aktien, sondern auch auf die Ueberlassung von Gratisaktien, sowie auf die Heranziehung der Aktien zur Vermehrung des Aktienkapitals. Man hat es hier also mit einem Verbot zu tun, das einer neuerlichen Eingriff des Staates in die Privatwirtschaft, eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Aktiengesellschaften bedeutet. Nach den unzähligen Regierungsverordnungen, die auf Grund der Ausnahmeverfügungen für den Kriegsfall erlassen wurden, nach den vielen Beschränkungen, die der Produktion, dem Verkehr, dem Konsum aus höheren Rücksichten auferlegt wurden, wird man sich auch mit dieser neuerlichen Verordnung als einer von der Regierung aus höheren staatsfinanziellen Interessen für notwendig befundenen Maßnahme abzufinden haben, zumal da sich in diesen schweren Zeiten nicht nur der einzelne, sondern auch die Unternehmungen und die Institute in den Kriegsdienst stellen und derartige Eingriffe in die Privatwirtschaft in den meisten Staaten der Welt erdulden müssen.

Gleichwohl können wir angesichts dieser neuen Verordnung des Ministeriums einige Bemerkungen nicht unterdrücken. Das öffentliche Interesse steht zweifellos höher als das private, und das letztere hat sich dem ersteren unter allen Umständen, namentlich aber im Kriege, unterzuordnen. Allein auch die Ausbreitung der Machtbefugnisse des Staates hat ihre Grenzen. Sie ist nur berechtigt, wenn der Staatssozialismus einerseits nicht so weit geht, die Privatwirtschaft lahmzulegen und in ihrem natürlichen Entwicklungsgang zu behindern, und wenn der Staat andererseits aus der Ausbreitung seiner Machtvollkommenheiten der Allgemeinheit zum mindesten einen so großen Nutzen zuzuwenden vermag, als er durch seine Verfügung der Privatwirtschaft Schaden zufügt. Treffen diese Voraussetzungen auch in diesem Falle zu? Für die Geldinstitute und die in der Form von Aktiengesellschaften tätigen industriellen und kommerziellen Unternehmungen bildet es in vielen Fällen eine Lebensfrage, daß sie in ihrer Entwicklung nicht gehemmt werden und sich materiell stärken, um die wichtigen Aufgaben bewältigen zu können, die während des Ueberganges von der Kriegszur Friedenswirtschaft und nach der Wiederkehr normaler Zustände der Lösung harren werden. Die Beschaffung des Rohmaterials, die Rekonstruktion der Betriebe, die Ausrüstung mit Maschinen, die nach dem Kriege notwendig werdenenden Investitionen erfordern ungeheure Kapitalien, und es ist den Unternehmungen nicht zu verüben, wenn sie bemüht sind, neue Kapitalien an sich zu ziehen, um sich rechtzeitig die materiellen Mittel zur Verhütung all dieser Aufgaben zu beschaffen. Es steht außer Zweifel, daß die Kapitalserhöhungen, die in den letzten Jahren vorgekommen wurden, nicht immer diesen Zwecken dienen, daß nicht selten die Wahrung oder die Hebung des Prestige zur Steigerung des Eigenkapitals führte, daß mitunter der Wunsch nach einer Erleichterung der Steuerlast zur Verwässerung des Stammkapitals veranlaßte. Allein das sind Ausnahmen, denen man leicht hätte einen Riegel vorgeschoben können, ohne ein allgemeines Verbot der Kapitalserhöhungen zu erlassen, durch das nicht bloß die Mißbrauch mit der Kapitalvermehrung treibenden Gesellschaften, sondern alle Finanzinstitute und sonstigen Aktiengesellschaften betroffen werden. Die Regierung hat sich zwar vorbehalten, in motivierten Fällen ausnahmsweise die Erlaubnis zur Steigerung des Aktienkapitals zu erteilen, allein eine Schädigung des Entwicklungsganges dieser Institute und Unternehmungen wäre nur zu vermeiden, wenn das Ministerium von dieser diskretionären Gewalt in all jenen Fällen, wo es sich nicht um die Verfolgung von Nebenzwecken, sondern tatsächlich um die Förderung von Zielen handelt, die auch dem Gemeinwohl zum Vorteil gereichen, ausgiebigen Gebrauch machen würde. Schließlich hat ja auch der Finanzminister ein Interesse daran, diese Institute und Unternehmungen kräftig zu kräftigen, denn je mehr sie sich ausbreiten und je mächtiger sie emporblühen, desto mehr können sie von den riesigen Lasten übernehmen, die dem Staate infolge des Krieges erwachsen.

Die Regierung geht jedoch von der Annahme aus, daß die Kapitalkonzentration nur der finanziellen Kriegsführung zugute kommen dürfe. Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß das viele Geld, das in den zu emittierenden neuen Aktien placiert worden wäre, infolge ihres Verbotes nunmehr den Kriegsanleihen zugewendet werden wird, so daß sie nicht so häufig gezwungen sein wird, das Noteninstitut in Anspruch zu nehmen, und die so schädliche Noteninflation allmählich abnehmen wird. Das wäre ja ganz schön, wenn es wirklich einträte. Bedenkt man, daß die von den Budapest und den Wiener Finanzinstituten allein in Aussicht genommenen Kapitalserhöhungen einen effektiven Kurzwert von ungefähr anderthalb Milliarden repräsentieren dürften, so müßten ja die nächsten Kriegsanleihen um ein ganz nettes Einmischen

mehr ergeben, wenn das Anlage suchende Publikum sein Geld wirklich voll und ganz in Kriegsanleihen anlegen würde. Ob das aber auch tatsächlich der Fall sein wird, wollen wir dahingestellt sein lassen. Es wäre gewiß wünschenswert, daß jedermann sein verfügbares Geld in den staatlichen Rententitres placiere, die sich unvergleichlich besser verzinsen als alle Dividendenpapiere, allein dies konnte bisher nicht erreicht werden und wird wohl auch in Zukunft schwer zu erreichen sein. Die letzten Emissionen haben auch ohne eine solche allgemeine Mitwirkung der vermögenden Volksschichten steigende Erträge geliefert, die allerdings noch größer gewesen wären, wenn sich die Grundbesitzer, die kleinen wie die großen, mit demselben Eifer an den Zeichnungen beteiligt hätten, wie Industrie und Handel und die so gelästeren Finanzinstitute. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß es leider noch immer viele Leute gibt, deren durchaus unbegründete Aversion gegen die Erwerbung der staatlichen Titres nicht zu überwinden ist und daß es Kapitalisten gibt, die bei aller zweifellosen Sicherheit dieser Anlagepapiere denn doch nicht ihr ganzes Hab und Gut in den staatlichen Renten placieren wollen. Werden diese Leute durch die neue Regierungsverordnung jetzt eines Besseren belehrt und plötzlich bekehrt werden? Werden sie sich nicht vielmehr, wenn die Aktiengesellschaften keine neuen Aktien emittieren dürfen, darauf verlegen, mehr alte Aktien zu erwerben? Und wird die steigende Nachfrage nach den bisherigen Dividendenpapieren bei dem in ungenügender Menge vorhandenen Material nicht zu einer weiteren Hausse führen?

Es wäre höchst bedauerlich, wenn die Regierung, die gewiß von den besten Absichten geleitet ist, durch das Verbot der Kapitalserhöhungen das Gegenteil dessen erreichen würde, was sie anstrebt, wenn sie trotz des empfindlichen Eingriffes in die Privatwirtschaft nicht nur nicht die erhoffte erhebliche Vermehrung des Ertrages der Kriegsanleihen erzielen, sondern vielmehr nur die Haussebewegung der Dividendenpapiere fördern würde, deren Eindämmung sie früher nicht immer ohne Unrecht als wünschenswert erachtete. Nach alledem kann die Frage, ob es notwendig oder auch nur zweckmäßig war, dieses Verbot zu erlassen, kaum bedingungslos bejaht werden. Es wird vorerst abzuwarten sein, welche Wirkungen diese Maßnahme zur Folge haben wird. Jedenfalls aber könnten die Nachteile des allgemeinen Verbotes der Kapitalserhöhungen gemildert werden, wenn die Regierung von ihrer diskretionären Gewalt, Ausnahmen zu gestatten, dort, wo dies begründet erscheint, nicht ausnahmsweise, sondern allemal Gebrauch machen würde.

Ueber die Intentionen, die die Regierung bei der Erlassung dieser Verordnung geleitet haben, gibt das folgende amtliche Komunique Aufschluß:

„In der jüngsten Zeit treten wieder Erscheinungen zutage, die darauf schließen lassen, daß die Aktiengesellschaften und in erster Reihe die Geldinstitute ihr Stammkapital unter Benützung der großen Nachfrage für Dividendenpapiere durch die Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen beabsichtigen. Der kriegsführende Staat kann diese Bewegung aus dem Gesichtspunkte der Befriedigung seines großen und fortwährend anhaltenden Selbstbedarfes nicht indifferent mit ansehen, weil er gezwungen ist, das Anlage suchende Kapital in erster Reihe für seine eigenen Zwecke im Wege von Kreditoperationen in Anspruch zu nehmen und dadurch zunächst zu verhindern, daß er seinen Geldbedarf unter Anwendung des aus dem Gesichtspunkte der Volkswirtschaft schädlichsten Mittels: durch die Inanspruchnahme der Notenbank, befriedige.“

Der Staat ist jedoch bei der Kapitalserhöhung der Aktiengesellschaften auch dadurch interessiert, daß unsere Steuergesetze das Prinzip der Rentabilität akzeptieren und demzufolge zwischen dem Eigenkapital der Gesellschaften und ihrem zu besteuernenden Erwerb und Gewinn einen derartigen Zusammenhang geschaffen haben, daß die jeweilige Höhe des Stammkapitals auch auf die Steuerlast von Einfluß ist.

Diese Erwägungen, sowie der weitere Umstand, daß die Kapitalserhöhungen bei den Geldinstituten manchmal nicht die Folge innerer Notwendigkeit sind, sondern daß sie häufig aus oberflächlichen Gründen, so aus dem Wettbewerb der Institute um ihre Stelle in der Rangliste stammen, haben die Regierung veranlaßt, auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen über die Ausnahmeverfügungen für den Kriegsfall eine Verordnung zu erlassen, laut deren die Aktiengesellschaften vom Tage des Inkrafttretens der Verordnung bis auf weitere Verfügung ihr Stammkapital nur mit vorhergängiger, in motivierten Fällen ausnahmsweise erteilter Erlaubnis des Ministeriums erhöhen dürfen.

Natüremäßig erstreckt sich diese Verfügung auf alle Aktien der Kapitalserhöhung, also nicht bloß auf die im Wege der Bareinzahlung durchgeführten Kapitalserhöhungen, sondern auch auf die Ausfolgung von Gratisaktien, sowie auf die Umwandlung des Reservekapitals oder eines Teiles desselben in Aktienkapital. Die Regierung kommt dadurch in die Lage, in jedem einzelnen Falle zu beurteilen, ob die Kapitalserhöhung tatsächlich eine unabweichliche wirtschaftliche Notwendigkeit für das betreffende Unternehmen bildet.

Die österreichische Regierung wird den Kapitalserhöhungen gegenüber bei der Anwendung der dort gültigen gesetzlichen Verfügungen eine den obigen Gesichtspunkten entsprechende Praxis befolgen. In Deutschland werden, von einzelnen Fusionsfällen abgesehen, die daher auch nicht mit der Entziehung von Kapitalien verbunden waren, während der Dauer des Krieges nicht nur keine Kapitalserhöhungen, sondern nicht einmal die Emission von Privatobligationen gestattet, damit die gesamte Kapitalzunahme in den Dienst der finanziellen Kriegsführung gestellt werde.“

3. IX. 1918

Handel, Industrie und Verkehr

Eine ungarische Regierungsverordnung betreffend die Kapitalerhöhungen.

Den Aktionären der Generalversammlung der Ungarischen Bank- und Handels-Aktiengesellschaft, die gestern stattfand, ist eine wichtige Eröffnung von grundsätzlicher Bedeutung gemacht worden: der Direktion des Institutes ist nämlich von der Regierung die Mitteilung zugekommen, daß in der nächsten Zeit eine Regierungsverordnung erscheinen wird, wonach die Kapitalerhöhungen der Aktiengesellschaften in Ungarn an die vorherige Bewilligung der Regierung gebunden werden wird.

Während in Oesterreich schon bisher jede Erhöhung des Aktienkapitals einer Gesellschaft an die Vorbewilligung der Regierung gebunden war, hat in Ungarn eine derartige Verpflichtung, die Genehmigung der Regierung zu einer Kapitalerhöhung einzuholen, nicht bestanden. Der Kapitalerhöhungsbeschluss des Verwaltungsrates bedurfte nur der Sanction der Generalversammlung. Sobald eine Kapitalerhöhung in der Generalversammlung formgemäß beschlossen worden war, wenn sie den Statuten gerecht wurde, so war der Kapitalerhöhungsbeschluss in Rechtskraft erwachsen und die Regierung hatte keine Gelegenheit oder Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. In der Regel war der Vorgang derart, daß die Kapitalerhöhung heute beschlossen und morgen durchgeführt wurde, ohne daß eine Vorbewilligung der Regierung eingeholt worden wäre. Allerdings war es bei den größeren Instituten Gepflogenheit, sich zumindest über die prinzipiellen Intentionen der Regierung zu vergewissern, allein auch da kann von einer Regel nicht die Rede sein. Immerhin wird wohl der eine oder der andere Fall anzuführen sein, in welchem das eine Institut die Kapitalerhöhung hinausgeschoben, das andere den Umfang des Betrages, der aufgelegt werden sollte, nach einer solchen unverhältnißlichen Vorprache bei der Regierung reduziert hat. Bisher ist es aber noch nicht vorgekommen, daß aus irgend einem Grunde, der seitens der Regierung ins Treffen geführt worden wäre, eine Kapitalerhöhung unterblieben ist, weil eben nach den geltenden Bestimmungen ein Anlaß zu einer Intervention der Regierung nicht gegeben war.

In Oesterreich ist jede Kapitalerhöhung schon vor dem Kriege von der Zustimmung des Finanzministeriums abhängig gemacht worden, sofern sie nicht schon im Statut vorgesehen war, welches ja die Grenze für den Umfang der Erhöhung zog. Während des Krieges ist insofern eine weitere Verschärfung eingetreten, als die Bewilligung des Finanzministeriums nur mit der Einschränkung erteilt wurde, daß die Kapitalerhöhung bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung durchzuführen sei. Man wollte damit verhüten, daß von längst erteilten Ermächtigungen zu einem vielleicht nicht gelegenen Zeitpunkt Gebrauch gemacht werde. Die Vorbewilligung der Kapitalerhöhung durch die Regierung wird also jetzt nach österreichischem Muster in Ungarn statuiert werden. Im Zusammenhange damit ist es von Interesse, darauf hinzuweisen, daß das österreichische Vorbild bei der Behandlung der Aktiengesellschaften auch in Deutschland nachgeahmt worden ist. Vor kurzem hat, um ein Beispiel anzuführen, Deutschland das österreichische Konzeptionsystem nicht nur angenommen, sondern sogar verschärft, indem nach deutschem Recht jetzt auch Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die ein Kapital von über 300.000 Mark haben, dem Konzeptionszwang unterliegen. Auch das Institut der landesfürstlichen Kommissäre scheint nun in Deutschland gleichfalls nach österreichischem Muster wieder aufleben zu wollen. Die deutsche Presse hat allerdings den Wunsch ausgesprochen, daß das Konzeptionsystem in Deutschland nach Kriegeschluss möglichst rasch abgebaut werde, es spricht aber viel dafür, daß dieser Abbau in absehbarer Zeit kaum erfolgen wird.

Wenn man den Gründen nachgeht, welche die ungarische Regierung veranlassen, nunmehr, wie aus der in der Generalversammlung der Ungarischen Bank- und Handels-Aktiengesellschaft erfolgten Mitteilung hervorgeht, Kapitalerhöhungen von der Bewilligung der Regierung abhängig zu machen, so erscheint dafür wohl in erster Linie die Erwägung maßgebend gewesen zu sein, daß der Kapitalmarkt für die Aufgaben der Kriegsfinanzierung in erhöhtem Maße bereitgehalten werden soll. Bei der außerordentlichen Geldfülle in Ungarn und nach dem Refordergebnis der achten ungarischen Kriegsanleihe ist es wohl unwahrscheinlich, daß die Kriegsfinanzierung irgendwie beeinträchtigt worden wäre. Immerhin hat die Regierung pflichtgemäß gehandelt, daß sie, falls sie Besorgnisse nach der Richtung gehegt haben sollte, die Expansionsbestrebungen einigermaßen regulieren will, wobei sie ja mit dem vollen Verständnis der großen ungarischen Bankinstitute rechnen kann. Unter Berücksichtigung der Beweggründe der zu erlassenden Regierungsverordnung erfüllte, wie es in dem nachstehenden Communiqué heißt, die Direktion der Ungarischen Bank- und Handels-Aktiengesellschaft den seitens der Regierung geäußerten Wunsch, der Generalversammlung bloß eine Kapitalerhöhung von 20 Millionen Kronen vorzuschlagen, während sie die in Aussicht genommene Kapitalerhöhung um weitere 20 Millionen Kronen unter die Wirksamkeit der zu erscheinenden Regierungsverordnung stelle. Die Regierung hat sich bei ihrer Absicht, die Kapitalerhöhungen der staatlichen Vorgenehmigung zu unterwerfen, vor Augen gehalten, daß die Statistik des ersten Semesters des laufenden Jahres ein enormes Anwachsen der Kapitalerhöhungstransaktionen in Ungarn zeigt. Und da auch in Ungarn, wie in Oesterreich, im besonderen für die Kapitalerhöhungen der Banken das Gesetz der Serie gilt, so wollte die Regierung bei Beurteilung der Frage, inwieweit die Reproduktion von Aktien das Placement der Staatsanleihen tangiere, zumindest nicht mehr beiseite schieben. Vielleicht soll mit dieser Verordnung auch ein

kleiner Dämpfer dem Spekulationsfever an der Budapester Börse, der dort herrschenden Agiotage aufgesetzt werden. Wie schon erwähnt, ist Ungarn in diesem Falle dem österreichischen Vorbild gefolgt. Dabei wird man sich daran erinnern, daß seinerzeit einmal im ungarischen Abgeordnetenhause, wenn wir nicht irren, seitens des gegenwärtigen Chefs des ungarischen Kabinetts die Anschauung vertreten worden ist, daß die Kapitalerhöhungen in den beiden Reichshälften eine Angelegenheit seien, hinsichtlich welcher die beiden Staaten sich verständigen könnten, zumal in der Sprecher es begreiflich gefunden hat, daß eine gewisse Rivalität die Kapitalerhöhungsbeschlüsse hüten und breiten beeinflusse. Es liegen aber keine Anhaltspunkte dafür vor, daß in dem gegebenen Fall eine solche Verständigung angebahnt wurde, vielmehr rechtfertigen die vorstehenden Darlegungen, daß es sich um einen ganz spontanen Beschluß der ungarischen Regierung handelt.

Die Verordnung der ungarischen Regierung.

R. Budapest, 2. September. Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet: In letzter Zeit sind Erscheinungen aufgetreten, die darauf schließen lassen, daß die Aktiengesellschaften, in erster Reihe die Finanzinstitute, in Ausnützung der großen Nachfrage nach ihren Dividendenpapieren ihr Aktienkapital durch die Emission neuer Aktien erhöhen. Der kriegsführende Staat kann aus dem Gesichtspunkte der Befriedigung seiner eigenen großen und dauernden Geldbedürfnisse dieser Bewegung nicht gleichgültig gegenüberstehen, weil er gezwungen ist, das anlageuchende Kapital durch Kreditoperationen in erster Linie für seine Zwecke in Anspruch zu nehmen und dadurch nach Möglichkeit zu verhindern, seine Geldbedürfnisse durch die Benützung des für die Volkswirtschaft schädlichsten Mittels, nämlich durch die Inanspruchnahme der Notenbank, zu befriedigen. Außerdem ist der Staat an der Erhöhung des Kapitals der Aktiengesellschaften auch dadurch interessiert, daß unsere Steuergesetze das Prinzip der Rentabilität angenommen und dadurch zwischen dem eigenen Kapital der Gesellschaften und deren zu steuernden Verdienst und Gewinn einen derartigen Zusammenhang geschaffen haben, daß die jeweilige Höhe des Aktienkapitals auch auf die Steuerlast einen Einfluß hat. Diese Erwägungen sowie der Umstand, daß bei den Finanzinstituten die Kapitalerhöhungen manchmal nicht ein Ausfluß der inneren Notwendigkeit sind, sondern oft aus oberflächlichen Gründen, so z. B. aus der Konkurrenz der Institute um die Rangliste, entstehen, haben die Regierung bewogen, auf Grund der Ausnahmeverfügungen für den Kriegesfall eine Verordnung zu erlassen, wonach nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung bis auf weiteres die Aktiengesellschaften ihr Aktienkapital nur nach vorheriger in begründeten Fällen ausnahmsweise erteilter Erlaubnis des Ministeriums erhöhen dürfen. Es ist natürlich, daß diese Verfügung auf alle Arten der Kapitalerhöhungen, also nicht nur auf die durch Barzahlungen durchgeführten Kapitalerhöhungen, sondern auch auf die Gratisaktien sowie auf die Umgestaltung des Reservekapitals oder eines Teiles derselben zum Aktienkapital erstreckt. Die Regierung kommt hiebei in die Lage, daß sie in jedem einzelnen Falle überprüfen kann, ob die Kapitalerhöhung wirklich eine unaufschiebbare wirtschaftliche Notwendigkeit für die betreffende Unternehmung bildet.

Die Mitteilung in der Generalversammlung der Ungarischen Bank- und Handelsaktiengesellschaft.

Wir erhalten unterm 2. d. das nachstehende Communiqué: Der Direktion der Ungarischen Bank- und Handels-A. G. ist von der Regierung die Mitteilung zugekommen, daß in der nächsten Zeit eine Regierungsverordnung erscheinen wird, wonach die Kapitalerhöhung der Aktiengesellschaften an die vorherige Bewilligung der Regierung gebunden wird. Unter Berücksichtigung der Beweggründe der zu erlassenden Regierungsverordnung erfüllte die Direktion den seitens der Regierung geäußerten Wunsch, der für Montag einberufenen Generalversammlung bloß eine Kapitalerhöhung von zwanzig Millionen Kronen vorzuschlagen, während sie die in Aussicht genommene Kapitalerhöhung um weitere zwanzig Millionen Kronen unter die Wirksamkeit der zu erscheinenden Regierungsverordnung stellt. Die heute abgehaltene Generalversammlung der Bank hat in diesem Sinne beschlossen, vorerst 50.000 Stück neue Aktien a 100 Kronen Nom. mit Kupon pro 1919 zu emittieren. Auf die zur Emission gelandenden sämtlichen Aktien wird den bisherigen Aktionären im Wege der amtlichen Kundmachung das Bezugsrecht im Verhältnis von 5:1 und zum Emissionskurs von 800 Kronen abzüglich 4 Prozent Zinsen nach diesem Betrage vom Tage der Einzahlung bis zum 31. Dezember l. J., zuzüglich der Aktienemissions-Stempelgebühr von 4 Kronen pro Aktie, eingeräumt. Betreffs des anlässlich der Aktienemission über den Nennwert der Aktien einfließenden Aufgeldes hat die Generalversammlung beschlossen, hievon zunächst 500.000 Kronen zur neuerlichen Stärkung des Pensionsinstitutes der Angestellten der Bank zu verwenden und den restlichen Betrag dem Reservefonds zuzuführen. Die Generalversammlung hat beschlossen, daß das den Aktionären zugesicherte Bezugsrecht vom 3. September bis einschließlich 10. September an der Budapester Hauptkassa der Bank, sowie bei ihrer Wiener Filiale (1. Bezirk, Herrngasse 2-4) ausgeübt werden kann.

Betreffs der Emission des zweiten, zwanzig Millionen betragenden Teiles der geplanten Kapitalerhöhung von vierzig Millionen Kronen hat die Generalversammlung die Direktion beauftragt, die im Sinne der zu erlassenden Regierungsverordnung erforderlichen Schritte in einem von ihr zu bestimmenden Zeitpunkte, in ihrem eigenen Wirkungskreise einzuleiten und nach Erlangung der Regierungsbewilligung die Emissionsbedingungen und Modalitäten fest-

zusetzen. Die Generalversammlung knüpft hieran bloß den Vorbehalt, daß die seinerzeit zur Emission gelangenden Aktien zur Gänze den damaligen Aktionären im Verhältnis von 6:1 anzubieten sein werden.

Gleichzeitig hat die Generalversammlung auf Grund der Entsendung des Ackerbauministeriums, Herrn Ministerialrat Dr. Eugen v. Koss, zum Mitglied der Direktion gewählt.

Der Eindruck an der Budapester Börse.

Budapest, 2. September. (Nachung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) Unmittelbar nach Eröffnung des heutigen Börsenverkehrs, die sich bei freundlicher Grundstimmung im allgemeinen zu den vorwöchentlichen Schlußnotierungen vollzog, verlautete gerüchtweise, daß eine Verordnung der Regierung über die Einschränkung der Kapitalerhöhungen bei den Aktiengesellschaften demnächst zu erwarten sei, wodurch der Kaufstau ein Dämpfer aufgesetzt wurde, doch konnten sich die Kurse nicht nur auf dem Banken- und Kullissenmarkt, sondern auch auf den übrigen Umsatzegebieten im großen und ganzen behaupten. Straßenbahn-Aktien wurden im Zusammenhange mit Gerüchten über die bevorstehende Wiederaufnahme der Ab Lösungsverhandlungen zwischen der Gesellschaft und der Kommune um 20 Kronen im Kurse höher gewertet. Gegen Schluß des Verkehrs bewirkten die Nachrichten vom westlichen Kriegsschauplatz und Wiener Abgaben eine Abschwächung, die auf allen Gebieten zu Rückgängen von 5 bis 25 Kronen führte. Der Schluß war willig.

4./IX. 1918

Die Regierungsbewilligung für Kapitalerhöhungen in Ungarn.

Wien, 3. September.

Die ungarische Regierung hat durch eine heute verlaubliche Verordnung verfügt, daß Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften bis auf weiteres nur nach vorheriger Bewilligung der Regierung und nur in begründeten Fällen ausnahmsweise vor derselben stattfinden können. Im Gegensatz zu dem in Oesterreich geltenden Konzessionsystem waren Kapitalerhöhungen in Ungarn bisher in keiner Weise beschränkt, sondern nur von dem Beschlusse der Generalversammlung abhängig. In den Statuten der Gesellschaften mußte nur eine Bestimmung enthalten sein, ob die Generalversammlung die Kapitalerhöhung mit einfacher oder qualifizierter Mehrheit zu beschließen habe. In Oesterreich ergibt sich die Notwendigkeit zur staatlichen Genehmigung von Kapitalerhöhungen aus dem Konzessionsystem, da die Vermehrung der eigenen Mittel eine Statutenänderung darstellt, die immer der Zustimmung der Regierung unterliegt. Gesellschaften können in Oesterreich schon im Statut das Recht erhalten, das Kapital in ziffermäßig bestimmten Grenzen ohne eine neuerliche staatliche Genehmigung zu erhöhen, immer muß jedoch eine solche Bewilligung vorhanden sein, sei es, daß sie in den Statuten vorweg erteilt ist oder nach dem Beschlusse der Generalversammlung eingeholt wird. In der Praxis können natürlich bei dem System der Ueberprüfung die Bügel bald loedrer, bald straffer geföhrt werden, und der ungarische Finanzminister Popovics hat in einem Gespräche geäußert, daß Besuche um Kapitalerhöhungen vor dem Frieden in Oesterreich in liberaler Art erledigt wurden. Der Krieg und der durch ihn hervorgerufene enorme staatliche Kreditbedarf haben nicht nur die Regierung in Ungarn, sondern im Herbst 1917 schon jene in Deutschland veranlaßt, die Freiheit, die in diesen beiden Ländern hinsichtlich der Kapitalerhöhungen bestand, einzuschränken. Deutschland hat darüber hinaus auch die Errichtung neuer Gesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen an die staatliche Genehmigung gebunden. Im November 1917 ist eine Bundesratsverordnung veröffentlicht worden, die sofort in Kraft gesetzt wurde und verfügte, daß sowohl die Gründung neuer Gesellschaften, als die Erhöhung des Kapitals einer Aktiengesellschaft, einer Kommanditgesellschaft auf Aktien oder einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung der staatlichen Genehmigung bedarf, wenn entweder das zu erhöhende oder das Gründungskapital mehr als 300.000 Mark beträgt. Ebenso wie die heute veröffentlichte ungarische Verordnung verfügte auch jene des Bundesrates, daß eine Eintragung in das Handelsregister ohne staatliche Genehmigung der Gründung oder Kapitalerhöhung nichtig sei. Als Ursache für diese Maßregeln wurde auch in Deutschland die Notwendigkeit bezeichnet, die verfügbaren Sparrkapitalien für die staatlichen Kreditbedürfnisse heranzuziehen. In der Praxis bestanden allerdings schon vor dieser Verordnung Einschränkungen, da sich die Gesellschaften, die eine Vermehrung ihrer Mittel beabsichtigten, während des Krieges mit der Reichsbank ins Einvernehmen setzen mußten. Ein formeller Zwang hierzu bestand zwar nicht, die Gesellschaften taten es jedoch, weil sie befürchteten, daß ihnen die Reichsbank, mit der sie in geschäftlichen Beziehungen standen, sonst mancherlei Schwierigkeiten bereiten könnte. Als die Kapitalerhöhungen gleichwohl im vorigen Jahre sehr zunahmen, wurde die Bundesratsverordnung erlassen.

In Ungarn ist in den letzten Jahren ein verhältnismäßig rasches Tempo sowohl bei den Neugründungen, als bei den Kapitalerhöhungen zu beobachten gewesen. Nach der Statistik des Jahres 1913 bestanden in Ungarn 3000 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von zwei Milliarden, in Oesterreich, mit Ausschluß der Eisenbahnen, über 800 Gesellschaften mit einem Kapital von vier Milliarden. In Ungarn überwiegen der Zahl nach die vielen kleinen Gesellschaften mit lokalem Charakter und neben den großen Aktiennormierungen haben auch zahlreiche kleine getrachtet, die Periode der Geldknappheit im Kriege zu einer Vermehrung der eigenen Mittel zu benutzen. Besonders lebhaft war die Gründungstätigkeit im ersten Semester des heutigen Jahres, in welchem in Budapest allein 137 neue Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 234 Millionen, in der Provinz 155 neue Gesellschaften mit einem Nominalkapital von 157 Millionen entstanden sind. Darunter findet man Unternehmungen zur rationelleren Verwertung der Bodenprodukte, landwirtschaftliche Pacht, Import- und Export, Wasserbau, Mühlen, Holz, Konservfabriken und andere mehr. In Oesterreich werden im ersten Semester 1918 kaum mehr als 30 Gesellschaften ins Leben gerufen worden sein und ihr Kapital dürfte nicht über 130 Millionen Kronen hinausgehen. Im zweiten Semester des heutigen Jahres war allerdings die Gründungstätigkeit in Oesterreich eine regere, weil im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die spätere Friedensarbeit mehr Gesuche wegen Bildung neuer Gesellschaften eingereicht worden sind, keineswegs werden jedoch die Ziffern auch nur annähernd an die ungarischen herantreiben. In den Jahren 1916, 1917 und 1918 betragen die Kapitalerhöhungen bei den Budapester Geldinstituten insgesamt 640 Millionen Kronen Nominale, die tatsächlichen Einzahlungen 1171 Millionen. Sie verteilen sich auf die genannten Jahre in folgender Weise: 1916 Nominale 104 Millionen, tatsächliche Einzahlungen 200 Millionen Kronen; 1917 Nominale 340 Millionen, tatsächliche Einzahlungen 614 Millionen Kronen; 1918 bis 31. August Nominale 196 Millionen Kronen, tatsächliche Einzahlungen 857 Millionen Kronen. Nach den Mitteilungen, die uns aus Budapest vorliegen, haben, abgesehen von den Geld-

instituten in Budapest, dortige andere Aktiennormierungen im Jahre 1916 ihr Kapital um 43 Millionen Nominale erhöht. Im Jahre 1917 folgte eine Vermehrung um 101 Millionen und im ersten Halbjahre 1918 um 163 Millionen. Würden im zweiten Halbjahre 1918 die Kapitalerhöhungen in dem gleichen Umfange anhalten, so käme man auf 326 Millionen oder auf mehr als das Dreifache des Jahres 1917 und auf mehr als das Siebenfache des Jahres 1916, wobei die hier erwähnten Ziffern nur das Nominale und nicht die tatsächlichen Einzahlungen darstellen. Noch sprunghafter sind die Kapitalerhöhungen der Geldinstitute in der Provinz vor sich gegangen, deren Zuwachs an Eigenkapital nach dem Nominale geschätzt 10 Millionen im Jahre 1916, 50 Millionen im Jahre 1917 und 115 Millionen im Jahre 1918 betragen hat. Die Provinzialaktiennormierungen, die nicht Geldinstitute sind, haben ihr Kapital 1916 um 30, 1917 um 37, 1918 um 64 Millionen gesteigert. Im ersten Halbjahre 1918 bestanden sich die Kapitalerhöhungen der Aktiengesellschaften in Ungarn auf 538 Millionen Nominale, eine Ziffer, die sich durch dasagio sehr wesentlich erhöht. Ebenso wie in Ungarn haben auch in Oesterreich die Kapitalerhöhungen im Jahre 1917 stärker eingesetzt, um im ersten Semester 1918 den Höhepunkt zu erreichen. Sie werden heuer im ersten Halbjahre in ganz Oesterreich über 600 Millionen kaum wesentlich hinausgehen.

Der ungarische Finanzminister hat die Äußerung gemacht, daß nun ein gewisser Parallelismus in beiden Reichshälften hinsichtlich der Behandlung von Kapitalerhöhungen eintrete. Die Angelegenheit hat anlässlich der Besprechung verschiedener anderer Fragen den Gegenstand der Erörterung zwischen dem österreichischen und ungarischen Finanzminister gebildet, die übrigens auch heute zunächst miteinander und dann im Ministerium des Äußeren konferierten. In hiesigen finanzpolitischen Kreisen verweist man darauf, daß bisher schon Gesuche um Kapitalerhöhungen gründlich geprüft worden seien, daß man aber während der Kriegszeit mehr als früher nicht nur allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedürfnissen, sondern vor allem den finanziellen Kriegszwecken des Staates in Zukunft werde Rechnung tragen müssen.

Finanzminister Popovics über die Kapitalerhöhungen in Ungarn.

Die Ungarische Post" meldet aus Budapest: Anlaßlich der Regierungsverordnung über die Kapitalerhöhungen wurde in einzelnen ungarischen Blättern behauptet, dieser Schritt sei auf österreichischen Einfluß zurückzuführen. Dem gegenüber hat der ungarische Finanzminister Dr. Popovics, der den Dienstag in Wien verbracht hat, dem Wiener Redakteur des "Pesti Naplo" unter anderem folgende Mitteilungen gemacht: Es kann keine Rede davon sein, daß österreichischer Einfluß, insbesondere Rücksicht auf österreichische kapitalistische Interessen, bei der Herausgabe dieser Verordnung eine Rolle gespielt hätte. Ausschließlich die im gleichzeitig herausgegebenen Communiqué mitgeteilten Gesichtspunkte und die allgemeine Lage haben die Regierung zu diesem Schritte veranlaßt. Es ist zwar möglich, daß die bei anderen analogen wirtschaftlichen Fragen im Laufe der zwischen den beiden Regierungen geföhrt finanziellen Besprechungen, auch das Problem der Kapitalerhöhungen bereits früher berührt wurde, die heutige Verordnung jedoch ist der Ausfluß eines spontanen Entschlusses der ungarischen Regierung. Was Oesterreich betrifft, waren dort Kapitalerhöhungen auch vor dem Kriege von der allfälligen Zustimmung des Finanzministeriums abhängig. Außerdem war im Schoße des Ministeriums des Innern die sogenannte Vereinskommision tätig, deren Aufgabe es ist, die Gründe einer beantragten Kapitalerhöhung von Finanzinstituten zu prüfen. Andererseits ist es wahr, daß seitens dieser Faktoren keine größeren Einschränkungen erfolgt sind und daß solche Anträge ziemlich liberal behandelt wurden. Erst der Krieg brachte auch in Oesterreich eine strengere Handhabung der bisherigen Praxis. Mit der heute eingetretenen Situation ist in der Haltung der beiden Regierungen eine gewisse Parallellität hergestellt, ich muß jedoch betonen, daß unsere heutige Verordnung keineswegs auf österreichischen Einfluß zurückzuführen ist.

Betreffs der Vorschläge des Abgeordneten Roland Szegeß, der die Herausgabe von Banknoten in der Währung der okkupierten Provinzen vorgeschlagen hat, erklärte der ungarische Finanzminister, daß die Regierungen eine solche Maßregel nicht beabsichtigen, und zwar aus dem Grunde nicht, weil unter anderem der Erfolg des Vorschlages hauptsächlich davon abhängig sei, wie sich die allgemeine Situation später gestalten werde, da die vorgeschlagene Maßregel nur dann tatsächlich eine Entlastung erzielen würde, wenn schon im voraus Garantien hinfür beständen, daß die betroffenen okkupierten Provinzen nach dem Friedensschlusse die eventuell herausgegebenen Noten tatsächlich einlösen werden.

Der Wortlaut der Regierungsverordnung.

(Telegramm der Neuen Freien Presse.)

Budapest, 3. September.

Die Regierungsverordnung über das Verbot der Kapitalerhöhungen, die heute im ungarischen Amtsblatt veröffentlicht wurde, lautet wie folgt:

§ 1. Eine Aktiengesellschaft darf vom Inkrafttreten dieser Verordnung an bis auf weitere Verfügung ihre Stammlapital nur mit der, in motivierten Fällen ausnahmsweise erteilten, vorherigen Bewilligung des Ministeriums erhöhen. Das Gesuch um die Erteilung der Bewilligung ist beim Handelsminister einzulegen. Die Erteilung der Bewilligung ist im Amtsblatt zu veröffentlichen.

§ 2. Der die Erhöhung des Stammlapitals der Aktiengesellschaft aussprechende Beschluß der Generalversammlung ist in Ermanglung der im § 1 erwähnten vorherigen Bewilligung null und nichtig und darf ins Handelsregister eingetragen werden.

§ 3. Jene Geschäfte, die hinsichtlich der in Ermanglung der im § 1 erwähnten vorherigen Bewilligung nicht emittierbaren neuen Aktien entstanden sind, sind null und nichtig.

§ 4. Die Mitglieder der Direktion der Aktiengesellschaft sind für den aus der Durchführung des in Ermanglung der im § 1 erwähnten Bewilligung nichtigen Generalversammlungsbeschlusses erwachsenden Schaden solidarisch verantwortlich.

§ 5. Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verlautbarung in Kraft. Ihre Wirksamkeit erstreckt sich auf das ganze Gebiet der Länder der heiligen ungarischen Krone.

Budapest, 2. September 1918.

Dr. Alexander Wekerle m. p., Königlich ungarischer Ministerpräsident.

Die ungarische Industrie und die Kapitalerhöhungen.

(Telegramm der Neuen Freien Presse.)

Budapest, 3. September.

Die Verordnung wird in der hiesigen Presse auf das lebhafteste besprochen und hat auch in den interessierten Kreisen großes Aufsehen erregt. Der Bund ungarischer Fabrikindustrieller hat sich veranlaßt gesehen, auf Wunsch zahlreicher Mitglieder die geschäftsföhrende Direktion für Donnerstag nachmittag zu einer Sitzung einzuberufen, um zur Verordnung vom Gesichtspunkte der Fabrikindustrie aus Stellung zu nehmen.

Die Verordnung hatte bereits zur Folge, daß eine für heute einberufene Generalversammlung einer Aktiengesellschaft, in welcher die Erhöhung des Aktienkapitals beschlossen werden sollte, vertagt wurde. Diese Generalversammlung fand bei der Landesholzproduktions-Aktiengesellschaft statt, die ihr Aktienkapital nach einem Antrage der Direktion von 6 auf 12 Millionen Kronen erhöhen sollte. Nach Eröffnung der Sitzung machte der Präsident Graf Kubof Pongracz den Aktionären Mitteilung von der in der heutigen Nummer des Amtsblattes erschienenen Regierungsvorordnung und beantragte, keinen Beschluß zu fassen, sondern die Direktion damit zu betrauen, behufs Erhöhung des Stammlapitals in dem erwähnten Ausmaße in den nächsten Tagen eine neuerliche außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Gegen die Aktienüberschwemmung.

Das gleiche Vorgehen Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns in der Frage der Kapitalserhöhungen der Aktiengesellschaften ist keinem zufälligen Zusammentreffen zuzuschreiben, sondern dieselben Gesichtspunkte haben dieselben Entschlüsse gezeitigt. Von Deutschland ist die Parole ausgegangen, daß die zu einer Kapitalanlage verfügbaren Gelder vor allem für die Kriegsanleihen nutzbar zu machen sind, denn die Feinde wollen noch keinen Frieden, es handelt sich noch immer um einen Kampf auf Leben und Tod. In den letzten Zeiten hatten die Emissionen neuer Aktien, besonders in Ungarn, solche Dimensionen angenommen, daß die Befürchtung nahelag, das Publikum werde all sein flüssiges Geld zu Aktienanschaffungen verwenden, zumal, da die lange währenden Kurssteigerungen von Dividendenpapieren viele dazu veranlassen, sich lieber den der Phantasie Spielraum gebenden Spekulationspapieren als den soliden festverzinslichen Werten zuzuwenden. So ist denn in Berlin und dann in Budapest und unmittelbar darauf in Wien eine Art Numerus clausus für Aktien geschaffen worden, und da auch die Neugründungen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung immer größere Geldmittel in Anspruch nahmen, so ist auch diesen für Kriegsdauer ein Kiegel vorgeschoben worden.

Es ist nicht das erstemal in diesem Kriege, daß in Deutschland, Oesterreich und Ungarn auf finanziellem Gebiete nach gleichen Prinzipien vorgegangen wird. Wir sehen das zum Beispiel auch den Börsen gegenüber. Die Wiener und die Budapester Börse sind noch nicht offiziell eröffnet, sondern nur zu einem Beschränkungen unterliegenden Privatverkehr zugelassen; bezugleich auch in Berlin, wo ebenfalls tägliche amtliche Kursnotierungen nicht veröffentlicht werden. Bei den Kriegsanleihen der Mittelmächte, von der ersten bis zur letzten, wird jedesmal dieselbe bestimmte Reihenfolge eingehalten. Der deutschen Kriegsanleihe wird der Vortritt gelassen, ihr folgen dann die österreichische und die ungarische. Die treue Waffenbrüderschaft findet ihre Ergänzung auch in den freilich nicht zulässigen Marktanleihen, die von beiden Staaten unserer Monarchie in Deutschland aufgenommen wurden. Aus den Ausweisen der Staatsschuldenkontrollkommission ist bekannt, daß die deutschen Banken mehr als zwei Milliarden Mark österreichische Anleihen übernommen haben, und vor einigen Tagen konnte gemeldet werden, daß neuerlich ungarische Staatskassenscheine in Berlin begeben worden sind. Eines fehlt aber

der finanziellen Einheitsfront noch zu ihrer Vervollkommnung. Gemeinsame Anstrengungen sollten und könnten gemacht werden, den Stand unserer Valuta noch während des Krieges zu heben. Dadurch würde nicht nur der Feuerung jener Waren, die aus dem Auslande bezogen werden müssen, entgegen gearbeitet, sondern auch ein Abbau der wahnsinnig hoch hinaufgeschraubten Preise der im Inlande erzeugten Gegenstände in die Wege geleitet werden. Man kann auch vom Feinde lernen. Die italienischen Lire waren vor einigen Monaten tief unter den Stand unserer Kronennoten gesunken. Amerikanische und englische Interventionskäufe haben sie wieder, und zwar nicht unbeträchtlich, über den Stand der Kronennoten gehoben. Nun haben wir zwar aus dem in der letzten Generalratsitzung der Oesterreichisch-ungarischen Bank erstatteten Bericht des Generalsekretärs ersehen, daß auch in österreichischen Kronennoten Interventionskäufe stattgefunden haben, aber selbst in Berlin nicht in genügender Menge. Man darf auch vor pekuniären Opfern bei solchen Operationen nicht zurückscheuen. Sie lohnen sich reichlich.

Daß bei den sich immer mehr häufenden Kapitalvermehrungen der verschiedensten Gesellschaften des Guten viel zu viel getan worden ist, unterliegt keinem Zweifel. Demgegenüber berufen sich die Gesellschaften darauf, das habe dem Erfolge der Kriegsanleihen in keiner Weise geschadet, die im Gegenteil einen ununterbrochenen Siegeslauf zu verzeichnen hatten, von Anleihe zu Anleihe sich eines stark zunehmenden Zeichnungsergebnisses erfreuten. Durch die allerdings sehr großen Kapitalvermehrungen der Banken, so wird von dieser Seite betont, wurden den Zeichenstellen der Kriegsanleihen keine Gelder entzogen, denn die Institute haben auf die acht Kriegsanleihen für eigene Rechnung weit mehr gezeichnet, als ihnen durch die Emission neuer Aktien zugesprochen war. Sie waren außerdem durch Steigerung der Einlagen auch befähigt, dem größten Teil jener Kriegsanleihezeichner, die nicht mit eigenem Gelde, sondern gegen Belehnung zeichneten, die erforderlichen Vorschüsse zu geben, und dadurch die Notenbank zu entlasten. Endlich haben sie nach amtlichem Berichte dem Staate mehr als 8 Milliarden Kronen, die er sich sonst nur von der Oesterreichisch-ungarischen Bank im Wege der Notenpresse hätte beschaffen können, an Kontokorrentvorschüssen geliehen. Was die Industriegesellschaften betrifft, so sei bei vielen die Leistungsfähigkeit, die sie erlangt haben und erlangen müßten, um dem Staate die technischen Mittel zur Kriegführung liefern zu können, nur durch Kapitalvermehrungen möglich gewesen. Aber sei dem wie immer; jetzt heißt es nicht mit Unrecht: Schluß! Genug! Ins Endlose darf die Ausgabe neuer Aktien nicht fortgesetzt werden.

In Budapest hat die Einschränkung der Aktieninflation einen Sturm hervorgerufen, als wenn es sich um die schädlichste aller wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen handeln würde. Die Finanzwelt und die industriellen Kreise drängen die Regierung, die Verordnung zurückzunehmen. Und doch war das Anziehen der Bremse nirgends notwendiger als in Ungarn. In der ersten Jahreshälfte allein sind in Ungarn neben den beständig ihr Aktienkapital vermehrenden alten Gesellschaften neue, die ihre Existenzberechtigung erst erweisen sollen, mit einem Kapital von mehr als 400 Millionen Kronen gegründet worden, und kaum daß die neugebildeten ins Leben getreten, schreiten sie, nachdem ihre Aktien ein Agio erlangt haben, schon zur Emission von jungen. Darin liegt, wie die Geschichte aller Börsenkrisen zur Genüge darthut, eine Gefahr für die gesamte Volkswirtschaft. Wenn auch Ungarn durch die außerordentliche Preissteigerung aller landwirtschaftlichen Produkte seinen Volkswohlstand ungemein vermehrt hat, so darf es sich doch nicht zu viel zumuten. Sonderbar nimmt sich die übrigens von der ungarischen Regierung schon zurückgewiesene Behauptung aus, die Verordnung sei unter dem Druck Oesterreichs zur Förderung österreichischer Interessen erlassen worden. Oesterreich, wo ja doch eine ganz ähnliche Verordnung in Kraft gesetzt worden ist, hat hierbei kein andres Interesse, als daß uns nicht durch übermäßige Aktienfabrikation ein Krach aus Budapest im-

portiert werde. Die Bewegung des Wiener Effektenmarktes wird in letzter Zeit nur mehr von Budapest aus beeinflusst. Ungarische Papiere beherrschen die Kurse. Hieraus könnte immerhin eine Gefahr für uns erwachsen. Insofern also durch die Maßnahme gegen ungemessene Kapitalvermehrungen spätere Kapitalverheerungen hintangehalten würden, ist allerdings auch Oesterreich an der ungarischen Verordnung interessiert. Im übrigen aber ist der Lärm von drüben ebenso unsachgemäß als unflug.

Die Konzeptionspflicht der Kapitalerhöhungen.

Von Dr. Karl Scheflinger.

Budapest, 8. September.

Dieser Artikel gibt den individuellen Standpunkt seines Verfassers wieder; die Auffassung der Redaktion des Pester Lloyd ist aus den früheren Stellungnahmen des Blattes bekannt.

Es ist eine eigentümliche massenpsychologische Erscheinung, daß oft Ereignisse, die das wohlverstandene Interesse der Einzelnen nicht übermäßig berühren, als sehr empfindliche Schädigungen aufgefaßt werden und die Parteien sich dann um sie Kämpfe liefern, wie Griechen und Troer um die Leiche des Patroklos.

Die Regierungsverordnung, welche die Kapitalerhöhungen der Aktiengesellschaften an vorgängige staatliche Genehmigung knüpft, wird nämlich, wie unten ausgeführt werden soll, in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung stark überschätzt und scheint nachgerade einen Fetischcharakter annehmen zu wollen.

Der Sturm, der gegen die Verordnung gelaufen wird, ist nicht zum wenigsten durch den nebensächlichen Umstand verursacht, daß den beteiligten Kreisen vor Erlass der Verordnung keine Gelegenheit geboten wurde, ihre Ansichten vernehmen zu lassen. Das Wort Széchenyi: „Der Deutsche schreibt, der Franzose spricht, der Engländer handelt, der Ungar hält Beratungen ab“ gilt heute ebenso wie Anno dazumal, und die Abhaltung von Enqueteen über alle möglichen Fragen gehört zu den heiligsten Traditionen unserer Wirtschaftspolitik, mag es auch — in Folge der innersten Natur wirtschaftspolitischer Beschlussfassung, die aus instinktiver, keinerlei Beweisführung zugänglicher Abwägung der einander widerstreitenden Gesichtspunkte resultiert — noch so sehr zu den Ausnahmen gehören, daß die Enquete zur Meinungsbildung der bezornenden Instanz beitragen kann.

Das Meritum der Maßnahme betreffend sind die folgenden Fragen auseinanderzuhalten: die primären Fragen nach dem gegenwärtigen und dem künftigen Kapitalbedarf der Unternehmungen, und die sekundäre Frage nach der Wirkung der Kapitalerhöhungen auf Börse, Kriegausleihezeichnungen und Steuern.

Was den gegenwärtigen Kapitalbedarf der Industrieunternehmen betrifft, kann die Existenz eines solchen im allgemeinen nicht ernstlich behauptet werden. In einer Zeit, wo sich die ganze Volkswirtschaft in einem Zustande der Liquidation befindet, wo im Erwerbleben tätige natürliche Personen nicht wissen, was mit dem Geld anzufangen, können auch bei Aktiengesellschaften nicht diametral entgegengesetzte Verhältnisse vorwalten. Unsere Industrieunternehmen nehmen ja selbst den Kredit, den sie nach den allerstrengsten Prinzipien der Finanzgebarung zum Aufbau ihres Geschäftes benötigen dürfen, nicht in Anspruch; um so weniger kann — von Ausnahmen abgesehen — von einem Bedarf nach Erhöhung ihres Eigenkapitals die Rede sein.

Strittiger dürfte die Frage nach dem gegenwärtigen Kapitalbedarf der Banken sein. Zwar brauchen die Banken zweifellos kein neues Eigenkapital zum Betrieb ihres Geschäftes; dieses Kapital fällt ja neben den Miliorben fremder Mittel, die ihnen zufließen, nicht ins Gewicht. Mehr Anhänger dürfte jedoch die Ansicht finden, daß die Erhöhung des Eigenkapitals notwendig ist, um das richtige Verhältnis zwischen eigenen und fremden Mitteln herzustellen. Auch dieses Argument hält jedoch einer näheren Prüfung nicht stand. Bei einem erhöhten Betrag fremder Gelder pflegt ein größeres Eigenkapital nur notwendig zu sein, weil der größere Gesamtumfang der Aktiva im allgemeinen größere Verlustmöglichkeiten birgt und dementsprechend nur ein größeres Garantiekapital als Puffer gegen allfällige Verluste die fremden Gelder mit demselben Grad von Wahrscheinlichkeit vor Einbuße zu sichern vermag. Die Natur der Glanzierungen unserer Banken hat sich jedoch gegen früher geändert; an Stelle der kommerziellen und industriellen Kassenstände, die mehr oder weniger die Möglichkeit von Verlusten bargen, sind zum großen Teil absolut sichere staatliche Guthabungen getreten und auch die Unterlagen für sonstige Darlehen sind — zum Teil dadurch, daß Kriegausleihen als solche fungieren, zum Teil durch die Wertvermehrung aller Sachgüter — an Sicherheit gestiegen; überdies haben die Banken im Laufe des Krieges große stille Reserven angehäuft. Die Sicherung der fremden Gelder erfordert daher lange nicht mehr ein Garantiekapital von derselben relativen Höhe wie vor dem Kriege; in bezug auf die Sicherheit ihrer Anlagen nähern sich unsere Banken den englischen und dementsprechend können sich ihre Gläubiger mit einem ähnlichen Deckungsverhältnis begnügen.

Ein Bedürfnis nach Kapitalerhöhungen dürfte daher, vom Gesichtspunkte der gegenwärtigen Verhältnisse aus gesehen, im allgemeinen nur dort vorwalten, wo es sich nicht um Beschaffung neuer Mittel, sondern um die — sowohl kreditpolitisch als auch betriebsökonomisch in der Regel wünschenswerte — Fusionierung von Gesellschaften handelt. In dieser Richtung wäre es, um die Konzentrationsbewegung von jedem überflüssig retardierenden Moment zu befreien und die staatliche Bevormundung auf das notwendige Minimum zu beschränken, von Vorteil, wenn Kapitalerhöhungen, die zum Zwecke eines Umtausches anderer Aktien erfolgen, von der fallweisen Einholung der staatlichen Genehmigung befreit würden.

In bezug der zweiten Hauptfrage, ob die Kapitalerhöhungen das geeignete Mittel bilden, um für künftigen

Kapitalbedarf vorzuzorgen, muß der privatwirtschaftliche Gesichtspunkt vom gesamtwirtschaftlichen getrennt werden.

Gesamtwirtschaftlich betrachtet, wird das Kapital, beziehungsweise die Kaufkraft, die sich eine Aktiengesellschaft durch Kapitalerhöhungen im vorhinein zu sichern sucht, entweder an einer anderen Stelle der Volkswirtschaft fehlen, oder aber wird — wenn das allgemeine Interesse es erfordern sollte, daß eine bestimmte Quote der allgemeinen Kaufkraft, also eine bestimmte Quote der vorhandenen Produktionsmittel diesen Stellen gesichert werde — die Wirkung der Kapitalerhöhungen auf die Kaufkraft der Gesellschaften durch Schaffung neuer Kaufkraft, durch weitere Inflation neutralisiert werden müssen. So wenig der Staat es dulden wird, daß einzelne Unternehmungen sich durch während des Krieges im vorhinein tätige Käufe ausländischer Rohstoffe auf Kosten der übrigen Unternehmungen eine Intensität der Beschäftigung sichern, die durch gesamtwirtschaftliche Zweckmäßigkeiten nicht gerechtfertigt ist, so wenig darf er auch für die Zeit nach dem Kriege das Maß und die Gliederung der Investitionstätigkeit von der zufälligen Proportion abhängig machen, in der die verschiedenen Unternehmungen ihre Mittel während des Krieges zu stärken gewußt haben. Die Kapitalerhöhungen sind in ihrer Eigenschaft als Vorsorge für künftigen Kapitalbedarf nichts anderes als ein Hin- und Herzerren der Kapitalbede, von der man annimmt, daß sie sich für die Bedürfnisse nach Friedensschluß als zu kurz erweisen werde.

Doch selbst von privatwirtschaftlichem Gesichtspunkte aus gesehen, ist der Nutzen der Kapitalerhöhungen mehr als zweifelhaft. Allerdings müssen wir uns hierbei von der mystizistischen Auffassungsweise befreien, die in der Aktiengesellschaft eine wirkliche Person sieht, welche schätzwürdige, von dem Interesse ihrer Aktionäre — auch ihrer dauernden Aktionäre — verschiedene Interessen besitzt; von der Auffassungsweise, der einst ein bedeutender Finanzmann mit dem Scherzwort „Was der Aktionär bekommt, verliert die Gesellschaft“ Ausdruck gegeben hat und die, anknüpfend an die ebenso mystizistische Bierlesche Genossenschaftstheorie, von dem begabten hochkapitalistischen Romantiker Walter Rathenau in seiner Schrift „Vom Aktienwesen“ allen Ernstes verfochten wurde.

Wenn die Aktiengesellschaft Kapitalien von ihren Aktionären in Anspruch nimmt, die der Aktionär in einem späteren Zeitpunkte der Gesellschaft nicht zur Verfügung stellen würde, so nimmt sie Geld in Anspruch, für welches der Aktionär später eine bessere Verwendung fände; dem Aktionär erwächst daher durch die Kapitalerhöhung auch dann ein Schaden, wenn mit dem neuen Kapital eine Verzinsung erzielt wird, die den im Zeitpunkt der Emission vorwaltenden allgemeinen Umständen angemessen ist.

Aber selbst vom Gesichtspunkte der Aktiengesellschaft allein gesehen, und hierbei denken wir in erster Reihe an Geldinstitute, scheint es mehr als zweifelhaft, ob Erhöhungen des Aktienkapitals über das notwendige Maß hinaus zu Nutz und Frommen dienen. Wenn die Aktiengesellschaft mittels der auf die neuen Aktien eingezahlten Beträge ihre Dividendensumme um fünf Prozent der Neueinzahlungen erhöhen will, muß sie — in Anbetracht der parallelen Steigerung der Steuern und Epesen — zumindest neun bis zehn Prozent mit dem Geld verdienen; demgegenüber kommt den Banken das Einlagegeld mit netto vier Prozent, den Industrieunternehmen der Kredit mit fünf bis sieben Prozent zu stehen.

Ob nun die Möglichkeit, das neue Kapital so günstig zu verzinsen, auch unter den Verhältnissen der Friedenswirtschaft vorhanden sein wird, ist sehr ungewiß; es ist eigentümlich, daß Volkswirte, die sich in betreff der grundlegenden, für die Zeit der Friedenswirtschaft zu erwartenden Verhältnisse mit Recht zu einem völligen Ignoramus bekennen, in bezug auf die künftigen Erwerbsverhältnisse ihrer eigenen Unternehmungen — trotzdem ja dieselben durch die allgemeinen Verhältnisse so bedingt werden — Prävisionen von solcher Bestimmtheit hegen und auf die Wichtigkeit dieser Prävisionen hin so große Risiken auf sich, d. h. auf ihre Gesellschaften, nehmen.

Was den sekundären Fragenkomplex der Wirkung der Kapitalerhöhungen auf Börse, Kriegausleihezeichnungen und Steuern anbelangt, ist das Hausmoment, das in den Kapitalerhöhungen liegt — wenn damit nicht neue, sehr günstige Geschäfte verknüpft sind —, ein rein psychologisches. Der innere Wert der durch eine Aktie repräsentierten Anteils am Gesellschaftsvermögen geht infolge einer Kapitalerhöhung offenbar — und zwar zumindest um den vollen Wert des Bezugsrechtes — zurück; die infolge eines wertvollen Bezugsrechtes eintretende Kurssteigerung, beziehungsweise der Umstand, daß das Bezugsrecht im Kurse „hereingebracht“ zu werden pflegt, ist darauf zurückzuführen, daß einerseits in Verbindung mit der Kapitalerhöhung wenn auch nicht der auf eine Aktie entfallende Gewinn, wohl aber die Ausschüttung gelangende Quote des Gesellschaftseinkommens erhöht wird, was für den Kurs nicht gleichgültig ist, daß andererseits ein starkes Gewohnheitsmoment im dem Kurs der Aktie vorwirkt.

Es ist nur zu begrüßen, wenn das Existenzwerden solcher nichtrationeller Hausmomente nach Möglichkeit gehindert wird.

Einen weiteren Grund für das Verbot der Kapitalerhöhungen bildet der Umstand, daß die Kapitalerhöhungen — es handelt sich dabei um Milliardensummen — das Ergebnis der Kriegausleihezeichnungen beeinträchtigen. Freie Mittel, die in diesen Neuemissionen Anlage finden, müßten mangels solcher Emissionen, wenn sie sich nicht mit einer Placierung in Einlageform begnügen wollen, direkt oder indirekt in Kriegausleihe angelegt werden; wenn das Evarubiert selber sich alte Aktien oder Vorkaufschaffen kauft, so ist anzunehmen, daß das Geld im End- ergebnisse durch den Verkäufer dieser Vermögensobjekte der Kriegausleiheanlage zugeführt wird.

den und die weil itige ichs- nzu- r ist uer- uer- über des, dem n- stel- aut- in und uer-

den jen- jeren- im- das nen nen- ner des, itif va-

ng- lat- ben der ler- en- ene och daß zu er- an- ng- der die- jell- gen

Der Economist.

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen. Die Wechselkurse.

Wien, 14. September.

Die wilden Preisschwankungen der Zahlungsmittel aller kriegsführenden Länder haben in den letzten bewegten Wochen auf den wenigen neutralen Plätzen ihre Fortsetzung gefunden. Der Handelsverkehr der ganzen Welt ist seit Jahren gelähmt und förmlich in Totenstarre versunken; auch was erhalten geblieben ist, dient unmittelbar oder mittelbar den Interessen des Krieges und wird in seiner Entfaltung nicht durch die naturgemäßen Tathachen normaler wirtschaftlicher Bedürfnisse, sondern durch das Machtgebot der Regierungen bestimmt. In den vorausgegangenen Jahrzehnten friedlicher Betätigung, welche die Weltwirtschaft zu ihrem höchsten Ausreifen gebracht hatten, waren die Wechselkurse der überall sichtbare, jedem verständliche, durch staatliche Willkür unbeeinflussbare Gradmesser der Zahlungsbilanz. Diese Funktion haben sie ganz verloren, seit der Gütertausch unterbrochen ist und seinen Charakter vollkommen geändert hat. Das feinste Uhrwerk, das menschlicher Erfindungsgeist konstruiert hat, ist durch die raue Hand des Krieges zerschmettert, die Feder schnürt in heftigen Zuckungen und willkürlichen Schwankungen unregelmäßig ab. Jetzt sind die Wechselkurse so gut wie gar nicht mehr der Ausdruck wirtschaftlicher Veränderungen, sondern der Niederschlag der wechselnden kriegerischen Ereignisse. Als mit dem Frühjahr die vernichtenden Schlage der deutschen Truppenmassen auf die Heere der Entente niedersausten, wurden auch die Zahlungsmittel Oesterreich-Ungarns und Deutschlands in der Schweiz, Holland und den nordischen Ländern in ruckweiser Bewegung emporgetragen, weil die Aussicht auf einen baldigen siegreichen Frieden auch auf den Märkten ein neues, wesentlich zuverlässigeres Urteil über die finanzielle Kraft der Mittelmächte zeitigte. Von ihrem tiefsten Stande im Spätherbste des Vorjahres vermochten sich unsere Zahlungsmittel ausgiebig zu erholen, die Hälfte des vorausgegangenen stufenweisen Rückganges hereinzubringen; der Geldwert der Ententeländer schien den entgegengesetzten Weg einzuschlagen, selbst die Valuten der reichsten unter ihnen, Englands und der Vereinigten Staaten, unterlagen einer Entwertung um den vierten Teil. Sobald in den beiden letzten Monaten der Vormarsch zum Stillstande kam und die deutsche Heere auf ihre ursprünglichen Stellungen zurückgenommen wurden, schlug auch der Wind auf dem Devisenmarkte um; die Zahlungsmittel der Verbündeländer wurden auf den früheren Tiefstand zurückgedrängt, die Ententedevisen wesentlich höher bewertet. Erst in den letzten Tagen ist auch auf diesem Gebiete ein teilweiser Szenenwechsel eingetreten. Den Märkten scheint die Erkenntnis zu dämmern, daß es voraussichtlich unmöglich sein werde, die Deutschen aus ihren auf das stärkste ausgebauten Verteidigungsstellungen zu verdrängen, den Boden Frankreichs und Belgiens von ihnen durch militärischen Zwang zu befreien. Das Niedergleiten der Valuten der Mittelmächte kam zum Stillstande, die Ententedevisen erlitten einen heftigen Preisturz. Französische Noten in der währungsgeordneten Schweiz fast unveräuslich — diese Meldung kennzeichnet besser wie alle Berichte die ganz außerordentliche Lage der Valutamärkte.

Politische, psychologische, spekulative, nicht aber wirtschaftliche Einflüsse bestimmen im Kriege den Wert der Währung. Die Preisbildung vollzieht sich auf Nebenmärkten, die in früheren Zeiten für den Verkehr kaum entscheidend in Betracht kamen. London, ehemals das Zentrum des Welthandels und der Wechselkurse, ist den deutschen und österreichisch-ungarischen Zahlungsmittel selbstverständlich verschlossen, da ja auch der Handelsverkehr aufgehört hat und keine Wechsel mehr liefert. Amsterdam, Zürich, Kopenhagen, Stockholm und Christiania haben naturgemäß nur einen beschränkten Umsatz in ausländischem Gelde, weil der Handel im Kriege auf die staatlich genau überwachten, sich im Wege der gegenseitigen Kompensationen abwickelnden Lieferungen von Gütern beschränkt ist, die für den eigenen Bedarf überschüssig sind und von dem aufnehmenden Lande für die wichtigsten Lebensbedürfnisse benötigt werden. Der Verkehr mit Wertpapieren, der sonst die Lücken ausfüllte und zeitweilig, namentlich bei Placierungen von Anleihen einen großen Umfang hatte, ist gleichfalls zusammengeschrumpft; in einzelnen Fällen wurden für Nahrungsmittelkäufe Voranschüsse bewilligt, die sich aber mehr als Stundung der Zahlungen darstellten und den Devisenmarkt fast unberührt ließen. Auf diesem hat sich eine ziellose Spekulation eingenistet, deren Umsätze überwiegend sehr große Summen erreichten und die fast ohne jede Demutungen ihre Tätigkeit entfaltete. Erfahrene Beobachter, die in den letzten Monaten die Schweiz oder Holland bereist haben, erzählen, in welche weiten Kreisen der Erwerbungshandel von ausländischen Zahlungsmitteln vorgezogen ist. Berufsmäßige Vermittler von Börsengeschäften, Kaufleute aller Art, aber auch der große Troß von Unberufenen und Mitleidern, die aus solchen Gewinnen Luxuskäufe oder auch nur die Kosten eines Teiles der auch dort sehr verteuerten Lebenshaltung bestreiten wollen, wohlhabende und minderbemittelte Müßiggänger, die das Spiel lockt, nicht zum geringsten Teile die edle Weiblichkeit aller Berufsstände, setzen die Schoren zusammen, deren Abschlüsse die Devisenpreise bestimmen; was ehemals in Aktien oder Waren sich auslebte, aber in diesen Ländern hierzu nur geringe Gelegenheit findet, spekuliert jetzt in Valuten, wofür die täglichen Kriegsberichte, die Reden der Staatsmänner, die Urteile der Politiker Anhaltspunkte geben. Die Schwankungen und Verdienstmöglichkeiten waren im Valutahandel heuer kaum minder groß als auf den meisten Gebieten des Aktienverkehrs; jede Nachricht, die eine Wendung zugunsten des einen oder anderen Teiles, im Näherücken oder Hinauschieben des Friedens anzubahnen schien, brachte sofort neue Scharen zum Markte, welche die Gelegenheit auszunützen und ihrer Anschauung in großen Käufen oder Verkäufen Ausdruck zu geben suchten.

Die Spekulation, nicht der Waren- und Zahlungsverkehr bestimmen jetzt den Geldwert. Die Willkürlichkeit und Zufälligkeit dieser Preisbildung treten deutlich zutage,

Schwerlich hätte sich allerdings ein solcher ausgreifender Handel entwickeln können, wenn ihm nicht durch einen vervielfachten Zufluß von Zahlungsmitteln das nötige Material geliefert worden wäre. Die Noteninflation beeinflusst naturgemäß die Wechselkurse. Aus dem Warenhandel und Wertpapierverkehr heraus könnte sich nur eine geringe Betätigung auf dem Devisenmarkte entwickeln. Einfuhr und Ausfuhr sind auf ein äußerst bescheidenes Maß gesunken, auch der Handel in Staatspapieren oder Aktien liefert gegenwärtig nur mäßige Summen. Wäre in Oesterreich-Ungarn und in Deutschland die Politik der Devisensperren in den Neutralen, welche die Ausfuhr der eigenen Zahlungsmittel streng kontrolliert und auf den dringendsten Bedarf beschränkt, von Anfang an ergriffen und energisch festgehalten worden, so wäre eine solche Ueberbeschränkung der neutralen Länder mit österreichisch-ungarischen und deutschen Noten nicht gut möglich gewesen. In noch viel stärkerem Umfange haben sich die Wirkungen dieser Unterlassungen auf dem Markte für österreichisch-ungarische Kronennoten in Berlin eingestellt. Der Werkstand unserer Währung wird nicht auf den Neutralen, sondern auf den deutschen Plätzen gebildet; Berlin ist der einzige große Markt für Kronennoten. Seit Jahr und Tag war es gelungen, den Kronenkurs in Deutschland fast unverändert zu erhalten. Erst in den letzten zwei Monaten ist auch dieser ins Wanken gekommen und hat sich rasch verschlechtert. Die Versendung von österreichisch-ungarischen Noten nach dem befreundeten oder dem neutralen Auslande ist durch strenge Vorschriften ungemein erschwert, dem stets wachsamem Argusauge der Notenbanken und der Devisenzentralen unterworfen. Nach den okkupierten Gebieten, nach Serbien, Polen und namentlich der Ukraine sind jedoch Kronen in großen Beträgen als Zahlung für Warenbezüge geleistet und von dort nach Deutschland, in geringeren Teilmengen auch nach den neutralen Plätzen abgestoßen worden. Der Druck von dieser Seite, die sich der Kontrolle entzieht, hält noch unvermindert an; da überdies der österreichischen Staatsverwaltung aus den Vereinbarungen mit Deutschland Marknoten während der letzten Zeit in geringerem Umfange zur Verfügung standen, war auch das Angebot heimischer Zahlungsmittel für die im Auslande zu leistenden Zahlungen beträchtlich und die Valutenkurse einer verdoppelten Belastung ausgesetzt.

Die wahren Devisenpreise, die richtigen internationalen Bewertungsverhältnisse der verschiedenen Landeswährungen werden erst einige Zeit nach dem Friedensschlusse sich herausbilden können, wenn die zufälligen Faktoren, die jetzt den Markt fast souverän beherrschen, ihren Einfluß verloren haben und der dann freigegebene unbehinderte Verkehr die Strömungen der Zahlungsbilanz wieder zur Geltung bringt. Die jetzigen Erscheinungen dürften als ernsteste Symptome der Störung nicht gering geachtet, aber auch in ihrer Tragweite nicht überschätzt werden. Die Naturfaktoren, welche den Reiztum der einzelnen Länder und die Grundlage der finanziellen Wertung bilden, können jetzt nur zum geringeren Teile zur Wirkung gelangen. Werden diese Kräfte freigelegt, so können die gegenwärtigen unnatürlich schlechten Wechselkurse unmöglich Bestand behalten. Nach dem Frieden wird der sich allmählich einstellende Verkehr zunächst einen normalen, stärkeren Schwankungen in geringerem Maße als jetzt unterworfenen Stand der Währung herausbilden. Nicht nur unsere, am meisten geschädigten, sondern auch die Wechselkurse der reicheren westlichen Länder müssen sich erst stabilisieren. Von den jetzigen Zufallswerten zu der vollen Wiederherstellung der alten Währungsgrenze ist noch ein harter mühsamer Weg; dennoch darf keine Stunde versäumt werden, ihn zu betreten, und schon im Kriege darf kein Schritt unversucht bleiben, der uns diesem Ziele näher bringen kann. Die Warenausfuhr muß mit allen verfügbaren Kräften aufgenommen, die Verbreitung heimischer Wertpapiere beim fremden Kapital gefördert werden; eine planmäßig eingeleitete Aufklärungstätigkeit, die schon jetzt einsetzen müßte, soll das Ausland über die inneren Hilfskräfte und die finanziellen Verhältnisse der Monarchie unterrichten, ihm die Erwerbung österreichischer Schuldtitel während erscheinen lassen, die jetzt zu so außergewöhnlich günstigen Bedingungen erfolgen kann. Die Aufgabe ist für Deutschland, das einen überseeischen Handel von mehr als zehn Milliarden erst mühsam wieder herstellen müssen, vielleicht noch schwerer als für unsere Monarchie, die niemals im Weltverkehre so fest verankert war und das Schwergewicht der wirtschaftlichen Tätigkeit in der Ausnützung des inneren Marktes suchte. Niemand zweifelt aber daran, daß in Deutschland schon vom ersten Augenblicke des Friedens alle Kräfte aufgeboden werden, um die Währung so rasch als möglich wieder vollwertig zu machen. Der gleiche Eifer sollte auch in unserer Wirtschaft alle Kräfte erfüllen. Das Gebäude der Wiederherstellung nach dem Kriege wird durch die Vollwertigkeit der Währung gekrönt werden müssen.

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen. Die Vereinigung zweier Wiener Banken.

Wien, 15. Juni.

Zwei erbgeessene Wiener Finanzinstitute, die Allgemeine Verkehrsbank und die Bank und Wechselstuben-Aktiengesellschaft „Mercur“, sollen zu einer engen, dauernd gesicherten Gemeinschaft zusammengefügt werden. Ihre geschäftliche Verbindung ist erst neuen Datums; früher war der Wettbewerb um finanziellen Rang und austauende Geschäfte unter ihnen, wie unter so manchen anderen Banken, ziemlich lebhaft, wengleich das Bestreben der Mittelbanken, sich gegen die geschlossene Phalanx der sieben Großbanken Geltung zu verschaffen, in manchen Belangen, wie hinsichtlich des Einlagenzinsfußes und der Errichtung neuer Filialen, ein einseitliches Vorgehen und gewisse übereinstimmende Grundsätze der Geschäftsführung wiederholt gezeigt hatte. Der Wunsch nach voller und bleibender Vereinigung ist durch die Vorbereitung zur Friedenswirtschaft ausgelöst worden. Die beiden Banken begegneten sich in dem Bestreben, in zwei vom Kriege durch lange Zeit am stärksten umbranteten Hauptstädten der äußersten Peripherie, in Triest und Czernowitz, Filialen gemeinsam zu eröffnen und so die Konkurrenz zu vermeiden; bereits früher bestand eine Art stillschweigende Abmachung, daß bei einer neuen Niederlassung jede dieser Banken solche Orte mied, wo bereits die andere sesshaft war; ein großes Geschäft, die neue Schiffswerft in Triest, wird von beiden Banken gemeinsam entworfen und durchgeführt werden. Schritt für Schritt führten diese Bestrebungen zu dem Plane eines bleibenden Zusammenschlusses und zu Vorabmachungen, deren Zustandekommen und Gestaltung allerdings von den Verhandlungen mit der Aufsichtsbehörde, nicht zuletzt auch von der Lösung mancher Steuer- und Gebührenfragen bedingt ist. Die Grundlage würde paritätisch sein, was in der Firma, den an ihren Verbleibenden leitenden Persönlichkeiten, der Belassung der jetzigen Grundsätze der Geschäftsführung zum Ausdruck kommen soll. Für das neue vergrößerte Institut würde das auf den höheren Standard von 400 Kronen lautende Aktiennominale des „Mercur“ Geltung haben. Die Aktien der beiden Gesellschaften bieten im Gefahr die gleiche Rentabilität und werden auch im Verkehr verhältnismäßig gleich gewertet; auf diese Weise könnten die Aktionäre des „Mercur“ ihre Titres behalten, die Anteilseigentümer der Verkehrsbank für 25 Aktien je 16 Aktien der neuen Bank zugewiesen bekommen. Sollte eine Einigung nicht gelingen, so würden die beiden Banken formell selbständig bestehen bleiben, die Gemeinsamkeit der Geschäftsführung und finanziellen Gebarung würde dann durch eine Interessengemeinschaft angestrebt werden, deren Inhalt und Dauer durch genau umschriebene, bindende Verträge auf längere Zeit gesichert werden soll.

Eine Vereinigung dieser Art wäre ein weiterer Schritt zur Konzentration des Finanzkapitals in den großen Organisationen der Banken. Diese Entwicklung hat im Laufe der Zeiten auf dem Wiener Plage die verschiedenartigsten Phasen durchgemessen. Anfänglich war bei den Staatsgeschäften der Einfluß des Hauses Rothschild allein maßgebend, das sein Instrument und Organ in der Creditanstalt besaß. Daneben verstand es die mit wertvollen staatlichen Privilegien ausgestattete Bodenkreditanstalt, sich stärker geltend zu machen, bei Rentenbegehungen sogar die Creditanstalt vorübergehend aus dem Sattel zu heben, bis eine Verbindung dieser beiden führenden Institute mit dem Weltbause und der auf dem Budapestter Plage dominierenden Ungarischen Kreditbank zur Rothschild-Gruppe führte. Die neue Gruppierung der Hochfinanz blieb durch Jahrzehnte herrschend; die übrigen Institute, die unter dem Gattungsbegriffe der Mittelbanken zusammengefaßt wurden, versuchten es immer wieder, gegen diesen festgefühten Turm anzurennen, erzielten auf verschiedensten Gebieten, bei Spezialanleihen, bei der Geldbeschaffung der Länder und Städte, in der immer inniger geschlungenen Verbindung mit der Industrie, den Bahnen und der Schifffahrt stetig wachsende Erfolge, wußten auch die Heranziehung zu den eigentlichen Staatsgeschäften mit steigenden Quoten durchzusetzen. Als vor zehn Jahren die österreichische Finanzverwaltung die Deckung ihres Rentenbedarfes der Postsparkasse übertrug, die sich die meisten Wiener Institute angliederte, war das Monopol der Rothschild-Gruppe gebrochen, die Staatsgeschäfte vermittelt unter Vorsitz der Postsparkasse das Oesterreicher-Konfortium, in dem sämtliche Banken vertreten sind und nach ihrer Kapitalkraft und Leistungsfähigkeit angemessene Quoten besitzen. Die ehemaligen Mittelbanken sind längst über diesen Rahmen hinausgewachsen; anfangs nur mit Eigenkapitalien ausgestattet, die sechzig oder achtzig Millionen nicht überstiegen, haben sie alle ihre Mittel durch wiederholte Aktienbegehungen verdoppelt, zahlreiche Filialen in allen Ecken des Reiches und im Auslande gegründet, sich Kreditverbindungen und Kunden aus den besten Kreisen der Industrie angegliedert, in vielen Produktionsgruppen maßgebenden Einfluß erlangt und sind den größten Instituten nahe an den Leib gerückt, einzelne von ihnen haben sie, wie das bei den Kriegsanleihen zutage trat, an dem Umfange der Placierung übertroffen. Die früheren Mittelbanken sind jetzt zumeist gleichfalls finanzielle Mammut, mit Eigenkapitalien von hundert bis hundertachtzig Millionen, mit Bilanzsummen von mehreren Milliarden; ein Vorrang der beiden ersten Institute besteht nur hinsichtlich der aus langjähriger Entwicklung stammenden Reserven, der Qualität mancher Kunden und angegliederten Unternehmungen, nicht in der Größe des Geschäftes und der Bedeutung der finanziellen Verbindungen.

Die sieben Großbanken arbeiten jetzt ebenso verbündet, wie es früher die beiden Häupter des Rothschild-Konfortiums taten; Staatsgeschäfte werden gemeinsam durchgeführt, in industriellen Transaktionen, im Gründungs- und Emissionsgeschäfte bilden sich für den einzelnen

Kall lose Gruppen, in den verschiedenen Industrien ist der Einfluß der einen oder der anderen von ihnen vorherrschend. Der Auftrieb von unten ist aber nicht stille geblieben, andere finanzielle Gebilde, die früher weniger beobachtet wurden und sich jetzt gleichfalls wesentlich erweitern, sind ihnen nachgerückt. Neue Mittelbanken sind aus ehemals kleineren Instituten entstanden, ein Mittelstand, der gleichfalls finanzielle und soziale Geltung verlangt. Die Errichtung neuer Banken hatte in Wien niemals eine große Tragkraft. Seit fast vierzig Jahren ist keine einzige Großbank entstanden, von kleineren Organisationen erst in den letzten Jahren die Wiener Kommerzbank, die Industrie- und Handelsbank, die Internationale Handelsbank, unter denen nur die erstere sich durch ein Kapital von 30 Millionen im vorhinein auf ein größeres Kreditvermittlungsgeschäft eingerichtet hat, während die übrigen mit kleineren Mitteln vielfach noch in den Anfängen stehen und in ihren Entwicklungsmöglichkeiten sich noch nicht überschließen lassen. Dagegen sind die aus älterer Zeit stammenden Banken ruckweise zu großen Gebilden emporgeschwollen. Am raschesten verlief dieser Prozeß bei der Depositenbank. Vor dem Kriege hatte sie ein Aktienkapital von 33 Millionen, dieses Eigenvermögen wurde in drei Stufen auf 40, dann auf 60 und schließlich im heutigen Jahre auf 80 Millionen Kronen gesteigert. Neue Industrieverbindungen wurden angeknüpft und in den letzten Monaten wurde bei Finanzierungen kaum irgendeine Bank so häufig genannt als diese, wobei selbstverständlich die Ertragsfähigkeit des angelegten Kapitals sich erst wird erweisen müssen. Die Verkehrsbank hat bereits vor dem Kriege ihren Ausbau seit dem Jahre 1910, wo ein langfristiges Programm ausgedacht wurde, durch alljährliche Begebung von 20.000 Aktien eingeleitet, in den letzten acht Jahren wurde so das Kapital von 19'6 auf 75 Millionen Kronen gesteigert, die Zahl der Filialen auf 35 vermehrt, die wichtigen Verbindungen mit Bulgarien, mit größeren Gruppen der heimischen Waggon-, Maschinen- und Papierindustrie angeknüpft. Der „Mercur“ hatte vor zwölf Jahren nur ein Aktienkapital von 12 Millionen Kronen und hat es jetzt auf 80 Millionen gebracht, wovon 30 Millionen in den Kriegsjahren beschafft wurden. Seine Stärke hat das Institut in deutschen und Schweizer Verbindungen, der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt in den 32 Filialen, in Beziehungen zu vielen mittleren Industrie-gesellschaften, im Emissions- und Effekten-geschäfte, aus dem das Institut hervorgegangen ist.

Diese beiden Finanzinstitute sollen nun zu einer Großbank zusammengeschweißt werden, jede soll ihre gesonderte Existenz, ihren Sondercharakter aufgeben. Das Urteil über eine Transaktion dieser Art ist naturgemäß durch die Frage bedingt, welche finanziellen Vorteile den sich dauernd vereinigenden Konforten hieraus erwachsen werden. Ein solcher durchschlagender Nutzen, der das Aufgeben der Selbständigkeit, vielleicht auch die Aufwendung großer Kosten rechtfertigen würde, ist aber vorerst nicht zu erblicken. Daß Banken zusammenarbeiten können, ohne ineinander aufzugehen, lehrt die tägliche Erfahrung. Dazu genügen Verträge über gemeinsame Gruppierungen zu Konfortialgeschäften, über die Ausschließung des Wettbewerbes in der Errichtung von Filialen, über einheitliche Geschäftsbedingungen für die Bedienung der Kundschaft. Die Ersparnis an Rentenzahlung spielt nur in der Industrie wegen der Wirkung auf die Selbstkosten eine entscheidende Rolle, nicht aber bei der Vereinigung von Banken, zumal ja in der Leitung kein Wechsel, also auch keine Vereinfachung eintreten soll. Daß aber eine vereinigte Bank eine größere Aktionskraft besitzen, mehr geehrt und mit stärkeren Anteilen zugelassen werden sollte als zwei Banken, die ständig zusammengehen, wird schwerlich erwiesen werden können. Für die Wertung einer Bank sind zwei Umstände maßgebend: das Vertrauen des Publikums hinsichtlich der Einlagen und das Talent der Leitung. Beide werden bei einer vereinigten einzigen Bank nicht größer sein als bei ständig zusammenarbeitenden, von den gleichen Direktoren geführten Instituten. Die Bodenkreditanstalt hatte immer Konforten, bevor sie noch der Rothschild-Gruppe eingefügt wurde, und hat ihre Selbständigkeit niemals aufgegeben. Die Verkehrsbank ist ein seit 54 Jahren bestehendes, altangestammtes Wiener Institut mit spezifisch lokalem Charakter und alten Verbindungen, der „Mercur“ wurde in 31 Jahren allmählich zu seinem jetzigen Geschäftsumfang ausgebaut. Es ist keine Kleinigkeit, derartige eingewurzelte Organismen, die sich gut bewährt und ihre Eigentümlichkeit bewahrt haben, zu zerschlagen. Ein ähnliches Schicksal hat in den achtziger Jahren dem Bankverein gedroht, als die Pläne zur Liquidierung des Instituts und zur Vereinigung mit der Länderbank fast vor der Verwirklichung standen. Wir haben uns damals dagegen ausgesprochen; der Bankverein ist nicht, wie geplant war, verschwunden, hat vielmehr erst von da ausgehend seinen Anstieg zur gegenwärtigen Höhe genommen, die durch das Aufgehen in eine andere Bank gewiß nicht erreicht worden wäre. Einen wirklichen Gewinn könnte nur der Steuerfiskus haben, der aus der Liquidation etliche Millionen vergnügt einstreichen würde. Für die Gesamtheit oder für jedes einzelne der Institute ist die wirtschaftliche Erpresslichkeit einer Verschmelzung nicht zu erweisen; die Bewahrung der Individualität ist auch im finanziellen Leben ein nicht zu unterschätzender Vorteil, der deshalb, weil die Vereinigung nach außen einen neuen, den anderen Instituten gleichkommenden Riesenkörper schaffen kann, nicht leichten Mutes in den Wind geschlagen werden sollte.

Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

Hoch 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich
ne Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 80 Pf. u. 40 % Teuerungszuschlag.
e Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
Berlin SW 68, Kochstr. 22-26. und in allen Geschäftsstellen des Verlages:

26

Fernsprech - Zentrale. Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800,
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Die Vorbereitung der Friedenswirtschaft.

Staatssekretär v. Stein an die Handelswelt.

Bremen, 24. September.]

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

In Bremen fand gestern Abend aus Anlaß des Besuches des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtes, Freih. v. Stein, worüber gestern Abend im Handelsteil berichtet wurde, in der Bremer Handelskammer eine große wirtschaftliche Kundgebung statt, an der alle führenden kaufmännischen Kreise Bremens teilnahmen. Die Tagung wurde eröffnet durch eine Ansprache des Präses der Handelskammer Biedermann, der u. a. ausführte: Trotz erfreulicher Uebereinstimmung in dem großen Ziele, baldmöglichst die freie Weltwirtschaft wieder herzustellen, walteten über die Wege, die zu diesem Ziele führen, einzelne Verschiedenheiten der Ansichten zwischen Kaufmannschaft und Reichswirtschaftsamt ob. Freiheit in der Welt kann nur der mit Recht von anderen beanspruchen, der selbst bereit ist, sie zu gewähren. Deshalb muß an die Stelle der Grenzsperrre wieder die alte Handelsfreiheit treten. Daß dadurch ein übertriebener Luxus nach dem Kriege in Deutschland begünstigt würde, vermag ich nicht zu glauben, denn das deutsche Volk wird von allen Seiten zum Sparen gezwungen werden. Die Handelsflotte wird in der Uebergangszeit sich in den Dienst der Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen und Nahrung stellen müssen. Auf wesentliche Hilfe der ausländischen Schifffahrt kann nicht gerechnet werden, ebensowenig auf eine baldige Besserung der Valuta. Über die spekulativen Angriffe auf die Mark würden aufhören. Selbst bei weiterer Senkung des Kurses würde in dem Tiefstand zugleich die Heilung liegen. Teure Devisen bei sinkenden Warenmärkten schützen besser, als alle staatliche Vorsehung vor übermäßiger Einfuhr und sind das beste Mittel, den Export auf die frühere Höhe zu bringen. Zur Wiederaufnahme des Weltverkehrs bedarf es der frei schaffenden Kraft vieler Tausender ohne staatliche Bevormundung. Der Gedanke, daß wir uns großhungerig mißten, ist ganz verfehlt. Solange Mangel im Innern besteht, werde kein nennenswerter Export wieder in Gang kommen. Nur dadurch, daß man dem Handel in fremden Zahlungsmitteln freie Hand lasse, werde es gelingen, das Angebot in fremder Valuta zu steigern. Zum Schutze der Konsumenten und geschwächten Produzenten werde nach dem Kriege eine Zeitlang Kontingentierung und Nationierung nötig sein. Die Umwälzung aller Handelsformen und aller Handelsbeziehungen verlangt dringend die Initiative des Einzelnen. Die möglichst baldige Wiederherstellung des freien Spiels der Kräfte ist auch allmählich das Ziel des Reichswirtschaftsamtes geworden, nur über Fragen der Zweckmäßigkeit und des richtigen Weges müssen Regierung und Kaufmannschaft in gegenseitigem Vertrauen sich noch einigen.

Staatssekretär v. Stein führte in seiner Antwort aus: Ich knüpfe an die Betrachtung Ihres Herrn Präses an und kann es da nur als vollkommen richtig bezeichnen, wenn Sie, verehrter Herr Präses, den Ursprung aller gegenwärtigen und die Gefahr künftiger Bedrängnisse in England und in dem von England geschürten Wirtschaftskrieg sehen. Das sollte sich jeder an jedem Tage wiederholen, dann wüßte er, wem unser Kampf zu gelten hat und wohin er zielen muß. Dann würde sich aber auch der durch Ihre Rede so erfreulich klingende Wille stählen, sich fremdem Zwange nicht zu beugen, in der mutigen Zuversicht, daß Deutschland den Platz behaupten wird, den Können und Fleiß ihm in der Welt errungen haben. (Bravol) Ganz richtig ist es auch, daß dieses Ziel nur zu erreichen ist, wenn nach dem Kriege im Verkehr der Völker alle Schranken fallen, die über den berechtigten Schutz der eigenen Arbeit hinausgehen. Darum: kein Wirtschaftskrieg nach dem Kriege! Ein Friede, der das nicht enthielte, wäre kein Friede. (Sehr richtig!) Der Friedensvertrag kann uns aber nur soweit sichern, als es sich um Maßnahmen den feindlichen Staaten handelt. Allein, gerade auf wirtschaftlichem Gebiete kommt es nicht nur auf das an, was die Regierungen tun, ebenso wichtig, ja manchmal wichtiger ist, wie sich die Geschäftsleute verhalten.

Für Deutschland glaube ich dafür einstehen zu können, daß Regierung und Geschäftskreise in dem ausgesprochenen Grundsatz einig sind: kein Wirtschaftskrieg nach dem Kriege! Wird er uns aber auferlegt, und der Chor, der nach der in England angestimmten Weise aus den Ländern unserer Feinde hinüberhallt, zwingt uns, damit zu rechnen, nun gut, so werden wir ihn aufnehmen unter Entfaltung aller im deutschen Volke ruhenden Kräfte, auch hier in der Verteidigung, aber auch hier mit dem frohen Mut, der den Kampf in das Land des Gegners trägt und dort den Sieg behauptet. Doch davon ein andermal, wenn es dahin kommen sollte. Noch wollen wir wünschen und das Unvergeßliche tun, daß es verhütet wird, und heute nur die Aufgaben ins Auge fassen, vor denen unsere Wirtschaft nach dem Kriege stehen wird, auch wenn kein Wirtschaftskrieg dem Kriege folgt. Wir haben dazu allen Anlaß, denn auch in diesem Falle wird es kein Leichtes sein, wiederaufzubauen, was der Krieg zerstört hat. Wird es doch schon schwer genug sein, nur die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen.

Stn Vorhaben

IX. 1918. 192

Styff

Die wirtschaftlichen Folgen der Angliederung Bosniens und der Herzegowina an Ungarn.

Wien, 24. September.

Im Falle der Ausscheidung Bosniens und der Herzegowina aus der gemeinsamen Verwaltung würde Ungarn ein Gebiet von großer wirtschaftlicher Zukunft angegliedert werden. Bosnien hat Erze, Kohle und Holz und die österreichische Industrie würde namentlich nach der Beendigung des Krieges angesichts der Sorgen, welche die Rohstoffbeschaffung bereiten wird, in einen starken Nachteil geraten, wenn sie in den bisherigen Bezügen verfürzt werden würde. In bezug auf das Waldeigentum herrschte in Bosnien und der Herzegowina vor der Okkupation die größte Verwirrung. Das Land war nicht vermessen, der Eigentumsstand am Walde, abgesehen von den allgemein rechtlichen Anhaltspunkten, welche die ottomanische Gesetzgebung enthielt, noch gar nicht bekannt. Die Waldbesitzregulierung wurde in der Zeit von 1884 bis 1901 beendet und damit die Scheidung zwischen Staats- und Privatwald einschließlich des Bukowinalandes durchgeführt. Ungefähr 48 Prozent der Landesfläche in Bosnien und der Herzegowina sind Waldland. Die Wälder umfassen heute etwa 25 Millionen Joch, was bei den gegenwärtigen Holzpreisen nach einer sachmännischen Schätzung einem Werte von ungefähr zwei Milliarden entspricht. Etwa vier Fünftel sind Hochwald, der andere Teil Nieder- und Buschwald. Sehr ausgedehnt sind die gemischten Stände, vorwiegend Tanne, Fichte und Kiefer, wobei die für den Schiffsbau wichtige Schwarzkiefer und die wertvollen Nadelbäume hervorgehoben werden sollen. Auch die Buchenwälder haben einen großen Umfang; überdies besitzt Bosnien bekanntlich schöne Eichenwälder. Das Holz kommt in erster Linie für die Ausfuhr in Betracht, da die Wälder durch eigene Bahnen, welche die Bosnische Forstindustrie-Gesellschaft gebaut hat, mit dem Hafen von Sebenico in Verbindung gebracht worden sind. Die Holztransporte gravitieren zum größten Teile zum Meere und die Bedeutung einer solchen Ausfuhr für die Valuta liegt auf der Hand. Die Waldbahnen gehen von Prijedor nach Knin und von dort nach Sebenico; eine Zweigbahn führt von Ernebica nach Jaice und stellt die Verbindung nach dem Osten und nach Sarajewo her. Der Holzpreis war vor dem Kriege loco Sebenico 50 Kronen für den Festmeter, jetzt ist er etwa 240 Kronen. Der bei weitem größte Teil der bosnischen Wälder gehört dem Aerar; nach den vor einigen Jahren veröffentlichten Ausweisen verhielt sich der staatliche zum privaten Besitz ungefähr wie 4 zu 1. Den bedeutendsten Anteil an den Wäldern hat die Bosnische Forstindustrie-Gesellschaft, die vom Aerar ins Leben gerufen worden ist. In Bosnien ist auch die Zellulosefabrikation in großem Maße möglich, was für die Zukunft von außerordentlicher Bedeutung wäre.

Der Boden Bosniens birgt ferner große Mengen wertvoller Eisen-, Mangan- und Metallerze und das Land hat auch eine steigerungsfähige Kohlenförderung. Die letzten Daten über die Kohlenproduktion liegen aus dem Jahre 1916 vor. Die Braunkohlenförderung belief sich damals auf 93 Millionen Meterzentner und hat gegen das Jahr 1915 um 13 Millionen Meterzentner zugenommen. An Eisenerzen wurden 16 Millionen Meterzentner hervorgebracht, um eine halbe Million Meterzentner mehr als im Jahre 1915; heuer soll man fördertätig zeitweise schon 2000 Tonnen erhalten, so daß auf eine Jahresproduktion von fünf bis sechs Millionen Meterzentner zu rechnen wäre. Die Erze der dem Montanarar gehörigen Lagerstätten von Vubija bei Prijedor sind nicht nur sehr reichhaltig, sondern auch von ausgezeichnete Qualität, und die österreichische Eisenindustrie hat jedenfalls großes Interesse an diesem Bezuge, zumal sie die Erfahrung gemacht hat, daß Ungarn die Ausfuhr von ungarischen Eisenerzen nach Oesterreich nicht gern sieht, obwohl die ausgeführten Erze aus eigenen Gruben österreichischer Eisenwerksgesellschaften stammen. Von bedeutendem Werte sind auch die Mangangerzen des bosnischen Montanarars bei Semizovac. Sie sind für die österreichische Stahlindustrie von größter Wichtigkeit, da Oesterreich außer einigen neuen kleinen Vorkommen nur über die Mangangerzen in Jakobeni in der Bukowina verfügt, deren Produktion in der Kriegszeit zeitweise außer Betracht kam und auch jetzt nicht normal ist. Die bosnischen Mangangerzen sind sehr ergiebig und die Förderung konnte schon im Jahre 1916 auf rund 227.000 Meterzentner gegen zirka 47.000 Meterzentner vor dem Kriege gebracht werden. Auch die Schwefelkieserzeugung hat sich im Jahre 1916 gegenüber der Zeit vor dem Kriege um etwa ein Drittel auf rund 92.500 Meterzentner erhöht. Die Blei- und Kupfererzgewinnung ist im Kriege überhaupt erst ausgenommen worden; die Förderung von Chromerz wurde 1916 gegenüber dem Vorjahre fast verdoppelt. Die Bergbaugewinnung Bosniens ist durch den Krieg sehr beeinträchtigt worden. Auch in der Hüttenindustrie zeigt sich der Einfluß der Kriegereignisse. Im Jahre 1916 wurden in Bosnien etwa 431.000 Meterzentner Roheisen, 227.000 Meterzentner Martin-Ingots, 172.000 Meterzentner Walzeisen und 40.000 Meterzentner Gußware produziert. Wohl hat die Erzeugung gegenüber dem vorangegangenen Jahre wesentlich zugenommen, sie war jedoch im Hochkonjunkturjahre 1912 weit höher, da damals über 532.000 Meterzentner Roheisen, 386.000 Meterzentner Martin-Ingots und 327.000 Meterzentner Walzeisen produziert worden sind. An Stahl hat Bosnien im Jahre 1917 rund 242.000 Meterzentner erzeugt.

Mit den Riffen der Vergangenheit erschöpft sich bei weitem nicht die Exploitationsfähigkeit des Landes. Die Braunkohlenvorräte sind beim letzten Internationalen Geologenkongreß auf 3676 Millionen Tonnen geschätzt worden, von denen ungefähr die Hälfte aufgeschlossen ist.

11. IX. 1918

Der Kapitalist.**Die wirtschaftliche Selbständigkeit Ungarns.****Scheinrat Leo Lánczy und Magnatenhausmitglied Chorin über unser Verhältnis zu Oesterreich.**

In der heute abgehaltenen Sitzung der Budapestester Handels- und Gewerbekammer hielt Präsident Scheinrat Leo Lánczy eine längere Rede über die politische Lage, in welcher er etwa folgendes ausführte:

Es ist unmöglich, sagte Redner, der Besprechung der politischen Lage aus dem Wege zu gehen, weil alle der Lösung harrenden Fragen innig mit unseren wirtschaftlichen Bestrebungen und Interessen verknüpft sind. Obwohl momentan noch ungewiß, ist es dennoch zu erwarten, daß nun der die ganze Menschheit beglückende Friede bald zustande kommen werde. Wir erklären auch heute unsere Solidarität mit den Friedensbestrebungen unserer auswärtigen Leitung und erwarten vom Feinde den gerechten Ausgleich der aneinander geratenen Interessen und für Ungarn in erster Reihe die territoriale Integrität. In allem können wir nachgiebig sein, nur in diesem einen Belange nicht. In dieser Frage wird es keine Meinungsverschiedenheit geben. Alle Bürger, alle Parteien werden diesbezüglich einig sein.

Schon zu Beginn des Jahres habe er unter Zustimmung der Kammer konstatiert, daß die in Oesterreich sich vollziehenden Ereignisse auch die orthodoxsten Getreuen der Zollgemeinsamkeit in ihrer Ueberzeugung und ihrer auch sonst schwierigen Position erschüttert haben. Was sollen wir aber jetzt sagen, da der Zerfall, die zentrifugalen Kräfte und die Furien der Destruktion Oesterreich zerfleischen, da wir sehen, daß die Oesterreich in seine einzelnen Bestandteile zerfallende Erschütterung die Existenzwurzeln der Doppelmonarchie angreifen und die gemeinsame Verteidigung, welche den Grundpfeiler der pragmatischen Sanktion bildet, von den mächtigsten Provinzen Oesterreichs verweigert wird. Es ist nun die Frage, ob wir unter solchen Umständen die Bande noch als in Geltung befindlich erachten können, welche der Ausgleich von 1867 uns auferlegte (Beifall); diese Bande und die Verpflichtung der gemeinsamen Verteidigung beruhen auf Gegenseitigkeit. Ob man wohl in Oesterreich bedacht hat, daß die Auflösung des gemeinsamen Schutzes uns auf der ganzen Linie die Hände freimacht, sowohl auf dem Gebiete der Seeresangelegenheiten wie besonders im Hinblick auf die unabhängige, ganz unseren Interessen entsprechende Einrichtung unserer wirtschaftlichen und außenpolitischen Selbständigkeit. Wir können heute die Rückwirkungen der neuen politischen Umgestaltung noch nicht genau ermessen, erst die nächste Zukunft wird darüber Orientierung bieten, aber wenn wir sehen sollten, daß die Grundlagen des Dualismus unhaltbar geworden, dann ist die Zeit gekommen, daß sich das Land seine wirtschaftliche Unabhängigkeit und die freie Hand auf der ganzen Linie sichere. (Großer Beifall.) Es ist die höchste Zeit, daß unsere Staatsmänner, der neuen Lage angepaßt, die Nation die neuen Wege der neuen Orientierung führen.

Auch ansonst warten unser große nationale Aufgaben, welche unseren volkswirtschaftlichen Interessen zu dienen berufen sind. Es muß vor allem die Möglichkeit der Mehrarbeit geschaffen werden, alle der Unternehmung im Wege stehenden Hindernisse beseitigt werden, damit nicht neue geschaffen werden, wie es z. B. die Verordnung gegen die Kapitalerhöhungen war. Parallel mit dem Friedensschluß müssen auch alle mit der Abrüstung in Verbindung stehenden Aufgaben in persönlicher, sachlicher und wirtschaftlicher Beziehung erfüllt werden. Die Tausende von Verordnungen, die unzähligen Zentralen, Kommissionen, Kanzleien usw. müssen demobilisiert und der Weg für die Privatthätigkeit und Friedenswirtschaft freigemacht werden. Es wird hiezu der vereinten Arbeit unserer Besten bedürfen. Davon hängt jedoch unser nationaler Bestand, unser wirtschaftliches Wohlergehen ab. (Lebhafte Beifall.)

In der Sitzung des großen Ausschusses des Bundes der ungarischen Fabriksindustriellen hielt Präsident Dr. Franz Chorin über die politische Lage folgende Rede: Wir kommen

in schicksalsschwerer, entscheidender Stunde zusammen, doch haben wir keinen Grund, zu verzagen. Der Friede ist im Anzug und wir sind überzeugt, daß seine Bedingungen Ungarns künftige Entwicklung garantieren werden. Ungarn, das durch mehr als vier Jahre mit einer auch in der Weltgeschichte beispiellosen Selbstaufopferung seine Pflicht gegenüber der Monarchie erfüllt hat, muß heute — wo aus Gründen, die außerhalb ihm selbst liegen, grundlegende Veränderungen vorgegangen sind — in erster Linie sich mit seiner eigenen Zukunft befassen. Aus der Stellungnahme der österreichischen Deutschen, der Tschechen und der Polen, aber auch aus den Bestrebungen der Südslaven kann festgestellt werden, daß die Völker Oesterreichs sich zu Nationalitätenstaaten gestalten, deren gegenseitiges Verhältnis in der Zukunft im gegenwärtigen Augenblick noch nicht als geklärt betrachtet werden kann. Auch Ungarn kann nicht stummer Zuschauer dieser Umgestaltungen sein und kann sich nicht starr an solche Schöpfungen halten, welche zwar in der Vergangenheit die Entwicklung der Monarchie gefördert haben, welche aber durch die Macht der Tatsachen unhaltbar geworden sind.

Die von den Deutschen, Tschechen, Südslaven und Polen geplanten Gestaltungen dürfen uns nicht unvorbereitet treffen. Aus diesem Grunde halten wir es für notwendig, daß bei den für unsere ganze Zukunft entscheidenden Friedensverhandlungen die Interessen Ungarns durch seine verantwortliche Regierung unmittelbar vertreten werden. Es ist unmöglich, daß der Minister des Aeußern unter den heutigen Verhältnissen die Interessen der österreichischen Völker und diejenigen Ungarns gleicherweise vertritt. Im Sinne unseres Friedensvorschlages muß jede wirtschaftliche Unterhandlung, die wir auf Grund besonderer Bevorzugungen mit anderen Staaten eingeleitet haben, eingestellt werden und es ist dementsprechend jede Vereinbarung der Salzburger Verhandlungen als nichtig zu betrachten. Aus der Umgestaltung der österreichischen Verhältnisse folgt notwendigerweise auch die Tatsache, daß jede zwischen den beiden Regierungen bisher zustandgekommene Vereinbarung gegenstandslos ist. Ungarn muß unverzüglich an die Vorbereitung seiner politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit gehen. Diese Maßnahme richtet sich nicht gegen die Völker oder gegen die Selbstständigkeitsbestrebungen der Völker, mit denen Ungarn bisher in der Monarchie vereinigt war. Das selbständige Ungarn wird, auf dem Wege der demokratischen Entwicklung fortschreitend, den Weg finden, auf dem es unter Wahrung der staatlichen Einheit die Nationalitätenfrage auf Grundlage des weitestgehenden Entgegenkommens regelt, und wird Europa davon überzeugen, daß die ungeschmälerte Aufrechterhaltung des ungarischen Staates eine Garantie der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung und ein großes Interesse der europäischen Zivilisation ist. — Der Bund der ungarischen Fabriksindustriellen erhob die Emunziation des Präsidenten zum Beschlusstrag.

12/X. 1918

Das Wirtschaftsproblem des Ostens.

IV. Schluß *)

Von Dr. Max Rosenberg.

Eine wichtige Rolle spielt in der Wirtschaftssphäre des Ostens die Geldfrage. Der östliche Bauer liebt das Geld. Er verbindet damit gewisse Vorstellungen. Er hat nie genug davon. Er betrachtet aber nicht jeden Wertmesser als Geld. Er ist konservativ in der Auffassung der äußeren Form des Geldes. Das Aussehen des Geldes muß immer das selbe sein. Neuen Geldsorten und Formen gegenüber verhält er sich regelmäßig ablehnend. Es ist bekannt, daß schon in der Zarenzeit es in Rußland regelmäßig geraume Zeit gedauert hat, bis sich gewisse neue Geldformen eingebürgerten. Da darf es kein Wunder nehmen, wenn jetzt nach dem Ausbruch der Revolution, nach der Ueberschwemmung mit neuen Banknoten, der ganze Geldumlauf in Rußland in ungeordnete Bahnen geriet. Zuerst das Rerenski-Geld mit seinen zahlreichen Falsifikaten, nachher in der Ukraine die Karbowance-Währung. In diesem Chaos hält der Bauer in seinem konservativen Sinne nur an seinem alten Romanow-Rubel fest, von dem er nicht lassen will. Wenn er Geld thesauriert, so tut er dies nur mit dem Romanow-Gelde. Um Besitz nur dieses Geldes hat er ein Interesse. Das andere Geld, ob es nun eigenes neues oder neutrales oder unser Geld ist, wird von ihm nicht gleich gewertet, möge es valutarisch noch so gesichert sein. Wenn ihm jemand seine Ware abnimmt und ihn dazu zwingt, dafür als Erlös ein anderes Geld als den alten Romanow-Rubel zu nehmen, so betrachtet sich der Bauer als geschädigt und ist bei dem ganzen Kaufe unzufrieden.

Der Destler ist kein Hamsterer in dem Sinne wie der westliche Agrarier. Er hält seine Waren nicht zu Spekulationszwecken in dem Maße zurück wie der westliche Produzent. Er sucht die Waren möglichst noch vor der neuen Ernte abzustößen, um Raum für die neue Ernte zu haben. Es ist bekannt, welche große Mißstimmung im Jahre 1916 bei den rumänischen Agrariern entstand, als die damalige rumänische Regierung die Getreideausfuhr droffelte und die Agrarprodukte bei den Bauern liegen blieben. Damals mußte die Entente mit umfangreichen Getreideläufen eingreifen. Die rumänische Regierung war um ihre Stellung besorgt und erwies sich den Getreideforderungen der Mittelmächte gegenüber willfähriger. Dies alles nur deswegen, weil der rumänische Bauer sein Getreide nicht bei sich lagern lassen wollte. Gerade, so es bei den übrigen Bauern des Ostens. Natürlich nur dann, wenn sie wissen, daß sie dafür entsprechendes Geld bekommen. Dies ist auch eine der wichtigsten Ursachen, weswegen im Osten die eingeleiteten Geldsorten, die oft knapp nach der Okkupation einen niedrigeren Kurswert haben, im Verlaufe der Ausbringungaktion in die Höhe schnellen und ihren geschlichen fixierten Wert bald übersteigen.

In anderer Hinsicht sind manchmal Fehler in der Bestimmung zwischen der Relation: Geld und Ware begangen worden, so daß, wenn auch in mancher Hinsicht sich unser heimisches Geld ein gewisses Geltungsgebiet verschafft hat, es sich dennoch nicht diejenige Wertung verschaffen konnte, die ihm eigentlich gebührt. Es soll nur auf das russische Beispiel verwiesen werden. In Rußland war infolge der Notensüberschwemmung während der Revolution der Preis aller Agrarprodukte stark gestiegen. Im Verhältnisse zu unserem Gelde war der Wert des russischen Geldes stark gefallen. Knapp vor dem Friedensschlusse in Brest-Litowsk, als sich schon zwischen den Fronten ein gewisser Grenzverkehr entwickelt hatte, wurde auf russischem Boden für 2 Kronen 1 Rubel 50 gezahlt. Dies war auch der Kurs in vielen Orten Süd-Rußlands. Nun wurde bei dem Einmarsche unserer Truppen in Rußland ein Wertverhältnis zwischen Krone und Rubel geschaffen, das wohl den Friedensverhältnissen, nicht aber den Verhältnissen während der russischen Revolution entsprach. Die Folge davon war, daß schon durch diese Fixierung das Aussehen unseres Geldes herabgedrückt war. Dies zeigte sich auch bei den Warenpreisen in bezug auf Zahlung mit österreichischem Gelde. So kam es, daß man mit österreichischem Gelde in Rußland viel teurer lebte und ungleich höhere Preise bezahlen mußte, als in Oesterreich selbst. In Rußland, wo die Relation zwischen Geld und Ware so ungünstig war, hat sich diese ungünstige Relation auch auf das Geld der Mittelmächte infolge der anfänglich schlechten Fixierung des Valutaverhältnisses übertragen. Der Gang der Ereignisse hat gezeigt, daß unsere Fixierung viel zu hoch war. Später ging man wohl in der Bewertung des Rubels runter, doch hat dieses Schwanken des Verhältnisses zwischen unserem und dem russischen Gelde nicht nur unter den Bauern, sondern auch auf den Händler eingewirkt, die beide jetzt gegenüber unserem Gelde ziemlich mißtrauisch sind. Ein Geld, wie der Rubel, der sich seit 40 Jahren in einem primitiven Bolke eingelebt hatte, dessen ganzes Aussehen mit seinen grellen Farbendrucken, seinen Wildern und großen Ziffern für den Mensch berechnet war, dessen Aussehen gerade mit Rücksicht auf die Wirtschaftssphäre für den Osten in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts geschaffen wurde, kann unmöglich durch kriegswirtschaftliche valutarische Maßnahmen, die nicht mehr als 1 bis 2 Jahre alt sind, ersetzt werden.

Noch etwas, was ja nicht übersehen werden darf: Nichts ist dem Destler verhasster, als wirtschaftlicher Zwang. Nichts wird er weniger vergessen, als wenn er sieht, daß ihm seine Ware, nicht freiwillig abgenommen, sondern mit Zwang requiriert wird. Wenn er sich auch nicht sofort wehren

kann, wird sein Gemüt doch verstoßt, wenn ihm auch noch so günstige Preise bei der Requisition winken. Er wird lieber seinen Acker schlechter bebauen, als daß er zwangsweise seine Agrarprodukte hergibt. Da nützen keine Verordnungen und strengen Erlässe. Der Destler will mit Güte behandelt werden. Er will sehen, daß er mit wirtschaftlichen Faktoren zu tun hat, denen er gewachsen ist. Er will frei über sein Gut verfügen und will nur das abgeben, was er will und nur dann liefern, wann er will. Gerade so wie dem Destler Gütmütigkeit zu eigen ist, so besitzt er auch Starrsinn in seinem wirtschaftlichen Handeln. Und nichts ist schlechter, als diesen seinen Starrsinn zu wecken. Die Klust, die sich dann aufstut, ist unüberbrückbar. In manchen Teilen des Ostens sind allerdings glänzende Erfolge erzielt worden. Gar manche Organisatoren der Mittelmächte haben in dieser Hinsicht Wunder erzielt. Ich kenne Fälle, wo Bauern gerne ihr ganzes Vieh abgegeben haben, und wo freiwillig ganze Gegenden depeloriert wurden, trotzdem die strengsten staatlichen Maßnahmen sie daran verhindern wollten. Diese Wirtschaftsorganisatoren konnten nur deswegen solche Erfolge erzielen, weil sie mit der Wirtschaftssphäre des Ostens vertraut waren, weil sie sich ihr angepaßt haben und weil sie ihren Anforderungen gerecht wurden. Der Osten verträgt nicht immer rein westliche Wirtschaftsmahnahmen. In einigen wenigen Kriegsjahren kann die östliche Wirtschaft nicht auf eine solche Stufe der westlichen Wirtschaft gebracht werden, daß alle Maßnahmen für beide passen. Wer den Osten verstehen, wer ihn wirklich ganz ausnützen will, wer dessen Reichtum hervorholen will, muß seiner Wirtschaftssphäre gerecht werden. Solange dies nicht geschehen wird, solange wird die Enttäuschung des Ostens in der Wirtschaftssphäre des Westens auch noch weiter eine Rolle spielen.

*) Siehe „Fremdenblatt“ vom 10., 21. und 24. September.

Der Volkswirt.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

13. Oktober. Die Deutsche Reichsbank weist den höchsten Goldvorrat seit ihrem Bestande, 2547 Millionen Mark, aus.

14. Oktober. Kriegskosten Italiens bis Ende Juni dieses Jahres 42 Milliarden Lire, ohne die an die Kriegslieferanten noch zu zahlenden Beträge.

15. Oktober. Neuerliche scharfe Rückschläge an den Börsen. — Uebereinkommen betreffend die Aufhebung der Guthabensperre zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. — Dem deutschen Reichstag wird ein Gesetzentwurf zur Regelung der Uebergangswirtschaft vorgelegt.

16. Oktober. Der ungarische Ministerpräsident Welerle proklamiert im Reichstage die Personalunion als Regierungsprogramm bei vollständiger wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit Ungarns.

17. Oktober. Verlängerung der Zeichnungsfrist für die Neunte deutsche Kriegsanleihe bis zum 6. November. — Wiedereröffnung der seit Kriegsausbruch geschlossenen Bularester Börse.

18. Oktober. Publikation des kaiserlichen Manifestes über die Umwandlung Oesterreichs in einen Bundesstaat.

Das Alte stirbt . . .

Der Name Oesterreich-Ungarn gehört seit dem achten Mittwoch der Geschichte an. Die Zukunft hat mit dieser Firmabezeichnung der bisherigen zwei Staaten der Monarchie nichts mehr zu schaffen. Kein Staatsakt wird fortan von dieser Titulatur Gebrauch machen, in keinem Handelsvertrage wird sie vorkommen. Die Länder östlich und jenseits der Leitha waren teilweise schon bisher im Verhältnis zueinander Ausland, künftig aber werden sie es vollständig sein. Und ebenfalls wichtige Veränderungen stehen in den bisher, wie der offizielle Ausdruck lautet, im Reichsrate vertretenen Ländern bevor. Doch haben sie es in Ungarn, wo sie jetzt schon in vielen Dingen selbständig waren, leichter, vom Dualismus zur Personalunion überzugehen, als wir zu einem Bunde autonomer, mit einem noch unbestimmten Grade von Selbständigkeit auszustattender Staaten. Wenn wir uns eine Vorstellung von dem machen wollen, was künftig sein wird, so müssen wir zunächst untersuchen, was nicht sein wird. Es wird kein gemeinsames Budget mehr geben und keine Delegationen, da das Heer, die Marine und das auswärtige Amt nicht mehr gemeinsam sein sollen. Infolge Wegfalles gemeinsamer Ausgaben wird auch die beiderseitige Beitragsleistung, über deren Höhe man sich so oft nicht einigen konnte, nicht mehr festzulegen sein. Außer der quotenmäßig zu berechnenden Besteuer hatte Ungarn die Verpflichtung übernommen, 60 Millionen Kronen jährlich zur Verzinsung der vor dem Jahre 1867 aufgenommenen gemeinsamen Staatsschuld beizutragen. Zur Kapitalisierung dieser Jahresleistung ist, als die gemeinsame Rente in österreichische Rente lombardiert wurde, die sogenannte Blockrente, bestehend aus der Februar-, August- und der April-Oktober-Rente, für die spätere Übernahme eines entsprechenden Teiles durch Ungarn ausgeschieden worden, und es wird keiner Schwierigkeit begegnen, durch Umstempelung dieser österreichischen in ungarische Rente die Sache zu bereinigen.

An die Stelle des früheren Zoll- und Handelsbündnisses war schon beim letzten Ausgleich der Zoll- und Handelsvertrag (Gesetz vom 30. Dezember 1907, ungarischer Gesetzartikel LIV ex 1907) getreten. Die bisherigen, noch unter Eszka zustandegelommenen Abmachungen mit der österreichischen Regierung über einen neuen Ausgleich fallen ins Wasser. Welerle hatte sie, als er im August vorigen Jahres zur Regierung gelangte, als Erbschaft vorgefunden, und sie sollten als Grundlage für die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland und später auch mit andern Staaten dienen. Da Ungarn als ganz selbständiger Staat eigene Handelsverträge abschließen will, so sind auch die Salzburger Wirtschaftskonferenzen eine Penelopearbeit gewesen.

Die Oesterreichisch-ungarische Bank, die seit ihrem Bestande der ungarischen Volkswirtschaft unermessliche Dienste geleistet hat, wird jenseits der Leitha durch eine ungarische Notenbank ersetzt werden. Aber so leicht, wie man es sich in Budapest vorstellt, wird unter den durch den Krieg veränderten Umständen die Errichtung einer selbständigen ungarischen Bank nicht zu bewerkstelligen sein. Die Aufstellung des Notenumlaufes, des Metallschatzes und manch andre hierbei zu regelnde Frage ist keine so einfache Sache. Ob es ein Glück für Ungarn sein wird, zur Selbständigmachung im Bankwesen überzugehen, ist sehr zweifelhaft, was übrigens ausschließlich ungarische Sorge bleibt. Das gemeinsame und einheitliche Vorgehen in der Behandlung gewisser Steuer- und

209

Nationale Wirtschaftspolitik.

Die Lage, die wir jetzt durchleben, werden den kommenden Geschlechtern gelehrt werden als Europas Schicksalsstunde in der Weltgeschichte. Die Größe des historischen Geschehens hält die Geister in Bann, und es ist begreiflich, daß unter dem Eindruck des Zusammenstürzens alles dessen, dessen wir uns als eisernen Unterbaues für das gesamte Leben, für die Entwicklung unserer Kultur, für Wirtschaft und Handel, seit wir denken können, bewußt waren, der klare Blick nicht rasch bis zu gangbaren Wegen durchdringt. Zu sehr ist jeder, der als Führer Verantwortung in sich fühlt, erdrückt von der Schwere des Augenblickes und befangen von der Unentwirrbarkeit des Chaos. Und doch kann es in unserer Situation nichts Gefährlicheres geben als ein Ubergreifen der Saltlosigkeit der Führenden auf die kleineren Gemeinschaftsformen, die, wenn sie den Dienst versagen würden, unsere Völker in das namenloseste Elend stürzen würden. Nie war es von solcher Bedeutung wie heute, daß der einzelne in seinem Wirkungskreis handhält, daß das Wirtschaftsleben, so schwierig es auch geworden ist, weiter pulsieren kann in den einzelnen Zellen, aus denen sich die Lebensfähigkeit der Gesamtbevölkerung zusammensetzt.

Auf den Vereinigungen der Intellektuellen, die sich auf wirtschaftlicher Grundlage in der Zeit der Krisisnot gebildet haben, lastet heute mehr denn je die hohe Verantwortung, durchzuhalten. Und wenn in den verschiedenen Stadien der politischen und völkerrechtlichen Neureformationen die Macht des Staates wankt, wenn die Möglichkeit, von Regierung zu Regierung zu verhandeln, nicht gegeben sein wird, weil verhandlungsfähige Regierungen fehlen, dann müssen im kleineren Wirkungskreis die Wirtschaftsorganisationen um so fester auf ihrem Posten stehen und die Verbindungen zwischen den Völkern halten, auf die alle Nachbarn gegenseitig angewiesen sind. Der organisierte intellektuelle Mittelstand muß jetzt seine Tragfähigkeit und seine Besonnenheit erweisen. Was an Brücken gelegt ist auf wirtschaftlicher Grundlage — eine Grundlage, die von den politischen Herabsetzungsfähigkeiten fernzuhalten man immer bemüht war — muß in diesen Zeiten der Gefahr ausgebaut werden, damit der Verkehr nicht stocke und das Chaos nicht noch gefährlichere Formen annehme.

Die Feindseligkeit, die aus der nationalen Abperrungstheorie gegen Deutschösterreich sich entwickeln will, wird sich abkühlen, wenn erst die anderen sehen werden, daß ja auch sie nicht allein und ohne wirtschaftliche Verbindungen mit der angrenzenden Nachbarschaft leben können. Solange der Kampf damit geschürt werden sollte, war es ein bequemes Auskunftsmittel, agrarische Selbstsucht im eigenen Lande unter der falschen Flagge des nationalen Selbstbestimmungsrechtes ausleben zu lassen. Erst einmal unter sich allein, werden die anderssprachigen Völker rasch darauf kommen, daß sie ohne rege Handelsverbindung mit ihren nächsten Nachbarn selbst nicht existieren können. Es hat für niemanden einen Vorteil, wenn zwischen heute, da noch die nationale Agitation im Siedegrad der Völkerbehebung lebendig ist, und dem Zeitpunkt der Erkenntnis den einzelnen Völkern durch unsinnige Abperrungsregeln hüben und drüben die schwerste Not und damit die Gefahr der Ruhestörung bereitet worden ist. Dieses Vakuum in der wirtschaftlichen Völkerverständigung möglichst auszufüllen, ist Sache der intellektuellen mittelständischen Organisationen hüben und drüben. Wer wird am meisten leiden unter derartigen schweren Wirtschaftsstörungen? Zunächst der Mittelstand, der keine Reserven hat, der nicht warten kann, ausruhend auf seinen Gütern, bis wieder Ruhe und Ordnung im Wirtschaftsverkehr der Nachbarvölker eingetreten ist. Darum ist es auch Sache des Mittelstandes, sich heute schon zu rühren und führend auf die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Beziehungen und damit der wirtschaftlichen Ordnung in allen in Betracht kommenden Ländern einzutreten.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker soll zum Ausdruck kommen durch Nationalversammlungen, in denen die Abgeordneten für die vertretenen Volksschichten die Rechte kennzeichnen und erkämpfen sollen, die den einzelnen Volksschichten zukommen müssen. Wer sind unsere Abgeordneten? Die Abgeordneten des intellektuellen Mittelstandes? Wer sind die Abgeordneten der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, der Zweimillionenstadt, des bisherigen Mittelpunktes des geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens der alten Monarchie? Wir wissen ganz genau, daß es damals vielfach Zufallswaren waren, die im Jahre 1911 manchem unwahrscheinlichen Kandidaten das Mandat überraschenderweise in die Hände gespielt haben. Und wieviel hat sich seit dieser Zeit zugetragen! Welche Wandlung hat die ganze Schichtung unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens durchgemacht! Welche Beweise von wirtschaftlicher Erkenntnis haben die in den freien Organisationen mit Rat und Tat zum Schutze der Allgemeinheit *...* von dem Ver-

trauen großer Volksschichten in die Öffentlichkeit entsendeten Mandatäre der wirtschaftlichen Bewegung im Laufe der Kriegszeit gegeben! Wie tatenlos sind demgegenüber die sogenannten Abgeordneten gestanden, die hin und her geworfen, je nach den Stimmungen des politischen Chaos, nie und nimmer, mit wenigen ruhmvollen Ausnahmen, den wirklichen Befähigungsnachweis der Führerschaft in dieser schweren Zeit zu erbringen imstande waren! Und nun soll die Gesamtbevölkerung, sollen die großen Korporationen, die sich aus der Not der Zeit zu kräftigen, einflussreichen und leistungsfähigen Wirtschaftsvereinigungen emporgearbeitet haben, nun sollen alle diese den Zufallsvertretern einer längst vergangenen Zeit das unbegrenzte Vertrauen entgegenbringen für die Gestaltung ihres künftigen Wirtschaftslebens?

Soll wirkliches Selbstbestimmungsrecht den Völkern in dieser historischen Stunde gewährt werden, dann dürfte man es nicht dabei bewenden lassen, lediglich mit längst überlebten Institutionen und mit längst überlebten Personen die neue Zeit zu gestalten. Nach anderen Gesichtspunkten als nach denen des alten nationalen Kampfes und Saders muß sich der Wiederaufbau vollziehen. Aus dem nationalen Satz allein wird nichts Fruchtbares geboren werden. Was über allen Kampf und Streit hinweg dauern muß — soll nicht unsere arme Bevölkerung von den schwersten Umständen bedroht werden — das sind die festen wirtschaftlichen Beziehungen, die dem nationalen Satz und den Wählereien zum Trotz sich bis heute erhalten haben und deren Bestand das Lebenselement aller Völker stets bleiben wird. Es ist nicht anzunehmen, daß kleine europäische Staaten, wie immer sie ihr Selbstständigkeitsgefühl ausbreiten mögen, auch nur für kurze Dauer abgeschlossen vom Weltverkehr und Handel werden leben können und ein Weltverkehr mit strengen Ausschluß des nächsten Nachbarn ist unserer Phantasie heute noch nicht vorstellbar. Darin liegt das Selbstverständliche der Beibehaltung und Festigung des bestehenden Warenaustausches zwischen den neu zu bildenden österreichischen Staaten, wenn sie sich im Prozeß der Neubildung gegenseitig auch noch so befehlen. Ist einmal der Prozeß vollzogen und die heißersehnte Freiheit erlangt, dann dürfte sich überall raschestens eine Abkühlung einstellen, in der zerrissene wirtschaftliche Verbindungen von allen Seiten auf das tiefste beklagt werden.

Darin liegt die Bedeutung der Wirtschaftsfragen in diesem Augenblick, und deshalb ist es notwendig, daß man unter Würdigung dieser Bedeutung zu den sogenannten Nationalversammlungen auch die besonnenen, ruhigen, wirtschaftlichen Führer des intellektuellen Mittelstandes neben den Vertretern der politischen und wirtschaftlich organisierten Arbeiterschaft heranziehe, denen heute die so außerordentlich bedeutungsvolle Aufgabe obliegt, festzuhalten und unbeirrt weiter zu arbeiten, damit nicht der völlige Zusammenbruch der Volksernährung unserem Volke des Elendes höchstes Maß in nächster Zukunft bringe.